Nr. 36
11. Januar 2002

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Imperialistische Kriegspläne betreffen den gesamten Mittleren Osten

Intervention gegen den Irak geplant

Die USA haben ihre Entscheidung getroffen: gegen den Irak wird eine Militäroperation stattfinden. Verschiedene Staaten, insbesondere Europa und Russland, stimmen der geplanten Operation nicht zu und stellen sich dagegen. Die USA zeigen sich jedoch allem Widerstand zum Trotz entschlossen in ihrer Entscheidung.

Vermutlich werden sich Zeitpunkt und Form der Operation mit dem Mitte des Monats bevorstehenden Besuch Ecevits in den USA verdeutlichen. Thema dabei werden die Rolle des Iraks und der Türkei sein. Zweck des Besuches ist auch eine neue Festlegung des Rahmens der US-amerikanisch - türkischen Beziehungen.

Im jüngsten diplomatischen Verkehr zwischen den USA und der Türkei zeichnet sich ab, dass zum Thema Irak-Intervention eine Einigung erreicht worden ist. Auch in der letzten Ansprache Ecevits hiess es, dass beide Staaten sich einig sind. Mit der offiziellen Erklärung, im Falle einer Operation gegen den Irak sei die Türkei gezwungen, sich zu beteiligen, ist die Entscheidung gefallen. Bisher zeigten türkische Zuständige eine ablehnende Haltung zur Irak-Intervention.

Wenn die Türkei von der Einheit des Iraks spricht und von der Aufsplitterung, die unbedingt verhindert werden muss, meint sie, dass den KurdInnen keinerlei Rechte zugesprochen werden sollen. Mit dieser Haltung macht die Türkei die KurdInnen von Beginn an zur Zielscheibe und ermöglicht ungewollte, grausame Kampfhandlungen in der Region. Sie will eine Demokratisierung und Neuordnung des Irak verhindern und das Problem lediglich auf die Auswechslung Saddams beschränken. Sie strebt an, dass die Reaktion im Irak bestehen bleibt und somit die Lebensdauer ihrer eigenen Rückständigkeit verlängert wird. Ebenso wie sie den Afghanistan-Krieg nutzen wollte, möchte sie auch eine ähnliche Situation im Irak sichern.

Während die Operation der USA näherrückt, verlegt die Türkei Truppen und Material nach Südkurdistan und in die grenznahen Gebiete. Offensichtlich will die Türkei, mit ihrer Politik und den militärischen Vorbereitungen ein riskantes Abenteuer eingehen.

Dieser Plan der Türkei, ins Innere des Südens vorzudringen, stellt auch eine Gefahr für die Bevölkerung der Türkei dar. Solange die Türkei keine Änderung ihrer Kurden-Politik vornimmt, wird ihre Zukunft immer ungewiss und finster bleiben.

Die Neuordnung der Region und die Intervention gegen den Irak betreffend, sind die KurdInnen auf Grundlage ihres jahrelangen Kampfes vorbereitet. Die kurdische Befreiungsbewegung hat mit einem Willen, der auf dem Wunsch nach einem demokratischen, freien Leben der Völker aufbaut, eine grosse Strecke auf dem Weg zu einer Lösung zurückgelegt. Sie besitzt die Kraft und Fähigkeit, sich auf der Linie der Selbstverteidigung jeder Gewalt, die sich gegen diese gerechtfertigte Forderung der Völker richtet, entgegenzustellen.

Eine Neuordnung, die nicht auf die Forderungen der KurdInnen nach Einheit und einem Leben in Freiheit eingeht und keine dementsprechende Lösung des Problems vorsieht, hat keinerlei Erfolgschance in der Region. Es wird zum Nutzen aller sein, wenn die ausländischen Kräfte, die in der Region politisch aktiv sind, und noch vielmehr die Türkei diese Tatsache erkennen und eine Lösungsalternative auf der Basis einer freien Einheit entwickeln.

Die Entwicklung, die in der kurdischen Frage stattgefunden hat, ist nicht wieder zurückzuschrauben. In der erreichten Etappe ist es sinnlos geworden, die kurdische Existenz zu verleugnen. Eine sinnlose Politik bedeutet verlorene Zeit und Energie.

Die Türkei muss begreifen, dass sie mit ihrer klassischen Politik nicht gewinnen kann, wie die Geschichte der Republik bereits bewiesen hat. Ansonsten wird die blutende Türkei dieses Mal mit einem noch ganz anderen Blutverlust konfrontiert werden. Denn die Probleme, die die Türkei im Jahr 2002 erwarten, sind schwer und müssen schnellstens gelöst werden.

(ÖP, 09.1., ISKU)

Die Unterstützung der Kampagne für muttersprachlichen Unterricht weitet sich aus

In Adana versammelten sich hundert ElternvertreterInnen mit ihren Kindern vor dem Landratsamt Seyhan, um 118 Anträge mit der Forderung nach Kurdisch als Wahlfach abzugeben. Die Polizei kesselte die Gruppe ein. Nachdem Vertreter des Landratsamtes eingewilligt hatten, dass die gesammelten Anträge von zwei Personen abgegeben werden können, wollten die ElternvertreterInnen das Gebäude betreten. Die an der Tür wartenden Polizisten gaben sich als Mitarbeiter des Landratsamtes aus, beschlagnahmten die Anträge unter Anwendung von Gewalt und drängten die ElternvertreterInnen zurück.

In Van wurden 15 ElternvertreterInnen, die sich mit der Forderung nach Kurdisch-Unterricht an die Nationale Ausbildungsdirektion gewandt hatten, festgenommen.

In Istanbul-Bagcilar überfiel die Polizei die Wohnungen von ElternvertreterInnen, die letzte Woche Anträge gestellt hatten. Wie bekannt wurde, übte die Polizei Druck aus und sprach Drohungen aus, um die Eltern zur Rücknahme ihrer Forderung zu bewegen.

In Batman wurden von 60 ElternvertreterInnen, die Anträge an die Nationale Erziehungsdirektion gestellt hatten, acht bei Wohnungsrazzien festgenommen. Fünf von ihnen wurden freigelassen, drei befinden sich nach wie vor in Polizeigewahrsam. In Siirt wurde die Abgabe von knapp 100 Anträgen von der Polizei verhindert.

Die Diskussion um kurdischen Unterricht hat auch auf das Parlament übergegriffen. Der ANAP-Abgeordnete von Diyarbakir, Abdülbaki Erdogmus, äusserte in einer Rede im Parlament, es handele sich um eine Schande, dass das Recht auf muttersprachlichen Unterricht verwehrt werde. In der Türkei werde Gedankenfreiheit und muttersprachlicher Unterricht als Verbrechen gewertet.

"Wie lange wird sich die Türkei, die ihre Zukunft in Europa sieht, noch sträuben?" fragte Erdogmus, und fuhr fort: "Solange wir nicht die notwendigen Schritte zum Thema Gedanken-, Glaubens- und Ausdrucksfreiheit unternehmen, handeln wir gegen die Kopenhagener Kriterien."

(YG, ÖP, 5.-12.1., ISKU)

Meldungen

"Kurdische Frage ist vorrangig"

Wie der ANAP-Vorsitzende, Staatsminister und stellvertretende Premierminister Mesut Yilmaz erklärt hat, muss die Türkei einige Krankheiten in der eigenen Struktur ausmerzen, um EU-Mitglied werden zu können. In einer in der Türkei ausgestrahlten Fernsehsendung sagte Yilmaz: "Im Jahr 2002 ist es am notwendigsten, unsere begonnenen Strukturreformen zu vollenden. 2002 wird nicht so schwer werden wie das Jahr 2001. Es wird zum Wendepunkt werden." Für den Beitritt zur EU sei es notwendig, die kurdische Frage zu lösen, so teilte Yilmaz mit. "Wenn die Türkei EU-Mitglied wird, dann wird sie es mit allen ihren 81 Provinzen. Die Türkei muss einige Krankheiten in der eigenen Struktur ausmerzen, um EU-Mitglied werden zu können. Diese Krankheiten sind das Hindernis für die Aufnahme in die EU. Es handelt sich dabei um das Südost-Problem. Damit wird die nationale Gesamtheit nicht gefährdet."

(ÖP 8.1., ISKU)

`Wetter` verhindert Anwaltsgespräch

Aufgrund ´widriger Wetterbedingungen` konnten die AnwältInnen des Asrin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Jahrhunderts) erneut nicht zur Gefängnisinsel Imrali übersetzen, um mit ihrem Mandanten, dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, das wöchentlich festgelegte Verteidigergespräch zu führen.

(ÖP, 10.1., ISKU)

Zahl der Flüchtlinge nach Griechenland verdoppelt

Die Zahl der Flüchtlinge, die auf dem Seeweg nach Griechenland gelangen wollten, hat sich 2001 fast verdoppelt. Nach Angaben der Handelsmarine griffen die griechischen Behörden 6864 illegal eingereiste Personen und 137 Menschenschmuggler auf. Im Vorjahr waren es 3664 Flüchtlinge gewesen.

Als östlichstes Land der EU hat sich Griechenland zu einem Brennpunkt der Fluchtbewegung in die Union entwickelt. Die Immigranten versuchen meist, auf Fischerbooten, Yachten und Frachtschiffen ins Land zu gelangen. Die Mehrzahl der Schiffe kommt aus der Türkei, mit der Griechenland im November ein Rücknahmeabkommen abgeschlossen hat. Erst vergangene Woche war ein

448 Tage Todesfasten

Hoffnung auf eine Lösung

Wie der Vorsitzende der Anwaltskammer Ankara, Sadik Erdogan, mitteilte, betrachtet Justizminister Hikmet Sami Türk den Vorschlag "Drei Türen, drei Schlösser" positiv. Möglicherweise sei eine Einigung im Todesfasten in Sicht.
Auf die Bemerkung, der Minister habe zuvor negativ auf den Vorschlag der Anwaltskammern von Istanbul, Izmir und Antalya reagiert, erklärte Erdogan: "Dabei handelt es sich um ein Missverständnis. Wir schlagen nicht vor, zum Grosszellensystem zurückzukehren. Mit der Öffnung von jeweils drei Türen von Drei-Bett-Zellen können jeweils neun Gefangene zusammenkommen und damit eine Lösung erzielt werden.

2002 schon drei Tote

Am 2. Januar 02 ist der 31-jährige M. Ali Camyar nach 265 Tagen im Krankenhaus von Izmir im Todesfasten gefallen. Er war Mitglied der TIKB und wartete seit 1996 auf seinen Prozess.
Am 5. Januar hat Zeynel Karatas von der TKP(ML) TIKKO sein Leben im Krankenhaus von Izmit verloren. Zeynel Karatas gehörte zur vierten Todesfasten-Gruppe und führte die Aktion seit dem 11.5.2001 durch. Er war 1977 in Dersim geboren.
Lale Colak starb am 222. Tag ihres Todesfastens am in einem Krankenhaus in Istanbul. Sie befand sich seit 18 Tagen auf der Intensivstation. Lale Colak war vor dem Massaker vom 19. Dezember in Ümraniye inhaftiert und danach in Kartal. Sie hatte im Krankenhaus zunächst ihr Bewusstsein wiedererlangt, aber ihr Körper reagierte nicht mehr auf medizinische Behandlung. Lale war 26 Jahre jung, 1975 in Sivas geboren und Mitglied der TIKB. Mit ihrem Tod hat sich die Zahl der Toten in Todesfasten und Gefängnisoperationen auf 85 erhöht.

Lale Colak

Gefangener zwangsbehandelt

Im Todesfasten gegen die F-Typ-Gefängnisse ist Fikret Lüle, der nach Verschlechterung seines Zustandes aus der Haft entlassen worden war, von der Polizei mit Gewalt ins Krankenhaus gebracht worden.
Fikret Lüle war am 29. Dezember 2001 aus dem F-Typ-Gefängnis Edirne entlassen worden. Am 8.1. wurde er mit Gewalt von der Polizei aus dem Haus seiner Familie geholt und ins Krankenhaus in Gaziosmanpasa eingeliefert. Am 243. Tag des Todesfastens wurde er unter Bewachung der Polizei zwangsernährt. Gökce Otlu und Dilek Asu, die ihn im Krankenhaus besuchen wollten, wurden festgenommen und auf die Polizeiwache in Gazi gebracht.

Schweigender Sitzprotest vom IHD

Der IHD Ankara hat gemeinsam mit Gefangenenangehörigen einen schweigenden Sitzprotest für Lale Colak durchgeführt. Die Aktion vor dem Vereinsgebäude in Ankara dauerte ca. eine halbe Stunde. Dabei wurde Transparente mit der Aufschrift "Drei Türen, drei Schlösser - um das Sterben zu stoppen" und "Wieviel Menschen sollen noch sterben - Für das Recht auf Leben" gezeigt. Im Anschluss hielt der Zweigstellen-Vorsitzende Ender Büyükculha eine Ansprache, in der er erklärte, die Türkei sei in der Finsternis des Mittelalters begraben: "Die Staatsvertreter verhandeln mit den imperialistischen Kräften und dem IWF, sie müssen etwas für ihre eigenen Menschen machen. Solange das Sterben weitergeht, sollte niemand von Menschlichkeit, von Wissenschaft oder von Menschenrechten sprechen.
Lale Colak, wurde inzwischen auf dem Kocasinan-Friedhof beigesetzt. Eine grössere Menschengruppe versammelte sich in den Morgenstunden vor der Gerichtsmedizin, um den Leichnam in Empfang zu nehmen. Die Menschen trugen Fotos von Lale und riefen die Parole "Genossin Lale ist unsterblich". Gegen Mittag wurde der Leichnam übergeben und unter Polizeibegleitung zum Friedhof gebracht. Dort wurde eine Schweigeminute eingelegt und die Parolen "Der Mörderstaat wird die Rechnung zahlen", "Es lebe unser Widerstand im Todesfasten" und "Wir haben einen Preis bezahlt, wir werden dafür bezahlen lassen" gerufen.
(ÖP, YG online, halkin sesi, 7.-10.1., ISKU)

Presseerklärung des kurdischen StudentInnenverbandes:

500 Studierende in Kurdistan festgenommen

Am Morgen des 9. Januar 2002 wurden 500 überwiegend kurdische Studierende in der kurdischen Stadt Van festgenommen. Sie wollten im Rahmen der landesweiten Kampagne für zusätzlich freiwilligen Kurdischunterricht an den Universitäten ihre Unterschriften dem Rektor der 100. Jahr Universität in Van abgeben, als sie von Soldaten im Einvernehmen mit dem Rektor festgenommen wurden. Drei Wochen zuvor lehnte der Rektor die Annahme der insgesamt 3000 gesammelten Unterschriften durch eine Delegation der Studierenden ab. Darauf beschlossen die Studierenden, dass jeder Studierende persönlich seine Unterschrift für muttersprachlichen Unterricht beim Rektor abgibt. Die jetzt festgenommenen 500 Studierende sitzen nach wie vor fest. Morgen werden weitere 1000-2000 Studierende mit dem gleichen Begehren zum Rektor gehen. Dann stellt sich die Frage, wie die Staatsmacht weiter vorgehen wird. In den letzten Jahren wurden nie soviel Studierende auf einmal in der Türkei festgenommen. In Diyarbakir, wo die andere große Universität in Kurdistan sich befindet, wurden kurz vor Weihnachten die bis dahin gesammelten 1500 Unterschriften beschlagnahmt.
Unter dem Motto "Unsere Muttersprache ist unsere Existenzgrundlage" und "Die Grenzen unserer Sprache sind die Grenzen der Welt" haben kurdische Studierende von Istanbul ausgehend diese Kampagne mit dem Ziel der "Unterrichtung auch in kurdischer Sprache als ein (Wahl-)Fach" begonnen. Die Studierenden, die sich unter dem Namen "Initiative für Kurdisch in Bildung und Unterricht" zusammengetan haben, sammelten insgesamt bisher mehr 20.000 Unterschriften mit der obigen Forderung. Ein Drittel der Unterschriften gehören Studierenden nichtkurdischer Abstammung. Die Kampagne wurde seitens der Studierenden begonnen, nachdem zuvor das türkische Parlament Veränderungen im Grundgesetz vorgenommen hatte. Demnach wurden die Einschränkungen im Gebrauch der kurdischen Sprache aufgehoben. Doch verhält sich hier der Hohe Hochschulrat YÖK und die ihm unterstehenden Rektoren willkürlich und verweigern sich jeder demokratischen und auch aufs Gesetz stützenden Forderung. Generell wird in der Türkei immer mehr die Forderung nach Anerkennung der kurdischen Sprache und nach Freiheit der Bildung in Kurdisch gestellt. Diese Kampagne, die von der Bevölkerung und den Medien mit großem Interesse verfolgt wird, wäre ein wichtiger demokratischer Schritt für das Land und alle seine Menschen.
Wir verurteilen auf schärfste die Festnahme der 500 Studierenden in Van und fordern die sofortige Freilassung!
Wir rufen alle demokratischen Organisationen, Gruppen und Personen auf, Sensibilität zu zeigen und ihren Protest kundzutun. *(YXK, 9.1.02, ISKU)*

Boot mit 246 Flüchtlingen vor Kreta in Seenot geraten.
(FR, 9.1., ISKU)

Abschiebung mit Straßenblokkade verhindert

In Bremen verhinderte der Einsatz von ca. 200 entschlossenen Menschen die Abschiebung einer kurdischen Familie in den Libanon. Die Abschiebungsgegner sind bereits eine halbe Stunde vor der Ausländerbehörde da und bilden eine Art Sicherheitskordon um das Haus der Familie El-Zein und bauen Barrikaden aus Sperrmüll. Die Polizeipressestelle gibt durch, dass die Abschiebung fürs Erste abgesagt ist.
(taz Bremen, 9.1., ISKU)

Festnahme kurdischer Aktivisten

Die türkische Polizei hat in der Stadt Adana 18 führende Mitglieder der vom Verbot bedrohten kurdischen Volksdemokratischen Partei festgenommen. Wie ein Parteisprecher am Mittwoch mitteilte, wird den Verhafteten vorgeworfen, Verbindungen mit kurdischen Rebellen zu unterhalten. Unter den Inhaftierten befindet sich auch der Hadep-Ortsvorsitzende von Adana, Fatih Sanli.
(NZZ, 10.1., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
NZZ = Neue Zürcher Zeitung

Termine

Luxemburg-Liebknecht-Lenin Demonstration!
Sonntag, 13. Januar um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten

Versunken in Euphrat und Tigris
TV-Reportage von Michael Enger über das geplante Ilisu-Staudammprojekt, dem das historische Hasankeyf zum Opfer fallen soll. **Arte, 11.1., 20.15 Uhr**

Konfliktfeld Türkei: Friedensarbeit - Informationsveranstaltung zu Kriegsdienstverweigerung und Menschenrechten **18.1., 19.00 Uhr - AWO, Amandastr 58, Hamburg**

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 37
18. Januar 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kampagne für muttersprachlichen Unterricht weitet sich aus

Immer mehr Aktionen trotz Repression

DGM-Antwort auf Kurdisch-Forderung

Die Forderung kurdischer Studierender der Universitäten in der Türkei und Kurdistan nach muttersprachlichem Unterricht wird mit der Anschuldigung "PKK-Mitgliedschaft" beantwortet. Zuvor hatte das Innenministerium einen Bericht erstellt, welcher an das Justizministerium weitergeleitet wurde. Dort wird behauptet, die Universitäten stellten den Anfang der auf dem 7. PKK-Kongress beschlossenen Politisierung dar und die Kampagne sei eine unterstützende Tätigkeit. Die Studierenden seien als 'Sympathisanten der Organisation' zu betrachten.

Die Forderung nach muttersprachlichem Unterricht sehe unschuldig aus, es handele sich jedoch um eine wachsende Gefahr, so der Bericht des Innenministeriums. Um dies zu verhindern, werden vom Justizministerium überzeugende Strafen gefordert. Das Justizministerium wies daraufhin die Staatsanwaltschaften an, Strafverfahren wegen PKK-Mitgliedschaft gegen sich an der Kampagne beteiligende Studierende zu eröffnen.

Van - Studierende teilweise freigelassen

Die meisten der im Rahmen der Kampagne für muttersprachlichen Unterricht in Van festgenommenen 526 StudentInnen sind freigelassen worden. 17 befinden sich nach wie vor in Gewahrsam. Die Freigelassenen haben sich an den Menschenrechtsverein IHD gewendet. Sie seien dazu gezwungen worden, eine Unterschrift unter einen Text zu setzen, den sie vorher nicht hätten lesen können. Sie teilten mit, sich nicht von Festnahmen und weiterer Repression einschüchtern zu lassen und in den kommenden Tagen erneut Anträge bei der Universitätsleitung einzureichen.

Istanbul - Frauen und Kinder fordern muttersprachlichen Unterricht

In Briefen an den Staatspräsidenten, den Parlamentspräsidenten und das Erziehungsministerium haben 12 Frauenorganisationen die Ermöglichung muttersprachlicher Ausbildung gefordert. Nachdem die ca. zwanzig Vertreterinnen zwölf verschiedener Organisationen und Einrichtungen die Briefe im Postamt Sirkeci abgegeben hatten, wollte die Vorsitzende des IHD Istanbul, RA Eren Keskin, vor der Post eine Presseerklärung abgeben, woran sie von der Polizei gehindert wurde.


Protestkundgebung von StudentInnen in Istanbul

In der Gewerkschaftszweigstelle von Egitim-Sen in Istanbul-Avcilar veranstalteten ca. 50 Kinder im Alter von vier bis zwölf Jahren eine Pressekonferenz. Sprache sei eine grundlegende Daseinsbedingung einer Gesellschaft, so betonten die Kinder: "Wir Kinder können unsere Auffassungskapazität nur in unserer Muttersprache ausreichend nutzen". Sie kündigten ausserdem an, zivilgesellschaftliche Organisationen besuchen zu wollen und ihre Arbeit fortzusetzen.

Am 15.1. morgens um acht Uhr wurden in Istanbul-Esenler 20 Wohnungen von der Polizei überfallen und 15 Frauen festgenommen. Die Familien hatten bei der Ausbildungsbehörde beantragt, dass ihre Kinder neben Türkisch auch in ihrer Muttersprache Kurdisch unterrichtet werden.

Adana

In Adana sind in mehreren Stadtteilen Aktionen durchgeführt worden, auf denen ca. 1000 Personen gegen die Repression gegen HADEP und die Festnahmen der Studierenden protestierten. Mit Topfdeckelschlagen wurden die Protestierenden von AnwohnerInnen unterstützt. Die Polizei griff mehrmals ein und es kam zu mehreren Festnahmen.

An der Cukurova-Universität hielten die Studierenden im Anschluss an eine Pressekonferenz einen symbolischen Kurdisch-Unterricht ab und veranstalteten einen fünfminütigen Sitzprotest.

Im Kreis Ceyhan bei Adana wurden von 70 von Elternvertretern eingereichten Anträgen auf muttersprachlichen Unterricht vier angenommen.

Kars und Erzurum

Mit der Begründung, sie würden SchülerInnen für die Muttersprachen-Kampagne organisieren, waren am 10. Januar bei Wohnungsrazzien in Kars acht BerufsschülerInnen wegen "Unterstützung der PKK" festgenommen worden, von denen fünf freigelassen wurden.

In Erzurum werden Studierende, die im Rahmen der Muttersprachen-Kampagne 200 Unterschriften gesammelt hatten, von Faschisten und Polizei gemeinsam unter Druck gesetzt. Die Studierenden teilten mit, dass sie seit einer Woche ständig verfolgt werden und vier Studenten durch Schläge schwer verletzt wurden.

Eskisehir

Die Leitung der Anadolu-Universität in Eskisehir hat eigens für die 300 Studierenden, die am 14. Dezember 2001 Anträge auf Kurdisch als Wahlfach eingereicht hatten, eine Kommission eingerichtet, die mit Disziplinar-Untersuchungen begonnen hat.

In Ankara ist von 16 Studierenden, die an der Hacettepe-Universität einen Antrag auf Kurdisch-Unterricht gestellt hatten und vor das Staatssicherheitsgericht (DGM) gestellt worden waren, einer nach Paragraph 169 [Unterstützung einer terroristischen Organisation] verhaftet und ins Gefängnis überstellt worden.

Hakkari

In Hakkari wurde vom Gouverneur am 14. 1. eine Versammlung mit allen Schuldirektoren durchgeführt, auf der gefordert wurde, Druck gegen SchülerInnen auszuüben, um eine Beteiligung an der Kampagne zu verhindern. Wie SchülerInnen des Gymnasiums in Hakkari mitteilten, seien sie von LehrerInnen mit Schulverweis bedroht worden, damit sie keine Anträge einreichen. SchülerInnen, die sich bei einer vor drei Tagen im HADEP-Gebäude in Hakkari durchgeführten Razzia dort befunden haben, sollen von ihrem Schuldirektor mit folgenden Worten bedroht worden sein: "Entweder ihr gebt ein paar Namen aus dem Parteivorstand an und sagt, diese hätten euch mit Gewalt zur Partei gebracht, oder ihr werdet von der Schule geworfen."

(YG, ÖP 12./14./16.1., ISKU)

Meldungen

HADEP-Frau zusammengeschlagen

Zübeyde Sapan (25), Vorstandsmitglied der HADEP-Frauenorganisation, ist von Polizisten der Anti-Terror-Abteilung brutal zusammengeschlagen worden. Sie wurde vor fünf Tagen von Polizisten aufgehalten, als sie ihre Wohnung im Stadtviertel Barbaros verliess. In einer dunklen Seitenstrasse wurde sie mit Knüppeln und Fusstritten zusammengeschlagen. Sie sei mit Worten sexuell belästigt worden, ihre Haare seien mit einem Messer abgeschnitten worden. Weiter berichtet Sapan: "Ich dachte, wenn ich weglaufe, richten sie mich hin, deswegen habe ich darauf gewartet, dass sie gehen. Sie zeigten mir den Knüppel und sagten: 'Wir wollen dir nicht noch einmal begegnen. Wenn wir dich noch mal treffen, weißt du, was wir mit dem Knüppel mit dir machen.'" Sie habe an der nächsten Haustür geklingelt und sei sofort nach Betreten der ihr unbekannten Wohnung ohnmächtig geworden. Der Arzt stellte verschiedene Verletzungen fest.

(YG online, 16.1., ISKU)

Weitere Verhaftungen in Adana

In Adana sind elf HADEP-Vorstandsmitglieder wegen "Unterstützung der PKK" verhaftet worden. Bereits vor fünf Tagen waren schon einmal elf HADEP-Vorstandsmitglieder aus demselben Grund verhaftet worden. In einer gemeinsamen Erklärung haben verschiedene politische Parteien und demokratische Massenorganisationen gegen die Repression gegen die HADEP protestiert. Bei den Organisationen handelt es sich um: EMEP, ÖDP, DBP, TKP, IHD, TÜMTIS, THAYDER, AKSM, Dayanisma-Der, sowie die Zeitschriften Atilim, Kizilbayrak und Devrimci Demokrasi.

(ÖP, 15.1., ISKU)

Folter vervierfacht

Anlässlich der Veröffentlichung des Menschenrechtsberichts für das Jahr 2001 erklärte der IHD-Vorsitzenden von Diyarbakir, RA Osman Baydemir, allein in der Kategorie Folter und unmenschliche Behandlungsei sei eine Steigerung von 390 Prozent zu beobachten gewesen. Die Erwartungen auf eine gesetzliche Änderung in bezug auf Menschenrechts- und Demokratiestandarts in der

455 Tage Todesfasten

Folter wird nicht verfolgt

Im Fall der Folterung an todesfastenden Gefangenen auf dem Transport in andere Gefängnisse nach dem Massaker vom 19. Dezember ist die Einstellung des Verfahrens wegen "Mangel an Beweisen"entschieden worden. Insgesamt hatten 65 Personen Anzeige wegen Folter im F-Typ-Gefängnis Kandira - u.a. wegen Vergewaltigung mit Knüppeln - gestellt. Rechtsanwältin Gülizar Tuncer äusserte sich folgendermaßen: "Bis auf einen ist keiner meiner Mandanten angehört worden. Auch Zeugen sind nicht angehört worden. Im Gefängnis gibt es von jedem Gefangenen einen Akte. In diesen Akten sind auch die ärztlichen Atteste der Gefangenen. Aber die Staatsanwaltschaft hat es nicht für nötig gehalten, diese hinzuzuziehen, und auf Einstellung entschieden." Gülizar Tuncer hat im Namen ihrer Mandanten Einspruch gegen die Entscheidung eingelegt.

Bekaroglu: Minister Türk geisteskrank

Der IHD Mersin hat eine Veranstaltung zum Thema "Gefängnisfrage in Hinsicht auf Menschenrechte und demokratische Standards" durchgeführt. Als erster Redner berichtete Hüsnü Öndül vor ca. 500 ZuschauerInnen von der Entwicklung der Gefängnisfrage seit dem 19. Dezember 2000 bis heute. Er erläuterte die IHD-Kampagne gegen die F-Typ-Gefängnisse und betonte, dass mit der Umsetzung des Vorschlages "Drei Türen, drei Schlösser" ein Dialog eröffnet und die Probleme gelöst werden könnten. Weiter richtete er einen entsprechenden Aufruf an Justizminister Türk. Der stellvertretende Vorsitzende der Saadat Partisi (SP, Nachfolgerin der islamistischen Fazilet Partisi), Mehmet Bekaroglu, wies zunächst darauf hin, dass eine Anzahl von 10 000 politischen Gefangenen für ein demokratisches Land äusserst bedenklich sei. "In Untersuchungen, die wir gemacht haben, hat sich gezeigt, dass die Gefangenen nichts mit terroristischen Aktionen zu tun haben. Die meisten sind nach Paragraph 169 (Unterstützung) verurteilt. Bis heute hätten 85 Gefangene ihr Leben verloren, 150 weitere befänden sich an der Grenze zum Tod, so Bekaroglu. Zur Frage, wie weitere Tote zu verhindern seien, erklärte er: "Der von den vier Anwaltskammer-Vorsitzenden hervorgebrachte Vorschlag "Drei Türen, drei Schlösser" kann die verfahrene Situation lösen. Aber der Herr Justizminister hat diesen Vorschlag zurükgewiesen. Seine Persönlichkeit ist zu einem Teil des Problems geworden. Dieser Minister denkt nicht nach, er handelt reflexartig. Da ich Psychiater bin, kenne ich seinen Geisteszustand, seine Geisteskrankheit. Auch seine Logik ist eine krankhafte Logik."

(ÖP, 13./14.1., ISKU)

ÖDP an der Wegkreuzung

Die ÖDP (Freiheits- und Solidaritätspartei) - seit langer Zeit in einer organisatorischen und politischen Krise - befindet sich an einer Wegkreuzung. Es wird erwartet, dass Mihri Belli, Akin Birdal, Veysi Sarisözen, Yavuz Önen und Celal Besiktepe als bekannte Persönlichkeiten in der sozialistischen und demokratischen Bewegung der Türkei am Freitag auf einer Pressekonferenz ihren Austritt aus der ÖDP bekannt geben werden.

Gegenüber der Mesopotamischen Nachrichtenagentur erklärte Mihri Belli, die ÖDP-Führung verfolge eine falsche Politik zur kurdischen sowie zur Gefängnisfrage. Seine Austrittsgründe erläuterte er folgendermaßen: "Die Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteiführung und der linken Opposition betrifft vor allem die nationale, demokratische Bewegung des kurdischen Volkes sowie den Gefängniswiderstand. Wir waren für Solidarität mit der kurdischen nationalen, demokratischen Bewegung und dem Gefängniswiderstand. Die Parteiführung stellte sich dagegen. Freunde wie Akin Birdal und Yavuz Önen, die mit den Kurden in Verbindung traten, wurden vor den Disziplinarausschuss gebracht. Als letztes wurde versucht, Freunde zu vernichten, die Parteigebäude für die Verwandten der Widerstandleistenden in den Gefängnissen geöffnet hatten."

Belli erklärte, es sei ihr Ziel, eine Dachorganisation zu errichten, um ein Aktionsfeld für die linke Opposition zu eröffnen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass der stärkste Widerstand gegen den 12. September [1980, Militärputsch] von der kurdischen Linken ausgegangen sei und demgegenüber ein Zusammenschluss der Linken der Türkei unter einem Dach eine stete Sehnsucht geblieben sei. Belli fügte hinzu, dass es sehr wertvolle Sozialisten in der ÖDP gebe. Zur Zeit werde an der Erstellung eines Programmes für die neu zu gründende Partei gearbeitet.

Linke und Muttersprache

Dass die Linke die Kampagne für muttersprachlichen Unterricht nicht unterstütze sei beschämend, so Belli. Die jungen Aktivisten, die muttersprachlichen Unterricht forderten, vertreten nicht nur den Identitätskampf der Kurden, sondern ebenso den Kampf um Demokratisierung der Türkei. Die Initiative der HADEP auf dem Weg zu einer Partei der Gesamttürkei sei positiv zu bewerten, erklärte Belli: "Wir wünschen unserer Schwesterpartei HADEP Erfolg."

(ÖP, 16.1., ISKU)

Duran Kalkan zu den amerikanisch-türkischen Beziehungen:

Türkei kann USA nicht abweisen

PKK-Präsidialratsmitglied Duran Kalkan gab am 13.1. in der Sendung "Cözüm" (Lösung) bei Medya TV telefonisch folgende Bewertung ab. Die Türkei werde zur Zeit für einen Kredit alle Forderungen der USA akzeptieren, "Zypern ist eine davon. Es mag sein, dass der Türkei wirtschaftliche Unterstützung, ein neuer Kredit gegeben wird. Im Gegenzug wird von der Türkei gefordert werden, die Irak-Politik der USA zu unterstützen.

Die Vorbereitungen dazu sind bereits gemacht worden, als die US-Abordnung in die Türkei gekommen ist. Ohnehin gibt es offenkundige militärische Vorbereitungen. Eine bestimmte militärische Macht ist in letzter Zeit in den Irak eingedrungen, sowohl Infanterie als auch Panzer. Das war ein wichtiger Schritt. Bis jetzt sieht die Politik der Türkei so aus: Wenn die USA gegen den Irak intervenieren, wird auch die Türkei im Süden militärisch intervenieren, und zwar bis Mossul und Kirkuk. Diese Entscheidung wurde auf der letzten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates getroffen. Dem Generalstab ist dabei die Zuständigkeit für die militärische Bewegung gegeben worden."

'Historischer Fehler'

Da die Türkei gar nicht die Kraft habe, sich gegen eine Irak-Intervention zu stellen, werde sie ihre Militärbewegung in Kurdistan verstärken und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf Kurdistan konzentrieren. "Das wird der größte Fehler in der Geschichte der Türkei werden", betonte Kalkan. Die KurdInnen seien zu einer organisierten Kraft geworden, die von den Staaten beachtet werde, die im Mittleren Osten Politik machen wollten. Die extrem anti-kurdische Haltung der Türkei werde diese von innen schwächen.

(ÖP, 15.1., ISKU)

Türkei sowie auf Achtung der Menschenrechte in der praktischen Anwendung seien unbeantwortet geblieben, so Baydemir. *(ÖP, 12.4., ISKU)*

Abschiebungsgegner werden strafrechtlich belangt

Bei einer Kundgebung vor dem Bremer Rathaus gegen die geplante Abschiebung von libanesischen Kurden in die Türkei wurden 2 Personen von Greiftrupps der Polizei zur Abgabe ihrer Personalien gezwungen. Sie seien vom Staatsschutz als Teilnehmer einer Straßenblokkade wiedererkannt worden, durch die in der vergangenen Woche die Abschiebung der kurdischen Familie zunächst verhindert wurde. (siehe Nuce Nr. 36) *(ISKU)*

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
NZZ = Neue Zürcher Zeitung

Termine

Im Schatten eines neuen Krieges ?

Der Süden Kurdistans ist seit Jahrzehnten ein Brennpunkt internationaler Politik. Es ist zu befürchten, dass im Mittleren Osten, konkret auf dem Boden des Irak, ein neuer Krieg droht. Die Türkei wird sich diesen Entwicklungen nicht entziehen und stationierte Truppen im kurdischen Nordirak (UN-kontrolliertes Gebiet). Sollte ein neuer Krieg im Irak beginnen, wird das für die Kurden und Kurdinnen sehr negative Auswirkungen haben.

Vor diesem Hintergrund findet am **22.1.** in der **B5** (Brigittenstrasse 5) in **Hamburg** ein Diskussionsabend mit der Journalistin Karin Leukefeld statt. Beginn ist **19.30 Uhr**.

§129-Prozeß gegen Kazim E.

Prozeßauftakt: 22. und 23. 1. Beginn ist jeweils 10.00 Uhr OLG Celle (Kanzleistr. 4)

Im Bunten Haus (CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30f) in Celle findet dazu am 20. 2. um 19.00 Uhr eine Informationsveranstaltung statt. Dort wird auch über Hintergründe und Auswirkungen des PKK-Verbots berichtet.

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 38
25. Januar 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Neue Drohungen oder erstes Dialogangebot

Die "anonymen" Berichte aus Ankara

In Ankara sind vergangene Wochen zwei von "Sicherheitseinheiten" erstellte Berichte veröffentlicht worden. Der erste davon war auf den 11.1. datiert, also vor dem Besuch von Premierminister Bülent Ecevit in den USA. Inhalt des Berichtes sind die Aktivitäten der PKK in Syrien, Iran, Irak, Griechenland, Südzypern, Rumänien, Russland und Armenien. Besondere Betonung findet dabei Syrien. In dem Bericht heisst es, die syrische Regierung habe eine Partei mit dem Namen "Nationale Demokratische Einheit Syriens" gegründet, um die KurdInnen im Land zusammenzuhalten. Auch die PKK befinde sich innerhalb dieser Einheit. Weiter steht in dem Bericht, Cemil Bayik, Mitglied des Präsidialrates der PKK, sei häufig in Damaskus, wo er von zwei Ärzten behandelt werde. Im Flüchtlingslager Maxmur im Irak befinden sich laut Bericht knapp 500 PKKler, dreissig davon ständig. Ausserdem lebe eine grosse Anzahl Militanter in dem Lager, das sich auf der Verbindungslinie Kirkuk-Bagdad befindet. Auf dem Territorium des Iran befänden sich Rückzugsstützpunkte der PKK. Mit dieser Aussage wird auch der Iran als potentielles Angriffsziel ausgewiesen.
Am Ende des Berichtes heisst es, die PKK führe ihre Aktivitäten mit äusserst geheimer und vorsichtiger Unterstützung offizieller Stellen Griechenlands über ihr Büro in Athen, das Kurdistan-Komitee, die Balkan-Vertretung und den Kurdischen Roten Halbmond aus.
Der Bericht, sieht aus wie eine organisierte Arbeit, mit der die empfindlichen Punkte der Türkei den USA vermittelt werden sollen. Nur mit Mühe hat Ankara es geschafft, dass die USA die PKK auf ihre "Terrorliste" aufnehmen. Der Bericht erscheint wie eine vorbereitete Begründung für die Forderungen Ankaras. Wie er von den USA aufgenommen werden wird und was für eine Art der Unterstützung darauf erfolgen wird, ist zur Zeit unbekannt. Aber es ist naheliegend, dass er erstellt worden ist, um bei einer Intervention gegen den Irak Unterstützung für eine Operation gegen die PKK zu erhalten.

Der zweite Bericht
Der zweite von "Sicherheitseinheiten" erstellte Bericht wurde am Tag vor Ecevits Abreise in die USA veröffentlicht. Mehr noch als einem Bericht ähnelt er einem Dokument, in dem in 12 Artikeln der PKK Vorschläge unterbreitet werden. Gefordert wird darin von der PKK, die "Aufrichtigkeit in ihrer Absicht, die Türkei nicht teilen zu wollen" zu belegen.

Folgende Artikel sind in dem Papier enthalten:
1- Wenn gemäss der Logik 'Kurden müssen kurdische Ausbildung erhalten, weil sie Kurden sind' verfahren wird, folgt darauf die Logik 'Kurden müssen vor Gericht kurdisch sprechen können; Kurden müssen auf jeder Ausbildungsstufe kurdische Geschichte und kurdische Geographie studieren; Kurden müssen Arbeitsgebervereinigungen oder kurdische Anwaltskammern gründen können'. Eine solche Situation bedeutet die mögliche Teilung von Hunderten von Vereinen, Stiftungen und anderen Formationen, die sich aus Kurden und Türken gleichermassen zusammensetzen. Eine solche Teilung würde sich auch in der Gesellschaft wiederspiegeln.
2- Alle im Ausland und in Kurdistan tätigen PKK-Organisationen müssen das Wort 'Kurdistan' aus ihrem Namen streichen.
3- Die PKK muss von dem Verfahren Abstand nehmen, insbesondere in Ländern wie Italien und Belgien im Namen Kurdistans an offiziellen und halboffiziellen Versammlungen teilzunehmen.
4- In den Nachrichtensendungen auf türkisch oder auf einem der beiden kurdischen Dialekte bei Medya TV darf von unseren südöstlichen und ostanatolischen Gebieten nicht als 'Kurdistan' und von unseren Provinzen in diesen Regionen nicht als 'kurdischen Provinzen' gesprochen werden. Diese gegen die Türkei gerichtete Propaganda muss beendet werden.
5- Der Kurdische Nationalkongress mit der Zielsetzung der Unabhängigkeit muss seine Aktivitäten einstellen.
6- Der Wetterbericht bei Medya-TV darf nicht unter dem Namen Kurdistan erfolgen.
7- Die Veröffentlichung von Landkarten Kurdistans in Printmedien und Internetseiten der PKK muss eingestellt werden.
8- Projekte wie der Verein kurdischer Geschäftsleute, kurdisches Sprachinstitut, kurdische Bank, kurdische Enzyklopädie und kurdischer Wirtschaftskongress müssen von der Tagesordnung gestrichen werden.
9- Das Ziel, unsere in Südost- und Ostanatolien lebenden Bürger von der türkischen Gesellschaft abzutrennen, und wie Osman Öcalan es sagt, eine 'kurdische Nation' zu errichten, muss eindeutig abgelegt werden.
10- Die Nichtanerkennung unserer Nationalhymne und die Haltung gegen Atatürk durch die PKK und ihre Anhänger muss aufgegeben werden.
11- Auf internationalem Gebiet gegen die Türkei tätigen armenischen und syrischen Gruppen darf keine Unterstützung gewährt werden.
12- Alle PKK-Angehörigen müssen ihre Waffen abgeben und sich den Sicherheitskräften ergeben.
Am Ende des Berichtes findet sich noch folgende Warnung: "Es ist offenkundig, das die Türkei im Falle der Beendigung der aufgeführten Vorgehensweisen als natürliches Resultat der Demokratie ihre Probleme fern von einer terroristischen und separatistischen Atmosphäre bewerten können werden wird."

Wessen Bericht?
Von welcher "Sicherheitseinheit" die Berichte erstellt worden sind, ist unbekannt. Bis jetzt hat es auch noch keine Stellungnahme des MIT, der Polizeidirektion, des Generalstabs, des Premierministers oder Staatspräsidenten dazu gegeben. Und eigentlich gibt es auch keinen Ansprechpartner, an den sich die Berichte wenden. Sie sind weder offiziell noch inoffiziell dementiert worden. *(YG online, 19.1., ISKU)*

Bewertung des '12-Punkte-Schreibens' durch PKK-Präsidialratsmitglied Osman Öcalan
Öcalan nahm am 19. telefonisch an der bei Medya TV ausgestrahlten Sendung "Gündem" teil. Insbesondere verwies er auf das reaktionäre Niveau des "Aufrufes an die PKK", dessen Herkunft nach wie vor unklar ist und zu dem auch der Generalstab bisher keine Stellungnahme abgegeben hat. "Ohne dem Inhalt zuzustimmen, kann es als Initiative bewertet werden, mit der eine Diskussionsplattform geschaffen werden soll. Natürlich haben wir uns die 12 Punkte angesehen. Es hat immer wieder Flugblätter aus der Luft oder auf dem Land gegeben, so in dem

Fortsetzung auf der Rückseite

Meldungen

Staatsterror in Amed
In einer schriftlichen Erklärung des Gouverneurs von Diyarbakir (Amed) wird mitgeteilt, im Rahmen einer Jandarma-Operation seien 22 Personen, darunter Mitglieder der HADEP und von Angehörigenvereinen festgenommen worden. Der Festnahmegrund laute auf "logistische Unterstützung der PKK, Bereitstellung von Kräften und Überbringung dieser in ländliches Gebiet sowie Aktivitäten im Namen der Organisation". Von den Festgenommenen sind 16 verhaftet worden. *(ÖP, 18.1., ISKU)*

Tod zweier Milizen in Silvan
Am 15.1. ist auf eine Anzeige hin ein Haus in Amed-Silvan von der Polizei umstellt worden. Bevor ein Gefecht ausbrach, haben zwei Volksmilizen vier im Haus anwesende Personen nach draussen geschickt. Um einer Verhaftung zu entgegen, haben sie sich selbst getötet. Die bei dem Vorfall festgenommenen vier Personen sind nach einem viertägigen Verhör auf der Antiterror-Abteilung der Diyarbakirer Polizei verhaftet und ins Gefängnis überstellt worden. *(ÖP, 22.1., ISKU)*

Öcalan-Prozess kann sich bis 2003 hinziehen
Der vorsitzende Richter am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh), Luzius Wildhaber hat auf einer Pressekonferenz in Strasbourg zur Auswertung des Jahres 2001 mitgeteilt, der Prozess des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan könne sich bis ins Jahr 2003 hinziehen. *(ÖP, 22.1., ISKU)*

Steigendes Misstrauen gegen Regierung
Eine von der ANAP in Auftrag gegebene Meinungsumfrage zur ökonomischen Krise und zur Arbeit der Regierung hat ergeben, dass die Regierung als erfolglos betrachtet wird. Es wurden 5300 Personen in 17 Provinzen befragt. Die Aussage "Ich glaube nicht, dass das Land mit der aktuellen Regierung aus der Krise herausfindet" wurde von 79,7% der Befragten bestätigt. In der Minderheit befanden sich mit nur 1,7% auch diejenigen, die der Regierung ein erfolgreiches Vorgehen bescheinigten. Von ihrer Erfolglosigkeit waren 46,6% überzeugt. 70% glauben daran, dass die EU-Mitgliedschaft vorteilhaft für die Türkei ist. Allerdings rechnen nur 34% damit, dass die

Kampagne für muttersprachlichen Unterricht weitet sich aus

Solche Gewalt gegen solch eine Forderung!

Die Aktionen im Rahmen der Muttersprachen-Kampagne dauern ununterbrochen an.
In Istanbul griff die Polizei, die mit 3000 Einsatzkräften vor Ort war, eine von der Frauen- und Jugendorganisation der HADEP organisierte Kundgebung an. Dabei kam es zu über hundert Festnahmen. Ca. 200 Studierende der Istanbul-Universität protestierten mit symbolisch verbundenem Mund gegen die Repression. Sie demonstrierten von der juristischen Fakultät bis zur Universitätsleitung, wo sie sich die schwarzen Bänder abnahmen und Parolen riefen.
An der 19-Mayis-Universität in Samsun haben kurdisch-, arabisch-, tscherkessisch-, armenisch- und griechischstämmige Studierende 1500 Anträge an Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer geschickt. In einer Presseerklärung, kündigten sie die Fortsetzung ihrer Aktion an. "Wir teilen schon jetzt mit, dass wir uns von der folgenden Repression nicht einschüchtern lassen werden. Wir schicken dem ganzen Volk vom Schwarzen Meer aus unsere Liebe und Achtung."
An der 18-März-Universität in Canakkale haben die Studierenden einen Sitzprotest durchgeführt. In einer Presseerklärung verurteilten die Studierenden die Festnahmen und Verhaftungen.
In Adana wurden fünf Erziehungsberechtigte festgenommen, die zuvor Gesuche eingereicht hatten.
In Izmir reichten an drei verschiedenen Grundschulen insgesamt 74 Eltern Gesuche für ihre Kinder ein. Die meisten wurden von den jeweiligen Schuldirektoren zurückgewiesen.
69 Studierende der Inönü-Universität in Malatya, die vor vier Tagen wegen eingereichter Anträge festgenommen worden waren, sind nach Beendigung der Verhöre durch die Jandarma dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt worden.
In Batman reichten Hunderte von Personen Gesuche bei den Schuldirektionen ein und forderten muttersprachlichen Unterricht. Die Polizei traf strenge "Sicherheitsvorkehrungen" rund um die Schulen und nahm eine grosse Anzahl von Menschen fest. Einige Schulen wurden im Vorfeld abgeriegelt, um die Abgabe von Anträgen zu verhindern. SchülerInnen mussten sich durchsuchen lassen, bevor sie ihre Schulen betreten konnten. Viele wurden auch bei anschliessenden Wohnungsdurchsuchungen festgenommen. An mehreren Schulen und Strassenübergängen wurden riesige Transparente mit der Forderung nach muttersprachlichem Unterricht in kurdischer Sprache aufgehängt.
Auch in Amed wurden die Aktionen an den Schulen fortgesetzt. So wurde vielerorts ausschliesslich kurdisch gesprochen, es wurden Transparente aufgehängt und in mehreren Stadtteilen Flugblätter verteilt. Eine Schule wurde aufgrund der hohen Beteiligung an der Kampagne von der Polizei umstellt. Gegen drei Studenten, die an der Dicle-Universität 1540 gesammelte Anträge einreichen wollten und dabei festgenommen worden waren, wurde ein Verfahren nach Paragraph 169 Strafgesetzbuch eingeleitet.
In Siirt ging vor allem die Jugend auf die Strasse, um ihre Unterstützung für die Kampagne kundzutun. Im Stadtteil Cakmak versammelten sich ca. 100 Jugendliche. Später setzten sie sich zu einem Demonstrationszug in Bewegung, wobei sie von AnwohnerInnen mit Beifall unterstützt wurden. Im Anschluss an die Aktion führte die Polizei eine Operation im Viertel durch, bei der drei Personen festgenommen wurden.
In Van reichten elf Erziehungsberechtigte Gesuche auf Kurdisch-Unterricht bei der Erziehungsbehörde ein. Weil der Behördenchef nicht aufzufinden war, hinterliessen sie die Anträge auf seinem Schreibtisch.
Der IHD Elazig hat in einem Fax an Innenminister Yücelen gefordert, sein Rundschreiben zu den Anträgen auf muttersprachlichen Unterricht zurückzunehmen.
In Van ist von der 100.-Yil-Universität mitgeteilt worden, viele der Anträge seien mehrfach eingereicht worden und würden aus diesem Grund nicht akzeptiert. In der Erklärung des Universität-Senates heisst es: "Einstimmig ist beschlossen worden, ab sofort keine Anträge mehr anzunehmen, mit denen bezweckt wird, unsere Universität zum Brennpunkt der auf die Politisierung einer illegalen Organisation ausgerichteten Aktivitäten zu machen." Acht Studierende der 100.-Yil-Universität, die vergangenen Oktober anlässlich des Besuches des YÖK-Präsidenten Kemal Gürüz in Van die Parole "Nein zum YÖK" gerufen hatten, sind für ein halbes Jahr von der Universität "entfernt worden".

(ÖP, 21.- 23.1., ISKU)

Die "anonymen" Berichte aus Ankara

Fortsetzungvon der ersten Seite

Stil: Ein Mann und eine Frau, daneben zwei Kinder, und dazu heißt es, kommt und heiratet. Früher, zu Zeiten des heißen Krieges hieß es, kommt und eßt eine heiße Suppe.
Es ist in der Hinsicht wichtig, dass es eine Diskussion hervorruft. Und dass das Wort Kurdistan Erwähnung findet.

Aufruf an die Regierung
Öcalan forderte die Regierung auf, vor einem Aufruf an die PKK zunächst selbst konkrete Schritte zu setzen "Die Lebensbedingungen des kurdischen Volkes müssen verbessert werden. Es müssen Schritte zu Befreiung gesetzt werden. Die Guerilla ist sehr bewusst und entschlossen. Sie ist jahrelang ausgebildet worden. Es kann niemals erwartet werden, dass diese Guerilla kapituliert. Aber damit die Waffen niedergelegt werden, muss eine Generalamnestie erlassen werden. Die Möglichkeit kurdischer Ausbildung muss anerkannt werden, die Möglichkeit zu leben muss anerkannt werden, es muss ökonomische Verbesserungen geben. Wenn es ein solches Programm gibt, kann es einen Fortschritt Richtung Lösung geben. Das sind keine übermässigen Forderungen, es ist nicht verständlich, dass der Staat immer noch keine Annäherung zeigt. (...) Während wir auf unserem 8. Kongress die von uns gesetzten Schritte stabilisieren und stärken, muss auch die Türkei einen Schritt setzen."

Unterstützung der Muttersprachen-Kampagne
Öcalan rief das kurdische Volk zur Mobilmachung und zur Unterstützung der Kampagne auf und fuhr fort: "Wenn sich Millionen daran beteiligen, kann die Repression wirkungslos gemacht werden. Jedes kurdische Dorf, alle Erziehungsberechtigten von SchülerInnen, jeder patriotische Mensch muss Anträge einreichen, die gesamte Studentenschaft muss Anträge stellen. Was wir damit sagen wollen, ist dass die momentanen Aktivitäten Möglichkeiten für die Türkei eröffnen werden.
Bringt euren Kindern das allerschönste Türkisch bei. Sie sollen das schönste Kurdisch sprechen. Wir sind nicht so chauvinistisch und reaktionär wie sie. Aber vergesst auch nicht, in eurer eigenen Sprache zu sprechen." Zu diesem Thema müsse eine grosse Mobilmachung stattfinden.
"Erwachsene und Kinder, alle sollen zwei, drei Stunden die Woche in einer Wohnung Unterricht bekommen. (...) Alles hat seinen Preis, es gibt Verhaftungen und Festnahmen. Das kann durch ein massenhaftes Anwachsen verhindert werden."

(YG online, 21.1., ISKU)

Türkei auch in die EU aufgenommen wird. *(ÖP, 22.1., ISKU)*

Höchstes verschuldetes Land
Der IWF wird dieses Jahr im Gegenzug zu vergebenen Krediten von 162 Ländern Kreditschulden eintreiben. Mit der im Februar zu unterzeichnenden Stand-By-Vereinbarung über 10 Milliarden Dollar wird die Türkei von Argentinien den Titel übernehmen, von 55 durch IWF-Programme regierten Ländern die höchste Schuldenvereinbarung getroffen zu haben. Das bedeutet, dass jeder in der Türkei lebende Mensch im Jahr 2002 an den IWF 83 Dollar und 27 Cent zahlen müsste. Innerhalb der Jahre 2000-2004 wird die Türkei vom IWF insgesamt 31,5 Milliarden Dollar erhalten haben. *(ÖP, 21.1., ISKU)*

Finanzierung für Staudamm Eremek steht
Ein internationales Bankenkonsortium hat das Finanzierungspaket für das 300-Megawatt-Wasserkraftprojekt Eremek in Kurdistan/Türkei geschnürt. Das Gesamtvolumen des Staudamm- und Wasserkraftwerk-Projektes liegt bei 613 Mio. Euro.
(Der Standard (A), 23.1., ISKU)

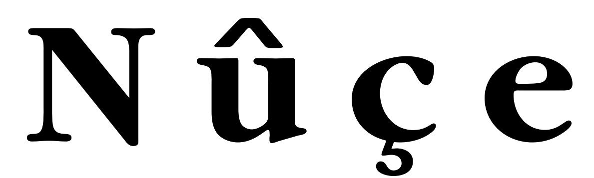
15-Jähriger Bremer in Geiselhaft
Am 21.1. wurde der 15-jährige libanesiche Kurde Abdulkadir El-Zein im elterlichen Haus festgenommen. Abschieben kann die Behörde den Jugendlichen, der im Alter von einem Jahr nach Bremen kam, zunächst nicht. Dazu müsste im Zielland Türkei die "kindgerechte Inobhutnahme" gewährleistet sein. So lange nicht auch mindestens ein Elternteil mit abgeschoben werden kann, wäre das kaum möglich. Offensichtlich soll der Junge nun im Abschiebegewahrsam "warten", bis entweder sein Vater oder seine Mutter, die sich in ärztlicher Behandlung befindet, abgeschoben werden.
(taz Bremen, 23.1., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 39
1. Februar 2002





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Muttersprachenkampagne

Weitere Gesuche von Eltern

In Istanbul, Izmir, Amed und Van sind weitere Anträge auf Kurdisch-Unterricht von Eltern für ihre Kinder eingereicht worden.

In Istanbul-Gaziosmanpasa versammelten sich 60 Mütter vor dem Landratsamt. Während die Mütter im Eingangsbereich warteten, fragte die Polizei den Korrespondenten [der kurdischsprachigen Wochenzeitung] Azadiya Welat, Salih Demirkaya, der die Geschehnisse beobachtete, nach seinem Ausweis. Dann erklärten sie, eine solche Zeitung gebe es nicht. Demirkaya wurde kurzzeitig festgenommen. Cengiz Kapmaz von der Wochenzeitung YG, der die Mütter fotografierte, wurde von Zivilpolizisten angegriffen. Polizisten zerstörten seine Kamera.

Die Mütter wurden kurze Zeit später festgenommen und zur Polizeistation gebracht. Nach einer Ausweiskontrolle wurden sie wieder freigelassen, woraufhin sie vor dem Polizeigebäude Parolen riefen und noch einmal festgenommen wurden.

In Izmir stellten insgesamt 74 Erziehungsberechtigte an drei verschiedenen Schulen Anträge auf Kurdisch-Unterricht.

In Amed wurden in verschiedenen Stadtteilen 345 Anträge eingereicht.

In Van wurden 14 Eltern festgenommen, nachdem sie Anträge an die Erziehungsbehörde gestellt hatten. Ausserdem fanden in Van Protestaktionen gegen die Repression statt.

Weitere Kundgebungen und Demonstrationen fanden in Batman statt, wo die Aktionen seit langer Zeit andauern.

An der Cukurova-Universität in Adana, wo Studierende 1030 Gesuche eingereicht hatten, wurden gegen 35 Studierende Ermittlungen eingeleitet.

Kampagne auf MGK-Sitzung

Wie bekannt wurde, waren die Aktivitäten um die Forderung nach Einführung von muttersprachlichem Unterricht sowie dagegen zu treffende "Massnahmen" Thema auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) am 29.1. Im Anschluss an die sechstündige Sitzung wurde mitgeteilt, dass unter Hinzuziehung geheimdienstlicher und polizeilicher Berichte über den letzten Monat über "propagandistische Aktivitäten zum Thema Unterricht in einer anderen Sprache als der offiziellen und auf die Sicherheit des Landes ausgerichtete weitere aus dem In- und Ausland kommende, schädliche Aktivitäten" sowie über bereits getroffene und zu treffende "Vorsichtsmassnahmen" beraten worden ist.

PKK: Kurdisch-Unterricht beginnen

PKK-Präsidialratsmitglied Nizamettin Tas erklärte in einem telefonischen Beitrag zur Sendung "Gündem" bei Medya TV: "Die momentan in der Türkei laufende Kampagne für muttersprachlichen Unterricht ist vom kurdischen Volk selbst, von den Studierenden in eigener Initiative unabhängig entwickelt worden. Wenn es die PKK gewesen wäre, die diese Kampagne praktisch organisiert hat, hätte sie nicht gezögert, das auch öffentlich zu machen. Auch während des 15-jährigen Krieges haben wir uns zu durchgeführten Aktivitäten bekannt. Aber die PKK unterstützt diese Kampagne vorbehaltslos."

Die Kampagne muss fortgesetzt werden, indem sich einerseits mit voller Kraft daran beteiligt wird, andererseits Kurse, Wohnungen und Vereine in Ausbildungsstätten umgewandelt werden. Die repressive und ignorante Herangehensweise des Staates kann ausgeschaltet werden, wenn auch das türkische Volk diesen demokratischen Kampf unterstützt. Es gibt viele KünstlerInnen, die kurdische Wurzeln haben; auch sie können das Verbot aushöhlen, indem sie auf Konzerten zwanzig türkische Lieder singen und ein kurdisches."

An die Türkei richtete Tas folgenden Aufruf: "Verhaltet Euch nicht bewusst feindselig dem kurdischen Volk gegenüber. Macht deutlich, was Ihr für Projekte zur Lösung der kurdischen Frage habt, wenn es Verleugnung ist, dann Verleugnung. Sagt, was Ihr über die Kurden denkt. Sollte es dabei gemeinsame Berührungspunkte geben, kann das zur Lösung beitragen."

(ÖP, 26./29./30.1., ISKU)

Chomsky unterstützt Kurdisch-Kampagne

Der bekannte US-amerikanische Philosoph und Sprachwissenschaftler Noam Chomsky wird aus Anlass eines gegen seinen Verleger Fatih Tas angestrengten Prozesses wegen separatistischer Propaganda am 12. Februar in die Türkei kommen. Im Rahmen seines Besuches wird Chomsky auch nach Diyarbakir fahren. In einem Interview sagte Chomsky, bei seiner Türkeireise und dem geplanten Besuch in Diyarbakir handele es sich nicht um einen "Test", wie türkische Zeitungen geschrieben hätten. "Ich werde gemeinsam mit Vertretern verschiedener Menschenrechtsorganisationen in die Türkei kommen, um an einem Prozess eines Verlegers teilzunehmen, dessen Anklage auf einer sehr hässlichen Basis beruht. (...) Ich stehe auch nicht in Verbindung mit den Studierenden, die die Kurdisch-Kampagne durchführen. Aber ich habe die Meldungen über die Kampagne in US-amerikanischen und internationalen Medien verfolgt. In der Annahme, dass diese Nachrichten richtig sind, unterstütze ich diese Bemühungen ausdrücklich. " Wie der angeklagte Besitzer des Aram-Verlages, Fatih Tas, mitteilte, besteht grosses Interesse an seinem Prozess, der am 13. Februar beginnen wird. Eine grosse Anzahl Intellektueller, Schriftsteller, Künstler und Akademiker werden die Verhandlung beobachten.

(ÖP, YG, 26./29.1., ISKU)

Neuer Geheimdienstbericht veröffentlicht

In einem neuen Geheimdienstbericht heisst es, dass im Anschluss an die Forderung nach Kurdisch-Unterricht neue Kampagnen gestartet werden.

Die Muttersprachenkampagne werde Mitte März beendet und dafür sechs neue Kampagnen begonnen werden. In dem Bericht heisst es: "Es werden Massenanträge an die Einwohnermeldeämter im Rahmen der "Ich möchte in meinen Ausweis eintragen lassen, dass ich Kurde/Kurdin bin"-Kampagne gestellt werden. Auch an die Gerichte werden Sammelanträge gestellt werden. Es wird gefordert werden, dass kurdische Geschichte, kurdische Literatur und kurdische Geographie an allen Lehranstalten von der Grundschule an unterrichtet werden." Desweiteren wird laut Bericht eine Unterschriftenkampagne für die Gründung kurdischer Berufsvereinigungen stattfinden. (YG, 26.01.2, ISKU)

Meldungen

Todesfasten: Neues Rundschreiben von Türk

Justizminister Hikmet Sami Türk hat die von Anwaltskammern vorgeschlagene Formel "Drei Türen, drei Schlösser" mit der Begründung zurückgewiesen, die Gefangenen würden die Kameras zerstören, mit denen die Korridore kontrolliert werden.

Die Todesfasten-AktivistInnen hatten den Vorschlag der Anwaltskammern angenommen und damit die Behauptung Türks widerlegt, die Aktion dauere einzig aufgrund der Sturheit der Organisationen und ihren unannehmbaren politischen Forderungen an. Türk veröffentlichte ein Rundschreiben, in dem für jeweils zehn Gefangene ein Zusammenkommen für fünf Stunden die Woche vorgesehen ist. Zu dem Rundschreiben erklärten die Gefangenen, dass damit die Probleme nicht gelöst werden können.

(YG, 26.1., ISKU)

'Fotograf' mit Filmpreis ausgezeichnet

Den Preis für den besten Film beim 13. Alpe Adria Filmfestival in Triest/Italien hat "Fotograf" von Kazim Öz und der Filmgruppe des Mesopotamischen Kulturzentrums in Istanbul erhalten. Auf dem Festival wurden insgesamt 120 Filme gezeigt. Der Preis beinhaltet eine Prämie von 5000 Euro.

(ÖP, 26.1., ISKU)

Kind von Soldaten überfahren

Im Kreis Silopi in Sirnak wurde die elfjährige Zozan Özdemir durch ein Militärfahrzeug getötet, das das dortige Panzerbatallion verliess. Durch eine Minenexplosion in Batman-Sason wurden zwei Kinder mit den Namen Ferhat und Davut Bulgan getötet. *(ÖP, 30.1., ISKU)*

Kurdisches Institut versiegelt

Das Kurdische Institut in Istanbul ist wegen "Verstoss gegen das Privatunterrichtsgesetz" versiegelt worden. Wie der Vorsitzende des Instituts, Hasan Kaya, erklärte, gebe es keinen Gerichtsbeschluss dafür.

(ÖP, 29.1., ISKU)

Öcalan für Friedenspreis vorgeschlagen

Die Internationale Organisation für Frieden und Solidarität (ARCI), eine italienische zivilgesellschaftliche Organisation mit rund einer Million Mitgliedern, hat auf einem Kongress letzte

Vor einem Jahr verschwanden Serdar Tanis und Ebubekir Deniz

Zeuge im Fall der Verschwundenen von Silopi

Ein Jahr nach dem Verschwinden der HADEP-Vorstandsmitglieder Serdar Tanis und Ebubekir Deniz ist ein Zeuge aufgetaucht, der Deniz und Tanis nach ihrer Festnahme am Grenzpunkt bei Silopi gesehen hat. Der Augenzeuge, der vor einem Jahr seinen Militärdienst in Silopi abgeleistet hatte, sagte aus, die beiden HADEPler seien mit verbundenen Augen und gefesselten Händen mit einem weissen Auto nach Habur gebracht worden. Zu einem Zeitpunkt, als er Wache gestanden habe, seien die Vermissten am Grenzübergang 47 von JITEM-Mitarbeitern [Anti- Terror- Nachrichtendienst der Gendarmerie] verhört worden. Zunächst hätten sie [die Soldaten] nichts davon gewusst, dass der Vorfall an die Öffentlichkeit gedrungen sei, so der Zeuge. Als Vorsichtsmassnahme seien ihre Fotoapparate, Mobiltelefone und Notizhefte eingesammelt und der Ausgang in die Stadt gestrichen worden.
Der Soldat, der in der Jandarma-Kommandantur Habur Dienst tat und seinen Namen geheim halten möchte, sagte aus, sagte aus, dass einige Tage vor dem 25. Januar, an dem sich der Vorfall ereignet hatte, eine Operation am Cudi-Berg stattgefunden habe: "Nach drei Tagen teilten die Offiziere mit, die Operation sei beendet und wir würden zurückkehren. Wir machten uns auf den Weg zum Jandarmaposten Habur. Als wir die Aussenbezirke Silopis erreichten, war es zwischen 2.00 und 2.30 Uhr nachts. Die Fahrzeuge hielten an. Die Offiziere forderten uns auf, auszusteigen und die Umgebung zu sichern. Die Offiziere sprachen mit einem Zivilisten, der neben dem Auto stand. Danach betrat diese Person das Gebäude und kam nach einer Weile mit zwei weiteren Zivilisten wieder heraus. Sie brachten zwei Personen, deren Augen verbunden und Hände gefesselt waren, nach unten. Diese beiden setzten sie auf die Rückbank des Autos. Einer setzte sich neben sie, einer nach vorne. Dann fuhr das Auto los. Auch uns wurde der Befehl zum Einsteigen gegeben. Wir bewegten uns zusammen mit dem Auto im Konvoi."

Verhör am Grenzübergang 47

Am 27. Januar habe er direkt neben dem JITEM-Hauptquartier am Grenzübergang 47 Dienst gehabt, wo zivile Fahrzeuge die Grenze bei Habur überqueren, so der Zeuge. Die Leute vom JITEM hatten im Garten des direkt nebenan befindlichen Gebäudes, im Parkbereich zwei Personen im Abstand von drei Metern mit verbundenen Augen und auf dem Rücken gefesselten Händen auf den Boden gesetzt. Ihnen gegenüber sass eine zivile Person auf einem Stuhl und wachte darüber, dass sie nicht miteinander sprachen. Zunächst erregte die Sache nicht meine Aufmerksamkeit, denn Festgenommene wurden oft hierher gebracht.



In der ganzen Türkei gab es Kundgebung zum Jahrestag des Verschwindens von Serdar Tanis und Ebubekir Deniz

"Als ich genauer hinguckte, sah ich, dass es sich um die gleichen Personen handelte, wie in der Nacht. Ich wusste immer noch nicht, wer sie waren und warum sie festgenommen worden waren. Als meine Wache zu Ende ging, verliess ich den Ort."
Da sie weder Zeitung lasen noch Nachrichten guckten, hätte er nichts davon gewusst, dass es in Silopi zwei Verschwundene gegeben habe, so der Soldat. Zwei oder drei Tage nach dem Vorfall seien jedoch die Namen von Serdar Tanis und Ebubekir Deniz in die Liste der Vermissten und Gesuchten eingetragen worden. "Wir verglichen die Ausweise der Personen, die aus dem Irak einreisten, mit dieser Liste.
Zu dem Zeitpunkt kam mir ein dienstälterer Soldat zur Hilfe. Er sagte, dass das alles wegen dem verschwundenen HADEP-Kreisvorsitzenden gemacht werde, dass die beiden Personen, die wir nach der Operation am Siyah Kaya mitgenommen hatten, eben diese Verschwundenen seien und die gleichen, die am Grenzposten 47 verhört wurden, und dass sie jetzt möglicherweise tot seien. Wenn es Personen mit dem Nachnamen Tanis gebe, sollte ich sie nicht aufhalten, weil sie sonst festgenommen würden. Ich tat, was er sagte. Wenn ich Dienst hatte, und Leute mit dem Namen Tanis kamen, hielt ich sie nicht an."

Der Bürgermeister wollte nicht

Er sagte weiterhin aus, dass er Zeuge davon wurde, als einige JITEM Angehörige über die verschwundenen HADEPler sprachen. "Da es Winter war, gingen wir nach dem Dienst in deren Gebäude [von der JITEM], um uns aufzuwärmen. Sie erzählten, dass der Bürgermeister von Silopi, Neset Öktem, sich an die militärischen Verantwortlichen gewandt hätte, um die HADEP zu schliessen und dass der Bürgermeister verantwortlich sei für das Verschwinden dieser Leute und sie traurig darüber seien."

Die Soldaten stehen unter Kontrolle

Durch den Befehl von Hauptmann Ismail Bicakci wurde der Urlaub der in Habur Jandarma Hauptquartier dienenden Soldaten ab Mitte Februar gestrichen und die Handys und Fotoapparate der Soldaten eingesammelt, die man zuvor geflissentlich übersehen hatte. Unsere Notizhefte wurden auch alle eingesammelt, gelesen und anschliessend verbrannt. Sie haben die Fingerabdrücke aller Soldaten, die zu der Zeit ihren Dienst in Habur und Zoll Einheiten taten, eingesammelt. *(ÖP, 27.1., ISKU)*

Woche den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan für den Sacharov-Preis des Europa-Parlamentes vorgeschlagen. Desweiteren wurden auf dem Kongress eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die die Repression gegen die Muttersprachen-Kampagne und die HADEP sowie Menschenrechtsverletzungen betreffen.
Einer der gefassten Beschlüsse lautet: - Verstärkung der Solidaritätsarbeit für die HADEP - Ausgehend davon, dass die Aktionen zivilen Ungehorsams der Demokratie und Gleichheit dienen, Unterstützung der Muttersprachen-Kampagne an den Universitäten - Projekte durch die kommunalen Stadtverwaltungen von Rom, Badalato, Milano, Venedig zur Unterstützung kultureller und sozialer Aktivitäten kurdischer Migranten

(ÖP, 30.1., ISKU)

Ayse Nur Zarakolu gestorben

Ayse Nur Zarakolu, Gründerin und Leiterin des Verlages Belge, ist Sonntag Nacht gestorben. Aufgrund ihres Kampfes für Demokratie war sie in der Öffentlichkeit als `mutige Mutter` bezeichnet worden. Sie erlag einem Krebsleiden.
Zarakolu war seit der Gründung im Jahr 1986 im IHD aktiv. Sie gehörte zum Parteirat der DEP und der HADEP, bevor ihr aufgrund mehrerer Verurteilungen wegen von ihr veröffentlichter Bücher die politischen Rechte abgesprochen wurden. Insgesamt waren in den Jahren 1990 bis 1997 gegen sie 33 Verfahren eröffnet worden. Zweimal sass sie eine fünfmonatige Haftstrafe ab.
Für ihre Arbeit wurde sie mehrfach mit internationalen Preisen ausgezeichnet. Nach Yasar Kemal war sie 1998 die zweite Person aus der Türkei, die auf der Frankfurter Buchmesse den Preis erhielt. An der Preisübergabe konnte sie nicht teilnehmen, weil die Türkei ihr die Ausreise verweigert hatte.

(ÖP, 29.1., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem

Haftbedingungen Öcalans als legitim dargestellt

Wie das Justizministerium der Türkei mitgeteilt hat, wird es keine Verbesserung der Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali geben. Diese stünden in Zusammenhang mit der Tatsache, dass der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan ein "Strafgefangener mit einem hohen Sicherheitsrisiko" sei, was die speziellen Rechtsbeschneidungen legitimiere.
Auf das Gesuch nach der Möglichkeit eines offenen Besuches [ohne Trennscheibe; für politische Gefangene in der Türkei seit letztem Jahr an offiziellen Feiertagen mit Familienangehörigen ersten Grades wieder möglich] für ihren Mandanten mit seinen Angehörigen sei vom Justizministerium eine positive Antwort gekommen, so teilte RA Aysel Tugluk mit. Aber die Entscheidung für einen offenen Besuch konnte bisher aufgrund des tatsächlichen Vorgehens nicht umgesetzt werden.
Weiter erinnerte RA Tugluk daran, dass die Verteidigergespräche insbesondere in den letzten Monaten aufgrund "widriger Wetterverhältnisse" überwiegend ausgefallen sind. "Die einstündigen und einmal wöchentlich vorgesehenen Verteidigergespräche konnten in den letzten Monaten aufgrund der Wetterverhältnisse durchschnittlich einmal im Monat stattfinden. Auch das bewerten wir als grobe Rechtsverletzung. Denn diese Art von Problem resultiert einzig aus dem Boot, das für die Überfahrt gestellt wird. Es könnte durchaus ein Boot zur Verfügung gestellt werden, für das die Wetterbedingungen kein Problem darstellt."

(ÖP, 27.1., ISKU)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 40
8. Februar 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

PKK-Parteirat beschließt weitgehende Neustrukturierung

Historischer Schritt der PKK

Der PKK-Parteirat hat auf seiner 5. Allgemeinen Versammlung beschlossen, im Rahmen der Neustrukturierung und der Strategie der Veränderung und des Wandels innerhalb der Grenzen der EU und der Türkei die Arbeit unter dem Namen PKK einzustellen.
Am 5.2. wurde das Abschlusskommunique der Parteiratsversammlung veröffentlicht, die Ende Januar stattgefunden hat.

11. September wird neues System erschaffen

Der PKK-Parteirat bewertete die mit den Angriffen vom 11. September begonnene Zeit als eine Entwicklungsphase, die ein neues internationales System anstrebe, das das 21. Jahrhundert prägen werde. Mit dem nach dem 11. September begonnenen kurzfristigen Afghanistankrieg habe sich die gesamte politische und militärische Kraft auf den Mittleren Osten konzentriert.
"Diese Tendenz hat gezeigt, mit welch schwerwiegenden Widersprüchen und Problemen der Mittlere Osten beladen ist, der im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts durch die imperialistische Teile-und-Herrsche-Politik und die Aufteilung der Welt als Resultat eines Krieges geformt worden ist. Es ist unübersehbar geworden, dass diese schweren Widersprüche und Probleme unbedingt gelöst werden müssen, damit es einen Fortschritt der Menschheit auf wirtschaftlichem, sozialem, politischen und kulturellen Entwicklungsniveau geben kann."

Veränderung des Mittleren Ostens

Die im Mittleren Osten herrschenden monarchistischen, autokratischen und oligarchischen politischen Systeme müssten zwangsläufig überwunden werden. Die Region als ganzes habe Bedarf nach einer umfassenden Phase der Veränderung und des Wandels. Weiterhin betrachtet der Parteirat "die Schaffung einer demokratischen Einheit der Gemeinschaften in der Region sowie die Überwindung der bestehenden Teilung, wie sie bei den KurdInnen und AraberInnen zu sehen ist", als eine dringende Notwendigkeit. Für die Verwirklichung einer solchen Einheit müsse eine mentale Revolution stattfinden, die wiederum die Durchsetzung eines demokratischen Denksystems und die Überwindung von Nationalismus sowie des religiösen und linken Denksystems erfordere, welches über einen eingeschränkten und repressiven Inhalt verfüge.
Der PKK-Parteirat vertritt die Auffassung, dass hinter allen Problemen im Mittleren Osten die kurdische Frage sowie der im Palästina-Israel-Konflikt aktuell gewordene arabisch-israelische Widerspruch stehe. "Die miteinander verwobenen Probleme aus der Vergangenheit erfordern eine Lösung für die gesamte Region und somit eine sofortige Lösung der kurdischen und palästinensischen Frage."
Es sei eindeutig, dass der sich im Mittleren Osten intensivierende Systemkampf seinen Fokus im Irak habe, so der PKK-Parteirat. "Der Systemkampf im Irak wird festlegen, wie das neue System des Mittleren Ostens aussehen wird."

´Lösung innerhalb der Region`

"Demokratisierung und gemeinsame Lösung müssen innerhalb der Region selbst und von den Kräften der Region geschaffen werden. Zu diesem Zweck und um jegliche von aussen kommende Intervention zu unterbinden, ruft unsere 5. Parteiratsversammlung alle politischen Kräfte der Region, DemokratInnen und Intellektuelle dazu auf, mit ihren dogmatischen Denkmustern zu brechen, sich auf eine demokratische politische Struktur einzulassen und auf dieser Basis den neuen und vereinten Mittleren Osten zu erschaffen, in dem die kurdische und palästinensische Frage sowie alle Probleme der Region mit demokratischen Methoden und auf der Grundlage der Zusammenarbeit gelöst werden. Unsere Partei ist gegen äussere Eingriffe, wenn sie der Bewahrung des alten Status Quo dienen."

Türkei-Regime steht im Widerspruch zur Zivilisation

Weiter erinnerte der PKK-Parteirat daran, dass die Türkei als ein Land, das in der Geschichte eine äusserst kraftvolle Veränderungsdynamik hervorgebracht hat, heute eine schwere wirtschaftliche und politische Krise erlebt, weil sie ihre oligarchische Struktur und ihre dogmatische und eng-nationalistische Mentalität nicht überwinden könne, die einer Veränderung im Wege stehen. Aufgrund dieser Struktur stehe die Türkei im Widerspruch zur Realität des 21. Jahrhunderts und dem Zeitalter der demokratischen Zivilisation. Die Lage der Türkei beschreibt der Parteirat folgendermassen:
"Die Türkei verteidigt ein politisches Gedankensystem, das im Mittleren Osten und weltweit hundert Jahre zurück liegt. Mit der Politik der USA, die sie als strategischen Freund betrachtet, erlebt sie Widersprüche und den Beitritt zur Europäischen Union betreffend macht sie keine Fortschritte. Deshalb ist die Türkei, die im Besitz der reichsten Quellen der Welt ist, zu einem zurückgebliebenen, vom Ausland abhängigen und hilftsbedürftigen Land geworden, in dem Hunger und Armut herrschen."
"Der Schlüssel für eine Demokratisierung, die jede Art von Weiterentwicklung der Türkei ermöglichen wird, ist die Lösung der kurdischen Frage."

Änderungen auf dem 8. Kongress

Im Abschlusskommunique des PKK-Parteirats wird nach der Auswertung ausserdem eine wichtige Entscheidung im Rahmen des demokratischen Wandels und der Neustrukturierung öffentlich gemacht: "In diesem Rahmen ist es als notwendig erachtet worden, insbesondere innerhalb der Grenzen der Europäischen Union und auch der Republik Türkei alle politischen, organisatorischen und praktischen Arbeiten unter dem Namen PKK einzustellen. Ab sofort wird es innerhalb der EU und der Türkei keine Arbeit mehr unter dem Namen PKK geben. Unsere bestehende Arbeits- und Organisationsstruktur wird gemäss dieses Beschlusses zügig alle notwendigen Massnahmen für eine Neustrukturierung treffen. Aus diesem Anlass fordern wir unsere AnhängerInnen in Europa auf, sich diesem Beschluss entsprechend zu verhalten und sich innerhalb der YDK (Kurdische Demokratische Volksunion) und KNK (Kurdistan National Kongress) sowie in allen anderen in gesetzlichem und demokratischem Rahmen gegründeten Einrichtungen zu organisieren und so ihre Tätigkeiten fortzusetzen. Desweiteren rufen wir unsere SympathisantInnen und AnhängerInnen in der Türkei dazu auf, sich der neuen Phase und der Linie des Vorsitzenden entsprechend selbst zu organisieren und zu kämpfen."
(YG online, 5.2., ISKU)

Meldungen

IWF gibt Türkei Kredit in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat der Türkei am Montag einen Standby-Kredit von 16 Milliarden Dollar gewährt. Das Land kann sofort über 9 Milliarden Dollar davon verfügen, teilte der Fonds in Washington mit. Der Kredit hat eine Laufzeit von drei Jahren.
Im Grundsatz hatten sich der IWF und die Türkei schon vergangenen Dezember auf das neue Kreditprogramm geeinigt, das dem Land am Bosporus aus seiner tiefen Wirtschaftskrise helfen soll. Das Programm löst eine frühere Vereinbarung ab. Von der neuen Kreditlinie verspricht sich der IWF, dass sie zu einer mittelfristigen Stabilisierung der türkischen Wirtschaft beitragen und Reformprogramme zum Schutz gegen künftige Krisen stützen wird. *(dpa, 4.2.)*

Gefangene rufen zur Unterstützung auf

Vertreter der Gefangenen von MLKP, DHKP-C, TIKB, TKP/ML, TKP(ML), TKIP und Devrimci Yol veröffentlichten eine Erklärung, in der es heisst: "Wir teilen hiermit der gesamten fortschrittlichen, demokratischen Öffentlichkeit, unseren Völkern und den Staatsvertretern mit, dass wir den Vorschlag der vier Anwaltskammern "Drei Türen, drei Schlösser" unterstützen. Auch wenn die unter der Formel "Drei Türen, drei Schlösser" zusammengefassten Forderungen nicht denen unseres Todesfastenwiderstandes entsprechen, bewerten wir den Vorschlag in Hinblick auf die Lösung des Problems als annehmbar. Bis der Staat einer Lösung des Problems zustimmt, werden wir das Todesfasten fortsetzen." *(ÖP, 5.1., ISKU)*

Verhörräume an Gymnasien

In Diyarbakir ist der Wunsch nach Kurdisch als Wahlfach zur Phobie des Staates geworden. SchülerInnen werden aus ihren Klassen geholt und im Büro des Direktors von der Polizei verhört. Die Polizei bekommt Räume in den Gymnasien zugewiesen. Nach Verhören an der Schule sind 17 SchülerInnen auf der Polizeizentrale nackt ausgezogen, mit Elektroschocks gefoltert und mit Vergewaltigung bedroht worden. Die Folteropfer sind jetzt in psychologischer Behandlung. Sie haben Anzeige gegen Polizei und

Cemil Bayik: Die Tabus müssen endlich zerstört werden

Was können Sie zum Zusammenhang zwischen der Muttersprachenkampagne und der Demokratisierung der Türkei sagen?
Die permanente Separatismusangst verhindert eine demokratische Öffnung. Die Demokratie kann sich nicht entwickeln, weil von der Logik ausgegangen wird, dass es zwar Demokratie geben soll, aber die KurdInnen davon nicht profitieren sollen. Diese Auffassung wird von denen verfolgt, die eine Demokratie verhindern wollen. Eine Demokratisierung und die Lösung der kurdischen Frage würde die Lebensgrundlagen dieser Kräfte erheblich schwächen und die demokratischen Kräfte sowie das Volk stärken. Durch eine Einheit aller Verschiedenheiten der Türkei würde sie zu einem Land aller hier lebenden Menschen. Aus diesem Grund stemmen sich die MHP und ähnliche Kräfte gegen eine Demokratisierung und die Lösung der kurdischen Frage.

Welches sind die Faktoren, die eine Rolle dabei spielen, dass das gewünschte Niveau noch nicht erreicht ist?
Die Türkei war zur Zeit des kalten Krieges Grenzflanke der NATO zur Sowjetunion und eine sehr wichtige Macht. Um zu verhindern, dass linke und oppositionelle Kräfte gefährlich werden, wurden sie unterdrückt und damit auch eine Demokratisierung verhindert. Unterstützt wurde dieses Vorgehen von ausländischen Kräften, insbesondere der NATO, die die Profite des imperialistischen Systemes sichern wollten. Heute hat sich die Lage geändert. Die äussere Dimension, die eine Unterdrükkung der demokratischen Kräfte erforderlich machte, existiert nicht mehr. Die oligarchische Regierung dagegen versucht immer noch, im In- und Ausland ihre Politik aus der Zeit des kalten Krieges zu führen. In den neunziger Jahren wurde zum einen islamistischen Organisationen auf jedem Gebiet der Weg freigeräumt und zum anderen mafiöse Strukturen entwickelt, um den kurdischen Widerstand auszulöschen und die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik zum Erfolg zu führen. Eine Lösung der kurdischen Frage kam dabei nicht zustande, aber die Entwicklung des Islamismus zerstörte das politische Gleichgewicht und die Mafiastrukturen führten zu einem intensiven Werteverfall auf auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Alle heute aktuellen Probleme sind auf diese Weise entstanden und ihre Beseitigung ist einzig mit der Lösung der kurdischen Frage auf der Basis einer freien und demokratischen Einheit möglich.

Auch der ANAP-Vorsitzende Mesut Yilmaz, der anscheinend eine ‚softere' Haltung als der Rest vertritt, sagt: 'Die EU fordert keinen muttersprachlichen Unterricht von uns; auch die Antragsteller selbst wissen, dass es keinen Unterricht in einer anderen Sprache geben wird. Sie bringen diese Forderung nur zur Sprache, um die Demokratisierung und den Eintritt in die EU zu provozieren`. Wie bewerten Sie diese Haltung?
Die wirklichen Provokateure sind die, die muttersprachlichen Unterricht verweigern und dadurch aus der kurdischen Frage den Spannungs- und Schwachpunkt der Türkei gemacht haben. Nach Ansicht von Mesut Yilmaz sind alle, die irgendwo auf der Welt muttersprachlichen Unterricht neben dem in der offiziellen Sprache fordern, Provokateure. Seine Aussage, die EU fordere keinen muttersprachlichen Unterricht von der Türkei, kommt dem Geständnis gleich, dass Schritte zur Demokratisierung nicht als Notwendigkeit demokratischer Prinzipien gesetzt werden, sondern weil es die EU so möchte. Und dabei handelt es sich um die grösste Schande, dass Europa die Türkei zu jedem demokratischen Schritt erst auffordern muss. Ein demokratisches und grundlegendes Recht muss auch erfüllt werden, wenn die EU es nicht gefordert hat.

Möchten Sie etwas zum bisher erreichten Entwicklungsniveau der Kampagne sagen?
Die momentane Kampagne zeigt die ausgeprägte Bewusstwerdung des kurdischen Volkes. Das kurdische Volk hat die Kampagne eingeleitet und führt sie durch; sie gehört den Kurden und Kurdinnen. Vor aller Augen ist damit deutlich geworden, dass es keine Veränderung in der Auffassung der Türkei gegeben hat, dass die durchgeführten Gesetzesänderungen nicht echt sind und wie weit entfernt die türkische Demokratisierung von universellen Prinzipien ist. Die Kampagne hat wie ein Lackmustest gezeigt, wer die wirklichen und wer die falschen, maskierten Demokraten sind. Der Gradmesser der Demokratie entspricht der Herangehensweise an den Punkt kurdische Identität, Sprache, Kultur. Ein anderer Gradmesser ist nicht nötig.

Was ist Ihre Ansicht zur momentanen Herangehensweise an das Thema Abschaffung der Todesstrafe?
Normalerweise kann die Türkei ohne Abschaffung der Todesstrafe nicht der EU beitreten. Sowohl der EU beitreten zu wollen, als auch sich gegen die Abschaffung der Todesstrafe zu sträuben, bedeutet eine Sackgasse für die Türkei. Solange die KurdInnen nicht kapitulieren, sollen sie durch die drohende Hinrichtung des Vorsitzenden APO daran erinnert werden, dass die Türkei entschlossen ist, sowohl ihre Geschichte als auch ihren Kampf niederzumachen. Somit soll der Wille der PKK und des kurdischen Volkes gebrochen werden. MHP, DYP und die Spezialkriegskräfte verheimlichen nicht, dass sie mit der Drohung, APO hinzurichten, auf die kurdische Kapitulation setzen. Weil sie in letzter Zeit ziemlich in Bedrängnis geraten sind und ihr wahres Gesicht zum Vorschein gekommen ist, sagen sie jetzt, ´Auch wir wollen die Todesstrafe aufheben, aber wir sollten erst APO aufhängen und sie dann abschaffen`. Jedes Vorgehen gegen den Vorsitzenden APO ist ein Vorgehen gegen die PKK und das kurdische Volk, die das Leben ihres Vorsitzenden als ihr eigenes und seine Hinrichtung als ihre eigene betrachten und sich dementsprechend verhalten.

Wie ist die Haltung der EU angesichts dieser Situation aufzufassen?
Bis heute hat Europa keine entschlossene Haltung eingenommen. Wenn es auf der Abschaffung der Todesstrafe bestehen würde, würde dies gleichzeitig Einsatz für den Vorsitzenden APO bedeuten. In der Sorge vor der Bewertung der Türkei will sie sich nicht damit belasten und setzt sich deshalb auch nicht für die eigenen Prinzipien ein, verhält sich prinzipienlos. Diese Haltung hat die Todesstrafenanhänger in der Türkei ermutigt. Darüberhinaus gehört Europa zu den Verantwortlichen des internationalen Komplotts. Es war Europa, das das eigene Recht nicht befolgt und damit ermöglicht hat, den Vorsitzenden in das Land auszuliefern, in dem seine Hinrichtung droht, als er seinen politischen Kampf in Europa fortsetzen wollte. Durch die inkonsequente und unentschlossene Haltung erweckt Europa Zweifel daran, ob es eine Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage befürwortet oder nicht und setzt sich selbst unter Verdacht. Sie sollten nicht die ermutigen, die auf einem antidemokratischen Verständnis beharren und die kurdisch-türkische Beziehung aufstacheln wollen. Ansonsten wird für jegliches Vorgehen gegen den Vorsitzenden APO nicht nur die Türkei, sondern auch die USA und Europa verantwortlich gemacht werden. Es muss allen Beteiligten klar sein, dass das kurdische Volk so etwas niemals verzeihen würde.

(ÖP, 3.2., ISKU)

Schulleitung erstattet. Im Gegenzug wurden Disziplinarverfahren gegen sie eröffnet.
Am Atatürk-Gymnasium in Diyarbakir machten sich vergangenen Mittwoch Schulleitung und Polizei auf "Schülerjagd", nachdem an der Schule kleine Flugblätter zum Thema verteilt worden waren. Fünf SchülerInnen wurden aus dem Unterricht geholt und zunächst in der Schulverwaltung verhört. Im Anschluss wurden sie zur Antiterrorabteilung der Polizei gebracht, wo die Verhöre fortgesetzt wurden. *(ÖP, 5.1., ISKU)*

Neuer Prozess in Berlin
Drei Jahre nach der Besetzung des israelischen Generalkonsulats in Berlin durch kurdische Demonstranten im Rahmen von Protesten gegen die Festnahme von Abdullah Öcalan hat am Dienstag ein weiterer Prozeß um die Aktion begonnen, bei der 1999 vier Menschen durch israelische Sicherheitsbeamte getötet worden waren. Vor dem Berliner Landgericht müssen sich Türkan A. und Mehmet A. verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, am 17. Februar 1999 gemeinsam mit anderen Kurden in das israelische Generalkonsulat in Berlin eingedrungen zu sein und eine Mitarbeiterin des Konsulats in einem der Zimmer eingeschlossen zu haben. Den Anwälten zufolge gibt es keine konkreten Feststellungen, daß die Angeklagten an den Ausschreitungen beteiligt oder gar bewaffnet gewesen waren. »Ich denke, daß sich die Geschehnisse nach drei Jahren nicht mehr aufklären lassen«, sagte Rechtsanwalt Martin Ruppert. *(jW, 6.2., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
jW = junge Welt

Termine

Freiheit für Öcalan - Frieden für Kurdistan
Jugenddemonstration und -kundgebung am 16. Februar in Strasbourg
Programm u.a.: Ozan Kawa, Xemgin Birhat, Beser Sahin, Reso

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 41
15. Februar 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kommentar der Özgür Politika zur Neubestimmung der PKK

Sich selbst verändern, um zu verändern

Thema des Kommentars ist der von der PKK im strategischen Bereich eingeleitete Wandel, und in diesem Rahmen die eingeleitete Neuorganisierung. Wer es sich besonders leicht machen will, greift zu folgender oberflächlichen Bewertung: "Die PKK passt sich dem kapitalistischen System an und sucht sich ihren Platz darin." Wer jedoch von Geschichte ebenso viel versteht wie von Politik, wer Projekte für die Zukunft entwirft und vor allem, wer über Verantwortungsgefühl verfügt, zieht aus der Angelegenheit realistische und wissenschaftliche Schlüsse.

Die PKK sucht nicht nach ihrem Platz innerhalb des bestehenden bzw. der Welt aufgedrängten Systems. Sie vollzieht auch keine taktischen Änderungen, um sich vor drohenden Blitzen zu schützen. Die Etappe, in der sich die PKK zur Zeit befindet, ist vielmehr ein Ergebnis der Lehren, die aus der Kritik an dem über eine 500-jährige Geschichte verfügenden kapitalistischen System sowie dem Realsozialismus, der das 20. Jahrhundert geprägt hat, gezogen werden müssen. Denn auch die heutige Welt baut nach wie vor auf diesen Ideologien, auf den Strukturen, die diese Ideologien geformt haben, auf.

Es handelt sich also nicht um ein ideologisches Vakuum oder einen ideologischen Zerfall, ebenso wenig um eine Niederlage im ideologisch-politischen Sinne oder ein Reuebekenntnis. Ganz im Gegenteil geht es darum, die Zukunft zu erschaffen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die PKK mit dem "Manifest der Demokratischen Zivilisation" vor allem die Menschheit, die Zivilisationsgeschichte analysiert hat. Mit allen negativen und positiven Seiten werden darin die an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten existierenden Philosophien und organischen Strukturen dargestellt, die mal eine Avantgarderolle innehatten und für Entwicklung sorgten, mal die Entwicklung stocken liessen und eine zerstörerische Rolle spielten. Was hat der Kapitalismus der Menschheit gebracht, was für eine Lösung hat der Sozialismus produziert? Die PKK hat die Zivilisation analysiert, ohne sie in Klischees zu pressen und damit ein Dokument des Lebens, der Politik und Ideologie erstellt. Der PKK-Vorsitzende hat dem den Namen "Theorie des Dritten Bereiches - Zivilisationsmanifest" gegeben.

Dementsprechend wird auch die PKK gemäss des Zivilisationsmanifestes leben, sich formen und den Wandel auf dieser Basis vollziehen. Ausgehend von der Analyse und Kritik an den bestehenden Systemen mit ihren positiven und negativen Seiten nimmt die PKK eine neue und realistische Lebens-, Organisations- und Staatsform an; sie entwirft die Strassenkarte dafür. Der Wandel der PKK muss demnach nicht als Flucht in die Vergangenheit, sondern als der Anspruch, die Zukunft zu kreieren und eine Alternative darzustellen, betrachtet werden.

Bestes Beispiel dafür ist die in der Theorie des Dritten Bereiches enthaltene These, nach der durch die Organisierung des Individuums und der Zivilgesellschaft das System zur Demokratisierung gezwungen und der Wandel eingeleitet wird. Diese These nimmt sich die PKK zur Grundlage, überprüft die Bündnisfrage, die Selbstverteidigung und damit einhergehend ihre organisatorische Hierarchie; sie hinterfragt die Grenzen der Rechte und Freiheiten des Individuums und tritt in eine Phase, in der sich sie selbst überwindet in dem Bewusstsein, dass mit einem extremen Zentralismus und einer Befehlsstruktur von oben nach unten keine kommunale Stärke zu erreichen ist.

Die PKK verändert sich, um zu verändern. Um einen Wandel zu erreichen, verwandelt sie sich selbst. Sie bringt nicht Projekte für Veränderung und Wandel hervor, um dann zu sagen, "alles muss sich ändern, aber ich bleib so wie ich bin". Und das ist es wohl auch, was die PKK gewinnen lässt. *(ÖP, 13.2., ISKU)*

Protestaktionen zum 15. Februar

Auch am 10.2. wurden die seit Tagen landesweit stattfindenden Protestaktionen aus Anlass des dritten Jahrestages der Entführung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in die Türkei am 15. Februar 1999 in Van, Batman, Amed, Mersin und Adana fortgesetzt.

In **Van** kamen im Stadtviertel Xacort am 10.2. gegen 19 Uhr rund 200 Jugendliche zusammen, die sich selbst als Demokratische Volksinitiative bezeichneten und mit Öcalan-Postern eine Demonstration veranstalteten. Dabei riefen sie die Parolen "Freiheit für Öcalan, Frieden für Kurdistan", "Nieder mit dem 15.-Februar-Komplott" und "Wir wollen unsere Sprache". Die Aktion wurde nach einer Intervention der Polizei fortgesetzt.

Auch in **Amed** wurden die Proteste fortgesetzt. Eine grössere Gruppe, darunter auch Frauen, versammelte sich im Stadtteil Sehitlik und rief Parolen auf türkisch und kurdisch. Gleichzeitig fand eine Protestaktion im Stadtteil Surici statt. Im Kreis Bismil kamen ebenfalls 200 Jugendliche zusammen, die Feuer anzündeten, Halay tanzten und Parolen riefen. Bei einer Aktion im Stadtteil Sanayi nahm die Polizei drei Personen fest.

Serhildan in Batman

In den Stadtteilen Yavuz Selim und Petrol in Batman trafen sich rund 500 Personen, die meisten davon Frauen, zu einer Protestaktion. Im Stadtteil Kültür waren es überwiegend Kinder und Jugendliche, ca. 250 Personen, die zunächst ein Feuer anzündeten und im Anschluss eine Demonstration veranstalteten.In Petrolkent, wo ohnehin jede Nacht Aktionen stattfinden, waren auch vorgestern 100 Personen, überwiegend Frauen, auf den Strassen, um mit Parolen gegen den internationalen Komplott zu protestieren und ihre Verbundenheit mit dem PKK-Vorsitzenden zum Ausdruck zu bringen. Die Aktion wurde durch den Eingriff der Polizei beendet.

Mersin und Adana

In Mersin kam es zu Protestaktionen in mehreren Stadtteilen.

Im Stadtteil Gülbahcesi in Adana veranstaltete eine Gruppe unter dem Namen "Demokratische Volksinitiative" eine Demonstration, die von vier verschiedenen Punkten ausging und im Stadtteil Karasu zusammentraf. Die Polizei griff ein und sperrte das gesamte Viertel ab. Bei einer Kundgebung im Stadtteil Sakirpasa, an der sich rund 200 Personen beteiligten, kam es bei einer Polizeiintervention zu einer grossen Anzahl von Festnahmen. Ein Jugendlicher wurde am Kopf verletzt. *(ÖP, 12.2., ISKU)*

Meldungen

'Nevruz'-Erlass aus Ankara

Das Kulturministerium hat einen Erlass veröffentlicht, in dem dazu aufgefordert wird, Newroz am 21. März den türkischen Traditionen entsprechend zu feiern. Das Newroz-Fest wird als 'Nevruz' bezeichnet und die Begehung dieses Feiertages "entsprechend der jahrhundertealten Traditionen in natürlich-kultureller Atmosphäre" zu feiern. In Zusammenarbeit mit den Universitäten und den dem Nationalen Erziehungsministerium unterstellten Einrichtungen sollen auf das Volk, die Jugend und die Kinder ausgerichtet Konferenzen, Veranstaltungen und offene Sitzungen zum Thema 'Nevruz' durchgeführt werden. Zeichentrick- und Kurzfilme zum Thema 'Nevruz' sollen gezeigt werden. *(YG online, 9.2., ISKU)*

15.-Februar-Protest in Strasbourg

Drei Jahre nach der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdudllah Öcalan am 15. Februar 1999 werden kurdische Jugendliche in Strasbourg mit einer Grossdemonstration unter dem Motto "Freiheit für Öcalan, Frieden für Kurdistan" gegen den internationalen Komplott protestieren. Die Demonstration wird am Samstag, dem 16. Februar um 11 Uhr am Bahnhofsvorplatz beginnen. Die Abschlusskundgebung wird im Fussballstadion in Meinau stattfinden. *(YG online, 10.2., ISKU)*

HADEP-Jugend der Repression ausgesetzt

Wie die HADEP-Jugendorganisation mitgeteilt hat, hat die Repression gegen ihre Mitglieder in letzter Zeit eine ernste Dimension angenommen. In einer schriftlichen Erklärung der HADEP-Jugend wird darauf aufmerksam gemacht, dass innerhalb des letzten Monats rund 200 ihrer Mitglieder festgenommen und davon 59 verhaftet und in verschiedene Gefängnisse überführt worden sind. *(YG online, 11.2, ISKU)*

Verhaftung wegen Auftritt bei Medya TV

Aufgrund eines Fernsehauftrittes bei Medya TV ist Sultan Ogras, die zwei Kinder im kurdischen Befreiungskampf verloren hat, verhaftet. Sie wurde am 10.2.nachts bei einer Razzia in ihrer Wohnung gemeinsam mit ihrem Mann Sabri Ogras und einer Besucherin festge-

Freispruch für Chomskys Verleger

Noam Chomsky ist in der Türkei ein bekannter Mann. Viele Bücher des amerikanischen Linguisten wurden ins Türkische übersetzt. Nun kam Chomsky in eigener Sache nach Istanbul, um an der Verhandlung eines türkischen Staatsgerichtshofs teilzunehmen. Sein Verleger Fatih Tas musste sich für ein Buch verantworten, in dem ein Chomsky-Vortrag an der Universität von Toledo, Ohio, abgedruckt wurde. Darin fand sich der Satz, die Kurden seien in der modernen Geschichte der Türkei stets "auf elende Weise unterdrückt worden". Der Verlegersollte für diesen und zwei weitere Sätze über den "Krieg gegen die kurdische Bevölkerung" für ein Jahr ins Gefängnis. Chomskys Fall war schon deshalb von Interesse, weil es der erste Prominenten-Prozess nach der Paragraphenänderung war. So kam der Autor selbst, stellte sich am Mittwochmorgen vor die vergitterte Betonfassade des Gerichtsgebäudes und sagte in etwa 40 Fernsehkameras, seine Bücher seien schon in verschiedenen Ländern verboten worden, aber erstmals werde er nun wegen der "Veröffentlichung einer akademischen Vorlesung" verfolgt, und dies sei "extrem".



Noahm Chomsky wird in Amed von Osman Baydemir begrüßt

Chomskys Verleger wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt sah in den drei Sätzen keinen Aufruf zu "Separatismus". Etwas verblüfft verließen Verleger und Autor das Gericht. Er hoffe, dass dies ein "Schritt zu mehr Meinungsfreiheit" in der Türkei sei, kommentierte Chomsky. Fatih Tas war sichtlich erleichtert. Schließlich hat er noch sechs weitere Prozesse am Hals, deren Gesamtstrafen die Länge seines bisher gelebten Lebens überschreiten könnten.
Erst nach dem Ausgang dieser Prozesse wird man wissen, ob es allein Chomskys Prominenz war, oder ob die Türkei mit ihren jüngsten Gesetzesänderungen einen Schritt in Richtung Demokratie getan hat. Europa schickt.

(SZ,14.2., ISKU)

Essay "Verschwörung und Krise" erschienen

Aus Anlaß des 3. Jahrestages der Entführung von Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 veröffentlicht die **Internationale Initiative** einen kürzlich vom Aram-Verlag - der auch Noam Chomskys Vortrag veröffentlichte - publizierten Essay mit dem Titel "Verschwörung und Krise", der sich ebenfalls mit der kurdischen Problematik in der Türkei befaßt, insbesondere aber mit dem Fall Öcalan, den Eingaben des PKK-Vorsitzenden an den Europäischen Gerichtshof und der türkischen Innenpolitik.
Zu finden ist das Essay im Internet unter **www.nadir.org/isku**

Immer mehr Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Im Rahmen einer Pressekonferenz in der Zweigstelle des IHD - Diyarbakir informierte der dortige Vorsitzende, RA Osman Baydemir, über die Menschenrechtsverletzungen im Monat Januar. Sobald Regierung oder Nationaler Sicherheitsrat harte Worte gebrauchten, spiegele sich dies in der Menschenrechtsbilanz wieder. Als Beispiel nannte er den aktuellen Schliessungsprozess gegen die HADEP sowie die Haltung, die zum Thema muttersprachlicher Unterricht gezeigt werde. "Die Bilanz zeigt einen Verlauf, als ob die Türkei nicht in die Prozedur der EU-Mitgliedschaft getreten wäre, niemals das Beitrittspartnerschaftsdokument unterzeichnet hätte und kein Nationales Programm erstellt hätte."

Bilanz der Menschenrechtsverletzungen im Januar 2002
Tote bei Gefechten: 2
Morde unbekannte Täter: 1
Festnahmen: 1220
Folter, Misshandlung und Bedrohung: 24
Verschwundene: 2
Verhaftungen: 83
Verletzte durch Gewaltanwendung bei gesellschaftlichen Aktivitäten: 56
Suspendierungen und Disziplinarverfahren: 22
Im OHAL-Gebiet verbotene Zeitungen und Zeitschriften: 29
Verbotene Kulturveranstaltungen/-produkte: 1

(YG online, 8.2., ISKU)

Bundesregierung bestätigt Wunsch der Türkei nach Auslieferung von 155 Personen

Die Türkei wünscht die Auslieferung zahlreicher kurdischer Oppositioneller, das bestätigte die Bundesregierung diese Woche in einer Antwort auf eine PDS-Anfrage.
Die Bundesregierung habe bestätigt, so die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, daß der türkische Innenminister Yücelen bei seinem jüngsten Treffen mit Innenminister Otto Schily im Dezember im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Auslieferung des sogenannten Kalifen von Köln, Metin Kaplan, dem Bundesinnenminister eine Liste mit insgesamt 155 Personen übergeben hat, die an Ankara ausgeliefert werden sollen. Auf der türkischen Liste befinden sich laut Bundesregierung offenbar vornehmlich kurdische Flüchtlinge und Exilpolitiker, die von der Türkei wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK gesucht werden.
Zu einer pauschalen Ablehnung solcher Massenauslieferungen an die Türkei scheine die Bundesregierung aus Rücksicht auf den NATO-Verbündeten in Ankara nicht bereit, so Jelpke. Statt dessen hätte die Regierung angekündigt, daß »jedes Auslieferungsersuchen... einzelfallbezogen und sorgfältig geprüft« werde. Lediglich bei einer drohenden Todesstrafe soll keine Abschiebung stattfinden:

(jW, 14.2., ISKU)

Gefangene warnen vor Gesetzesentwurf

Mit einer gemeinsamen Erklärung haben die PKK-Gefangenen auf einen Gesetzesentwurf reagiert, mit dem die Rechte der Gefangenen weiter stark eingeschränkt werden sollen. In der Erklärung heisst es, bereits mit der Gefängnisoperation vom 19. Dezember 2000 sei die physische Isolation der Gefangenen angestrebt worden. Im Anschluss an diesen Angriff werde mit neuen gesetzlichen Regelungen versucht, jegliche Organisierung der Gefangenen auszulöschen.
Nach dem Gesetzesentwurf werden Besitz von "Organisationsmedien", Aufstachelung zu Hungerstreik oder Todesfasten, das Anhalten zur Nichtbefolgung von Anweisungen der Gefängnisleitung, die Verweigerung der Teilnahme an Zwangsunterricht etc. als Verbrechen gewertet, für die Haftstrafen vorgesehen sind." Die Möglichkeit, Rechte einzufordern, werde damit komplett verhindert. Angestrebt werde eine schweigende, gleichgültige Gesellschaft und eine Sklavenideologie. Beispielsweise können mit dem neuen Gesetzesentwurf jederzeit Gefangenen, auf die die Gefängnisleitung es abgesehen hat, kurz vor ihrer Entlassung erneut drei- bis vierjährige Haftstrafen auferlegt werden. *(ÖP, 13.2., ISKU)*

nommen. Während Sabri Ogras und die Besucherin wieder freigelassen wurden, nachdem sie eine staatsanwaltschaftliche Aussage abgegeben hatten, wurde Sultan Ogras wegen "Unterstützung der PKK" ins Gefängnis überstellt. In Nusaybin wurden ausserdem bei mehreren weiteren Wohnungsrazzien sieben Personen festgenommen, in Siirt und Istanbul fünf Personen, weil sie Gesuche auf muttersprachlichen Unterricht eingereicht haben.

(ÖP, 12.02., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
jW = junge Welt
SZ = Süddeutsche Zeitung

Termine

»Unsere Hoffnung: Frieden, Freiheit und Anerkennung der kurdischen Identität«
Europaweite Großdemonstration am Samstag, dem 23.März in Düsseldorf anlässlich der Newrozfeiern. Veranstaltet von der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V. , YEK-KOM.

Verboten ist, den Frieden zu verbieten!
8 Jahre PKK-Verbot sind genug!
Informationsveranstaltung über Hintergründe und Auswirkungen des PKK-Verbots, die Bilanz der Repression gegen Kurd(inn)en und die Folgen des Verbots für die Demokratie in Deutschland. Mit dem Rechtshilfeverein Azadi e.V. und der Kurdistan Solidarität Uelzen.
Am 20. Februar 2002 um 19 Uhr im Bunten Haus (CD-Kaserne, Hannoversche Straße 30f) in Celle

Ausstellung zur 10jährigen Geschichte der KriegsgegnerInnen in der Türkei
Saal Amanda, Amandastr. 58 in Hamburg
Zur Eröffnungsveranstaltung am 25.2. um 19.00 Uhr ist Ferda Ülker vom Verein der KriegsgegnerInnen Izmir geladen. Im Anschluss findet ein Solidaritäts-Essen zugunsten der antimilitaristischen Arbeit in der Türkei statt.

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstrasse 117 20357 Hamburg Tel.: 040 - 431 82 115 Fax: 040 - 350 70 949 e-mail: isku@mail.nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **PGA Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 42
22. Februar 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Frauenplattform stellt sich der Öffentlichkeit vor

Frauen organisieren den Frieden

Frauen der "Kontinuierlichen Frauenplattform für den Frieden", die sich aus Mitgliedern vieler politischer Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaftsorganisationen zusammensetzt, haben auf der Vorstellungsveranstaltung der Plattform selbstkritisch erklärt, dem Krieg "in der Region" und dem Drama, dem insbesondere die kurdischen Frauen aufgrund des Krieges ausgesetzt waren, nicht genügend Beachtung geschenkt zu haben.

Um sich der Öffentlichkeit vorzustellen, hat die "Kontinuierliche Frauenplattform für den Frieden" am Montag eine Pressekonferenz in der Berufskammer für geologische Ingenieure abgehalten. Die Plattform war auf einen Aufruf israelischer Frauen am 25. Dezember 2001 gegründet worden, die unter dem Namen "Frauenkoalition für einen gerechten Frieden" friedenspolitische Arbeit leisten. Auf der Pressekonferenz verwiesen Sprecherinnen auf die Dringlichkeit des Friedens.
Die Welt sei männlich beherrscht, so die Frauen. Sowohl Krieg als auch Frieden seien Entscheidungen von Männern. Angesichts dessen bestehe die Notwendigkeit, dass endlich Frauen in die Prozesse eingreifen.
Feray Salman vom zentralen IHD-Vorstand erklärte, sie beteilige sich an der Plattform, um für Frieden zu kämpfen. "Ich bin gekommen, um alles auswendig Gelernte in meinem Kopf zu zerstören. Mein Beitrag zum Frieden entspricht dem Ausmaß, in dem ich mich von meiner eigenen Benachteiligung entfernen und die Benachteiligung meines Gegenübers empfinden kann."
Hülya Torma von der Lesbisch-Feministischen Gruppe machte in einem Redebeitrag darauf aufmerksam, dass die Namen Savas (Krieg) und Baris (Frieden) bis heute ausschließlich Männern gegeben werden. "Männer bekriegen sich gegenseitig und Männer schließen Frieden miteinander. Es ist höchste Zeit, dass die Frau in dieses System eingreift."

Weiterhin betonten die Gruppen der Plattform selbstkritisch, sie hätten jahrelang geschwiegen zu dem Schmerz, den kurdische Frauen aufgrund des Krieges erleben mußten. Anstatt den Schmerz zu sehen, der direkt vor ihren Augen stattgefunden habe, hätten sie Interesse für in weiter Ferne bestehende Probleme gezeigt. So erklärte Sevda Turgut von der Antimilitaristisch-Anarchistischen Gruppe, sie hätten den Krieg in der Region jahrelang ignoriert. "Im Südosten sind tausende Dörfer entvölkert worden, tausende von Menschen sind gestorben. Aber wir haben sie immer als "die anderen" betrachtet. Eigentlich waren wir selbst "diese anderen."
Für die HADEP-Frauen machte Parteiratsmitglied Fatma Nevin Vargün darauf aufmerksam, dass die kurdische Frau sich verändert habe, von den Medien allerdings als eine Frau mit vier Nebenfrauen und 30 bis 40 Kindern, die auch noch mit ihrer Situation zufrieden ist, gezeigt werde. "Aber ihr könnt euch sicher sein, dass die kurdische Frau heute weder eine Nebenfrau haben will, noch eine sein will. Sie will türkisch ebenso gut wie kurdisch sprechen können. Aber diese kurdische Frau kennt niemand, weil die Medien die veränderte kurdische Frau nicht zeigen."
Ausserdem machte die Plattform bekannt, dass sie zur Zeit für den 8. März eine Kampagne unter dem Motto "Für meine Schwester..." vorbereitet und anschliessend zu Themen wie Gewalt, Armut, Frieden und Diskriminierung arbeiten will.

(YG Online, 18.2.)

3 Jahre nach dem Mord an 4 KurdInnen:

Auch der israelische Ex-Botschafter glaubt nicht mehr an Notwehr

Israelische Sicherheitskräfte erschossen am 17. Februar 1999 vier KurdInnen, Sema Alp, Mustafa Kurt, Sinan Karakus und Ahmet Acar vor den Türen des israelischen konsulats in Berlin. 15 weitere Menschen wurden durch Schüsse verletzt.
An eine Notwehrhandlung der israelischen Sicherheitskräfte glaubt inzwischen noch nicht einmal mehr der frühere israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor. In einem Interview der taz sagte Primor: "Im Nachhinein weiß ich, dass es keine Notwehr war." Die Erkenntnisse aus den Prozessen gegen die Kurden und das Ergebnis des parlamentarischen Untersuchungsausschusses sowie die weiteren Verhöre der Sicherheitsbeamten, die



damals das Blutbad verursacht hatten, änderten die Meinung des Botschafters. Der Untersuchungsausschuss war bereits Ende 1999 zum dem Ergebnis gekommen, dass keine Notwehrsituation vorlag, als die Schüse fielen.
Inwieweit Politik und Polizei damals aus Rücksichtnahme auf Israel handelten, ließ sich niemals klären. Ein sichtbar geschockter Polizeibeamter hatte allerdings unmittelbar nach den Schüssen auf die Kurden gegenüber dem Tagesspiegel gesagt: "Die haben einfach drauflos geflammt." Insgesamt gab es 19 Opfer durch die Schüsse der Sicherheitsleute, vier wurden tödlich verletzt.
Am 5. Februar begann am Landgericht Berlin der letzte Prozess gegen zwei an der Erstürmung des Konsulats beteiligte Männer. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung vorgeworfen.

(TS, 17.2., ISKU)

Meldungen

Bewaffneter Angriff auf HADEP in Reyhanli
Gegen die HADEP ist ein bewaffneter Angriff durchgeführt worden. Zum Verlust von Menschenleben kam es bei dem Angriff Mittwochnacht auf das Gebäude des Kreisverbandes Reyhanli in Hatay nicht. Es entstand lediglich Sachschaden.
(ÖP, 20.2., ISKU)

HADEP-Serhildan in Mersin
Die Begrüssungsfeier für den HADEP-Vorsitzenden Murat Bozlak, der aus Anlaß der Eröffnung eines neuen Gebäudes des HADEP-Provinzverbandes in Mersin eintraf, hat sich in einen Serhildan entwickelt. Empfangen wurde Bozlak von einem Konvoi von 4000 Autos. Im Anschluss versammelten sich vor dem HADEP-Gebäude rund 30 000 Menschen.
(ÖP, 18.2., ISKU)

Straßburg verurteilt Türkei wegen tödlicher Folter
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei wegen des gewaltsamen Todes eines Kurden verurteilt. Die Straßburger Richter hielten es für erwiesen, dass Abdulselam Orak 1993 von türkischen Sicherheitskräften zu Tode gefoltert wurde. Orak wurde verdächtigt, der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) anzugehören. Ankara muss nun 72 500 Euro an Oraks Angehörige zahlen. *(FR, 15.2., ISKU)*

Amargi ausgeraubt
Die Frauenkooperative Amargi ist von Unbekannten ausgeraubt worden. "Auch wenn es so aussieht wie ein gewöhnlicher Diebstahl, so geben doch die Repression und die Belästigungen, denen unser Mitglied Pinar Selek in letzter Zeit ausgesetzt war, Anhaltspunkte darauf, wer mit diesem Vorfall zu tun hat. Wir denken, dass die Absicht dahinter kein Diebstahl ist."
(YG Online, 17.2., ISKU)

Kurden lehnen US-Angriffe gegen Irak ab
Die Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) wollen im Falle eines US-Angriffes auf den Irak nicht die »Nordallianz« spielen.
»Wir sind keine Rebellen auf Bestellung«, erklärte der Vorsitzende der KDP, M. Barsani. Auch die PUK vertritt diesen Standpunkt. Die KDP bemühe sich im Dialog mit der Regierung in Bagdad um Selbstbe-

Staatssicherheitsgericht in Van verhandelt Muttersprachenkampagne

Prozess gegen Studenten begonnen

Am Staatssicherheitsgericht (DGM) Diyarbakir hat der Prozess gegen drei Studenten begonnen, die einen Antrag auf Einführung von Kurdischunterricht als Wahlfach an der Universität gestellt hatten.
Gegen Abdurrahim Demir, Resat Bagci und Ömer Kacmaz war ein Verfahren wegen "Unterstützung der PKK" eingeleitet worden, nachdem sie versucht hatten, die Anträge von 1540 Studierenden der Dicle-Universität bei der Universitätsleitung einzureichen. Bei der Mittwoch stattgefundenen Hauptverhandlung waren die drei Angeklagten, die sich nicht in Untersuchungshaft befinden, sowie zehn AnwältInnen anwesend, darunter Mustafa Özer als Vorsitzender der Anwaltskammer Diyarbakir. Beobachtet wurde die Verhandlung vom IHD-Vorsitzenden Hüsnü Öndül sowie dem IHD-Vorsitzenden der Zweigstelle Diyarbakir, Osman Baydemir, dem Vorsitzenden des HADEP-Provinzverbandes Ali Ürküt sowie einer grossen Anzahl von Studierenden. Weitere Studierende sowie der Demokratieplattform Diyarbakir angehörende Gewerkschaftsvorsitzende wurden nicht in den Verhandlungssaal eingelassen.

Forderungen legitim und gesetzlich
Nach der Verlesung der Anklageschrift erklärte Abdurrahim Demir, die Forderung nach Einführung von Kurdischunterricht sei sowohl legitim als auch gesetzlich und die Anträge seien auf Eigeninitiative unterschrieben worden, ohne von irgendwem einen entsprechenden Befehl erhalten zu haben. Sie hätten es freiwillig übernommen, die Anträge zur Universität zu bringen, so Demir, der desweiteren betonte, sie seien nach ihrer Festnahme dazu gezwungen worden, Aussagen zu unterschreiben, die sie nicht hätten lesen können. Auch Resat Bagci und Ömer Kacmaz erklärten, das Recht auf Stellung eines Antrages sei verfassungsrechtlich abgesichert. Alle drei forderten einen Freispruch.
RA Mustafa Özer machte in seiner Verteidigung darauf aufmerksam, dass das Antragsrecht in demokratischen Ländern verfassungsrechtlich geschützt sei. Weiterhin erinnerte Özer daran, dass die türkischen Minderheiten in Griechenland, Bulgarien und Irak neben ihrer Anerkennung als Minderheit auch Unterricht in ihrer eigenen Sprache bekommen. Er selbst sei ebenfalls Kurde und unterstütze die Forderungen der Studierenden, die die Türkei weder ins Chaos noch in einen Krieg führen könnten. "Die Nichtlösung dieses Problems bringt die Türkei gegenüber der EU in Schwierigkeiten. Es handelt sich um eine politische Frage. Keine juristische Grundlage stützt die Anklage der Unterstützung der PKK. Diese Sprache wird von Millionen Menschen gesprochen, und sie muss zu einer Schriftsprache gemacht werden. Die Angeklagten müssen freigelassen werden." Die Verhandlung wurde auf den 24. April vertagt.

Sieben Jahre Haft gefordert
In der Anklageschrift wird behauptet, mit dem Wortlaut des vierten Paragraphen der Anträge an die Leitung der Dicle-Universität, "Wie schade, dass in der Türkei die Existenz aller Völker und insbesondere des kurdischen Volkes verneint und die Entwicklung der Sprachen und Kulturen dieser Völker durch die Angst vor der Teilung des Landes blockiert wird", werde die PKK unterstützt. Gemäss der Paragraphen 169 und 3713 des türkischen Strafgesetzbuches werden bis zu sieben Jahre Haft gefordert. *(YG, 19.2., ISKU)*

Acht- bis zwölfjährige Schüler zum Verhör geholt

Die Furcht vor der Kraft der Zersetzung

"Alle Kinder haben das Recht, auf dem Spielplatz zu schaukeln." Mit dieser subversiven Aussage und ähnlich staatsgefährdenden Forderungen haben sich hunderte Kinder im südosttürkischen Diyarbakir einem Ermittlungsverfahren der türkischen Regierung ausgesetzt. Zwei Inspektoren entsandte das Bildungsministerium nach Diyarbakir, um sich die Aufsätze und Zeichnungen näher anzusehen, die bei einem Schülerwettbewerb des örtlichen Menschenrechtsvereins eingereicht wurden.
Die Urheber der prämierten Beiträge wurden anschließend zum Verhör einbestellt: Wie sie dazu gekommen seien, an dem Wettbewerb teilzunehmen, wollten die Inspektoren von den acht- bis zwölfjährigen Kindern wissen, und vor allem: Ob bei der Preisverleihung auch Kurdisch gesprochen worden sei? Mehr als bombenwerfende Terroristen fürchtet der türkische Staat das Selbstbewusstsein seiner Bürger, und wenn es auch nur Grundschüler sind.
Um die Einheit der Nation wäre es geschehen, so fürchtet Ankara, wenn ihre einzelnen Angehörigen sich anders definieren dürften als eben als Türken. Dass das türkische Staatsvolk nicht aus Türken besteht, sondern aus Abchasen, Albaniern, Arabern und Azeris, aus Georgiern, Lazen und Kurden, aus Tataren, Tscherkessen und Turkmenen - das ist aus Sicht des Staates schlimm genug, ohne dass diese Vielfalt auch noch thematisiert wird.
Strengstens verboten ist es deshalb durch tausenderlei Gesetze, "Unterscheidungen nach Klasse, Rasse, Sprache, Religion oder Sekte" zwischen den Türken vorzunehmen. "Anders sein verboten", könnte man den Grundsatz zusammenfassen, der die Gesetze des Landes durchzieht.
Die Furcht vor der Zersetzungskraft, die der Staat in der kulturellen Vielfalt des Landes sieht, steckt auch hinter der geballten Macht, mit der Justiz und Polizei gegen die Kampagne für kurdischsprachigen Unterricht an den türkischen Schulen und Universitäten vorgehen. Hunderte Eltern, Schüler und Studenten wurden in den letzten Wochen festgenommen, weil sie öffentlich die Zulassung des Kurdischen als Unterrichtssprache forderten.

Verbot des Dachverbandes von 20 Millionen Menschen
Und bei Sprachen und Kulturen enden die Sorgen des Staates nicht. Ein Verwaltungsgericht in Ankara ordnete jetzt die Schließung der "Vereinigung der Alewitischen Verbände" der Türkei an, weil sie schon durch ihren Namen eine "religiöse Unterscheidung" vornehme. Die Alewiten sind eine religiöse Untergruppierung des Islam, der immerhin zwölf bis 20 Millionen der 65 Millionen türkischen Staatsbürger angehören - und nun ist ihr Dachverband verboten. Die Entscheidung zeige, wie dringend die türkischen Gesetze erneuert werden müssten, kommentierte selbst Generalstaatsanwalt Sabih Kanadoglu das Alewiten-Verbot. Doch neue Gesetze würden ein neues Denken in Ankara voraussetzen. *(NRZ, 18.2., ISKU)*

Chomskys Reden werden untersucht

Die Reden Noam Chomsky, die er während seines Türkeibesuches in Diyarbakir gehalten hat, werden vom Staatssicherheitsgericht (DGM) auf ihren Inhalt untersucht. Chomsky hatte auf einer Veranstaltung der Demokratieplattform Diyarbakir die Forderung nach Kurdischunterricht unterstützt und von der Gründung eines "unabhängigen Kurdistan in der Region" gesprochen. Die von der Polizei aufgenommenen Reden sind ans Staatssicherheitsgericht Diyarbakir weitergeleitet worden. Falls das DGM darin "verbrecherische Elemente" findet, kann ein Prozess gegen Chomsky eingeleitet werden. *(YG Online, 17.2., ISKU)*

stimmung der nordirakischen Kurden im Rahmen einer föderativen Staatsordnung. *(jW 21.2., ISKU)*

Medien sollen Hungerstreik nicht erwähnen
Justizminister Hikmet Sami Türk hat erklärt, dass das Todesfasten innerhalb von sechs Monaten oder spätestens innerhalb von einem Jahr beendet werden könne, wenn die Medien kein Interesse daran zeigen würden. Auf Anfrage des SP-Abgeordneten, Mehmet Bekaroglu antwortete Türk: "Während am 26.12.die Anzahl der unbefristet Hungerstreikenden noch 1596 und die der Todesfastenden 432 war, ist die Anzahl der Hungerstreikenden am 7.1.2002 auf acht und die der Todesfastenden auf 142 und damit auf das bisher niedrigste Niveau gefallen. Allerdings steigen diese Zahlen von Zeit zu Zeit mit der Bildung neuer Hungerstreik- und Todesfastengruppen an." *(YG Online, 17.2., ISKU)*

'Seperatismusprozess' gegen Keskin
Gegen die Vorsitzende der Istanbuler IHD-Zweigstelle Eren Keskin ist vor dem DGM ein Verfahren wegen 'seperatistischer Propaganda' aufgrund eines Redebeitrages auf einer Veranstaltung eröffnet worden. Sie soll laut Anklage am 25.11. 2001 auf einer Veranstaltung zum Thema 'Gewalt gegen Frauen' in Istanbul gesagt haben: "In der Region Kurdistan besteht keine Chance, dass eine Frau erlittene Übergriffe im Gefängnis öffentlich macht. Beispielsweise machen Statistiken über Übergriffe in den Gefängnissen Mardin-Midyat während der Zeit des Krieges in Kurdistan deutlich, dass an erster Stelle Polizisten, Jandarma und Dorfschützer stehen..." Damit habe Keskin 'mündliche Propaganda gegen Land, Nation und die unteilbare Gesamtheit der Republik Türkei' gemacht und müsse bestraft werden. *(YG Online, 19.2., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
jW = junge Welt
TS = Tagesspiegel
NRZ = Neue Ruhr-Zeitung

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 43
1. März 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Militär setzt HADEP-Mitglieder unter Druck

Der Landrat von Karayazi bei Erzurum greift zu neuen Methoden, um das Interesse der Bevölkerung an der HADEP zu dämpfen. Nach dem Besuch des stellvertretenden HADEP-Vorsitzenden Hamit Geylani in Karayazi liess der Landrat die Versicherungskarten von ca. 50 Personen aus dem Dorf Degirmen mit der Begründung beschlagnahmen, sie hätten an dem Empfang und der Verabschiedung Geylanis teilgenommen.
Das grosse Interesse der Bevölkerung an dem Parteikongress des Kreisverbandes Karayazi veranlasste Kücük zu weiteren Massnahmen. So begaben sich Jandarmaeinheiten im Anschluss an den Kongress in die Dörfer Karaagil, Üzengili und Duruca und forderten HADEP-Mitglieder zum Austritt aus der Partei auf. Wer dieser Forderung nicht Folge leiste, müsse darauf gefasst sein, dass neben der "Grünen Karte" [Versicherungskarte für Einkommensschwache] auch die Papiere für Hilfeleistungen für Arme beschlagnahmt werden und ausserdem keinerlei Chance mehr bestehe, öffentliche Dienste in Anspruch zu nehmen. Eingeschüchtert durch diese Drohungen unterschrieben zwölf Dorfbewohner vorbereitete Gesuche. Das vorformulierte Gesuch an den Landrat lautet: "Mir war nicht bekannt, dass der HADEP-Kreisverband mich zu seinem Mitglied gemacht hat. Ich habe mich selbst nicht darum beworben, Mitglied dieser Partei zu werden und bitte darum, das Notwendige zu veranlassen." In dem Gesuch an die HADEP heisst es: "Ich trete aus der Partei aus."
Der Kreisstaatsanwalt Abbas Ulutürk liess daraufhin die Mitgliederakten der HADEP beschlagnahmen, um sie einer Untersuchung zu unterziehen.

Druck der Jandarma
Das Vorstandsmitglied des HADEP-Kreisverbandes Menderes Ilin suchten Jandarma-Einheiten in seinem Haus im Dorf Ceti auf, wo sie ihm und seiner Familie in langen Gesprächen nahelegten, aus der Partei auszutreten. Ilin konnte dem Druck nicht standhalten und verkündete seinen Austritt. Er erklärt dazu: "Ich bin HADEP'ler, aber sie haben mich sehr unter Druck gesetzt. Auch gegen meine Familie wenden sie Repression an. Ich weiss nicht, was ich tun soll.

Ausruf von der Moschee
Im Dorf Üzengili liess der Muhtar Latif Kis auf Anweisung des Jandarma-Subkommandanten Nazim Dincer die Aufforderung an sieben HADEP-Mitglieder, sich am vergangenen Montag zu einer Aussage auf der Jandarmastation einzufinden, von der Dorfmoschee ausrufen. Die Betroffenen kamen der Aufforderung jedoch nicht nach. Unter den sieben Personen befindet sich auch der Sohn des Muhtars. Wie Latif Kis erklärte, habe er keinerlei Ausruf machen lassen. Er bestätigte allerdings, dass die Jandarma Druck auf die Dorfbewohner ausübe, um HADEP-Mitglieder zum Parteiaustritt zu bewegen. *(ÖP, 24.2., ISKU)*

Türkische Politik diskutiert Zulassung der PKK

Aus den Reihen der Koalition in Ankara kommen Stimmen, die ein Umdenken erkennen lassen. "Wir brauchen vor der PKK keine Angst zu haben. Besser, sie ist als Partei zugelassen, als dass sie sich irgendwo in den Bergen versteckt. Wir können sie mühelos in den Wahlen schlagen", sagte Staatsminister Mehmet Kececiler. Er steht Vizepremier Mesut Yilmaz nahe, dem Chef der Mutterlandspartei. Daher ist hinter seinen Äußerungen mehr zu vermuten, als ein Lapsus oder eine "drastische Formulierung", wie ein Ministerkollege die sensationelle Einlassung zu relativieren versuchte.
Denn Yilmaz, in der Regierung für Europapolitik zuständig, versucht seit Wochen, seine Kollegen am Kabinettstisch und die türkische Öffentlichkeit auf ein paar simple Tatsachen einzustimmen. Etwa dass die Todesstrafe doch abgeschafft werden könne - und zwar nicht mit einer Verfassungsreform, sondern per Gesetz. Und: Den Kurden in der Türkei soll das Recht gewährt werden, ihre eigene Sprache zu erlernen - wenn nicht an staatlichen Schulen, so doch zumindest an privaten Einrichtungen.
Es geht darum, die rechtsradikale Koalitionspartei MHP zu besänftigen, die von der neuen Strategie absolut nichts wissen will. Auch das Militär, weiterhin wichtigster Machtfaktor im Hintergrund, mahnt zur Vorsicht. "Man sollte mit der Abschaffung der Todesstrafe abwarten", hat der Generalstab Ministerpräsident und Todesstrafegegner Bülent Ecevit rechtzeitig vor der für heute anberaumten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates schriftlich "empfohlen". Die Generale sind der Ansicht, dass man gegenüber den Europäern keine Konzessionen machen sollte, ehe sie nicht auf ihrem EU-Gipfel Mitte März eine neue Haltung gegenüber der Türkei definiert haben.
Vorerst sind etwas differenzierter denkende Politiker wie Yilmaz eindeutig in der Minderheit, Hardliner und Euro-Skeptiker geben den Ton an. Und doch hat die nun losgetretene Diskussion etwas bewirkt: In der Türkei, wo die Strukturen oft verkrustet und manche Themen absolut tabu sind, setzt man sich mit bisher ungestellten Fragen auseinander. "Es macht keinen Sinn mehr, den Kopf in den Sand zu stecken", kommentierte Mehmet Ali Birand, Befürworter der offenen Diskussion, in der Zeitung "Hürriyet". *(DW, 27.2., ISKU)*

Meldungen

Einjähriges Kind festgenommen
Bei Hausdurchsuchungen in Wohnungen zweier HADEP-Mitglieder im Kreis Marmaris bei Mugla sind 16 Personen festgenommen worden, darunter auch zwei Kinder, von denen eines erst ein Jahr alt ist.
(ÖP, 21.2., ISKU)

IHD-Vorstandsmitglieder festgenommen
17 Vorstandsmitglieder des IHD Istanbul sind unter Gewaltanwendung festgenommen worden, als sie eine Presseerklärung zur Unterstützung des Projektes "Drei Türen, drei Schlösser" in Sultanahmet abgeben wollten. In einer schriftlichen Erklärung des IHD wurde die sofortige Freilassung der Festgenommenen gefordert. "Allen Demokratiepaketen und Versprechungen zum Trotz fahren die Sicherheitskräfte fort, sich so zu verhalten, wie sie es gewohnt sind. Wieder ist die Nutzung eines gesetzlich abgesicherten Rechtes willkürlich und unter Anwendung von Gewalt von der Polizei verhindert worden." *(ÖP, 21.2., ISKU)*

4000 Jahre alte Dokumente zur Gleichberechtigung
Ausgrabungen in Kültepe (Provinz Kayseri) brachten 4000 Jahre alte Tontafeln assyrischer Herkunft ans Licht. Aus den Dokumenten gehen u.a. umfassende Informationen über das Eherecht der Assyrer hervor. Nach dem aktuellen Stand der Entzifferung der Schrifttafeln waren Männer und Frauen in der assyrischen Kultur gleichberechtigt. Es gab ein regelrechtes Scheidungsverfahren, das Männer zu Unterhaltszahlungen gegenüber ihren geschiedenen Ehegattinnen verpflichtete. Es wird davon ausgegangen, daß ein entwickeltes Gerichtssystem zur Stärkung der Frauenrechte beigetragen habe.
(Bianet, 8.2., ISKU)

Eziden kehren in ihr Dorf zurück
Vor ca. dreissig Jahren verliessen die ersten ezidischen Familien ihre Dörfer im Kreis Besiri bei Batman, um nach Deutschland zu gehen. Jetzt sind einige von ihnen in ihre Dörfer zurückgekehrt.
Familien aus dem Dorf Yolveren, die während des Krieges vor den Übergriffen der Dorfschützer geflohen waren, hatten nach Einstellung der Kriegshandlungen durch den einseiti-

Flüchtlingsinitiativen befürchten »Kettenabschiebung« in die Türkei

Mit Appellen an die Vereinten Nationen und an die Bundesregierung hatten Flüchtlingsinitiativen noch am Mittwoch versucht, die Abschiebung eines Kurden abzuwenden. Vergeblich - der 21jährige Ökkes Tonaydin wurde aufgrund eines bilateralen Abkommens von Bayern nach Österreich ausgewiesen. Von dort drohe dem Mann nun eine weitere Abschiebung in die Türkei, sprich eine »Kettenabschiebung«, befürchten Pro Asyl und der Niedersächsische Flüchtlingsrat.

Tonaydin wurde schon einmal aus Deutschland in die Türkei abgeschoben und dort schwer gefoltert. Nach Angaben der Flüchtlingsinitiativen hatte das Staatssicherheitsgericht in der Stadt Malatya den Kurden 1998 wegen Propaganda für die PKK zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die Behörden hätten ihn aber zunächst auf freien Fuß gesetzt, weil das Urteil noch nicht rechtskräftig gewesen sei.

Aus Angst vor weiterer Verfolgung floh Tonaydin nach Deutschland. Das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen und das Amtsgericht Freiburg hätten den Schilderungen des Flüchtlings aber nicht geglaubt und seinen Asylantrag abgelehnt, sagte Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat. Vergangenen September sei Tonaydin in die Türkei abgeschoben, zur Antiterrorabteilung in Istanbul überstellt und zwei Tage unter Folter verhört worden. »Dabei wurde Tonaydin nackt ausgezogen, an den Armen aufgehängt, mit Strom gefoltert und gedemütigt«, heißt es in der Erklärung der Flüchtlingsorganisationen.

Anfang dieses Jahres konnte Tonaydin erneut nach Deutschland fliehen. Beim Grenzübertritt aus Österreich wurde er im Rahmen der sogenannten »Schleierfahndung« von der bayerischen Grenzpolizei festgenommen und auf Antrag der Ausländerbehörde in Bad Reichenhall inhaftiert. Ein Amtsgericht verurteilte den Kurden wegen illegaler Einreise zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten auf Bewährung. Nachdem die österreichische Bundespolizei einer Rücknahme des Flüchtlings zugestimmt habe, schoben ihn die bayrischen Behörden in das Nachbarland ab.

Der Flüchtlingsrat und Pro Asyl haben den UN-Flüchtlingskommissar gebeten, Tonaydin ein weiteres Asylverfahren wenigstens in Österreich zu ermöglichen und eine Kettenabschiebung zu verhindern. Gleichzeitig appellierten die Organisationen an Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), die Verantwortung für die »Fehlentscheidung« im ersten Asylverfahren zu übernehmen und in vergleichbaren Fällen die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens in Deutschland anzuordnen.

Flüchtlingsratssprecher Weber erinnerte dabei an den Kurden Ibrahim Toprak, der im Juli 1996 von Deutschland nach Österreich überstellt und von dort ohne die Möglichkeit eines neuen Asylverfahrens sofort in die Türkei abgeschoben worden war. Von türkischen Polizisten wurde Toprak gefoltert, ein Gericht verurteilte ihn später zu 18 Jahren Haft.

(jW, 22.2., ISKU)

Geheimer US-Plan zum Sturz Saddams wird angeblich bereits umgesetzt

Der US-Geheimdienst CIA ist nach einem Bericht der Tageszeitung «USA Today» bereits dabei, einen neuen geheimen Plan zum Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein in die Tat umzusetzen.

Wie das Blatt am Donnerstag unter Berufung auf einen ehemaligen hochrangigen CIA-Beamten berichtete, wurde der Plan vor drei Wochen von Präsident George W. Bush gebilligt. Unter anderem sei vorgesehen, kurdische Kräfte in Nordirak und schiitische Moslems im Süden zu bewaffnen und auszubilden. Außerdem sollte versucht werden, möglichst viele Mitglieder der irakischen Streitkräfte zum Überlaufen zu bewegen.

Als Beweise für verstärkte amerikanische Bemühungen um eine «Destabilisierung» des Regimes von Saddam führte die Zeitung an, dass sich in den vergangenen Monaten US-Diplomaten und CIA-Beamten im Norden des Iraks aufgehalten hätten. Die Washingtoner Regierung wolle außerdem ein für März oder April geplantes Treffen von mehreren hundert irakischen Überläufern in Europa finanzieren.

Nach Angaben der «New York Times» ist die Bush-Regierung auch bereit, Geld für den Aufbau eines Radiosenders im irakischen Kurdengebiet oder auch im Iran zu geben. Dieser Sender solle Botschaften der irakischen Opposition ausstrahlen und so zu einem Sturz Saddams ermutigen, hieß es unter Berufung auf einen Beamten des US-Außenministeriums.

Die Regierung wolle den Plan aber nur dann verwirklichen, wenn die Kurden oder Iraner zustimmten. Der namentlich nicht identifizierte Beamte verwies darauf, dass Bush zwar kürzlich Iran zur «Achse des Bösen» gezählt habe. Was Saddam betreffe, gebe es jedoch gemeinsame Interessen.

(dpa, 28.2., ISKU)

Dachverband der Alewiten verboten

In der Türkei herrscht eine regelrechte Phobie gegen jede Form der Absonderung. Bekannt ist vor allem die Verfolgung kurdischer «Separatisten». Vergangene Woche hat ein Gericht jedoch auch den Dachverband der Alewiten verboten.

Der Staatsanwalt hatte sich auf die Verfassung und das Vereinsrecht aus der Zeit nach dem Militärputsch von 1980, das die Gründung von Vereinen verbietet, die den Schutz oder die Verbreitung einer Kultur zum Ziel haben, die nicht türkisch ist.

Säkulare Schiiten

Um der Verfolgung zu entgehen, nennen sich Organisationen, die des «Separatismus» verdächtigt werden könnten, in der Türkei am besten «Kulturverein». So kam auch der komplizierte Name: «Kulturverein der Organisationen der Alewiten und Bektaschi» zustande. Die Anhänger der Glaubensrichtung der Alewiten und der philosophisch-religiösen Richtung des Ordensgründers Hadjdji Bektasch-i Veli sind nicht irgendeine Minderheit in der Türkei. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung hängen dieser Richtung des schiitischen Islam an, die als Vertreterin eines säkularen Staates gilt.

Anpassung statt Rebellion

Normalerweise schützen sich Alewiten vor Anfeindungen eher durch Verheimlichung als durch Rebellion. Sie gehen nicht in die Moschee, pilgern nicht nach Mekka, trinken Wein, lieben Musik und Tanz. Die Alewitinnen tragen meist kein Kopftuch. Als erkennbares Merkmal tragen viele Jugendliche ein winziges Schwert mit einer wie ein Kometenschweif gespaltenen Klinge um den Hals. Nun denken Alewiten über zivilen Ungehorsam nach. Zum Beispiel wird der Boykott des an allen Schulen vorgeschriebenen sunnitischen Religionsunterrichts erwogen.

Wie viele andere Gruppen hoffen die Alewiten, die Annäherung an die EU könnte zu einer Liberalisierung führen. Es sei unverständlich, dass Ankara, während es sich Europa annähere, einen Glauben verbiete, sagt Murteza Demir, Chef einer alewitischen Stiftung. *(TB, 21.2., ISKU)*

gen Waffenstillstand der PKK entschieden, in ihr Dorf zurückzukehren. In dem Dorf hatten sich inzwischen jedoch Dorfschützer niedergelassen, die sich weigerten, das Dorf den Rückkehrern zu überlassen. Diese wandten sich daraufhin an ein Gericht und forderten ihr Eigentum zurück. Der Prozess wurde gewonnen.

(ÖP, 21.2., ISKU)

Schweizer Grossbank steigt aus Ilisu-Kraftwerk-Projekt aus

Die UBS ist aus dem Wasserkraftwerk- und Staudammprojekt Ilisu im türkischen Südostanatolien ausgestiegen. Die Schweizer Grossbank beendete wegen ungenügender Projektfortschritte ihr Beratungsmandat, wie sie am Mittwoch bekannt gab. Auch abschliessende flankierende Massnahmen zur Eindämmung der sozialen und ökologischen Auswirkungen des Projekts seien bis heute ausstehend, teilte die UBS mit. Die entwicklungspolitische Organisation «Erklärung von Bern» (EvB) begrüsste den Rückzug der UBS. Damit werde das Projekt wesentlich verzögert. Zudem dürfte es angesichts der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise der Türkei schwierig werden, eine neue Bank zur finanziellen Abwicklung zu finden, schreibt die EvB. Beim geplanten Ilisu-Kraftwerk am Tigris, rund 60 Kilometer von der Grenze zu Syrien und Irak entfernt, handelt es sich um das bisher grösste Staudammprojekt der Türkei. Das ganze Vorhaben soll rund 2,55 Mrd. Fr. kosten.

(BaZ, 21.2., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
jW = junge Welt
BaZ = Baseler Zeitung
TB = Tagblatt
DW = Die Welt

Termine

Opfer sexueller Misshandlungen in der Türkei wehren sich

Informations- und Diskussionsveranstaltungen in **Hannover** mit Eren Keskin (IHD Istanbul)
8.März, 17.00 Uhr im Siesta (Faustgelände) und
9. März, 18.00 Uhr im kargah-Haus (Zur Bettfedernfabrik 1)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 44
8. März 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Freiheit für die kurdische Frauenrechtlerin Nuriye Kesbir

Die kurdische Politikerin Nuriye Kesbir, die sich seit einem langen Zeitraum aktiv für die Emanzipation der kurdischen Frau und für die Rechte ihres Volkes einsetzt, wurde in den Niederlanden inhaftiert. Aufgrund der Verfolgung, der sie als Frau und aufgrund ihrer nationalen, politischen und religiösen Identität in ihrem Heimatland ausgesetzt war, kam sie am 28.09.2001 in die Niederlande und reichte bei den dortigen Behörden ihren Antrag auf politisches Asyl ein. Anstatt die besorgniserregende Menschenrechtslage in der Türkei zu berücksichtigen, die in den letzten 20 Jahren hunderttausende von Kurden und Kurdinnen zur Flucht nach Europa gezwungen hat, wies die niederländische Regierung das Asylgesuch von Frau Kesbir ab. Daraufhin stellten die türkischen Behörden einen Auslieferungsantrag, um Frau Kesbir im Rahmen des § 125 des Türkischen Strafgesetzes (sog. "Vaterlandsverrat") anzuklagen, welcher die Todesstrafe vorsieht. Obwohl in der Türkei immer noch gravierende Menschenrechtsverletzungen und Folter den Alltag bestimmen und die Todesstrafe nach wie vor Bestandteil des türkischen Strafrechtes ist, erwägen die niederländischen Ministerien ihre Auslieferung an die Türkei. Zahlreiche Berichte von Amnesty International, dem Menschenrechtsverein IHD und von Fraueninitiativen belegen, dass sexuelle Folter in türkischen Gefängnissen eine gängige Praxis, die insbesondere gegen Frauen eingesetzt wird. Mit Vergewaltigungen und sexueller Folter, die systematisch von staatlichen Sicherheitskräften durchgeführt werden, werden Frauen auf das Tiefste in ihrer Persönlichkeit und in ihrem Selbstwertgefühl angegriffen.
Insbesondere Frauen, die sich wie Frau Kesbir für die aktive Teilnahme von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und für eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage einsetzen, sind zu Hunderten auf diese Weise gefoltert worden.
Für ihre Freilassung und die Anerkennung ihres Asylrechtes wurde eine Faxkampagne gestartet. Faxt an folgende folgende Minister der niederländischen Regierung (Vorlagen findet ihr auf unserer Internetseite):

Innenminister
Mr. K.G. de Vries (Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties)
Fax: **0031 - 70 363 91 53**

Außenminister
Mr. Jozias van Aartsen (Minister Buitenlandse van Zaken)
Fax: **0031 - 70 - 348 48 48**

Justizminister
Mr. A. H. Korthals (Minister of Justice)
Fax: **0031 - 70 - 370 79 37**

Frauen gehen am 8. März auf die Strasse

Den Internationalen Frauentag werden die Frauen in der Türkei mit Demonstrationen, Strassenfesten und Veranstaltungen begehen. Dieses Jahr wird der 8. März sowohl "Für den Frieden" als auch "Für eine demokratische Gesellschaft" gefeiert werden. Die HADEP-Frauenorganisation hat bereits in vielen Städten Demonstrationen angemeldet. Das Motto dieses Jahres ist "Mit der freien, organisierten Frau zur demokratischen Gesellschaft". Wie die HADEP-Frauen mitteilen, können die Zerstörungen der jahrtausendealten Kultur der Gewalt, Vernichtung und Herrschaft nur mit einem neuen, auf die Frau ausgerichteten Verständnis und einer neuen Lebensweise beseitigt werden.
"Für unsere Freiheit - Solidarität und Organisierung" - unter diesem Motto wollen Frauen in Istanbul dieses Jahr den Weltfrauentag am 8. März begehen.
Ein Zusammenschluss von 19 verschiedenen Frauenorganisationen - darunter von HADEP, IHD, Volkshäusern, Bund Werktätiger Frauen, Feministischer Frauenkreis, Feministische Gruppe an der Universität, Friedensmütter und Katagi - haben beim Vali die Genehmigung für eine Feier auf dem Abide-i Hürriyet Meydan eingereicht. Wie die Vorsitzende des Vorbereitungskomittees Filiz Yücel erklärte, seien zu der diesjährigen Demonstration ausschliesslich Frauen eingeladen. "Wir erwarten alle Frauen, die ihre Stimmen für die Frauen erheben wollen - Hausfrauen, werktätige Frauen, feministische, sozialistische, proletarische, organisierte, unorganisierte, türkische, kurdische, alevitische, armenische, griechische, sunnitische Frauen, alle sollen kommen."

Demonstrationsverbot in Mersin
Die von der Frauenplattform Mersin, einem Zusammenschluss von 17 verschiedenen Institutionen, geplante 8.-März-Demonstration ist vom Vali verboten worden. Als Begründung wurde aufgeführt, dass am gleichen Tag offizielle 8.-März-Feiern stattfinden. In der schriftlichen Verbotsverfügung wird vorgeschlagen, die 8.-März-Demonstration am 7. April durchzuführen.
Aufgrund des Demonstrationsverbotes bereiten sie jetzt eine Kundgebung für den 8. März vor.

(YG Online, 18.2./1.3./4.3.; ISKU)

Friedensmüttervertretung in Diyarbakir eröffnet

Die Friedensmütter in Diyarbakir haben unter dem Namen "Friedens-Pressebüro" Räumlichkeiten eröffnet. In dem Büro, das von Muzaffer Pehlivan vertreten wird, wird u.a. die Verteilung der Zeitschrift "Baris" (Frieden), dessen Zentrale in Istanbul ist, organisiert werden. Ausserdem werden die Friedensmütter dort arbeiten. Wie die Mütter mitteilen, ist der Zweck des Büros, dem Frieden zu dienen. Die Türkei sei in einen Friedensprozess getreten und als Mütter wollten sie für den Frieden arbeiten. Ihre Tür stehe allen offen, die für Frieden sind und nicht mehr weinen wollen.

(YG Online, 28.2., ISKU)

"Die Freie Frau wird die Demokratische Zivilisation schaffen!"

Kulturveranstaltung zum diesjährigen 8. März, dem Internationalen Frauentag
Am 09.03.2002
in der Eissporthalle Kassel
Am Auestadion 1
Beginn 15:00
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Meldungen

Öcalan Anwälten droht bis zu sieben Jahre Haft
Seit Donnerstag stehen Aysel Tugluk, Mahmut Sakar und Irfan Dündar vor dem Staatsicherheitsgerichtes in Istanbul unter Anklage. Ihnen droht eine Haftstrafe von sieben Jahren. Schon vor einem Monat wurde Asyel Tugluk zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, weil sie auf einer Podiumsdiskussion ihren Mandanten im Zusammenhang mit der Anrede "Herr" erwähnte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Im jetzigen Verfahren möchte die Staatsanwaltschaft die Verbreitung von Statements des Mandanten durch seine Rechtsanwälte als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wissen. Jedoch konnte bisher selbst der türkische Justizminister Sami Türk keinen rechtswidrigen Inhalt in den besagten Erklärungen erkennen.
(Internationale Initiative, 7.3., ISKU)

Flüchtlinge geborgen
Die griechische Küstenwacht hat am 2.März fünf Einwanderer aus der Meerenge zwischen der Insel Chios und der türkischen Ägäis geborgen. Die Kurden hatten versucht, mit einem Schlauchboot von der Türkei nach Griechenland überzusetzen. Dabei waren sie gekentert.
Rund 250 Flüchtlinge, die am 4.März auf der Insel Gozo gelandet seien, hat die Polizei von Malta nach eigenen Angaben festgenommen. Die Flüchtlinge seien vor einigen Tagen von der Türkei aus gestartet. Sechs Menschen seien ins Krankenhaus gebracht worden.
(taz, 4./6.3.,ISKU)

Türkei streicht Film
Die türkische Regierung hat einen Film wegen "separatistischer Propaganda" aus den Kinos verbannt, den sie für einen Oscar nominiert hatte. Als "Großer Mann, kleine Liebe" nicht beachtet wurde, kritisierte die Polizei, der Film stelle das Verbot der kurdischen Sprache in Frage. *(taz, 4.3., ISKU)*

Verhaftung wegen MEDYA-TV-Auftritt
Der ehemalige Vorsitzende der Ausbildungsgewerkschaft Egitim Sen aus Elazig, Nafiz Koç, ist wegen eines telefonischen Redebeitrages zum Thema muttersprachlicher Unterricht bei Medya TV gemäss Paragraph 169 Strafgesetzbuch verhaftet worden. *(YG Online, 1.3., ISKU)*

Kurdischunterricht wird institutionalisiert

Die Studierendeninitiative für kurdisches Lehren und Lernen hat dagegen protestiert, dass ihnen aufgrund von eingereichten Anträgen jegliches Ausbildungsrecht entzogen wird.
In einer Erklärung kündigte die Initiative an, die Kampagne werde nicht auf Anträge und Forderungen begrenzt bleiben. Auf institutioneller Ebene werde es Initiativen für Kurdischunterricht und die Anwendung des Kurdischem im Alltagsleben geben. Die Kurdischkampagne, die am 20. November 2001 an der Istanbul-Universität gestartet worden sei, habe die Öffentlichkeit in der gesamten Türkei und weltweit beschäftigt. Knapp 20 000 Anträge seien gestellt worden. Zweck der Kampagne sei "die Anerkennung der legitimen Forderung auf muttersprachlichen Unterricht und auf diesem Weg eine Beitragsleistung zum Demokratisierungsprozess der Türkei". Die Festnahmen und Verhaftungen hätten vor allem in Van, Canakkale, Malatya und Hatay begonnen. "Mit der Relegation von 49 Studierenden in Afyon, der Einstellung von Ausbildungsförderungsmitteln von 44 Studierenden in Antalya und jetzt dem Verweis von 30 Studierenden von der Istanbul-Universität sowie der Relegation von 37 weiteren wird eine völlige Willkürpolitik angewendet."
Weiterhin kündigten sie die Ausweitung der Kampagne an sowie die notwendigen juristischen und politischen Schritte zur Aufhebung des Verbots des Kurdischunterrichts, zur Einstellung der Ermittlungen sowie zur Wiedererlangung des Studienrechts der relegierten Studierenden.



StudentInnenaktion in Istanbul

Die Vorsitzende der Istanbuler Zweigstelle des IHD, Eren Keskin, sprach den Studierenden ihre Unterstützung aus: "Wir waren schon immer für den Gebrauch der kurdischen Sprache. Wir unterstützen die Forderung der Studierenden nach Kurdisch als Wahlfach. Die Forderung der Studierenden steht nicht im Widerspruch zum 32. Artikel der Verfassung."

Protest an der Universität
An der Universität protestierten ca. 300 Studierende mit einer Kundgebung gegen den Rauswurf ihrer KomilitonInnen. Sie riefen die Parolen "Es lebe unser Kampf für Kurdischunterricht", "Ermittlungen, Verhaftungen, Repressionen können uns nicht einschüchtern", "Wir wollen keinen Kommandanten, sondern einen Rektor, keine Kaserne, sondern eine Universität". Im Anschluss marschierten sie zum Ausgang der Fakultät, wo sie ein Transparent mit der Aufschrift "Ermittlungen einstellen, Strafen zurücknehmen!" entrollten und eine Erklärung abgaben, in der sie ankündigten, bis ins Letzte dafür zu kämpfen, um ihre Studienrechte zurückzugewinnen.
(YG Online, 28.2., ISKU)

PKK fordert Generalamnestie

Die kurdische Arbeiterpartei PKK hat ein neues Angebot der türkischen Regierung für eine Teil-Amnestie als ungenügend zurückgewiesen. Stattdessen forderte der PKK-Führungsrat in einer am 6.März von der PKK-Zeitung Özgür Politika veröffentlichten Erklärung eine Generalamnestie sowie eine gesetzliche Gleichstellung der Kurden in der Türkei.
Das so genannte Reue-Gesetz, über das in dieser Woche vom türkischen Kabinett beraten wurde, werde ebenso wenig bringen wie eine frühere Teilamnestie für PKK-Mitglieder, warnte der Führungsrat der Organisation, die sich nach eigenen Angaben in den kommenden Wochen als politische Partei neu konstituieren will.
Notwendig sei vielmehr ein "Sondergesetz", mit dem eine generelle Amnestie für die gesamte "kurdische Freiheitsbewegung" erlassen und zugleich alle Diskriminierungen gegen die Kurden beendet würden, erklärte der PKK-Führungsrat. Mit dem Gesetz sollten "die Kurden zu freien Bürgern der Türkei" gemacht werden. Zugleich bekräftigte der Führungsrat sein Versprechen, die PKK werde bei ihrem bevorstehenden Parteitag auch ihrerseits positive Schritte in Richtung einer Friedenslösung machen. *(FR, 7. 3., ISKU)*

'Kurdische Medien' nicht im Anpassungspaket

Wie Justizminister Hikmet Sami Türk erklärt hat, ist im "Anpassungspaket keine Änderung vorgesehen, die kurdische Medien gestattet".
Die Türkei hat die Vorbereitung der "Anpassungsgesetze" abgeschlossen, die für den Beginn der Beitrittsgespräche mit der EU umgesetzt werden müssen. Die zuständige Kommission unter dem Vorsitz von Justizminister Türk hat ein Paket erstellt, dass in neun verschiedenen Gesetzen Änderungen vorsieht, darunter das Versammlungs- und Vereinsgesetz sowie Regelungen zum RTÜK und DGM. Wie Türk erklärt hat, ist dabei keine Veränderung im RTÜK-Gesetz vollzogen worden, gemäss der kurdische Medien erlaubt werden. Das Anpassungspaket enthält Gesetzesänderungen, die laut dem von der Türkei erstellten Nationalen Programm kurzfristig vollzogen werden müssen.
Zuvor hatte der ANAP-Vorsitzende Mesut Yilmaz darauf aufmerksam gemacht, dass diese Gesetzesänderungen bis zum 19. März erlassen werden müssen.

(ÖP, 3.3., ISKU)

Anzeige wegen kurdischer Kindernamen

Codename Berivan

Auf eine geheime Anweisung an alle Valis von Innenminister Rüstü Kazim Yücelen, kurdische Namen zur Anzeige zu bringen, hat die Jandarma-Kommandantur in Dicle die Einwohnermeldelisten durchforstet. Als Resultat der Kontrolle der zwischen 1985 und 2001 gemachten Einträge wurden die Namen von 23 Kindern von sieben Familien aus den Dörfern Meydan, Ugrak, Üzümlü, Bozoba und Cavli als bedenklich eingestuft. Gegen die Väter der Kinder mit den Namen Berivan, Zilan, Rojda, Baver, Velat, Serhat, Kendal, Zinar, Hebun, Baran, Rojhat, Agit, Zelal und Zozan stellte die Jandarma-Kommandantur am 21. Dezember 2001 Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft und forderte die Einleitung notwendiger Maßnahmen, da es sich bei diesen Namen um Codenamen handele, die die PKK ihren Mitgliedern gebe. Die Staatsanwaltschaft forderte daraufhin die Annullierung der betreffenden Namen mit der Begründung, die Namen entsprächen nicht "unserer nationalen Kultur, Traditionen und Gebräuchen" und verletzten "die Öffentlichkeit".

(YG, 2.-8.3., ISKU)

Ein Drittel der Bevölkerung in den Ostprovinzen trägt den Armenausweis.
Die "Yesil Kart" berechtigt zur kostenlosen Nutzung von staatlichen Gesundheitseinrichtungen und wird an Personen vergeben, die über kein ausreichende Einkommen oder Vermögen verfügen. In den Provinzen Erzurum, Agri, Mus, Tunceli, Bingöl, Igdir und Ardahan verfügen 30 Prozent der Bevölkerung über die "Yesil Kart".
(Aksam, 25.2., ISKU)

Bodenschatzreserven der Türkei werden auf 2,180 Trillionen US-Dollar geschätzt.
Eine vom Energieministerium veröffentlichte Aufstellung gibt als wertvollstes Vorkommen Brom an. Außerdem wurde am Wochenende gemeldet, daß in Diyarbakir hochwertiges Erdöl und in Thrakien Erdgas gefunden wurde. Über den Umfang der Vorkommen konnten bisher keine Angaben gemacht werden. *(Radikal, 23.2., ISKU)*

Neuer brisanter Rüstungsexport in die Türkei
Wie das türkische Verteidigungsministerium Mittwoch erklärte, erhielt ein deutsches Unternehmen den Auftrag, etwa 350 Kampfhelikopter mit einem Frühwarnsystem gegen Raketenbeschuss auszurüsten.
Die türkische Armee hatte das Projekt ausgeschrieben, nachdem 1997 und 1998 einige ihrer Kampfhubschrauber abgeschossen worden waren. Das deutsche Unternehmen Lenkflugkörpersysteme (LFK) hatte wegen der Ausschreibung bereits 1998 eine Voranfrage an die Bundesregierung gerichtet, die damals positiv beschieden wurde. "Es gibt eine Exportgenehmigung", bestätigte ein Sprecher der in Ulm angesiedelten Firma "Systems and Defense Electronics", die den Auftrag inzwischen von LFK übernommen hat. Der Rüstungsexport hat nach türkischen Angaben ein Volumen von 210 Millionen Euro. *(RPO, 6.3., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
RPO = Rheinpfalz Online
FR = Frankfurter Rundschau

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 45
15. März 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit dem stellvertretenden HADEP-Vorsitzenden Kemal Peköz

Aus Irrtümern gelernt

Der HADEP-Vorsitzende Murat Bozlak hat seine mündliche Verteidigung im Schliessungsverfahren gegen Ihre Partei abgegeben. Was sind die Punkte in der Verteidigung, auf die Sie aufmerksam machen wollen?
Wir haben uns auf die politische und juristische Seite konzentriert. Neben der politischen Seite ist auch die juristische sehr wichtig. Wie Sie wissen, wurde der Prozess bereits 1999 eröffnet. Zwischen der damaligen und der heutigen Gesetzgebung herrscht ein grosser Unterschied. Insbesondere die Kriterien zur Schliessung von Parteien haben sich stark verändert. Wir haben besonders betont, dass es sich um einen Prozess handelt, der die Zukunft der Türkei ernsthaft beeinflussen kann, u.a. weil Urteile des Verfassungsgerichtes nicht angefochten werden können und es sich somit um ein endgültiges Urteil handelt. Wenn ein Urteil dabei herauskommt, das sowohl die Zukunft als auch den momentanen Zustand sowie die internationale Position der Türkei negativ beeinflussen kann, wird dies einzig und allein zum Nachteil der Türkei sein.

Denken Sie, dass Ihre Partei geschlossen werden wird?
Nein, ich denke nicht, dass die Partei geschlossen werden wird, aber ich denke auch nicht, dass man sagen kann, es gibt keine Schliessung und gut. Ich schätze, dass die Angelegenheit der Zeit überlassen werden wird. Die Situation, in der sich die Partei zur Zeit befindet, verweist auf eine solche Art von Urteil. Eine zeitliche Verschleppung wird zwangsläufig innerhalb der Partei zu negativen Entwicklungen führen.

Auf welchem Niveau befinden sich die Vorbereitungen der HADEP auf eine mögliche vorgezogene Neuwahl?
Vor kurzem hat ein SONAR-Vorstandsmitglied bei STV folgenden Kommentar abgegeben: "Es gibt zwei Entwicklungen, nach denen mich noch nie jemand gefragt hat. Die eine ist, dass die HADEP sich in sehr breiter Form entwickelt. Die zweite, dass die Liberale Partei ihr mit zwei Punkten Unterschied folgt." Natürlich können wir keine öffentlichen Meinungsumfragen durchführen. Aber wohin wir auch gehen, sehen wir diese Entwicklung. Insbesondere ist die Situation entstanden, dass wir mit den Kreisen aus Handwerk und Kleinhandel, die für ihre Nähe zur MHP bekannt sind, problemlos in Kontakt treten können. Die früheren Vorurteile sind kein Thema mehr. Unsere Vorstandsmitglieder bringen von überall positive Nachrichten. Wenn wir ins Parlament hätten eintreten wollen, hätten wir 1999 vorsichtshalber 16 unserer Kandidaten als Unabhängige aufgestellt und somit ihren Einzug ins Parlament gesichert. Aber das war nicht unser Ziel. Wir sagen auch immer, dass der Einzug ins Parlament nicht unser einziges Ziel ist. Natürlich messen wir dem Wert bei, betrachten es auch als notwendig, aber es gibt Dinge, die davor erledigt werden müssen.



HADEP-Block am 1.Mai 2001

Wie bewertet die HADEP das Reuegesetz des Staates und den Politisierungsprozess der PKK?
Das Thema Politisierung wird falsch wiedergespiegelt. Unserer Meinung nach ist die PKK sowieso eine politische Bewegung. Natürlich gibt es einen Unterschied, weil sie illegal ist.

Welchen Verlauf nimmt Ihrer Meinung nach die Herangehensweise des Staates an den Punkt Lösung der kurdischen Frage an?
Ich denke, dass die Herangehensweise des Staates an die Kurden darauf gründet, dass die Kurden keinen eigenen Willen herausbilden und ihren Willen nicht kundtun. Es wird zur Zeit besondere Mühe darauf verwendet, dass einschliesslich der Todesstrafe kein einziger zu setzender Schritt das Image gewinnt, er sei von einer politischen Bewegung, die sich im Namen der Kurden organisiert hat, zur Sprache gebracht und erkämpft worden. Denn es wird angenommen, dass ein solches Image die Utopie der Kurden nähren könnte. Wenn ihr etwas auf die Zukunft ausgerichtet unternehmen könnt, kann daraus die Möglichkeit entstehen, euren Kampf zu erweitern und fortzuführen. Wenn ihr jedoch nichts für die Zukunft tun könnt, wird alles wichtige, was ihr sagt, nach einer Weile seinen Wert verlieren. Ich denke, dass das die generelle Betrachtungsweise des Staates ist. Demgegenüber ist es am richtigsten, zwar nicht mit Streit und Rauferei, aber trotzdem die Forderungen der Kurden auf höchster Ebene zum Ausdruck zu bringen.

Parteien, Vereine und Einzelpersonen, die ihre kulturellen Rechte einfordern, werden als PKKler beschuldigt. Ist das nicht ein Paradox?
Der Staat hat sich selbst natürlich einen grossen Feind geschaffen, indem er gegen die HADEP und legale politische Einrichtungen vorgegangen ist. Alle Kurden werden als praktische PKK-Mitglieder bewertet. Deshalb wird auch alles, was gesagt wird, der PKK zugeordnet. Die Aktivitäten von Personen oder Einrichtungen, die zuvor dementsprechend eingeordnet worden sind, werden natürlicherweise auch so bewertet. Der einzige Weg, sich aus dieser Lage zu retten, ist, ausgerichtet auf eine politische Partei, die sich in gesetzlichem Rahmen bewegt, Aussagen wie "Wir sind so fern voneinander wie Sonne und Mond" zu vermeiden, stattdessen zu sagen, "eine im gesetzlichen Rahmen tätige Partei ist für uns passend und solange sie den gesetzlichen Rahmen nicht überschreitet, hat sie auch das Recht, in diesem Land Politik zu machen", sowie diese Aussage in die Praxis umzusetzen. Solange das nicht stattfindet, wird zwangsläufig jeder unserer Schritte der PKK zugeschrieben. Denn solange wir als PKK-Mitglieder betrachtet werden, als Menschen, die für die PKK tätig sind, wird auch jeder unserer Schritte in dieser Form bewertet. Ich denke nicht, dass der Staat besondere Anstrengungen unternommen hat, sich von dieser Betrachtungsweise zu befreien. Genauer gesagt, weiss ich nicht, warum er nicht soweit denkt. Warum bringt sich der Staat selbst an einen derartig negativen Punkt? Also ein Mensch macht sich jemanden kontinuierlich zum...

Fortsetzung nächste Seite

Meldungen

Festnahmen im Newrozvorfeld
In Van finden seit einer Woche ununterbrochen Newrozfeiern statt. Jetzt haben auch die Festnahmeoperationen begonnen. Um die Feiern zu verhindern, wendet die Polizei ausserdem ein Ausgangsverbot an.
Bei Wohnungsrazzien gestern abend wurden fünf Mitglieder der HADEP-Jugend, der Özgür Halk-Mitarbeiter Mehmet Göktas sowie aus dem IHD-Vorstand in Van Hüseyin Ayaz ohne die Angabe von Gründen festgenommen. Im Stadtteil Hacibekir wurde ausserdem ein Ausgangsverbot verhängt.
(YG Online, 11.3., ISKU)

Staatsanwaltschaft beantragt Freisprüche in Prozeß gegen HADEP-Vorstand
Im Prozeß wegen der Veröffentlichung eines "spalterischen Kalenders" unter dem Vorwurf der Beihilfe für eine Terrororganisation vor dem 2. Staatssicherheitsgericht Ankara beantragte die Staatsanwaltschaft, die Angeklagten teils wegen Mangel an Beweisen, teils wegen des zwischenzeitlich erlassenen Amnestiegesetzes freizusprechen.
(Aksam, 5.3., ISKU)

Türkisches Militär gegen EU
Die türkischen Streitkräfte fürchten um ihren starken Einfluss, sollte die Türkei bald Mitglied der EU werden
In den Streitkräften der Türkei gibt es wachsende Vorbehalte gegen die von der Regierung angestrebte Mitgliedschaft in der EU. Stattdessen sollte sich die Türkei neue Verbündete suchen und sich mehr an Russland und Iran anlehnen, empfahl General Tüncer Kilinc. Tüncers Ausführungen kommen zu einer Zeit, in der in den Reihen der Koalitionsregierung von Ministerpräsident Bülent Ecevit ein Streit über die angestrebte EU-Mitgliedschaft entbrannt ist. Beobachter vertreten die Ansicht, dass die Streitkräfte um ihren verfassungsgemäß großen Einfluss auf die Politik fürchten, da dieses System den EU-Grundsätzen widerspricht.
(taz, 8.3., ISKU)

Israel modernisiert offenbar türkische Panzer
Der staatliche israelische Rüstungskonzern IMI hat nach Zeitungsinformationen von der Türkei die Zusage erhalten, 170 Kampfpanzer des amerikanischen Typs M-60 A1 zu modernisieren.

... Feind, und wenn dieser Frieden schliessen will, mag es sein, dass er nicht den Punkt finden kann, die Hand zu reichen. Ein Mensch muss nach zehn Jahren, fünf Jahren, vierzig Jahren eine Lücke finden, um seine Hand auszustrecken, und er darf nicht jegliche Entwicklungsmöglichkeit verschliessen. Der Staat ist zu diesem Thema wie immer von totaler Ablehnung beherrscht. Aber innere und äussere Einflüsse drängen auf Veränderung. Dennoch kommt dem Staat jegliche kurdische Willensäusserung durch die Existenz einer politischen Struktur oder Einrichtung riskant vor.

Über die HADEP wird oft im Zusammenhang mit Koalitionsgesprächen berichtet. Was können Sie insbesondere zum Thema einer möglichen Koalition mit der ANAP sagen?
Auf offizieller Ebene hat es bisher mit niemandem Koalitionsgespräche gegeben. Es haben individuelle Gespräche stattgefunden, die jedoch keinesfalls als Koalitionsverhandlung bewertet werden können. Die Partei hat niemandem einen entsprechenden Auftrag erteilt. Aber falls es in der Zukunft andere Entwicklungen gibt, kann eine Neuformierung der Partei Thema werden. In einer solchen Lage will man natürlich seinen Bereich erweitern. Die Medien arbeiten ein wenig darauf hin, solche Koalitionen zu verhindern. Mit der ANAP ergeben sich manchmal Parallelen in unserer Politik aufgrund ihrer Haltung zum Thema EU. Darauf wird herumgeritten und versucht, die ANAP zurückzupfeifen. Und so hat sie sich ja auch ein wenig zurückgezogen. Und dies unserer Meinung nach in sehr niveauloser Form.

Wie weit sind die Vorbereitungen auf Newroz gediehen? Wird es Behinderungen der Veranstaltungen geben?
Trotz aller negativen Entwicklungen erwarten wir kein Verbot. Die Vorstände einiger Provinzverbände sind inhaftiert. Beispielsweise sind in Adana 13, in Hakkari 8, in Mus 4, in Urfa 2 und an verschiedenen anderen Orten ein oder zwei unserer Vorstandsmitglieder verhaftet worden. Aus den Jugend- und Frauenorganisationen sind 25 KollegInnen im Gefängnis, der Zustand ist sehr ernst. Aber wir erwarten keine ernsthafte Behinderung in Richtung Verbot. Ausserdem wird eine grosse Anzahl Delegationen kommen. Die Vorbereitungen darauf finden statt, und das wird natürlich beobachtet. Bis jetzt sind 15 Delegationen mit uns in Kontakt getreten, in denen sich jeweils mindestens fünf Personen befinden. Es gibt auch welche, die sich aus 15 bis 20 Personen zusammensetzen. Sie kommen aus Finnland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland. Der Ort, an den die meisten von ihnen wollen, ist Diyarbakir. An den anderen Orten kann es zu kleineren Problemen kommen, aber nichts ist so unsicher wie Istanbul. Was Istanbul angeht, sind wir etwas unsicher, weil seit Mai 1998 keine einzige unserer Kundgebungen erlaubt worden ist. Es gibt den Beschluss, dass wir überall dort, wo wir organisiert sind, Feiern veranstalten werden. Ausserdem gibt es in der Parteizentrale eine siebenköpfige Kommission, die sich vor allem um technische Vorbereitungen kümmert. *(YG,15.3., ISKU)*

Yeter Güzel und Yusuf Kutlu im Todesfasten gefallen

Starre Haltung fordert weitere Todesopfer

Aufgrund der Weigerung der Regierungsvertreter, auf den Lösungsvorschlag der Anwaltskammern("Drei Türen, drei Schlösser") einzugehen, ist auch der TKP (ML)-Gefangene Yeter Güzel im Todesfasten gestorben. Nach der Erklärung von Justizminister Hikmet Sami Türk, "wenn die Medien kein Interesse zeigen, wird das Todesfasten innerhalb eines Jahres gelöst sein", die anscheinend auf den Tod aller Todesfastenden abzielt, hat erneut das Sterben eingesetzt. Am Samstag starb Yusuf Kutlu, Sonntag Yeter Güzel im Krankenhaus des Gefängnisses Bayrampasa in Istanbul. Mit Güzel, der in Dersim-Nazimiye geboren wurde, hat sich die Zahl der Toten im Todesfasten gegen die F-Typ-Gefängnisse auf 87 erhöht.
In einer Erklärung von Devrim Demokrasi heisst es: "Yeter Güzel wurde bereits in jungen Jahren aufgrund seines Kampf gegen das Unrecht unzählige Male festgenommen. Er wurde schwer gefoltert. Als Gesundheitsarbeiter war Yeter Güzel Mitglied in der Gesundheitsgewerkschaft SES. 1999 wurde er bei einer Wohnungsrazzia aus fadenscheinigen Gründen verhaftet und ins Gefängnis Gebze gesteckt. Güzel gehörte der 7. Todesfastengruppe an."
Nach seiner Haftentlassung setzte Güzel das Todesfasten draussen fort. Am 13. November wurde er bei einer Razzia im Widerstandshaus in Alibeyköy erneut festgenommen. Vom DGM Istanbul wurde erneut Haftbefehl gegen ihn ausgesprochen und er wurde ins Gefängniskrankenhaus Bayrampasa überstellt. Am 170. Tag seines Widerstandes starb er.
Yusuf Kutlu, der am Samstag in Ankara am 279. Tag seines Todesfastens gestorben ist, wurde gestern in seiner Heimatstadt Hatay beigesetzt. Wie schon zu Lebzeiten wurde Kutlu, der 29 Jahre alt war, auch im Tod nicht von den Staatskräften in Ruhe gelassen. Immer wieder unterbrach die Polizei die Trauerfeier, an der Familie, Verwandte und Freunde des Verstorbenen teilnahmen. Die Teilnahme von TAYAD-Mitgliedern, die aus Istanbul angereist waren, wurde verhindert. Auf den Protest der Anwesenden hin griff die Polizei an und nahm eine grosse Anzahl von Personen fest, darunter der Bruder des Verstorbenen und Yildiz Bagac, die beim Gefängnismassaker vom 19. Dezember schwer verletzt worden war und bleibende Schäden davongetragen hat. Die Festgenommenen wurden später wieder auf freien Fuss gesetzt.
Yusuf Kutlu wurde mit Parolenrufen verabschiedet.

(ÖP, 11.3., ISKU)

Menschenrechtsbilanz im Februar

Im Rahmen einer Pressekonferenz hat der IHD-Vorsitzende der Zweigstelle Diyarbakir, Osman Baydemir, die Bilanz der Menschenrechtsverletzungen in der Region vom Monat Februar veröffentlicht. Wie Baydemir ausführte, habe es in einigen Kategorien eine Verminderung der Menschenrechtsverletzungen gegeben. Im Zusammenhang mit der Kampagne für Kurdisch-Unterricht verwies er jedoch auf die erneute Aktualisierung von verschiedenen Verboten durch geheime Anweisungen. "Insbesondere was den Sprachgebrauch angeht, ist um 15 Jahre zurück gegangen worden", so Baydemir.

Die Bilanz
Verletzungen des Rechtes auf Leben
Minen: 15 Verletzte, 3 Tote

Verletzungen der persönlichen Sicherheit
Festnahmen: 111
Folter, Misshandlung und Bedrohung: 12
Verschwundene: 1
Verhaftungen: 23

Bei Eingriffen gegen gesellschaftliche Ereignisse von Gewalt Betroffene: 5 Verletzte

Rechtsverletzungen im Arbeitsleben
Amtsenthebung: 1

Verletzungen der Gedanken- und Ausdrucksfreiheit
Geschlossene Radio- und TV-Stationen: 2
Im OHAL-Gebiet verbotene Zeitungen und Zeitschriften: 29

Weiteres
Gefängnis: 6 Tote
Selbstmorde: 8

(YG Online, 11.3., ISKU)

Der Auftrag habe einen Wert von 700 Millionen Dollar und sei damit das größte Rüstungsgeschäft zwischen der Türkei und Israel, berichtete am Sonntag die Tageszeitung "Haaretz". Der Vertrag werde in den kommenden Woche besiegelt werden. Er eröffne die Aussicht auf Nachfolgeaufträge; denn das türkische Heer habe 1000 modernisierungsbedürfte Panzerfahrzeuge.
(Reuters, 10.3., ISKU)

Sendungen auf Kurdisch wohl dosiert
Die türkische Regierung hat sich offenbar entschlossen, demnächst Rundfunk und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache in eng begrenzter Form zuzulassen. Wie der Nachrichtensender NTV meldet, wird das Kabinett in den kommenden Tagen einen entsprechenden Beschluss fassen. Vorgesehen ist, auf einem der vier Kanäle des Staatsfernsehens "TRT" und im Rundfunksender "Stimme der Türkei" wahrscheinlich eine halbe Stunde am Tag Sendungen in kurdischer Sprache auszustrahlen.
(taz, 12.3., ISKU)

Boot mit Flüchtlingen vor Italiens Küste gekentert
Ein Boot mit Flüchtlingen ist in der Nacht zum 8.März nach Angaben der Behörden südlich von Sizilien im Mittelmeer gekentert. Rund 60 Personen würden noch vermisst, erklärten die Behörden. "Die Suche wird fortgesetzt, aber wir haben keine große Hoffnung", sagte der Bürgermeister von Lampedusa, eine Insel zwischen Sizilien und Tunesien.
Das Schiff sei bei schwerem Seegang in internationalem Gewässer etwa 100 Kilometer südlich der Insel Lampedusa umgekippt. Das schlechte Wetter habe auch die Rettungsarbeiten behindert. Elf Menschen seien gerettet worden.
(Reuters, 8.3., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem

Termine

Newroz-Demonstration und -Fest: 23. März - Rheinpark - Düsseldorf

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 46
22. März 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Millionen KurdInnen machen Newroz zum Referendum für Frieden und Freiheit

Biji Newroz - Biji Asiti

Das kurdische Volk hat zu Millionen seine Forderung nach Frieden, nach Anerkennung seiner kulturellen Rechte und nach Demokratie zum Ausdruck gebracht und somit de facto ein Referendum durchgeführt.

In Diyarbakir feierten annähernd 1 Million Menschen, in Van etwa 400.000, in Batman 200.000, in Antalya über 70.000 und in Ankara mehrere tausend Menschen Newroz.
Die Menschen kamen in bunten traditionellen Kleidern zusammen, tanzten Hand in Hand, sangen, entzündeten Feuer und riefen Parolen, in denen sie Frieden, Demokratie und ihre kulturellen Rechte einforderten. Auch die Verbindung zur PKK und zu ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan wurde immer wieder mit Parolen unterstrichen. Newrozfeiern wurden für 46 türkische und kurdische Städte angemeldet. In all diesen Städten fanden Newrozfeiern statt - genehmigt oder nichtgenehmigt.
Während es bei den genehmigten Veranstaltungen zu kleinen Zwischenfällen und Behinderungsversuchen der Sicherheitskräfte kam - so wurdenMenschen von Nachbarorten daran gehindert zum Veranstaltungsort zu gelangen, Kontrollen wurden durchgeführt und gelegentlich Personen verhaftet, das Rufen von Parolen in Kurdisch wurde z.T. untersagt - werden größere Ausschreitungen aus Istanbul und Mersin gemeldet. In beiden Städten waren die Veranstaltungen untersagt worden. Trotz des Verbotes kamen tausende Menschen zusammen. Die Polizei griff mit Panzern, Wasserwerfern, Tränengas und Schusswaffen ein. In Folge der Angriffe wurde ein Kind von einem Panzer überrollt und getötet. Die Zahl der Verletzten ist hoch, während die Zahl der Festgenommenen sich auf ca. Tausend beläuft.

Allein in Amed nahmen mehr als 800.000 Menschen an den Feiern teil (Foto: YG)

Desweiteren wurden aus Istanbul und Mersin Durchsuchungen der HADEP-Parteibüros sowie die Festnahmen von Parteimitgliedern gemeldet. In Cizre, Sirnak und Silopi ist de facto der Ausnahmezustand verhängt worden.
Zwei Dolmetscher, die mit einer französischen und einer italienischen Delegation unterwegs waren, wurden festgenommen und befinden sich zur Stunde noch in Polizeihaft. Außerdem haben Sicherheitskräfte versucht, die Kameras einiger Degelationsteilnehmer zu beschlagnahmen.
Schon im Vorfeld der Newrozfeiern kam es zu teils absurd scheinenden Versuchen der türkischen Behörden, angemeldete Newroz-Feiern zu verhindern. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Buchstabe “W”, der im kurdischen, nicht jedoch im türkischen Alphabet vorkommt. Kurdinnen und Kurden können in der Türkei des Separatismus beschuldigt werden, wenn sie diesen Buchstabe nutzen. In einigen Städten, z.B. in Mersin, wurde die Genehmigung der Newrozfeiern verweigert weil die Anmeldung ebenjenen Buchstaben “W” enthielt.


Im ganzen Land brennen, wie hier in Istanbul, seit Tagen die Newrozfeuer (Foto:YG)

Auch in anderen Teilen der Welt wird Newroz gefeiert. Überall dort, wo KurdInnen leben, kam es in den vergangenen Tagen zu Festen und Demonstrationen, die zum politischen Ausdruck des Strebens des kurdischen Volkes nach Freiheit, Demokratie und Frieden wurden. Am Samstag findet in Düsseldorf die größte europäische Demonstration mit mehreren 10.000 TeilnehmerInnen statt. *(KIZ,ISKU, 21.3.)*

Bus-Konvoi an rumänischer Grenze gestoppt

Der Bus-Konvoi, der sich am vergangenen Freitag von Brüssel auf den Weg zur bulgarisch-türkischen Grenze gemacht hat, um dort anlässlich des Newroz-Festes die Forderung nach Einführung von Kurdisch-Unterricht und nach Aufhebung der Todesstrafe in der Türkei zu unterstützen, sieht sich erneuten massiven Behinderungen seitens der Behörden aus-gesetzt.
Nachdem bereits am Sonntag zwei der acht Busse, in denen sich zum größten Teil europäische StaatsbürgerInnen kurdischer Herkunft an der Aktion unter dem Motto "Sprachen kennen keine Grenzen" beteiligen, von der ungarischen Polizei zur Umkehr gezwungen wurden, sind es nun die rumänische Behörden, die die unsägliche Tradition der europäischen Rückendeckung türkischer Menschenrechtsverletzungen fortsetzen. Die verbliebenen sechs Busse wurden seit Montag an der ungarisch-rumänischen Grenze festgehalten und an der Weiterfahrt gehindert. Erst nach 18 Stunden durften die Delegations-TeilnehmerInnen die Busse verlassen. Nach langen Verhandlungen zwischen den Veranstaltern und den Grenzbehörden wurde sowohl die Durchreise als auch eine Live Übertragung des Sattelitenfernsehens Medya TV verweigert. Aufgrund dessen entschieden sich die TeilnehmerInnen in einen zweitägigen Hungerstreik zu treten um ihren Protest gegen diese antidemokratischen Maßnahmen auszudrücken.
Die Busse traten schließlich am Mittwoch gezwungenermassen die Rückreise an, setzten ihren Protest jedoch mit Kundgebungen in Budapest und Wien fort. In Bulgarien lebende KurdInnen überbrachten schließlich an Stelle des Bus-Konvois die Petition zur Unterstützung der Muttersprachenkampagne an der bulgarisch-türkischen Grenze. Auch dabei kam es zu Übergriffen und Behinderungen seitens der örtlichen Behörden. *(ISKU, 21.3.)*

Meldungen

PKK verwarnt DYP
Osman Öcalan nahm am 15.03. telefonisch an der Sendung "Rojev" bei MEDYA TV teil, wo er sich zur den aktuellen Entwicklungen äusserte. In bezug auf die Äusserung der DYP-Chefin Tansu Ciller, "Lasst uns Öcalan aufhängen und danach die Todesstrafe abschaffen", rief Öcalan die Kurden in der DYP dazu auf, die Partei zu verlassen. "Tansu Ciller möchte, dass unser Vorsitzender hingerichtet wird. Ohne sich für ihre Führer einzusetzen, können die Kurden auch keinen Einsatz für ihre Rechte und ihre Würde zeigen. Wenn Ciller solche Dinge sagt, geht millionenweise auf die Strassen." Die Todesstrafe nütze niemandem und müsse unverzüglich abgeschafft werden, so Öcalan. "Die Hinrichtung unseres Vorsitzenden ist Kriegsgrund. Unser Vorsitzender und alle Freunde in den Gefängnissen müssen freigelassen werden."
(YG online, 16.3., ISKU)

Hirtenkinder Bombenopfer
Durch die Explosion einer Handgranate, die sie in der Nähe des Militärgebietes in Siirt gefunden hatten, wurden die beiden Hirten Ridvan Özalp (15 Jahre) tödlich, sein Bruder Ahmet Özalp (12 Jahre) schwer verletzt. *(ÖP, 17.3., ISKU)*

Nichtlösung fordert weiteres Todesopfer
Dogan Tokmak, der am 13.03. zur Zwangsernährung ins Krankenhaus in Sisli eingeliefert wurde, ist am 15.03. gestorben. Dogan Tokmak gehörte der 5. Gruppe des Todesfastens an. Mit seinem Tod hat sich die Anzahl der Toten auf 88 erhöht. In einer Erklärung von TAYAD heisst es, dass Tokmak im Krankenhaus keine Zucker- und Wasserzufuhr erhalten habe. Damit sei ein sofortiger Verlust des Bewusstseins bezweckt worden, um mit der Zwangsbehandlung beginnen zu können. Ausserdem sei seine Familie nicht zu ihm gelassen worden.
(ÖP, 17.3., ISKU)

Grosses Flüchtlingsschiff vor Sizilien aufgebracht
Ein Schiff mit rund 1000 kurdischen Flüchtlingen ist von einer italienischen Fregatte aufgebracht worden und am Montag in den Hafen von Catania auf Sizilien geleitet worden. Die Küstenwache teilte mit, unter den auf dem 80 Meter langen Schiff «Monica» zusammenge-

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Feridun Cenik, im Interview

"Eine demokratische Konföderation im Irak"

Das türkische Parlament hat im Oktober 2001 im Hinblick auf den geplanten EU-Beitritt mehr als 30 Verfassungsänderungen beschlossen, die die Situation der Menschenrechte und der Minderheiten verbessern sollten. Gibt es bis heute spürbare Auswirkungen davon in den kurdischen Gebieten?

Die Verfassungsänderungen haben uns bis jetzt nichts gebracht, eher im Gegenteil. Publikationen und Sendungen in kurdisch sind sogar mehr denn je von Verboten bedroht. Einzige zählbare Verbesserung ist die Verkürzung der Zeit der Ingewahrsamnahme.

Werden also in absehbarer Zeit keine offiziellen Radio- und Fernsehsendungen in kurdisch möglich sein?

Darüber ist eine Auseinandersetzung im Gange. Leider ist es jedoch so, daß erst kürzlich beispielsweise in Diyarbakir ein privater Radio- sowie ein Fernsehsender geschlossen worden sind, weil sie kurdische Musik gespielt haben. Andererseits beabsichtigt der türkische Staat kurioserweise in seinem staatlich kontrollierten Sender GAP eine einstündige Sendung in kurdisch zuzulassen.

Wie beurteilen Sie die Unterschriftenkampagne für muttersprachlichen Unterricht, an der sich türkeiweit bis dato mehr als 10000 Schüler, Studenten und Eltern beteiligt haben?

Der Staat ist leider sehr aggressiv gegen die Muttersprachenkampagne vorgegangen. Studenten, die von ihrem selbstverständlichen Recht Gebrauch gemacht haben, einen Antrag zu stellen, sind teilweise festgenommen und inhaftiert worden.

Es gibt in Diyarbakir Hunderttausende Flüchtlinge aus den zerstörten Dörfern. Gibt es für sie Aussicht auf Rückkehr?

Die Lösung des Rückkehrproblems ist noch in weiter Ferne. Ministerpräsident Bülent Ecevit hat sogenannte Mittelpunktdörfer (»Köy Kent«) vorgeschlagen. Dieses Modell wird jedoch von der kurdischen Bevölkerung abgelehnt.

Gibt es Hilfsprogramme für die Flüchtlinge?

Der Staat leistet keinerlei Hilfe. Wir als Stadtverwaltung versuchen, durch Nahrungsmittelausgaben die ärgste Not zu lindern.

Wie können die Strukturprobleme der kurdischen Regionen mit ihrer besonders hohen Arbeitslosigkeit angegangen werden?

Der türkische Staat und die Regierung müssen verstehen, daß es der kurdischen Bevölkerung nicht um Separatismus geht. Sie strebt wahrhaft demokratische Verhältnisse an. Eine Lösung der Strukturprobleme ist nur über eine Änderung der Sichtweise des Staates und der anderen türkischen Parteien im Hinblick auf die Kurdenfrage möglich.

Welche Auswirkungen hat die drohende Aggression der USA beziehungsweise der NATO gegen den Irak auf die unmittelbaren Nachbarn in den kurdischen Gebieten?

Die Kurden sind nach dem Golfkrieg 1991 als Flüchtlinge mit die Hauptleidtragenden gewesen, aber auch in ökonomischer Hinsicht. Andererseits muß das Demokratieproblem im Irak gelöst werden. Saddam ist ein Diktator. Wir als HADEP sind für eine demokratische Konföderation im Irak, allerdings ohne Aggression und ohne Krieg, sondern auf demokratischem Wege.

Welche Erwartungen haben Sie an Newroz 2002, das kurdische Neujahrsfest am 21. März?

Unsere Erwartung ist, daß die Forderungen der Bevölkerung nach Verwirklichung von demokratischen Rechten bei der Regierung auf Resonanz stößt.

(jW, 21.3., ISKU)

Mutter, Sprache und Kinder...

Sie wollten, dass ihre Kinder in der Sprache sprechen, die sie kennen, und sie klopften mit ihren vorbereiteten Gesuchen an die Türen der zustaendigen Stellen. Sie hatten Zuhause Kinder, und sie trugen Kinder in ihren Baeuchen. Dann mussten sie ins Gefängnis. Jetzt zählen sie im Gefängnis die Tage bis zur Geburt. Fatma Azkut, Zehra Beyav und Sakine Beyav. Die drei Mütter gingen am 17. Januar zur Nationalen Erziehungsbehörde, um Gesuche einzureichen. Aber jeder, der kurdisch fordert, ist von der PKK, und jeder, der sich mit einer solchen Forderung konfrontiert sieht, betrachtet sich selbst als mindestens ebenso zuständig wie die Polizei und Staatsanwaltschaft. Der Behördenleiter benachrichtigte die Polizei, die die Frauen festnahm. Der Staatsanwalt sprach einen Haftbefehl aus und schickte sie ins Gefängnis. Aber diese Frauen waren schwanger und ließen 14 Kinder zurück. Eine der Frauen, Fatma Aykut, war im neunten Monat. Ihre Schwiegermutter Ayse Aykut hatte das Gesuch gemeinsam mit ihr eingereicht. Als sie ihre Schwiegertochter im Gefängnis besuchte, erzählte diese, dass sie Schmerzen habe. "Wir haben gemeinsam vor dem DGM ausgesagt, aber Fatma wurde verhaftet, obwohl sie schwanger ist. Warum sie mich nicht verhaftet haben, habe ich immer noch nicht verstanden." Jetzt kümmert sie sich um die zurückgebliebenen Kinder. "Aber ich kann mich nicht um sie kümmern, sie sollen meine Schwiegertochter freilassen."

Es sieht jedoch so aus, dass noch vor der bevorstehenden Hauptverhandlung ein Baby im Gefängnis geboren werden wird. Das gleiche gilt für Zehra Beyav. Ihre Schwiegermutter und ihr Mann machen Arbeitsteilung. Ihr Mann passt nachts auf die Kinder auf, ihre Schwiegermutter tagsüber. 14 weitere Erziehungsberechtigte, die am gleichen Tag Gesuche eingereicht haben und gegen die ein Verfahren eröffnet worden ist, sind am 13. März freigesprochen worden.

Prozess gegen zehn Frauen

In Batman ist gegen zehn Erziehungsberechtigte, die am 22. Januar festgenommen worden waren, als sie Gesuche einreichen wollten, ein Verfahren eingeleitet worden. Vier von ihnen befinden sich in Haft. In der Anklageschrift heisst es, sie seien mit Antraegen "erwischt" worden, in denen es hiess: "Als eine Mutter möchte ich, dass mein Kind Kurdischunterricht erhält. Hochachtungsvoll...". Es wird gemaess Artikel 169 und 3713 Strafgesetzbuch eine Strafe bis zu sieben Jahren gefordert. *(YG, 16.3., ISKU)*

Neue Studierenden-Kampagne

Nachdem auf die Forderung der Studierenden nach Kurdischunterricht nicht eingegangen worden ist, haben sie jetzt eine neue Kampagne angekündigt, die zur Änderung des 42. Artikels der Verfassung führen soll, der als Begründung dafür angeführt wird, dass die Einführung von Kurdischunterricht als Wahlfach nicht möglich ist.

Studierende der Universitäten Ege und Dokuz Eylül haben im Namen der Initiative für kurdisches Lehren und Lernen eine Erklärung abgegeben, in der darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Kampagne zwar zur Diskussion des Themas "Kurdischunterricht" geführt habe, diese jedoch unzureichend geblieben sei. "Bei den Diskussionen ist von den Rektoren, Intellektuellen und PolitikerInnen immer darauf verwiesen worden, dass der 42. Artikel der Verfassung das Hindernis darstellt." Aus diesem Grund hätten sie damit begonnen, auf die Veränderung des genannten Artikels hinzuarbeiten und bisher von verschiedenen Postämtern aus 150 dementsprechende Gesuche ans Parlament gesandt. Ausserdem rufen die Studierenden ihre KommilitonInnen, Familien sowie alle öffentlichen Einrichtungen und politischen Parteien dazu auf, ebenfalls Gesuche einzureichen. *(ÖP, 17.03., ISKU)*

drängten Personen seien etwa 200 Frauen und 300 Kinder. Die hygienischen Verhältnisse wurden als schlecht bezeichnet. Eine Frau habe ein Kind zur Welt gebracht und sei per Helikopter ausgeflogen worden. Die Küstenwache berichtete von mehreren Krankheitsfällen. Die Asylbewerber sollen in ein Aufnahmelager auf dem Festland gebracht werden. Die Herkunft des Schiffes, das etwa eine Woche auf hoher See war, ist rätselhaft. Registriert sei die «Monica» in Tonga in der Südsee, hiess es. Sie soll aus Libanon gekommen sein, doch wurde in Beirut erklärt, das Schiff habe keinen libanesischen Hafen angelaufen.

(NZZ, 19.03., ISKU)

Türkei fühlt sich beleidigt

Die türkische Justiz ermittelt gegen die prominente türkische Menschenrechtlerin Eren Keskin, weil sie bei einer Veranstaltung in Deutschland die türkische Armee scharf kritisiert haben soll. Die Staatsanwaltschaft ermittele wegen des Verdachts der Beleidigung der Streitkräfte, berichtete die türkische Presse. Bei einer Veranstaltung in Köln soll Keskin der türkischen Armee unter anderem sexuelle Belästigung von Frauen vorgeworfen haben. Im Fall einer Verurteilung drohen ihr bis zu sechs Jahren Haft. Keskin selbst sagte laut der Zeitung Hürriyet, ihre Äußerungen seien in der türkischen Presse falsch wiedergegeben worden. In Köln soll Keskin unter anderem auch gesagt haben, die Türkei sei keine Demokratie, sondern werde von der Armee regiert. Äußerungen türkischer Menschenrechtler im Ausland sind schon häufiger Anlass für Strafverfahren gewesen.

(taz, 21.3., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
jW = junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 47
29. März 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit PKK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan

‚Mut für eine Lösung aufbringen'

Welche Resultate können aus den diesjährigen Newrozfeiern gezogen werden?

Das kurdische Volk hat zu Newroz 2002 an alle betreffenden Kreise eine sinnvolle Botschaft gerichtet. Es hat gezeigt, dass es die Kraft ist für Frieden, Freiheit und eine demokratische Lösung. Mit seiner massenhaften Beteiligung hat es das Niveau gezeigt, das inzwischen erreicht wurde. Damit hat es sowohl den internationalen Kräften eine Botschaft vermittelt als auch den Staaten, die über Kurdistan herrschen, und insbesondere dem türkischen Staat. Es hat zum türkischen Staat gesagt: "Wenn du mit mir gemeinsam in Frieden und Ruhe leben willst, musst du mich anerkennen und mir im Rahmen einer demokratischen und freien Einheit meine nationalen Rechte geben."



Newroz 2002 in Batman, Nordkurdistan

Ausdrücklich teilen wir ein weiteres mal mit, dass der Staat die Aufrufe, die unser Vorsitzender, unsere Partei und unser Volk auf dieser Linie macht, anhören muss. Er sollte sie nicht ignorieren, sondern sich für eine demokratische Lösung der Frage einem Dialog zuwenden. In keinerlei Form ist es unter den Bedingungen des heutigen Zeitalters möglich, ein Volk, das so stark an Bewusstsein und Niveau gewonnen hat, zu vernichten, einzuschüchtern und zu unterdrücken. Im Rahmen der Einheit der Völker, der Geschwisterlichkeit und Freiheit muss es zu einer Lösung kommen. Unser Volk will keine Spaltung, sondern Einheit, aber eine freie Einheit. Es sehnt sich nach einem demokratischen Leben. Ausserdem bringt es bei jeder Gelegenheit zur Sprache, dass es die Behandlungsweise, der unser Vorsitzender ausgesetzt ist, nicht akzeptiert. Das ist die Parole, die immer als erstes kommt.

Wenn man sich also die Herangehensweise des kurdischen Volkes trotz aller Schwierigkeiten vor Augen führt...

Vielleicht muss man auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen: Hunger und Armut sind gross in der Türkei und Kurdistan. Aber das kurdische Volk erwähnt dieses Thema trotzdem nicht mit einem Wort. Denn die grundlegende Frage ist die Anerkennung seiner ideellen Werte und seiner Realität. Wenn den ideellen Werten eines Volkes kein Wert beigemessen wird, sie nicht anerkannt und sogar verboten werden, wird es sich selbst immer als ein Sklave im Reichtum und in der Vielfalt sehen. Das Volk hat gezeigt, dass es sich genau so der Frage annähert. Es setzt sich ein für seine eigenen ideellen Wertmasstäbe und will keinen Status von Unterdrückten, Ausgelöschten, Verängstigten, sondern sehnt sich nach einer würdevollen, freien Einheit und Frieden. Was könnte besser sein? Warum wird sich davor gefürchtet? Warum wird derartig gerechtfertigten und demokratischen Forderungen mit Verboten begegnet? Selbst das schlichteste, gewöhnlichste Recht, das Recht auf Sprache, wird als zu viel betrachtet. Es ist offensichtlich, dass diese Politik verkehrt ist und zu nichts führen kann.
An Newroz 2002 hat unser Volk die Tatsache herausgestellt, dass die Politik der Kolonisation und Assimilation bis heute kein Ergebnis hervorgebracht hat und die Linie des nationalen und demokratischen Kampfes erfolgreich ist. Newroz ist der Beweis, dass die Widerstandslinie zum Sieg führt und dahinter Millionen stehen. Mit den drei Millionen, die auf den offiziellen Plätzen waren und den zwei Millionen, die sich in den Dörfern und Stadtvierteln an den Feiern beteiligt haben, sind fünf Millionen zu einer Stimme geworden. Das kann nicht ignoriert werden. Sowohl die herrschenden Staaten als auch die internationalen Kräfte - die USA und die EU - halten sich in ihrer auf die Region ausgerichteten Politik die Wirklichkeit des kurdischen Volkes vor Augen.

Wie bekannt ist, gab es an den Orten, wo die Feiern genehmigt worden sind, keinerlei negativen Vorfälle, während in Mersin und Istanbul aufgrund der Verbote Auseinandersetzungen stattfanden...

Ich finde die Haltung, die das Volk gegen die Verbote gezeigt hat - nicht schweigen und Widerstand leisten - sehr positiv und gerechtfertigt. Angesichts von Ungerechtigkeiten darf nicht geschwiegen werden. Für die nationalen Werte muss unter allen Bedingungen Einsatz gezeigt werden. Wir als kurdisches Volk haben in der Türkei nur ein einziges Newroz, und ein Verbot ist unakzeptabel. Deshalb ist das Verhalten, das unser Volk gegen die Verbote entwickelt hat, angemessen und ein legitimes Recht. Ich beglückwünsche insbesondere unsere Bevölkerung in Mersin für ihre Entschlossenheit, ihren Mut und ihre widerständige Haltung. Der geleistete Widerstand hat dafür gesorgt, dass die Gegenseite einen Schritt zurückmacht, und war konstruktiv. Es gab zwei Gefallene, aber es wurde Einsatz gezeigt für die nationalen Werte. Trotz Verwundeter, Verhaftungen und Gefallenen hat das Volk ein beispielhaftes Verhalten gezeigt.
Weiterhin hat dieses Beispiel von Newroz auch deutlich gemacht, dass nur an den Orten, wo Verbote ausgesprochen wurden, Probleme und Auseinandersetzungen entstehen. Wenn es keine Verbote gegeben hätte, wären alle Newrozfeiern vollkommen friedlich abgelaufen. Und wenn heute das kurdische Volk das Recht bekommt, sich auszudrücken, seine Sprache zu lernen, sich frei politisch zu organisieren, und wenn die Türen für den demokratischen Kampf offengehalten werden, würde in der Türkei und in Kurdistan kein einziger gewalttätiger Vorfall stattfinden. Wir halten fest, dass das Chaos und gewalttätige Auseinandersetzungen erst dann vollständig von der Tagesordnung verschwinden werden, wenn auch alle Verbote abgeschafft werden. Das ist unsere Meinung, die mit der diesjährigen Newrozphase ein weiteres Mal bewiesen worden ist.

(ÖP, 27.3., ISKU)

Das vollständige Interview ist auf unserer Webseite zu finden.

Meldungen

Vorfälle werden der HADEP zugeschrieben
Wie Muzaffer Akad, HADEP-Vorsitzender der Provinz Mersin, mitgeteilt hat, sind 159 Personen mit der Begründung, sie hätten an den Newrozfeierlichkeiten teilgenommen, verhaftet worden. In den Verhören nach der Festnahme sei Druck ausgeübt worden, damit Geständnisse abgelegt werden, gemäss denen die HADEP die Menge dazu angehalten habe, sich an den Vorfällen zu beteiligen. Weiterhin erklärte Akad, die HADEP werde Anzeige gegen die Polizeidirektion und den Vali als den Verantwortlichen für die Polizeiangriffe auf die Bevölkerung stellen, mit denen Mersin in palästinensische Strassen verwandelt worden sei. *(ÖP, 27.3., ISKU)*

Kurdische Namen als Wandparolen
Die Identitätskampagne wird mit neuen Aktionsformen fortgesetzt. In Istanbul hat mit Wandparolen die Kampagne eine neue Dimension gewonnen. Weder das Rundschreiben an die Meldeämter, in dem gefordert wurde, kurdische Namen zur Anzeige zu bringen, noch die Forderung der Generäle, 600 kurdische Namen per Gerichtsurteil ändern zu lassen, kann die Kurden und Kurdinnen von ihren eigenen Namen abbringen. In den letzten Tagen sind in Istanbul Wandparolen aufgetaucht, in denen es schlicht heisst: "Mein Name ist Zilan", "Mein Name ist Baran" oder "Ich heisse Agit". *(YG , 27.3., ISKU)*

In Derik ist das Verteilen von Nelken illegal
MARDIN - Gegen drei Mitglieder der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen ist ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden, weil sie am Internationalen Frauentag 8. März im Kreis Derik in Mardin Nelken an Lehrerinnen verteilt haben. Daraufhin hatte der Leiter der Nationalen Erziehungsbehörde ein Verfahren wegen "unerlaubtem Blumenverteilen" eingeleitet. *(YG , 27.3., ISKU)*

Konflikt um Reuegesetz
Nach Mitteilung von Justizminister Türk wird eine Neuauflage des "Reuegesetzes" weitgehend den bisherigen Gesetzen dieser Art folgen. Nach dem Gesetzentwurf des Ministeriums sollte der Kreis derer, die das Gesetz nutzen können erweitert und auch PKK-Führungskräfte

PKK-Präsidialratsmitglied Duran Kalkan:

Verbote sind das Werk der Banden

Wie PKK-Präsidialratsmitglied Duran Kalkan erklärt hat, haben die Newrozfeiern die Qualität eines Nationalkongresses angenommen. Das kurdische Volk habe an Newroz seine Forderungen nach Freiheit und Frieden in konkreter Form zur Sprache gebracht. Für die Vorfälle an Newroz trage das Bandentum die Verantwortung, so Kalkan, der gleichzeitig zum Kampf gegen diese Kräfte aufrief.

Duran Kalkan erklärte: "Ich teile die Begeisterung von Millionen von Menschen verschiedener Völker von Düsseldorf bis Kasachstan." Im Zentrum von Newroz 2002 hätten die Kurden gestanden, so Kalkan. Die Feiern in Amed, Van, Adana, Denizli, Aydin und Mersin seien Ausdruck für Befreiung und Demokratisierung gewesen.

Das kurdische Volk habe in einer für jeden verständlichen Sprache seinen Wunsch nach Freiheit, Frieden, Demokratie und einem menschenwürdigen Leben hervorgebracht. Die Beteiligung an den Newrozfeiern werde von der Partei als "Nationalkongress" bewertet.

Newroz 2002 habe gezeigt, wie sehr sich der Bewusstseins- und Organisationsgrad des kurdischen Volkes gesteigert habe. "Das Volk hat seine Entschlossenheit deutlich gemacht." In Bezug auf die Vorfälle in Mersin und Istanbul erklärte Kalkan, für die negativen Resultate seien nicht die Kurden, sondern das System mit seiner Verbots- und Profitmentalität verantwortlich. Das Bandentum, das zu Newroz gegen die demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes offen zutage getreten sei, bringe die politische Entwicklung zum Stocken. Kalkan verwies dabei auf die Rolle der DYP-Chefin Tansu Ciller: "Die Antidemokratie muss überwunden werden. Führend dabei ist eine Politikerin. Die DYP-Vorsitzende Tansu Ciller stellt die Realität aller Frauen auf den Kopf. Mit all den Verbrechen, die sie begangen hat, ist sie nur eine schlechte Kopie des Mannes."

Weiterhin äusserte sich Duran Kalkan zur Rolle von Politik und Armee der Türkei. Es sei irreführend, dass die Politiker stets auf die Armee als Hindernis verweisen. "Notwendig ist eine politische Struktur, die die Armee kontrolliert", so Kalkan. Die Politiker müssten ihre Probleme selbst definieren. Es sei irreführend und feige, die Armee als das Problem darzustellen, das vor der Entwicklung der Politik stehe. "Es muss eine Führungsform entwickelt werden, die die Sensibilität der Armee beseitigen kann. Wenn das der Fall ist, wird auch die Armee unter Kontrolle zu kriegen sein." Allerdings gebe es in der Türkei zur Zeit keinen politischen Willen, der die Armee kontrollieren könne. "Es entspricht nicht demokratischer Logik, Demokratisierungsreformen von der Armee zu erwarten." Eine demokratische Politik werde auch eine Lösung der Probleme hervorbringen. "Wenn sich ein politischer Wille entwickelt, kann sich die Armee bis zu einer bestimmten Grenze zurückziehen. Das liegt nicht in ihrem eigenen Willen. Die Politiker machen andere verantwortlich und versuchen damit eigentlich nur, ihre eigenen Fehler zu überdecken. Das ist das eigentliche Handicap und hier muss auch eine grundlegende Verbesserung ansetzen."

(ÖP, 26.3., ISKU)

Newroz in Europa



In Düsseldorf feierten am vergangenen Samstag weit über 150.000 Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa das Newrozfest. Zwei Demonstrationszüge trafen sich am Nachmittag an den Rheinwiesen, wo ein großes Kulturfest bis in den Abend andauerte.

Kein Ende des Todesfastens

Europarat kritisiert Haftbedingungen

Das Todesfasten gegen die Isolationshaft in der Türkei dauert bereits 520 Tagen an. 89 Gefangene und Unterstützer haben nach Aussage des Komitees gegen die Isolationsfolter (IKM) inzwischen ihr Leben verloren. Vier von ihnen kamen in den letzten zwei Wochen ums Leben. Nach Informationen des IKM befinden sich noch 141 Gefangene im Todesfasten in verschiedenen Gefängnissen. Mehr als 300 Personen wurden aus Krankheitsgründen entlassen.

Das »Komitee für die Verhinderung von Folter und unmenschlicher oder herabwürdigender Behandlung oder Bestrafung« beim Europarat veröffentlichte jetzt »vorläufige Beobachtungen« über die Lage in den türkischen Gefängnissen, die eine Delegation während eines zwölftägigen Besuches im September 2001 untersucht hatte. So wurde u.a. in den Gefängnissen von Elazig, Urfa und Van die schlechte Gesundheitsversorgung kritisiert. Die Haftbedingungen für Jugendliche und Frauen seien schlecht. Auch die F-Typ-Gefängnisse in Sincan und Tekirdag wurden besucht. Das Komitee kritisiert, daß den Gefangenen weder Bibliotheken noch Werkstätten zur Verfügung stehen. Sportplatz und Studienraum dürften nur von Dreiergruppen genutzt werden, das sei keine Gemeinschaftsaktivität. Die »Glaubwürdigkeit des gesamten Projekts von F-Typ-Gefängnissen hängt davon ab, ob (für die Gefangenen) aktiver, initiativer Zugang zu Gemeinschaftsaktivitäten möglich ist«, heißt es in der Erklärung. Das Komitee schlägt vor, daß umgehend Möglichkeiten für gemeinschaftliche Aktivitäten geschaffen werden sollten. Für den total isolierten Gefangenen Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali fordert der Bericht Zugang zu einem Fernseher sowie einem Telefon. Außerdem solle er baldmöglichst in ein normales Gefängnis überstellt werden, um mit anderen Gefangenen Kontakt zu haben. Die türkischen Behörden wiesen die Empfehlungen bereits zurück. *(jW, 25.3., ISKU)*

Neuerscheinung

Kurdische Frage und Europäisches Recht

von Abdullah Öcalan

Die **Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"** veröffentlicht einen Auszug aus A. Öcalans Einlassung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Es handelt sich um die Übersetzung des 8. Kapitels aus Öcalans zweibändigem Werk "Vom sumerischen Priesterstaat zur demokratischen Zivilisation". Die 66-Seitige Broschüre kann bei der Internationalen Initiative gegen Übersendung von 1,60 Euro Porto vorbestellt (PSF 100511, D-50445 Köln) oder im Internet nachgelesen werden:

www.freedom-for-ocalan.com

es nutzen können. Dies scheiterte jedoch am Widerstand der MHP. Von dem Reuegesetz, das PKK-Angehörigen, die sich freiwillig stellen und mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten, Strafnachlässe zusichert, erhofft sich die Regierung eine weitere Schwächung der PKK.

(Milliyet, 22.3., ISKU)

Türkei wendet Landminenmoratorium weiter an

Nachdem eine Übereinkunft mit Griechenland über einen zeitgleichen Verzicht auf den Einsatz von Landminen erzielt wurde, wird die Ratifizierung des Ottawa-Abkommens zum Verbot von Einsatz und Vertrieb von Landminen auf die parlamentarische Tagesordnung kommen. *(Aksam, 21.3., ISKU)*

Notstand in Italien bis Jahresende

Der Notstand, den Italien im Kampf gegen illegale Einwanderer ausgerief, soll bis Jahresende dauern. Das am Freitag veröffentlichte Dekret räumt allen Präfekten in den Regionen zusätzliche Befugnisse ein. Die Bearbeitung von Asylanträgen soll beschleunigt werden. Am Mittwoch war nach der Landung des Flüchtlingsschiffes "Monica" mit 928 kurdischen Flüchtlinge an Bord der Notstand ausgerufen worden.

(BZ, 23.3., ISKU)

EU-Anpassungspaket zunächst gescheitert

Die für Donnerstag Nacht vorgesehene Abstimmung über das zweite Gesetzespaket zur Anpassung rechtlicher Bestimmungen an die EU konnte aufgrund zu geringer Teilnahme der Abgeordneten und dementsprechender fehlender Beschlußfähigkeit nicht vollzogen werden. In der Aussprache im Plenum fiel nach Berichten des Fernsehsenders auf, daß einzelne MHP-Abgeordnete das Gesetz massiv kritisierten.

(CNN-Türk, 22.3., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
BZ = Berliner Zeitung
jW = junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@mail.nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 48
5. April 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkischer Geheimdienst streut Falschmeldungen

Medienkampagne gegen die PKK

Es vergeht kein Tag, an dem keine Meldung zur Arbeiterpartei Kurdistans PKK in Fernsehen und Zeitungen erscheint. Nach einigen dieser sich auf "Geheimdienstquellen" stützenden Meldungen hat die PKK ihren Namen geändert, andere meinen, es habe ein interner Kampf stattgefunden und die PKK löse sich auf. Und wiederum andere behaupten, die PKK sei in Drogenschmuggel und Zigarettenhandel verwickelt.

Auch bei den jüngsten Berichten gegen PKK-Präsidialratsmitglied Cemil Bayik, die von türkischen Medien in Zusammenarbeit mit Geheimdiensteinheiten initiiert wurde, handelt es sich um eine Ente. Nach dem das iranische Aussenministerium und die iranische Botschaft in Ankara die Meldung der Verhaftung Cemil Bayiks dementiert hatte, haben auch Quellen der PKK mitgeteilt, dass die Behauptung haltlos ist. Die Anadolu-Nachrichtenagentur hatte ausserdem verbreitet, dass PKK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan in London verhaftet worden sei. Sowohl englische als auch PKK-nahe Quellen haben auch dieser Meldung jeglichen Wahrheitsgehalt abgesprochen.
Wie die PKK gegenüber der Mesopotamischen Nachrichtenagentur (MHA) äusserte, befindet sich Bayik nicht im Iran; insofern sei die Nachricht über seine Verhaftung eine Lüge.
Ein Aufenthalt Bayiks im Iran sei derzeit kein Thema, so die PKK-Quellen. Vielmehr seien diese Meldungen Teil der in der Türkei neu initiierten Desinformationskampagne und psychologischen Kriegsführung, die in Zusammenhang stehe mit der Massenbeteiligung an den Newrozfeiern, mit denen das kurdische Volk erneut seine Forderungen nach Demokratie und Frieden zum Ausdruck gebracht habe. "Dass die KurdInnen der PKK überall als terroristisch zu diffamieren. Dabei hatten sie jedoch keinen Erfolg und ein Erfolg ist auch nicht möglich."



Kurdische Medien bewerten die jüngsten Falschmeldungen als Reaktion des Staates auf die Millionenbeteiligung an den Newrozfeiern

Welt in dieser Form ihre nationale Einheit kundgetan und ihre Forderungen zur Sprache gebracht haben, hat die Banden in Ankara nervös werden lassen. Als Folge davon haben zu Newroz vier türkische Kriegsflugzeuge einen Angriff auf PKK-Lager in Südkurdistan durchgeführt. Im Anschluss wurde auch die haltlose Nachricht verbreitet, die PKK habe ihren 8. Kongress abgehalten und dabei ihren Namen geändert. Gleichzeitig wurde versucht, dem Ruf unserer Partei zu schaden, indem die Behauptung in Umlauf gebracht wurde, die PKK sei in Zigarettenschmuggel verwickelt. Mit der gleichen Mentalität haben die Banden sich bemüht, die neue politische Serhildanoffensive [Volksaufstand] ins Leere laufen zu lassen, indem sie weiterhin daran gearbeitet haben, die Mit den haltlosen Behauptungen über Cemil Bayik sei die Desinformationskampagne auf die Spitze getrieben worden. Der Versuch, die Bemühungen der PKK für Frieden und Demokratie mit einer neuen Dimension der psychologischen Kriegsführung zu zerstören, sei zum Schaden der Türkei und nicht zu ihrem Nutzen. Die PKK-Quellen verwiesen darauf, dass diese Provokationen nur dazu dienen, eine Kampfatmosphäre hervorzurufen, und riefen den Staat und die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, dies zu verhindern. An das kurdische Volk wurde der Aufruf gerichtet, den haltlosen Behauptungen keinen Glauben zu schenken und sich noch stärker an der Serhildanoffensive zu beteiligen.

(ÖP, 30.3., YG online, 4.4., ISKU)

Partei der Demokratischen Lösung gegründet

Als Ergebnis eines Kongresses der kurdischen Bewegung im Irak, der in der Zeit von 3. - 15. März 2002 stattfand, wurde die Partei der demokratischen Lösung in Kurdistan gegründet. Als Arbeits- und Organisationsgebiet wurden der Irak und Südkurdistan bestimmt. Als Hauptziel wurde die Errichtung eines pluralistischen, demokratischen Irak und ein freies Kurdistan bestimmt. Grundlage dafür soll eine rechtlich gesicherte demokratische Föderation der einzelnen Provinzen in den jetzigen politischen Grenzen sein. Die Partei der demokratischen Lösung in Kurdistan sieht die demokratische Methode als zur Zeit bestes Mittel, um das Bewußtsein der Massen zu erweitern, um diese Gesellschaft auf den Weg eines umfassenden Frieden zu führen. Dafür wird ein Schwerpunkt im Kampf für demokratische Organisationen innerhalb der Gesellschaft und des Staates gesetzt. Die neugegründete Partei versteht sich als Volkspartei, die Menschen jeden Alters und Geschlechts einbezieht. Sie behält sich das Recht auf Selbstverteidigung vor. Um jegliche Angriffe und Aggressionen gegen die Bevölkerung zurückweisen zu können, organisiert sie "Nationalen Verteidigungskräfte".
Die vollständige Gründungserklärung findet ihr auf unserer Internetseite. *(ISKU)*

Meldungen

Erst Chomsky, jetzt auch noch Randal
Nach dem Wissenschaftler Noam Chomsky ist jetzt der Kriegsberichterstatter J.C. Randal der Washington Post wegen eines Buches in das Visier des DGM geraten. Ihm wird Separatismus gegen die Türkei vorgeworfen. Das vom DGM verbotene Buch "Bunca Bilgiden sonra ne Bagislamasi? Kurdistan Izlenimleri" (Wie soll man mit diesem Wissen vergeben? Beobachtungen in Kurdistan) war im Avesta Verlag erschienen, der Verleger A. Keskin ist ebenfalls angeklagt. Randal will an der Verhandlung in Istanbul teilnehmen. *(ÖP, 2.4., ISKU)*

Todesstrafe kann mit einfachen Gesetz aufgehoben werden.
Im Streit um die Aufhebung der Todesstrafe hatte sich die Regierung an den obersten Verwaltungsgerichtshof gewandt. Dieser kommt in seiner Einschätzung der Rechtslage zu dem Schluß, daß für eine Abschaffung der Todesstrafe keine Verfassungsänderung erforderlich sei. *(AS,28.3., ISKU)*

Parlamentarischer Menschenrechtsausschuß kontrollierte erstmals den Geheimdienst
Der erste parlamentarische Kontrollbericht in der Republikgeschichte wurde in einer nichtöffentlichen Sitzung des Menschenrechtsausschusses beschlossen. Angaben zum Inhalt des Berichtes wurden nicht gemacht. Es wurde aber erklärt, daß die Arbeit des Ausschusses nicht behindert worden sei. *(AS, 29.3., ISKU)*

Auch Kutan für muttersprachlichen Unterricht
Auch für den Vorsitzenden der Saadet-Partei (Nachfolgerin der verbotenen islamistischen Tugendpartei), Kutan, führt der Weg nach Europa jetzt über Diyarbakir. Ähnlich wie M. Yilmaz (ANAP) fordert Kutan jetzt bei einer Rundreise im kurdischen Gebiet Sprachfreiheit, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Rückkehrmöglichkeiten in die Dörfer und eine Art Wiederaufbauhilfe. "Muttersprachlicher Unterricht und Verlagsfreiheit teilen das Land nicht, sondern verbinden es" sagte er. *(ÖP, 31.3., ISKU)*

Erlaubte Kassetten hören ist Unterstützung der PKK
Der Minibus-Chauffeur S. Önen spielte 1999 auf einer Fahrt von Diyarbakir in die Kleinstadt

PKK: Die Ära Ciller war Faschismus

O. Öcalan, Mitglied des Präsidialrats der PKK, bezeichnete die DYP als Hindernis für die Entwicklung der Türkei. "Eine neue Ära Cillers ist Faschismus" sagte er. Er rief alle demokratischen Bereiche zum Kampf gegen diese Partei auf.
Der Wunsch der Türkei nach Mitgliedschaft in der EU sei der Wunsch nach Demokratie. Cillers provokative Tendenz habe die Entwicklung der Türkei blockiert. Die DYP sei ein Produkt der Oligarchie; die 1993 mögliche Lösung habe die DYP verhindert. Cillers Regime sei die gefährlichste der den Staat repräsentierenden Richtungen gewesen. Die DYP benutze die MHP als Rammbock gegen die demokratischen Kräfte. Gegen die DYP sei bisher nichts unternommen worden. Bei der Erwähnung von Nationalismus kommt der Gedanke "MHP", für eine demokratische Entwicklung müsse entschieden gegen die Partei Cillers gekämpft werden. Die Politik von Ciller und den Spekulanten müsse unbedingt beseitigt werden, so Öcalan. "Eine neue Ära Ciller bedeutet Faschismus. Sie startet ständig neue Provakationen, ihre Politik hat Blutvergießen als Grundlage. Das muss beseitigt werden.
Mit den demokratischen und politischen Kräften der Türkei zusammen muss sie bekämpft werden. Öcalan bezeichnete die Diskussion über eine Lösung der kurdischen Frage als wichtig; eine Weiterführung der Proteste könne die Lösung beschleunigungen.
Er äusserte, einerseits vollziehe die PKK selbst einen demokratischen Wandel, andererseits bringe sie Bewegung in die demokratische Entwicklung und fördere das Zustandekommen von Ergebnissen; der 8. Kongress werde dies Entwicklung zum Abschluss bringen.
Osman Öcalan bewertete auch die Angriffe Israels gegen Palästina und verurteilte sie. Er verwies darauf, dass Glauben, Gewalt und Nationalismus in den Vordergrund gerückt würden. Die Massnahmen der palästinensischen Führung; die Anschläge gegen Zivilpersonen seien falsch gewesen; in punkto Lösungen hätten beide Seiten Fehler gemacht.
Die Intifada gestützt auf Gewalt sei nicht nötig gewesen; ein friedlicher Aufstand hätte Ergebnisse bringen können.
(ÖP, 2.4., ISKU)

Parteien- und Vereinsgesetze modifiziert

In der Woche vor Ostern wurden neun Gesetzesänderungen vom türkischen Parlament verabschiedet. Unter anderem wurde das Gesetz zum Verbot von Parteien stark eingeschränkt. Weiterhin sind aber finanzielle Sanktionsmaßnahmen des Staates gegenüber Parteien möglich. Kompensationszahlungen, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Folter oder unmenschlicher Behandlung angeordnet werden, müssen zukünftig von den verantwortlichen Beamten selbst gezahlt werden. Weiterhin enthält das Reformpaket ein Gesetz, das die Gründung von Vereinen erheblich erleichtert. Auch internationale Kontakte sind danach wieder erlaubt. Demonstrationen und öffentliche Proteste sollen in Zukunft nicht mehr den bisherigen strengen Kriterien unterworfen werden. Außerdem wurde ein Gesetz gestrichen, demzufolge bisher der Presse untersagt war, in »verbotenen Sprachen« zu publizieren. Damit können Medien nun auch offiziell die kurdische Sprache benutzen. Bisher war das zwar möglich, wurde von den Behörden aber oft willkürlich verboten.
Hinsichtlich der Pressefreiheit sieht es weiterhin düster aus in der Türkei. Nach einem Bericht des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) über »Angriffe auf die Presse 2001« steht die Türkei mit 13 inhaftierten Journalisten auf Platz drei hinter China (35) und Nepal (17).
Nach wie vor gibt es keine Einigkeit in der Dreiparteienkoalition von Bülent Ecevit über die Abschaffung der Todesstrafe. Auch die Zulassung von muttersprachlichem Unterricht, der seit Monaten in einer Kampagne der kurdischen Demokratiebewegung eingefordert wird, war nicht in dem Reformpaket enthalten. *(jW, 3.4., ISKU)*

Angehörige der Politischen Gefangenen sammelten 11.000 Unterschriften

Die Angehörigen der Politischen Gefangenen haben in einer gemeinsamen Kampagne mit Vertretern politischer Parteien und demokratischer Organisationen für eine Lockerung der Haftbedingungen in den neuen F-Typ-Gefängnissen 11.000 Unterschriften gesammelt. Das Ziel ist die Durchsetzung der Mindestforderung "Drei Türen - 3 Schlösser". In einer gemeinsamen Pressekonferenz von HADEP, ÖDP, EMEP,TKP. Halkevleri TUYAB sowie mehreren Gewerkschaften forderte Ü. Efe (IHD) ein Ende des Sterbens in den Gefängnissen und der Haftbedingungen, die zu lebenslangen Behinderungen führen.
Ausserdem wird ein Eingehen auf die Forderungen der Hungerstreikenden im Todesfasten und Hungerstreik sowie die Aufhebungen der Isolationshaft und der krankmachenden Haftbedingungen und Misshandlungen gefordert. Die Unterschriften wurden am 1.4. in Ankara dem Parlament übergeben. Unterdessen teilte der IHD mit, dass das Todesfasten ein weiteres Opfer gefordert hatte. Die 26jährige Meryem Altun verstarb nach 301 Tagen im Hungerstreik. Die Angehörige der DHKP-C starb am Montag, nachdem sie nach ihrer Entlassung den Hungerstreik ausserhalb des Gefängnis fortgesetzt hatte.
(ÖP, 30.3., ISKU)

IHD-Bericht für 4. Quartal 2001

Wegen des Versuchs der Polizei, Video- und Tonbandaufzeichnungen zu machen, sagte IHD Vorstand H. Öndül die Pressekonferenz zur Vorstellung des Menschenrechtsberichts in Istanbaul ab und und verteilte den hier dokumentierten Bericht an die anwesenden Jounalisten.

Verbrechen unbekannter Täter:	36
Hinrichtung ohne Urteil; durch Folter und in Haft	12
Tote bei bewaffneten Auseinandersetzungen	8
Tote bei privaten Auseinandersetzungen	5
Folterfälle und Misshandlungen	142
Festnahmen	8.792
Verhaftungen	311
Festnahmen bei Kundgebungen und Demonstrationen	102
Drohungen um Spitzeldienste zu erpressen	34
Verletzungen nach Angriffen	38
Bombenanschläge	8 Fälle, 1 Verletzter
Niedergebranntes Dorf u. Vertreibung	1
Geschlossenene Verlage, Vereine etc.	40
Durchsuchte Vereine, Verlage etc.	81
Beschlagnahmte und verbotene Bücher etc.	161
Nicht genehmigte Veranstaltungen	22
Beantragte Haft- und Geldstrafen	1552 Personen/ 1825 Jahre/10 Mrd. TL
Inhaftierte wegen Meinungsfreiheit	101

(ÖP, 31.3., ISKU)

Cinar eine neu gekaufte Kassette ab. Der letzte Fahrgast lies sich zur Polizeistation fahren und veranlasste, dass Önen festgenommen wurde. Grund: Das Abspielen der Musikcassette. Der angestrengte Prozess beim Staatssicherheitsgericht Diyarbakir endete mit einem Schuldspruch wegen Separatismus. Das Urteil wurde nach dem Revisionsantrag des Verteidigers aufgehoben. Dem Verfassungsgerichtshof war das zuwenig. Die 9. Strafkammer hielt die Anklage für nicht zutreffend. Sie veranlasste eine Anklage beim DGM wegen "Unterstützung der PKK" Im neu eröffneten Verfahren wurden zwischen 4,5 und 7,5 Jahren Strafe gefordert. Am 9. April soll das Verfahren mit der Verteidigung des Anwaltes weitergehen
(YG online, 2.4., ISKU)

Die Festnahmen in Mersin gehen weiter
Die Festnahmewelle begann bei den Polizeiangriffen am Newroztag und dauert seither an. Von 234 Festgenommenen wurde bis jetzt gegen 159 Personen Haftbefehl erlassen und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Die Anmelder des Newrozfestes wurden alle festgenommen oder werden von der Polizei gesucht. Gleichzeitig wurde ein Verfahren gegen den HADEP-Kreissverband Söke / Mersin gegonnen.
Ausserdem hat die Polizei in Mersin damit begonnen die kurdischen Strassenverkäufer in der Stadt festzunehmen und aus dem Stadtzentrum zu vertreiben. *(ÖP, 30.3., ISKU)*

Sendeverbot aufgehoben
Ein türkisches Gericht hat eine Entscheidung zugunsten eines einjähriges Sendeverbots für einen kurdischen Fernsehsender aufgehoben. Das Gericht begründete dies damit, dass die vom Sender ausgestrahlten kurdischen Lieder keinen "separatistischen" Inhalt hätten.
(taz, 30.3., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
jW = junge Welt
AS = Aksam

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 49
12. April 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

PKK ruft zur massenhaften Beteiligung am 1. Mai auf

Einheit Amed-Istanbul

PKK-Präsidialratsmitglied Nizamettin Tas hat das kurdische Volk dazu aufgerufen, aus den Metropolen der Türkei Demokratiezentren zu machen. Zwischen Amed und Istanbul müsse eine Einheit hergestellt werden und die Bevölkerung in den Metropolen müssen ihre Forderungen in Aktionen lautstark zum Ausdruck bringen. Für den ersten Mai in Istanbul wünschte Tas eine Beteiligung von 500 000 KurdInnen.



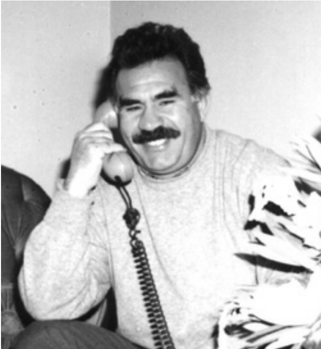
1. Mai-Demonstration 2001 in Istanbul

Nizamettin Tas nahm vorgestern abend telefonisch an der Sendung ‚Demokratische Lösung' bei Medya TV teil. In seinem Beitrag kritisierte er, dass die kurdischen Massen in den Metropolen nicht ausreichend organisiert seien. "Istanbul muss zum Zentrum der Demokratie werden. Das kurdische Volk muss die Werktätigen der Türkei am ersten Mai auf der Strasse mit einer Beteiligung von Millionen von Menschen empfangen", so Tas. Zwischen Amed, wo zu Newroz eine Million Menschen auf der Strasse waren, und Istanbul müsse eine Einheit hergestellt werden. "Mehr noch als in Diyarbakir hätte in Istanbul eine kurdische Veranstaltung stattfinden können. Es hätte beispielsweise eine Demonstration mit einer Million Menschen stattfinden können. Aber wie man sieht, sind die Volksmassen in Istanbul, obwohl sie landliebend und opferbereit sind, nicht in der Lage, in Bewegung zu treten, weil sie einfach unorganisiert sind. Die Kampagnen müssen in die Städte der Türkei getragen werden. Dafür muss man nicht auf Newroz warten. Vor uns liegt der erste Mai. Die Kurden in Istanbul können an der 1.-Mai-Demonstration mit 500 000 Personen teilnehmen, wenn sie ihre Kräfte, ihr Potential aktivieren."

An türkische Kreise gewandt forderte Tas Unterstützung für die von Kurden initiierten Kampagnen wie der für muttersprachlichen Unterricht. Demokratie gehe nicht nur die Kurden etwas an, sondern auch die Türken. Ohne die Gewährleistung einer Einheit zwischen Istanbul und Amed könne ein bleibender Frieden nicht gesichert werden, so Tas. *(ÖP, 9.4., ISKU)*

"Unsere Freiheit betreffend werden wir keine Konzessionen machen"

In einer Einschätzung zu den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei, zu der abgelaufenen Periode in der PKK und dem Bandentum sagte der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, er habe auf einer geschwisterlichen Grundlage eine geachtete Einheit angestrebt, aber er habe in puncto Freiheiten keine Zugeständnisse machen können. Der Ausweg für die Türkei liege im Frieden, sagte Öcalan. "Wir betreiben keinen Separatismus. Wir wollen die Einheit mit der Türkei, machen aber keine Zugeständnisse in Bezug auf unsere Freiheiten. Wir wollen unbedingt frei leben". Zu den Debatten der aktuellen Periode der PKK sagte Öcalan, das Problem sei nicht der Name, der lange Zeitraum sei das Problem geworden. "Freiheitspartei der Völker" sei möglich; eine Verbindung mit der Bezeichnung "Kurdistan" sei möglich. Aber der Nationalismus müsse gestoppt werden. Es müsse eine Partei gegründet werden, in der nicht nur Kurden, sondern auch Araber, Turkmenen und Assyrer ihren Platz hätten, schlug Öcalan vor.



Abdullah Öcalan

"Die Banden müssen bekämpft werden"

An vorderster Stelle stehe T. Ciller von der DYP die versuche, die von den Banden gewünschte Politik durch zusetzen. Ciller sei der Kopf der Kräfte ausserhalb der Kontrollmöglichkeiten; die DYP sei noch gefährlicher als die MHP. Ciller spiele die Schlüsselrolle. Sie hat das Thema "Todesstrafe" wieder in Bewegung gebracht.
Auch Karadayi (Generalstabchef der Türkei) sagte, dass diese Frau ist eine Agentin sei und zeigte sie an. Sie ist der Kopf der unkontrollierten Kräfte. Öcalan sagte weiter, diese Gruppe wolle die Türkei in die Hände bekommen und dem Bandenwesen weiteren Einfluss verschaffen.

Das Thema "Süden" ist wichtig

Zu der Entwicklung in Südkurdistan sagte Öcalan, das Gebiet sei zu wichtig, um es Barzani und Talabani zu überlassen. Öcalan warnte: "Wenn wir es ihnen überlassen, werden sie die Kurden ins Ünglück stürzen. Arafat hat einen kleinen Staat erhalten, aber was ist am Ende passiert. Gegen die Kurden können ebenfalls derartige Sachen geplant werden. Deshalb ist es nötig Stärke zu gewinnen; sich dort zu verankern und auszudehnen. Eine mögliche Gefahr kommt nicht nur von der Türkei; die Gefahr kann von überall kommen.
(ÖP, 6.4., ISKU)

Meldungen

Lavasani widerspricht Meldungen zu Bayik
Die Spekulationen, ob das Mitglied des Präsidialrats der PKK, Cemil Bayik, im Iran festgenommen worden sei, sind vom iranischen Botschafter in Ankara und vom Sprecher des iranischen Innenministeriums, Cibanbahs Hanji, als Lüge bezeichnet worden. Der iranische Botschafter in Ankara, M. Lavasani, sagte, die Behauptungen, Bayik sei im Iran gewesen, seien erfunden. *(ÖP, 9.4., ISKU)*

Mesut Barzani in Syrien
Nach einem Bericht der in London erscheinenden Zeitung El Zaman reiste der Vorsitzende der KDP, M. Barzani, für 5 Tage nach Syrien. Er will sich mit Staatspräsident Esad, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Haddam und dem Vorsitzenden der Baath Partei El Ehmed treffen. Anschliessend will er auf Einladung des amerikanischen Aussenministeriums nach Washington um sich über Ergebnisse der Konferenz der irakischen Opposition zu informieren. *(ÖP, 11.4., ISKU)*

Der Mörder von B. Kockar wurde freigelassen
Am 20.10.2001 wurde in Dogubeyazit bei einer Polizeiaktion B. Kockar von vermummten Polizisten erschossen, als er die Tür seiner Wohnung öffnete. Als einziger der Polizisten war ein Polizist namens Akdag deswegen in Haft. Er wurde nach dem 3. Verhandlungstag freigelassen. Die Entscheidung wurde gegen die Stimme eines Richters gefasst. Dem Bericht einer Untersuchungskommission von IHD, Mazlum Der und Anwaltskammer Van zufolge handelte es sich hier um eine gezielte Hinrichtung. *(ÖP, 8.4., ISKU)*

HADEP will über die Zukunft diskutieren
Auf einer 3-tägigen Tagung wird die HADEP die politischen Ergebnisse von Newroz und ein mögliches Verbot diskutieren. Teilnehmen sollen die Provinz- und Gemeindevorsitzenden sowie die Mitglieder des Zentralen Komitees. Die ersten beiden Tage sollen sich die Provinz- und Gemeindevorsitzenden mit M. Sakar treffen. Am 3. Tag sollen sich die Mitglieder des Zentralen Komitees treffen. Für den Fall eines Verbotes könnte die Möglichkeit eines breit gefächerten Bündnisses auf die Tagesordnung kommen.
(ÖP, 4.4., ISKU)

Industriekrise in Kurdistan

Die jahrelang andauernden Kämpfe in Kurdistan haben zu einem Rückgang der Industriebetriebe geführt Diese Entwicklung hat sich auch in den letzten 3 Jahren fortgesetzt. Die Zuständigen haben wiederholt gesagt, die Investitionen werden zunehmen. Doch mit ihrer Entscheidung die Fabriken zu privatisieren, haben sie einer weiteren Verschlechterung den Weg geebnet. Das letzte Beispiel für Privatisierung ist Van: dort ist die Landwirtschaft, Viehzucht und der Grenzhandel zusammengebrochen, viele Menschen sind geflohen. In der Ercis-Zukkerfabrik und der zur Sümerbank gehörenden Van-Leder und Schuhfabrik arbeiteten Tausende und lebten davon bis zur Privatisierung der Fabrik. Im letzten Monat wurde die Produktion gestoppt und die Fabrik geschlossen Den 277 dort arbeitenden Beschäftigten wurde in einem Schreiben der General-Direktion der zwangsweise und unbefristete Urlaub ab 18. März mitgeteilt. Aber nach einem Sitzstreik vom 18. - 25.3. konnten 136 Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Für die restlichen 141 Arbeiter bemüht sich die Gewerkschaft Deri-Is um eine Wiederbeginn der Arbeit. Nach Äusserungen des Ortsvorsitzenden der Gewerkschaft sei das das Ziel der Privatisierung. Während einer breiten Debatte über den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau in den kurdischen Provinzen würden weiterhin Fabriken geschlossen, betonte Tükyay. "Dem IWF gegebene Versprechen sollen dadurch eingelöst werden", so Tükyay. "Unter dem Deckmantel der Privatisierung sollen die am profitabelsten arbeitenden Firmen einigen Kreisen als Geschenk gegeben werden" sagte er. Zusammen mit den Arbeitern sind in der Stadt existierende politische Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Vereine gegen die Entscheidung. Die andere betroffen Fabrik ist die Zuckerfabrik. Seit der Eröffnung der Fabrik 1988 arbeiteten dort 800 Arbeiter und etwa 100 Angestellte. Das Einzugsgebiet der Fabrik reichte von Ercis (Van) und Muradiye bis nach Tatvan (Bitlis), Ahlat und Adilcavaz, von Patnos (Agri) und Yüksekova (Hakkari). Insgesamt produzierten 15.000 Landwirte für die Fabrik. Der Vorsitzende der Seker-Is-Gewerkschaft Van hat wegen der Schliessung der Fabrik politische Parteien, Abgeordnete und zivile gesellschaftliche Organisationen um Hilfe gebeten.

Ein Schwerpunkt der Einnahmen für die kurdische Wirtschaft war der Grenzübergang Habur zum Nordirak. Mit der Limitierung der Anzahl der täglichen Passagen für Lkws hat die Krise an Wirkung zugenommen. Vor allem in den Jahren 1997-1999 wurden im Durchschnitt pro Tag 1.200 Tanklaster abgefertigt, die zehntausenden Familien den Lebensunterhalt sicherten. Pro Familie ergab das ein monatliches Einkommen von ca 500 Mio. TL. Ein Knotenpunkt der "Seidenstrasse" war Kiziltepe, das dadurch eine Blütezeit erlebte. Jetzt sind etwa 11000 Lastwagenfahrer und ihre Familien zum Warten verurteilt. Das durchschnittliche Einkommen für den Kreis von etwa 400 Mrd. TL pro Tag ist weggebrochen und die Wirtschaft zusammengebrochen. Wegen der andauernden häufigen Schliessung im Jahr 2001 mussten weitere 200 Kleinunternehmer aufgeben. Die Kreditkooperative mit über 3000 Kleinunternehmen hat ca. 250 Kredite vergeben, die nicht zurückgezahlt werden können und deshalb vom Zusammenbruch bedroht ist. "Wenn der Grenzübergang Habur offen wäre, gäbe es an der Strecke Silopi - Mersin keinerlei wirtschaftliche Schwierigkeiten" sagte der Vorsitzende der Kooperative- I Tunc. Jetzt ist der tägliche Betrieb im früheren lebhaften Knotenpunkt fast auf Null gesunken. Der Generalsekretär der Handels- und Industriekammer Kiziltepe, Aslan: Der Kreis hat nach nicht amtlichen Zahlen 150.000 Bewohner. Als die Grenze offen war, kamen pro Tag bis zu 400.000 Durchreisende. Aber jetzt hat niemand Geld und Kiziltepe ist keine lebende Stadt." *(ÖP, 8.4., ISKU)*

Istanbul: Solidarität mit Palästina

Am vergangenen Mittwoch veröffentlichten etwa 30 Personen im Namen der "Halkevleri" (Volkshäuser) eine Presseerklärung. Unter starken Sicherheitsvorkehrungen wurde auf Plakaten "Imperialismusraus aus dem Mittleren Osten" gefordert und Slogans gegen Israel gerufen. Ein Gebietsvertreter der "Halkevleri" machte deutlich, dass gegen das palästinensischeVolk ein Verbrechen verübt werde, dass die Palästinenser vor aller Welt gefoltert und umgebracht würden. Die UNO und die Türkei seien zu einer militärischen Sicherheitstruppe der USA geworden. "Dieses Verbrechen ist ein Schritt des US-Imperialismus, um zuerst die Völker des Mittleren Ostens, später der ganzenWelt zu unterjochen" sagte er. Unter Parolen "Das palästinensische Volk ist nicht allein", "Wir sind alle Palästinenser" und "Mörder Bush, Mörder Sharon" verteilte sich die Gruppe. Etwa zur gleichen Zeit versammelten sich ca. 1000 Gewerkschaftler aus Türk Is, DISK und KESK-Gewerkschaften vor dem israelischen Konsulat und legten schwarze Kränze nieder. Parolen waren "Mörder Sharon raus aus Palästina", "Die zionistischen Massaker und Besetzung muss gestoppt werden", "Es lebe Palästina, es lebe die Freiheit". Die türkische Regierung müsse ihr doppeltes Spiel aufgeben und ihren Platz an der Seite Palästinas einnehmen, sagte der Istanbuler Vorsitzende der Gewerkschaft Haber-Is. "Die Türkei muss den israelischen Botschafter einbestellen und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sofort einfrieren" forderte er. In einem Brief an den Generalsekretär der UNO, K. Annan, forderten ca. 200 Menschen zusammen mit dem Vorstand des IHD und Vertretern ziviler Organisationen, die UNO solle Massnahmen gegen die Politik der USA und Israels gegenüber Palästina ergreifen. In der verlesenen Presseerklärung sagte E. Keskin, der treueste Verbündete Israels seien die USA. "Der israelische Staat vernichte Palästina unter Verletzung aller Regeln des internationalen Rechts. Israel verletzt nicht nur das Recht auf Leben, es greift alle Grundwerte des palästinensischen Volkes an"

US Delegation in Südkurdistan

In aller Stille hat im Schatten des Krieges in Palästina eine Delegation unter der Leitung des Zuständigen Crocker aus dem Aussenministerium Washingtons Südkurdistan besucht. Crocker war zuletzt im Dezember mit einer Delegation dort. Informationen über den Ablauf des Besuchs wurden nicht veröffentlicht. Nach Erklärungen der PKK hat sich die Delegation mit Barzani, mit Talabani und anderen politischen Gruppen getroffen. Nach Angaben der Barzani-Gruppe wurde über die Themen "Schutz der Bevölkerung, und weitere Hilfen für die Menschen gesprochen. Nach Angaben der KDP habe man über das Abkommen vom 17.9.98 zwischen Barzani und Talabani gesprochen. Zum Thema Irak wurden keine Angaben gemacht. Nach Auffassung politischer Beobachter ist zu vermuten, dass über den Angriff von Bodentruppen aus Südkurdistan gegen Saddam Hüssein gesprochen worden sei. Die irakischen Oppositionsgruppen wurden für den 9./10.4. zu einer Tagung des Mittelost-Institutes in Washington eingeladen. Das Institut wird auch vom dortigen Aussenministerium finanziert. *(ÖP, 4./6.4., ISKU)*

Anti-Folter-Untersuchungsgruppe des Europarats überprüft türkische Gefängnisse

Vom 21. - 27. 3. hat die Kommission verschiedene Gefängnisse aufgesucht und in Diyarbakir auch verschiedene Polizeistationen aufgesucht. In Ankara fanden Treffen mit den zuständigen Ministern statt, in Diyarbakir mit Inhaftierten, dem Vali und Vertretern der Menschenrechtsorganisationen. Ein Bericht darüber wird später veröffentlicht werden. *(ÖP, 6.4., ISKU)*

Seit einem Monat. Streik der Gemeindearbeiter

Seit einem Monat sind 164 Arbeiter der Stadt Kozluk wegen mehrerer nicht ausgezahlter Monatslöhne und 74 entlassener Kollegen im Streik. Die Arbeitslöhne sind das einzige Einkommen der Familien; deshalb ist ihre Lage prekär. Trotzdem sind die Arbeiter mit der Gewerlkschaft Belediye Is entschlossen, den Streik weiterzuführen. *(YG, 6.4., ISKU)*

Schliessung von Geschäften in Urfa

Einer Erklärung der Kammer der Kleinunternehmer und Handwerker von Urfa zufolge haben in den ersten 3 Monaten des Jahres 250 Betriebe geschlossen; tausende Menschen sind arbeitslos geworden. Es sei nicht wahr, dass ein bedeutender Teil in der Türkei die Wirtschaftskrise überstanden habe, sagte der Vorsitzende der Kammer, Akbiyiyk. Im Vergleich zum letzten Jahr habe sich die Zahl der Geschäftsschliessungen erhöht. *(ÖP, 9.4., ISKU)*

Faxaktion für Muttersprache

Die Demokratieplattform Diyarbakir und der Verein fortschrittlicher Juristen haben für eine Neufassung des Artikels 42 der Verfassung 1300 vorbereitete Faxe an das Parlament geschickt. In Batman wurden 32 Menschen festgenommen als sie versuchten, Faxe mit der gleichen Forderung an das Parlament zu schicken. *(ÖP, 3.4., ISKU)*

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 50
19. April 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kommt der Freiheitswille der KurdInnen auf die Terrorismus-Liste der EU?

Osman Öcalan nahm am 15. April 2002 im kurdischen Fernsehen MEDYA-TV zu den jüngsten Äußerungen Mesut Yilmaz, ANAP-Vorsitzender und Minister für Europaangelegenheiten, Stellung. Am Montag erklärte M. Yilmaz nach einem Gespräch mit dem Präsidenten der EU-Kommission Prodi, er habe positive Signale bezüglich der Aufnahme der PKK in die EU-Liste der terroristischen Organisationen erhalten. Im folgenden geben wir die Stellungnahme von Herrn Öcalan in gekürzter Fassung wieder:

"Die Erklärung von Mesut Yilmaz ist für unser Volk von großer Bedeutung. Nach Äusserungen von Herrn Yilmaz, überlege die EU, unsere Partei auf die Liste der terroristischen Organisationen zunehmen. Die Bemühungen der Türkei gehen nahezu ausschliesslich in diese Richtung. Vorab möchte ich folgendes anmerken: Auch wenn die PKK ihre historische Rolle vollendet und ihre Tätigkeiten einstellt, so ist sie weiterhin der Freiheitswille des kurdischen Volkes. Es wird ein grosser Fehler sein, wenn die EU die Einstellung der Tätigkeiten der PKK zum Anlaß nehmen sollte, die PKK auf die Liste der terroristischen Organisationen zu nehmen. Dies würde bedeuten, dass der Freiheitswille des kurdischen Volkes auf die Terrorliste genommen wird.
Anstatt den Forderungen der Türkei nachzukommen, sollte die EU die legitimen Freiheitsrechte des kurdischen Volkes anerkennen und nicht die bis heute gegen unser Volk angewandte Unterdrückung unterstützen. Aus diesem Grunde darf die EU diese unberechtigte Forderung der Türkei nicht zustimmen. Wenn die EU ihren demokratischen Willen deutlich machen möchte, so muss sie den Bemühungen der Türkei, die sich gegen die Freiheit unseres Volkes richten, Einhalt gebieten. Sie sollte die Türkei dazu bewegen, Schritte zur Lösung der kurdischen Frage zu unternehmen. Deshalb möchte ich erneut an dieser Stelle unterstreichen: Die PKK auf die Liste der terroristischen Organisationen zu nehmen heisst, die Forderung des kurdischen Volkes nach Freiheit auf diese Liste zu setzen. Eine solche Entscheidung wird die Türkei ermutigen, ihre Repressionen gegen das kurdische Volk weiter zu verstärken. Die EU sollte diesem gefährlichen Wunsch nicht zustimmen, denn dies würde den Weg für eine riskante Phase eröffnen. Wenn tatsächlich der Frieden entwickelt werden soll, so muss diese Forderung der Türkei abgelehnt und dem kurdischen Volk das Recht auf Freiheit anerkannt werden. Die Bemühungen der EU müssen in diese Richtung gehen. Die PKK hat auf ihrem 8. Kongress ihre historische Rolle für vollendet erklärt und ihre Tätigkeiten eingestellt. An ihrer Stelle hat der Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan, KADEK, den Freiheitskampf übernommen. Ich möchte klar zum Ausdruck bringen, dass KADEK sein Programm und seine Beschlüsse ausschliesslich im Sinne einer friedlichen Lösung festgelegt hat. Die internationale Öffentlichkeit möchte ich in diesem Sinne zur verstärkten Aufmerksamkeit aufrufen. Des weiteren rufe ich die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, den Forderung der Türkei eine klare Absage zu erteilen. An das kurdische Volk appelliere ich, dass es seinen Freiheitswillen noch stärker zum Ausdruck bringt."

(KIZ, 18.4., ISKU)

Streit in der DYP über Todesstrafe und muttersprachlichen Unterricht

Ensarioglu gegen Ciller

Der stellvertetende Vorsitzende der DYP und Abgeordnete aus Diyarbakir, S. Ensarioglu, hat in einem Bericht "Das Südost-Anatolien - Problem und Lösungsvorschläge", die Aufhebung der Todesstrafe gefordert und Position gegen Ciller bezogen. Während die Parteichefin Ciller an erster Stelle der wichtigsten Türkeiprobleme die Forderung nach "der Aufhebung der Todesstrafe" und "der Ausbildung in Kurdisch und Verlagsfreiheit" sieht, teilen die Abgeordneten des Gebietes Cillers Ansicht überhaupt nicht. Sie sind gegen die Todesstrafe. In dem Bericht heisst es: "Unser Land hat als Einziges den Zusatz der Europäische Menschenrechtsabkommen "Aufhebung der Todesstrafe" nicht unterzeichnet. Dieser Punkt muss unverzüglich gesetzlich geregelt werden". In dem Bericht wird unter anderem die Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Dorfschützersystems, Massnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen; die Ermöglichung der Rückkehr in die Dörfer, Aufhebung des Verbotes, die Almen zu nutzen, Umsetzung des Demokratisierungsprozesses und Entschädigung für Geschädigte bei Gefechten, gefordert,. Weiter heisst es: "Amtssprache ist Türkisch, aber Radio- und Fernsehsendungen in der Muttersprache bringen mehr Sicherheit und dienen der Aussöhnung. Für Kultur und Bildung des Volkes im Gebiet sollen von TRT-GAP Sendungen in Kurdisch und Zazaca ausgestrahlt werden"

(ÖP, 14.4., ISKU)

Menschenrechtsverletzungen haben sich im März verdoppelt

Die IHD-Bilanz des Monats März für die kurdischen Gebiete:
Verletzungen des Rechtes auf Leben
Getötete bei Gefechten: 1 Tote/r
Morde unbekannter Täter / ausserrechtliche Vollstreckungen: 1 Tote/r 1 Verletzte/r
Durch Minen, bei Explosionen: 4 Tote 5 Verletzte
Verletzungen der persönlichen Sicherheit
Festnahmen: 263 Personen
Folter, Mißhandlungen und Drohungen: 38 Fälle
Verhaftungen: 34 Fälle
Rechtsverletzungen im Arbeitsleben
Strafversetzung: 3 Fälle
Verletzungen gegen die Gedanken- und Ausdrucksfreiheit
Im Ausnahmezustandsgebieten verbotene Zeitungen und Hefte: 29 Fälle
Verbotene Veranstaltungen: 5 Fälle
Weiteres
Gefängnisvorfälle: 11
Selbstmorde: 16 Personen

(ÖP, 14.4., ISKU)

Meldungen

Die Aufnahmekriterien müssen beschleunigt erfüllt werden
Auf einer Versammlung des Industriellen- und Arbeitgebervereins Diyarbakir und TÜSIAD zum Thema "Massnahmen im Jahr 2002 für die Mitgliedschaft in der EU" sagte die Beauftragte des TÜSIAD für Europafragen, D. Sevinc, die politischen Kriterien wie Aufhebung der Todesstrafe, Verlagsfreiheit und Ausbildung in der Muttersprache müßten unverzüglich erfüllt werden. Sie wies daraufhin, dass die Türkei seit Jahren die Mitgliedschaft anstrebe. "Die Türkei kann nicht jahrelang die Spielregeln mißachten. Deshalb dürfen wir keine Stagnation hinnehmen. Der Aufnahmeprozess muss beschleunigt werden". Um die Beitrittsverhandlungen beginnen zu können, müssten vor allem die politischen Kriterien erfüllt werden, sagte Sevinc. Die Türkei sei verpflichtet, im Jahr 2002 die im Programm genannten Bedingungen zu erfüllen.

(ÖP, 13.4., ISKU)

Haftstrafen für Parteitagsreden
Für Redebeiträge während des 4. ordentlichen Parteitages der HADEP wurden vier Politiker mit einer jeweils zehnmonatigen Freiheitsstrafe belegt. Während dem ehemaligen HADEP-Vorsitzenden Bayar zur Last gelegt wird, "Propaganda zur Spaltung des Landes" betrieben zu haben, wurden Aydemir Güler (TKP) und Turgut Kocak (TSIP) wegen "Aufwiegelung zum Unfrieden zwischen Klassen" verurteilt. Gegen Demir wurde außerdem eine Geldstrafe in Höhe von 833,333 Millionen TL verhängt.

(Bianet, 10.4., ISKU)

Drohungen und Misshandlungen
Das Vorstandsmitglied des IHD Mersin, C. Ersan, hat bei der Oberstaatsanwaltschaft Mersin Anzeige gegen 2 Beamte der Anti-Terror-Abteilung und 5 weitere Polizisten gestellt. Am Abend des 8. April sei er auf dem Nachhauseweg von 2 Personen, die sich als Polizisten ausgaben, verschleppt worden. Sie hätten ihm gegen die Knie getreten und ihm Unterstützung der PKK vorgeworfen; ausserdem solle er über die Arbeit bei der HADEP Angaben machen und die Mitarbeit beim IHD beenden, sonst würde es ihm schlecht ergehen.
Wegen der Durchführung von Pressekonferenzen der Demo-

"Der Name meines Kindes ist Jiyan"

Als Kadir Bilgic, Vertriebener aus Bingöl, seine 1.5-jährige Tochter beim Einwohneramt Malatya auf den [kurdischen] Namen "Jiyan" anmelden wollte, was "Leben" bedeutet, wurde er zunächst zum Vali geschickt, wo er schließlich festgenommen wurde. Drei Tage lang wurde er wegen "Unterstützung der PKK" verhört. Die Polizei durchsuchte auch die Familienwohnung, wo ein Namenstest mit dem Kind durchgeführt wurde.
Kadir Bilgic hat in seinem Dorf in Bingöl grauenvolle Tage durchgemacht. Als 1993 schliesslich das Dorf zerstört wurde, zog er gezwungenermaßen nach Malatya. Seinem ersten Kind gaben sie, wie zur Wiederspiegelung der Geschehnisse den Namen "Nemir", was "nicht gestorben" bedeutet. Aber Nemirs im Ausweis eingetragener Name wurde Aziz, und der Name Nemir wurde ausschließlich zuhause benutzt. Der Vater Kadir Bilgic stellte fest, dass sein Kind zwischen beiden Namen hin und herschwankte. Deshalb wollte er, dass seine vor anderthalb Jahren geborene Tochter Jiyan ihren Namen offiziell tragen kann.
Bilgic wandte sich an das Einwohneramt und reichte die notwendigen Dokumente ein. Doch als der Name eingetragen werden sollte, traten Probleme auf. Bilgic versuchte, dem zuständigen Beamten zu erklären, dass seine Tochter den Namen Jiyan bereits seit anderthalb Jahren trägt. Aber er bekam lediglich die Antwort: "Dieser Name ist ausländisch, den können wir nicht eintragen." Daraufhin versuchte Bilgic es vergeblich bei einem anderen Beamten und verließ schließlich das Amt.
Wie vom Einwohneramt gefordert, schrieb er einen Antrag an den Vali mit dem Wortlaut: "Seit anderthalb Jahren ist der Name meines Kindes Jiyan. Ich bitte darum, dass dieser Name auch im Ausweis Gültigkeit bekommt." Aber bei der Abgabe seines Antrages wurde Kadir Bilgic festgenommen und zur Polizeidirektion in Malatya gebracht.
Aufgrund des gestellten Antrages wurde während des dreitägigen Verhörs versucht, eine Verbindung zur PKK herzustellen. Am Tag der Festnahme durchsuchte die Polizei außerdem die Wohnung der Familie Bilgic. Dabei wurde die kleine Jiyan zweimal mit ihrem Namen angesprochen, um ihre Reaktion zu testen. An ihren Namen gewöhnt, reagierte sie und somit war der Beweis perfekt. Im Verhör wurde immer wieder versucht, Bilgic zu einer Aussage zu zwingen: "Wenn du zugibst, dass du den Antrag in Entsprechung der Beschlüsse des 8. PKK-Kongresses eingereicht hast, lassen wir dich laufen. Ansonsten bleibst du hier." Bilgic wies diese Aussage zurück und erklärte immer wieder, dass der Name seiner Tochter bereits seit anderthalb Jahren Jiyan sei.
Nach dreitägigem Verhör wurde er dem DGM-Staatsanwalt vorgeführt, der seine Verhaftung aufgrund von "Organisationsunterstützung" forderte. Der zuständige Haftrichter veranlasste jedoch seine Freilassung.
Kadir Bilgic besteht weiterhin auf dem Namen Jiyan. Einen anderen Namen werde er nicht eintragen lassen. "Der Name meines Kindes ist Jiyan. Ich kann nach all dieser Zeit mein Kind nicht mit einem anderen Namen ansprechen. Wenn sie uns keinen Ausweis geben, werde ich sie auch nicht in die Schule schicken."

(YG, 13.4, ISKU)

Wir begrüssen den KADEK

Vor mehr als 23 Jahren, am 27. November 1978, wurde in Kurdistan die Arbeiterpartei Kurdistans gegründet. Abdullah Öcalan, von Beginn an Vorsitzender der Partei, und die anderen Gründungsmitglieder schufen ein Manifest für eine kurdische Bewegung, das sich deutlich von den vorhergehenden Versuchen der nationalen Befreiung Kurdistans abhob. Die neue Bewegung kritisierte sowohl die feudalen und bürgerlichen kurdischen Nationalbewegungen, als auch die traditionelle türkische Linke, die die Kurdistan-Frage überwiegend als nebensächlich abgetan hatte. In den Bergen Kurdistans begannen die "Apocular" - die Anhänger Apos - mit dem Aufbau einer Partei und bald auch einer Guerilla-Armee, die die kurdische Frage auf die Tagesordnung der Welt setzten sollten. Der beharrliche Kampf der PKK - die spätestens seit Mitte der 80er Jahre zu einer politisch und auch militärisch gewichtigen Kraft wurde - gab dem kurdischen Volk die Stärke und das Selbstbewußtsein, um sich aus seinem von Unterdrückung und Verleugnung geprägten Leben zu befreien.

Am Abend des 16.4. begrüßten Jugendliche in Batman, Wan und Istanbul die Gründung des KADEK mit Fackelmärschen

Der konsequente und opferreiche Kampf vor allem gegen den türkischen Kolonialismus, aber auch die sozialistische Ideologie und die grossen Schritte zur Befreiung der Frauen in der kurdischen Gesellschaft schufen eine Anziehungskraft und Stärke, die die PKK zu einer Volksbewegung und schließlich zur einzig relevanten Vertreterin der KurdInnen in allen vier Landesteilen und im Exil machten.
Seit dem 4. April 2002 gibt es die PKK nicht mehr. In der Abschlusserklärung des letzten Parteikongresses, der gleichzeitig zum Gründungskongress des "Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan" (KADEK) wurde, heisst es, dass die PKK ihre historische Mission erfüllt habe. Damit ist nicht das ursprünglich formulierte Ziel, ein unabhängiger und vereinter kurdischer Staat gemeint. In der heutigen Zeit ist die Schaffung eines neuen Nationalstaates, die Schaffung immer neuer Grenzen zwischen den Völkern, keine zukunftsträchtige Perspektive mehr. Die Zeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Weltordnung ist geprägt vom Zerfall vieler Länder in immer kleinere Staatengebilde, die kaum selbständig lebensfähig und so den imperialistischen Mächten ausgeliefert sind. Auf der anderen Seite schafft die Globalisierung, wenn auch noch unter den falschen Vorzeichen, die Voraussetzung für das Zusammenwachsen der Völker.
In dieser neuen Welt stehen diejenigen, die für ihre eigene Befreiung und für die Freiheit aller Menschen eintreten, vor neuen Aufgaben. Das kurdische Volk hat unter der Führung der PKK mit dem Aufbau von politischen und militärischen Institutionen seine Vernichtung und mit der Schaffung eines nationalen Selbstbewußtseins seine Assimilation und Verleugnung verhindert. Nun macht es sich auf den langen Weg, gemeinsam mit seinen Nachbarn Freiheit und Demokratie zu entwickeln.
Die "demokratische Einheit des Mittleren Ostens", von der in der KADEK-Gründungserklärung die Rede ist, scheint heute so weit entfernt wie 1978 die Vorstellung, dass es in der Türkei kurdische Zeitungen und Radiosender geben kann und kurdischsprachiger Unterricht auf der Tagesordnung steht. Die Erfahrungen, die seitdem gesammelt wurden, geben allen Grund, optimistisch zu sein. *(ISKU)*

Zeitgleich mit dieser Nuce erscheint eine Sonderausgabe zur Gründung der KADEK. Die Gründungserklärng ist auch auf unserer Webseite zu finden.

kratieplattform wurden gegen den Sekretär der Architekten- und Ingenieurskammer von Van, S. Akdenimir, Untersuchungsverfahren eröffnet. Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, C. Altindag, wurde aus demselben Grund nach Catak strafversetzt.

(ÖP, 13.4., ISKU)

55 609 Gefangene

In den Gefängnissen der Türkei befinden sich 55 609 Straf- und Untersuchungsgefangene.
Dies geht aus einer Antwort des Justizministers Hikmet Sami Türk auf eine Anfrage des AK-Abgeordneten aus Karaman, Zeki Ünal, hervor.
Die Zahlen beziehen sich auf den Stand vom Dezember 2001. Demnach gibt es 27 541 Strafgefangene, 24 173 Untersuchungsgefangene und 3895 "verurteilte Untersuchungsgefangene", deren Urteile noch nicht bestätigt sind.

(YG Online, 14.4., ISKU)

Flüchtlinge zurückgewiesen

Die griechische und die türkische Küstenwache haben am 11. April in der Ostägäis ein türkisches Schiff mit 84 illegalen Einwanderern an Bord zum Umdrehen gezwungen. Ein griechischer Schleuser wurde festgesetzt. Auf dem Festland stoppten die Türken einen Lkw, der 82 Flüchtlinge an Bord hatte. *(FR, 12.4., ISKU)*

Kutter mit illegalen Einwanderern in der Ägäis untergegangen

Ein türkischer Kutter mit schätzungsweise 65 illegalen Einwanderern an Bord ist in stürmischer See in der Ägäis untergegangen. Nach inoffiziellen Informationen wurden zunächst 28 Überlebende aus dem Meer geborgen, berichtete der griechische Rundfunk. Die restlichen Menschen werden vermisst. Die geretteten illegalen Zuwanderer seien überwiegend kurdischer Abstammung.

(DK, 18.4., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
FR = Frankfurter Rundschau
DK = Donau Kurier

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

SONDERAUSGABE 2
19. April 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abschlusserklärung des 8. Kongresses der PKK

Die Phase einer neuen historischen Entwicklung

Auf einer Pressekonferenz am 16. April 2002 in Brüssel informierten die Europasprecher des Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK), Riza Erdogan und Adem Uzun über die Beschlüsse des 8. Parteikongresses der PKK sowie über die Gründung der KADEK. Aus diesem aktuellen Anlass dokumentieren wir in einer Sonderausgabe eine gekürzte und überarbeitete Fassung der Abschlusserklärung des 8. Kongresses der PKK, des Vorstands des Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans vom 15. April 2002. Die vollständige Erklärung ist auf unserer Internetseite einzusehen.

Vom 4. - 10. April 2002 führte unsere Partei ihren VIII. Kongress durch. Dieser konnte nach langer Vorbereitung unter Beteiligung von 285 Delegierten mit Erfolg abgeschlossen werden. Die Delegierten setzten sich aus allen Teilen Kurdistans kommenden Volksvertretern zusammen. Unter dem Eindruck einer Phase, die stark vom Kampf und rasanten Veränderungen geprägt ist, wurden eine Vielzahl von historischen Beschlüssen gefaßt. Diese legen eine Linie fest, mit der den zukünftigen Entwicklungen des kurdischen Volkes und des gesamten Mittleren Ostens entsprochen werden soll.

Zu Beginn wurden die Thesen behandelt, die unser Vorsitzender Abdullah Öcalan zur Bewertung durch unseren Kongress eingereicht hatte, welche einen wegweisenden Charakter für die Menschheit im neuen Jahrhundert besitzen. So erklärte unser Vorsitzender die Eingabe, die er an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGMR) richtete, gleichzeitig zum Rechenschaftsbericht für den VIII. Kongress unserer Partei. Dieser wurde seitens unseres Kongress zum Manifest einer demokratischen Zivilisation erklärt. Demnach kommt in diesem ein gedankliches Niveau zum Tragen, was als eines der systematischsten und umfassendsten der Menschheitsgeschichte bezeichnet werden kann. Unser Kongress begreift es als seine Hauptaufgabe, die im Manifest zum Tragen kommende Lebensphilosophie, die Moral sowie die politische Linie der Bewegung und dem Volk näherzubringen. Außerdem soll dies an die sozialistische und demokratische Öffentlichkeit vermittelt werden. Auf dieser Grundlage bewertete unser Kongress die politischen Entwicklungen und den Kampf im Mittleren Osten aus den verschiedensten Perspektiven. Er wies auf die Phase des Wandels hin, die nach dem Zerfall der Sowjetunion begann und nach den Ereignissen vom 11. September 2002 einen globalen Charakter angenommen hat. Diese Phase wurde als Ausdruck für die Veränderung des westlichen Systems gewertet, daß nur unzureichend die vorhandenen Probleme gemäß den Kriterien einer demokratischen Zivilisation zu lösen vermag. Dabei wurde unterstrichen, dass am Ende dieses Kampfes - unabhängig von seiner Dauer und seinen Methoden - ein neues internationales System entstehen wird, das auf Frieden und Demokratie basieren wird. Das aktive Engagement der Völker und der demokratischen Kräfte, sowie deren verstärkte Organisierung im demokratischen Kampf wurden als notwendig erachtet. Dabei wird der Rolle der Frauen und der Jugend eine große Bedeutung beigemessen.


Pressekonferenz mit Riza Erdogan und Adem Uzun, Europasprecher der KADEK

Auch der umfassende Kampf im Mittleren Osten und die maßlose Gewaltanwendung im Palästina-Israel-Konflikt, waren Gegenstand der Diskussion. So wurden seine historischen und gegenwärtigen Wurzeln eingehend untersucht und Ansätze für eine Lösung entwickelt. Nationalismus und religiöser Dogmatismus sind heute als anachronistisch zu betrachten. Dogmatisches und utopistisches Vorgehen - unanhängig davon, aus welcher Ideologie es sich speist - vertieft die Probleme und produziert weitere Gewalt. Deshalb können die Probleme in der Region nur durch eine mentale Revolution mittels Aufklärung, die sich an der demokratischen Zivilisation und der Einheit orientiert, gelöst werden.

Vor diesem Hintergrund ruft unser Kongress alle betreffenden internationalen und regionalen Kräfte zu einem konstruktiveren und lösungsorientierten Handeln auf.

Es wurden die Aktivitäten zur Umsetzung der Beschlüsse des VII. außerordentlichen Kongresses einer Bewertung unterzogen. Demnach wurde auf der Grundlage des Rechenschaftsberichtes des Parteirates, die zurückliegende zweijährige Praxis, die dabei entstandenen Schwierigkeiten und vorhandenen Mängel im Umstrukturierungsprozess untersucht. Dieser Prozess wurde 1993 eingeleitet und setzte sich mit dem Waffenstillstand vom 1. September 1998 endgültig durch. Nach dem VII. Kongress wurde dieser systematisch durchgeführt. Dabei kam man zum Schluß, dass dieser Prozess ideologisch und organisatorisch abgeschlossen ist. Demnach konnte eine umfassende ideologische und politische Erneuerung erreicht werden. Mit der Entwicklung einer neuen Strategie ist ein Kader- und Organisationsbau geschaffen worden, der für eine Erneuerung und Neustrukturierung offen ist.

Auf der Grundlage des "Dokumentes für den Wandel der apoistischen Bewegung" wurde die historische Bedeutung dieser Entwicklung noch detailierter diskutiert. Der Name der PKK stand für das nationale Erwachen und Widerstand der apoistischen Bewegung. Dementsprechend ist er ein Symbol für das kurdische Nationalbewußtsein und für die kurdische Identität. Es wurden auf die großen beständigen Werte hingewiesen, die durch vierundzwanzig Jahre heldenhaften Kampf geschaffen wurden, und deshalb ein Ausdruck des nationalen Widerstandes des kurdischen Volkes sind. Gleichzeitig wurden auch die Fehler und Mängel, die während dieser Zeit auftraten, genau untersucht. Es wurde festgestellt, dass die PKK mit ihren Errungenschaften und Fehlern ihre historische Mission erfüllt hat. Durch das erwachte kurdische Nationalbewußtsein hat sie unwiderruflich ihren Platz in der Weltgeschichte eingenommen hat. Aufgrund weitreichender Entwicklungen und Veränderungen der apoistischen Bewegung ist die Form der PKK überwunden worden. Deshalb wurde beschlossen, mit dem 4. April alle Aktivitäten im Namen der PKK einzustellen.

Im Anschluß dieses Beschlusses ging der Kongress zum Entwurf eines neuen Programmes und einer neuen Satzung über. In diesem Zusammenhang wurde ein neues Organisierungskonzept beschlossen, das auf der neuen Demokratie- und Friedenslinie basiert. Somit wandelte sich der VIII. Parteikongress zum Gründungskongress einer neuen Organisation, bei der eine neue Organisierungsform gemäß der neuen Strategie der apoistischen Bewegung beschlossen wurde. Konkret wurde die Gründung von Organisationen für alle Teile Kurdistans beschlossen. Die ideologische Linie und das politische Programm dieser Organisationen werden sich an einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage orientieren. Dabei sollen Formen gefunden werden, die die spezifischen Bedingungen in den jeweiligen Ländern beachten. Es wurde für angemessen erachtet, eine Koordinationsorganisation zu gründen, die in dieser Phase über die Umsetzung der neuen Strategie wachen soll. Diese Organisation wird zukünftig den Namen KADEK (Kongreya Azadi u Demokrasiya Kurdistan - Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans) führen.

Der VIII. Krongreß wurde mit der Wahl eines neuen Vorstandes und der Wahl des Genossen Abdullah Öcalan zum Generalvorsitzenden beendet.

Als legitimer und einziger Nachfolger der PKK, vertritt der KADEK die Position, dass die Zukunft der demokratischen Zivilisation gehört. Demnach bedarf die Menschheit eines demokratischen Wandels im Zuge der wissenschaftlichen und technischen Revolution, der sich auf sämtliche Bereiche des Sozialwesens, der Kultur, der Ideologie und Politik erstreckt.

Erklärtes Ziel des KADEK ist die Einheit des kurdischen Volkes mit den Nachbarvölkern auf freiwilliger Basis. Auf diese Weise soll der Grundstein für den Übergang in die Ära der demokratischen Zivilisation gelegt werden. Deshalb strebt er eine Einheit aller freiheitsliebenden und demokratischen Kräfte der kurdischen Gesellschaft an. Er beabsichtigt auf der Basis eines freiwilligen Zusammenlebens des kurdischen Volkes mit den Völkern des Mittleren Ostens die demokratische Einheit des Mittleren Ostens zu entwickeln. Auf diese Weise soll ein internationales System aufgebaut werden, welches auf demokratischen, friedlichen, gerechten und freiheitlichen Prinzipien beruht.

Der KADEK strebt eine Lösung der kurdischen Frage an ohne die gültigen Grenzen in Frage zu stellen. So vertritt er die Ansicht, dass das System des 20. Jahrhunderts, welches sich auf Nationa-

lismus stützt und auf der Basis der Teilung und Zersplitterung entstanden ist, keine Lösung für die bestehenden Probleme bieten kann. Vielmehr ist es die Quelle dieser Probleme. Vor diesem Hintergrund lehnt er ein System, das die Verleugnung und Vernichtung von Völkern vorsieht, ab. Mit dem Kampf der Völker in dieser Region, insbesondere dem des kurdischen Volkes, wurde dieses System durchbrochen. Deshalb wird es im neuen Jahrhundert nicht möglich sein, das vorhandene System weiterhin aufrecht zu erhalten. Ein neues, auf Lösung der Probleme orientiertes System muss geschaffen werden. Daher ruft der KADEK die für das alte System verantwortlichen internationalen Kräfte, die USA, die EU und Rußland dazu auf, eine neue Politik für Kurdistan und den Mittleren Osten zu entwickeln, die eine demokratische Lösung ermöglicht.

Der KADEK vertritt die Ansicht, dass alle Probleme des Mittleren Ostens, insbesondere der arabisch-israelische Konflikt und die kurdische Frage, nur auf der Grundlage eines demokratischen Wandels gelöst werden kann. Daher ist eine mentale Revolution, eine demokratische Aufklärung und Renaissance notwendig, um alle Formen des Dogmatismus und der irrealen Utopien zu überwinden. Es ist zwingend notwendig, auf dieser Grundlage jegliche Art von Rückständigkeit zu überwinden und einen umfassenden Prozess des Wandels und der Konsolidierung in Gang zu setzen. So macht sich der KADEK die Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften des Mittleren Ostens zur Grundlage, um für einen neuen Mittleren Osten zu arbeiten.

In der gegenwärtigen Situation ist die kurdische Frage für alle betroffenen Staaten und Gesellschaften, insbesondere für die Türkei, Hauptgrund für deren Rückständigkeit. Solange dieses Problem besteht, wird sich an dieser Situation nichts ändern. Nur auf diese Weise können sie einen demokratischen und freiheitlichen Charakter annehmen, ihre Rückständigkeit überwinden und sich weiter entwickeln. Der KADEK strebt eine Demokratisierung der jeweiligen Staaten an, ohne die existierenden Staaten zu zerstören. In diesem Rahmen ruft der KADEK alle betroffenen Staaten dazu auf, insbesondere die Türkische Republik, ihre anachronistische Verleugnungs- und Vernichtungspolitik aufzugeben. Er fordert dazu auf, die Rechte des kurdischen Volkes, die von internationalen Rechtsnormen gedeckt sind, anzuerkennen. Die vollständige Abschaffung der Todesstrafe, das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und eine freie Betätigung der Medien in der kurdischen Sprache, das Recht auf freie politische Betätigung im demokratischen Rahmen und die Möglichkeit, sich an der Machtausübung beteiligen zu können, wird den Weg für eine rechtlich-demokratische Lösung ebnen. Lösungen die auf dieser Grundlage erreicht werden, sind die Unterstützung des kurdischen Volkes sicher.

Der KADEK unterstützt alle Parteien und Organisationen die eine demokratische Lösung befürworten in ihrem Streben Regierungsverantwortung zu übernehmen. Der KADEK ist der Überzeugung, dass dies der einzig richtige Weg für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und für die demokratische und freiheitliche Entwicklung der Gesellschaften ist. So fordert er das kurdische Volk in allen Teilen Kurdistans dazu auf, mit der Bevölkerung der jeweiligen Länder eine starke Einheit zu bilden, wenn die freie Artikulation seiner Identität gegeben ist. Der KADEK ruft insbesondere alle demokratischen, sozialistischen, sozialdemokratischen Kräfte und die Zivilgesellschaft in der Türkei dazu auf, eine breite Einheit für die Entwicklung einer freien demokratischen Gesellschaft zu bilden. Gleichzeitig richtet er diesen Aufruf an alle demokratischen Kräfte in den anderen betroffenen Ländern. Er appelliert an diese Kräfte, gemeinsam mit dem kurdischen Volk an der Lösung der kurdischen Frage zusammenzuarbeiten.

Der KADEK begreift die Lösung der kurdischen Frage und die demokratische freiheitliche Entwicklung der kurdischen Gesellschaft, als Aufgabe des Volkes in den jeweiligen Teilen Kurdistans. Jedoch sieht er eine demokratische und solidarische Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Teilen Kurdistans vor. Die Artikulation der nationalen Einheit, sieht er auf höchster Ebene im Nationalkongress Kurdistans (KNK) gewährleistet. Deshalb wird er sich aktiv im KNK beteiligen und erklärt sich bereit, diesen weiter zu stärken und zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund erlässt der KADEK eine Amnestie für alle Vergehen in den vergangenen Jahren des Kampfes, die sich gegen die nationale Einheit richteten. Voraussetzung hierfür ist die Überwindung der Haltungen, die diesen Vergehen zu Grunde lagen.

Als organisatorische Struktur nimmt sich der KADEK die demokratischen Arbeitsprinzipien zur Grundlage. Daher erachtet er es für richtig, wenn sich Personen und Organisationen anschließen, die mit der Linie der demokratischen Zivilisation verbunden sind. Deshalb ruft der KADEK diejenigen auf, die sich in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen von der Bewegung entfernt haben, sich dem Prozess des Neuaufbaus anzuschließen. Er ruft die Dorfschützer und andere Kräfte auf, von der Möglichkeit der beschlossenen Amnestie Gebrauch zu machen und von ihrer Gegnerschaft Abstand zu nehmen.

Der KADEK verurteilt jede Form des Terrorismus, da er die freiheitliche demokratische Entwicklung von Individuen und Völkern schädigt. Er befindet es für richtig, im Zuge einer demokratischen Lösung jegliche Art von militärischer Auseinandersetzung zu beenden, eine Atmosphäre des Friedens und der Geschwisterlichkeit zu schaffen, und die Guerilla auf dieser Grundlage zu strukturieren. Um den Erfolg einer solchen Lösung zu gewährleisten, erachtet er den Ausbau der legitimen Selbstverteidigung für notwendig.

Der KADEK sieht den friedlichen Volksaufstand als Methode zur Lösung von politischen und gesellschaftlichen Probleme vor. Diese erkennt er als die einzige Aktionsform an, die einen demokratischen Wandel des Staates und der Bevölkerung als auch eine freie Entfaltung des Volkes und des Individuums herbeiführen kann. Daher ruft er alle Schichten des Volkes - insbesondere die Frauen und die Jugend - dazu auf, für den Sieg der gesellschaftlichen Demokratie eine breite Organisierung zu entwickeln und in allen Bereichen die demokratischen politischen Volksaufstände, als treibende Kraft für eine Lösung der Probleme zu forcieren.

Die demokratische Zivilisation wird eine Ära sein, in der sich vor allem die Freiheit der Frau entwickeln wird. Es ist offensichtlich, dass die demokratische Umwandlung zur Befreiung der Gesellschaft, gleichzeitig eine Revolution für die Freiheit der Frau sein wird. Zum ersten Male entwickelte sich in diesem Jahrhundert der Befreiungskampf der Frau parallel zu dem der Völker. Es ist die Kraft des Befreiungskampfes der Frau, der die Völker zum Subjekt der Geschichte macht und im eigentlichen Sinne Frieden, Demokratie und Freiheit entwickelt. Vor diesem Hintergrund begreift der KADEK die Linie einer demokratischen Zivilisation als die Befreiungslinie der Frau. Deshalb befindet er es für richtig, daß diese Linie mit der Organisierung der Freien Frauenpartei (PJA) entwickelt wird. So setzt sich der KADEK zum Ziel, die interne freie und gleichberechtigte Beteiligung der Frau weiter zu entwickeln und die momentane Beteiligung zu zwei Fünfteln an Basis und Führung noch weiter auszubauen. Der KADEK ruft alle kurdischen Frauen dazu auf, sich weiterzubilden und ihr Bewußtsein zu erweitern. Desweiteren ruft er die kurdischen Frauen dazu auf, sich dem Freiheitskampf und der PJA anzuschließen, sich in allen Bereichen unseres Demokratie- und Freiheitskampfes sowie an den Serhildans aktiv und führend zu beteiligen. Im weiteren ruft er zum Zusammenschluss mit allen demokratischen Frauenbewegungen auf - insbesondere denen der türkischen, persischen und arabischen Frauen - um so die demokratische Lösung der kurdischen Frage voranzutreiben und den Frieden, die Demokratie und Freiheit weltweit zu fördern.



Neben den Frauen stellt die Jugend eine weitere treibende Kraft dar. Die kurdische Jugend hat es verstanden, unter schwersten Bedingungen die kurdische Nation zu erwecken. Sie entwikkelte mit großem Mut und Opferbereitschaft den nationalen Widerstand gegen alle Formen von reaktionären Angriffen, die ihre Ursache im internationalen System haben. Auch heute besitzt sie die Kraft, die Rolle des Hauptakteurs im Freiheitskampf zu übernehmen. Der KADEK glaubt fest an die Kraft der Jugend. Er begreift sich wie in seinen Anfängen als eine Jugendbewegung. Deshalb ruft er die gesamte Jugend dazu auf, für die neue Führungslinie einzutreten, die Führung in den politischen Serhildans zu übernehmen, das Volk zu organisieren und den Kampf stets weiterzuentwickeln.

Der VIII. PKK Parteikongreß ebnete am 4. April den Weg zur Gründung des KADEK. Er besitzt die Kraft - die er von seinem Vorsitzenden, den Märtyrern und von seinem Volk erhält - auf der Grundlage der Erfahrungen und Errungenschaften eines dreißigjährigen Kampfes, die Aufgaben und Anforderungen zu erfüllen. Das Ziel ist definiert, der Weg ist aufgezeigt, die ersten Schritte wurden mit den Newrozserhildans 2002 und der Gründung der KADEK unternommen. Der Rest wird von der Innovationskraft, dem Mut und der Selbstlosigkeit unserer Genossinnen und Genossen, von der unvergleichbaren Kraft und Beteiligung unseres Volkes abhängen. Unsere Bewegung und unser Volk wird die demokratische Lösung der kurdischen Frage auf der Basis des demokratischen Wandels mit Erfolg realisieren.

Vorstand des Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan
14. April 2002

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 51
26. April 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Für eine demokratische und freie Einheit der Völker des Mittleren Ostens

Öcalan begrüsst KADEK-Gründung

In einer Bewertung der aktuellen Entwicklungen hat der KADEK-Generalvorsitzende Abdullah Öcalan die Gründung des "Freiheit- und Demokratiekongresses Kurdistan" begrüßt: "Ich wünsche dem KADEK Erfolg. Ich konnte den Kongress in den Medien nicht wirklich verfolgen, aber ich stimme seinem Kern zu und begrüße die Gründung. KADEK muss zu einer Organisationsform werden, die die demokratische und freie Einheit der Völker des Mittleren Ostens zur Grundlage nimmt."

Abdullah Öcalan Foto: Yedinci Gündem

Öcalan verwies desweiteren auf die aktuelle Diskussion um die Aufnahme der PKK auf die europäische Liste terroristischer Organisationen: "In der Praxis haben sich Europa und USA uns gegenüber ohnehin dementsprechend verhalten. Sie haben den 5. Artikel der NATO gegen uns verwendet, ohne dies offen auszusprechen. Seit 1985 war ihr Vorgehen darauf ausgerichtet."

Weiter erklärte Öcalan, innerhalb der PKK habe es Tendenzen zur Bandenbildung gegeben, für deren Aufklärung große Anstrengungen vollbracht worden seien. Eine bandenähnliche Politik habe niemals die Zustimmung der PKK gefunden. Europa habe jedoch schützend seine Flügel über diese Banden gebreitet und ihnen somit ein bequemes Leben gesichert. Die eigentlichen Urheber der terroristischen Aktionen, die der PKK angelastet worden seien, seien eben diese Banden gewesen, die sich nach Europa geflüchtet hätten. Es sei Aufgabe der kurdischen Intellektuellen, diese Tatsachen ans Licht zu bringen. "Im In- und Ausland wurde der größte Terror gegen die Kurden angewandt. Kräfte aus Europa und den USA verfolgen immer noch die Taktik des Komplotts. Dass sie uns immer noch als terroristisch bezeichnen, hat genau diese Bedeutung. Als Kurde muss sich jeder selbst die Frage stellen, was wir tun können. Sie steigen in die Schiffe und flüchten nach Italien. Was aber kann mit Flucht gelöst werden? Ihr flüchtet, ganz als ob es auf der Welt für euch Platz gebe. Alles was wir wollen, ist universell gültiges Recht."

Ein weiteres Mal brachte Öcalan zum Ausdruck, keinen Separatismus zu verfolgen: "Ich trete für eine unabhängige, demokratische Türkei ein. Den Intellektuellen und Politikern der Türkei möchte ich folgendes sagen: Versteht mich richtig, das ist es, was wichtig für mich ist. Es geht nicht darum, ob ich aufgehängt werde oder nicht. Nähert euch mir nicht auf die klassische Weise an, wenn ihr saubere Politik machen wollt, müsst ihr mich richtig verstehen. Es waren junge Türken, die uns auf die Beine gebracht haben damals, Mahir, Deniz." Nationalismus sei niemals ihre Ideologie gewesen, so Öcalan, der außerdem erklärte, er sei für ein Zusammenleben aller Völker innerhalb eines einzigen Weltstaates. *(YG, 18.4., ISKU)*

Bericht des Anti-Folter-Komitees veröffentlicht

Europarat fordert Ende der Isolationshaft

Ein Ende der Isolationshaft des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan hat der Europarat gefordert. Er sei seit mehr als drei Jahren einziger Häftling auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali, hiess es in einem Bericht des Anti-Folter-Komitees.

Urteil im Laufe des Jahres

Isolationshaft könne unter bestimmten Umständen als «unmenschliche Behandlung» gewertet werden. Ihre Dauer müsse daher begrenzt werden. Die Türkei solle dafür sorgen, dass Öcalan Haftbedingungen erhält, die ihm Aktivitäten und Kontakt zu anderen ermöglichen, heisst es in dem am Mittwoch erschienen Bericht. Der ehemalige Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), der jetzt zum Generalvorsitzenden des KADEK gewählt wurde, wurde wegen "Separatismus" in der Türkei zum Tode verurteilt. Dagegen hat er Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingelegt. Mit einem Urteil wird im Laufe des Jahres gerechnet.

Anti-Folter-Bericht

Nach dem jüngsten Bericht des Anti-Folter-Komitees des Europarates (CPT) werden in der Türkei weiterhin Gefangene auf Polizeiwachen gefoltert. In dem am Mittwoch in Strassburg veröffentlichten Bericht werfen die Menschenrechtsexperten der Türkei schwerwiegende Misshandlungen von Inhaftierten vor allem in den Regionen Sanliurfa und Van im Südosten und Osten des Landes vor. «Graduelle Verbesserungen» habe es lediglich auf den Polizeiwachen in Istanbul gegeben. Eine Gruppe von 16 Medizinern, Juristen, Polizei-, Gefängnis- und Menschenrechtsexperten hatte Anfang September vergangenen Jahres zwei Wochen lang Gefängnisse und Polizeikommissariate in 14 türkischen Städten besucht, darunter in Ankara, Edirne und Istanbul.

Schlafentzug und stundenlanges Stillstehen

Gefangene im Istanbuler Kommissariat der Anti-Terroreinheit der Polizei beklagten sich dem Bericht zufolge über Schlafentzug und stundenlanges Stillstehen. Zwei Inhaftierte in der Drogenabteilung gaben an, sie seien mit Handschellen an Heizungsrohre über ihrem Kopf gefesselt worden. Polizisten hätten sie nackt über den Boden gezerrt und mit einem Stock auf Beine und Rumpf geschlagen. *(AZ, 25.4., ISKU)*

Meldungen

Verhaftung eines "Yedinci Gündem"- Mitarbeiters

Beim Besuch einer Veranstaltung der HADEP-Jugend in Mersin wurde der Journalist Azad Adiyaman mit der Begründung, er habe an Newroz an einer unerlaubten Demonstration teilgenommen, festgenommen. Trotz des Hinweises seines Anwalts, Adiyaman habe sich dort als Reporter aufgehalten, wurde eine Freilassung bis zum Prozess vom Staatssicherheitsgericht abgelehnt. Zur Begründung wurden "Rufen von PKK-Parolen", "Teilnahme an unerlaubter Demonstration", "Beschädigung öffentlichen Eigentums" und "Widerstand gegen die Sicherheitskräfte" angegeben. Der Direktor der Terrorismusbekämpfung in Mersin hatte zu der Verhaftung beigetragen. Gegenüber dem Gericht stellte er den Journalisten als Rädelsführer hin. *(ÖP, 24.4., ISKU)*

Attest-Verbot für Universitätskliniken

Auch wenn die Anklagen gegen Folterer nur in wenigen Fällen Erfolg hatten, ist das interessierten Kreisen anscheinend noch zuviel. Der Rektor der Universität Istanbul hat jetzt in einem Erlass die medizinischen Fakultät angewiesen, keine Atteste mehr zu schreiben. Für die Folteropfer und deren Anwälte bedeutet das, dass in Zukunft keine Klagen mehr beim EuMGH möglich wären, da dafür Atteste von unparteiischen und unabhängigen Ärzte notwendig sind. Auch innerhalb der Türkei wäre es für die Anwälte nicht mehr möglich, mit Aussicht auf Erfolg eine Klage eines Folteropfers einzureichen. Gegen den Beschluss des Rektors ist beim Verwaltungsgericht Istanbul Klage eingereicht worden. *(YG, 20.4., ISKU)*

2. Kultur- und Kunstfestival in Diyarbakir

Nach einem durchschlagenden guten Erfolg im letzten Jahr wird am 25. Mai das 2. Festival beginnen. Ein umfangreiches Angebot an Kultur und Kunst sowohl örtlicher als auch internationaler Teilnehmer wird geboten; angefangen von Musik und Theater über Literatur bis hin zu Sprachen und Foto. Für Besucher wird es aber auch die Möglichkeit geben über organisierte Besichtigungen, Geschichte und Natur der Stadt und der Umgebung kennenzu-

EU: 5 Monate Frist für die Türkei

Die Türkei sieht die letztes Jahr im Parlament durchgeführten Verfassungsänderungen als "Reform " an. Daraufhin forderte sie von der EU einen Termin für die Aufnahmeverhandlungen, erhielt aber von der EU eine negative Antwort. Um dem Wunsch der Türkei zu entsprechen wurde verlangt, bis September die Todesstrafe sowie die Hindernisse für Sendungen in kurdischer Sprache sowie Kurdisch zu lernen abzuschaffen und den Ausnahmezustand aufzuheben.
Beim 41. Treffen der Türkei und der EU zum Thema Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU, sah sich die Türkei mit dieser Realität konfrontiert. Die EU setzte eine Frist von 5 Monaten bis zur Entscheidung über den Antrag der Türkei. Die Grundlage für die Entscheidung bildete ein "Entwicklungsbericht" für das Jahr 2002, mit dessen Erstellung im September begonnen wird. Die EU erwartet eine Umsetzung der "politischen Kriterien" bis September des Jahres. In der Erklärung an die Türkei wird ein Verbot der HADEP abgelehnt. Ein Verbot werde nicht hingenommen und gefährde den Erfolg, auch bei Einhaltung der übrigen Kriterien. Die Todesstrafe müsse vollständig abgeschafft werden, unter Einbeziehung von Terrorismus-Straftaten. Die Türkei müsse das 6. Protokoll des Europäischen Menschenrechtsabkommen unterzeichnen; die Situation in den Gefängnissen müsse verbessert werden.
Zusatz:
Ein Gesetzentwurf, der im Kriegsfall oder drohenden Kriegsfall sowie bei Terror-Straftaten die Todesstrafe möglich lässt, ist von der Justizkommission des Türkischen Parlaments unverändert verabschiedet worden. *(ÖP, 19.4., ISKU)*

Türkische Parteien kommen in Bewegung

Yilmaz gegen eine Hinrichtung Öcalans
Im Rahmen einer geplanten Ansprache bei der Grundsteinlegung eines neuen Zollgebäudes an der Grenzstation Gürbulak /Dogubeyazit/Agri war der stellvertrentende Ministerpräsident der Türkei, Mesut Yilmaz (ANAP) mit Sprechchören "Nein zur Todesstrafe" und "Ich will Ausbildung in der Muttersprache" konfrontiert. Die Polizei hatte bei den Zuhörern vorher Transparente und HADEP-Fahnen beschlagnahmt. Beim Rükkflug von Agri sprach sich Yilmaz gegenüber den Journalisten für eine vollständige und sofortige Abschaffung der Todesstrafe aus; in der Regierung würden die Bemühungen für eine Lösung andauern. Er sei gegen die Hinrichtung Öcalans.
Auch Ministerpräsident Ecevit antwortete auf die Fragen von Journalisten, er sei bereits seit 1970 gegen die Todesstrafe. Gemeinsame Bemühungen in dieser Sache würden weitergehen.

"Der Staat soll sich beim Volk entschuldigen"
Der ehemalige CHP-Abgeordnete M. Ilcin (Hakkari) schickte nach eigenen Aussagen in einem Radiointerview einen 7-seitigen kritischen Bericht über die Situation in den kurdischen Provinzen an Regierungschef Ecevit und Staatspräsident Sezer. In dem Bericht kritisiert er demnach die schwierigen Lebensbedingungen von Hunderttausenden Menschen und fordert den Staat und die Regierung zum Eingreifen auf. Seine Äusserungen machte er in einer Live-Sendung des Radios "Hakkari - FM". Punkte seiner Kritik waren die Dorfzerstörungen und Dorfräumungen. Er forderte die Entsendung einer Delegation des Staates nach Hakkari, um die Probleme der vertriebenen Dorfbewohner zu untersuchen. Ilcin war von 1963 - 68 Bürgermeister in Hakkari, von 1973 - 77 war er Abgeordneter der CHP.

Konferenz der Saadet-Partei zur kurdischen Frage
Die Abgeordneten der kurdischen Provinzen und 19 Vorsitzende der Provinzorganisationen der Saadet traffen sich zu einer 2-tägigen Tagung in Diyarbakir. An der Tagung unter dem Titel "Freiheit ist eine Arbeit" nahm auch der stellvertretende Vorsitzende der SP, M. Bekarroglu als Redner teil. Das Vorstandmitglied Hatipoglu der SP kündigte die Ausarbeitung eines Berichtes mit Lösungsvorschlägen der "Kurdischen Frage" an. Den Ergebnissen einer Umfrage zufolge seien "Arbeitslosigkeit" und "Freiheiten" die Hauptprobleme der Türkei sagte Hatipoglu auf einer abschliessenden Versammlung den Journalisten. Die lange Jahre in den kurdischen Provinzen vorkommenden "Vorfälle", die als "Terror" bekannt seien, hätten bis heute keine Lösung gefunden. "Das Problem der Türkei ist nicht wirtschaftlich, es ist politisch. Im Gebiet gibt es seit 25 Jahren ein unterschiedliches Recht. Das muss unbedingt in Ordnung gebracht werden" Die in der Türkei existierenden Probleme seien mit dem 28. Februar 1997* offen zutage getreten. Die Schliessung politischer Parteien, der Druck auf zivile Organisationen nehme zu, das Einsperren von Intellektuellen und Journalisten habe sich nach dem 28.2. verstärkt, sagte er. "Seit 1978 gibt es den Ausnahmezustand im Gebiet. Die heute 25-jährigen wissen nicht, was normales Recht ist." In den letzten 20 Jahren habe die Armut zugenommen. "Wegen den Kämpfen sind die Dörfer geräumt worden; die Menschen sind geflohen; die Landwirtschaft ist am Boden; und die Beschäftigung ist gesunken." *(ÖP, 22./24.4., ISKU)*

* Der 28. Februar 1997 ging als Tag des unblutigen postmodernen Putsches in die Geschichte der Türkei ein. An diesem Tag haben die Militärs gegen den damaligen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan mobil gemacht und der Regierung einen Maßnahmenkatalog gegen die islamischen Kräfte unterbreitet.

Gerichtsverfahren wegen Forderung nach muttersprachlichem Unterricht

Gegen die Unterstützer der Kampagne zur Aufhebung des Artikels 42 der Türkischen Verfassung, gehen Schikanen und Festnahmen weiter.
In Van haben 100 Unterstützer von der Hauptpost aus Briefe an das Parlament geschickt. In Yükesekova/Hakkari dauern die Aktionen für die Kampagne seit einer Woche an und verstärkten sich in den in den letzten Tagen.
Vor der 1. Kammer des DGM in Diyarbakir läuft derzeit ein Prozess gegen 10 Angeklagte aus dem Kreis Nusaybin/Mardin. Sie hätten am 13. Februar dieses Jahres an einem Protestzug zur Unterstützung der Forderung nach muttersprachlichen Unterricht teilgenommen und Parolen gerufen. Bei dem Prozess wurde ein Zuschauer (HADEP-Mitglied aus Nusaybin) vor dem Gebäude von der Zivilpolizei festgenommen. Der Prozess gegen die 10 Angeklagten wurde auf den 28. Mai vertagt. Gegen sie wurden bis zu 7 Jahren Haft beantragt. In Bitlis wurden HADEP-Mitglieder, wegen des Verschicken von Briefen mit der Forderung nach muttersprachlichen Unterricht an den Staatspräsidenten und das Parlament, festgenommen und später bis zum Prozess auf freien Fuss gesetzt. In Yüksekova/Hakkari wurden im Februar 7 HADEP-Mitglieder wegen Unterstützung der PKK verhaftet; ihr Prozess läuft derzeit. Zwei von Ihnen wurden für die Dauer des Prozesses auf freien Fuss gesetzt. *(ÖP, 24.4., ISKU)*

lernen. Die Organisatoren legen auch dieses Mal Wert darauf, die einheimische Bevölkerung aus den Gecekondus für die Teilnahme am Festival zu gewinnen. *(YG, 20.4., ISKU)*

Erste Grabungsarbeiten für den Ilisu-Staudamm noch in diesem Jahr
Nach einer Erklärung des Generaldirektors der staatlichen Wasserwirtschaftsverwaltung (DSI) Nümtaz Turfan sollen die Arbeiten an dem umstrittenen Ilisu-Staudamm noch in diesem Jahr beginnen. Turfan erklärte, dass das DSI alle Schritte zum Schutz archäologischer Stätten, wie z.B. die betroffene Siedlung Hasankeyf (osmanisches Baudenkmal), unternommen werden. Ausländische Investoren waren nach heftigen internationalen Protesten von dem Projekt zurückgetreten. *(Radikal, 14.4., ISKU)*

Heyva Sor legal
Spendensammlungen für die Organisation "Kurdischer Roter Halbmond" sind in Deutschland nicht verboten, so der BGH. Die kurdische Hilfsorganisation sei nicht vom deutschen Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK erfasst.
Konkret ging es um den Fall eines Kurden aus dem Ruhrgebiet, der vom Landgericht zu einer Geldstrafe von rund 700 Euro verurteilt worden war. Das Landgericht warf dem Mann vor, dass er Spendengelder für den Kurdischen Roten Halbmond gesammelt und damit indirekt die PKK gefördert habe. Mit den Spenden seien verletzte kurdische Kämpfer und deren Angehörige unterstützt worden. Der BGH hob dieses Urteil nun auf, weil der Kurdische Rote Halbmond im PKK-Verbot von 1993 nicht ausdrücklich genannt worden war. Seine Tätigkeit in der Türkei habe außerdem nur "begrenzte und sehr mittelbare Auswirkungen" auf die PKK-Tätigkeit in Deutschland gehabt. (Az.: 3 StR 514/01) *(taz, 24.4., ISKU)*

Quellen:

ÖP = **Özgür Politika**
YG = **Yedinci Gündem**
AZ = **Aargauer Zeitung**

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

SONDERAUSGABE 3
1. Mai 2002

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung von Abdullah Öcalan

Der 1. Mai muss überall gefeiert werden

Der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan hat eine Erklärung zum 1. Mai, dem Feiertag der Werktätigen, abgegeben.



Demonstration am 1.Mai 2001 in Amed (Diyabakir) Foto: Yedinci Gündem

"Der 1. Mai muss überall gefeiert werden", erklärte Öcalan. "Der 1. Mai ist der Tag der Werktätigen, ein Tag der Freiheit und Geschwisterlichkeit. In meinen Eingaben [an den EuMRGh] habe ich meine Auffassung von Arbeit und Sozialismus ausführlich erläutert und das als demokratischen Sozialismus bezeichnet. Von der Wirtschaft über die Technik bis hin zu Umweltfragen, vom Sozialwesen zum Rechtswesen, zur Kultur und Wissenschaft, vom Sport zur Kunst, von der Ideologie bis zur Politik brauchen wir eine neue und organisierte Alternativgesellschaft, die weder eine Verlängerung des Staates noch der traditionellen Gesellschaft darstellt, die eine unabhängige Weltanschauung hat, über eine generelle Koordination, ein ausführliches Programm und funktionelle Organisationsformen verfügt. Diese alternative Zivilgesellschaft hat sowohl in der Lösung der verfahrenen Situation als auch in der Bestimmung des zu beschreitenden Weges eine lebenswichtige Rolle."

Öcalan verwies darauf, dass das sich selbst demokratisierende kurdische und türkische Volk sowie die Völker des Mittleren Ostens die jeweiligen Länder, in denen sie leben, zu einer demokratischen Lösung zwingen werden. "Früher wurde die kurdische Bewegung lediglich als Mittel zur Spaltung auch ausländischer Kräfte betrachtet. Jetzt ist daraus im Gegenteil eine Garantie für Frieden, Freiheit und Geschwisterlichkeit geworden. Die Geschichte hat dem kurdischen Volk in dieser Zeit diese Rolle übertragen. Geteilt zu sein und sich zwischen den Grenzen aufzuhalten, ist inzwischen zu einer vorteilhaften Lage geworden. Das sich selbst demokratisierende kurdische Volk wird auch die Länder, in denen es lebt, und die Völker, mit denen es lebt, zu einer demokratischen Lösung zwingen. Nicht mehr Unwissenheit, Aufstand, Unterdrückung und Massaker werden das Schicksal unserer werktätigen Völker sein, sondern demokratisches Bewusstsein, eine entwickelte Zivilgesellschaft und freiwillige Gemeinsamkeit."

Das Programm für einen neuen Aufbruch müsse auf der Kritik der jüngeren Vergangenheit basieren, so Öcalan: "Die liberalen Programme der letzten Ausformung des Kapitalismus sowie insbesondere des Realsozialismus, der den Anspruch hatte, eine Zivilisation der klassenlosen Gesellschaft einzuleiten, muss mit einem solchen Programm kritisiert werden und gleichzeitig muss es die eigenen Ziele festlegen, die es davon unterscheiden. Die Verbundenheit mit einer zeitgenössischen Form von Demokratie muss darin zum Ausdruck kommen und es muss deutlich machen, wie es diese weiterentwickeln will." Moderne demokratische Wertmaßstäbe seien schon für sich allein ein Programm, das ein neuer Aufbruch als Mindestprogramm annehmen müsse.

"Weiterhin möchte ich aus Anlass des 1. Mai meine Überzeugung kundtun, dass sich ein freieres und zu Gefühlen fähiges Gewissen entwickeln wird. Ohne eine Revolution im Denken und im Gewissen zu machen, brauchen wir gar nicht davon zu sprechen, revolutionär zu sein, denn ohne eine solche Revolution kann man nicht einmal ein aufmerksamer Mensch mit einer Vorstellung von Ethik sein. Ich wünsche allen und unserem Volk Erfolg und rufe dazu auf, den 1. Mai als den Tag der Arbeit und der Freiheit auf der Grundlage der Verbundenheit mit den dafür Gefallenen zu begehen. Ich fordere unser Volk dazu auf, die prachtvollen Newrozfeiern mit dem 1. Mai zu verbinden und den Tag in Mersin, Istanbul, Diyarbakir, Van und an allen anderen Orten in Verbundenheit mit den Gefallenen zu begehen. **Menschlichkeit und Freiheit werden siegen!"**

(YG online, 26.4., ISKU)

1 Jahr Nûçe ...

Vor einem Jahr, am 1. Mai 2001, erschien die erste Ausgabe der Nûçe. Ein Jahr mit vielen wichtigen Entscheidungen und Entwicklungen in Bezug auf Krieg oder Frieden in Kurdistan, der Türkei und dem Mittleren Osten liegt hinter uns. Und immer noch beharren herrschende Kräfte in der Türkei auf der Vernichtung der kurdischen Bewegung.

Unterstützung finden sie dabei, wie schon so oft, von den europäischen Regierungen, die am 2. Mai die PKK in ihre "Liste terroristischer Organisationen" aufnehmen wollen. Wir verurteilen dieses ungeheuerliche Vorgehen der EU-Regierungen, denn es ist eine Kriegserklärung gegen die kurdische Bevölkerung. Zu Newroz, dem kurdischen Widerstandsfest, demonstrierten mehr als zwei Millionen Menschen für Frieden und für demokratische Reformen. Mit Newroz demonstrierte die Bevölkerung auch ihre Verbundenheit mit der PKK. Diese Menschen werden sich nicht verbieten und als Terroristen abstempeln lassen. Wir rufen hiermit alle Menschen auf, sich den Friedensbestrebungen der Kurdinnen und Kurden anzuschließen und bei den entsprechenden Stellen gegen diese EU-Initiative zu protestieren. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern in diesem Sinne einen erfolgreichen kämpferischen 1. Mai. *(ISKU)*

Meldungen

Razzien zum 1. Mai

ISTANBUL - Während die Vorbereitungen für den 1. Mai auf Hochtouren weiterlaufen, hat die Polizei in Istanbul und Izmir in verschiedenen Einrichtungen Razzien durchgeführt. Als Begründung wurden Plakate und Flugblätter zum 1. Mai angeführt.

In Istanbul wurde das Büro der Zeitschrift Özgür Halk durchsucht und dabei verwüstet. Die MitarbeiterInnen wurden kurze Zeit festgehalten, das Archiv beschlagnahmt und der verantwortliche Redakteur Ayhan Dogru festgenommen.

Auch im Büro der Angehörigen der todefastenden Gefangenen (TAYAD) fand eine Razzia statt, bei der der Mitarbeiter Mehmet Kocalar verhaftet wurde.

In Izmir führte die Polizei auf Anweisung von Ö. Faruk Kara, Richter am Staatssicherheitsgericht, Razzien bei der Zeitung Yedinci Gündem, dem Büro von Özgür Halk, den Zeitschriften Atilim und Alinteri sowie im Mesopotamischen Kulturzentrum (MKM) durch. Während der Durchsuchungen wurden Zeitungen, Zeitschriften und Bücher beschlagnahmt.

Desweiteren fand in den Morgenstunden im Büro von Yedinci Gündem in Adana eine Razzia statt, wobei die letzte Auflage der Zeitung sowie sieben Bücher aus dem Archiv beschlagnahmt wurden. *(YG online, IKM, 29./30.4., ISKU)*

Erneutes "W" - Strafverfahren in Diyarbakir

Mit einem Transparent hatte der IHD Diyarbakir anlässlich des Newrozfestes auf seinen "Newroz 2002 Empfang" hingewiesen. Das Transparent wurde von der Polizei entfernt und beschlagnahmt. Wegen des "W" im Wort Newroz wurde vom Landgericht Diyarbakir jetzt ein Verfahren gegen den IHD Diyarbakir eröffnet. Grund: Das Aufhängen eines Transparentes des Vereins in einer fremden Sprache. Das sei nach dem Vereinsgesetz strafbar, so der Staatsanwalt. Beantragt werde eine Strafe zwischen 6 Monaten und 2 Jahren Haft; außerdem die Schließung des IHD-Büros. Der Prozess wird am 1. Mai beginnen. *(ÖP, 28.4., ISKU)*

Proteste gegen Europas Liste

In Batman hat eine Gruppe Jugendlicher gegen die Provokation, die PKK mit auf die Liste der Terrororganisationen nehmen zu wollen, mit Parolen

Erklärung des Parteirats der Partei der freien Frauen (PJA)

Der 1. Mai ist der Tag, an dem die Völker für Frieden und Demokratie zusammenkommen

Wir gratulieren der gesamten Menschheit zum 1. Mai als dem Tag der Werktätigen und im Gedenken an die revolutionären Gefallenen weltweit!

Der 1. Mai ist ein Kampf- und Widerstandstag aller unterdrückten Völker und Klassen gegen die Herrschaft. Angesichts der Realität der globalisierten Welt ist seine Bedeutung grösser denn je. Die Fahne des Sozialismus, die sich mit dem Blut von Millionen von revolutionären Gefallenen gegen die Kräfte der globalen Ausbeutung erhebt, steht für das Bewusstsein von Arbeit, Geschichte, Menschheit und Freiheit.

Auch noch im 21. Jahrhundert mit seinem technischen Entwicklungsniveau wird den Völkern von den ausbeuterischen Kräften das Recht verweigert, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Während Staaten, die die grundlegenden Rechte eines Volkes wie das Recht auf Identität, Sprache und Kultur verletzen, nicht als terroristisch verurteilt werden, so werden Bewegungen, die ihre natürlichen Menschenrechte und demokratischen Forderungen auf legitime und gesetzliche Weise zur Sprache bringen, als terroristisch bezeichnet. Während im Mittleren Osten die Besetzung Palästinas die räuberische Realität der Herrschaft ausdrückt, werden dem kurdischen Volk, dessen Sprache, Identität, Kultur verboten und dessen Existenz geleugnet wird, selbst die natürlichsten Rechte aberkannt. Insbesondere im Mittleren Osten und generell auf der Welt kämpfen die unterdrückten werktätigen Klassen und Nationen mit ihrem Widerstand gegen alle ausbeuterischen Systeme für eine Zukunft, die auf Sozialismus basiert. Somit ist der 1. Mai der Tag, an dem die Völker für Frieden und Demokratie zusammenkommen. Die Frau, die die älteste unterdrückte Klasse der Gesellschaft ausmacht und seit Jahrhunderten grausamster Ausbeutung ausgesetzt ist, lebt den Geist des 1. Mai am intensivsten. Das herrschende System hat aus der Frau ein Mittel zur Erniedrigung der Gesellschaft gemacht und darüber Kriege entstehen lassen. Die Frau leidet am meisten unter dem Schmerz, den Krieg und Terrorismus verursachen, und muss ihren Kampf dagegen in allen Bereichen weiterentwickeln und vervollständigen. Der Sieg der demokratischen Gesellschaft wird mit dem Befreiungskampf der Frau erreicht werden. Mit der KADEK-Linie (Kongress für Freiheit und Demokratie Kurdistans), die für Veränderung und Wandel steht, wird es möglich sein, das Schicksal der Völker und der Frau zu ändern. Der 1. Mai findet seinen Ausdruck in der internationalistischen Linie von KADEK. Als kurdische Frauen rufen wir in der Überzeugung, dass im Zeitalter der demokratischen Zivilisation die Frau eine ausgleichende und gleichberechtigte Rolle spielen wird, alle Völker, unterdrückten Klassen und die Frauen der ganzen Welt zum Kampf für Frieden und Demokratie im Geiste des 1. Mai auf.

Es lebe der 1. Mai als der Feiertag der Menschheit, des Sozialismus und der Freiheit!
Es lebe der Anführer der Demokratischen Zivilisation, der Vorsitzende APO!
Es lebe die internationalistische Linie des KADEK!
Es lebe die PJA, die für Frieden und Freiheit steht!

Mit revolutionären Grüssen
PJA - Parteirat

EU will PKK auf Liste “terroristischer Organisationen” setzen

KADEK: Provoziert keinen Krieg!

Der Kongress für Freiheit und Demokratie Kurdistans KADEK hat die Bemühungen, die PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen, als eine Kriegserklärung gegen das kurdische Volk bewertet.
Osman Öcalan als Mitglied des KADEK-Präsidialrates erklärte dazu: "Das kurdische Volk soll als terroristisch erklärt werden. Aber das werden die Kurden niemals akzeptieren. Bei der PKK handelt es sich um den Friedenswillen und das Erbe des kurdischen Volkes." Öcalan verwies darauf, dass während des 15 Jahre andauernden Krieges die PKK nicht von der EU auf die "Terrorliste" gesetzt worden sei. In der momentanen Phase der Veränderung werde dagegen versucht, die PKK auf die Liste aufzunehmen. Damit sei ein neuer Plan ins Leben gerufen worden, der auf die gegenseitige Provokation des türkischen und kurdischen Volkes abziele.

Verantwortlich für Krieg wird die EU sein

Die Initiative für die Aufnahme der PKK auf die "Terrorliste" der EU komme einer Zustimmung zu einem Angriff auf die kurdische Befreiungsbewegung gleich, so der KADEK-Präsidialrat, der Europa dazu aufrief, von derartigen Schritten, die einen neuen Krieg ermöglichen könnten, abzusehen. Als verantwortlich für einen möglichen Krieg werde Europa betrachtet. Öcalan sprach folgende Warnung aus: "In den vergangenen 15 Kriegsjahren haben 35 000 Menschen ihr Leben verloren und eine um ein vielfaches größere Anzahl hat bleibende Schäden davongetragen. Es hat grosse materielle und ideelle Verluste für das kurdische und das türkische Volk gegeben, aber die Verluste eines neuen Krieges werden die alten um weites übertreffen. Ich unterstreiche ein weiteres Mal vor aller Augen, verantwortlich für einen Krieg werden die EU-Länder sein. Das kurdische Volk muss Europa als verantwortlich für den Krieg ansehen. Hinter dieser Angelegenheit stecken auch die USA. Der Republik Türkei teilen wir mit: wenn es zu eurem Vorteil sein sollte, fangt einen neuen Krieg an, aber mit Sicherheit ist es nicht Krieg, der zum Nutzen der Türkei ist, sondern Frieden."

Widerstand bis zum äußersten

Das kurdische Volk rief Öcalan auf, sich "gegen jede Art von Angriff gegen den Willen des Volkes auf einen massenhaften Widerstand" vorzubereiten.
Falls die Initiativen gegen die PKK fortgesetzt würden, würden die Kurden jede offizielle Beziehung zu den EU-Ländern abbrechen. "Wenn wir in einer derartig gespannten Zeit einem Test unterzogen werden, werden wir nicht davor zurückschrecken. Niemand sollte vergessen, dass wir Apoisten sind. Als PKK haben wir einen historischen Prozess durchlebt und jetzt sind wir KADEK. Aber es gibt eine Seite an uns, die sich nicht geändert hat: zu PKK-Zeiten waren wir Apoisten und wir sind es heute noch. Wir sind bereit für den Frieden, aber wenn uns unsere Freiheit genommen werden soll, sind wir auch bereit zum äußersten Widerstand. Darauf muss jeder vorbereitet sein.”
Die EU, USA und Türkei sollten von ihrer gefährlichen Politik Abstand nehmen, so Öcalan. "Die Bezeichnung ‘Terrorismus’ können wir nicht akzeptieren. Wir werden damit sozusagen einem neuen Krieg ausgesetzt. Aber falls ein Krieg notwendig ist, um unsere Freiheit und unsere Würde nicht zu verlieren, dann machen wir das auch. Wir ziehen niemals den Krieg vor. Was wir wollen, sind Frieden und Demokratie, die Lösung der Probleme in einem demokratischen System. *(YG, 29.4., ISKU)*

Die vollständige Erklärung sowie weitere Berichte dazu sind auf unserer Webseite zu finden.

wie "Europa ist der Terrorist" protestiert. Aufgrund der Erklärung der Europäischen Union, die PKK mit auf die Liste der Terrororganisationen nehmen zu wollen, fanden in Batman Proteste statt. In den Stadtvierteln Besevler und Aydinlikevler versammelten sich hunderte Jugendliche, um gegen die Europäische Union zu protestieren. Bei der lang andauernden Kundgebung wurde das Verhalten der Europäischen Regierungen kritisiert. Die Jugendlichen machten eine Demo durch das Viertel mit Parolen wie "40 Millionen Kurden sind KADEK", "Der Terrorist ist Europa" und "Es lebe der Vorsitzende APO". Die Bevölkerung applaudierte. Die Demonstration ging ohne Zwischenfälle zu Ende.
(YG online, 30.4., ISKU)

Öcalan: Gegen Anna Lindh protestieren!

In einer Erklärung bei MEDYA TV hat KADEK-Präsidialratsmitglied Osman Öcalan die Bevölkerung von Diyarbakir aufgefordert, gegen die schwedische Außenministerin Anna Lindh bei ihrem bevorstehenden Besuch in Diyarbakir zu protestieren. Lindh hatte sich zuvor für eine Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen ausgesprochen. Öcalan erklärte: "Wir rufen das kurdische Volk dazu auf, gegen Lindh aufgrund der von ihr abgegebenen Erklärung zu protestieren. Und wir rufen alle, die auf der Seite des kurdischen Volkes stehen, dazu auf, nicht mit ihr zu kommunizieren. Falls so etwas existiert, soll ein anderer Vertreter des kurdischen Volkes hingehen und sich mit ihr treffen. Wenn die EU die kurdische Befreiungsbewegung auf die Terrorliste aufnimmt und VertreterInnen Europas nach Diyarbakir kommen, ist das einzige, was das kurdische Volk tun kann, zu protestieren. Es darf ihnen kein Interesse entgegengebracht werden."
(YG, 29.4., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
IKM = Komitee gegen Isolationsfolter

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 52
3. Mai 2002

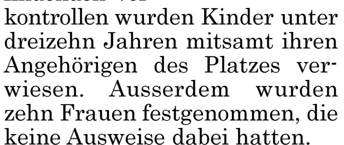
N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

1. Mai: Diyarbakir grüsst Istanbul

An den 1. Mai-Feiern in Istanbul beteiligten sich über 100.000 Menschen. Den grössten Block auf der Demonstration stellte die HADEP.
Die Abfahrt der HADEP-Busse aus verschiedenen Stadtteilen Istanbuls wurde von der Polizei verhindert. Bei den intensiv stattfindenden Vorkontrollen wurden Kinder unter dreizehn Jahren mitsamt ihren Angehörigen des Platzes verwiesen. Ausserdem wurden zehn Frauen festgenommen, die keine Ausweise dabei hatten.





1.Mai 2002 in Istanbul Bild:ÖP

Im HADEP-Block erregte vor allem ein aus Diyarbakir kommendes Transparent mit der Aufschrift "Mit der Begeisterung von Newroz grüssen wir den 1. Mai - Diyarbakir" die allgemeine Aufmerksamkeit. Den Festplatz, an dem die Abschlusskundgebung stattfand, zierte ein überdimensional grosses Transparent der HADEP mit der Aufschrift: "Unser Weg - Frieden und Freiheit, unsere Politik - Demokratische Änderung, unser Ziel - Demokratische Republik".
Insgesamt gab es 24 Kontrollpunkte, 2000 vom Vorbereitungskomitee beauftragte OrdnerInnen und 10250 PolizistInnen. Ausserdem standen Jandarma-Einheiten bereit.

Diyarbakir lässt Verbot nicht gelten
Das Verbot der 1.Mai-Feier in Diyarbakir hat der Stadt einen angespannten Tag beschert. Gewerkschaftsmitglieder, die eine Kundgebung abhalten wollten, haben gegen die starre Haltung der Polizei mit einem eintägigen Hungerstreik protestiert. An verschiedenen Orten, wo trotz des Verbots gefeiert wurde, kam es zu Eingriffen der Polizei, wobei mindestens 20 Personen festgenommen wurden.
Die von der EMEK-Plattform geplante Kundgebung am Dagkapi-Platz wurde von der Polizei nicht erlaubt. Die Sicherheitskräfte versperrten bereits in den frühen Morgenstunden alle Zugangswege. Desweiteren wurden alle Gewerkschaftsgebäude von der Polizei umstellt. Vor der HADEP-Zentrale führte die Polizei den ganzen Tag über Ausweiskontrollen durch.
Stadtweit wurden die Hauptstrassen mit Panzern und Robocops besetzt. Das Verbot sämtlicher Veranstaltungen wurde von Gewerkschaftsmitgliedern dahingehend kommentiert, dass damit verhindert werden sollte, dass die Begeisterung von Newroz am 1. Mai ihre Fortsetzung findet.

Der 1. Mai in Batman und Siirt
In Siirt versammelten sich die Werktätigen zunächst im Garten der Stadtverwaltung, beendeten jedoch ihre Kundgebung nachdem sie von der Polizei verwarnt worden waren.
In Batman war die Feier an einem geschlossenen Ort genehmigt worden, woraufhin verschiedene Gewerkschaftsgruppen kleinere Feiern abhielten. *(YG Online, 1.5, ISKU)*

1.Mai-Beobachtungen von Ayse Düzkan

Yekê Gulanê Piroz Be - Es lebe der 1. Mai

Die KünstlerInnen vom Kulturzentrum Beksav laufen in fröhlichem Rythmus und halbtanzend. Ein Rythmus, mit dem sie alle in ihrer Umgebung mit guter Laune anstecken und zum Tanzen auffordern. Aber direkt hinter ihnen ist ein Todesfastenveteran, der nur mit Hilfe von zwei Freunden mühsam laufen kann. Wir schämen uns unserer guten Laune. Danach kommen Jugendliche mit entschlossenen Gesichtern und roten Stirnbändern, die ein MLKP-Transparent auf den Platz tragen: "Der Tag wird kommen, an dem sich das Schicksal wendet und die Mörder der Partei Rechenschaft ablegen müssen".
Nicht nur um von den Mördern unserer FreundInnen und GenossInnen Rechenschaft zu fordern, sondern auch um eines Tages von den Mördern derjenigen, die aufgrund von Hunger, Armut und mangelnden Gesundheitsdiensten gestorben sind, Rechenschaft zu fordern, sind wir heute auf der Strasse. Aber Unterdrückung beschränkt sich nicht nur auf Kapitalismus. Direkt neben dem IKP-Transparent befindet sich die Gruppe der Homosexuellen aus Istanbul. Sie gedenken ihrer FreundInnen, die Morden zum Opfer fielen und unter Polizeigewalt Blut lassen mussten. Und sie protestieren gegen ihre Diskriminierung.
Wir Feministinnen marschieren hinter dem Transparent mit der Aufschrift "Sklavinnen auch der Werktätigen, Ärmste der Armen". Wir gedenken der Frauen, die der Gewalt in der Familie zum Opfer gefallen sind, verfluchen vergewaltigende Polizisten, Dorfschützer, Ehemänner, Männer und fordern Rechenschaft für unsere unsichtbare Arbeit.
Dann die geordneten, rot-gelben TKP- und EMEP-Blöcke, die ÖDP und ihre Stiefkinder...
Und natürlich die HADEP, ein riesiger Block, voller Begeisterung, neben "Biji yek gulan" auch "KADEK piroz be" und natürlich "bijî serok apo!".
Wie Sie wissen, gibt es in der Linken diese "Massenspezialisten", die nur einen Blick werfen auf eine Demonstration und zack! sagen können, wieviel Leute da sind. Leider gehöre ich nicht zu ihnen, aber es war seit dem Militärputsch die grösste 1.Mai-Demonstration, an der ich teilgenommen habe. In Ankara sollen die rechten Parteien mit den zwei Gesichtern daran gedacht haben, an der Veranstaltung teilzunehmen, aber in Istanbul haben sie sich das nicht getraut.
In dem Viertel, in dem ich wohne, waren alle Läden morgens geschlossen, so wie an jedem Feiertag, wie schön. Im Stadtautobus hat niemand ein Ticket. [Anm: Der 1. Mai ist in der Türkei kein offizieller Feiertag und an offiziellen Feiertagen waren bis Anfang dieses Jahres öffentliche Verkehrsmittel kostenlos.] Das Herz der Stadt, das mit der Rebellion schlägt, war heute auf den Strassen. Als letztes möchte ich noch an das Transparent erinnern, das mir am besten gefallen hat. Es war mit "Rote Fahne" unterzeichnet: "Klasse gegen Klasse, Revolution gegen die Ordnung, Sozialismus gegen Kapitalismus!" *(ÖP, 2.5.,ISKU)*

Meldungen

Die Festung Europa wird deutscher
Auf Drängen der Bundesrepublik verständigten sich die EU-Innenminister am 25.April in Luxemburg grundsätzlich darauf, daß Asylbewerber künftig in allen EU-Staaten die gleichen Leistungen erhalten. Bundesinnenminister Otto Schily sprach von »einem wichtigen Schritt, um Asylhopping entgegenzuwirken«. Es müsse verhindert werden, daß sich ein Asylbewerber unter den EU-Staaten jenen aussuchen könne, der die besten Leistungen erbringe. Ein formaler Beschluß über eine entsprechende Richtlinie steht noch aus. *(jW, 26.4., ISKU)*

Ärztedelegation nach Maxmur
Das Sardinische Komitee "Solidarität mit dem kurdischen Volk" hat eine Ärztedelegation in das Flüchtlingslager Maxmur geschickt, wo über 10 000 kurdische Kriegsflüchtlinge leben. In der Delegation, die sich am 26. April auf den Weg machte, befinden sich drei ÄrztInnen. Die Delegation, die die gesundheitlichen Bedingungen im Lager untersuchen möchte, wird außerdem Flüchtlinge in der lagereigenen Gesundheitsstation behandeln. *(YG Online, 1.5., ISKU)*

Deutsche Stiftungen vor dem Staatssicherheitsgericht
Der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara, N.M. Yüksel, hat gegen die in der Türkei vertretenen Stiftungen aus Deutschland ein Verfahren wegen Spionage eröffnet. Als Erste mussten die Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei, Wulf Schönbohm, und sein Vertreter Dirk Tröndle ihre Aussagen zu Protokoll geben. Ein gleiches Verfahren wurde gegen die Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Körber-Stiftung und das deutsche Orient-Institut eingeleitet.
In einer Erklärung sagte W. Schönbohm, die vom DGM vorgebrachten Beschuldigungen wie "Türkeifeindliche Bestrebungen" und "Spionage" seien unbegründet und haltlos. *(ÖP, 26.4., ISKU)*

Dorfrückkehr-Projekt in Van
Vom Gouverneur in Van wird ein "Regionaler Entwicklungsplan für die Dorfrückkehr und Rehabilitation in Ost und Südost Anatolien" vorbereitet. Wie bekannt wurde, wird dieses Projekt am 29. April im Versamm-

EU setzt PKK auf die “Terror-Liste”

Protestaktionen gegen EU-Entscheidung

Mit zahlreichen Protestaktionen reagierten in Europa lebende Kurdinnen und Kurden auf die Entscheidung der Europäischen Union, die PKK auf die “Liste der terroristischen Organisationen” zu setzen. Die Entscheidung war am Donnerstag in Kraft getreten, nachdem die Frist für etwaige Widersprüche von EU-Mitgliedsländern verstrichen war.
In Berlin, Hamburg, Hannover, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart, Nürnberg, Den Haag, Wien, Brüssel, Paris, Marseille, Strasbourg, Kopenhagen, Stockholm, London, Basel, Zürich und Bern folgten zahlreiche Menschen einem Aufruf der Kurdischen Volksinitiative und veranstalteten im Anschluss an die Aktivitäten zum 1.Mai Mahnwachen, die auch über Nacht andauerten. Darüberhinaus blieben am Donnerstag viele KurdInnen aus Protest gegen die Entscheidung der Arbeit und Schule fern.
Auch zahlreiche Abgeordnete, Wissenschaftler, Schriftsteller und weitere Prominente, unter ihnen der Friedensaktivist Uri Avnery und der Sozialwissenschaftler Noam Chomsky stellten sich in einer Erklärung gegen die EU-Massnahme.
Osman Öcalan, Präsidialratsmitglied des neugegründeten Kongresses für Frieden und Demokratie in Kurdistan (KADEK) bezeichnete in einer Erklärung die Entscheidung der EU als Zustimmung zu einem Angriff auf die kurdische Befreiungsbewegung und erklärte die EU für eine mögliche neue Eskalation des Krieges für verantwortlich. Er betonte die Bereitschaft der kurdischen Befreiungsbewegung zur Selbstverteidigung und rief das kurdische Volk zum entschiedenen Widerstand auf.
Öcalan betonte jedoch, dass ein neuer Krieg nicht im Interesse der KurdInnen sei und auch der Türkei und der EU langfristig nur schaden könne: “Was wir wollen, sind Frieden und Demokratie, die Lösung der Probleme in einem demokratischen System. Aber wir teilen auch mit, dass das kurdische Volk die Kraft für einen Widerstand hat, der die ganze Welt dazu bringen kann, ihr Tun zu bereuen."

Schwedische Außenministerin sagt Besuch in Amed ab
Die schwedische Außenministerin Anna Lindh, die die Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen gefordert hat, hat ihren offiziellen Türkeibesuch abgesagt, der Anfang nächster Woche stattfinden sollte. Als Begründung erklärte die schwedische Botschaft in Ankara, ihre geplante Fahrt nach Diyarbakir sei behindert worden.
Kurden aus der Region hatten auf die Erklärungen Lindhs zur PKK mit der Aufforderung reagiert, Lindh solle nicht nach Diyarbakir kommen. Im Laufe der Woche war es an mehreren Orten in der Region zu Protestkundgebungen gegen Lindh gekommen.

Alltäglich Repression in der BRD
In den vergangenen Wochen kam es in der BRD - die spätestens seit Einführung des PKK-Verbots 1993 zu den führenden Kräften der europäischen Kriminalisierungspolitik zählt - zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von politisch aktiven KurdInnen.
So wurde in Köln Ali Ö. festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, "den organisatorischen Zusammenhalt einer verbotenen Partei" aufrechterhalten bzw. "sich in einer solchen Partei oder in einem solchen Verein als Mitglied betätigt zu haben". Am 22. April wurden in Kiel 6 Wohnungen durchsucht und hierbei Bücher, Zeitungen und Broschüren beschlagnahmt. Einer der Betroffenen wurde zur Polizeiwache mitgenommen und dort zu Spitzeltätigkeiten aufgefordert.

Bundestag verabschiedet §129b
In die Reihe anhaltender Repressionsmassnahmen passt auch die Verabschiedung des “Anti-Terror-Paragraphen” 129b. Dieser war vergangenen Freitag mit den Stimmen der Regierungsparteien vom Bundestag verabschiedet worden. Der neue Paragraph ermöglich den Repressionsorganen die Verfolgung von “Mitgliedern und Unterstützern ausländischer Terrororganisationen” in der BRD - analog zu den §§129 und 129a, mit deren Hilfe seit Jahrzehnten fortschrittliche Aktivitäten kriminalisiert und terrorisiert werden.

(ISKU)

Präsident des Verfassungsgerichts gegen Parteiverbote

Beim 40. Jahrestag der Gründung des Verfassungsgerichtes verlangte dessen Präsident Bumin, die Türkei müsse den Makel loswerden, ein Land der Menschenrechtsverletzungen zu sein; falls politische Parteien nicht zur Gewalt aufriefen, sollten sie nicht verboten werden.
Die Menschenrechte sollten an vorderster Stelle der Staatsverfassungen stehen, das sei notwendig. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sollten unverzüglich umgesetzt werden; internationale Abkommen sollten über den nationalen Gesetzen stehen.

‚Kleinere Korrekturen reichen nicht aus'
Nach der Änderung der Artikel 68 und 69 der Verfassung sei das Gesetz für politische Parteien nicht entsprechend geändert worden. Er wies daraufhin, dass kleine Korrekturen an den Verfassungs-Artikeln Nr. 101, 102 und 103 nicht als Lösung der Probleme angesehen werden könnten.
"Der EuMGH verlangte, das Verbot politischer Parteien zu erschweren. Deshalb den Artikel 149 der Verfassung zu ändern, der nicht beanstandet wurde, ist nicht das richtige Vorgehen. Nach der Änderung können jetzt Verbotsentscheidungen mit 5 zu 3 Stimmenmehrheit getroffen werden. *(ÖP, 26.4., ISKU)*

Verfahren gegen Öcalan-Anwälte

Ein Strafantrag des Staatssicherheitsgerichts (DGM) Istanbul auf 7 Jahre Haft gegen die Rechtsanwälte I. Dündar, M. Sakar und A. Tugluk, Verteidiger A.Öcalans, hat heftige Kritik in internationalen Juristenkreisen ausgelöst. Den Anwälten wird wegen der Weitergabe von Informationen an die Presse Mißbrauch der Anwaltstätigkeit vorgeworfen. Ein Verfahren wurde am 6. März vom Amtsgericht Beyoglu eröffnet und auf den 10. Juli 2002 vertagt. Gegen die Anwältin A. Tugluk wurde ein weiteres Verfahren eröffnet, weil sie in einer Veranstaltung vor eineinhalb Jahren die Formulierung "Sayin Öcalan" (Bezeichnung für eine geschätzte Person) verwendet hatte. Ihr drohen deshalb bis zu 3,5 Jahren Haft.
Die Internationale Initiative "Freiheit für A. Öcalan", Anwälte, Parlamentarier und Akademiker verurteilten den Angriff auf das Recht Öcalans auf Verteidigung. Sie wiesen auf die Zunahme der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hin, forderten die sofortige Abschaffung der Todesstrafe und ein Ende der Verfolgung der Anwälte Öcalans.

(ÖP, 26.4.ISKU)

lungsraum der Verwaltung vielen Vertretern u.a. dem OHAL (Ausnahmezustandsgebiet) Supergouverneur und den Gouverneuren von Hakkari, Mus und Bitlis vorgestellt und diskutiert. *(YG online, 27.04.)*

Gemeinde kann keine Dienste mehr leisten
In der Gemeinde Yagcilar im Kreis Mus haben mit einem gemeinsamen Beschluss der Bürgermeisters und die Gemeindebeschäftigten wegen finanziellen Schwierigkeiten das Rathaus geschlossen. Seit 37 Monaten konnte die Gemeinde keine Gehälter mehr bezahlen. Eine Zeitlang wurde versucht, die Beschäftigten mit Weizen und Zucker zu bezahlen, aber ohne Erfolg. Die Gemeinde hat ca. 80 Mrd. TL Schulden. Der Bürgermeister kommentierte den Beschluss: "Die Existenz einer Gemeinde, die keine Dienste leisten kann, ist sinnlos. Ich habe die Gemeinde bei den Wahlen am 18.4.1999 bankrott übernommen. Wir haben bei allen möglichen Stellen versucht, Hilfe zu bekommen. Der Staat hat alle Unterstützung für uns eingestellt.”
(ÖP, 25.4., ISKU)

Neue Anklage gegen T. Erdogan
In einer neuen Anklage des Staatsanwaltes beim DGM Ankara wurde gegen den Vorsitzenden der AKP (Gerechtigkeits- und Aufbau-Partei) T. Erdogan ein Haftbefehl beantragt, aber vom Ersatzrichter nicht erlassen. Einen Monat vor Ablauf der Verjährungsfrist sind Videocassetten aufgetaucht, in denen Erdogan im Jahr 1992 in einer Rede das türkische Militär beleidigt haben soll. *(ÖP, 26.4., ISKU)*

Veto gegen das neue Amnestiegesetz
Der türkische Staatspräsident Sezer soll das im Parlament verabschiedete Amnestiegesetz wegen einiger Fehler im Gesetzgebungsverfahren an das Parlament zurückverwiesen haben.
(ÖP, 28.4., ISKU)

Quellen:

jW = junge Welt
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 53
10. Mai 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Weltweite Proteste gegen die Aufnahme der PKK auf EU-Terrorliste

"Nicht die PKK ist terroristisch...."

Der Präsidialrat des Kurdischen Freiheits- und Demokratie-Kongresses (KADEK) hat eine Erklärung zur Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen abgegeben, in der die Entscheidung als eine "Kriegserklärung gegen den Frieden" gewertet wird.
Die Entscheidung sei unter völliger Missachtung der EU-Grundsätze gefällt worden, so der KADEK-Präsidialrat, der weiterhin auf die besondere Rolle von England, Schweden, Dänemark und Spanien in der Beschlussfassung verwies.
Angestrebt werde mit der Entscheidung, den mit dem Gründungskongress des KADEK eingeleiteten Kampf auf demokratischer Linie zunichte zu machen und die Kriegspolitik der Türkei zu unterstützen. Für einen erneut ausbrechenden Krieg sei deshalb die EU verantwortlich zu machen. Weiter wird in der Erklärung betont, die Kurden würden von ihrem Recht auf demokratischen Kampf weiterhin Gebrauch machen. Der EU-Beschluss bedeute den Beginn einer Phase, der ebenso zum Nachteil des türkischen wie des kurdischen Volkes sei. Um dieses Spiel in Leere laufen zu lassen, richtete der Präsidialrat auch einen Aufruf an die demokratischen Kräfte in der Türkei.
In der KADEK-Erklärung wird außerdem dazu aufgerufen, die politischen und diplomatischen Beziehungen mit den oben genannten EU-Ländern, denen eine treibende Rolle in der Beschlussfassung zufällt, abzubrechen und ihre Produkte zu boykottieren. Lediglich mit außerparlamentarischen Kräften und demokratischen Massenorganisationen in diesen Ländern werden die Beziehungen fortgesetzt werden.

Protest gegen EU in Türkei und Kurdistan

In der vergangenen Woche haben zahlreiche Protestaktionen in Batman, Istanbul, Amed, Mersin und Adana stattgefunden, auf denen die Haltung der EU und die zeitgleich eingeleitete Operation der türkischen Armee verurteilt worden. Außerdem wurde auf den Aktionen die Gründung des KADEK gefeiert.
In Batman nehmen immer mehr Menschen an den täglich stattfindenden spontanen Protestaktionen in verschiedenen Stadtvierteln teil. Die Polizei hat damit begonnen, die betroffenen Stadtviertel abends abzuriegeln.



In Istanbul waren es Kinder, die unter dem Motto "Verdunkelt unsere Zukunft nicht" eine Kundgebung veranstalteten. Mit kurdischen Parolen brachten die ca. 50 Kinder in Esenler ihren Protest gegen die jüngsten Entwicklungen zum Ausdruck.
Eine weitere Protestveranstaltung führten PJA- und YCK-SympathisantInnen durch. Mit KADEK-Fahnen und Fackeln demonstrierten sie durch den Stadtteil Tepe, wobei sie neben der EU auch die Operation der türkischen Armee verurteilten.
In Amed hängten Jugendliche im Stadtteil Kaynartepe ein Transparent mit der Aufschrift "Wir sind KADEK'ler aus Kaynartepe" sowie Bilder des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf.
In Mersin kam es bei einer Protestdemonstration zum Angriff der Polizei, wobei eine Person festgenommen wurde. In Adana zündeten Jugendliche ein Feuer an und riefen die Parolen "Wir sind keine Terroristen, wir sind ein Volk", "Biji Serok Apo" und "Tausend Grüße an Imrali"

Proteste in Europa

Auch in Europa reißen die Proteste gegen die Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Aktionen nicht ab. In fast jedem Land forderten Kurdinnen und Kurden mit verschiedenen Aktionen Gerechtigkeit.
In London versammelten sich 2000 Menschen zu einer zentralen Demonstration vor dem Gebäude der britischen EU-Kommission. In Paris kamen am Dienstag ca. 1000 Menschen zu einer Demonstration zusammen, die auf dem Platz der Republik begann. In Redebeiträgen wurde zum Ausdruck gebracht, dass "keine Demokratie den Befreiungskampf des kurdischen Volk für terroristisch erklären" kann und das kurdische Volk den EU-Beschluss niemals akzeptieren wird.
Auch in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Schweden, der Schweiz und Zypern protestierten zahlreiche KurdInnen und weitere UnterstützerInnen mit Kundgebungen, Demonstrationen, Brief- und Unterschriftenkampagnen und Hungerstreiks gegen die EU-Politik.

Türkei rüstet sich zum Krieg

Ermutigt durch den EU-Entscheid, die PKK auf die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen, hat die Türkei bereits vor der offiziellen Veröffentlichung der Liste umfassende militärische Angriffe im Gebiet Botan in Nordkurdistan und in Südkurdistan gestartet.
In einer Erklärung der Volksverteidigungskräfte (HPG) wird mitgeteilt, dass die am 28. April begonnene Operation der türkischen Armee in Besta im Gebiet Botan nach wie vor andauert. Dabei seien zwei Dorfschützer durch Minen getötet worden, die von der türkischen Armee zu Kriegszeiten in dem Gebiet verlegt worden seien.
Parallel zur Besta-Operation sei am 3. Mai am Cudi-Berg eine Operation begonnen worden, die ebenfalls fortgesetzt werde. Nach Angaben des HPG-Hauptquartiers ist es dabei am 3. Mai zu Gefechten zwischen einer Einheit der türkischen Armee und der Guerilla gekommen. Während die HPG-Kräfte keine Verluste zu verzeichnen hatten, habe es auf Seite der türkischen Armee Verluste in unbekannter Höhe gegeben.
Außerdem seien Militärs nach Sirnak und Silopi verlegt worden, was auf eine bevorstehende Operation in Südkurdistan hindeute. *(ÖP,YG, 3.-9.5., ISKU)*

Meldungen

15 Flüchtlinge von sinkendem Boot gerettet

Die griechische Küstenwache hat am Samstag 15 Flüchtlinge von einem sinkenden Fischerboot gerettet und nach einem als vermisst gemeldeten Mann gesucht. Wie das Handelsmarineministerium erklärte, wurde das unter türkischer Flagge fahrende Boot auf dem Weg von der türkischen Küste zur griechischen Insel Kos in der östlichen Ägäis entdeckt.
(Yahoo!, 4.5., ISKU)

UNO will Irak-Sanktionen reformieren

Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates einigten sich in einem Entwurf auf so genannte "smart sanctions". Danach darf der Irak nach wie vor keine eindeutig militärischen Güter importieren. Bei zivilen Produkten soll die bislang strikte Vorprüfung gelokkert werden. Wegen des Einspruchs der USA sowie in einigen Fällen Großbritanniens gelangten in den letzten beiden Jahren nur rund 90 Prozent bestellter Medikamente, 75 Prozent der medizinischen Geräte sowie weniger als 50 Prozent Ersatzteile für zivile Infrastruktur in den Irak. Die Einigung des Sicherheitsrates auf die Reform der Sanktionen ist Voraussetzung für eine Verlängerung des Programms "Öl für Nahrungsmittel", mit dem der Irak seine Importe finanziert und das Ende Mai ausläuft.
(taz, 9.5., ISKU)

"Anna Lindh, treten sie zurück"

Unter dieser Überschrift ruft das Kurdische Frauenbüro für Frieden e.V. zu einer Unterschriftenkampagne gegen die EU-Entscheidung die PKK auf die Liste terroristischer Organisationen zu nehmen auf. Anna Lindh ist seit 1998 Außenministerin der sozialdemokratischen Regierung Schwedens. Mit der Forderung, die PKK auf die EU-Liste terroistischer Organisationen zu nehmen machte sie sich in der europäischen Öffentlichkeit einen Namen. Das Kurdische Frauenbüro für Frieden ruft alle auf, gegen die drohende Kriegsgefahr gemeinsam zu kämpfen. Der Aufruf ist auf unser Internetseite zu finden.
(ISKU)

Türkei will zu Nahostgipfel einladen

Die geplante Nahost-Konferenz wird möglicherweise Anfang Juni in der Türkei stattfinden.

Der türkische Außenminister Ismail Cem erklärte die Bereitschaft seines Landes, das Treffen auszurichten. Er habe die Frage mit Israelis und Palästinensern erörtert, sagte Cem; eine offizielle Anfrage an die Türkei liegt aber noch nicht vor. Israelische Medien meldeten dagegen, die US-Regierung habe Israel bereits über den Tagungsort Türkei informiert.

(TS, 5.5., ISKU)

Stimmen für Anerkennung des Kurdischen auch aus ANAP und DYP

Diskussion um kurdische Sprache

Der stellvertretende ANAP-Vorsitzende Erkan Mumcu hat am 8. Mai auf einer Veranstaltung in der Technischen Universität Aachen erklärt, die Einführung von Kurdisch als Wahlfach an den Universitäten zu befürworten. Auf die Frage eines MHA-Korrespondenten nach der Situation der Studierenden, die in der Türkei - Kandidatin für die EU-Mitgliedschaft - aufgrund ihrer Forderung nach muttersprachlichem Unterricht von den Universitäten ausgeschlossen und von Repression betroffen sind, entgegnete Mumcu: "Wenn die Forderung nach Kurdisch-Unterricht existiert, dann bin ich auch dafür, diese Forderung zu erfüllen. Kurdisch könnte als Wahlfach an den Schulen und Universitäten eingeführt werden. Wenn Bürger eine solche Forderung aufstellen, muss positiv darauf reagiert werden."
Weiterhin verwies Mumcu auf das Stocken in der Funktionalität des Staates. Solange das bestehende System in der Türkei sich nicht ändere, könne es auch keine Lösung der Probleme geben, so Mumcu. "Um das System zu ändern, müssen sich zunächst die Köpfe ändern. Weil das System nicht auf der Bevölkerung, der Gesellschaft aufbaut, produziert es Probleme. Um das zu ändern, ist ein intensiver Kampf vonnöten."

Nachnamen des Vali verbieten!
Nach einem Erlass des Innenministerium zur Änderung kurdischer Namen und der Einleitung von Prozessen gegen die Erziehungsberechtigten von 23 Kindern im Kreis Dicle bei Diyarbakir durch die Jandarma-Kommandantur weitet sich die Diskussion um das Namensverbot weiter aus. Eine schriftliche Stellungnahme zum Thema gab der DYP-Abgeordnete M. Salim Ensarioglu ab, der selbst aus Dicle stammt. In der Erklärung heisst es, der Befreiungskrieg des Landes sei durchgeführt worden, ohne einen Unterschied zwischen Kurden und Türken zu machen. "Dieses Land ist gemeinsam gegründet worden und wir sind gezwungen, gemeinsam zu leben." Auch der Nachname des Valis sei kurdisch, folglicherweise müsse auch dieser verboten werden.

Anhaltende Repression
Von den zunehmenden politischen Diskussionen unbeeindruckt wurde am Dienstag in Istanbul der Prozess gegen MitarbeiterInnen des Mesopotamischen Kulturzentrums (MKM) fortgesetzt. Sie waren zu Sylvester festgenommen worden, weil sie in traditioneller Kleidung trommelnd und singend die Istiklal Caddesi entlang gezogen waren. Die Anklage lautete auf "Verstoß gegen das Demonstrations- und Versammlungsgesetz".
Nach Aussagen von vier Polizeizeugen seien 25 MKM-MitarbeiterInnen in traditioneller Kleidung die belebte Istiklal Caddesi entlang gelaufen und hätten dabei die Parolen "Wir wollen keinen Krieg", "Wir fordern Freiheit" und "Wir fordern muttersprachlichen Unterricht" gerufen. Da sie sich auch auf die Verwarnung der Polizei hin nicht aufgelöst hätten, seien sie schließlich festgenommen worden.
Der Rechtsanwalt Erol Memis legte eine Videokassette vor, die von MKM-MitarbeiterInnen am Tag des Vorfalls aufgenommen worden war, und bezichtigte die Zeugen der Falschaussage. Seine MandantInnen hätten keine Parolen gerufen, wie das Video belege. Die Polizei habe zunächst die Aktion gestattet. Nachdem Blumen an PassantInnen verteilt worden seien, seien die Festnahmen erfolgt. Die Verhandlung wurde auf den 25. Juni 2002 vertagt. *(YG online, 8./9.5., ÖP, 8.5., ISKU)*

Türkei beunruhigt über Entwicklungen in Südkurdistan

Drohungen gegen KDP und PUK

Die Türkei ist beunruhigt über die politischen Entwicklungen in Südkurdistan und schliesst eine umfassende Operation auch gegen die südkurdischen Kräfte (KDP/PUK) nicht aus. Diese Information verbreitet die arabischsprachige Zeitung El Hayat unter Berufung auf türkische Quellen.
Im Gespräch mit der Zeitung kündigte der türkische Außenminister Ismail Cem an, eine gegen die Interessen der Türkei gerichtete Entwicklung in der Region nicht zu dulden und diese notfalls mit einer militärischen Intervention zu verhindern. Weiter heißt es in dem Artikel, die Regierung in Ankara sei beunruhigt über die Gespräche, die Mesut Barzani und Celal Talabani in westlichen Ländern geführt hätten. Insbesondere in militärischen Kreisen besteht trotz der mit den USA erreichten Partnerschaft die Befürchtung, es könne in der Praxis im Falle eines Sturzes des irakischen Regimes ein kurdisches staatenähnliches Gebilde entstehen. Deshalb ist es im Interesse der türkischen Armee, dass Saddam nicht gestürzt wird.
Die Befürwortung einer föderativen Struktur im Irak lässt nach Angaben von El Hayat die Anspannung Ankaras ansteigen. Insbesondere der KDP-Führer Mesut Barzani könne von einer möglichen Reaktion Ankaras getroffen werden.
Auch Ismail Cem sah im Gespräch mit der Zeitung keinen Anlass, die Unruhe in politischen und militärischen Kreisen zu verheimlichen.

(Medya TV Online, 3.5, ISKU)

Einstellung im Fall Andrea Wolf

Nachdem Andrea Wolf am 23. Oktober 1998 in der Nähe des Dorfes Keles im Kreis Catal bei Van im Rahmen einer Operation gefangen genommen und hingerichtet worden war, hatte die Rechtsanwältin Eren Keskin Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Catak gestellt. Daraufhin war von Staatsanwalt Raif Bikmaz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. . Staatsanwalt Bekir Toprak jedoch, der auf Anweisung von Bikmaz die Akten untersucht hat, hat jetzt erklärt, es sei "kein Thema, ob Wolf lebend oder tot gefangen genommen wurde" und entschieden, das Verfahren einzustellen.
Die Rechtsanwältin Eren Keskin teilte daraufhin mit: "Wir haben der Staatsanwaltschaft Informationen über den Ort, an dem Wolf begraben ist, gegeben. Entsprechend der Zeugenaussagen haben wir gefordert, dass das Grab geöffnet wird. Die Staatsanwaltschaft hat unsere Forderung jedoch nicht beachtet und das Verfahren ohne das Grab zu öffnen eingestellt." In der juristischen Korrespondenz habe sich herausgestellt, dass der Tod von Andrea Wolf nirgendwo offiziell registriert sei. "Wir wollen in der Türkei selbst zu einem Resultat kommen. Wenn das Strafgericht den Beschluss auf Einstellung nicht aufhebt, werden wir den Fall vor den Europäische Menschenrechtsgerichtshof bringen. Damit wird der Vorfall noch grösser werden. Wenn dies nicht gewollt wird, muss der Fall unverzüglich aufgeklärt werden."
Die Mutter von Andrea Wolf hatte sich in der Türkei darum bemüht, den Leichnam ihrer Tochter ausgehändigt zu bekommen.

(YG, 4.5., ISKU)

Termine

Konferenz zu Muttersprache und Identität
Am 25. Mai 2002 findet in Frankfurt a.M. die Halbtagskonferenz "An der kurdischen Sprache scheiden sich die Geister" zum Thema Muttersprache, Identität, Emigration und Anerkennung der KurdInnen statt. Die vom Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK) initiierte Halbtagskonferenz ist in Themenbereiche mit folgenden ReferentInnen unterteilt:

1) Einführung / Information zur Kampagne der Studierenden in der Türkei/Kurdistan - Referent: Studentischer Vertreter der Kampagne von der 100. Jahr Universität in Van/Türkei

2) Bedeutung und Rolle der Muttersprache für ein Volk Referent: Prof. W.D. Narr, Soziologe - FU Berlin

3) Systematische Verleugnung der kurdischen Identität im Nahen Osten und Verbot der kurdischen Sprache - Referentin: Karin Leukefeld, Journalistin

4) Kurdische Identität im Exil - Status der KurdInnen in Europa, vor allem in der BRD - Referenten: Haci Erdogan, Psychologe (KNK - Nationalkongress Kurdistans) und Adnan Yildirim, GEW-Hessen, Leiter der PG MigrantInnen/Interkulturelle Bildung

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
TS = Tagesspiegel

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 54
17. Mai 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

"Terroristisch sind nicht die Kurden, sondern diejenigen, die ein Volk verleugnen"

Am 15. Mai diskutierten in einem speziellen Diskussionsprogramm bei Medya TV kurdische und türkische Politiker und Politikerinnen über die Bedeutung der Aufnahme der PKK auf die europäische "Terrorliste". Duran Kalkan nahm telefonisch an der Gesprächsrunde teil. Er erklärte, bei dem EU-Entscheid, der im Anschluss an die Gründung des KADEK auf Grundlage eines Demokratieprogramms getroffen wurde, handele es sich um eine Gegenoffensive internationaler reaktionärer Kräfte. Die aktuelle Situation definierte er als eine Auseinandersetzung zwischen dem antidemokratischen System Europas und dem von kurdischer Seite entwickelten demokratischen System, das auf den Interessen der Völkern basiere.

Weiter verwies Kalkan auf die Rolle bestimmter kurdischer Organisationen. In der Beschlussfassung der EU sei weniger die Existenz der PKK in der Türkei ausschlaggebend gewesen, sondern vielmehr die in Südkurdistan. "Der PUK-Vorsitzende Celal Talabani fährt nach Ankara und Syrien und über unseren Genossen Cemil Bayik [siehe Nuce Nr. 48] erscheinen Falschmeldungen in den Medien. Er sagt, dass er zwischen uns und der Türkei vermitteln will. Bei diesen Besuchen hat Talabani die Botschaft vermittelt, Cemil Bayik könne an die Türkei ausgeliefert werden. Es handelt sich dabei um Entwicklungen, die denen im Vorfeld des 15.-Februar-Komplotts [Anm: Entführung Abdullah Öcalans in die Türkei] ähneln. Im Anschluss fährt er nach Europa und trifft sich mit Amerikanern und Europäern. Und dann veröffentlicht die EU ihre Entscheidung."

Kalkan machte außerdem auf Meldungen aufmerksam, mit denen Kemal Burkay und Talabani in verschiedenen Medien die PKK verurteilt hätten. Die Rolle der Türkei in der Beschlussfassung der EU sei nicht ausschlaggebend gewesen, im Gegenteil sei wie beim 15.-Februar-Komplott versucht worden, die Türkei zu ihrem eigenen Nachteil in ein Spiel zu ziehen.



Duran Kalkan

Mit dem EU-Beschluss sei noch einmal verdeutlicht worden, dass in Wirklichkeit hinter der Vernichtungspolitik in Kurdistan Europa stecke, so Kalkan. Er verwies auf verschiedene historische Fakten in diesem Zusammenhang. Die Spaltung Kurdistans sowie das System der Vernichtungspolitik sei von Europa betrieben worden. Für die Spaltung Kurdistans seien nicht nur die über Kurdistan herrschenden Länder verantwortlich, sondern in erster Linie Europa und im weiteren auch "falsche kurdische Freunde". Mit dem Beschluss sei die tatsächliche Dimension des gegen die Kurden gerichteten historischen Komplotts ans Tageslicht gekommen. Ein weiterer Punkt sei die Tatsache, dass Europa jetzt das zuvor dem Mittleren Osten auferlegte System ändern wolle und dabei wieder auf gewalttätige Auseinandersetzungen in der Region gegen demokratische Kräfte setze. Damit sei die Scheinheiligkeit der Demokratie Europas erneut offenkundig geworden.

Weiter betonte KADEK-Präsidialratsmitglied Duran Kalkan die Wichtigkeit des Kampfes des kurdischen Volkes gegen diese Machenschaften. Es bestehe kein Grund zur Besorgnis angesichts des Versuches, Auseinandersetzungen zu schüren. "Wichtig ist, auf demokratischen Wegen und mit Methoden, die auf dem Willen der Massen basieren, zu kämpfen. Wenn dies gelingt, wird der begonnene Kampf wichtige Entwicklungen für die Region, Europa und die Menschheit hervorbringen."

Als Ergebnis des kurdischen Kampfes für Demokratie werde ein demokratisches Zivilisationssystem entstehen, dass zum Nutzen der Region und der Menschheit sei. Zum Schluss dankte Kalkan dem kurdischen Volk und insbesondere den Frauen und Jugendlichen für den bisher geführten Kampf. "Der Kampf muss mit grosser Moral und Überzeugung fortgesetzt werden. Terroristisch sind nicht die Kurden, sondern diejenigen, die ein Volk verleugnen. Letztendlich werden die siegen, die das System verändern wollen."

(Medya TV-Online, 15.5., ISKU)

Irak-Invasion nach Muster Afghanistans

Die Front gegen den Irak formiert sich: Bei einem Geheimtreffen in Deutschland haben USA- Abgesandte und Vertreter der irakischen Opposition jetzt »konkrete Vorstellungen aufeinander abgestimmt«, war am Mittwoch in Washington aus CIA-Kreisen zu erfahren. Dabei sei ein Vorgehen gegen Saddam nach »afghanischem Muster« verabredet worden, erläuterte ein USA-Experte. Die Kurden in Nordirak (KDP und PUK) und die Schiiten im Süden des Landes sollen nach dieser Darstellung die »Angriffsrolle« am Boden übernehmen, wie im Herbst die Truppen der »Nordallianz« in Afghanistan, die mit den US-Amerikanern bei ihrem Angriff verbündet waren. Der USA-Plan sieht weiter wochenlange Bombardements zur Unterstützung der kollaborierenden Kurden und Schiiten, dann den Einmarsch vor.

Ein Angriff auf Irak, der allgemein in der westlichen und arabischen Welt inzwischen abgelehnt wird, werde angeblich nicht mehr in diesem Jahr stattfinden.

(ND, 16.5., ISKU)

Meldungen

Hungerstreik europaweit

In Europa wird mit verschiedenen Aktionen die Kampagne unter dem Motto "KurdInnen fordern Gerechtigkeit" weiterverfolgt. Mit Demonstrationen, Kundgebungen und Hungerstreiks wird gegen die EU-Entscheidung, die PKK auf die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen, protestiert. *(ÖP, 12. 5., ISKU)*

Kurdische Proteste in Syrien

Gegen die erneute Einstufung der PKK als "terroristische Organisation" durch die EU gibt es auch in Syrien verschiedene Demonstrationen und Kundgebungen. Vor allem in Kobani, Rakka, Halep und Afrin. wurde die Entscheidung Europas verurteilt. In Kobani nahmen an einer Demonstration 300 Menschen teil, in Rakka 200 Menschen und in Halep 600 Menschen. *(ÖP, 14. 5., ISKU)*

Verfahren wegen Separatismus wegen eines kurdischen Liedes

In Adiyaman ist gegen den Sänger Mehmet Arik vom Kommegena Kulturzentrum ein Verfahren wegen "separatistischen Propaganda" eröffnet worden, weil er auf der 1.Mai Kundgebung kurdische Lieder gesungen hat. Gestern wurde er dem Staatsanwaltschaft in Adana vorgeführt. Nach dem Verhör wurde er vorerst freigelassen. *(MHA, 9.5., ISKU)*

Flüchtlinge entdeckt

Die türkische Küstenwache hat an der Ägäisküste bei Izmir eine griechische Jacht mit 83 irakischen Flüchtlingen an Bord aufgebracht. Das Schiff wurde in einen Hafen geschleppt. Alle Personen wurden in Gewahrsam genommen. *(taz, 13.5., ISKU)*

Gewerkschafter auf dem Weg nach Ankara

Aus insgesamt 81 Provinzen der Türkei haben sich gestern führende Mitglieder der Gewerkschaften, die dem Türk Is-Verband angehören, auf den Weg nach Ankara gemacht. Auf Transparenten und in Sprechchören wurde der Rücktritt der Regierung gefordert und die Leitung des Dachverbandes Türk Is kritisiert. Vor ca. 700 Arbeitern in Kadiköy wurde die Regierung wegen der Umsetzung der IWF-Auflagen für die Türkei angegriffen. Die Regierung sei auch für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Nach einer Demonstration zum

Militäroperationen in Kurdistan

In Nordkurdistan in Siirt, Dersim, Diyarbakir und Bingöl haben Militäroperationen begonnen. Im Kreis Eruh bei Siirt hat am 7. Mai 2002 ein Gefecht zwischen Einheiten der türkischen Armee und den Volksverteidigungskräften (HPG) stattgefunden, wobei der HPG-Angehörige Cebrail Yigit getötet wurde. Die Operation am Cudi soll inzwischen beendet sein.

Im Gebiet Alibogazi, Kreis Cemisgezek, in der Provinz Dersim haben nach Berichten Einheiten der türkischen Armee eine Operation mit Luftunterstützung begonnen. In einer schriftlichen Erklärung des Vali von Dersim hieß es, wegen der Operation sei das Gebiet für Zivilisten aus Sicherheitsgründen gesperrt; bis zu einer weiteren amtlichen Mitteilung gelte dieses Verbot.

Zeitgleich mit der Einstufung der PKK als "terroristische Organisation" durch die Europäische Union begann die türkische Armee vor allem im Gebiet Haftanin und Botan mit neuerlichen Operationen. Dabei kam es auch zu Gefechten. Nach Angaben örtlicher Quellen bereitet die türkische Armee auch Operationen in Südkurdistan vor. Den Dorfschützern in Uludere sei das erste Mal nach langer Zeit wieder der Befehl erteilt worden, sich bereit zu halten

In Südkurdistan haben die Turkmenen vor kurzem eine intensive militärische Ausbildung angefangen. Auf der letzten Sitzung der turkmenischen Front wurde mitgeteilt, dass dieser Beschluss gefällt worden sei, um auf mögliche Entwicklungen im Irak vorbereitet zu sein. Es sei dabei auch angekündigt worden, der Türkei im Falle einer Operation jede Art von Unterstützung zukommen zu lassen.
Auch die irakische Führung bereitet sich auf eine mögliche Operation vor und hat Truppen an die Grenze nach Südkurdistan verlegt.

(YG Online/ ÖP, 11/12/15 5., ISKU)

Gefangene fordern weiter Lösung

Wie die KADEK-Gefangenen im Gefängnis Bayrampasa mitgeteilt haben, ist einhergehend mit der Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen die Repression in den Gefängnissen angestiegen. Bezweckt werde, mit Provokationen die Friedensphase zum scheitern zu bringen.

Im Gefängnis Umraniye ist zum Kleinzellensystem übergegangen worden, Privatgegenstände der Gefangenen wurden beschlagnahmt , Gefangene mit Gesundheitsproblemen erhalten keine ärztliche Behandlung und es wird ein militärischer Appell abgehalten. Das gleiche gelte für Bayrampasa. Mit willkürlichen Provokationen beim Appell, bei Anwaltsgesprächen oder bei Fahrten zum Gericht oder ins Krankenhaus werde versucht, die ohnehin gespannte Atmosphäre weiter aufzuheizen. "Sogar der Hofgang wird verkürzt. Auch das Besuchsrecht können wir nicht wirklich geltend machen, weil wir mit 60 Personen in neun Kabinen sind und so nur 5-10 Minuten Zeit haben für unseren Besuch."

Diesen willkürlichen Handlungsweisen sei durch eine bestimmte Politik der Boden bereitet worden. "Angesichts der steigenden Repression sollten alle intellektuellen und demokratischen Menschen, Juristen, Menschenrechtler sowie die demokratische Öffentlichkeit die Entwicklungen aufmerksam verfolgen."

Todesfasten außerhalb der Gefängnisse beendet
Vier Personen haben am 13. Mai das seit insgesamt 18 Monaten andauernde Todesfasten gegen die F-Typ-Gefängnisse beendet. Dabei handelt es sich um Deniz Bakir und Fikret Lüle aus dem MLKP-Prozess, die nach ihrer Haftentlassung das Todesfasten im Istanbuler Stadtteil Gazi fortgesetzt hatten, sowie um Cebrail Gündogdu und Kazim Özer in Izmir. Das Todesfasten außerhalb der Gefängnisse ist damit beendet.
Bakir, der zu der 4. Gruppe der Todesfastenden gehörte, hat sich am 123. Tag, Lüle am 369. Tag seiner Beteiligung an der Aktion in medizinische Behandlung begeben.

Unterstützung der Formel "Drei Türen, drei Schlösser"
Wie Fikret Lüle mitteilte, sei es der Staat, der zu keiner Einigung zu bewegen sei. Bei den eigenen Forderungen handele es sich um sehr menschliche. "Indem wir draußen mit dem Todesfasten weitergemacht haben, haben wir ein weiteres Mal gezeigt, dass dieser Prozess draußen und drinnen fortgesetzt wird. Wir wollen, dass das Sterben nicht mehr notwendig ist. Das kann durch die gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zur Formel "Drei Türen, Drei Schlösser" verwirklicht werden, hinter der viele Parteien, Massenorganisationen und Gewerkschaften stehen. Auch wenn unsere Forderungen nicht vollständig erfüllt werden, ist aus unserer positiven Antwort zum Vorschlag "Drei Türen, drei Schlösser" deutlich geworden, dass nicht wir die Seite sind, die sich einer Lösung verweigert, sondern der Staat."
Deniz Bakir, erklärte außerdem, dass der Kampf gegen den F-Typ und die Isolation nicht beendet sei. *(YG/Radikal-Online, 10/14.5., ISKU)*

Kurdisch-Unterricht als Foltergrund

Am 7. Mai 2002 wurden 12 Personen in einer Wohnung in Mardin von türkischen Sicherheitskräften festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt. Das Verbrechen, das ihnen vorgeworfen wird: Sie haben in einer Wohnung Kurdisch gelernt.
Elf der Verhafteten sind Mitglieder der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen. In einer schriftlichen Erklärung der Zweigstelle von Egitim Sen in Mardin heisst es, dass die Festgenommenen schwer gefoltert worden seien: "Unsere Kollegen und Kolleginnen sind mit verschiedenen Methoden gefoltert worden; sie sind mit einem Hochdruckwasserstrahl abgespritzt worden, ihnen wurden Plastiktüten über den Kopf gezogen, sie wurden dazu gezwungen, Märsche zu singen und im 'Ententgang' zu laufen, sie wurden brutal geschlagen, drei Tage ohne Nahrung und Wasser gelassen, nackt ausgezogen, ihre Hoden wurden gequetscht, sie wurden beschimpft und beleidigt." Eine der Gefolterten ist trotz ihrer Schwangerschaft nicht von der Folter verschont worden und hat Aufgrund der Misshandlungen ihr Kind verloren.

Weiterhin macht Egitim-Sen darauf aufmerksam, dass die Rechtsprozedur nach der Festnahme völlig vernachlässigt worden sei. Trotz Einspruch der Anwälte hätten am staatsanwaltschaftlichen Verhör zwischen 25 und 30 Polizisten teilgenommen. Die Gewerkschaft rief die Öffentlichkeit zur Beachtung des Vorfalls auf.

Sechs Lehrer freigelassen
Von den elf Lehrern und Lehrerinnen, sind sechs freigelassen worden, nachdem gegen ihren Haftbefehl Einspruch eingelegt worden war. Sie wurden am Ausgang des Gefängnisses von Mardin von Mitgliedern der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen empfangen. Die noch in Haft befindlichen fünf Lehrer und ein Agraringenieur werden in den kommenden Tagen einem Richter vorgeführt werden.
(YG Online/ÖP, 12/15.5., ISKU)

Fähranlegeplatz Haydarpasa begann die Fahrt der Gewerkschafter. *(ÖP, 15.5., ISKU)*

"Atakurt"-Verfahren wurde beigelegt
Nach 7 Jahren wurde jetzt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein Verfahren gegen die Türkei mit einer einvernehmlichen Lösung abgeschlossen. Im April 1995 hatte ein Journalist der Zeitung "Milliyet" eine Glosse verfasst: Was wäre passiert, wenn Kemal Atatürk kurdischer Abstammung gewesen wäre und Türkisch eine verbotene Sprache geworden wäre. Der Journalist wurde unverzüglich gefeuert. Unter anderem wegen "Herabwürdigung des Staates" wurde ein Verfahren des Staatssicherheitsgerichtes gegen ihn eröffnet. Dagegen rief A. Altan den AIHM an. *(ÖP, 15.5., ISKU)*

Medienaufsicht darf im Internet zensieren
Türkische Internet-Betreiber müssen künftig die Inhalte ihrer Websites der staatlichen Medienaufsicht zur Genehmigung vorlegen. Das sieht ein neues Rundfunk- und Fernsehgesetz vor, das am Dienstagabend vom Parlament in Ankara verabschiedet wurde. Nach den neuen Bestimmungen können die Betreiber von Chatrooms oder Diskussionsforen auch für alle dort verbreiteten Inhalte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Zensurbestimmungen werden nach Einschätzung von Beobachtern dazu führen, dass zahlreiche türkische Internetbetreiber ihre Websites schließen. Künftig können "falsche Nachrichten" und Berichte, die "Pessimismus verbreiten" oder "Angst schüren" mit Geldstrafen von bis zu 200 000 Euro geahndet werden. Die neuen Bestimmungen werden nach Ansicht von Kritikern auch die Konzentration in der Medienlandschaft beschleunigen.
(FR, 16.5., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
MHA = Mesopotamische Nachrichtenagentur
FR = Frankfurter Rundschau

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 55
24. Mai 2002

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit KADEK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan

Kurden dem Irak geopfert

Nurdogan Aydogan sprach mit dem KADEK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan über die Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen. Wir haben das Interview, dass am 18. Mai in der Özgür Politika erschien, redaktionell überarbeitet und stark gekürzt.

Nach der Aufnahme der PKK auf die "Terrorliste" der EU sind die Militäroperationen der Türkei in Kurdistan verstärkt worden. Wie verlaufen die Entwicklungen?
Bereits vor der Beschlussfassung der EU sind unsere Friedensbemühungen ständig sabotiert worden. Für die türkische Seite bedeutet die Entscheidung der EU die Unterstützung und Zustimmung für ihre Angriffe. Deshalb kann es sein, dass es erneut zu einem Krieg in Kurdistan kommt. Höchstwahrscheinlich wird zunächst versucht werden, unsere im Norden verbliebenen Gruppen zu vernichten. Überall finden Operationen statt, vor allem in Botan. Auch für den Süden gibt es Vorbereitungen. Mit großer Wahrscheinlichkeit verfolgen sie die Zielsetzung, zunächst die Kräfte im Norden zu zerschmettern und dann in den Süden zu gehen. Eigentlich hatten wir seit drei bis vier Jahren mit der Ausrufung des Waffenstillstandes den Krieg von unserer Agenda gestrichen, aber der türkische Staat hat lediglich die Operationen im Süden eingestellt und im Norden fortgesetzt. Jetzt wird er wohl im Norden weitermachen und auch der Süden wird wieder aktuell werden. Wir haben in den letzten drei Jahren alles Notwendige getan, damit so etwas nicht geschieht. Denn der Krieg wird weder dem türkischen noch noch dem kurdischen Volk etwas nützen. Der türkische Staat verfügt leider nicht über die notwendige Logik, dies zu erkennen und nicht auf dieses Spiel hereinzufallen. Die verschiedenen Seiten werden dazu gebracht, sich gegenseitig zu bekämpfen. Diese Strategie wenden die westlichen Mächte seit Ewigkeiten gegen andere Völker an. Gegen diese Entwicklung arbeiten wir. Aber wenn es trotzdem passiert, sind wir zur Selbstverteidigung gezwungen. Unter keinen Umständen werden wir uns wie die Lämmer opfern. Doch wir sind der Meinung, dass es zu einer solchen Entwicklung nicht kommen darf.

Es sind Gerüchte aufgekommen, dass es zwischen der Türkei und der EU ein geheimes Abkommen dazu gibt.
Die USA planen, gegen den Irak zu intervenieren, dieser Plan ist bekannt und existiert sei längerer Zeit. Nach der Rundreise Dick Cheneys durch die Region wurde klar, dass Länder wie Saudiarabien und Jordanien an einem solchen Plan nicht teilnehmen und keine Unterstützung leisten werden. Die USA sind aber beharrlich und haben nach einer anderen Basis gesucht. Und eine davon ist eben die Türkei, der Rest bleibt vielleicht Kuwait überlassen. Jetzt ist vor allem das Problem aufgetreten, die Türkei von einer Irak-Intervention zu überzeugen. Die Sorge der Türkei liegt darin, dass sich die PKK dort befindet und die Möglichkeit besteht, dass die Kurden einen offiziellen Status erlangen. Um die Sorge der Türkei zu mindern, wurde eiligst die Aufnahme der PKK auf die "Terrorliste" vorgenommen.
In einer Intervention gegen den Irak wird der Türkei die Rolle gegeben werden, die in der Afghanistan-Operation Pakistan inne hatte. Und damit die Türkei die Rolle akzeptiert und ihre Besorgnis in Bezug auf die kurdische Frage gelindert wird, musste die PKK auf die "Terrorliste" aufgenommen werden. Jetzt herrscht Überraschung, wenn die PKK während des Krieges nicht auf die Liste aufgenommen wurde, warum dann jetzt?
Die PKK hat den Krieg vor vier Jahren zum Stillstand gebracht. Teil der US-Politik in der Region war es, Europa zu dieser Entscheidung zu drängen. Mit der Tatsache, dass im Falle eines Sturzes Saddams keine Klarheit herrscht, was aus Südkurdistan und der Gesamtheit des Irak wird, soll also Nordkurdistan geopfert werden.

Wird diese Herangehensweise ein Ergebnis hervorbringen?
Es ist kein Zufall, dass sich die bekannten kurdischen Führer aus dem Süden gerade zu diesem Zeitpunkt in Europa aufgehalten haben. Wir haben eine Stellungnahme von ihnen gefordert, darauf warten wir immer noch. Es haben Sitzungen stattgefunden, in Berlin und London sind Beschlüsse gefasst worden. Zunächst wurde dieser Plan in Europa, dann in den USA besprochen. Um die Türkei zu überzeugen, wurde der kurdische Prozess als terroristisch erklärt. Die Situation wird auch falsch eingeschätzt. D.h., die Aufnahme der PKK auf die "Terrorliste" und damit die Verurteilung des kurdischen Nationalprozesses zeigt, dass die Kraft der kurdischen Befreiungsbewegung nicht vollständig und ausreichend gesehen wird. Die Macht und der Einfluss des KADEK und der HPG (Volksverteidigungskräfte) in der Region werden nicht gesehen oder nicht mit in die Rechnung einbezogen. Das sagen wir deshalb, weil es eine offenkundige Tatsache ist, dass eine Macht, die sich gegen die Kräfte der HPG stellt, keinen ernsthaften Erfolg im Irak verzeichnen kann.

Sie haben zu einer Friedenskonferenz für den Mittleren Osten aufgerufen
Der Aufruf zu der Friedenskonferenz für den Mittleren Osten ist eine Notwendigkeit der von uns verfolgten Linie. Sie ist Hauptelement des Kampfes des KADEK im Mittleren Osten. Wir machen diesen Aufruf nicht, weil das Fundament für eine Lösung besteht, sondern weil es notwendig ist, dieses Fundament zu stärken. Wir denken dabei an eine Konferenz, an der alle interessierten und betroffenen Kreise teilnehmen können, an eine Plattform, an der Kurden aus allen Teilen teilnehmen, Türken, Araber, Perser, auf der unser aller Probleme miteinander diskutiert und über einen Dialog und mit zivilisierten Methoden gelöst werden oder zumindest der Weg für eine Lösung geebnet wird. Solange wir so etwas nicht hinkriegen, wird immer die Gefahr einer Intervention von außen bestehen. Und die Situation, dass die Länder der Region die kurdische Karte gegeneinander verwenden, wird ewig weitergehen. Unsere Strategie als KADEK ist die Schaffung einer Einheit der Völker des Mittleren Ostens, ihrer Geschwisterlichkeit und einer demokratischen Föderation, sowie der Kampf dafür.

Das vollständige Interview ist auf unserer Sonderseite zur EU-Liste

Meldungen

Neue sozialistische Partei soll gegründet werden
In einem Interview äusserte sich der Sprecher für die Vorbereitungsarbeiten, Akin Birdal, zu den Plänen. Nach seinen Äusserungen laufen zur Zeit noch Aufbauarbeiten und Gespräche mit Gewerkschaften etc. Die Parteigründung solle im Herbst erfolgen. Für den Fall von vorgezogen Neuwahlen sei man vorbereitet.
(ÖP, 21.5., ISKU)

Gefängnisse in der Türkei
In der Türkei sind nach Angaben des Justizministeriums vom Dezember 2001 insgesamt in 527 Haftanstalten 51 714 Menschen in Haft, davon 7 500 als politische Häftlinge. Insgesamt gibt es danach 19 verschiedene Arten von Haftanstalten. Zu Haftstrafen verurteilt sind 27 541 Inhaftierte, 24 173 weitere sind während des Verfahrens in Haft. Von 1 943 Inhaftierten weiblichen Geschlechts sind 57 Mädchen. Insgesamt sind 1 889 Kinder in Haft. Wegen Folterstraftaten sind 4 Personen in Haft, gegen 8 weitere läuft ein Verfahren. Gegen 5 Beamte wurde eine Strafe wegen Amtsmißbrauch verhängt.
(ÖP, 19.5., ISKU)

Neue Amnestie für Gefangene in der Türkei
Das türkische Parlament hat gegen das Veto des Präsidenten ein erneuertes Amnestiegesetz verabschiedet. Bis zu 5000 Gefangene können damit vorzeitig freikommen, unter ihnen auch rechtsextremistische Mörder. Politische Häftlinge jedoch bleiben von der Amnestie ausgeschlossen. *(NZZ, 23.5., ISKU)*

Türkischer Staatspräsident lässt Mediengesetz prüfen
Der türkische Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer hat mehrere Passagen des neuen türkischen Rundfunk- und Fernsehgesetzes beanstandet und deshalb das Verfassungsgericht angerufen. Einige der im Gesetz enthaltenen Verbote seien zu vage formuliert.
(DW, 22.5., ISKU)

Kurden ertranken in Grenzfluss
Bei dem Versuch, einen Grenzfluss zwischen Kroatien und Bosnien zu überqueren, dürften zwölf kurdische Flüchtlinge aus der Türkei ertrunken sein. Bis zum 20.Mai seien acht Leichen aus dem Grenzfluss geborgen worden, teilte die kroatische Polizei in Zagreb mit.

Türkei begeht Kriegsverbrechen

Ermutigt durch die Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen tötet die türkische Armee in Kurdistan Zivilisten.
Wie bekannt wurde, sind im Rahmen von Militäroperationen, die in allen Gebieten Nordkurdistans durchgeführt werden, auch in Südkurdistan schwere Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung verübt worden. Südkurdische Regionalzeitungen haben davon berichtet, dass die türkische Armee im Grenzgebiet in der Gegend von Kani Masi zwei Zivilisten getötet und drei weitere Personen verletzt hat. 47 Personen sollen festgenommen worden sein. Die Festgenommenen seien in den Norden gebracht worden, wo sie unter schwerer Folter verhört worden seien, so die Meldungen. Nach Beendigung der Verhöre seien sie an den Grenzpunkt Habur gebracht und der PUK ausgeliefert worden, wo sie in einer Militärgarnison weiter festgehalten und gefoltert worden seien. Damit hat die türkische Armee nach internationalen Vereinbarungen Kriegsverbrechen begangen.
Bereits zuvor hatten örtlichen Quellen in Südkurdistan darauf hingewiesen, dass die türkische Armee Truppen ins Grenzgebiet verlegt hat. Die an der Grenze stationierten türkischen Soldaten haben Beobachtungs- und Kontrollpunkte errichtet und führen Operationen gegen die umliegenden Dörfer aus. Zu Schaden kommen bei diesen Operationen hauptsächlich Zivilisten.

(Medya TV Online, 17 5., ISKU)

Friedens- und Demokratie-Deklaration

Aus allen kurdischen Provinzen haben Vertreter von 319 Organisationen ziviler gesellschaftlicher Organisationen, politischer Parteien, Gemeindevertreter, Berufsverbände und Wirtschaftsverbände eine Deklaration verabschiedet.
Für die Demokratisierung der Türkei müsse gesellschaftlicher Frieden erreicht werden und eine Lösung der kurdischen Frage. In der Deklaration sind Forderungen nach einer neuen Verfassung, nach Vorrang des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, nach Abschaffung der Todesstrafe, nach einem Ende des Ausnahmezustandes, des Streits in der Gesellschaft und einer allgemeinen Amnestie enthalten. In der Deklaration heißt es unter anderem, die Aufnahme der Türkei in die EU werde als wichtiger Schritt betrachtet. Ein Platz für die Türkei unter den modernen Staaten sei möglich bei Übernahme der Menschenrechte und internationaler Rechtsnormen. Der Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir sagte: "Die Türkei muss die Kopenhagener Kriterien komplett übernehmen". In der nächsten Zeit werde man sich wegen der verabschiedeten Deklaration mit Staatspräsident Sezer, Ministerpräsident Ecevit und dem Europaparlament treffen
In der Friedens- und Demokratie-Deklaration wird die Ausarbeitung einer freiheitlichen Verfassung gefordert, die sich auf internationale Rechtsnormen stützt. Die Verfassung von '82 muss geändert werden. "Die Einschränkungen von Grundrechten und Grundfreiheiten durch die Verfassung von '82 , über deren Rechtmässigkeit heftig debattiert wurde, stehen zum grossen Teil in Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsabkommen und internationalen Rechtsnormen. Aus diesem Grund muss die Türkei den Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft in Angriff nehmen und unter Beteiligung der zivilen Gesellschaft eine freiheitliche und demokratische Verfassung ausarbeiten". Im Mittelpunkt der Deklaration steht die sozioökonomische Situation des Gebietes. "Die lange Jahre stattfindenden Kämpfe im Gebiet sind der Grund für schwere Zerstörungen in der Wirtschaft. Die Einkommensgrundlage Landwirtschaft und Viehzucht ist vollkommen zusammengebrochen. Arbeitslosigkeit ist eine Existenz bedrohende Erscheinung geworden. Wegen der Flucht werden Millionen Hektar fruchtbares Ackerland seit Jahren nicht mehr für die Landwirtschaft genutzt." Um dieses Mißverhältnis zu beseitigen soll der Vorrang von besonderen Aufbauprojekten für das Gebiet anerkannt werden, forderte die Versammlung. Für die Bewirtschaftung nicht vorgesehene Bereiche sollten freigegeben werden, für die Rückkehr in die Dörfer sollten alle sozialen Bedingungen geschaffen werden, vor allem Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, waren die Forderungen. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Gebietes sollen vor allem das GAP-Projekt unverzüglich fertiggestellt werden, Hypotheken gestrichen werden und mit neuen Kreditprogrammen der Realsektor gestärkt werden

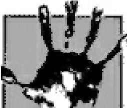
(ÖP, 19.5., ISKU)

Unteroffiziere als Brandstifter?

In den vergangenen Tagen wurde das HADEP-Gebäude der Gemeinde Erentepe in der Provinz Mus von bisher Unbekannten in Brand gesteckt sowie das Haus des aktiven HADEP-Mitglieds A. Koca beschossen. In diesem Zusammenhang wurde berichtet, es seien zwei Unteroffiziere versetzt worden, einer nach Tuzla, der Ort des zweiten ist noch nicht bekannt.
Der stellvertretende HADEP-Generalsekretär F. Yegin sagte in einem Gespräch, die Eröffnung eines HADEP-Büros in Erentepe sei durch den Unteroffizier Ilhan ständig verhindert worden, auch habe es Drohungen gegeben. Die beiden Unteroffizieren seien sofort nach Vorfällen versetzt worden. Nach Aussagen Yegin wird vor allem in der Provinz Mus stärker als in anderen Provinzen Druck auf die HADEP ausgeübt.

(ÖP, 22.5., ISKU)





Klassische Türkei

Im Rahmen der Protestaktion des Gewerkschaftsverbandes Türk Is in Ankara letzte Woche kam es auch zu einem Treffen des Vorsitzenden des Verbandes, B. Meral, mit dem Parlamentspräsidenten Izgi. Im Verlauf des Treffens wurde die Idendität eines filmenden Besuchers im Kreis der Journalisten offenbar Der enttarnte Zivilpolizist verstand den Grund des anschliessenden Rauswurfs aus dem Parlamentsgebäude nicht. "Wir überwachen die Aktionen der Türk Is vollständig. Vor zwei Tagen haben wir auch das Treffen mit dem Stellvertretenden Ministerpäridenten M. Yilmaz überwacht". Der zuständige stellvertretende Direktor der Sicherheitsbehörde Ankara verstand das ebenfalls nicht: "Das ist für uns Routinearbeit" verteidigte er sich.
Ein ähnlicher Fall wurde aus Van bekannt: Die Mitglieder der Menschenrechtskommission des Parlaments trafen sich in Van mit Vertretern zivler Organisationen.. Dem Abgeordneten der Saadet Partei, Bekaroglu, fiel eine filmende Person im Saal auf, die sich als Polizist der Sicherheitsbehörden Van entpuppte. Bekaroglu stellte deshalb eine schriftliche Anfrage im Parlament an den Innenminister, warum die Polizei von Abgeordneten Filmaufnahmen anfertigt. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

(ÖP, 18.5., ISKU)

Am 17.Mai waren bereits vier Tote nahe der kroatischen Stadt Zupanja entdeckt worden. Vier illegale Zuwanderer konnten gerettet werden. Ziel der Flüchtlinge sei Italien gewesen, hieß es. *(Der Standard, 21.5., ISKU)*

Türkische Küstenwache feuert auf Flüchtlingsschiff
Die türkische Küstenwache hat am Mittwoch ein Flüchtlingsschiff vor der Küste Zyperns beschossen und dabei einen Mann getötet und sieben Passagiere verletzt. Das Schiff habe vom südtürkischen Mersin aus Kurs auf Zypern genommen, teilte die türkische Polizei auf Zypern mit. Die Küstenwache habe das Schiff in den Gewässern nördlich der Insel aufgespürt und zum Stoppen aufgefordert. Als der Kapitän diese Forderung ignorierte, habe die Küstenwache das Feuer eröffnet. *(FR, 23.5., ISKU)*

Verbote und Schikanen gegen das 2. Kultur- und Kunstfestival in Amed
Für das Programm des 2. Festivals in Amed (Diyarbakir) wurden durch den Gouverneur mehrere Veranstaltungsverbote erlassen bzw. keine Erlaubnis erteilt. So sind sämtliche geplanten Aufführungen der Theatergruppe Teatra Jiyana Nu aus Istanbul nicht erlaubt, eine geplante Namensgebung für den Ahmet-Arif-Park und den Ahmet-Kaya-Boulevard wurde nicht erlaubt. Ausserdem sollen an den Tagen des Festivals die Veranstaltungen um 2o Uhr beendet sein.
(ÖP, 22.5., ISKU)

Gericht weist Anklage wegen kurdischen Namen zurück
Im Kreis Dicle/Diyarbakir hat des Gericht jetzt die Prozesseröffnung gegen sieben Familien abgelehnt, die ihren Kindern kurdische Namen wie Berivan, Serhat, Agit, Zilan gegeben hatten. *(ÖP, 22.5., ISKU)*

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
DW = Die Welt
FR = Frankfurter Rundschau
NZZ = Neue Zürcher Zeitung

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 56
31. Mai 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdischer Politiker in Beugehaft

Der dritte Tag der Hauptverhandlung im Prozess gegen den kurdischen Politiker Halit Yildirim endete für den geladenen Zeugen Sait Hasso mit der Verhaftung im Saal des Oberlandesgerichtes (OLG) in Düsseldorf.

Halit Yildirim, dessen Prozess am 14. Mai eröffnet wurde, wird von der Bundesanwaltschaft (BAW) beschuldigt, als mutmaßlicher PKK-Führungsfunktionär Mitglied in einer "kriminellen" Vereinigung (§ 129 StGB) gewesen zu sein. Um diese Vorwürfe zu konkretisieren, wurde der kurdische Politiker Sait Hasso als Zeuge geladen. Dieser war am 20. Juni 2001 vom selben Staatsschutzsenat des OLG Düsseldorf wegen Rädelsführerschaft in einer "kriminellen" Vereinigung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Er wurde am 15. Februar 2002 unter Auflagen aus der Haft entlassen.
Offenbar versucht das Gericht, Sait Hasso zum Kronzeugen gegen seinen Landsmann zu machen. Dies verdeutlichte der vom vorsitzenden Richter angekündigte umfangreiche Fragenkatalog zur Person des angeklagten Halit Yildirim, dessen mutmaßliche Funktionen und Aufgaben innerhalb der PKK, über eine weitere Zeugin und deren vermeintliche Parteitätigkeit sowie über die Strukturen der seit Anfang April nicht mehr existierenden Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Laut Rechtsanwalt Ahues sei das Verfahren seinerzeit zwischen allen Beteiligten dahingehend einvernehmlich beendet worden, dass Sait Hasso in späteren Verfahren nicht als Zeuge geladen wird. Das Vorgehen des Gerichts betrachte er als Abweichung von der getroffenen Vereinbarung, die sowohl vom Gericht als auch von der BAW bestritten wurde. Wegen der Gefahr einer möglichen Strafverfolgung von Sait Hasso und der Befürchtung, dass mit den Aussagen des Zeugen von Seiten der Anklage ein mosaikartiges Beweisgebäude errichtet werden könnte, beantragte Rechtsanwalt Ahues für seinen Mandanten ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht.

Sait Hasso gab zu seiner Aussageverweigerung folgende Erklärung ab: "In der heutigen Verhandlung soll ich als Zeuge vernommen werden. Mein Verteidiger hat Anträge gestellt, dass ich nicht als Zeuge vernommen werden sollte. Aber der Senat ist für diese Anträge nicht empfänglich und möchte diese nicht bejahen. Wie Sie wissen, wurde ich in diesem Saal wegen der Angehörigkeit zu einer Partei angeklagt und gegen mich ein Urteil gesprochen. Ein Volk, das unterjocht lebt, kann man durch solche Verfahren nicht verleugnen. Weil ich das schon in meinem Prozess zur Sprache gebracht habe, möchte ich auf die Ungerechtigkeiten, die das kurdische Volk erleben muss, nicht erneut eingehen. Ich kann abgekürzt mit einem Satz sagen: Wir als Kurden verlangen für uns Gerechtigkeit und Menschenrechte. Darüber hinaus verlangen wir nichts. In meinem Verfahren habe ich den Prozess der Demokratisierung und des Friedens, den die PKK vorgenommen hat, ausführlich erläutert. Diese Entwicklung hat jetzt seinen Höhepunkt gefunden in der Gründung des KADEK (Kongress für Demokratie und Frieden in Kurdistan). Die Probleme des kurdischen Volkes und auch mein eigenes Problem können nur durch Demokratie und Frieden gelöst werden. Dieser Fragenkatalog, den das Gericht vorgelegt hat und die Fragen, die noch zusätzlich kommen würden, können sowohl für meine Person als auch für mein Volk Nachteile bringen und dafür möchte ich keine Verantwortung übernehmen. Ich ziehe es vor, die Interessen meines Volkes auf der Basis von Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie zu vertreten. Nach der Vereinbarung, die ich damals mit diesem Gericht getroffen habe, sollte ich nicht mehr über die Struktur der Organisation und damit zusammenhängende Vorgänge befragt werden. Wäre es nicht so gewesen, hätte ich unter keinen Umständen eine solche Vereinbarung akzeptiert. Es mag sein, dass es juristisch gesehen für Sie keine Bedeutung hat, aber für mein Recht ist das grundlegend. Auf dieser Basis hatten wir gehandelt. Ich denke, den ersten Schritt in diese Richtung gemacht zu haben, und das war im Interesse aller Beteiligten das Beste. Daher sehe ich mich im Recht. Weil die Beantwortung Ihrer Fragen für mich Nachteile bringen können, werde ich sie nicht beanworten. Ich ziehe mich zurück. Ich möchte nochmals betonen, dass ich wie jeder Mensch Gerechtigkeit verlange. Ich bedanke mich."

Nach dieser Erklärung beantragte die BAW ein Ordnungsgeld von 200 Euro oder vier Tage Ordnungshaft. Der Senat schloss sich diesem Antrag an mit der Begründung, dass der Zeuge nicht berechtigt sei, die Auskunft zu verweigern. Eine Verfolgungsgefahr liege nicht vor, da Sait Hasso am 20.6.2001 wegen Rädelsführerschaft für die PKK verurteilt worden sei. Sait Hasso bekräftigte auf erneute Nachfrage des vorsitzenden Richters seine Entscheidung, nicht auszusagen, woraufhin die BAW Beugehaft gegen Sait Hasso beantragte. Danach beschloss der Senat Erzwingungshaft bis zu 6 Monaten bzw. bis zum Ende des Prozesses gegen Halit Yildirim und ließ Sait Hasso noch im Gerichtssaal abführen. Rechtsanwalt Ahues beabsichtigt, gegen den Beschluss des Senats Beschwerde einzulegen. *(Azadi, 29.5., ISKU)*

PDS-Anfrage: Warum ist die PKK "terroristisch"?

Welche Feststellungen deutscher Gerichte über "die Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) oder Beschlüsse des deutschen Parlaments eine Aufnahme der PKK in die von der EU geführte Liste "Terroristischer Personen und Organisationen" rechtfertigten, möchte die PDS-Fraktion in einer Kleinen Anfrage von der Bundesregierung wissen. Die Abgeordneten fragen, warum die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Aufnahme der PKK in die von der EU geführte Liste gegeben habe und welche terroristischen Taten der PKK oder der PKK zuzurechnenden Organisationen und Personen in den letzten drei Jahren zuzuschreiben seien, die ihre Aufnahme in die EU geführte Liste erforderlich machten. In der Anfrage wird darauf verwiesen, dass bisher kein einziges deutsches Gericht die PKK jemals als "terroristisch" bezeichnet habe. Auch habe die Bundesanwaltschaft schon vor längerer Zeit Ermittlungen gegen eine "terroristische Vereinigung" in der PKK eingestellt. Ferner verlangt sie Auskunft darüber, welche Beschwerde- und Interventionsmöglichkeiten den Betroffenen offen stehen. *(DBPZ, ISKU)*

Meldungen

Rückzug der türkischen Armee aus Südkurdistan
Einer Erklärung des Pressebüros der Volksverteidungskräfte HPG zufolge hat sich die türkische Armee am 27. Mai nachmittags aus dem Gebiet Metina in Südkurdistan zurückgezogen. Zuvor war es am 25. Mai in der Region Botan zu einem schweren Gefecht zwischen türkischer Armee und den Volksverteidigungskräften gekommen. Die türkische Armee drang dabei mit Helikoptern, Panzern und Haubitzen in das Gebiet ein. Nach den Gefechten seien die Leichen von 15 Soldaten der türkischen Armee abtransportiert worden, ebenso ein Verwundeter. Ein Kämpfer der Volksverteidigungskräfte wurde getötet, 5 weitere wurden verwundet, hieß es in einer Erklärung. *(ÖP, 29.5., ISKU)*

Einwanderer getötet
Türkische Soldaten haben im Osten des Landes drei Einwanderer erschossen und 30 festgenommen. Zwei afghanische Flüchtlinge und einer aus Bangladesch wurden bei Aksu getötet, nachdem sie das Feuer auf die Soldaten eröffnet hätten, teilte der Provinzgouverneur mit. *(taz, 29.5., ISKU)*

Türkei übernimmt ISAF-Führung
Die Türkei übernimmt die Führung der “internationalen Schutztruppe” in Afghanistan ab 20. Juni für ein halbes Jahr. Das teilte Generalstabschef Kivrikoglug gestern mit. Das türkische Isaf-Kontingent wurde auf 1.400 Soldaten aufgestockt. *(taz, 30.5., ISKU)*

Polizeiaktion auf dem Kulturfestival in Diyarbakir
Während eines Dia-Vortrag über Hakkari beschlagnahmte die Polizei die Dias mit dem Vorwurf, es würden Bilder der Guerilla gezeigt. Sie nahmen Yücel Tunca für 5 Stunden fest und verhörten ihn. Wie bewiesen werden konnte, waren die gezeigten Dias im Rahmen einer Reportage mit einem Dorfschützer-Stamm für die Zeitschriften "Turkuaz" und "Panorama" entstanden. *(ÖP, 29.5., ISKU)*

Belastende Aussage gegen Pinar Selek widerrufen
Nach einer Meldung der "Hürriyet" vom 30.5. hat der Hauptbelastungszeuge, ein "Abschwörer", vor Gericht seine Aussage gegen Pinar Selek widerrufen.

ai-Menschenrechtsbericht zur Türkei

Im jährlichen Menschenrechtsbericht von Amnesty International zur Türkei wird festgestellt, dass in der Türkei Folter und Mißhandlungen "verbreitet und systematisch" sind sowie dass die Bemühungen, die "Kurdische Identität" zu verteidigen mit schweren Unterdrückungsmaßnahmen konfrontiert sind.
In dem Bericht wird festgestellt, dass die Türkei "im Verlauf der Antragstellung zur Aufnahme in die EU einige Schritte zur Verbesserung der Menschenrechte getan hat, dass es aber auf diesem Gebiet keinen bedeutenden Wandel gegeben hat.
Im üblichen Jahresbericht zum Thema "Menschenrechte" wird betont, dass in der Türkei, vor allem in den kurdischen Provinzen die Probleme "Meinungsfreiheit und der Druck auf sie sowie gegen die politischen Parteien andauert; dass Kundgebungen und Demonstrationen verboten werden, dass Parteienverbote andauern".
Im Jahresbericht heißt es im dreiseitigen Teil zur Türkei, dass die Kämpfe zwischen der Armee und der Guerilla 1999 aufgehört hätten und es nur noch vereinzelte Kämpfe in verschiedenen Gebieten gebe. Es gebe weiterhin Druck gegen politische Parteien und Vereine.
Im Berichtsteil "Türkei - Folter und Misshandlungen" heisst es "dass Folter weiterhin verbreitet und systematisch angewandt wird. AI zufolge sind im allgemeinen "Links eingestellte Personen, Vertreter kurdischer Sympathisanten und islamischer Gruppen" von Mißhandlungen betroffen. Außer diesen auch "politische Aktivisten, Gewerkschaftler, kurdische Dorfbewohner und ihre Verwandten". Darunter sind auch Frauen und Kinder zu finden.
Die Regierung der Türkei wird aufgefordert, die Menschenrechtsverletzungen zu beenden, die Verfahen wegen "Meinungsfreiheitdelikten" einzustellen und die Verfahren gegen politische Gefangene rechtlich einwandfrei durchzuführen. Auch müssten die Verhältnisse in den Gefängnissen in Ordnung gebracht werden, heißt es in dem Bericht. Auch werden die bewaffnetem Widerstandsgruppen aufgerufen, die internationalen Menschenrechtstandards und internationale Regelungen zu beachten und Proteste mit Geiselnahmen und Straftaten zu beenden. *(ÖP, 29.5., ISKU)*

Sprachverbot wird in Straßburg verhandelt

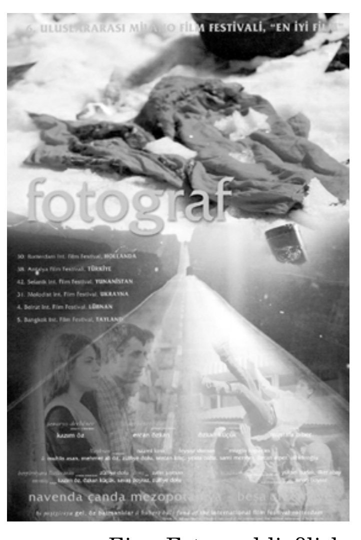
Das Verbot der kurdischen Sprache im türkischen Erziehungswesen und in den Massenmedien wird jetzt den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschäftigen. Die in Istanbul ansässige Kurdische Stiftung für Kultur und Forschung hat in Straßburg Klage gegen die Türkei eingereicht, weil die Behörden der Stiftung verweigern, kurdische Sprachkurse anzubieten. Nach Ansicht der Behörden müssen der Nationale Sicherheitsrat und das Kabinett über eine solche Genehmigung entscheiden. Die Stiftung klagt vor dem Menschenrechts-Gerichtshof, weil sie in der Türkei erfolglos alle Rechtsmittel ausgeschöpft hat. Die Zulassung der kurdischen Sprache gilt als Voraussetzung für eine Annäherung der Türkei an die EU. Dessen ungeachtet geben sich Polizei und Justiz in der Türkei zurzeit besondere Mühe, das kurdische Sprachverbot durchzusetzen. Im gesamten Land sind in den vergangenen Wochen mehrere hundert Menschen festgenommen worden, weil sie bei den Behörden beantragt hatten, Kurdisch-Kurse zuzulassen. Ins Polizeigewahrsam kamen auch Bittsteller, die sich in Briefen an das türkische Parlament für eine Aufhebung des Kurdischverbots aussprachen. *(FR, 29.5., ISKU)*

Folteropfer als Angeklagte

Nach einer Untersuchung der Anwaltskammer Izmir wird Folteropfern häufig im Nachhinein Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Viele schrekken deshalb vor einer Anzeige zurück. Demnach wurden in der Region Izmir in fünf Jahren zwar 848 Folteropfer registriert, aber nur in 94 Fällen wurden die mutmaßlichen Folterer aus den Reihen der Polizei angezeigt. Der Chef der Anwaltskammer, Noyan Özkan, kritisierte zudem die Haltung vieler Staatsanwälte in der Türkei, die ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Untersuchung mutmaßlicher Folter-Delikte nicht nachkämen. Außerdem legen die Ergebnisse der Studie nahe, dass türkische Polizisten bei Folter-Vorwürfen nur selten schwere Strafen zu befürchten haben. So endeten nur 23 Prozent der 94 erfassten Folter-Prozesse mit einer Verurteilung. *(taz, 29.5., ISKU)*

Fotograf - Das Photo

Das Mesopotamische Kulturzentrum (MKM) in Istanbul hat mit seinem Regisseur Kazim Öz einen neuen Film vorgelegt. In dem Film geht es um den Krieg in den kurdischen Gebieten der Türkei.
Mit unspektakulären Bildern und wenigen Worten erzählt "Das Photo" von der Begegnung zweier junger Männer. Sie treffen sich auf der Busfahrt von Istanbul in Richtung Osten. Enttäuscht und verbittert der eine, nachdenklich der andere, werden sie bald von der ermüdenden Gleichtönigkeit der Busfahrt eingehüllt. Obwohl sich zwischen ihnen eine seltsame Art von Nähe entwickelt, verschweigen sie sich das eigentliche Ziel ihrer jeweiligen Reise. Während der eine zum Militäreinsatz geht, schließt der andere sich der kurdischen Guerilla an. Getrennt in so gegensätzlichen Welten, scheint die Begegnung bald vergessen. Ein Foto schließlich erinnert an ihre Begegnung und die damit verbundene, wenn auch versäumte Chance von Freundschaft.



"Das Photo" wurde auf 16 internationalen Filmfestivals gezeigt, von der Türkei, über Europa bis nach Asien. Mit drei Auszeichnungen, darunter auch ein Sonderpreis der Jury auf dem 12. Ariburnu Kinofestival in der Türkei, wurde die Arbeit honoriert. In der Begründung für die Auszeichnung zum "Besten Film" auf dem 6. Internationalen Filmfestival in Mailand heißt es: "Die Jury war besonders von der Reinheit der Geschichte beeindruckt, sowie durch die Fähigkeit des Regisseurs, einen radikalen kinematographischen Stil zu halten, während gleichzeitig das dramatische Thema deutlich wird." In mehreren Städten Deutschlands wird der Film in den nächsten Tagen und Wochen zu sehen sein. An einigen Terminen wird auch der Regisseur anwesend sein. Die Termine findet ihr auf unserer Internetseite. *(ISKU)*

Er sei von Polizei und Geheimdiensten zu seiner Belastungsaussage unter Druck gesetzt worden. Pinar Selek ist wegen eines angeblichen Bombenanschlages auf ein Kaufhaus in Istanbul angeklagt. Bei der Explosion und dem Brand waren zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Der Prozess soll nach einer Vertagung aus anderen Gründen weitergehen. *(ISKU, 30.5.)*

Die Armutsgrenze liegt bei 1 Milliarde TL
Nach Berechnungen des Forschungsinstitutes der Türk-Is liegt die Armutsgrenze im Mai bei einem verfügbaren Einkommen von 1 Mrd. TL; die Grenze zum Hunger bei 324 Mio. allein für gesunde ausreichende Ernährung. Die Zahl gilt für eine vierköpfige Familie. Die niedrigsten offiziellen Löhne in der Türkei liegen bei 163 Mio. Pro Monat/Person. *(ÖP, 28.5., ISKU)*

Türkischer Häftling nach Hungerstreik gestorben
Die Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen haben erneut einen Häftling das Leben gekostet.
Der wegen Zugehörigkeit zur TIKB angeklagte Mann starb am Mittwochabend in einem Istanbuler Krankenhaus.
Das teilte ein türkischer Menschenrechtsverein am Donnerstag mit. Damit haben sich seit Oktober 2000 bereits 51 Häftlinge zu Tode gehungert. Der Protest richtet sich gegen die neuen Hochsicherheitsgefängnisse in der Türkei. Der Staat lehnt Verhandlungen mit den Hungerstreikenden ab. *(News.ch, 23.5., ISKU)*

Zwangsweise Namens
Das Gericht in Dicle, Provinz Diyarbakir wies den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Namen von 23 Kindern zu ändern, weil sie Code-Namen der PKK entsprechen würden, zurück. *(Milliyet, 22.5., ISKU)*

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
FR = Frankfurter Rundschau
DBPZ = Deutscher Bundestag - Pressezentrum

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 57
7. Juni 2002

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

»Zweite Verfassung« in der Türkei

Nach Äusserungen von Y. Sayman, Vorsitzender der Anwaltskammer Istanbul, wird die Türkei von einer Art Geheimverfassung verwaltet, ohne dass das in der Türkei bekannt ist. Das Amt des Ministerpräsidenten habe erklärt, das dies das NATO-Abkommen sei. Niemand habe davon Kenntnis. "Es gibt so etwas wie Instruktionen für die Leitung des Krisenzentrums des Ministerpräsidenten " sagte Sayman. "Auch wenn niemand Kenntnis davon hat, ist das eine zweite Verfassung und in der Türkei angewandte zweite Verwaltungsform. Das ist eine Vorgehensweise, die das Recht vollkommen ignoriert. Diese Verwaltung sieht eine Durchorganisierung bis ins letzte Dorf vor. Ob es diese Durchorganisierung und Nachrichtenerfassung gibt, wir wissen es nicht. Aber wir haben in Dörfern erfahren, dass Bauern Informationen über ihre eigenen Dörfer an irgendwelche Stellen melden, das sagen die Bauern selbst."
Nach Angaben Saymans ist die zentrale Stelle beim Generalstab und dem Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrates. Sayman bezeichnete eine derartige Existenz und Tätigkeit als vollkommen unvereinbar mit der Verfassung der Türkei.
"Interessant ist, dass zu Erbakans Zeiten als Ministerpräsident in diesem Zusammenhang kein Gesetz verabschiedet wurde. Das wäre für die Gründung von etwas derartigem nötig. Die Anwaltskammer Istanbul hat vor 4 Jahren eine Annullierungsklage dagegen eingereicht. Das Ministerpräsidentenamt gab uns damals die Auskunft, das Gesetz beruhe auf dem NATO-Abkommen. Wenn man NATO-Abommen sagt, fällt einem "Gladio" ein. Dort gibt es entsprechende Einrichtungen.
Wir (die Anwaltskammer) sind wegen dieser abgewiesenen Klage bis in die höchste Instanz beim Verfassungsgerichtshof gegangen. Dort wurde uns gesagt, das sei ein sehr heißes Eisen; es sei rechtmässig, dass nicht jeder darüber Bescheid wisse. Wir haben damals auch die politischen Parteien aufgefordert, sich an dem Prozess zu beteiligen, aber keine hat darauf reagiert" sagte Sayman in diesem Zusammenhang weiter.
(ÖP, 4.6., ISKU)

Anmerkung des Übersetzers: In den Jahren nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 war es eine verbreitete Auffassung der türkischen Linken, dass die NATO-Organisation "Gladio" eine bedeutende wenn nicht die Hauptrolle beim Putsch spielte.

Erneut Festnahmen und Prozesse wegen Kurdischforderungen

In den vergangenen Tagen wurden bei verschiedenen Hausdurchsuchungen durch Polizisten der Sicherheitsdirektion Istanbul 8 Studenten festgenommen. Sie hatten beim Rektorat der Universität Istanbul Anträge auf kurdischen Sprachunterricht gestellt. Unter den Festgenommenen sind auch die beiden Sprecher einer Studenten-Initiative für Kurdischunterricht. Eine Begründung für die Festnahmen wurde nicht gegeben. Die Studenten werden immer noch bei der Anti-Terrorismus-Abteilung festgehalten.
Am vergangenen Donnerstag begann in Istanbul ein Prozeß gegen 28 Studenten vor dem DGM. Ihnen wird "Unterstützung der PKK" vorgeworfen. 3 Studenten wurden für den Prozeß auf freien Fuß gesetzt. Die Studenten wiesen in Erklärungen die Beschuldigungen zurück, bestätigten aber die Antragstellung auf Kurdischunterricht. Das Recht, Anträge zu stellen, sei in der Verfassung garantiert. Die Verhandlung wurde auf den 9. August vertagt.
In einem weiteren Prozeß, der ebenfalls am 30. Mai vor dem DGM Istanbul begann, lautet die Anklage ebenfalls "Unterstützung der PKK". Die 13 Angeklagten hatten Anträge auf Kurdischunterricht für ihre Kinder gestellt. 8 von ihnen kamen während der Verhandlung auf freiem Fuß. Bei ihnen wurde der Prozess auf den 27. August vertagt Vor zahlreichen Zuhörern wiesen die Angeklagten die vorgeworfenen Beschuldigungen zurück.

Pressekonferenz wegen ständiger Angriffe durch Nationalisten
Studenten der Selcuk-Universität Konya hielten zusammen mit dem IHD Istanbul eine Pressekonferenz ab, in der sie gegen die ständigen Überfälle durch Nationalisten in der Universität protestierten. Im Laufe des Monats Mai seien mehrere Studenten bei Angriffen mit Messern und Stöcken verletzt worden. Die nationalistischen Studenten würden vom Rektorat der Universität unterstützt. Trotz der Überfälle würden sie ihre Forderungen weiter vertreten, kündigten die Studenten in ihrer Erklärung an. *(ÖP, 31.5., ISKU)*

Ausnahmezustand teilweise aufgehoben

Die Vorsitzenden der Erziehungsgewerkschaft Egitim Sen, der Industrie- und Handelskammer und des Ärzteverbandes in Amed bezeichneten die Aufhebung des Ausnahmezustandes als positiv, diese Entscheidung müsse ausgedehnt werden. Der Vorsitzende der örtlichen Erziehungsgewerkschaft bezeichnete die Aufhebung in Dersim und Hakkari als ermutigenden Schritt, das gelte auch für die letztmalige Verlängerung in Diyarbakir und Sirnak. Von der Gewerkschaft Egitim Sen waren mehr als 700 Mitglieder aufgrund der Gesetze des Ausnahmezustandes strafversetzt worden. Der Gewerkschaftsvorsitzende Demirbas sagte weiter: "Wir sind in Sorge, dass die Zuständigkeiten des Ausnahmezustandes dem Vali übertragen werden. Das sei im Ergebnis nur eine formale Änderung. Es ist an der Zeit, die Schäden der Opfer im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich zu regeln. Die Rückkehr der Vertriebene in die Dörfer müsse ermöglicht werden, ebenso die Rückkehr der strafversetzten Gewerkschaftsmitglieder."
Der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer bezeichnete die Entscheidung als zufriedenstellend. Das werde die Aufnahme in die EU beschleunigen. Jetzt seien Maßnahmen für einen wirtschaftlichen Aufbau erforderlich. *(ÖP, 2.6., ISKU)*

Meldungen

Minen kosten weiterhin Menschenleben
Im Dorf Busan in der Provinz Van/Baskale erlitt die 14jährige E.D. schwere Verletzungen bei einer Minenexplosion in einem Gelände, das vorher von Soldaten genutzt worden war. Obwohl sie von Angehörigen sofort ins Krankenhaus gebracht wurde, konnte sie nicht gerettet werden. *(ÖP, 5.6., ISKU)*

Dorfschützer Opfer einer Bombenexplosion
Im Dorf Islamköy im Kreis Kulp versuchten 2 Dorfschützer eine entdeckte Handgranate durch Beschuß aus grosser Entfernung zur Explosion zu bringen. Als das mißlang, wollten sie aus der Nähe schiessen. Bei der Explosion wurden beide schwer verletzt. *(ÖP, 5.6., ISKU)*

15 Jahre Haft wegen kurdischer Lieder
Das Staatsicherheitsgericht in Istanbul hielt die Mitglieder der Saz-Musikgruppe "Koma Denge Asiti" der "PKK-Unterstützung" für schuldig und verhängte 15 Jahre Haft gegen den Sänger der Gruppe; gegen die anderen Mitglieder 3 Jahre und 9 Monate.
Sie hätten auf einer Hochzeitsfeier in Bursa Lieder vorgetragen, in denen die Wörter "Biji Serok Apo" und "Kurdistan" vorgekommen seien. So die Aussage der Polizisten, die nach eigenen Angaben im Gericht kein Kurdisch verstehen.
Die Anwälte der Musikgruppe haben das Verfassungsgericht angerufen; dessen Entscheidung soll in den nächsten Tagen fallen. *(ÖP, 3.6., ISKU)*

Grosses Interesse für Öcalans Prozessverteidigung
"Vom Priesterstaat der Sumerer bis zur Demokratischen Republik", mit diesem Titel wurde in 2 Bänden die Verteidigung Abdullah Öcalans vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte veröffentlicht. Schon kurze Zeit danach lagen Übersetzungen in Arabisch, Farsi und Sorani vor. Inzwischen wird an den Übersetzungen ins Deutsche, Französische, Italienische und Russische gearbeitet. Von der türkischen Ausgabe wurden bisher über 70.000 Bücher gedruckt. In der Türkei wurde das Buch kurz nach dem Druck der 2. Auflage verboten und beschlagnahmt. Der Verleger wurde angeklagt und konnte trotz der grossen Nachfrage keine 3. Auflage drucken lassen. Als Folge der Veröffentlichun-

Ein Monat der Angriffe auf die Presse

Nach dem Bericht des Presserates für den Monat Mai war es ein Monat voller Polizeiaktionen gegen die Presse, Festnahmen, Verhaftungen und Rechtsverstöße. Es sei ein Monat voller Angriffe gegen Jounalisten, ein Monat der Verhaftungen und Verurteilungen. Laut dem Bericht habe es in diesem Monat 3 Verurteilungen, 3 Freisprüche, 4 Angriffe gegen Journalisten und 1 Festnahme gegeben. Das von Staatspräsident Sezer an das Parlament zurückverwiesene Gesetz für Radio und Fernsehen sei ohne Änderungen bestätigt worden. Im Bericht heisst es, wegen Behinderungen der Meinungsfreiheit sei unter anderem der §159 des Türkischen Strafgesetzbuches kritisiert worden; seine Anwendung habe zur Verurteilung von 2 Journalisten geführt. Vor der 2. Kammer des Strafgerichts in Ankara wurde ein Journalist der englischsprachigen "Turkish Daily News" wegen "Herabwürdigung der Justiz" Und "Verächtlichmachung" zu 20 Monaten, der Verantwortliche Redakteur zu 10 Monaten Haft verurteilt. Im Monat Mai hat es dem Bericht zufolge folgende Vorfälle gegeben: Am 15. Februar wollte der Reporter der "Yedinci Gündem" über Proteste im Stadtteil Petrolkent in Batman berichten. Dort wurde er festgenommen und später mit Haftbefehl ins Gefängnis gesperrt. In einem Bericht über das Todesfasten in verschiedenen Gefängnissen "Das Sterben kann verhindert werden", erschienen im Jahr 2000 in der Zeitung "Radikal", wurden der Verleger, Aydin Dogan, und der Verantwortliche Redakteur angeklagt. Sie hätten Justizminister Türk ins Visier von Terrororganisationeen gerückt. Beide Angeklagte wurden aber freigesprochen.

(ÖP, 5.6., ISKU)



Die am 2.6. festgenommen 11 Mitglieder der Frauenmusikgruppe Koma Asmin (im Bild mit dem IHD-Vorsitzenden von Amed, Osman Baydemir) des Mezopotamia Kultur Zentrum Istanbul sind alle wieder frei. Sie waren während eines Konzertes im Rahmen des Kulturfestivals in Diyarbakir festgenommen worden, weil sie das Lied "Hernepes Marsi" gesungen hatten. ***(ISKU, 4.6., Foto: YG)***

Typhus-Epidemie in Siverek

Im Kreis Siverek / Urfa ist wegen verschmutztem Trinkwasser Typhus ausgebrochen Die Epidemie breitet sich weiter aus, wurde berichtet.
Ein Arzt des Staatskrankenhauses in Siverek berichtete von 400 Fällen in 11 Tagen. Es müssten unbedingt entsprechende Massnahmen ergriffen werden, die Krankheit breite sich täglich weiter aus, sagte der Arzt. Der bedeutendste Grund für die ständige Zunahme der Krankheitsfälle sei die die Verwendung von Trinkwasser und Abwasser beim Gemüseanbau sagte Ersoy: "Ich behandle pro Tag ca. 60 Patienten. Bei etwa 35 ist die Diagnose Typhus. Das sind in 11 Tagen etwa 400 Fälle. Damit sich die Krankheit nicht im ganzen Kreis ausbreitet, muss undingt das Wasser gechlort und es müssen hygienische Massnahmen ergriffen werden.
Ausserdem stellen wir in den letzten Tagen besonders bei Kindern eine Zunahme von Durchfall und Magen-Darm-Erkrankungen fest. Dagegen müssen unverzüglich Massnahmen getroffen werden. Der Vorsitzende der Siverek-Gesundheitsgruppe, Dr. C. Yenice, bestätigte das Auftreten von Typhus im Kreis; der Grund sei das Trinkwasser. Er habe die Gemeinde und die zuständigen Stellen informiert
Den Gemeindeverantwortlichen zufolge stammt das Trinkwassernetz aus dem Jahr 1953 und im Stadtteil Abdalaga komme es zu Verschmutzungen durch Abwasser.
Das Leitungsnetz müsse unbedingt erneuert werden. "Wir warten auf die Gelder für die Projektvergabe". Die Einwohner sollten abgekochtes Wasser trinken. *(ÖP, 5.6., ISKU)*

8 Organisationen beenden Todesfasten

Ende Mai haben in der Türkei Vertreter von Gefangenen aus acht linken Organisationen - TKP/ML, MLKP, TKP(ML), TIKB, TDP, MLSPB, TKP (K) und Direnis Hareketi - ihr Todesfasten beendet. In einer vom Komitee gegen Isolationshaft am Dienstag veröffentlichten Erklärung heißt es, das Todesfasten »im Kampf gegen F-Typ-Zellen-Isolation« habe »seine revolutionäre Rolle erfüllt«. Die Gefangenen machen deutlich, daß lediglich das Todesfasten beendet worden sei, nicht aber der Widerstand gegen die Isolationshaft.
In der Erklärung wird nicht Bezug genommen auf einen Aufruf des Vorsitzenden des Türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), Hüsnü Öndül. Der hatte kürzlich nach einem Gespräch mit Justizminister Sami Türk die Gefangenen öffentlich aufgefordert, das Todesfasten zu beenden. Öndül verwies auf die Zusage des Ministers, ein internationales Symposium über die Gefängnisse zu veranstalten. Ein Ende des Todesfastens könnte den Weg für neue Alternativen in der verhärteten Situation freimachen. Jetzt setzen allein die Gefangenen der DHKP-C das Todesfasten fort. *(jW, 6.6., ISKU)*

Europarat: Ablehnung der Todesstrafe

Der Stellvertretende Generalsekretär des Europarates, Krüger, betonte, die nötigen Anstrengungen zur Aufhebung der Todesstrafe müssten im Parlament geleistet werden. "Ich bin mir sicher, dass die Todesstrafe aufgehoben werden wird", sagte er. Bei seinem ersten Besuch in der Türkei traf sich Krüger mit dem für Menschenrechte zuständigen Minister Arseven; später gab es ein Treffen mit Justizminister Türk. Dieser sagte, er habe mit Krüger über die Themen "Aufhebung der Todesstrafe, über die Lage in den Gefängnissen und in Arbeit befindliche Gesetzesmassnahmen gesprochen. Krüger wurde zu seiner Haltung in Bezug auf die Todesstrafe befragt und erklärte, dass die nötigen Fragen dazu im Parlament geklärt werden müssen. Es wird erwartet, dass die Türkei die nötigen Beschlüsse in Hinblick auf Massnahmen für die Aufnahme in die EU fasst. Er sei sicher, dass die Todesstrafe aufgehoben wird. Dem Vorsitzenden des Verfassungsgerichts stattete Krüger ebenfalls einen Besuch ab. In einer gestrigen Konferenz "Beziehungen EU - Europarat" sagte Krüger auf die Fragen von Journalisten, trotz einiger Schritte im Streitpunkt Todesstrafe, diese seien nicht ausreichend. *(ÖP, 5.6., ISKU)*

gen sei insgesamt das Interesse an Kurdischer Geschichte und Mythologie gestiegen, betonte der Mesopotamien-Verlag in einer Erklärung

(ÖP, 3.6., ISKU)

Schulferien in Maxmur

Im Flüchtlingslager Maxmur [Südkurdistan] ist das Schuljahr jetzt wegen des Sommers mit einer Zeugnisfeier beendet worden. Die Zeugnisse werden von den UN anerkannt.
Vor 9 Jahren begannen die Flüchtlingen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit dem Unterricht und haben trotz aller Hindernisse und materiellen Mängel den Kurdischunterricht erfolgreich weitergeführt; am Anfang ohne Bücher und Bänke, in Nylonzelten und Baracken.
Im Jahr 1999 hatten 80 Schüler am Sehit Kocerin Gymnasium den Unterricht begonnen; sie haben erfolgreich als Erste abgeschlossen.
In der Abschlußfeier wurden an die 800 Schüler aus Mittelschule und Gymnasium ihre Auszeichnungen und Zeugnisse verteilt.
In diesem Jahr waren es in der Vorschule 202 Schüler; in der Grundschule 2000, in der Mittelschule 600 und im Gymnasium 200 Schüler.

(ÖP, 2.6.,ISKU)

Erneut Beugehaft gegen kurdischen Politiker

Mehmet Tamboga ist bereits der zweite Zeuge im Prozess gegen Halit Yildirim, der auf Antrag der BAW in Beugehaft genommen wurde. Er hatte sich, ebenso wie in der vergangenen Woche Sait Hasso (siehe Nuce 56), geweigert, die umfangreichen Fragekataloge zur Person des Angeklagten zu beantworten. Der kurdische Politiker sitzt derzeit selbst eine Haftstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" ab. Die erfolgte Anordnung der Beugehaft bedroht nun seine bevorstehende Entlassung.

(Azadi, 5.6., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem
jW = junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 58
14. Juni 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Frauen organisieren Freiheitsmarsch nach Konya

"Die Bündel mit Worten von Freiheit füllen"

Wir machen uns auf den Weg, aufeinander zu. Es ist das erste Mal, dass wir soweit laufen werden. Bald wird die gesamte Türkei die von Freiheit begeisterte Stimme von Frauen hören. Wenn auch Ihr zu dieser Stimme beitragen wollt, lasst es uns wissen.
Nach langen Diskussionen haben Frauen entschieden, ausgehend von Diyarbakir, Elazig, Adana, Batman, Bolu, Gebze, Mersin, Izmir, Tarsus, Bursa, Iskenderun, Bilecik, Antakya, Eskisehir, Samsun, Ankara, Istanbul und vielen weiteren Städten einen Freiheitsmarsch nach Konya zu organisieren. Am 6. Juli wollen sich die "Botinnen" auf den Weg machen, an Hunderten von Zwischenstationen Pausen einlegen und dabei ihre Bündel mit den Worten der Frauen füllen, denen sie begegnen. Das Ziel ist Konya, wo am 12. Juli ein großes Treffen stattfinden wird. Dort werden die Bündel geöffnet werden. Alle Worte, die auf dem Weg gesammelt wurden, werden nebeneinander gelegt werden. Und daraus wird nach den Worten der Soziologin Pinar Selek, die diesen Marsch mitorganisiert, das "Manifest der Frauen Anatoliens und Mesopotamiens" werden. Ein gemeinsames Manifest, das nicht nur ein Mensch geschrieben hat und nicht nur aus einigen wenigen Federn geflossen ist, sondern die Unterschrift von Tausenden von Frauen trägt.
Wir haben mit Pinar Selek über Ziel und Zweck des Freiheitsmarsches gesprochen, dessen Vorarbeiten seit langer Zeit andauern. Sich selbst würden sie nicht als Pionierinnen betrachten, denn bei den Vorbereitungen seien sie von dem ausgegangen, was sie von den Anstrengungen und Aktivitäten, die Frauen bis heute vollbracht haben, gelernt hätten. "Wir betrachten unsere Arbeit selbst als eine Fortsetzung der Suche nach Freiheit, auf der sich Frauen seit Tausenden von Jahren für ihre unabhängigen Forderungen befinden."

Die Freiheit in der Werbung
Bereits eine Weile zuvor hatte die Fraueninitiative KATAGI [der auch Pinar Selek angehört] angekündigt, gegen das Patriarchat zu kämpfen, das sie als systematisierte Gewaltkultur definieren. Dagegen haben sie die Begriffe 'Freiheit' und 'Befreiung' gesetzt. Wie Pinar Selek sagt, haben sie sich mit dem Wort 'Freiheit' intensiv auseinandergesetzt. Denn 'Freiheit' gehört zu den Begriffen, die in der heutigen Zeit abgenutzt und sinnentleert sind. Als Frau sei es wichtig, sich dagegen zu stellen, so Selek: "Die neue Weltordnung reproduziert sowohl das eigene soziale Leben als auch ihren ökonomischen Profit ein bisschen mit diesem Begriff von Freiheit. Die Freiheitsstatue in Amerika lässt heute mit der von ihr symbolisierten Auffassung und Lebensform die ganze Welt bluten. Desweiteren wird Frauen und Männer in der Werbung, in Filmen und Liedern ein Modell des freien Lebens präsentiert. Damit verbunden ist es für uns sehr wichtig, dass die erste Reaktion darauf von Frauen kommt, dass Frauen hinter dem Befreiungskampf stehen, den sie seit Tausenden von Jahren führen, und dass sie sagen, 'eine solche Freiheit wollen wir nicht, für uns bedeutet Freiheit, sich die eigenen Probleme bewusst zu machen und den Willen zu zeigen, diese Probleme zu bewältigen'."

Frauen kennen ihre Probleme nicht
Ein weiterer Punkt, den Pinar Selek betont, betrifft die geplanten Aktivitäten, die nicht nur als Protest gegen eine bestimmte Sache stattfinden sollen. Über den Protest gegen irgend etwas hinaus sei es wichtiger, eine Kampagne zu entwickeln, die auf eine Alternative hinweist.
Eigentlich wüssten viele Frauen nichts über die Probleme anderer Frauen, so Pinar Selek weiter. Weil Frauen in engen Lebensräumen eingesperrt seien, sei es oftmals nicht möglich, die Probleme im Leben anderer zu sehen. "Während eine Frau vergewaltigt wird, während ich geschlagen werde, erlebt eine andere Frau genau das gleiche", so Selek. Die Auffassung 'davon bin ich nicht betroffen' bedeute im Grunde genommen, vor der Realität des eigenen Geschlechts zu fliehen oder sich zumindest davon zu entfernen, eine Entfremdung zu erleben.
Zu Beginn dieser Bewegung habe auch die Zielsetzung bestanden, den Ansatz zu überwinden, nur mit organisierten und elitären Frauen begrenzte Diskussionen zu führen. "Es sind lediglich organisierte Frauen, die sich ausdrücken können, die zu den Treffen und Versammlungen kommen können. Insofern ist es notwendig, dass wir die Worte aller Frauen in der Türkei zusammenbringen, die Probleme aller Frauen kennenlernen und auch ihnen unsere Probleme erklären", so fasst Pinar Selek diesen Gedanken zusammen. Außerdem sei beabsichtigt, die in Metropolen wie Ankara und Istanbul zentrierte Frauenarbeit in jede Provinz, jeden Kreis und jedes Dorf zu tragen. "Auf diese Weise können wir vielleicht die Macht von Städten wie Ankara und Istanbul kippen."

Botinnen werden Worte sammeln
Einer der prägnanten Sätze Pinar Seleks lautet: "Frauen müssen ein zweites Mal über ihr eigenes Leben nachdenken". Viele Informationen, die sich aus Untersuchungen mit Frauen ergeben, würden später nicht zu den betreffenden Frauen zurückkehren, so Selek. "Wir haben nach einer Methode gesucht, mit der die Grenzen bestimmter Zentren überwunden werden und Millionen Frauen die Möglichkeit gegeben werden kann, ein zweites Mal über ihr eigenes Leben nachzudenken und sich an diesem Punkt zu befreien". Die Methode, die dafür entwickelt wurde, ist die der 'Botin'. Als Personen, die Informationen verbreiten, sollen die Botinnen im Verlauf des Marsches an den Orten, an denen sie vorbeikommen, Worte von Frauen einsammeln, damit ihre Bündel füllen und in Konya nebeneinander legen. Das Manifest, das aus diesen Worten gebildet werden wird, soll an die Frauen an den Zwischenstationen zurückgeleitet werden. Am Tag des großen Treffens, dem 12. Juli, wird in Konya eine Feier veranstaltet werden. Am nächsten Tag dann eine große Versammlung.
Wie Pinar Selek erzählt, haben sie die Punkte, an denen der Marsch vorbei führen wird, vorher besucht. Sie sind von Dorf zu Dorf und von Kleinstadt zu Kleinstadt gegangen und haben den Frauen gesagt: 'Wir kommen, wartet auf uns', und dabei den Zweck ihres kommenden Besuches erklärt. Somit würden die Frauen vor Ort nicht passiv bleiben, so Pinar Selek. Es sei sogar schon damit begonnen worden, eigene Programme und Versammlungen in den Ortschaften abzuhalten. Und die Frauen an den Zwischenstationen des Marsches warten ungeduldig auf die Botinnen. *(ÖP, 8.6., ISKU)*

Meldungen

Gefecht in Bingöl
Ermutigt durch die Aufnahme der PKK auf eine "Terroristenliste" führt die türkische Armee ihre Operationen pausenlos weiter. In der Provinz Bingöl im Kreis Yayladere kam es am 2. Juni zu einem 6-stündigem Gefecht mit Mitgliedern der Volksverteidigungskräfte (HPG). 3 Soldaten der türkischen Armee kamen dabei ums Leben, 2 weitere wurden verwundet. Auf Seiten der HPG gab es keine Verluste. Die HPG konnte einen Granatwerfer und anderes Material der türkischen Armee in ihren Besitz bringen. Am Cudi-Berg kam es bei einer 4-tägigen Operation der türkischen Armee zu keinerlei Gefechten. Die Gefechte mit den Verlusten der türkischen Armee haben die Fähigkeit der HPG bewiesen, sich zu verteidigen. Das Informationsbüro der HPG erklärte, man werden auch in Zukunft bei Angriffen der türkischen Armee vom international gültigen Recht der Selbstverteidigung Gebrauch machen. *(ÖP, 8.6., ISKU)*

Erneut ein Todesopfer durch gefundene Munition
Im Kreis Baskale/Stadtteil Dere brachten Kinder eine Granate mit nach Hause, die sie in den Bergen gefunden hatten. Bei der Explosion kam ein 6 jähriges Kind ums Leben, 3 weitere Kinder im Alter zwischen 5 und 10 Jahren wurden verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert. *(ÖP, 10.6., ISKU)*

"EU - Gipfel" in Ankara
Bei dem Gipfeltreffen in Ankara, das Staatspräsident Sezer anlässlich der Aufnahmeverhandlungen mit der EU mit den Führern der politischen Parteien angeregt hatte, fehlte Ministerpräsident Ecevit wegen Krankheit; Ciller von der DYP sagte aus taktischen Gründen ab, weil Ecevit nicht da sei. Bei dem Treffen war die MHP des stellvertretenden Regierungschefs Bahceli isoliert; Bahceli lehnt ein Eingehen auf die Kriterien der EU zur "Kurdischen Frage" strikt ab. Alle anderen stimmten zu. Sezer unterstützt dagegen eine Entschliessung, die eine Versammlung von 175 zivilen Organisationen verabschiedet hatte, auf Einladung der "Wirtschafts-Wiederaufbau-Stiftung". In der Entschliessung wurde betont "Unser Platz ist in Europa". Aus Brüssel hieß es dazu, die EU Kriterien gelten nicht nur für ein Land, sondern

Das Bündnis muss erweitert werden

Das Präsidialratsmitglied des KADEK, Duran Kalkan, sagte am 9. Juni in einer Livesendung bei Medya TV, die von nahezu 500 Organisationen in Diyarbakir und Istanbul verabschiedeten Erklärungen zum Thema Demokratisierung der Türkei hätten geschichtliche Bedeutung. Die Türkei sei im Moment in einer bedeutsamen Entscheidungsphase betonte Kalkan. Um aus dem gegenwärtigen Stillstand herauszukommen, sollten die Lösungsvorschläge der verschiedenen Gesellschaftsbereiche in die Politik eingebracht werden und ein Bündnis mit den Kräften gesucht werden, die für die Demokratie eintreten. "Alle müssen zu einer politischen Bewegung werden" sagte er. "Aber dafür gibt es keine Organisation. Die Kräfte für einen Wandel seien zersplittert. Ein Bündnis gegen die Banden sei nötig. Das kann im Parlament sein oder auch außerhalb."

Für die wesentlichen Punkte eines demokratischen Wandels ist die Schaffung eines Bündnis nötig. Kalkan weiter: "Den zivilen gesellschaftlichen Gruppen fällt eine bedeutende Aufgabe zu. Die letzten Schritte haben Wirkung gehabt. Nur auf die amtliche Politik zu warten, ist nicht richtig".

Gegen die Kurden gibt es ein Embargo

Kalkan bezeichnete die Erklärung der zivilen Organisationen in Istanbul als einen wichtigen Schritt. Dass es aber keine Einheit oder Bündnis mit Diyarbakir gebe, sei ein Mangel. "Ist Diyarbakir kein Teil der Türkei? Warum wird das von den Menschen in Istanbul nicht gesehen? 319 Organisationen haben ein Manifest für einen demokratischen Wandel der Türkei verfaßt. Aber in Istanbul wird das nicht gesehen". Die Türkei habe in der Politik eine Blockade gegen die Kurden verhängt; die zivilen gesellschaftlichen Organisationen dürften nicht zum Werkzeug dieser Blockade werden. Der demokratische Wandel in der Türkei werde überall unterstützt. Wir unterstützen den Wandel auch und haben unsere Unterstützung für diese Schritte erklärt. Dies sind für uns keine leeren Worte. Schritte in Richtung Demokratisierung sind nötig, unbedingt. Die Türkei muss auf dem Weg Richtung demokratischer Wandel bleiben. Auf dieser Grundlage kann der Mittlere Osten mit einem demokratischeren Europa Kontakt herstellen." Zur Debatte über die Todesstrafe sagte Kalkan, so über den Vorsitzenden zu reden, sei falsch. "Die Kurden, Opfer von Beleidigungen, sind eine notwendige Kraft für die Einheit der Türkei. Für die Aufnahme in die EU ist die Aufhebung der Todesstrafe Voraussetzung. Die Türkei braucht eine neue Gesetzesordnung."



Duran Kalkan Foto: Özgür Politika

Weiter sagte Kalkan, MHP und DYP würden den Demokratisierungsprozess sabotieren. An der Verzögerungstaktik seien vor allem Kreise beteiligt, die um ihre Positionen und Interessen fürchteten. *(ÖP, 11.6., ISKU)*

Die Banden sollen vor Gericht

Die "Volksinitiative gegen die Banden" hat gestern in Istanbul bei den Justizbehörden Anzeige gegen die pensionierten Generäle, die öffentlich erklärt hatten, der Verurteilte Korkut Eken habe alle seine Verbrechen mit Kenntnis der Generäle und anderer Stellen begangen, erstattet. In die Anzeige ist auch die ehemalige Ministerpräsidentin Tansu Ciller mit einbezogen, sowie weitere Persönlichkeiten wie Mehmet Agar. Die Initiative rief alle Demokraten und Intellektuellen sowie alle, die sich als Mensch bezeichnen auf, gemeinsam aktiv zu werden um von den Banden Rechenschaft fordern zu können. Nach Erstattung der Anzeige wurde vor dem Justizpalast eine Presseerklärung verlesen. Anwesend waren dabei im Namen der Initiative Pervin Buldan, Tomris Özden und die Angehörigen von in Haft Verschwundenen oder Opfern "Unbekannter Täter".

In der Erklärung betonten P. Buldan und T. Özden, die Türkei befinde sich in einem Wandlungsprozess zur Demokratie. Die durchgeführten Schritte seien von Bedeutung, aber um eine freiheitliche und vollständig demokratische Gesellschaft zu erreichen, sei es nötig, in der Vergangenheit Vorgefallenes ans Tageslicht zu bringen und verurteilen zu lassen. Ohne das könne es keine tatsächliche Demokratie in der Türkei geben, unterstrich P. Buldan in ihrer Erklärung. "Aus diesem Grund wollen wir die Aufklärung der ungefähr 5000 Verbrechen "unbekannter Täter", die Wahrheit über die Vertreibungen aus den ca. 4000 Dörfern, die Entlarvung aller Verantwortlichen.

In der Türkei muss auf der Grundlage einer tatsächlichen Demokratie, der Menschenrechte und des Rechts mit der Vergangenheit abgerechnet werden". Weiter wurde in der Erklärung die Frage gestellt, warum Ibrahim Sahin, der in der Susurluk-Kommission die Ermordung von Behcet Cantürk und Savas Buldan zugab, kein Ermittlungsverfahren bekam. Warum wurde Mehmet Agar für seine öffentlich zugegebenen 1000 Operationen nicht zur Rechenschaft gezogen? Warum Ciller, die kurdische Unternehmer und zivile gesellschaftliche Organisationen als Ziel hinstellte, keine Rechenschaft leisten musste? Warum wurde das Tuch des Schweigens nicht weggezogen?"

Die Presseerklärung wurde unterstützt von der HADEP Istanbul, dem Verein KAY- DER und der Initiative der Friedensmütter. *(ÖP, 8.6., ISKU)*

Bericht des IHD Diyarbakir für April und Mai 2002

Getötete bei Gefechten: 1 (Mai)
Tote durch unbekannte Täter: 5 Tote 1 Verletzte(r) (April)
ungesetzliche Hinrichtungen: 5 Tote (Mai)
Tote durch Explosione oder Minen: 3 Tote 11 Verletzte (April), 2 Tote 7 Verletzte (Mai)
Festnahmen: 224 (April) / 352 (Mai)
Folter/Misshandlungen oder Drohungen: 16/25
Verhaftungen: 66/72
Angriffe auf Demonstrationen: 15/16
Strafversetzungen: 8/1
Verwaltungsstrafen: 32/6
Presserverbote für das OHAL-Gebiet: 29/29
Geschlossene zivile Vereinigungen: 1 (April)
Nicht erlaubte Theatervorführungen und Presseerklärungen: 6/6
Todesfälle in Gefängnissen: 3/11
Selbstmorde: 16/17

(ÖP, 12.6., ISKU)

für alle. Die EU sei eine "Wertegemeinschaft". Wer nicht zustimme, werde nicht aufgenommen. *(YG online, 8.6., ISKU)*

Neuer Gefängnistyp soll gebaut werden

Nach dem F-Typ- Gefängnis soll jetzt in der Türkei ein L - Typ - Gefängnismodell eingeführt werden. Die ersten zwei sollen jetzt nach einem Zeitungsbericht der "Hürriyet" für Istanbul gebaut werden. In dem Bericht heisst es, der Direktor für Straf- und Untersuchungsgefängnisse habe erklärt, wegen dem grossen Bevölkerungsanteil der Metropolen und entsprechend auch hohen Anteil an Straftaten sei Istanbul an erster Stelle bei dem Bau neuer Gefängnisse. *(ÖP, 12.6., ISKU)*

Polizeiverbot für Reden in Kurdisch

Die HADEP-Kreisorganisation Alasehir bei Manisa konnte ihren Kongress in den letzten Tagen nur unter Polizeischikanen durchführen. Reden in Kurdisch und kurdische Musik wurden von der Polizei verboten. In seiner Rede auf der Tagung sagte der Provinzvorsitzende aus Manisa, Karakurt zum "Linken Wahlbündnis", ein lang haltendes Bündnis mit dem Ziel Demokratie sei ohne weiteres vorstellbar. Eine beabsichtigte Rede der Vorsitzenden der Frauenabteilung in Kurdisch wurde von der Polizei nicht erlaubt. Als Protest dagegen gab es Sprechchöre "Unser Recht auf Muttersprache läßt sich nicht verbieten" und "Nein zur Todesstrafe". *(ÖP, 11.6., ISKU)*

Ecevit: Wir lösen das Problem Todesstrafe ohne die MHP

Erstmals seit 10 Tagen gab Ministerpräsident Ecevit wieder eine Pressekonferenz. Zur Todesstrafe sagte er, das Problem könne ohne die MHP durch Zusammenarbeit der anderen Parteien gelöst werden. Wegen einer möglichen Zusammenarbeit mit anderen Parlamentsparteien gebe es keine Probleme mit der MHP bzw. Bahceli. *(ÖP, 10.6., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
YG = Yedinci Gündem

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 59
21. Juni 2002

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Provokationen sollen KurdInnen zur Flucht aus Mersin zwingen

Ein ungenehmigter Ausnahmezustand

In Mersin wird versucht, die Kurden erneut zur Flucht zu zwingen. Alles begann mit den Wahlen im April 1999 als die HADEP in Mersin-Akdeniz gewann. Nach diesen Wahlen wurde Mersin eine Provinz, die unter strenger Staatskontrolle steht. In der Stadt mit besonders vielen kurdischen Flüchtlingen wurden Massnahmen gegen Kurden ergriffen wie im Ausnahmezustandsgebiet. In Mersin würde versucht, Kurden und Türken gegeneinander aufzuhetzen, sagte der Vereinsvorsitzende Aras. Zum Beispiel hat der Vali vor einiger Zeit Behauptungen aufgestellt, die PKK wolle Mersin zu einem Teil Nordkurdistans und zu dessen Hafenstadt machen. Ausserdem traf er sich mit Unternehmern der Stadt, sie sollten kurdischen Firmen keine Aufträge geben; er wollte auch die Wirtschaftstätigkeit der Kurden unter Aufsicht stellen. Als Erste seien die Strassenverkäufer zum Ziel geworden, betonte er. Nicht nur von Vali und Sicherheitsbehörden, auch vom Innenministerium und der Mittelmeer-Kommandatur sei in Mersin eine Operation gestartet worden, sagte er. In der Stadt herrsche eine nie erlebte gespannte Lage. Nach Newroz habe es eine bedeutende Zahl von Flüchtlingen aus Mersin gegeben. Seit einem Jahr wolle er sich mit Verantwortlichen der Stadt treffen; er werde aber nicht als Gesprächspartner akzeptiert. 230 Kollegen seien noch im Gefängnis und wegen Protesten verurteilt worden.

Zuerst wirtschaftliche Ruinierung, danach Flucht

"Die Zahl der Strassenverkäufer liegt bei über 3000. Im Zentrum hatten wir mehr Mitglieder als einige politische Parteien. Deswegen wurde unser Verein verboten. Wir machen nichts Illegales. Die 230 Kollegen sind wegen "Unterstützung der PKK" im Gefängnis. Wir können nicht in unsere Heimat zurückkehren.Wir sind keine Provokateure. Wir sind Teil dieses Landes und werden Mersin nicht verlassen". Der IHD Mersin ist besorgt wegen der Spannungen und Provokationen. "Die Strassenverkäufer werden einer nach dem anderen aus der Stadt entfernt. Die Kurden werden als potentielle Gefahr angesehen. Es wird geplant, sie zur Flucht zu zwingen". Das Ganze sei kein Problem der Bevölkerung, sondern werde von den amtlichen Stellen gezielt inszeniert.

(ÖP, 13.6., ISKU)

Entscheidung zum Todesurteil gegen Abdullah Öcalan für Herbst erwartet

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird seine mit Spannung erwartete Entscheidung zum Todesurteil gegen den PKK-Chef Abdullah Öcalan voraussichtlich im Herbst fällen. Bis dahin werde es dauern, bis das "sehr komplexe" Urteil von den Straßburger Richtern redigiert sei, sagte ein Sprecher des Gerichts. Türkische Presseberichte, wonach der Gerichtshof das bereits vorliegende Urteil aus politischen Grünen zurückhalte, bezeichnete er als "völlig falsch". In einer Petition an das türkische Parlament forderten derweil 2,5 Millionen Türken die Hinrichtung von Öcalan. Türkische Medien hatten spekuliert, der Gerichtshof wolle zunächst eine Entscheidung des Parlaments in Ankara über die Abschaffung der Todesstrafe abwarten. Ein entsprechendes Gesetz liegt dem Parlament vor und soll demnächst debattiert werden. Vergangene Woche hatte Regierungschef Bülent Ecevit an die Oppositionsparteien appelliert, dieses Gesetz mitzutragen. Mit Ausnahme der MHP signalisierten mittlerweile alle Parteien Dialogbereitschaft. Die Abschaffung der Todesstrafe ist eine der Bedingungen für die Aufnahme der Türkei in die EU. Beim Verfahren in Straßburg geht es um die Frage, ob Ankara mit der Festnahme Öcalans im Februar 1999 in Kenia, seiner Verschleppung in die Türkei und der Verurteilung zum Tode durch ein so genanntes Staatssicherheitsgericht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen hat. Öcalan macht unter anderem Verstöße gegen die Grundrechte auf Leben und einen fairen Prozess geltend. Die Urteile des Gerichtshofs sind für alle Europaratsländern, zu denen die Türkei gehört, bindend.

(afp, 18.6., ISKU)

Frauendemonstration gegen den Krieg am 6. Juli in Düsseldorf

Krieg stoppen! - Frauen für Frieden!

Unter dem Motto „Krieg stoppen! - Frauen für Frieden!" wird am 6. Juli 2002 in Düsseldorf eine Demonstration stattfinden. Die Demo wird um 13.00 Uhr am Horionplatz (Landtag) beginnen und im Anschluss mit einer Kundgebung mit Redebeiträgen und Kulturprogramm beendet werden.

Organisiert wird die Aktion vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden, das Anfang 2000 in Düsseldorf gegründet worden ist.

Im Aufruf weisen die Organisatorinnen auf die Gefahren, aber auch auf die Chancen der derzeitigen weltweiten Umbruchphase hin: "Alles deutet darauf hin, dass die Veränderung mit Gewalt und Terror vollzogen werden wird. Wir sind Frauen, wir sind gegen Terror und wir haben genug von den Kriegen der Herren dieser Welt. Aber wir sehen auch unsere Chance in der stattfindenden Veränderung, denn das bestehende System ist vor allem und in erster Linie ein patriarchalisches System, das sich auf Unterdrückung und Ungleichheit stützt. Daher kann es für uns Frauen keine Gleichberechtigung in diesem System geben. Deshalb ist es notwendiger und dringender als je zuvor, dass Frauen sich organisieren, um gemeinsam eine Welt aufzubauen, die geprägt ist von Frieden, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Lasst uns in diesem Sinne zusammen, ausgehend von unseren verschiedenen Lebenserfahrungen, mit unseren unterschiedlichen Transparenten, Slogans, Sprachen und Farben für das gemeinsame Ziel "Frieden und Demokratie" am 6. Juli 2000 in Düsseldorf demonstrieren."

(KFF, 18.6., ISKU)

Meldungen

1 Million illegaler Einwanderer in der Türkei

Der Oberkommandierende der Gendamerie, General Aytaç Yalman erklärte, daß sich schätzungsweise eine Million illegaler Einwanderer in der Türkei aufhielten. Im vergangenen Jahr sind nach Angaben Yalmans 92.000 illegale Einwanderer festgenommen worden.

(MIL, 13.6., ISKU)

SHP und HADEP erklären enge Zusammenarbeit

Bei der ersten gemeinsamen Pressekonferenz der Vorsitzenden der neugegründeten SHP und der HADEP wurde erklärt, daß die SHP zur Verwirklichung von Demokratie und sozialer Demokratie mit der HADEP zusammenarbeiten wolle. Die HADEP wiederum erklärte, daß mit der Zusammenarbeit zugleich das Ziel eines schnellen Abschlusses des Demokratisierungsprozesses verbunden sei.

(MIL, 11.6., ISKU)

Rund 9000 Arbeitsplätze in staatlichen Betrieben abgebaut

Staatsminister Önal erklärte in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Çelik (SP), daß in den vergangenen fünf Monaten 31760 Beschäftigte aus staatlichen Betrieben (KIT) ausgeschieden seien. Im gleichen Zeitraum seien 22822 Beschäftigte neu eingestellt worden. Die Gesamtbeschäftigtenzahl beträgt 135957 an Festangestellten und 191679 an vorübergehend Beschäftigten.

(MIL, 10.6., ISKU)

Staatspräsident Sezer lässt frei, der DGM sperrt ein

Sema Türkdogan war Teilnehmerin des Todesfastens und wurde aufgrund Ihrer Erkrankung am Wernicke-Korsakoff Syndrom nach Entscheidung des Staatspräsidenten freigelassen. Am 10. Juni wurde sie bei einer Strassenkontrolle von der Jandarma festgenommen. Die 6. Kammer des DGM Istanbul hatte in einem früheren Verfahren die Todesstrafe gegen sie verhängt. Laut ärztlichem Attest ist der Körper von Sema T. zu 80% geschädigt. In einer Pressekonferenz im IHD Istanbul appellierte die Mutter, die Tochter freizulassen. Unter anderem habe sie keine 20 Kilo mehr gewogen. Nach Auskunft von E. Keskin habe der zuständige Richter des DGM keine positive Antwort auf die Initiative der Mutter gegeben.

(ÖP, 14.6., ISKU)

Auch mehr als 3 Jahre nach den Morden vor dem israelischen Konsulat:

Aufklärung unerwünscht

Auch mehr als drei Jahre nach der Schießerei am Israelischen Generalkonsulat geht das diplomatische Gerangel um Verhöre der Todesschützen weiter. Der taz zugängliche Unterlagen legen nahe, dass sowohl die israelische wie die deutsche Seite wenig an der Aufklärung der Tragödie vom Februar 1999 interessiert sind, als vier Kurden durch Schüsse tödlich verletzt wurden.
Einen Einblick in die Verschleppungstaktik deutscher und israelischer Behörden geben derzeit Akten, die der 7. Strafkammer des Landgerichts in einem nicht öffentlichen Verfahren gegen kurdische Angeklagte vorliegen. Den Angeklagten wird vorgeworfen, am 17. Februar 1999 gewaltsam in die diplomatische Vertretung Israels in Schmargendorf eingedrungen zu sein. Nach der Verhaftung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan hatten die Kurden versucht, in das Konsulat zu gelangen. Israelische Sicherheitsbeamte hatten im Laufe der Auseinandersetzungen auf die KurdInnen im und vor dem Generalkonsulat geschossen. Vier junge Kurden wurden dabei tödlich verletzt.



Gedenkdemonstration für Sema Alp, Ahmet Acar, Mustafa Kurt und Sinan Karakus, die am 17 Februar 1999 von israelischen Sicherheitskräften in Berlin ermordet wurden

Die Todesschützen, geschützt durch ihren diplomatischen Status, mussten sich bisher weder vor einem israelischen noch vor einem deutschen Gericht verantworten. Kürzlich war der damalige Botschafter Israels in Berlin, Avi Primor, von der offiziellen israelischen Version abgerückt, wonach die Schützen in Notwehr gehandelt hätten: "Im Nachhinein weiß ich, dass es keine Notwehr war", sagte er der taz.
In juristisch abstrakter Sprache wirft das Gericht den israelischen Behörden in internen Unterlagen nun vor, sie würden Zusagen brechen und Gepflogenheiten bei internationalen Rechtshilfeersuchen verletzen, um eine Vernehmung der israelischen Schützen als Zeugen für das laufende Verfahren zu vereiteln. So seien beispielsweise erste Versuche eines vorherigen Verfahrens der 9. Strafkammer im Jahr 1999, die Israelis zu laden, von den Behörden Israels nicht beantwortet worden, so dass dieser Prozess ohne die Zeugenaussagen beendet wurde. Die israelischen Behörden hätten auf die Anfrage des Gerichts für eine Ladung der Sicherheitsleute über 30 Monate lang nicht reagiert. Die Kammer geht davon aus, dass den israelischen Behörden die Namen beider Ex-Mitarbeiter bekannt und zumindest ein Zeuge zudem erreichbar sei. *(taz Berlin, 20.6., ISKU)*

Niederlande verschärfen Ausländergesetz

Die Niederlande bekommen mit den geplanten Regelungen eines der strengsten Ausländergesetze in ganz Europa.
Vor allem gegen die grosse Zahl von Einwanderern aus der Türkei und Marokko soll vorgegangen werden. Geplant ist, dass Personen, die sich im Lande niederlassen wollen, künftig für die Kosten der Immigration selbst aufkommen müssen, wodurch erreicht werden soll, dass schlecht ausgebildete und arme Leute nicht mehr nach den Niederlanden emigrieren. Personen, die sich bereits im Lande aufhalten und einen Familiennachzug planen, müssen zeigen können, dass sie über ein Jahreseinkommen von mindestens 19 000 Euro verfügen. Wer über ein solches Jahressalär verfügt, hat in den Niederlanden keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung, beispielsweise zur Bezahlung der Miete.
Im Rahmen des Nachzuges von Ehepartnern kommen nur noch Personen in Frage, die mindestens 21 Jahre alt sind (bisher lag die Grenze bei 18 Jahren). Die Auflagen werden im Weiteren auch bei Kindern von Immigranten verschärft: Demnach müssen Kinder ihren Eltern mit maximal einem halben Jahr Verzögerung in die Niederlande folgen. Bisher lag das entsprechende Zeitlimit bei 5 Jahren. Jugendliche ab 16 Jahren (bisher 18 Jahre) sollen kein Recht mehr haben, ihren Eltern zu folgen. Die Bedingungen für eine Aufnahme werden jedoch bereits für Kinder ab 12 Jahren verschärft. Zur Kasse werden die Einwanderer bei der Absolvierung von Einbürgerungskursen gebeten. Wer einen solchen Kurs mit Erfolg abschliesst, erhält die Hälfte der Kosten, die bis 6600 Euro betragen können, zurück. *(NZZ, 17.6., ISKU)*

Erstes Gerichtsverfahren wegen Identitätskampagne in Deutschland

Am 20.6.2001, eine Woche nach dem Beginn der Identitätskampagne, gaben Kurdinnen und ihre Freundinnen in mehreren Städten Deutschlands Unterschriftenlisten der Kampagne "Auch ich bin PKKlerin" an politische Institutionen weiter. Auch Frauen in Hamburg beteiligten sich an dieser Initiative. Sie übergaben einen Ordner mit den gesammelten Unterschriften der persönlichen Referentin der Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft.
Anders als in Düsseldorf, wo sich die Grüne Landtagsabgeordneten Frau Monika Düker bei der Übergabe der Unterschriftenliste äusserte: "Ich werde die erforderlichen Prozeduren im Bezug auf den Ordner in kürzester Zeit einleiten. Ich unterstütze die neue Friedensstrategie der PKK. Wie man auch bei dem letzten YEK - KOM Kongress und der großen Feier im Mai in Dortmund sehen konnte, liefen die Veranstaltungen sehr friedlich. Jedoch ist Schily ein großes Hindernis vor der Aufhebung des PKK Verbotes", wird gegen eine Teilnehmerin der Übergabedelegation in Hamburg noch in diesem Monat der Prozeß gemacht. Anstatt die KurdInnen bei ihren Friedensbemühungen mit allen Mitteln zu unterstützen, werden sie ähnlich wie in der Türkei kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Mit der Übergabe der Liste soll die Teilnehmerin gegen §20 des Vereinsgesetzes verstossen haben.
Anberaumte Prozesstermine sind der 28.6. und der 2.7. jeweils 9.30 Uhr vor dem Hamburger Landgericht.
In Hamburg sind weitere Verfahren mit ähnlichem Hintergrund eingeleitet worden. *(ISKU, 20.6.)*

Antrag auf Kurdisch-Kurse

Der Leiter eines renomierten Sprachinstitutes in Istanbul, Izmir und Ankara hat jetzt bei den Bildungsbehörden der Provinz Istanbul Antrag auf Erlaubnis für Kurdischkurse gestellt. Das Institut "English Fast" existiert seit 30 Jahren, hatte ca. 100.000 Schüler und ist nach Angaben des Besitzers halbstaatlich. Alle notwendigen Unterlagen wie Materialien, Ausbildungsprogramme etc. seien bei den zuständigen Behörden eingereicht worden; eine Antwort gebe es aber nicht bisher. Die Behinderungen wie z.B. ein Unterrichtsverbot seien sehr bedauerlich; die existierenden Beschränkungen und gesetzlichen Verbote müssten aufgehoben werden. *(ÖP, 14.6., ISKU)*

"Ein kurdischer Staat ist ein Interventionsgrund im Irak"

Nachdem der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei, T. Kilic, vor längerer Zeit ein mögliches Zusammengehen der Türkei mit Iran und Russland anstelle der EU als Möglichkeit genannt hatte, sagte er jetzt in einem Interview mit der Zeitung An Nahar im Libanon, die Gründung eines kurdischen Staates im Irak werde ein Interventionsgrund sein. Er unterstrich, die Türkei werde an einem Angriff auf den Irak nicht teilnehmen. Für die Türkei sei auch in Zukunft die Existenz des Irak massgebend. Die Punkte "Aufhebung der Todesstrafe" und "Verlagsfreiheit" und "Ausbildung in Kurdisch" sei ebenfalls kein Grund für ein Eingreifen des Militärs. Unterdessen wurde die Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den USA und der Türkei bekannt, nachdem der Türkei im Rahmen einer Operation gegen den Irak das Recht eingeräumt wird, in Südkurdistan einzumarschieren. *(ÖP, 13./15.6., ISKU)*

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
KFF = Kurdisches Frauenbüro für Frieden
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
MIL = Milliyet

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 60
28. Juni 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Verbot der “Unterschriften für eine demokratische Türkei”

HADEP akzeptiert keine Restriktionen

Die HADEP führt seit Anfang Juni eine breit angelegte Kampagne mit dem Titel "Unterschrift für eine demokratische Türkei" durch, die bis zum 1. September andauern soll. Ziel der Unterschriftensammlung sind 5 Millionen Unterschriften. Nachdem zunächst alle Genehmigungen erteilt waren, hat das Amtsgericht Van wegen angeblicher Verstösse gegen die Einheit des Staates, das Pressegesetz und das Gesetz für politische Parteien die Unterschriftensammlung verboten. Daraufhin beschlagnahmte die Polizei in den Provinzzentralen der HADEP in Van, Diyarbakir, Ankara, Hakkari und Antep die Materialien der Kampagne.



Nach dem Verbot hat die HADEP die Unterschriftensammlung vorläufig gestoppt und eine andere Kampagne gestartet. Man werde aber weiter gegen das Verbot der ersten Kampagne juristisch vorgehen, wurde von der HADEP - Zentrale erklärt. Wegen den aktuellen politischen Bedingungen der Türkei und weil man sich die Bedeutung der Kampagne vor Augen halte, habe man sich für eine weitere Kampagne entschieden. In der neuen Kampagne seien Forderungen enthalten wie z.B.:

- Beschleunigung der Anpassung an die EU
- Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit
- Schutz der Arbeiterrechte
- Aufhebung der Einschränkungen von Rede- und Meinungsfreiheit
- Verlags- und Lernfreiheit für die Muttersprache
- Demokratisierung des Gesetzes für politische Parteien und Wahlen
- Unterzeichnung des Europäischen Menschenrechtsabkommens Zusatzprotokoll 6 und 13 und Aufhebung der Todesstrafe

In getrennten Erklärungen der Stellvertreter im Parteivorstand, Mahmut Sakar und Nurhayat Altun, hiess es, man habe 5 Millionen Menschen in die Debatten miteinbezogen. Das Verbot sei ein weiteres Hindernis für die Türkei auf dem Weg nach Europa. Die Öffentlichkeit solle für die Zukunft der Türkei aufmerksam sein. *(ÖP, 21/23.6., ISKU)*

Militärabkommen der Türkei mit Syrien

Der türkische Generalstabschef Hüseyin Kivrikoglu und sein syrischer Amtskollege Hasan Turkmani haben am Mittwoch in Ankara ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet, das eine signifikante politische Wende in den Beziehungen der traditionell verfeindeten Nachbarländer einleitet.
Der türkische Stabschef Kivrikoglu sprach zuversichtlich von einem «historischen Wendepunkt im Verhältnis der türkisch-syrischen Streitkräfte».

Belastete Beziehungen
Das belastete Verhältnis der Türkei zu Syrien geht auf die dreissiger Jahre zurück. Die im Süden der Türkei gelegene, hauptsächlich von Bürgern arabischen Ursprungs bewohnte Provinz Hatay wurde damals nach einem Referendum der Türkei zugesprochen. Damaskus hat jenes Referendum aber nie anerkannt und betrachtet den Anschluss Hatays an die Türkei nach wie vor als Annexion. Während der Ära des Kalten Kriegs gehörten die Türkei als Mitgliedstaat der Nato und Syrien als Schützling der Sowjetunion den feindlichen Lagern an, was zusätzlich für Spannungen sorgte. Hinzu kamen Streitigkeiten um die Wasserrechte an Euphrat und Tigris. Einen absoluten Tiefpunkt erreichten die bilateralen Beziehungen im Jahr 1998. Ankara verlangte damals von Syrien die Auslieferung des Kurdenführers Abdullah Öcalan, der sich in Damaskus aufhielt. Als Damaskus diese Forderung ignorierte, drohte Ankara dem Nachbarstaat mit dem Krieg.

Die dreitägige Reise des syrischen Generals in die Türkei hat vor allem in Journalistenkreisen Aufregung verursacht, ist es doch der erste Besuch eines syrischen Generalstabschefs seit über 20 Jahren. Das Militärabkommen soll nun laut der türkischen Presse gemeinsame Militärübungen sowie technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen. Ähnliche Abkommen hat die Türkei mit mehreren befreundeten Ländern unterzeichnet. Das Militärabkommen mit Syrien betrifft jedoch einen besonders sensiblen Bereich, da die Türkei Israel als «strategischen Partner» in der Region betrachtet und mit Tel Aviv weitreichende Militärabkommen abgeschlossen hat.

Neue Prioritäten in Damaskus
Trotz Bedenken herrscht in Damaskus wie in Ankara aber vorerst Zuversicht. Der Besuch des syrischen Generals wird im Allgemeinen als der Beweis einer politischen Wende in Damaskus angesehen. Während des Kalten Krieges sei der syrische Präsident Hafis al-Asad zu einer Annäherung mit der Türkei nicht bereit gewesen, schrieb ein syrischer Journalist vor kurzem in der Zeitung «Al-Hayat». Für seinen Sohn Bachar zählten nun weniger ideologische Kriterien als vielmehr harte wirtschaftliche Fakten. Bachar al-Asad hoffe vor allem auf einen Ausbau des Handels mit der Türkei. Das Handelsvolumen zwischen Syrien und der Türkei betrug gemäss Angaben des türkischen Aussenministeriums letztes Jahr rund 750 Millionen Dollar. Nach der jüngsten Annäherung soll es nun bis auf 4 Milliarden Dollar erhöht werden. *(NZZ, 21.6., ISKU)*

Meldungen

Tourismus in Mardin im Aufwind
Die Stadt Mardin hat mit den Projektarbeiten begonnen, um einen Antrag bei der UNESCO zu stellen für die Aufnahme auf die Liste der Orte, die als "Weltkulturerbe" bezeichnet werden. Die Zahl inländischer und ausländischer Touristen hat stark zugenommen. Die meisten Besucher besichtigen z.B. das uralte Deyrulzafaran Kloster oder das Museum in Mardin. Das Kloster, das die Mönche zeitweise für die Besucher öffnen, ist weit über 1000 Jahre alt. Die Mönche sind syrianische Christen. Nach eigenen Angaben des Klosters haben ca. 3000 Personen das Kloster besucht. *(ÖP, 23.6., ISKU)*

Barzani will Garantien
Mesut Barzani erklärte zu den Plänen der USA, Saddam Hussein zu stürzen, die KDP werde nicht an verdeckten Operationen teilnehmen. In einem Interview mit der BBC erklärte Barzani, Bedingung für eine Teilnahme des Krieges sei ein Abkommen über die politische Zukunft Südkurdistans. Die PDK fordere keinen unabhängigen Staat, sagte er mit Blick auf die Türkei; denkbar sei eine Föderationslösung. Die Kurden seien zu Gesprächen mit den Nachbarn bereit, erwarteten aber, dass keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten erfolge. Das gelte auch umgekehrt. Aber Angriffe würden nicht hingenommen. *(ÖP, 20.6., ISKU)*

Keine Akkreditierung für kurdische Journalisten in Sevilla
Nach Informationen des Fernsehsenders Medya TV erhielten Journalisten, die für Medya TV, Özgür Politika und MHA arbeiten, beim EU-Gipfel in Sevilla keine Akkreditierung. Das bedeutet den Ausschluss eines Teils der Presse aus der ungehinderten Berichterstattung und ist möglicherweise eine Folge der "Terrorismusliste" der EU. *(Medya TV, 21.6., ISKU)*

Eingeständnis der Türkei
Die türkische Regierung hat jetzt erstmalig öffentlich eingeräumt, dass Teile des § 312 des Türkischen Strafgesetzbuch und des "Anti-Terror-Gesetzes" undemokratisch seien, und dass die behördlichen Untersuchungen bei Foltervorwürfen nicht in ausreichendem Umfang geführt würden. Anlass dazu war ein Prozess des Journalisten Ali Erol gegen die Türkei vor dem

Ermittlungsverfahren wegen "Fluchtbericht"

Die Staatsanwaltschaft des DGM Istanbul hat gegen die Vorsitzende von "Göc-Der", den Hilfs- und Kulturverein für Vertriebene, ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Anlass ist der "Fluchtbericht" des Vereins, der nach 3 Jahren Untersuchungsarbeit jetzt erstellt wurde. Das Verfahren läuft gegen die Vorsitzende S. Güzbüz und den Soziologen M. Barut, der an dem Bericht massgebend mitgearbeitet hat. Ausdrücke wie "Türkische Staatsangehörige kurdischer Abstammung", "Kurdisch", "Zazaca" und "als Folge von OHAL-Massnahmen zerstörte Dörfer" scheinen der unmittelbare Anlass für das Verfahren. In einer Pressekonferenz des Vereins wurden die Behinderungen und Untersuchungsverfahren gegen den Verein verurteilt.

Gegen alle Zweigstellen, vor allem aber gegen die Zentrale nimmt der Druck zu, sagte die Vorsitzende auf der Konferenz. "Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Van werden die Gesetze des Ausnahmezustandes weiter als Begründung für Willkürmassnahmen angegeben. Wie können in einem Gebiet ohne Ausnahmezustand die Gesetze des Ausnahmezustand gelten?" fragte sie wegen des Verbots einer Veranstaltung unter freiem Himmel am 5.6. Das zeige, dass die gesetzlichen Änderungen nur auf dem Papier stünden, aber nicht in die Praxis umgesetzt würden.
Die in früheren Jahren genehmigten Veranstaltungen im Rahmen der "Woche des Flüchtlings" wurden dieses Jahr in Istanbul verboten. (u.a. wegen "Störung der Nationalen Sicherheit", "aus Gründen des Schutzes der Nationalen Einheit")

(ÖP, 25.6., ISKU)

EU-Aufnahme: Türkei hält Fristen nicht ein

Ein Bericht der Organisation "Human Rights Watch" an die EU stellt schwerwiegende Problem für die Aufnahme der Türkei in die EU fest. Bei der Umsetzung der "Kopenhagener Kriterien" seien noch gravierende Probleme vorhanden. Der Bericht wurde an den Zuständigen für die EU-Erweiterung, Verheugen, und für Aussen- und Sicherheitsfragen, Solana, übermittelt. Die Türkei habe die Fristen, die sie selbst im "Nationalen Programm" gesetzt habe, nicht eingehalten.
Die Änderung des § 312 des Türkischen Strafgesetzbuches im Februar des Jahres sei nicht ausreichend. Der Paragraph werde immer noch für die Bestrafung von Debatten über ethnische und religiöse Themen eingesetzt. Das "Anti-Terrorismus-Gesetz " werde von den Gerichten als Unterdrückungsmittel gegen unabhängiges Denken eingesetzt, das sehe auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte so. HRW forderte in dem Bericht die unverzügliche Freilassung der DEP-Abgeordneten. Die Folter sei immer noch weit verbreitet in der Türkei, vor allem Falaka, Elektrofolter, sexuelle Belästigung und Vergewaltigungen würden angewendet. Die türkische Regierung sei in dieser Frage gespalten; Justiz, Polizei und Armee u.a. würden gegen die Reformen provozierend auftreten. Aus der Kampagne "Muttersprachliche Ausbildung" seien seit November 2001 1208 Personen festgenommen oder inhaftiert worden. Daneben gebe es auch in den Bereichen Presse und Rundfunkgesetz Reformen durchzuführen.

(ÖP, 25.6., ISKU)

Arbeitgeber warnen vor weiterer Krise

Der Vorsitzende des türkischen Arbeitgeberverbandes TÜSIAD hat die Parlamentsparteien scharf kritisiert. Der einzige Weg für Wohlstand sei der Beitritt in die EU. Alle Parlamentsparteien würden dafür zu wenig unternehmen. Die aktuelle Unsicherheit in der Politik behindere Investitionen, auch aus dem Ausland. Die türkische Wirtschaft sei weiter auf Talfahrt. Das gehe so rasant, dass daran auch vorgezogene Neuwahlen nichts ändern könnten. Die Kopenhagener Kriterien müsten noch vor den Parlamentswahlen erfüllt werden, forderte er. Ein weiteres hochrangiges Mitglied des TÜSIAD warf der Regierung vor, sie kümmere sich nicht um die Zukunft (des Landes). TÜSIAD mache das. Kurz vor dem Sevilla´Gipfel sprachen sich die Vorsitzenden zweier Verbände junger Unternehmer auf einer gemeinsamen Pressekonferenz für eine Abschaffung der Todesstrafe und für die Einführung von muttersprachlichem Unterricht und Sprachunterricht aus.

Die Mehrheit will gehen

Nach einer im Mai durchgeführten Umfrage mit 3224 Befragten aus 16 verschiedenen Provinzen wollen 59,9% die Türkei verlassen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Vor allem wegen der wirtschaftlichen und politischen Labilität können viele keine Perspektive sehen. Bei der Jugend liegt der Anteil derer, die weg wollen, bei 70%. Bei den Arbeitslosen sind es 72,4%. Aber auch bei "guten Berufen" wie Anwalt oder Notar wollen über 63% weg.

(ÖP, 20.6., ISKU)

Abschiebegefangener im Hamburger Untersuchungsgefängnis schwer misshandelt

Schwere Vorwürfe gegen Schließer des Untersuchungsgefängnisses (UG): Sie sollen den Kurden Ramazan Cicek misshandelt haben, nachdem er am 11. Juni in der Ausländerbehörde zwecks Abschiebung überraschend verhaftet wurde. Sein Anwalt Arne Dahm hat Anzeige erstattet.
Folter ist dem Kurden schon aus Polizeiwachen in der Türkei bekannt. Nun ist Cicek im Verlauf des Abschiebeprozedere der Ausländerbehörde offenkundig Opfer einer Misshandlung im UG geworden. Da er sich über einen "verschimmelten Mülleimer" in der Zelle beschwert habe, sei er von einem Beamten zunächst selbst als "Müll" bezeichnet worden. Kurz darauf sei dieser mit sechs anderen Schließern zurückgekommen. "Die haben mich aus der Zelle gezerrt, so dass ich zu Boden gefallen bin", schildert er. "Auf dem Flur haben sie mich auf den Nacken geschlagen mit einem schwarzen Gummiknüppel, jeweils einer stand auf meiner Kniekehle", sagt er. "Ich bekam Schläge auf den Rücken." Erst im Abschiebeknast Glasmoor sei sein gebrochener Arm eingegipst worden.
Für die kirchliche Beratungsstelle "Fluchtpunkt" ist die ganze Abschiebeaktion ohnehin verfassungsrechtlich unhaltbar, da für die Familie ein tatsächliches Abschiebehindernis vorliegt. Denn Ehefrau Serife ist nicht reisefähig, sie leidet laut ärztlichen Attesten unter posttraumatischen Belastungsstörungen und latenter Suizidgefahr. "Frau Cicek hat am Tag der Verhaftung einen Selbstmordversuch unternommen, ihr Tod konnte durch ihre älteste Tochter knapp verhindert werden", berichtet Almut Jöde von "Fluchtpunkt". Inzwischen liegt beim Verwaltungsgericht ein Eilantrag vor, der Ausländerbehörde die Abschiebung solange zu verbieten, bis ein fach- und amtsärztliches Gutachten zur Frage der Reisefähigkeit eingeholt ist.

(taz HH, 27.6., ISKU)

Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, den die Türkei verlor. Erol hatte in einer türkischen Zeitung einen Beitrag geschrieben und war deswegen angeklagt worden.

(ÖP, 22.6., ISKU)

Ausnahmezustand aufgehoben, aber es gibt den § 526/1

Nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes hat sich an den Möglichkeiten, etwas verbieten zu lassen oder Strafen zu verhängen kaum etwas geändert. Nur die Zuständigkeiten sind jetzt andere. Was früher ein Beschluss des Vali für das Ausnahmezustandsgebiet erledigte, wird jetzt vom "einfachen" Vali per Beschluss erledigt. Auch rückt ein kaum beachteter Paragraph des Türkischen Strafgesetzbuch in den Vordergrund, der Paragraph 526/1. Er hat Strafmöglichkeiten von nicht beachteten Vorschriften zum Inhalt. Das sind z.B.: Ein nicht bekanntes Verbot einer Zeitung oder Cassette.

(ÖP, 24.6., ISKU)

Keine Entscheidung über "Aufhebung der Todesstrafe"

Nach langen Debatten und Erklärungen "Wir sind für die Abschaffung, aber ..." ist nach dem momentanen Stand (25.6.) keine Parlamentsentscheidung mehr vor den Sommerferien des türkischen Parlaments zu erwarten. Es gebe keine Mehrheit dafür.
Das Parlament tagt normalerweise im Oktober wieder. Mit den Arbeiten des EU-Berichts für die Aufnahme neuer Mitgliedskandidaten soll nach Presseberichten aber schon im September begonnen werden.

(ÖP, 25.6., ISKU)

Cevat Söysal verurteilt

Der im Jahr 1999 vom türkischen Geheimdienst aus Moldawien entführte Kurde Cevat Söysal ist in der Türkei zu 18 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt worden, weil er "eine gegen den Staat gerichtete bewaffnete Gruppe geleitet" haben soll. Söysal war zum Zeitpunkt seiner Entführung Aslbewerber in der BRD. *(ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
NZZ = Neue Zürcher Zeitung

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 61
5. Juli 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Am Wochenende beginnen in der Türkei und Europa Friedensaktivitäten

Friedenskarawane von Frauen

Die von der Fraueninitiative KATAGI unter dem Motto "Frauen gehen aufeinander zu" organisierte Friedenskarawane nach Konya wird am 6. Juli von vielen verschiedenen Punkten in der Türkei aus losgehen. Die "Istanbul-Gruppe" der Organisatorinnen hat eine Pressekonferenz in der "Bürgerinitiative für Aufklärung" ("Aydinlik Icin Yurttas Girisimi") abgehalten, in der sie ihre geplanten Aktivitäten der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Wie Müjgan Arpat von KATAGI mitteilte, seien eine Vielzahl von Aktivitäten geplant, so solle beispielsweise von Frauen auf dem Weg Stoffreste gesammelt und zu einer "Friedensdeklaration ohne Worte" verarbeitet werden.

Wie die Soziologin Pinar Selek erklärte, sei Ziel der Aktion, für einen gesellschaftlichen Wandel eine organisierte Haltung von Frauen zu fördern. Weiter sagte sie: "Auf den Aufruf der Kampagne kamen Antworten von den verschiedensten Frauengruppen, sowohl von unabhängigen Frauen als auch von Frauen aus Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen". Eine weitere KATAGI-Mitarbeiterin, Zübeyde Tüfekci, wies darauf hin, dass die Kommunikation zwischen Frauen sehr begrenzt ist: "Auch wenn wir uns sehr nahe sind, so haben wir oft keine Ahnung voneinander."



“Friedensdeklaration ohne Worte” - Die Frauen sammeln auf ihrem Weg Stoffreste, die am Ende der Reise zu einem Symbol für den Frieden werden sollen

Das Istanbuler Programm

Die sich an der Karawane beteiligenden Frauen werden am 6. Juli vom Schiffsanleger Kadiköy in Istanbul verabschiedet werden. Am gleichen Tag fahren sie nach Kartal, Güzel Tepe, Ulastepe. Am Sonntag wird die Karawane Gebze erreichen, wo es zu einem Treffen mit Frauen aus den umliegenden Dörfern kommen wird. Weiterhin liegen Izmit, Bursa, Eskisehir und Haymana auf der Wegstrecke nach Konya. In Konya werden die Frauen zwei Tage bleiben und es werden eine Vielzahl von Aktionen stattfinden. Den Abschluss der Karawane wird eine Pressekonferenz am 14. Juli bilden.

An der Pressekonferenz in Istanbul beteiligten sich die Vorsitzende des IHD Istanbul, Eren Keskin, von KATAGI Pinar Selek, aus dem IHD-Vorstand Leman Yurtsever, die ehemalige KESK-Generalsekretärin Sevil Erol, die Vorsitzende der Journalisten-Gewerkschaft Sükran Soner, die Vorsitzende des HADEP-Frauenverbandes Istanbul Hümeryra Tosun, die Theaterschauspielerin Jülide Kural, vom Dicle-Frauenkulturzentrum Sübeyde Ugurlu sowie weitere Mitarbeiterinnen von KATAGI und viele weitere Frauen.

Antikriegsdemonstration in Deutschland

Frauen in Deutschland bereiten sich auf die am kommenden Samstag in Düsseldorf stattfindende Demonstration "Krieg Stoppen - Frauen für Frieden" vor, die vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden CENI organisiert wird. *[Anm: "Ceni" bedeutet "Frau" auf zazaki]*

Als Vorstandsmitglied des Kurdischen Frauenbüros für Frieden hat Gülbahar Aslan alle Frauen, die gegen Krieg sind, zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Aslan verwies darauf, dass nach dem 11. September weltweit eine systemverändernde Phase eingeleitet worden sei, die von Terror und Gewalt geprägt sei. "Die ersten Kriege wurden von Männern entwickelt. Militarismus ist Teil des männlich beherrschten Systems. Frauen sind in ihrem Wesen gegen Gewalt und Krieg eingestellt, sie haben ein friedliches und soziales Wesen. Alle, die für Frieden sind, sollen am Samstag mit uns demonstrieren." *(DIHA, 29.6., ISKU)*

Die Frauendemonstration beginnt am 6. Juli 2002, um 13 Uhr auf dem Horionplatz in Düsseldorf. Abschlusskundgebung am Gustav-Gründgens-Platz.
Busse dorthin werden von den kurdischen Vereinen organisiert. Den vollständigen Demonstrationsaufruf findet Ihr unter:

http://www.nadir.org/isku

Eren Keskin erneut vor Gericht

Wegen eines Gesprächs mit der deutschen Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) soll sich jetzt die Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) in Istanbul, Eren Keskin, vor einem türkischen Strafgericht verantworten. Keskin ist wegen "Beleidigung der türkischen Streitkräfte" angeklagt. Däubler-Gmelin hatte sich im Juni 2001 im Gästehaus des Deutschen Generalkonsulats in Istanbul mit zehn Vertretern türkischer Nichtsregierungsorganisationen getroffen. Dazu gehörte auch Keskin.

Über die Begegnung wurde später in dem Wochenblatt Aydinlik berichtet. Auch der Autor des Artikels und der Chefredakteur sind in der selben Sache angeklagt. Keskin wird laut Anklageschrift vorgeworfen, sie habe die Streitkräfte "verleumdet und beleidigt", indem sie erklärte, die türkische Politik werde nicht von den politischen Parteien, sondern vom Generalstab der Militärs bestimmt. Damit habe sie die Armee "als Gegner der Demokratie" dargestellt und als Institution, die Druck auf die politische Führung ausübe, heißt es in einem von der Pressestelle der Staatsanwaltschaft veröffentlichten Auszug.

Keskin soll deshalb am Freitag vor dem 2. Strafgerichtshof für schwere Delikte in Istanbul erscheinen.

(SZ, 2.7., ISKU)

Meldungen

Meinungsumfrage zeigt Unzufriedenheit in der Türkei

Nach einer Repräsentativumfrage bei 3060 Personen über 18 Jahren, durchgeführt von der "Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfi" (TESEV), sind 90% für die Demokratie, über 64% für eine Mitgliedschaft in der EU. Insbesondere die Frage nach Zufriedenheit mit der türkischen Demokratie, Meinungsfreiheit, Sprachfreiheit erhält eindeutige Antworten. In allen Fällen sind über 74% für Sprachfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz. 90% sind nicht mit der türkischen Demokratie zufrieden, 1% ist unentschlossen und 3% haben keine Meinung. *(ÖP, 29.6., ISKU)*

Sezer fordert Munzur-Informationen an

Anfang Juni hatte der Unterstützungsverein Tunceli und mehrere Initiativen gegen die geplanten Staudammprojekte im Munzur-Tal Protesttelegramme auch an den Staatspräsidenten geschickt. Von dort kam nun eine Antwort: man wolle weitere Informationen.
(ÖP, 29.6.,ISKU)

HADEP-Verbotsverfahren am 9. Juli

Vor dem Verfassungsgericht soll am 9. Juli der Verbotsantrag gegen die HADEP verhandelt werden. Der Staatsanwalt des Kassationsgerichtes will die HADEP wegen Verstössen gegen die Artikel 78 - 82 verbieten lassen. *(Anm. Gesetz über politische Parteien)* Nach dem 2. gerichtlichen Verbot der HADEP-Unterschriftensammlung für eine Demokratisierung der Türkei wurde eine ausserordentliche Versammlung der Orts- und Provinzvorsitzenden nach Ankara einberufen. Debattenpunkte waren, wie geht es weiter mit der Unterschriftensammlung, mögliche vorgezogene Wahlen und ein mögliches Wahlbündnis sowie der Prozess wegen dem Verbotsantrag.
(ÖP, 30.6., ISKU)

“Aufhebung des Ausnahmezustandes hat nichts geändert.”

Nach Auffassung von Hüseyin Aygün, Vorsitzender der Anwaltskammer Tunceli, reiche es nicht aus, den Ausnahmezustand auf dem Papier aufzuheben, es bedürfe zudem auch einer "Rehabilitation" und der Weiterbildung des Personals im Öffentlichen Dienst. Dieser Äußerung schloß sich Hüsnü Ayhan, Vorsitzender der An-

Kein Datum für EU-Beitritt der Türkei

Bei ihrem Drängen in die Europäische Union steht der Türkei eine Enttäuschung bevor. Trotz wachsenden Drucks aus Ankara und einigen EU-Hauptstädten ist die Europäische Kommission nicht bereit, der Türkei ein Datum für den Beginn von Verhandlungen in Aussicht zu stellen, bevor alle Beitrittsbedingungen erfüllt sind. "Die Kommission ist gegen einen Kuhhandel mit politischen Tauschgeschäften", sagte Erweiterungskommissar Verheugen in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Damit schloß er aus, daß die Gemeinschaft beim EU-Gipfeltreffen Ende des Jahres in Kopenhagen ein Entgegenkommen der Türkei in der Zypern-Frage oder bei der seit Monaten blockierten Verzahnung zwischen der Nato und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit konkreten Zusagen für Beitrittsverhandlungen honorieren könnte. Vor allem bei den politischen Bedingungen sieht Verheugen trotz einiger Fortschritte noch "erhebliche" Defizite. "Wir dürfen mit unseren Prinzipien nicht taktisch umgehen; dann geraten wir auf eine sehr schiefe Bahn." Verheugen ließ keinen Zweifel daran, daß die EU Zypern auch ohne eine Beilegung des vier Jahrzehnte alten Konflikts auf der geteilten Mittelmeerinsel aufnehmen werde. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der griechischen und der türkischen Volksgruppe, Klerides und Denktasch, hatten das Ziel verfehlt, bis Ende Juni zu einer grundsätzlichen Einigung zu kommen. "Ich erwarte von Denktasch eine konstruktivere Haltung", sagte Verheugen. Die Türken auf der Insel müßten akzeptieren, daß Zypern nicht ein "künstliches Gebilde aus zwei de facto unabhängigen Staaten werden kann". Hinter dem Stillstand der Gespräche vermutet Verheugen einen Richtungsstreit in Ankara. Derzeit deute vieles auf einen Kampf zwischen "zwei politischen Lagern" hin, wobei die Haltung des einflußreichen Militärs ungewiß sei. "Der Schlüssel für eine Lösung des Zypern-Konflikts liegt in Ankara", so Verheugen.

Der Beitritt Zyperns müsse nicht das Ende der Bemühungen um eine Überwindung der Teilung sein. Ein Beitrittsvertrag könne so abgeschlossen werden, daß die Einbeziehung des türkischen Nordens jederzeit durch einstimmigen Beschluß des EU-Ministerrates und ohne zusätzliche Ratifikation möglich sei. Gleichzeitig müsse die EU sich darauf vorbereiten, die negativen Auswirkungen der Aufnahme eines geteilten Zyperns auf ihr Verhältnis zur Türkei aufzufangen. Immerhin sei von einer Annexion Nordzyperns ihm gegenüber keine Rede mehr.

Verheugen warnte davor, in der Türkei zu hohe Erwartungen zu wecken. Gegen den Rat der Kommission hatten die Staats- und Regierungschefs Ankara Ende vorigen Jahres zugestanden, daß die "Aussicht auf die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen jetzt nähergerückt sei". Darauf gründe sich nun die Hoffnung der Türkei, in Kopenhagen ein noch deutlicheres Signal zu erhalten, sagte Verheugen. An diesem Montag wird die Kommission mit der dänischen Regierung, die für die kommenden sechs Monate die EU-Präsidentschaft übernimmt, über dieses Thema beraten. Er wolle nicht, sagte Verheugen, daß Kopenhagen, wo die Aufnahme zehn neuer Mitglieder beschlossen werden soll, "zu einem Türkei-Gipfel wird".

Zwar habe die Türkei mit der Verabschiedung erster Verfassungs- und Gesetzgebungsreformen "begonnen, sich zu bewegen". Was diese Anpassung "auf dem Papier" für die Menschen bedeute, müsse sich aber noch zeigen. Bisher sei nicht einmal sicher, ob für die Abschaffung der Todesstrafe und kulturelle Rechte der Kurden eine Mehrheit im Parlament zustande komme. Die Kommission will die Fortschritte der Türkei Mitte Oktober in einem Bericht an die Staats- und Regierungschefs bewerten. Wenn Ankara die selbstgesteckten Ziele erreichen wolle, seien noch "enorme Anstrengungen" nötig, sagte Verheugen. *(FAZ, 30.6., ISKU)*

Anstatt Ausnahmezustand ein Staatskomissar

Auf der monatlichen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am letzten Freitag fehlte Ministerpräsident Ecevit erneut wegen Krankheit. Dagegen nahmen Energieminister Cakan und 2 weitere Staatsminister an der Sitzung teil. Ein Tagesordnungspunkt der Sitzung war, wie nach dem Ende des Ausnahmezustandes der "Südosten" verwaltet werden soll. Dem Bericht zufolge schwebt den Militärs ein Staatskomissar für den Südosten vor. Die Arbeiten zu diesem Punkt würden weitergeführt. Weitere Punkte seien der Energiebedarf der Türkei in den Jahren bis 2010 und das Thema Zoll/ Grenzhandel über die Zollstationen gewesen. Dabei sei auf Fragen der Militärs von Vertretern des Energieministeriums berichtet worden, das in ca. 20 Jahren auch die Türkei ein Atomkraftwerk besitze. Nach dem Treffen in Sevilla sieht sich die Türkei anscheinend unter heftigem Druck der anderen europäischen Staaten, Massnahmen gegen den "Menschenschmuggel" in die Wege zu leiten. *(ÖP, 30.6., ISKU)*

Muttersprache wird mit Repression bekämpft

Gegen Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft Egitim-Sen (Gewerkschaft für Erziehung) aus Bingöl wurde ein Verfahren eingeleitet, weil auf dem 1. Ordentlichen Kongress der Egitim-Sen Transparente mit der Aufschrift "Muttersprache teilt nicht, sie vereint" und "Muttersprache ist ein Recht und kann nicht verhindert werden" angebracht wurden. Im Laufe des Verfahrens wurde gegen acht Vorstandsmitglieder ein einjähriges Beförderungsverbot und gegen sechs Vorstandsmitglieder ihre Versetzung außerhalb des Bezirks verhängt.

Aufgrund der Forderung nach kurdischer Sprache wurden in Van, in Amed und in Urfa gegen HADEPler und Lehrer der Egitim-Sen Strafen wie Versetzung verhängt. Gegen Vargül wurde vor dem Staatssicherheitsgericht in Van ein Verfahren eingeleitet, weil er einen Vortrag gehalten hat über die negativen Auswirkungen auf Kinder, wenn sie Bildung ausschließlich ohne Muttersprache erhalten. In der Anklageschrift wird ihm vorgeworfen, eine Rede gemäß der Konferenzbeschlüsse der PKK und des KADEK gehalten zu haben. M. Nesip Gültekin, Lehrer und Mitglied der Egitim-Sen, wurde auf Anordnung des Gouverneurs des Ausnahmezustandsgebietes von Amed nach Karayazi bei Erzurum versetzt. Der Grund ist eine Einladungskarte zu einer Feier mit kurdischer Aufschrift.

HADEP-Bezirksvorstandsmitglieder wurden auf ihrem Weg zum Kongress der HADEP-Hani auf der Schnellstrasse von Diyarbakir nach Hani von Militärangehörigen angehalten. Bei der Durchsuchung wurden kurdische Kassetten mit Steuerbanderolen des Kulturministeriums beschlagnahmt. Vier Personen wurden von den Militärs festgenommen und dem Staatsanwalt vorgeführt. Der Staatsanwalt verhängte gegen drei von ihnen eine Geldstrafe in Höhe von 2,85 Milliarden Lira. *(KIZ, 4.7, ISKU)*

waltskammer Van, an. Nach Auffassung von Aygün haben sich in der 25-jährigen Dauer des Ausnahmezustandes eine Gewöhnung und eine Tendenz herausgebildet, den Bürgern zu mißtrauen und nach Belieben in Freiheitsrechte einzugreifen. Hüsnü Ayhan forderte, daß alle öffentlichen Institutionen sich buchstabengetreu an die Gesetze der türkischen Republik zu halten haben. Amtsmißbrauch seitens des Militärs müsse in jeder Form entgegengewirkt werden. *(Bianet, 21.6., ISKU)*

Statistik der Folter-Verfahren gegen Polizeibeamte

Den Daten zufolge wurden vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Oktober 2001 gegen 4897 Polizisten Verfahren mit dem Vorwurf von Folter oder schlechter Behandlung eröffnet. Im selben Zeitraum wurde gegen 3908 Polizisten ein Disziplinarverfahren eröffnet. In den Gerichtsverfahren erfolgten 186 Schuldsprüche, bei den Disziplinarverfahren wurden 225 Strafen verhängt. 1123 Gerichtsverfahren waren noch nicht abgeschlossen. Bei den Gerichtsverfahren beziehen sich 535 explizit auf "Folter". Von diesen Verfahren waren zum Ende des Berichtszeitraums 180 noch nicht abgeschlossen. Bei den 355 abgeschlossenen Verfahren erfolgte in 18 Fällen ein Schuldspruch. *(Bianet, 21.6., ISKU)*

Irakische Armee verlagert Kräfte nach Norden

Berichten aus Südkurdistan zufolge verlegt die irakische Armee Panzer und Geschütze bis kurz vor die Stadt Hewler am 36. Breitengrad. Von Seiten Saddam Hüssein seien Delegationen zu Talabani und Barzani entsandt worden, Sie sollen eine mögliche Unterstützung der USA durch diese kurdischen Kräfte verhindern.. *(ÖP, 30.6., ISKU)*

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
DIHA = Dicle Haber Ajansi
KIZ = Kurdistan Informations-Zentrum
FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung
SZ = Süddeutsche Zeitung

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 62
12. Juli 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Frauendemonstrationen in der Türkei, Frankreich und Deutschland

"Unsere Häupter krönt der Frieden"

Am 6. Juli fand in Düsseldorf die Frauendemonstration unter dem Motto "Krieg stoppen - Frauen für Frieden" statt. Aus Deutschland, Belgien und Holland waren überwiegend kurdische Frauen dem Aufruf des Kurdischen Frauenbüro für Frieden CENI gefolgt, um einen würdevollen Frieden und eine Beendigung aller Kriege, die der Menschheit nichts einbringen außer Leid, Blutvergießen und Tränen, zu fordern. Bei der Demonstration, an der sich 5000 Menschen beteiligten, wurde betont, dass es die Frauen sind, die am meisten unter Krieg leiden.



Auf der Kundgebung zu Beginn der Demonstration in Düsseldorf (Foto: ISKU)

Besonders bunt wurde die Demonstration durch die traditionelle Kleidung, die viele der Teilnehmerinnen trugen, sowie durch selbstgebastelte Pappkronen mit der Aufschrift "Frieden" und "PJA". Es wurden Transparente getragen mit der Aufschrift "1000 Grüsse an die Frauen-Karawane nach Konya", "Frauen, globalisiert die Gerechtigkeit" und "Männer - Krieg ist kein Spielzeug".

Nach der Demonstration fand eine Kundgebung mit vielen Rede- und Kulturbeiträgen statt. Nach einer Gedenkminute für alle Menschen, die im Kampf für Demokratie und Freiheit gefallen sind, hielt die Vorsitzende des Kurdischen Frauenbüros für Frieden CENI, Ayten Sünger, eine Ansprache, in der sie sagte: "Immer wurde uns beigebracht, zu schweigen, und aus diesem Grund haben wir 5000 Jahre lang geschwiegen und zugeschaut. Aber das männlich dominierte Herrschaftssystem hat gefährliche Pläne für die Zukunft. Brennpunkt dieser Pläne ist der Mittlere Osten und damit auch Kurdistan. Wir haben nicht dafür gekämpft, dass Kurdistan zum Zentrum von Massaker und Blutvergießen wird, sondern zum Zentrum von Frieden und demokratischer Zivilisation." Im weiteren Verlauf des Programms wurden Grußbotschaften der Partei der Freien Frau PJA, der kurdisch-yezidischen Politikerin Nuriye Kesbir, die in Holland inhaftiert ist, sowie der afghanischen Frauenorganisation RAWA verlesen. Ein weiterer Redebeitrag wurde von Lana Zadeq von der Palästinensischen Gesellschaft in Frankreich gehalten.

Der Weg zum vierten Frauentreffen ist mit Tüchern bedeckt. Mit kunterbunten Tüchern.

Am 6. Juli haben sich auch die Frauen in Istanbul, Batman und Diyarbakir auf den Weg gemacht, um am 12. Juli in Konya zusammen zu treffen. Aus aneinandergenähten Stoffstükken wird ein riesiges Tuch gemacht, unter dem Frauen in allen Farben Platz haben...

Seit zwei Jahren machen sich Frauen in der Hoffnung, ihr Schicksal zu ändern, auf den Weg, wenn der Frühling dem Sommer Platz gemacht hat. Von Istanbul aus sind acht Frauen auf die Reise verabschiedet worden. Auch aus Diyarbakir und Batman haben sich Frauen auf den Weg gemacht. Sie haben Tücher in ihren Händen und Fragen auf Papier... Sie sind Reisende eines gemeinsamen Schicksals und sie sind unterwegs, um die Sonne scheinen zu lassen. Alle sind sie auf der Suche nach der Zukunft, sie wollen zeigen, was sie können, sie wollen leben.

Sie werden sich treffen, sich von ihren Problemen erzählen, sich austauschen. In Istanbul-Kadiköy kamen sie zusammen, um acht Frauen auf den Weg nach Konya zu verabschieden. Fast alle trugen weiße Kopftücher, weite Kleider, hatten tätowierte Gesichter und hoben die Hände zum Siegeszeichen. Fast alle waren sie Kurdinnen, also Frauen, die die Landkarte zur Befreiung schon vor langer Zeit entworfen haben. In ihren Gesichtern spiegelte sich das Selbstbewusstsein von Menschen wieder, die aktiv sind, die eigene Angst überwunden haben und eine Ahnung von der Freiheit haben.

(ÖP, 7/9.7., ISKU)

Türkische Regierung vor dem Ende

Nach den zahlreichen Rücktritten von Ministern und Abgeordneten stehen in der Türkei vorraussichtlich Neuwahlen an. Außenminister Cem, der am Donnerstag zurücktrat, ist bereits das siebente Kabinettsmitglied seit Anfang der Woche, dass die brüchige 3-Parteien-Koalition verlässt. In der Türkei wird spekuliert, dass Cem, der auch aus Ecevits DSP austrat, gemeinsam mit weiteren ehemaligen Regierungsmitgliedern eine neue Partei gründen wird.

Premierminister Bülent Ecevit beharrt derzeit weiter darauf, bis zum Ende seiner Amtszeit 2004 zu regieren. Damit steht er jedoch weitgehend allein; vor dem Rücktritt von Cem hatte ihm auch die faschistische MHP - die derzeit die stärkste Kraft im Parlament ist und noch bis vor wenigen Tagen gegen Neuwahlen auftrat - die Unterstützung verweigert und vorgezogene Neuwahlen gefordert. Faktisch steht jetzt nur noch zur Debatte, wann diese Neuwahlen stattfinden.

Die MHP will diese möglichst nach hinten verschieben, um genug Zeit zu haben, mit einem Wahlkampf gegen den EU-Beitritt und für die Beibehaltung der Todesstrafe Stimmen zu gewinnen.

Zum anderen wird Druck auf die Parteien ausgeübt, vor den Neuwahlen das Wahlgesetz zu ändern. Dabei geht es vorwiegend um die Absenkung der derzeitigen 10% Hürde auf 5% oder um die Möglichkeit der Anerkennung von Wahlbündnissen zur Überwindung der Sperrklausel. Cillers Partei DYP schlägt dagegen ein Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen vor.

(ISKU)

Meldungen

Erneut Morde von Dorfschützern

Im Dorf Nureddin Köyü (Malazgirt/Mus) wurden von Dorfschützern drei Bauern ermordet, die 1993 wegen des Drucks der Dorfschützer das Dorf verlassen hatten und zuletzt in Istanbul lebten. Die drei Mitglieder einer Familie waren vor 10 Tagen ins Dorf gefahren um dort Wiesen zu mähen.

(ÖP, 10.7., ISKU)

Massengrab in Sason gefunden

Im Kreis Sason der Provinz Batman wurden in der Nähe des Dorfes Tanze Von den Bauern beim Arbeiten Schädel und Knochenteile von 8 Menschen gefunden. Sie vermuten, dass es sich dabei um 8 von insgesamt 17 Guerillamitgliedern handelt, die im Februar 1999 beim Einsatz von Chemiewaffen aus Hubschraubern getötet worden waren. Die Getöteten wurden danach an einem unbekannten Ort vergraben.

(ÖP, 7.7., ISKU)

Anklage gegen Folterer

Am 21. März 2001 wurden im Rahmen von Hausdurchsuchungen in Sirnak sieben Menschen festgenommen. Die Aktion wurde von der Anti-Terror-Abteilung der Sicherheitsbehörde Sirnak durchgeführt, die die Festgenommenen 11 Tage lang festhielt. Erstmals konnte in Sirnak der zunächst verhinderte Prozess doch durchgesetzt werden. Angeklagt wurden fünf Polizisten sowie sechs Ärzte, die die Folter vertuschen wollten.

(ÖP, 6.7., ISKU)

Strafversetzung und Prügel für Lehrer

Bei einer Protestaktion gegen Zwangsversetzungen von Egitim Sen - Mitgliedern in Mersin griff die Polizei gegen die geplante Verlesung einer Presserklärung ein. Seit Newroz haben bisher 35 Lehrer ihre Versetzungsnachricht erhalten, mit weiteren Zwangsversetzungen wird in nächster Zeit gerechnet. Nachdem letztes Jahr 10 kurdische Ärzte versetzt wurden, ebenfalls KESK - Mitglieder, trifft es dieses Jahr die Lehrer. *(ÖP, 10.7., ISKU)*

3 Jahre Haft für Chef-Redakteur

Der Chefredakteur der dreimonatlich erscheinenden Kultur-Zeitschrift "Güney" wurde vom DGM Istanbul zu 3 Jahren Haft wegen der Überschrift "Schweig nicht, wenn du schweigst,

3 Jahre und 3 Monate Haftstrafe für kurdischen Politiker

Am 12. Hauptverhandlungstag wurde der kurdische Politiker Halit Yildirim vom 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf aufgrund "der erdrückenden Beweislage" wegen Mitgliedschaft in einer "kriminellen" Vereinigung (§ 129 StGB) zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten verurteilt.
Der Politiker war bereits im November 1998 vom OLG Frankfurt/M. zu einer Haftstrafe in gleicher Höhe wegen Mitgliedschaft in der damals noch "terroristischen" Vereinigung (§ 129 a StGB) verurteilt und Ende 1999 auf Bewährung entlassen worden. Besonders schwer hat nach Auffassung des Strafsenats in dem jetzigen Verfahren gewogen, dass Halit Yildirim nur wenige Monate nach seiner Entlassung bereits wieder für die PKK tätig und somit "einschlägig rückfällig geworden" sei. Zu Gunsten des Angeklagten wertete das Gericht, dass dieser sich während seiner Tätigkeit für eine "Abkehr von Gewalt und für die Friedenslinie" der PKK eingesetzt und "keine eigensüchtigen Ziele" verfolgt habe. Zudem müsse anerkannt werden, dass für ihn als Ausländer die Situation in einem deutschen Gefängnis schwerer wiege.
Auch das Schicksal des Politikers, der bereits in der Türkei wegen seiner politischen Arbeit mehrere Jahre im Gefängnis zubringen musste und dort schwer gefoltert wurde, sei bei der Strafzumessung mit berücksichtigt worden.
Im Verlaufe des Prozesses hatten sich zwei kurdische Politiker geweigert, als Zeugen gegen Halit Yildirim auszusagen. Deshalb wurde gegen sie Beugehaft verhängt. Zwei weitere Zeugen hingegen waren zu Aussagen über die Identität des Angeklagten bereit. Daraufhin hat der Angeklagte am 25. Juni 2002 in einer Erklärung bestätigt, als Verantwortlicher der PKK-Region Mitte (Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg u.a.) in der Zeit von Februar 2000 bis März 2001 tätig gewesen zu sein. Dadurch habe er - so das Gericht - dazu beigetragen, die Verfahrensdauer erheblich zu verkürzen. Der Prozess war am 14. Mai eröffnet worden.
Halit Yildirim bedauerte, dass in Deutschland immer noch das Betätigungsverbot gegen die kurdische Freiheitsbewegung existiert und die kurdische Sache weiterhin vor Gericht gebracht und verurteilt wird. Wegen der seit Jahren sichtbar gewordenen Bemühungen um Veränderung der PKK erwarte "sein Volk, dass die deutsche Regierung versucht, das Verbot aufzuheben". Es sei "keine Lösung, diese Ungerechtigkeit aufrechtzuerhalten".
(Azadi, 11.7., ISKU)

KESK will Protestaktionen starten

Im Lauf der Auseinandersetzung um die Zulassung der KESK (Gewerkschaftsdachverband für den Öffentlichen Dienst) will die KESK Protestaktionen gegen das Arbeits- und Sozialministerium der Türkei starten. Nach Darstellung der KESK ist sie im Streit mit dem MHP-nahen Dachverband Kamu-Sen vom Ministerium um ca 25% der abgegebenen Mitgliedernachweise betrogen worden. [In der Auseinandersetzung geht
es um die grössere Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder; diese ist massgebend für Zustimmung des Ministeriums, damit der Dachverband als "tariffähig" anerkannt wird].
Nach Angaben der KESK wurden neben ca 25% nicht berüksichtigten eigenen Nachweise von der Kamu Sen ca. 30 000 nicht amtlich ausgegebene Stimmzettel eingereicht bzw. gezählt. Der KESK Vorsitzende nannte weitere Zahlen: Von über 350 00 abgegebenen Nachweisen seien nur 262.000 gezählt worden. Er forderte die Überprüfung der Nachweise durch eine unabhängige Stelle. Evren kündigte für den 12.7. Klage vor dem Arbeitsgericht an.
(ÖP, 9.7., ISKU)

Haftschikanen in Erzurum

Die Gefangenen eines PKK-Prozesses im Spezialgefängnis Erzurum schickten eine Beschwerde wegen Schikanen in den Haftbedingungen an das Jusitzministerium. Nach der Fertigstellung des Zellensystem für jeweils 5-6 Gefangene im März dieses Jahres wurden im Verlauf der Belegung Haftverschärfungen eingeführt. Der Zeitungsaustausch zwischen den Zellen wurde untersagt, die 5 Stunden gegenseitige Besuchszeit innerhalb des Gefängnis wurde auf 15 - 20 Minuten gekürzt, persönlicher Bedarf wie Medizin, Bücher oder Brot darf nicht mehr gekauft werden. Obwohl sich die Gesundheitsbedingungen im Gefängnis verschlechtert haben, werden ins Krankenhaus verlegte Gefangene ohne Behandlung von den Ärzten wieder zurück geschickt.

Streikaktion von Häftlingen
Aus Protest gegen die Verschärung der Haftbedingungen wie Verkürzung der Besuchszeiten im E-Typ Gefängnis in Mardin nehmen die Inhaftierten aus einem PKK-Prozess nicht mehr an den Besuchszeiten teil. Die Besuchszeiten wurden vor 3 Wochen um eine halbe Stunde gekürzt, zusätzlich gab es weitere Verschärfungen. Die Proteste und Eingaben der Angehörigen bei der Gefängnisverwaltung und dem Staatsanwalt blieben erfolglos. Die Angehörigen wandten sich daraufhin an den IHD Diyarbakir. Sie sind in Sorge um die Inhaftierten. Von den Behörden und dem Staatsanwalt gab es keine befriedigende Auskunft.
(ÖP, 3./7.7., ISKU)

Halbjahresbericht des IHD Bingöl

Der Vorsitzende des IHD Bingöl erklärte in einem schriftlichen Halbjahresbericht, die Lage in Bingöl sei gespannt.
Seit 8 Monaten haben die Angriffe und Schikanen in den Bereichen persönliche Sicherheit und Freiheit, Meinungsfreiheit Organisationsfreiheit so stark zugenommen, das der gesellschaftliche Frieden bedroht ist. Obwohl der Ausnahmezustand in Bingöl seit 5 Jahren aufgehoben ist, werden immer noch entsprechende Bestimmungen in einigen Bereichen angewandt. Gesetzesänderungen in der Zwischenzeit werden nicht berücksichtigt. In den ersten 6 Monaten 2001 habe es 146 Rechtsverstösse der Behörden gegeben; in den ersten 6 Monaten 2002 337 Fälle. Vor allem KESK, IHD und HADEP seien betroffen.

Festnahmen	140
Folterdrohungen	14
Haftbefehle	44
Polizeiangriffe	73
Tote durch Minen	2
Zwangsversetzungen	11
Dienstverfahren mit Strafe	25
Verbotene Theater, Bücher, Musik, Zeitungen	17
Selbstmorde	4
Weidevebot/ keine Erlaubnis zur Rückkehr ins Dorf	2

(ÖP, 3.7., ISKU)

kommst auch du an die Reihe" wegen "Unterstützung einer verbotenen Organisation" verurteilt; ersatzweise zu 6,5 Mrd. TL [ca. 4.200 Euro]. Ausserdem wurden 7 Tage Erscheinungsverbot verhängt. *(ÖP, 9.7., ISKU)*

Einheitsgespräche vertagt
Die Gespräche zwischen SHP und HADEP für die Bildung eines Bündnisses der linken demokratischen und sozialistischen Parteien sind nach einer Information des HADEP - Vorstandes an die Provinzvorsitzenden wegen innerparteilicher Probleme der SHP vorerst ausgesetzt worden. Die Arbeiten für ein Bündnis würden aber weitergehen. *(ÖP, 7.7., ISKU)*

Erneut Anklagen wegen kurdischer Namen
Nachdem das türkische Innenministerium den Provinzgouverneuren Instruktionen für die Kommission für "verdächtige" Namen zugeschickt hatte, nehmen jetzt die Anklageverfahren wegen kurdischer Namen zu. Der Staatsanwalt in Kurtalan (Siirt) klagte jetzt die Eltern von 19 Kindern an. Sein Ziel ist die Löschung der Namen und den Kindern zwangsweise "türkische" Namen geben zu lassen. Die Eltern der Kinder, die in den letzten 5 Jahren geboren wurden, erklärten, ihre Kinder nicht "umzubenennen".
(ÖP, 6.7., ISKU)

Ein Dorf lebt vom Abfall
Das Dorf Kamispinari in der Nähe von Amed ist seit 1994 Abladeplatz der Müllabfuhr. Die ersten Müllwagen wurden von der Bevölkerung noch mit Steinen beworfen; im Lauf des Widerstands wurde 1995 ein Kind von einem der Lastwagen überfahren. Heute suchen die Bewohner nach den verwertbaren Abfällen wie PET - Plastikflaschen, Draht und Elektro-Kabel, Töpfe und Papier. Ein Kilo gesammelte PET-Flaschen bringt z.B. 60 000TL, 1 Kilo Plastik 90 000 TL.
(ÖP, 8.7., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 63
19. Juli 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Frauentreffen in Konya abgesagt

Die Frauen, die sich aus verschiedenen Städten der Türkei nach Konya aufgemacht hatten und einen Bericht über die Probleme von Frauen aus den auf dem Weg gesammelten Daten erstellen wollten, haben ihre Veranstaltung abgesagt, weil die Polizei darauf bestanden hat, die Diskussionen mit vier Kameras gleichzeitig zu filmen.
Zunächst waren die Frauen im Handelszentrum von Konya zusammengetroffen. Durch das Beharren der Polizei, das Treffen von vier männlichen Polizisten per Kamera aufzunehmen, kam es zu Spannungen zwischen den Frauen und den anwesenden Polizisten. Wie die Frauen mitteilten, sei es unmöglich, vor männlichen Polizisten ihre Probleme zur Sprache zu bringen. Außerdem bestünden dadurch Hemmungen, in der Muttersprache zu sprechen. Sie forderten die Polizisten auf, den Veranstaltungsort zu verlassen, was diese verweigerten. In Verhandlungen stellten die Frauen die Forderung auf, wenigstens weibliche Polizistinnen zum Einsatz zu bringen. Als auch diese Forderung abgelehnt wurde, teilte Pinar Selek als eine Vertreterin von KATAGI mit, dass die Veranstaltung abgesagt werde.



Begrüßungsveranstaltung für den Frauenmarsch in Konya am 13. Juli (Foto: DIHA)

Von den Frauen war außerdem zu erfahren, dass sie selbst innerhalb der Wohnungen, in denen sie die Nacht zuvor verbracht hatten, von der Polizei beobachtet worden seien.
Im Zusammenhang mit der abgesagten Veranstaltung fand am Sonntag eine Pressekonferenz in Konya statt. Die meisten Frauen hatten Konya zu diesem Zeitpunkt bereits wieder verlassen, lediglich eine Gruppe von zwölf Vertreterinnen blieb aufgrund der Pressekonferenz in der Stadt. *(DIHA, 13.7., ISKU)*

Exilirakische Militärs bereiten Umsturz vor

Mit einem Aufruf an die irakische Armee, sich gegen Saddam Hussein zu erheben, endete am Wochenende ein Treffen von exilirakischen Militärs in London. Die ehemaligen Offiziere trafen sich in der Stadthalle von Kensington, einem Londoner Reichenviertel. An der dreitägigen Versammlung nahmen auch Vertreter anderer irakischer Oppositionsgruppen teil. Im Beisein hochkarätiger Mitarbeiter aus dem US-Außenministerium, dem Weißen Haus und dem Pentagon hatte Ahmed Chalabi vom Irakischen Nationalkongreß (INC) das Treffen eröffnet. Der INC wird mit einem milliardenschweren Programm aus den USA unterstützt. Grundlage für die hohe Dollarhilfe ist das »Gesetz zur Befreiung des Irak«, das 1998 vom US-Kongreß verabschiedet wurde. Das Londoner Treffen sei aber nicht mit US-Geldern finanziert worden, erklärte US-Außenamtssprecher Richard Boucher.
Im Vorfeld hatte Chalabi im britischen Fernsehsender Kanal 4 erklärt, es ginge nicht um einen Krieg zwischen den USA und dem Irak. Vielmehr müsse ein »nationaler Befreiungskrieg für das irakische Volk« geführt werden. Man »berate« und »koordiniere« sich mit den USA, sagte Chalabi.
Der ehemalige UN-Waffeninspektor Scott Ritter erklärte in der gleichen Sendung, der Irak bedeute weder für die USA noch für sonst jemanden eine Gefahr. Es gäbe keinen Beweis dafür, daß der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge. Den in London versammelten Oppositionsgruppen bescheinigte Ritter »mangelnde Substanz«.
Die rund 70 Exil-Militärs wählten einen 15köpfigen Militärrat. Erklärtes Ziel ist, die irakische Armee zu zersetzen und nach dem beabsichtigten Sturz der jetzigen den Übergang zu einer »demokratischen Regierung« zu gewährleisten. Danach solle sich die Armee aus der Politik heraushalten, heißt es in dem Papier, das bisher nur in Auszügen von Medien zitiert wird. Sprecher des neuen Gremiums ist der ehemalige Generalmajor Tawfiq al-Yassiri. »Wir ersetzen nicht die irakische Opposition,« erklärte al-Yassiri, »unser Rat bietet der irakischen Opposition seine Dienste an.« Al-Yassiri betonte die ethnische und religiöse Vielfalt in dem neuen Militärrat. Der Wechsel werde von innen heraus geschehen, und die irakische Armee werde eine zentrale Rolle dabei spielen.
Auch die ehemaligen Generalmajore Najib al-Salhi und Saad Obeidi gehören dem Militärrat an. Obeidi, der schon 1986 aus dem Irak desertiert war, leitete früher die Abteilung für psychologische Kriegsführung. Nicht anwesend war der frühere Generalstabchef Nizar al-Khazraji. Ihm wird vorgeworfen, die Giftgasangriffe in den kurdischen Autonomieprovinzen im Nordirak 1988 befehligt zu haben. Al-Khazraji war zunächst von den USA als möglicher Chef des Militärrates favorisiert worden.
Für Überraschung sorgte in London die Anwesenheit von Prinz Hassan, Bruder des früheren jordanischen Königs Hussein. Prinz Hassan sagte, er nehme aus »rein persönlichen Gründen« an dem Treffen teil. Ein Regierungssprecher in Amman äußerte gegenüber der jordanischen Presseagentur Petra, man sei über Prinz Hassans Teilnahme an dem Treffen »sehr überrascht«.
Seit Tagen gibt es nahezu täglich Medienberichte, wonach sich bereits US-Truppen in Jordanien aufhalten sollen. Die jordanische Regierung hat diese Berichte scharf zurückgewiesen und als Versuch gewertet, mit solchen »Lügengeschichten« die innerarabischen Beziehungen zu destabilisieren. Während die USA Jordanien neben Kuwait und der Türkei gern als dritte Startrampe für Luftangriffe gegen den Irak nutzen möchte, hat König Abdullah das Ansinnen bisher zurückgewiesen.
Im Irak wird derweil die militärische Landesverteidigung vorbereitet. Tausende Schuljungen im Alter zwischen zwölf und 17 Jahren beginnen als die »Löwenjungen des Saddam« ihre Sommerferien mit einer dreiwöchigen Militärausbildung. Wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet, gibt es dieses militärische Ausbildungsprogramm seit 1998. Am Montag beriet das Parlament in Bagdad weitere Maßnahmen zur Landesverteidigung. *(jW, 16.7., ISKU)*

Meldungen

Nach 20 Jahren Prozess 20 Todesurteile
Nach 20 Jahren Verfahren wurden jetzt in einem Dev-Yol Prozess in Ankara die Urteile verkündet. Die verhängten Todesstrafen wurden in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. 2 Angeklagte, die damals unter 18 Jahren waren, erhielten Strafen von jeweils 16 Jahren 8 Monaten. *(ÖP, 17.7., ISKU)*

Nach mehr als 7 Jahren Urteil im Gazi-Prozess
Am 12. und 13. März 1995 kamen bei Auseinandersetzungen im hauptsächlich von Alewiten bewohnten Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpasa 9 Menschen ums Leben. Das große Strafgericht Trabzon sprach 2 Polizisten der Tötung in drei Fällen schuldig. Das Urteil wurde nun vom Kassationsgerichtshof bestätigt. Die Strafe wurde jedoch mit Hinweis auf das zum Jahresanfang verabschiedete Amnestiegesetz ausgesetzt. Die Angehörige der Getöteten erwägen nun, Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof einzureichen. *(Radikal, 16.7., ISKU)*

Drastische Einkommensunterschiede
Auf der Basis des für das erste Quartal 2002 berechneten Bruttosozialproduktes ergibt sich, daß das reichste Fünftel der türkischen Bevölkerung über 47,7 % des Nationaleinkommens verfügt. 60 % der Bevölkerung kommt mit einem Einkommen von weniger als 970 Millionen TL aus, das ärmste Fünftel der Bevölkerung verfügt über ein durchschnittliches Einkommen von 281 Millionen. Letzterer Wert liegt deutlich unter den Ernährungskosten von 334 Millionen TL. *(Aksam, 16.7., ISKU)*

Dorfschützer festgenommen
In Zusammenhang mit dem Mord an drei Bauern im Kreis Malazgirt/Mus (Nuce 62) wurden inzwischen 17 Dorfschützer festgenommen. Die Morde haben eine breite Diskussion über das Dorfschützersystem ausgelöst. *(ÖP, 15.7., ISKU)*

Protest gegen Todesstrafe
Mitglieder des Hilfsvereins für Familien in Haft Befindlicher (TUAD) aus verschiedenen Städten führten am 11. Juli in Ankara einen Sitzstreik und eine Pressekonferenz durch an der etwa 100 Menschen teilnahmen. Forderungen der Aktion

M. Karayilan bewertet Regierungskrise als Chance für Demokratie

KADEK: Unterstützung ist möglich

Murat Karayilan, Mitglied des Zentralen Führungsrates der KADEK, nahm telefonisch in der Sendung "Rojev" des Fernsehsenders Medya TV zu den aktuellen Ereignissen in Südkurdistan und der Türkei Stellung. Er sagte, der Rücktritt von Außenminister Cem und sein Parteiaustritt schaffen die Möglichkeit, ihn bei den Demokratisierungsbestrebungen zu unterstützen, wenn er die Lösung der "Kurdischen Frage" und die "Kopenhagener Kriterien" als Basis nehme.

Karayilan sagte, dass nicht nach einer Lösung der kurdischen Frage gesucht worden sei, habe zu großen Problemen der Regierung geführt. Mit ihrer Leugnungs- und Vernichtungspolitik habe die Regierung ihren eigenen Untergang beschleunigt.

Karayilan sagte weiter, die vorgezogenen Wahlen seien eine günstige Gelegenheit für die demokratischen Kräfte bei ihrer Suche nach einem Bündnis. "Die demokratischen Kräfte im Inneren haben sich mit der Forderung nach einem Wechsel mit den internationalen Kräften an diesem Punkt getroffen". Er unterstrich, MHP und DSP hätten sich in den Fesseln ihrer nationalistischen Politik selbst gefangen; bei Cem dagegen zeige sich mit seinem Austritt ein liberales Politikverständnis. "Wenn Cem und seine Kollegen die Lösung der kurdischen Frage und die Kopenhagener Kriterien als Grundlage nehmen, unterstützen wir sie bei der Demokratisierung auf dieser Grundlage mit allen Möglichkeiten." Mit der 57. Regierung sei eine Zwischenphase der türkischen Politik zu Ende; die Türkei habe die Wahl zwischen Demokratie oder Vernichtungspolitik, sagte Karayilan weiter. In der Türkei gebe es immer noch Kreise, wie Ciller, die hartnäckig am Krieg festhielten. Für den Fall des Festhaltens an der Vernichtungspolitik gebe es ausreichend Kräfte für die eigene Verteidigung, erinnerte Karayilan. "Das kurdische Volk muss sich mit den anderen Gruppierungen auf einer gemeinsamen Grundlage darauf vorbereiten, seine Interessen im Parlament zu vertreten".

Zur Situation im Irak und Südkurdistan sagte Karayilan, vor allem die Türkei wolle den Krieg gegen die kurdischen Kräfte. Sie arbeite an einem Komplott wie im Jahr 2000. Die Absicht sei, die Vernichtungspolitik gegen die Kurden, vorrangig gegen den KADEK voranzutreiben. Die Absicht sei, die kurdischen Kräfte im Gebiet zu vernichten; einen Krieg zwischen KADEK und einigen anderen Kräften zu schüren, z.B. der PUK (Patriotische Union Kurdistans). Die PUK habe sich noch nicht auf eine Zusammenarbeit mit der Türkei festgelegt, es gebe jedoch Vorbereitungen dafür. Speziell in Richtung PUK sagte Karayilan: "Warum bereitet ihr Mordanschläge gegen Mitglieder des Führungsrates vor? Warum verteilt ihr Flugblätter aus der Türkei? Wir wollen keinen Krieg. Wir sind bereit zu einem Dialog... Wir rufen erneut zur Freundschaft auf; zu einer gemeinsamen Strategie."

(ÖP, 14.7., ISKU)

Türkei räumt Menschenrechtsverstöße ein

Die türkische Regierung hat zugegeben, dass es in türkischen Gefängnissen zu Misshandlungen gekommen ist. Die Opfer sollen nun entschädigt werden.

Die türkische Regierung will Schadensersatz an zwei Oppositionelle bezahlen, die in Gefängnissen von der Polizei misshandelt wurden. Ein Mitglied der kurdischen Arbeiterpartei PKK und eine linksradikale Frau sollten jeweils über 30.000 Euro Wiedergutmachungszahlungen erhalten, hieß es in einer am 16.Juli veröffentlichten Erklärung an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Die Regierung drückte in dem Schreiben ihr Bedauern über die Verstöße gegen das Folterverbot aus. Der Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte die Türkei am 16. Juli auch wegen eines dritten Falls. Dabei ging es um die Ermordung eines kurdischen Aktivisten 1994. Die Witwe des Ermordeten machte Ordnungskräfte für seinen Tod verantwortlich. Der Fall wurde nie aufgeklärt. In dem Urteil des Gerichts wird der Türkei vorgeworfen, die Ermittlungen zu früh eingestellt zu haben.

TIHV: Folter, Mißhandlungen und Ermordungen dauern an

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) stellt in ihrem Bericht für den Zeitraum Januar 2001 bis Juni 2002 keine Veränderung der Situation fest. Systematische Folter, Mißhandlungen, herabwürdigende Behandlung, Verschwindenlassen oder Hinrichtung ohne Urteil während der Festnahme oder in der Haftzeit haben im Berichtszeitraum gegenüber den früheren Jahren nicht abgenommen. Mindestens 806 Menschen seien in der Zeit gefoltert worden, 11 Menschen seien in der Zeit der Festnahme und 26 in der Haft ums Leben gekommen (zusätzlich zu Hungerstreiks). "Die Existenz von Folter ist sowohl eine Bedrohung für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft, die weiter andauert..." Insbesondere im Ausnahmezustandsgebiet, aber auch sonst, würden die Täter unter den Schutz offizieller Stellen gestellt, falls es doch zur Anklage käme, würden sie allenfalls Mindeststrafen erhalten, die Staatsanwälte leiteten keine Untersuchungsverfahren ein. Im Bericht stellte die TIHV die Frage an das Justizministerium, was dagegen unternommen worden sei. Seit seiner Gründung sei die TIHV gegen diese Situation aktiv. Von Seiten des Staats sei nichts gegen die Folter und die anderen Bedrohungen der Gesellschaft unternommen worden.

1441 unaufgeklärte Morde

Die Niederlassung des IHD in Diyarbakir hat einen Bericht zusammengestellt, der auf eine Zahl von 1441 unaufgeklärte Morde in den vergangenen 14 Jahren kommt. Diese Bilanz sei unvereinbar mit dem Grundrecht auf Leben als eine staatliche Aufgabe. Der Vorsitzende der Niederlassung, Osman Baydemir, erklärte im Anschluß an die Vorstellung des Berichtes, dass der Staat selbst im Susurluk-Skandal einräumen mußte, dass es illegale Organisationen in seinen Reihen gäbe. Dennoch würden die Berichte der Untersuchungskommissionen in den Regalen verstauben. Gefordert wird die Aufklärung der Morde.

16 Jahre IHD

In Zusammenhang mit dem Geburtstag des IHD erklärte der Vorsitzende Hüsnü Öndül, dass er trotz aller schmerzlichen Erfahrungen in den 16 Jahren mit Hoffnung in die Zukunft blicke. Die Bedingungen, die den IHD erforderlich machten, seien immer noch vorhanden. Menschenrechte und Freiheiten zu erweitern und die Rechtsverletzungen abzubauen - mit diesem Ziel hatte der IHD 1986 seine Arbeit begonnen. In diesen 16 Jahren verloren 14 Mitglieder und Vertreter des Vorstandes ihr Leben, wurden Zweigstellen geschlossen, auf den Vorsitzenden A. Birdal wurde ein Attentat verübt, das er mit schweren Verletzungen überlebte, gegen 300 Vorstandsmitglieder wurden Prozesse eröffnet. Dazu kommen Normalitäten wie Festnahmen.

Aus Anlass des 17. Gründungstages wurde in Istanbul die Menschenrechtsbibliothek eröffnet. In der Bibliothek ist eine grosse Anzahl der verschiedensten Bücher vorhanden , die sich mit dem Thema Kampf um die Menschenrechte befassen.

(ÖP/netzeitung/Bianet, 15.-17.7., ISKU)

waren die Abschaffung der Todesstrafe und eine allgemeine Amnestie. An der Aktion nahmen auch Familienangehörige des KADEK-Vorsitzenden A. Öcalan teil. *(ÖP, 12.7., ISKU)*

Zahlreiche Festnahmen bei Atilim

Im Rahmen einer Polizeiaktion gegen das Zentrale Büro der Zeitung Atilim in Istanbul wurden 17 dort arbeitenden Personen festgenommen. Erst vor einer Woche gab es Polizeiaktionen gegen die Büros der Zeitung in Bursa und Antep. In schriftlichen Erklärungen der Vertretungen der Zeitung in Ankara und Europa wurde die sofortige Freilassung der Festgenommenen verlangt.

Im monatlichen Bericht des Vereins fortschrittlicher Journalisten wird für den Juni eine Zunahme der Aktionen gegen die Presse, vor allem gegen die sozialistische Presse, festgestellt. *(ÖP, 12.7., ISKU)*

Neuwahlen am 3. November

Nach weiteren Parteiaustritten hat die DSP im Parlament jetzt noch 62 Abgeordnete. Trotzdem fasste eine Tagung der Parteivorsitzenden der Regierung am Dienstag den Beschluss, am 3. November vorgezogene Neuwahlen durchzuführen.

Bis dahin will die Regierung im Amt bleiben, was wegen der Uneinigkeit der Opposition im Parlament als möglich erscheint. Die türkische Börse hat am Mittwoch auf die Entscheidung für Neuwahlen mit den höchsten Gewinnen seit Wochen reagiert.

Unterdessen wird die türkische Öffentlichkeit über die Medien bereits an die künftigen Führungspersönlichkeiten gewöhnt. Cem (bisher Aussenminister), Dervis (noch Staatsminister in Verbindung mit den Wirtschaftsreformen und IWF) und Özkan (bisher rechte Hand Ecevits) sind demnach die neuen Leute der Türkei.

(ÖP/jW, 13./18.7., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
DIHA = Dicle Nachrichtenagentur
jW = junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 64
26. Juli 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Wir wollen nicht, dass es neue Halabjas gibt

Die Basis für demokratischen Aufbruch ist vorhanden

Ein Artikel Abdullah Öcalans zu den jüngsten Entwicklungen wurde in der Zeitung Demokratik Bakis, die in der Türkei erscheint, veröffentlicht. Öcalan wies in dem Artikel darauf hin, dass für die Demokratisierung des Staates den politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen eine wichtige Aufgabe zufalle. "Von selbst demokratisiert sich der Staat nicht, er muss dazu gebracht werden, der Demokratie gegenüber offen zu werden. Mit dem Kampf, den wir demokratische Politik nennen, müssen die Parteien Kraft aus der Gesellschaft ziehen und den Staat für die Demokratie sensibilisieren. Die politischen Parteien müssen sowohl die Funktionsweise des Staates als auch die Bedürfnisse der Gesellschaft kennen und daraus ein Programm machen." Um eine Sensibilisierung der Gesellschaft zu erreichen, müssten zivilgesellschaftliche Organisationen, die alle gesellschaftlichen Bereiche vom Sport bis zur Wirtschaft umfassten, gegründet werden.

Mentalitätskrise

Im Verweis auf die bevorstehenden Wahlen erklärte Öcalan, falls die demokratischen Forderungen der Bevölkerung nicht erfüllt und die Massen nicht dazu gebracht würden, ihre Rolle zu spielen, werde die Situation noch auswegloser werden. "Bis ein würdevoller Frieden erreicht ist, sind wir zu allem bereit." Die bestehenden Probleme müssten im Rahmen einer demokratischen Gesamtheit gelöst werden, so Öcalan.

Der KADEK-Vorsitzende erinnerte ein weiteres Mal daran, dass hinter der politischen und ökonomischen Krise in der Türkei eine Mentalitätskrise stecke. "Ohne einen Mentalitätswandel zu vollziehen, kann sich die politische und wirtschaftliche Lage nicht verbessern und die Krise wird andauern."

"Guerilla steht für einen demokratischen Irak"

Zur bevorstehenden Irak-Intervention der USA und die Lage der KurdInnen sagte Öcalan, dass neue Massaker wie in Halabja verhindert werden müssen. "Wenn gegen den Irak interveniert wird, ist unklar, was gegen die KurdInnen getan wird. Wir müssen neue Halabjas verhindern. Die Spiele Talabanis und Barzanis sind offensichtlich. Was werden die USA und England den Kurden anbieten? Selbst wenn Saddam abtritt, können neue Saddams kommen. Alle Spiele und Intrigen sind gegen KADEK und das Volk gerichtet." Der Irak müsse demokratisiert werden. Gegen die Pläne in der Region sei eine starke Organisierung notwendig. Öcalan verwies darauf, dass es Teil des Plans sei, in Südkurdistan neue Talibans zu erschaffen. "Wir sind für Demokratie im Irak. Die Guerilla steht für eine demokratische Entwicklung im Irak. Die Türkei hat in bezug auf den Irak Fehler begangen. Seit 1992 hat sie Barzani und Talabani unterstützt, jetzt kann sie ihre Hand nicht zurückziehen. Somit wird der Irak beinahe zu einem Fürstentum Barzani-Talabani. Der Sinn dessen ist auch klar. Neue Scharons, neue Arafats. Die USA stationieren sich im Mittleren Osten, von dort aus können sie an den gesamten Mittleren Osten ihre Waffen verkaufen."

Weiter heißt es in dem Artikel Öcalans: "Wir bewegen uns auf eine stürmische Situation zu. Sie wollen über 15 000 Kräfte in der Türkei verteilen. Das ist Talabanis Wunsch. Dahinter stecken England und die USA. Um das zu verhindern, fällt der türkischen Politik eine große Verantwortung zu. Weil Talabani weiß, dass ich seit 25 Jahren gegen dieses Spiel bin, versucht er zu provozieren. Er sagt, APO solle sich nicht mit ihm abmühen. Er fragt, warum APO ihn so sehr bedrängt. Ich bin ein Hindernis für ihn. Nicht nur für ihn, sondern auch für die internationalen Kräfte. Im Süden sollen neue Taliban kreiert werden. Waren es nicht die USA, die die Taliban geschaffen haben? Ciller möchte das Premierministeramt haben. Sie ist die Tochter Thatchers, ihr Bündnis baut auf der Vergangenheit auf, auch Talabani steckt da mit drin. In London haben Talabani und Ciller mit den Engländern gemeinsame Ölfirmen. Für Öl werden sie Blut vergießen, es werden Guerilla und Soldaten sterben. Um das zu verhindern, bin ich für die Selbstverteidigung eingetreten. Die Türkei wird das früher oder später begreifen. Alle Strukturen müssen sich qualitativ und quantitativ vergrößern und das Spiel verderben. Die Türkei muss die Kurden als eine befreundete Kraft begreifen. Ich habe die Geschichte zusammengefasst. Wenn Ciller sagt, ‚ich komme', bedeutet das Krieg. Um gegen einen Krieg handeln zu können, sage ich, ‚Kampf der Massen für Freiheit und Demokratie'. Ich sage das dem Iran, dem Irak und der Türkei. Es kann eine Lösung entwickelt werden."

(ÖP, 25.7., ISKU)

Misshandlung von Anwälten

Bei einem Besuch ihrer Mandanten in der Haftanstalt Metris (Istanbul) am 19. Juli wurden zwei Anwälte vom Direktor des Gefängnisses zuerst beschimpft und dann mit Unterstützung von weiteren ca. 15 Gefängnisbediensteten tätlich angegriffen und heftig geschlagen, sodass sie sich nur durch Flucht retten konnten. In einer breit unterstützten Pressekonferenz vor dem Gefängnis wurde die sofortige Entlassung des Direktors und Aktivitäten des Justizministeriums sowie der Regierung gefordert. Die misshandelten Anwälte erhielten auch Unterstützung durch ein Vorstandsmitglied der Anwaltskammer Istanbul. Die Anwaltskammer sah sich vor wenigen Wochen gezwungen, eine Plakat-Kampagne gegen Folter und Misshandlungen von Inhaftierten und Festgenommenen zu starten. Die Klienten der Anwältinnen, die besucht werden sollten, waren in der Zeit der Festnahme gefoltert worden. Vor wenigen Tagen wurde in einer Polizeiwache in Zeytinburnu (Istanbul) ein Festgenommener in lebensgefährdetem Zustand nach der Folter aus der Wache gebracht; er sollte dort nicht sterben. Er wurde in zwei Krankenhäusern behandelt und mehrere Wochen arbeitsunfähig geschrieben. *(ÖP, 23.7., ISKU)*

Die Zahl der Namens-Anfragen steigt

Die Türkische Sprachbehörde ist in Gerichtsverfahren wegen kurdischer Namen tätig. Im Jahr 2000 waren es 45 Aufträge, im Jahr 2001 125 und in den ersten 5 Monaten dieses Jahres 160 Namen, wegen denen Gerichte, das Innenministerium, oder das zentrale Einwohneramt bei der Behörde anfragten, ob die betreffenden Namen z.B. mit der nationalen Kultur vereinbar seien.

(ÖP, 23.7., ISKU)

Meldungen

2 Kinder getötet

Bei der Explosion einer Granate im Garten eines Hauses im Kreis Yüksekova wurden zwei Kinder im Alter von 14 und 10 Jahren getötet, zwei weitere wurden verletzt. Nach Berichten wurde die Granate vom Bataillonsstützpunkt abgefeuert. Eine Stunde nach der Explosion kamen der Bürgermeister, zwei Offiziere, der Landrat und ein Staatsanwalt zum Unglücksort, um Aussagen der Augenzeugen aufzunehmen. Ein verletzte Kind wurde ins Krankenhaus nach Diyarbakir gebracht. Die getöteten Kinder wurden auf Druck der Behörden noch in der folgenden Nacht gegen Mitternacht beerdigt. Trotzdem nahmen etwa 2 500 Menschen an der Beerdigung teil. *(ÖP, 19.7, ISKU)*

3 Jahre 9 Monate für kurdischen Musikcassette

Wegen Abspielen einer kurdischen Musikcassette von Siwan Perwer und der Gruppe Koma Mizgin wurde der Fahrer eines Sammeltaxis im Kreis Karliova angezeigt und vom DGM Diyarbakir wegen Unterstützung der PKK zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt. Er wird gegen das Urteil Beschwerde einlegen. *(ÖP, 19.7, ISKU)*

Flüchtlingslager an der Grenze

Nach dem Besuch des stellvertretenden Verteidigungsministers der USA, Wolfowitz, in Ankara und der Aufforderung, sich am Feldzug gegen den Terrorismus zu beteiligen, wurde nach Angaben örtlicher Quellen an der Grenzstation Habur und im Gebiet Yüksekova begonnen, Flüchtlingslager zu errichten bzw. Unterkunftstationen für Mekka-Pilger wieder betriebsbereit zu machen. Gleichzeitig nimmt nach den Berichten auch die Aktivität des Militärs zu, u.a. mit Patrouillenflügen entlang der Grenze. Es wird Befürchtet, dass eine Besetzung Südkurdistan (durch türkische Truppen) bevorsteht und in Zusammenhang erneut eine Flucht in den Norden einsetzen wird. Kräfte der PUK sind nach anderen Angaben aus Südkurdistan von Suleymaniye aus in den Norden in die Stadt Ranya verlegt worden.

(ÖP, 20.7., ISKU)

Staatspräsident begrüsst Neuwahlen

In der allgemeinen Debatte um Neufassung der Wahlgesetze und den nötigen Änderungen

Frauen wehren sich

Protest gegen Verbot von Frauendemonstration

Als Reaktion auf das Verbot der vom HADEP-Frauenverband geplanten Demonstration unter dem Motto "Frauen und Demokratie" haben Frauen in Adana am 21.Juli öffentlich eine Presseerklärung abgegeben. Die Polizei versuchte zunächst die Kundgebung aufzulösen, die Frauen verwiesen jedoch darauf, dass eine Presseerklärung nicht verboten werden könne. Angesichts der Entschlossenheit der Frauen machte die Polizei einen Rückzieher und erteilte eine Genehmigung.
Die Erklärung verlas die Vorsitzende des HADEP-Frauenverbandes Adana Leyla Güven. Sie erklärte, in der heutigen Türkei und weltweit werde die Frau zu einer Ware erniedrigt. Seit langer Zeit würden Frauen eine demokratische Öffnung im Land fordern, so Güven. Von allen Rechtsverletzungen seien am stärksten Frauen betroffen. "Wenn hinausgezögerte Problemlösungen, der weiter anhaltende Ausnahmezustand, die Verhinderung der Rückkehr in die Dörfer, das Dorfschützersystem, wirtschaftliche Schwierigkeiten sowie kulturelle und politische Beschränkungen mit den harten feudalen Wertmaßstäben zusammentreffen, werden die Frauenselbstmorde nicht abbrechen." Auch die Anzahl von Vergewaltigungen sei angestiegen, desweiteren werde verhindert, dass Frauenorganisationen mit Vergewaltigungsopfern in Kontakt treten. Als HADEP-Frauen würden sie folgende Forderungen aufstellen: "Wir fordern, dass die notwendigen Initiativen gestartet werden, damit der Wille von Frauen offensichtlich wird und in unserem Land endlich demokratische Normen herrschen. Wir fordern weiterhin, dass der Ausnahmezustand, das Dorfschützersystem und die Todesstrafe aufgehoben werden, dass eine unterschiedslose Generalamnestie erlassen wird, dass das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und muttersprachliche Medien Geltung erlangt und Bedingungen für die Dorfrückkehr geschaffen werden. All diese Punkte verhindern eine Demokratisierung. Während Frauen Selbstmord begehen, vergewaltigt werden und antidemokratische Zustände herrschen, soll verhindert werden, dass wir unsere Forderungen zur Sprache bringen. Als HADEP-Frauen werden wir unseren Kampf fortsetzen, damit die Hindernisse, die einer Demokratisierung im Wege stehen, überwunden werden und wir in einem Land leben können, in dem auch der Wille von Frauen Geltung hat."



Kundgebung in Adana am 21.Juli Foto: DIHA

Während der Presseerklärung riefen die Frauen Parolen wie "Biji Asiti" (Es lebe der Frieden) und "Nein zur Todesstrafe, Frieden jetzt sofort". Dabei trugen sie Schilder mit verschiedenen Aufschriften: "Ohne die Vereinigung von Frauen keine Vereinigung der Gesellschaft", "Frauen gegen Krieg" und "Es lebe der organisierte Frauenkampf". Die Polizei hatte strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen. *(DIHA, 21.7., ISKU)*

Frauen in der Türkei: Hoffnung auf EU-Beitritt?

Handan Caglayan ist Mitglied des Zentralkomitees und der Frauenkommission der kurdisch-türkischen Demokratepartei des Volkes (HADEP). Suna Parlak ist im Vorstand des Dicle-Frauen-Kulturzentrums in Istanbul
F: Wie wirkt sich die politische und wirtschaftliche Krise auf die Frauen in der Türkei aus?
Parlak: Unser Zentrum arbeitet vor allem mit kurdischen Migrantinnen. Die Wirtschaftskrise belastet alle Frauen in der Türkei, doch die kurdischen Frauen besonders. Unsere Gesellschaft ist sehr konservativ und die Situation der Frauen in den Familien schlecht. Ein großes Problem ist die Gewalt, die Mißachtung der Frauen durch die Männer. Viele kurdische Frauen mußten aus Kurdistan nach Istanbul fliehen. Während sie früher in ihren Dörfern für ein Einkommen sorgen konnten, sind sie jetzt arbeitslos. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern hat psychosoziale Folgen, die die ganze Gesellschaft betreffen.
Caglayan: Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Gewalt gegen Frauen - das sind Probleme der gesamten Gesellschaft in der Türkei. Die HADEP versucht, dafür Lösungen zu finden. Wichtig sind politische Bündnisse, wie wir sie gerade mit einem türkisch-kurdischen Frauenmarsch bekräftigen wollen. Der Marsch hat das Motto »Frauen gehen aufeinander zu«.
F: Die Bündnisarbeit mit der türkischen Linken ist für kurdische Organisationen nicht leicht. Manche sind der Ansicht, die HADEP sei eine nationalistisch-kurdische Partei.
Caglayan: Sie sagen das, weil wir immer wieder die kurdische Frage thematisieren. Auch die türkische Regierung sieht in uns ausschließlich eine kurdische Partei. Tatsächlich unterstützen die Kurden unsere Arbeit am meisten. Doch die Kurdenfrage ist nur eines von vielen Problemen der Türkei.
Parlak: Wir suchen die Diskussion mit türkischen Frauenorganisationen. Aber die Frauen dort sind anders als die kurdischen Frauen. Türkische Hausfrauen sind meist unpolitisch. Politisch und aktiv sind vor allem die intellektuellen, die ausgebildeten türkischen Frauen. Bei den Kurdinnen ist das anders. Weil die einfachen Frauen soviel durchgemacht haben, sind sie zwar nicht gebildet, aber sehr politisch.
F: Was erwarten Sie von einer EU-Mitgliedschaft der Türkei?
Caglayan: Die politischen Beitrittskriterien sind für uns sehr wichtig, die Türkei braucht dringend Demokratie. Diesbezüglich wird ein EU-Beitritt für uns viele Vorteile bringen. Wir sind aber pessimistisch, was die ökonomische Seite betrifft. Die Ökonomie der Türkei ist ein Chaos. Europa wird sich damit nicht belasten wollen.
Parlak: Viele Türken sind mehr an wirtschaftlichen Verbesserungen interessiert als an den politischen. Bei den Kurden ist das eher andersherum, obwohl sie natürlich auch Arbeit wollen. Die kurdischen Frauen sind dafür, daß die Türkei Mitglied in der EU wird. Es wurden auch schon Projekte angekündigt, um die kurdischen Frauen zu unterstützen. Aber diese Projekte erreichen uns bisher noch nicht.
F: Warum nicht?
Parlak: Man entwickelt diese Projekte, ohne uns zu fragen. In Brüssel verstehen sie unsere Probleme nicht. Man ist unsensibel. Wir denken schon, daß es in Europa Demokratie gibt. Aber das darf doch nicht exklusiv sein, nicht nur für die Europäer. Wir wollen optimistisch sein, aber manchmal kommt es uns so vor, als ob die europäischen Politiker uns mit zwei Gesichtern begegnen.
F: Es droht ein neuer Krieg gegen den Irak. Was denken Sie darüber?
Caglayan: Wir haben Angst. Wenn dieser Krieg kommt, wird es vor allem die Kurden treffen.
Parlak: Wir müssen damit rechnen, daß im Falles eines Krieges die staatliche Repression in der Türkei, nicht nur gegen Kurden, wieder sehr zunehmen wird.
(jW, 23.7., ISKU)

für die EU-Aufnahme vor oder nach der Wahl hat sich Staatspräsident Sezer nach Äusserungen des Sprechers des Präsidentenamtes für die nötigen Gesetzesänderungen beim Wahlgesetz und dem Gesetz für die politischen Parteien vor der Wahl ausgesprochen. Weiter sagte er, Sezer finde die Einberufung des Parlaments für die Durchführung der nötigen Gesetzesänderungen zur Anpassung an die "Kopenhagener Kriterien" richtig; Sezer sei auch zufrieden mit der Vereinbarung für vorgezogene Neuwahlen am 3. November. *(ÖP, 20.7., ISKU)*

265 Flüchtlinge vor Griechenland und der Türkei festgenommen
Vor der griechischen und der türkischen Küste sind am Wochenende insgesamt 265 Flüchtlinge festgenommen worden. Rund 35 Kilometer vor Antalya griff die Küstenwache 195 Einwanderer auf, deren Boot nach einem Zusammenstoss zu sinken begann. Es handelte sich dabei mehrheitlich um Türken, die auf dem Weg nach Italien waren, wie die türkische Küstenwache erklärte Die griechischen Behörden griffen auf der Insel Evia 70 weitere Flüchtlinge unterschiedlicher Nationalität auf.
(ap, 21.7., ISKU)

Ärztliche Versorgung nur ausnahmsweise vorhanden
In den kurdischen Provinzen wird die Gesundheitsversorgung ständig schlechter. Auf einen Arzt entfällt dort ein mehrfaches des Durchschnittes der Gesamttürkei. Ein Arzt muss 2 154 Patienten betreuen; ein Facharzt 5 822 Patienten; ein praktischer Arzt 3 418 Patienten.. Auf einen Zahnarzt entfallen gar 19.225 Patienten. Um die Probleme im Gesundheitssystem zu lösen, seien Fachärzte nicht in den Leitungs- und Verwaltungszentren nötig, sondern im "Gebiet" wurde von Fachärzten betont.
(ÖP, 23.7., ISKU)

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
DIHA = Dicle Nachrichtenagentur
jW = junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 65
2. August 2002

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

Anwältin Tugluk über die Haftsituation von Abdullah Öcalan

Türkei: "Herr Öcalan" ist strafbar

Aysel Tugluk gehört zum Anwaltsteam Abdullah Öcalans. Die Anwälte klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unter anderem gegen die Todesstrafe, gegen die Verletzung der Persönlichkeitsrechte, gegen die illegale Verschleppung, die Verletzung des Rechts auf einen fairen Prozess und die Vorverurteilung ihres Mandanten sowie gegen die Behinderung ihrer Rechte.

ND: Sie gehören zum Anwaltsteam des wohl prominentesten Gefangenen in der Türkei, Abdullah Öcalan. Wie ist die derzeitige Situation Ihres Mandanten?
Auf Imrali, der Gefängnisinsel im Marmarameer, ist er der einzige Gefangene, daher sprechen wir von Isolationshaft. Seine Zelle ist 13 Quadratmeter groß, zwei Mal am Tag hat er für eine halbe Stunde Hofgang. Der Hof ist überdacht, er bekommt keine frische Luft. Das alles wirkt sich ungünstig auf seine Gesundheit aus. Wir haben mehrere Anträge auf Verlegung gestellt und darauf, Gefangene seines Vertrauens nach Imrali zu bringen. Bisher wurde das abgelehnt. Seine Gesundheitsversorgung sei auf Imrali gewährleistet, heißt es, und andere Gefangene dürften wegen Sicherheitsbedenken nicht zu ihm verlegt werden. Wir können ihn einmal die Woche für eine Stunde besuchen.

ND: Werden diese Besuche überwacht?
Wir gehen davon aus. Wir dürfen nur einen Block und einen Stift mitnehmen. Das gleiche gilt für unseren Mandanten. Wenn wir gehen, wird alles kopiert. Manchmal gibt man uns die Notizen zurück, manchmal nur Teile, manchmal gar nicht.

ND: Das Antifolterkomitee des Europarates hat Öcalan besucht. Hat sich danach die Situation verbessert?
Im März dieses Jahres wurde der Bericht veröffentlicht, in dem einige Veränderungen gefordert wurden. Die Haftbedingungen sollten erleichtern werden, hieß es. Der Mandant sollte zum Beispiel auch mit seinen Anwälten telefonieren dürfen, andere Gefangene sollten dorthin verlegt werden. Eine offizielle Stellungnahme der türkischen Behörden gibt es bisher nicht. Es wurde allerdings in Aussicht gestellt, dass er zukünftig vielleicht einen Fernseher erhält.

ND: Gegen Sie als AnwältInnen wurden Strafverfahren eingeleitet. Was wirft man Ihnen vor?
Verstoß gegen Paragraf 169 des Türkischen Strafgesetzbuches, Unterstützung einer terroristischen Gruppe, weil wir Erklärungen unseres Mandanten veröffentlicht haben. In zwei Verfahren gab es Urteile. Der Kollege Dogan Erbas wurde zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt und auch ich erhielt die gleiche Haftstrafe. Auf einer Podiumsdiskussion habe ich von unserem Mandanten als "Herr Öcalan" gesprochen. Das gilt offenbar als strafbar. Wir sind in Berufung gegangen.

ND: Warum dürfen Sie Ihren Mandanten nicht mit "Herr" anreden?
In der Türkei ist unser Mandant ein "Babymörder", ein "blutiger Terrorist". Das sind eingefahrene Bezeichnungen für ihn. Der Richter sagte, wenn man ihn mit "Herr" anspreche, lobe man ihn für seine Taten. Auf die Frage, welche gesetzliche Grundlage so eine Bewertung habe, hieß es, der Paragraf 169 decke das ab.

ND: Voraussichtlich im Oktober wird der "Fall Öcalan" vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt. Was erwarten Sie?
Ob es zu einem Urteil kommen wird, ist noch unklar. Unserer Einschätzung nach wird das Gericht auf grundsätzliche Punkte in unserer Einlassung kaum eingehen. Sowohl in der persönlichen Erklärung als auch in unseren Anträgen spielt das Komplott, in dessen Rahmen unser Mandant in die Türkei verbracht wurde, eine zentrale Rolle. Auch die Form, wie er zum Tode verurteilt wurde. Für unseren Mandanten ist dieser Komplex sehr zentral.

Die griechische Regierung, die USA, Russland, Israel, Italien und auch Deutschland haben da hinein gewirkt. Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte können ja ausschließlich individuelle Rechte eingeklagt werden. Das ist uns und unserem Mandanten bekannt. Doch das Persönliche spiegelt sich auch im Gesellschaftlichen wider. Insbesondere wenn diese Person eine Funktion in einem Konflikt übernimmt, ist das Persönliche nicht zu trennen von den gesellschaftspolitischen Fragen.

Unser Mandant meint auch, er könnte den Fall beim neu gegründeten Internationalen Strafgerichtshof vorbringen. Immerhin sind in diesem Konflikt 4000 Dörfer zerstört worden, 40 000 Menschen starben. Es ist gar nicht möglich, das nur einer einzigen Seite anzulasten. Wenn es sein muss, ist unser Mandant bereit, sich einem internationalen Verfahren zu stellen. Fragen: Karin Leukefeld

(ND, 31.7., ISKU)

ArbeiterInnenprotest in der Glasfabrik in Beykoz

Seit dem Beschluß der Firmenleitung von Pasabahçe, die Fabrik im Istanbuler Stadtbezirk Beykoz zu schließen, halten Arbeiter das Werksgelände besetzt, um die Weiterexistenz der Fabrik zu erreichen.
In den vergangenen Jahren wurde die Beschäftigtenzahl schrittweise von ca 4000 auf 870 Arbeiter abgebaut. Die Beschäftigten haben zur Rettung des Standortes bereits seit dem vergangenen Jahr auf jede Gehaltserhöhung verzichtet, was angesichts der Inflation seit Ausbruch der Februar-Krise in etwa eine Halbierung ihres Lohnes bedeutete.

Gegen den Schließungsbeschluß formierte sich der Widerstand der Beschäftigten die erklärten, die Fabrik nicht zu verlassen und die Produktion nicht einzustellen. Um die Abschaltung der Glasöfen zu vermeiden sammelten die Beschäftigten Geld, um den nötigen Brennstoff bereitzustellen. Die Fabrik ist seit Tagen von der Polizei abgeriegelt. Die Nahrungsmittelversorgung wird behindert, es wurden weder Journalisten noch Angehörige in die Fabrik gelassen. Die örtliche Bevölkerung solidarisiert sich mit den ArbeiterInnen. Unterstützung für die Arbeiter z.B. durch Autohupen wird von der Verkehrspolizei mit einer Strafe bei ca. 20 Mill. TL bedacht.
In einem Ortstermin am 29. Juli kam das Landgericht Beykoz zu der Entscheidung, eine Fabrik-Besetzung liege nicht vor. Das hatte der Arbeitgeber mit seiner Klage erreichen wollen.

(ÖP, IP, 26/30.7., ISKU)

Meldungen

Festnahme wegen der Wahrheit
Der frühere Dorfbewohner T. Yasar wollte Baumaterial für seine Rückkehr in das vom Militär zerstörte Dorf Örtekli /Hakkari transportieren. Bei einer Kontrollstelle der Polizei wurde er im Lauf eines Wortwechsel, wer das Dorf zerstört habe, nach seiner Aussage, das sei der Staat gewesen, zuerst festgenommen und danach vom Staatsanwalt in Hakkari mit Haftbefehl ins Gefängnis geschickt. *(ÖP, 31.7., ISKU)*

Das 92. Opfer des Todesfastens
Ein Jahr nach Beginn ihres Todesfastens ist im staatlichen Krankenhaus Bayrampasa/Istanbul Semra Basyigit gestorben. Sie war vorher im Spezialtyp Gefängnis in Kartal/Istanbul in Haft. Vor ihrer Festnahme war sie für die Zeitung Kurtulus in Bursa tätig.
(ÖP, 31.7., ISKU)

Weiteres Verfahren gegen IHD
Weil sie angeblich eine Adressenänderung den Behörden nicht mitgeteilt habe, wurde gegen die IHD-Zweigstelle Diyarbakir vom Landgericht ein Verfahren für eine Geldstrafe von 172 Millionen TL eröffnet. Der Anwalt des IHD erklärte dem Gericht, die Adressenänderung sei in der örtlichen Presse veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung habe zu zwei Untersuchungsverfahren geführt. Die Verhandlung wurde vertagt.
(ÖP, 31.7., ISKU)

Hinrichtung ohne Urteil
In der Debatte um den Vorfall von Suceken (Batman) bei dem 3 angebliche KADEK-Mitglieder erschossen wurden, verstärkt sich der Verdacht, dass es sich dabei um eine Hinrichtung ohne Urteil handelt. Nach Augenzeugenberichten hat kein Gefecht stattgefunden. Dem IHD Batman wurde ein Antrag auf Untersuchungsarbeit von der Staatsanwaltschaft aus Geheimhaltungsgründen abgelehnt. Einem bei dem Vorfall Verletzten, der nach einer Operation im Krankenhaus liegt, wurde verboten, über den Vorfall zu sprechen.
(ÖP, 26.7., ISKU)

Zu hohe Ausgaben ?
Einer Einschätzung des IMF-Vertreters in der Türkei Brekk würden in der Türkei zuviel Mittel für Gesundheit, Bildung und soziale Dienste eingesetzt. In einer Entgegnung erklärte SES, dass der Budgetanteil des

Nach 23 Jahren Ende des Ausnahmezustandes in Dersim

Nach 23 Jahren ging am 30. Juli der Ausnahmezustand zu Ende. Aus diesem Grund wurde auch das jährliche Munzur-Kunst- und Kulturfestival auf den 1. bis 4. August verschoben.

Der HADEP-Vorsitzende der Provinz Dersim sagte in einer Erklärung zu der Aufhebung des Ausnahmezustandes, das Volk habe in den 23 Jahren schwere Verluste erleiden müssen. In Hakkari, wo der Ausnahmezustand ebenfalls aufgehoben wurde, sagte der HADEP-Vorsitzende, es dürfe nicht allein bei verbalen Äusserungen bleiben. Auch dürften die Gesetze und Erlasse nicht unter anderem Namen weitergeführt werden.

Die Behinderungen bei der Rükkehr in die Dörfer müssten beendet werden und der Neuaufbau der zerstörten Dörfer durchgeführt werden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Räumung der Minen und ein Ende des Dorfschützer- Systems.

Als erste Massnahme beim Munzur-Festival wurden bei den eröffneten Info- und Büchertischen von der Polizei zahlreiche Bücher mit den Worten "Dersim" und "Partizan" beschlagnahmt.

(ÖP, 31.7., ISKU)

Inhumaner Umgang mit Flüchtlingen

In der Antwort auf eine Anfrage der PDS zu Abschiebungen in die Türkei und zur Verurteilung des in Deutschland als Flüchtling anerkannten kurdischen Politikers Cevat Soysal teilte die Bundesregierung mit, daß 2002 bis Ende Mai 2036 Menschen gegen ihren Willen in die Türkei ausgeflogen wurden. 2001 seien es insgesamt 3930 Flüchtlinge gewesen.
Die Schreiben der Bundesregierung dokumentieren die Inhumanität der Abschiebepolitik, stellte Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, am Dienstag in einer Pressemitteilung fest. Flüchtlinge, die vor der politischen Repression in der Türkei in die Bundesrepublik fliehen, bekämen oft keinen Schutz, sondern würden abgeschoben.

Obwohl der kurdische Politiker Cevat Soysal in Deuschland als anerkannter Flüchtling gelebt hätte, so Jelpke, sei die Bundesregierung weder gegen seine Entführung im Sommer 1999 durch den türkischen Geheimdienst noch gegen seine anschließende Folterung oder die seitdem anhaltende widerrechtliche Inhaftierung vorgegangen. Nach der Antwort, daß man von Regierungsseite den Fall lediglich weiter »sorgfältig« verfolge, ist nicht zu erwarten, dass sich an dieser Untätigkeit etwas ändert.

(jW, 31.7., ISKU)

Unirektorat missachtet Gerichtsurteile

Das Rektorat der Mustafa-Kemal-Universität in Adana erliess gegen insgesamt 320 Studenten befristete oder endgültige Relegationen. 251 Studenten wurden für einen Monat, 57 für ein Semester, 3 für ein Jahr und 9 auf Dauer von der Universität verweisen.

Die Studenten hatten Anträge auf Kurdisch als Wahlfach an den Universitäten abgegeben. Durch Entscheidung des Verwaltungsgerichtes in Adana wurden die Entscheidungen bis auf eine für ungültig erklärt.

Die gleiche Entscheidung traf ein Revisionsgericht nach einem Widerspruch des Rektorats. Das Rektorat kümmert sich aber nicht um die Entscheidungen der Gerichte und erlaubt den Studenten weder den Zutritt zur Universität noch zu den Vorlesungen. Die betroffenen Studenten haben seitdem auch mit erheblichen Schwierigkeiten ausserhalb der Universität zu kämpfen; z. B. Einberufung zum Wehrdienst trotz nicht beendetem Studium; Streichung des Stipendiums und Klage auf Rückzahlung. Von Seiten des Rektorats wird auch mit der Einleitung neuerlicher Untersuchungsverfahren gedroht.

(ÖP, 27.7., ISKU)

Morddrohungen gegen Familie von Verschwundenen

Anfang Dezember 1997 "verschwanden" in Viransehir (Urfa) 2 Mitglieder einer Familie, der 75-jährige Vater und ein Bruder von Mustafa Ulumaskan. Zuletzt wurden sie in Begleitung eines Abschwörers aus der Verwandschaft und weiterer Abschwörer in Bismil gesehen. Trotz aller Bemühungen Ulumaskans fehlt seither jede Spur von den beiden. Im April 2001 reichte M. Ulumaskan deswegen Klage beim Europäischen Gerichtshof in Strassburg wegen Entführung, Mord und Folterdrohungen ein. Deswegen erhält er jetzt Morddrohungen per Telefon und soll um 150.000 Euro erpresst werden. Sein 16jähriger Sohn sei bereits einmal von Unbekannten entführt und gefoltert worden. Sie sagten, wenn er (Mustafa) die geforderten 150.000 Euro nicht zahle, werde er umgebracht wie sein Vater und sein Bruder. *(ÖP, 28.7., ISKU)*

Komplott gegen HADEP geplatzt

Im Kreis Karayazi (Erzurum) hatte der dortige Landrat bei der Staatsanwaltschaft behauptet, HADEP-Mitglieder seien ohne ihr Wissen als Parteimitglieder eingetragen worden. Bei dem folgenden Gerichtsverfahren wurde der deswegen angeklagte Kreisvorsitzende der HADEP jetzt freigesprochen.

Ein Belastungszeuge äusserte bei seiner Aussage vor Gericht, seine früheren Aussagen seien falsch gewesen; er sei zu diesen Aussagen gezwungen worden. Er habe damals eine "Grüne Karte" benötigt, da er krank gewesen sei. [Die Karte ermöglicht Bedürftigen kostenlose ärztliche Untersuchungen u.a.] Ihm sei von der Behörde vorgeschlagen worden, eine derartige Behauptung gegen die HADEP zu unterschreiben. Weitere 12 HADEP-Mitglieder erklärten in dem Verfahren ebenfalls, die Aufnahmeanträge für die HADEP seien von ihnen selbst unterschrieben worden.

Der HADEP-Kreisvorstand kündigte an, er werde deswegen gegen den Landrat und den verantwortlichen der Schreibarbeiten Anzeige erstatten.

Im Februar dieses Jahres waren im Kreis etwa 100 Besitzern die "Grünen Karten" abgenommen worden mit der Begründung, sie seien HADEP-Mitglieder. Trotz aller Bemühungen wurden die Karten nicht wieder ausgehändigt.

(ÖP, 26.7., ISKU)

Gesundheitsministeriums von 5,27 % im Jahr 1960 auf heute 2,6 % zurückgegangen sei. Die Steuereinnahmen würden fast ausschließlich für den Schuldendienst, nicht aber für die Gesundheit der Menschen aufgewandt. Auch die Lehrergewerkschaft Egitim Sen konstatierte einen sinkenden Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtbudget. Hinter der These von Brekk vermuten beide Organisationen verstärkte Privatisierungsbestrebungen die grundlegende staatliche Aufgaben wie Bildung und Gesundheitssicherung in Waren verwandelten. *(Bianet, 26.7., ISKU)*

Friedensplattform gegen amerikanischen Krieg in Irak
An der Gründungsversammlungen nahmen insgesamt 11 Organisationen teil. Unter ihnen sind der Türkische Menschenrechtsverein (IHD), der Gewerkschaftsbund Hak Is, die Gewerkschaft KESK und die HADEP. *(Bianet, 26.7., ISKU)*

Bewaffneter Angriff auf PCDK
Nachdem sich die PUK von Talabani schon länger auf militärische Auseinandersetzungen gegen andere kurdische Gruppen in Südkurdistan vorbereitet, kam es jetzt am Asos Berg zu einem Angriff von PUK-Einheiten auf vier Mitglieder der Partei für eine demokratische Lösung, PCDK. Zwei der Mitglieder kamen dabei ums Leben, die beiden anderen wurden verletzt gefangengenommen. In einer Erklärung der PCDK wurde die Öffentlichkeit zur Vorsicht wegen der steigenden Kriegsgefahr aufgerufen; dafür sei die PUK verantwortlich Die Mitglieder der PCDK seien in politischem Auftrag, nicht in militärischem Auftrag, unterwegs gewesen. Gegen die Provokationen der PUK werde das Recht auf Selbstverteidigung falls erforderlich genutzt Die Verantwortlichen für den Angriff von Seiten der PUK müssten vor Gericht gestellt werden. *(ÖP, 28.7., ISKU)*

Quellen:
ÖP = Özgür Politika
IP = Istanbul Post
ND = Neues Deutschland
jW = junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 66
9. August 2002

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Reformpaket überraschend vom Parlament angenommen

Türkei schafft Todesstrafe ab

Nach Monaten des Stillstands hat das türkische Parlament am Sonnabend überraschend eine Reihe von wichtigen Reformen auf den Weg gebracht. Nach 15 Stunden teilweise heftiger Debatten wurde sowohl die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen als auch die Zulassung der kurdischen Sprache und anderer nichttürkischer Sprachen in Medien und privaten Sprachschulen. Die erforderliche Zustimmung von Staatspräsident Ahmed Necdet Sezer zu den Reformen gilt als sicher.
Ministerpräsident Bülent Ecevit sagte, das Gesetz sichere der Türkei einen Platz in Europa. »Jetzt kann niemand mehr sagen, daß die Türkei die volle Mitgliedschaft nicht verdient hat«, sagte er am Sonntag .
Damit haben sich die Befürworter eines EU-Beitritts des Landes klar durchgesetzt. Die Gesetzesänderungen gehören zu einem von der EU seit langem angemahnten Reformpaket. Nun bleibt abzuwarten, wie Brüssel auf die Reformen reagieren wird. Die EU-orientierten Kräfte in der Türkei erwarten eine Zusage für Beitrittsgespräche noch in diesem Jahr. In Brüssel will man offenbar zuvor die Umsetzung der Gesetze und erste Ergebnisse abwarten. Es ist auch kein Geheimnis, daß die größten Vorbehalte in Europa den enormen wirtschaftlichen Problemen der Türkei gelten.
Das Reformpaket umfaßt zunächst die Abschaffung der Todesstrafe, die fortan nur noch in Kriegszeiten verhängt werden kann. Die bisher wegen »terroristischer Verbrechen« verhängte Todesstrafe, wie gegen den Vorsitzenden der früheren Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, wird in lebenslange Haft umgewandelt. Eine Möglichkeit der Amnestie soll es nicht geben. Außerdem räumt die Türkei künftig das Recht auf Wiederaufnahme eines Gerichtsverfahrens ein, sofern der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Verstöße in den Entscheidungen türkischer Gerichte festgestellt hat.
Ein Signal an die rund 20 Millionen Kurdinnen und Kurden in der Türkei ist ein Gesetz, wonach es zukünftig erlaubt ist, Rundfunk- und Fernsehprogramme in nicht-türkischer Sprache auszustrahlen. Das betrifft vor allem die Forderung nach der offiziellen Zulassung der kurdischen Sprache in der Türkei. Die Sendungen dürfen nicht gegen verfassungsrechtliche Prinzipien wie die »nationale Souveränität« verstoßen. Kurdisch darf künftig in Privatschulen unterrichtet werden. Auch hier gilt der verfassungsrechtliche Vorbehalt.
Kritik an militärischen und staatlichen Einrichtungen wird nicht mehr automatisch unter Strafe gestellt. Das betrifft auch kritische Äußerungen über die türkische Identität. Die Strafen gegen illegal in die Türkei Eingewanderte sowie gegen Menschen- und Organhandel werden verschärft. Weiterhin dürfen Vertretungen von Minderheiten und religiösen Gruppen zukünftig Besitz erwerben oder verkaufen. Bisherige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit werden gelockert.
Die gesetzliche Grundlage für die Arbeit von in- und ausländischen Nichtregierungsorganisationen wird erneuert. Ausländische Nichtregierungsorganisationen dürfen nach einem staatlichen Überprüfungsverfahren zukünftig in der Türkei tätig werden. Weiterhin werden die Presse- und Polizeigesetze überarbeitet.
Die an der Regierung beteiligte Nationale Bewegungspartei (MHP) kündigte nach Verabschiedung der Reformen ihren entschiedenen Widerstand an. Mit der Forderung, Öcalan aufzuhängen, hatte die MHP bei den Wahlen 1999 enorm an Stimmen gewonnen. Der Abgeordnete Gül sagte, die Gegner der Todesstrafe hätten Öcalan vor dem Galgen gerettet und wären dafür verantwortlich, wenn er »eines Tages als Abgeordneter unter uns sitzt«. Die MHP sieht sich als Anwalt von Familien und Angehörigen der Soldaten, die im Krieg zwischen der türkischen Armee und der PKK-Guerilla ums Leben gekommen sind.
Die vorgezogenen Neuwahlen am 3. November werden letztlich zeigen, ob die Bevölkerung der Türkei die nationalistische Position der MHP stärken wird oder tatsächlich die von den Medien vielbejubelte Richtungsentscheidung für Europa. Umfrageergebnisse behaupten, 60 Prozent der Bevölkerung unterstützen einen EU-Beitritt. Vielleicht könnte sich damit auch die wirtschaftliche Lage zumindest entspannen. Ein US-Krieg gegen den Irak würde das Land jedoch in neue Turbulenzen stürzen.
(jW, 5.8., ISKU)

KARAWANE Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" wird am 17. August in Bremen beginnen und am Abend der Bundestagswahl, dem 21. September, in Berlin enden. In verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland wird die Karawane versuchen, die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Gleichzeitig sollen die Folgen des herrschenden Krieges herausgehoben werden, indem er in Bezug zu den Kriegen gesetzt wird, die die Migrant/innen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. **Es sind alle eingeladen, gemeinsam für eine Bewegung für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen aufzustehen!**
Auftakt der Karawane ist eine **Demonstration** am **17.8.** in **Bremen**. Die Auftaktkundgebung beginnt um **13.00 Uhr** vor dem **Bremer Bahnhof**. Anschließend wird es eine **zentrale Demonstration** mit mehreren Zwischenstopps, Reden und Aktionen in der Bremer Innenstadt geben und später ein **Kulturfestival im Schlachthof** mit Musikgruppen verschiedener Länder und anderen kulturellen Aktionen. Am 18.8. reist die Karawane weiter nach Bramsche. Die weiteren Stationen werden wir in den nächsten Wochen hier veröffentlichen. Sie sind auch, zusammen mit weiteren Informationen, unter **www.humanrights.de** zu finden.
(hr, isku)

Meldungen

Die "Nationale Sicherheitspolitik" ändert sich
Die Türkei hat nach 6 Jahren eine Aenderung ihrer "Nationalen Sicherheitspolitik" vollzogen. Mit Zustimmung des Praesidentenamtes, des Amtes des Minister-praesidenten und des Generalstabs wurden Griechenland und Syrien, die lange Jahre als Hauptgefahr für die Türkei von aussen angesehen wurde, von der Liste der Laender gestrichen, die "eine Bedrohung für die Türkei darstellen". Dafür wurde "die Bedrohung durch ein Land im Osten" an die erste Stelle gesetzt. In der Einschaetzung zur "Inneren Sicherheit" wird weiterhin "rückstaendiger und separatistischer Terror" in gleichem Ausmass wie früher als Hauptgefahr eingestuft. *(ÖP, 2.8., ISKU)*

13 Tage Proteste in Beykoz
Waehrend der Protest gegen die geplante Schliessung der Glasfabrik in Beykoz/Istanbul weitergeht, organisierten ehemalige und jetzt in Rente befindliche Arbeiter der Fabrik einen Protestmarsch zur Unterstützung, er ohne Zwischenfaelle beendet wurde. Die Polizei hat das Gelaende der Fabrik nach wie vor abgesperrt für Werksfremde. *(ÖP, 2.8., ISKU)*

3 Tote bei Militaeroperation
Im Rahmen einer Militaroperation in den Kreisen Lice und Hani starben bei einem Gefecht mit Guerilla-Kaempfern 2 Soldaten und 1 Guerillakempfer; 6 Soldaten wurden verletzt. Unabhaengig davon hiess es, bei einer mehrere Stunden dauernden Bombardierung eines Waldgebietes im Bereich der Jandarma-Stationen Taban Tepe und Abali in Bingöl sei ein Waldbrand enstanden, der noch nicht gelöscht sei. *(ÖP, 2.8., ISKU)*

92. Tote im Hungerstreik
Der türkische Menschenrechtsverein IHD und die Angehörigenorganisation politischer Gefangener in der Türkei, TAYAD, haben mitgeteilt, daß eine weitere Gefangene in der Türkei gestorben ist. Die 24jährige Semra Basyigit arbeitete vor ihrer Festnahme als Redakteurin der Zeitung Kurtulus in Bursa. Sie wurde wegen Mitgliedschaft in der DHKP-C verurteilt und war im Isolationshaftgefängnis Kartal bei Istanbul inhaftiert. Sie starb am 29. Juli nach 368 Tagen Todesfasten in einem Istanbuler Krankenhaus. Die junge Frau ist

KADEK: “Eine große Verantwortung für die demokratischen Kräfte”

Der Präsidialrat des KADEK nahm vergangene Woche in einer umfangreichen Erklärung zur derzeitigen politischen Krise der Türkei Stellung. Wir veröffentlichen an dieser Stelle Auszüge des Textes, der in voller Länge unter www.nadir.org/kiz **zu finden ist.**

Die Türkei durchlebt gegenwärtig wichtige politische Entwicklungen, die starke Auswirkungen auf die Türkei, auf uns und auf die Region haben. Die Regierung, die mit dem Ziel und Anspruch antrat, eine langfristige Regierung sein zu wollen, ist gescheitert. Nun haben die Regierungsparteien den Entschluss gefasst, im November vorgezogene Wahlen durchzuführen; nicht etwa aus freier Entscheidung, sondern, weil sie dazu gezwungen wurden. Die Demokratische Sozialistische Partei (DSP) unter Ministerpräsident Bülent Ecevit ist im Auflösungsprozess. Kurzum, die Türkei befindet sich in einer politischen Restrukturierungsphase. Sowohl die Parteien, als auch das Parlament und die Regierung befinden sich in einer solchen Phase.

Die Annäherung einiger Kreise, vor allem der nationalistisch-chauvinistischen und der Bandenkreise, die Entwicklungen ausschließlich als Resultat äußeren Drucks darzustellen, entspricht nicht der Realität. Natürlich spielen auch die äußeren Entwicklungen eine wichtige Rolle bei diesem Ergebnis, aber es ist nicht der erste Faktor. Die Hauptfaktoren sind das Entwicklungsniveau unserer Bewegung, das sie mit dem 8. Kongress erlangt hat und unsere Bemühungen, die Ergebnisse des Kongresses in die Praxis umzusetzen.. Wie wirksam diese Kraft bei der Veränderung der Türkei ist, zeigt sich bei der Auflösung der Ecevit-Regierung. Unsere Bewegung hat dies erreicht, indem sie die kurdische Bevölkerung beeinflusst und in Bewegung gesetzt hat, indem sie die Türkei zur Demokratisierung gezwungen, diese gelenkt und gefördert hat. Die Statistik weist auf, dass 85% der türkischen Bevölkerung eine demokratische Veränderung wollen. Die apoistische Bewegung, in der Vergangenheit als PKK, heute als KADEK bekannt, hat in allen demokratischen Entwicklungen der Türkei eine führende Funktion und einen Anteil.

Sie war es auch, die die großen Diskussionen innerhalb der letzten drei Jahre in der Türkei begonnen hat. Es ist die Phase, die unser Vorsitzender eingeleitet hat. Dies begann mit den Imrali-Diskussionen und ging weiter mit den Gedanken, die er in dieser Zeit entwickelte. Nun ist es das demokratische Zivilisationsmanifest des Vorsitzenden, das die Richtung der Diskussionen angibt. Unsere Bewegung hat schon jetzt eine wichtige mentale Veränderung, die die Analyse, Entwicklung und Annahme neuer Ideen beinhaltet, entwickelt. Sie hat die demokratischen Kreise in der Türkei in Bewegung gesetzt. Sie hat ihnen Wille, Entschlossenheit und Hoffnung vermittelt und Kraft verliehen. Das Wichtigste ist, dass sie nun diese Kräfte zur Einheit bewegt. Sie bewegt sie, Bündnisse zu schließen, sich zu einer organisierten Kraft zu entwickeln, eine demokratische politische Struktur hervorzubringen, die mit den Parteien, dem Parlament und der Regierung eine politische Institution erreicht, die die Türkei zu einer demokratischen Veränderung bringt. Unsere Bewegung hat die Linke, sozialistische und sozialdemokratische Kreise und alle übrigen demokratischen Kräfte vor diese Aufgabe gestellt.

Es gibt zwei Tendenzen, die in der Frage, welchen Weg die Türkei in Folge dieser Veränderungsphase bestreiten wird, im Kampf gegeneinander stehen. Der erste Weg, den die USA mit der Unterstützung der Kriegsbefürworter lenkt und dem auch nationalistisch-chauvinistische Kreise in der Türkei zustimmen und gleichzeitig ihre Interessen ausdrücken, ist der Weg der Auseinandersetzung und des Krieges. Diese Kreise sind gegen eine Demokratisierung und auch gegen eine demokratische Veränderung im Rahmen der EU. Um eine Demokratisierung zu verhindern, bringen sie Krieg und Auseinandersetzung auf die Tagesordnung. Diese Kreise hatten mit dieser Vorgehensweise gegenüber der Phase, die unsere Bewegung eingeleitet hat, einen Erfolg erzielen können. Nun versuchen sie es, angelehnt an den Krieg, den die USA begonnen haben und an den bevorstehende Eingriff in den Mittleren Osten, in der Türkei erneut durchzusetzen. Sie versuchen, die Türkei wieder in eine Gewaltatmosphäre zu drängen. Tansu Ciller hat erklärt, dass sie die Ministerpräsidentin einer solchen Phase sein möchte. Viele Kräfte innerhalb der MHP sind ebenfalls dafür. Auch andere Kreise in der Türkei und außerhalb unterstützen eine solche Entwicklung. Wenn die Türkei tatsächlich einen solchen Weg bestreiten sollte, würde die Demokratisierung vollkommen beiseite gelegt werden. Militaristische, chauvinistisch-faschistische Vorgehensweisen wären vorherrschend. Die Politik des Krieges in der Region, des Krieges gegen das kurdische Volk und der Gewalt gegen demokratische Kräfte in der Türkei wären die herrschende Politik.

Der zweite Weg ist die demokratische Veränderung und Restrukturierung der Türkei. Diese Phase hat eigentlich unsere Bewegung entwickelt. Unser Vorsitzender hat den theoretischen und politischen Rahmen aufgezeigt. Es beinhaltet die Mitgliedschaft in die EU, die Erneuerung der Politik in der Türkei im Rahmen der Kopenhagener Kriterien. Dies wird von unterschiedlichen Kreisen unterstützt, vor allem haben diese seit drei Jahren zugenommen. Auch im islamischen Flügel gibt es Entwicklungen, die dorthin tendieren. In liberalen und rechten Kreisen gibt es Entwicklungen, die demokratische Tendenzen aufzeigen und diese Politik annehmen. Die Situation der ANAP und der DTP zeigt das.

Desweiteren gibt es Entwicklungen im linken Spektrum. Die linken Kräfte haben sich gestärkt, aber sie sind noch sehr weit davon entfernt, eine Einheit zu bilden. Sie haben keine Bündnisse und sie weisen einen zersplittertes Bild auf. Die sozialistische Linke lebt diese Uneinigkeit am stärksten, sie ist weiterhin marginal. Ihre Worte unterscheiden sich um 180 Grad von ihrer Praxis, so widersprüchlich und zweideutig sind sie. Sie überschätzen sich und widersprechen der Realität der Türkei.

Die sozialdemokratische Linke befindet sich in einem ähnlichen Zustand. Es gibt eine Teilung innerhalb der CHP und DSP. Eigentlich eröffnen solche Trennungen den Weg und lösen die Erstarrung in der Türkei, aber es ist noch unklar, welches Ergebnis daraus hervorgehen wird. Die Frage, wie es gewährleistet werden soll, dass in Folge solcher Entwicklungen eine demokratische Türkei entsteht, blieb bislang unbeantwortet. Solange dieser Zersplitterung nicht überwunden ist, wird es keine Entwicklung in Richtung Demokratisierung der Türkei geben.

Die Türkei befindet sich nun in einem Kampf zwischen diesen beiden Tendenzen. Die Veränderungsphase wird die Phase sein, in der eine dieser Tendenzen an die Macht getragen wird. Trotz alledem ist diese Entwicklung positiv und vor allem besser als die Situation, die das Land in Ausweglosigkeit gehalten hat. Die Kräfte, die sich für die Demokratisierung aussprechen, sind groß und vielfältig. Diese Tendenz deckt sich auch mit unserem taktischen Kampf. Auch wir sind für eine Veränderung der Türkei auf diese Weise. Die Tatsache, das gegenwärtig die Tendenz der demokratischen Veränderung der Türkei überwiegt und die Tatsache, dass die Gefahr der Entwicklung einer Gewaltatmosphäre nicht vollständig beseitigt ist, erlegt allen demokratischen Kräften große Verantwortung auf.

(KIZ, 1.8., ISKU)

nach Angabe von TAYAD die 92. Tote, die der Widerstand gegen die Isolationshaft seit Oktober 2000 gefordert hat. Justizminister Sami Türk zeigt sich unnachgiebig gegenüber der Kritik an der Isolationshaft und den Forderungen der Gefangenen sowie von Menschenrechtsgruppen. Türk hat erklärt, das Problem werde sich von selbst erledigen. *(jW, 2.8., ISKU)*

Vorgezogene Wahlen mit Rekordmehrheit beschlossen

Für Wahlen stimmten 449 Abgeordnete, 62 stimmten dagegen, 3 enthielten sich. Gleichzeitig wurde bekannt, daß 22 Parteien an den Wahlen teilnehmen werden. Innerhalb von fünf Tagen nach Veröffentlichung des Beschlusses im Amtsblatt müssen die Posten von Innen-, Justiz- und Verkehrsminister durch unabhängige Personen neu besetzt werden.

(Aksam, 1.8., ISKU)

Wasserlieferungen aus der Türkei nach Israel

Die Türkei wird nach eigenen Angaben pro Jahr 50 Millionen Kubikmeter Wasser an Israel liefern. Ein entsprechender Vertrag über 20 Jahre sei mit der israelischen Regierung geschlossen worden, teilte das türkische Aussenministerium mit. Die Abmachung sei vom türkischen Energieminister Cakan und von Israels Ministerpräsident Sharon getroffen worden. Ein gemeinsames Komitee von Fachleuten werde die technischen Einzelheiten besprechen.

(NZZ, 7.8., ISKU)

Schiff abgefangen

Ein Schiff mit 89 illegalen Einwanderern an Bord ist Montagnacht in Sizilien eingetroffen. Die Küstenwache fing die aus dem Irak und Pakistan stammenden Menschen in der Nähe von Pozzallo ab und begleitete sie an Land. Die Gruppe wurde in ein Aufnahmelager gebracht.

(taz, 6.8., ISKU)

Quellen:

ÖP = Özgür Politika
hr = www.humanrights.de
KIZ = Kurdistan Informations-Zentrum
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
jW = junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 67
16. August 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Demonstration für die Freilassung der kurdischen Frauenrechtlerin

Freiheit für Nuriye Kesbir!

Nuriye Kesbir kam am 27. September 2001 in die Niederlande, um ihre Frauenarbeit in Europa fortzusetzen. Bei ihrer Ankunft wurde sie auf dem Flughafen verhaftet.
Obwohl sie bei ihrer Ankunft um Asyl bat, ist Frau Kesbir immer noch in Haft. Holland hat bisher die Auslieferung Nuriye Kesbirs in der Türkei abgelehnt. Eine klare Begründung für ihre Auslieferung hat die Türkei nicht liefern können. Es wird jedoch befürchtet, dass sie von Holland als eine Geste der Anerkennung für die formellen Veränderungen in der Türkei ausgeliefert wird. Selbst wenn ihr die Todesstrafe erspart



bleibt, so sind ihr Folter und lebenslange Haft sicher. Als eine Frau, die sich nicht mit Unterdrückung abfindet, ist der besondere Hass ihrer künftigen Folterer gegen Nuriye Kesbir voraussehbar. Der nächste Prozesstermin ist der Freitag, 30. August 2002 um 9 Uhr in Amsterdam

Am Samstag, den 24. August 2002 um 13 Uhr findet in Malieveld, Den Haag eine Demonstration unter dem Motto "Freiheit für Nuriye Kesbir" statt.
Nachfragen bitte an: Initiative "Freiheit für Nuriye Kesbir", Tel.: +31 615 355 604, email: nuriye_kesbir@yahoo.de

(ISKU. 15.8.)

In der BRD wird weiter an der Repressionsschraube gedreht

Erneut Anklage gegen kurdischen Politiker

Der Generalbundesanwalt hat beim Bayerischen Obersten Landesgericht gegen den 39-jährigen "mutmaßlichen PKK-Führungsfunktionär" Ibrahim K. Anklage erhoben. Ihm wird "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB) vorgeworfen. Er soll von Februar bis Anfang August 2000 für die PKK-Region Bayern verantwortlich gewesen sein.

Ibrahim K. war bereits im Oktober 1999 vom Landgericht Lüneburg wegen verbotener politischer Betätigung für die PKK zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten verurteilt worden. Die Vollstreckung dieser Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.
Seit seiner Verhaftung Ende März 2002 in Saarlouis befindet sich Ibrahim K. in Untersuchungshaft in der JVA München-Stadelheim.

Mit der Haltung der Bundesregierung zu glauben, das Mittel des Strafrechts sei geeignet, den Kurdistan-Konflikt auch nur annähernd zu lösen, muss endlich Schluss sein. Der Wille der Kurdinnen und Kurden, sich für ihre legitimen Rechte und Interessen einzusetzen, lässt sich nicht verbieten. Die kurdische Freiheitsbewegung erbringt seit Jahren nachvollziehbar erhebliche einseitige Vorleistungen: Sie hat den bewaffneten Kampf beendet, die PKK wurde Anfang April diesen Jahres aufgelöst und der neu gegründete "Kongress für Demokratie und Freiheit in Kurdistan" hat es sich zum Prinzip gemacht, mit ausschließlich demokratischen Mitteln Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Deshalb fordert AZADI:

Die Aufhebung des PKK-Verbots und eine Legalisierung der politischen Betätigung

Die Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren im Zusammenhang mit dem PKK-Verbot

Die Freilassung aller kurdischen politischen Gefangenen

Keine Abschiebungen politischer Flüchtlinge in die Türkei

(Azadi, 15.8.)

KARAWANE

Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Nach dem Auftakt in **Bremen** am 17.8. wird die Karawane in der kommenden Woche in **Bramsche** (18.8.), **Oldenburg** (19.8.), **Hannover/Langenhagen** (20.8.), noch einmal in **Bremen** (21.8.), in **Rotenburg** (22.8.) und schließlich am Wochenende in **Hamburg** Station machen.
Dort wird am **23.8.** um **12.00 Uhr** eine **Kundgebung vor dem Universitätsklinikum Eppendorf** stattfinden - gegen die dort praktizierte Zwangsverabreichung von Brechmitteln an vermeintliche Drogendealer, die bereits im vergangenen Jahr John Achidi das Leben gekostet hat. Um **17.00 Uhr** beginnt in der **B5** (Brigittenstr. 5, Nähe U-Bahn Feldstrasse), eine **Veranstaltung**, in der an einem konkreten Fall über die **Ablehnung von Asylanträgen im Zusammenhang mit den neuen "Sicherheitsgesetzen"** berichtet wird.
Am **Samstag, dem 24.8.** beginnt um **11.30 Uhr** vor dem **Hamburger Hauptbahnhof** eine **Demonstration**, die über die Innenstadt bis zum **Haus 3** (Hospitalstr. 109) führt, wo ab **16.30 Uhr** ein **Kulturfest** mit Informationsständen, Essen und Getränken, Livemusik mit Gruppen aus der Türkei und Kurdistan, Iran, Philippinen, Lateinamerika, Afrika, Deutschland, sowie dem internationalen Hayoussoum Theater stattfindet. Am **25.8.** geht es schließlich weiter nach **Münster**.
Die Karawane bittet alle, sich zahlreich an den Aktivitäten in den Städten zu beteiligen und auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanzielle Unterstützung zu leisten: **Spendenkonto:** Initiative Grenzenlos; Sparkasse Halle; Konto: 38 13 08 546; BLZ: 800 537 62; Stichwort: Karawane. Weitere Informationen unter: **www.basicrights.de** *(br, isku)*

Meldungen

Dersim: Die Kontrollen gehen weiter
Trotz Aufhebung des Ausnahmezustandes in Dersim Ende Juli gehen die Kontrollen an den Hauptverbindungsstrassen der Provinz weiter. Dagegen wurden einige Kontrollen in Karakocan (Elazig) und Bingöl aufgehoben. *(ÖP, 10.8., ISKU)*

SHP beteiligt sich am Bündnis YTP und DTP
Während die allgemeine Suche nach Partei-Bündnispartnern für die Wahlen weitergeht, beteiligt sich jetzt die SHP am Bündnis von YTP und DTP. Der zurückgetretene Minister Dervis hat bis jetzt noch keine Erklärung abgegeben, welcher Partei er beitreten will; nach Zeitungsberichten will er zunächst ein Bündnis erreichen, das Reformen durchsetzen kann und dem Eindruck nach nicht rechts ist. *(ÖP, 10.8., ISKU)*

HADEP Istanbul: Ziel sind 700.000 Stimmen
Bei den Wahlen 1999 erreichte die HADEP ca. 200.00 Stimmen und wurde sechststärkste Partei. Heute ist die Partei in 28 von 32 Kreisen Istanbuls als Organisation vertreten; 9 Bezirksvorsitzende sind Frauen; die Zahl ist um 80% gestiegen. Die Mitgliederzahl in Istanbul ist von 8000 auf etwa 40000 gestiegen. *(YG, 10.8., ISKU)*

Neue Musik-CD erschienen
Die Filmmusik des Films "Die Fotografie", der auch in Deutschland in verschiedenen Städten gezeigt wurde, ist jetzt als CD erschienen. *(YG, 10.8., ISKU)*

Schwedische Delegation im Hotelarrest in Silopi
Eine fünfköpfige Delegation der schwedischen Grünen wurde auf der amtlich genehmigten Reise nach Südkurdistan nach zahlreichen Kontrollen in Silopi in Hotelarrest genommen. Nach telefonischer Mitteilung seien viele Panzer sowie Militärpersonal und Polizei in der Region. Die Parlamentsabgeordnete der Grünen, Y. Ruwaida forderte für die Wahlen am 3. November Beobachterdelegationen aus Europa. *(ÖP, 13.8., ISKU)*

Militär stürmt Beerdigung von Fatma Bilgin
Die 93. Gefallene, Fatma Bilgin, wurde in ihrer Heimatstadt Antakya beigesetzt. Direkt nach der Zeremonie als das gesamte

KESK-Protestmarsch nach Ankara

Mitglieder der KESK-Gewerkschaften (für den öffentlichen Dienst) hielten vor dem Start des Protestmarsch nach Ankara eine Pressekonferenz vor dem Gewerkschaftsgebäude ab. Der Marsch soll vom 13. bis 17. August dauern und von Istanbul sowie Gebze, Izmit, Bursa, Eskiseir, Bolu, Zonguldak und Ankara unterstützt werden.

Forderungen sind:
· Ein ausreichender Lohn für ein menschenwürdiges Leben
· Demokratisierung des Arbeitslebens
· Auszahlung der Gelder, die durch zwangsweises Sparen einbehalten werden
· Besetzung freier Arbeitsstellen
· Verkürzung der Arbeitszeit
· Verlängerung des Schwangerschafts- bzw. Geburtsurlaubs
· Ausreichende Zahl von Kinderhorten *(ÖP, 13.8., ISKU)*



"Aus" für die Glasfabrik

Nach 18 Tagen Streik gegen die beabsichtigte Schliessung und faktische Werksbesetzung durch die Arbeiter kam jetzt eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft zustande. Ein Teil der Arbeiter wird in Rente geschickt, ein Teil wird in verschiedene Fabriken der Firma, verteilt
Die Fabrik hatte 67 Jahre lang bestanden und war eine Fabrik mit arbeitskampferfahrener Belegschaft, vor allem in den 70er Jahren. Bis 1990 hatte die Fabrik über 3000 Beschäftigte, danach wurde die Zahl auf die jetzigen 870 Beschäftigen reduziert. Viele Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder waren von diesem Abkommen enttäuscht: ihrer Meinung nach hätte die Glasfabrik im Istanbuler Stadtteil Beykoz erhalten bleiben müssen. Am Abend des Abkommens liefen sie zum nahegelegenen Gewerkschaftsbüro und demolierten dort Tür und Namensschild. *(YG, 10.8., ISKU)*

Sicherheitsrat zu Krieg gegen Bagdad bereit

Der türkische Generalstabschef hat Meldungen der Zeitungen Hürriyet und Sabah zurückgewiesen, wonach 5000 türkische Soldaten im Nordirak stationiert seien und einen Flughafen besetzt haben sollen. »Diese Nachrichten sind nicht korrekt«, heißt es in einer Erklärung, aus der die Turkish Daily News am Wochenende zitierte.
»Ob sie will oder nicht«, wird sich die türkische Armee einem Waffengang anschließen, erklärte dieser Tage der pensionierte General Arman Kuloglu im britischen Guardian. Nur so könnte die Türkei die eigenen regionalen Interessen sichern. Auch der Nationale Sicherheitsrat, mehrheitlich von Generälen besetzt, will einen Krieg gegen den Irak unterstützen, wie aus einer Stellungnahme zu entnehmen ist.
Türkische Soldaten sind seit Jahren im Nordirak präsent und sollen, im Falle eines Krieges, Kurden an der Flucht in Richtung Türkei hindern. Außerdem sollen sie dafür sorgen, daß die kurdischen Parteien in den autonomen nordirakischen Provinzen Dohuk, Erbil und Süleymania keinen eigenen Staat deklarieren. Ob türkische Truppen tatsächlich weiter in Richtung Bagdad marschieren werden, ist unklar. Selbst die Eroberung der Ölfelder von Kirkuk und Mossul für türkische bzw. US-Interessen dürfte riskant werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist allerdings damit zu rechnen, daß die türkische Luftwaffe es sich in möglichen Kriegswirren nicht nehmen läßt, die Lager der KADEK im irakisch-iranischen Grenzgebiet zu bombardieren.
Für einen Krieg gegen den Irak drängen die USA auf eine umfassende Nutzung der Luftwaffenstützpunkte im Südosten der Türkei. Auf der Basis Incirlik (Adana) ist seit 1991 US- und britische Luftwaffe stationiert. Nun sollen die Basen in Diyarbakir und Batman hinzukommen.
Der Tageszeitung Hürriyet war zu entnehmen, amerikanische Militärs bereiteten schon die Stationierung von Patriot-Abwehrraketen im Land vor. Die türkische Regierung sprach hingegen von der routinemäßigen Anwesenheit eines NATO-Teams. Vielleicht könnten finanzielle Zusagen von den USA die Skeptiker auf allen Seiten umstimmen. Es heißt, die USA wollen dem hochverschuldeten Land vier Milliarden US-Dollar für Waffenlieferungen erlassen, wenn sie sich dem Willen Washingtons beugen.
In Istanbul haben sich der Vorsitzende der örtlichen HADEP, Dogan Erbas, und Akin Birdal, jetzt Sprecher der neuen Initiative für eine Sozialistische Partei, gegen einen Krieg im Irak ausgesprochen. Eine demokratische Föderation aller in der Region lebenden Araber, Türken und Kurden müsse das Ziel sein. Dies sei aber nicht mit Krieg zu erreichen, sagten sie.
(jW, 13.8., ISKU)

Verfahren wegen Kurdisch-Ausbildung

Obwohl das türkische Parlament die Erlaubnis für Kurdisch-Unterricht erteilte und Publikationen in Kurdisch zuliess, wurde in Urfa ein Antragsteller auf Kurdisch-Studienkurse vor den Richter zitiert; in Mus wurden 7 Inhaftierte freigelassen; in Istanbul mussten Antragsteller vor dem Richter erscheinen. Alle Verfahren gehen weiter.
Die Aufsichtsbehörde für Radio, Fernsehen u.a. (RTÜK) hat mit den Vorbereitungen für Sendungen in Kurdisch begonnen.
Bildungsminister Tekin nannte zwei Hauptpunkte des Kurdisch-Unterrichts: Kein Separatismus im Unterricht; Ausbildungssprache ist Türkisch. Die Vorbereitungszeit werde 3 Monate nicht übersteigen.



Prozess in Istanbul wegen Kurdischunterricht Foto: DIHA

Egitim-Sen: Seit einem Jahr verstärkt staatliche Unterdrückung und Willkür

Die Egitim-Sen (Lehrergewerkschaft) hat insgesamt 98 Zweigstellen und 350 Vertretungen mit ca. 180.000 Mitgliedern. Das Schwergewicht ihrer Arbeit liegt in der Betreuung und Gewinnung neuer Mitglieder. Seit etwa einem Jahr ist die Gewerkschaft verstärkten Repressionsmassnahmen des Staates ausgesetzt. Im Bezirk Van sind in den letzten drei Monaten 19 Personen, im Bezirk Mersin in den letzten fünf Monaten 38 Personen und im Bezirk Diyarbakir seit den 90er Jahren 186 Personen zwangsversetzt worden. Bei den Versetzungen in Diyarbakir gab es während des Ausnahmezustandes keine Möglichkeit, rechtlich dagegen vorzugehen. Deswegen haben im Jahr 2001 17 Zwangsversetzte, im Jahr 2002 bisher fünf Mitglieder, Klage beim Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg eingereicht. Urteile sind bei den Klagen noch nicht gefallen. *(ÖP, 10/12.8., ISKU)*

Ereignis durch Parolen politischen Charakter annahm, attackierte das Militär die Trauergemeinschaft mit Schlagstöken. Diese versuchte sich gegen diesen willkürlichen Angriff zu wehren. Daraufhin schossen die Soldaten mit Pfeffer- und Nervengas. Zwei Menschen wurden schwer verletzt, zwei sind bis Dato verschwunden und 13 wurden verhaftet.
(IKM, 13.8., ISKU)

Preiserhöhungen für Tee und Zucker
Der Abgabepreis für Zucker wurde um 8 %, der für Tee zwischen 4,4 und 7,5 % erhöht. Das 500 g Paket "Rize Turist" Tee kostet nun 2,8 Millionen TL.
(Aksam, 7.8., ISKU)

MHP bereitet Verfassungsklage gegen EU-Reformen vor.
Der MHP-Vorsitzende Bahçeli nannte in einem Interview das Verhalten der Parlamentsmehrheit "Auslieferung" und erklärte, er habe der Rechtsabteilung seiner Partei Anweisung erteilt, eine Verfassungsklage gegen die Neurregelungen bei Todesstrafe, Sendungen in andern Sprachen als Türkisch und Bildungsangebote in traditionell in der Türkei gesprochenen Sprachen vorzubereiten. Weiterhin erklärte der MHP-Vorsitzende, daß sich das PKK/KADEK-Projekt einer "demokratischen Republik" mit den EU-Reformen decke. Außerdem forderte Bahçeli, daß der auf der Insel Imrali inhaftierte PKK-Vorsitzende Öcalan umgehend in ein Hochsicherheitsgefängnis (F-Typ) überführt werden müsse.
(Aksam, 4.8.02)

139 Festnahmen
Im Westen der Türkei griffen paramilitärische Polizeieinheiten 139 illegale Einwanderer auf. Sie wollten laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Anatolia nach Griechenland einreisen. Die EU fordert von der Türkei, die illegale Einwanderung nach Europa zu unterbinden. *(taz,13. 8., ISKU)*

Quellen:
YG.... = Yedinci Gündem
ÖP = Özgür Politika
jW = junge Welt
br = www.basicrights.de

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 68
23. August 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Mustafa Karasu (KADEK-Präsidalrat) zu den bevorstehenden Neuwahlen

“Wenn die HADEP gewinnt, gewinnen alle linken und demokratischen Kräfte”

Am 3. November finden vorgezogene Neuwahlen in der Türkei statt. Eines der meistdiskutierten Themen in diesen Wahlen sind die möglichen Koalitionen. Sowohl rechts als auch links sind alle auf der Suche nach potentiellen Koalitionspartnern, wie bewerten Sie das?
Es gibt zwei Gründe dafür, dass das Thema Koalition so in den Vordergrund tritt: Zum einen tritt die Türkei in einen Demokratisierungs- und Neustrukturierungsprozess. Diese Situation bedeutet gleichzeitig die Beendigung eines historischen Kampfes. Damit wird ein Kräftebündnis derjenigen möglich, die unter den neuen Bedingungen am oligarchischen und traditionellen Führungsstil festhalten wollen.
Werktätige, Linke und auch das kurdische Volk glauben daran, dass ihr Kampf jetzt im wirklichen Sinne an Bedeutung gewinnt. Die Steigerung der Möglichkeit, dass nach soviel Kampf auch ein konkretes Ergebnis zu erlangen ist, stärkt unvermeidlich die Haltung, gemeinsam mit nahestehenden Kräften Einfluss auf dieses Ergebniss ausüben zu wollen. Und das ist auch das Richtigste.
In der Türkei gibt es eine wichtige Dynamik. Innere und äußere Bedingungen für eine Veränderung sind herangereift. Nur wer nicht nur sich selbst diesen Bedingungen anpasst, sondern im Gegenteil daran arbeitet, sie weiterzuentwickeln und eine Demokratisierung einzuleiten, kann im wirklichen Sinne als links und demokratisch bezeichnet werden. Ansonsten kann auch eine Situation entstehen, in der die Dynamik der Türkei gebremst wird und die somit weder neu noch links ist. Insofern messen wir die Koalitionen danach, wieviel für Veränderung und Wandel der Türkei, für Demokratisierung in die Waagschale geworfen wird. Wir verfügen somit über eine sehr eindeutige und konkrete Waage.

Wie also muss eine demokratische Koalition aussehen, die die Türkei verändern kann, und wer könnte daran beteiligt sein?
Weil in der Türkei keine Demokratie herrscht, sondern sie sich erst neu entwickelt, ist es das richtigste, eine breite Demokratiefront zu bilden, in der alle demokratischen, linken und sogar liberalen Kräfte vertreten sind, für die ein Demokratisierungsprogramm Vorrang hat. Eine solche Front kann als Demokratiekoalition und -bewegung nur entstehen, wenn links-sozialistische Kräfte und die kurdische demokratische Bewegung daran beteiligt werden. Denn die Herangehensweise an die demokratische kurdische Bewegung sowie an die linken und demokratischen sozialistischen Kräfte ist ausschlaggebend für die demokratische Beschaffenheit. Eine breite Koalition hat Vorteile. Vorrangig sollte an eine Koalition gedacht werden, die von liberalen Parteien bis zu linken und sozialistischen Kräften reicht und in der die HADEP enthalten ist. Wenn es zu keiner Koalitionsbildung mit der kurdischen demokratischen Bewegung und linken Kräften kommt, weil bestimmte Interessensvertretungen vor den Drohungen von Ecevit und der MHP zurückschrecken, sollte angestrebt werden, dass die HADEP als Führungskraft linke und sozialistische Kräfte um sich sammelt. In einer solchen Koalition könnten HADEP, ÖDP, SHP, die Kreise, die eine sozialistisch-demokratische Partei gründen wollen, EMEP und weitere politische Kräfte vertreten sein. Eine solche Demokratiebewegung, eine solche demokratische Koalition würde auch Unterstützung durch eine Reihe von Intellektuellen finden. Notwendig ist auch, in einer solchen Demokratiebewegung die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, alevitische Organisationen etc. zu versammeln. Wenn die HADEP sich zum Motor der Demokratiebewegung macht und in ernsthafter Form arbeitet, wird ein Scheitern an der Zehnprozenthürde kein Problem darstellen. Sie kann sogar mit einem Stimmenanteil von 15 bis 20 Prozent zu einer politischen Kraft werden, die die Zukunft der Türkei bestimmt. Hierbei sollten die genannten politischen Parteien nicht gering geschätzt werden. Sie mögen klein sein und nicht über Einfluss auf die Massen verfügen, aber sie haben einen bestimmten Mitarbeiterstab und sind organisiert. Ihre Beteiligung an einer Koalition bedeutet eine große Stärkung. Und damit entsteht auch eine Demokratiebewegung. Die Energie, die aus einer Koalition entstehen kann, darf nicht unbeachtet bleiben. Das wird sich auch in den Wahlurnen wiederspiegeln. Wenn also andere Alternativen nicht zu verwirklichen sind, ist es die Aufgabe der kurdischen demokratischen Bewegung und der linken und sozialistischen Kräfte, diese Alternative zu verfolgen. Die Rolle der verschiedenen linken und demokratischen Kräfte liegt darin, sich ohne Komplexe um die HADEP als der einflussreichsten Kraft im Demokratiekampf zu sammeln und dazu beizutragen, dass die HADEP gestärkt aus dieser Wahl hervorgeht.
Wenn die HADEP gewinnt, gewinnen alle linken und demokratischen Kräfte.

(ÖP, 17.8., ISKU)

Menschenrechtsbilanz des IHD Diyarbakir

In der jüngsten Bilanz der Menschenrechtsverletzungen in der Region Diyarbakr stellte der IHD eine erneute Steigerung solcher Vorfälle fest. Die angegeben Zahlen beziehen sich auf Juni und Juli (in Klammern):

(DIHA, 13.8., ISKU)

Verletzungen der persönlichen Sicherheit
Festnahmen: 8 (94)
Folter, Misshandlung und Bedrohung: 21 (13)
Verschwundene: 0 (1)
Verhaftungen: 39 (62)
Bei Kundgebungen und Demonstrationen von Gewalt Betroffene:
0 (36 Festnahmen, 15 Verletzte)

Verletzungen des Rechtes auf Leben
Tote in Gefechten 0 (4)
Morde “unbekannter Täter”:
1 Tote/r (9 Tote, 2 Verletzte)
Tote durch Minen: 1 (1)

Rechtsverletzungen im Arbeitsleben
Verbannung: 4 (6)
Amtsenthebung: 1 (0)
Verwaltungsstrafen 6 (6)

Verletzungen der Gedanken- und Ausdrucksfreiheit
Verbotene Zeitungen und Zeitschriften: 29 (29)
Verbotene Veranstaltungen und Kulturprodukte: 4 (1)

Weiteres
Vorfäll in Gefängnissen 16 (24)
Selbstmorde: 15 (10)

Meldungen

Türkei-Rechnung beim EuMRGh: 4 Trillionen TL
Bis heute hat die Türkei aufgrund von Prozessen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGh) fast vier Trillionen TL Schadensersatz geleistet. In 260 eingeleiteten Verfahren entschied der Gerichtshof gegen die Türkei, in elf weiteren zu Gunsten der Türkei. Nach Angaben des Justizministeriums stehen Zahlungen von 6 729 814 englischen Pfund Sterling, 15 510 661 französischen Franc, 12 023 596 Dollar und 162 491 572 Euro noch aus. Auf die Anfrage des AKP-Abgeordneten Azmi Ates gab das Justizministerium an, die Türkei habe bis heute aufgrund von Prozessen vor dem EuMRGh Zahlungen von knapp 4 Trillionen TL geleistet.
(ÖP, 21.8., ISKU)

Mit der Jugend zum Serhildan
Jugendliche aus Kurdistan führen unter dem Motto "Mit der Jugend zum Serhildan, mit Serhildan zum Sieg" einen zweiwöchigen Marsch von Strasburg nach Brüssel durch, der am 22.August beginnt. Der Marsch findet im Rahmen der Forderungen "KurdInnen sind keine TerroristInnen! Die kurdische Jugend fordert Gerechtigkeit" Freiheit für Öcalan, Frieden für Kurdistan!" statt.
(ÖP, 21.8., ISKU)

Repression gegen Azadiya Welat und weitere Zeitungen
Wegen `Verkauf einer verbotenen Zeitung` sind in Agri drei MitarbeiterInnen der kurdischen Wochenzeitung Azadiya Welat festgenommen worden. Nach ihrer Festnahme wurden sie in der Antiterrorabteilung gebracht, wo sie polizeilichen Angriffen ausgesetzt waren. Sie wurden unter Druck gesetzt, ihre Arbeit einzustellen und später wieder freigelassen. Desweiteren wurde das Hauptbüro der Zeitschrift "Brot und Gerechtigkeit" (Ekmek ve Adalet) in Istanbul-Aksaray von der Polizei überfallen. Es wurden 15 Personen festgenommen. Eine weitere Razzia mit 15 Festnahmen hat laut Erklärung in der Zeitschrift "Jugend in unserem Land" (Ülkemizde Genclik) stattgefunden. Am 22. August begann die Polizei mit einem Angriff auf die Redaktionsräume der türkischen, sozialistischen Wochenzeitung "Atilim" in Istanbul, der bei Redaktionsschluss noch anhielt.
(ÖP, 21.8., ISKU)

Initiative: KurdInnen ins Parlament

Eine neugegründete Initiative bestehend aus dem HADEP-Vorsitzenden Murat Bozlak, dem HADEP-Vorsitzenden der Provinz Istanbul Dogan Erbas, Münir Aydin von der Plattform Soziale Demokratie, der Berufskammer Ingenieurswesen und Architektur (TMMOB), Celal Besiktepe von der Berufskammer Maschinenbau, Mihri Belli als einer bekannte Persönlichkeit aus der türkischen Linken, der Soziologin Pinar Selek, dem Schriftsteller Sezai Sarioglu, der Vorsitzenden des IHD Istanbul Eren Keskin, dem IHD-Ehrenvorsitzenden Akin Birdal und VertreterInnen verschiedener weiterer Institutionen, hat eine Pressekonferenz unter dem Namen "Aufruf zur Demokratie" abgehalten. Die erste Ansprache hielt dabei Akin Birdal, der darauf verwies, dass nicht deutlich sei, was für eine Parlamentszusammensetzung am 4. November als Wahlergebnis herauskommen wird. Die Wirtschaftskrise sei noch nicht beendet, so Birdal: "Die Irak-Operation der USA steht vor der Tür. Es ist unklar, ob die Türkei sich auf Wahlen oder auf einen Krieg zubewegt. Die politischen Schritte, die im Zusammenhang mit den Kopenhagener Kriterien gesetzt worden sind, werden von der Gefahr der bevorstehenden Wirtschaftskrise und dem zu erwartenen Krieg bedroht. Um gegen diese Gefahr vorzugehen, müssen sich für die Wahlen am 3. November alle Kräfte, die für Arbeit, Frieden und Freiheit einstehen, unter einem Dach vereinigen. Die Bildung einer breiten Demokratiefront kann die Wahltaktiken derer ins Leere laufen lassen, die für die soziale Krise verantwortlich sind und in jedem aufrichtigen Menschen nur Schamgefühl wecken, und das Licht der Befreiung der Türkei aufzeigen. Für dieses Licht müssen türkische und kurdische Werktätige, denen die Plätze im Parlament geraubt worden sind, ihre Plätze einnehmen und ihren Willen für eine geschwisterliche Einheit in diesem Land, für Frieden, Arbeit und Freiheit gebrauchen."

(ÖP, 19.8., ISKU)

Deutsche Polizei verschärft Repression gegen KurdInnen

Razzien, Abschiebehaft, Anwerbeversuche...

Die Siegburger Polizei, bekannt für ihre ungerechte Haltung gegenüber Flüchtlingen, setzt ihre Kriminalisierungsversuche an Flüchtlingen fort. Bis heute sind bereits Hunderte von Flüchtlingen mit Hilfe der Bonn-Siegburger Polizei abgeschoben worden, ohne das Gerichtsurteil abzuwarten. Letztes Wochenende brach die Polizei die Türen eines Flüchtlingsheims auf, schoss in die Luft und nahm zwei neu aus Kurdistan eingetroffene Flüchtlinge mit den Namen Burhanettin Bulgak und Mustafa Acar fest. Resit Atas wurde bei dem Polizeiangriff durch Hundebisse verletzt und ebenfalls festgenommen.

Ein Verwandter des Verletzten, Murat Atas, berichtet folgendes über die Nacht des Razzia: "Wir schliefen und wurden durch Schüsse und Schläge an die Tür geweckt. Ich bin sofort aufgesprungen. Als ich zum Fenster geguckt habe, habe ich dort zwei bewaffnete Personen gesehen. Im gleichen Moment schlugen zwei Personen die Tür auf und stürmten herein. Wir begriffen nicht, was los ist und fragten nach dem Grund für die Razzia. Sie sagten uns, es handele sich lediglich um eine Durchsuchung." Als die Polizei mit Hunden den Raum stürmte, sei Resit vor Angst geflohen. "Die Polizei gab zwei Schüsse ab und ließen den Hund angreifen, wobei Resit verletzt wurde. Ohne sich um die Verletzungen zu kümmern, wurden Resit und zwei weiteren Handschellen angelegt und sie wurden verhaftet."

Wie Mehmet Bulgak weiterhin mitteilte, sei keine Begründung für den Überfall geliefert worden. Als er nach dem Grund für die Razzia gefragt habe, sei er von zwei Polizisten mit Fäusten geschlagen worden.

Resit Atas wurde nicht zum Arzt gebracht, sondern mit den beiden anderen kurdischen Flüchtlingen in das Abschiebegefängnis Büren überstellt.

Anwerbeversuch in Baden-Würtemberg

Hasan Karabacak, der vier Jahre und sieben Monate aufgrund politischer Tätigkeit in deutschen Gefängnissen verbracht hat, wird dazu gedrängt, als Spitzel gegen KurdInnen vorzugehen.

Karabacik wurde vor zehn Monaten aus der Haft entlassen. Einen Tag vor seiner Entlassung wurde er von einem Beamten des Verfassungsschutz Baden-Würtemberg namens Hagk aufgesucht. Mit Verweis auf die laufenden Bewährung von Karabacak schlug der Beamte vor, "sich gegenseitig behilflich zu sein" und forderte den Kurden zu Spitzeltätigkeiten auf.

Wie Karabacak angibt, habe er das Spitzelangebot ausgeschlagen und sei auch draußen kontinuierlich weiter belästigt worden. Er werde ständig verfolgt und mit Telefonanrufen belästigt. Vergangenen Monat habe der besagte Verfassungsschützer Hagk über Vermittlung seines Bewährungshelfers Norbert Petko in Baden-Baden erneut ein Treffen gefordert. Daraufhin habe ein Telefongespräch zwischen Hagk und ihm selbst stattgefunden, in dem von ihm Informationen über den KADEK, kurdische Einrichtungen und Aktivitäten gefordert worden seien. Er habe erklärt, er sei kurdischer Patriot, wisse nichts über die Vertreter kurdischer Einrichtungen und auch nicht, wie er eine solche Verbindung herstellen könne. Hagk habe daraufhin auf ein persönliches Treffen gedrängt. "Als ich entgegnete, dass ich mich auf ein Treffen einlassen werde, wenn es vor Augen der Presse und der Öffentlichkeit stattfinden, hat er aufgelegt." Nach diesem Telefongespräch sei er von offizieller Polizei von seinem Arbeitsplatz zum Verhör geholt worden. *(ÖP, 21.8., ISKU)*

94. Gefallene im Todesfasten

Am Mittwoch, den 21.August ist Melek Birsen Hosver im Krankenhaus in Ankara gestorben. Sie war in der 7. Todesfastengruppe und am 330. Tag ihres Todesfastens. Die 23 Jährige führte ihren Widerstand seit dem 26.9.01. *(IKM,. 22.8., ISKU)*

Abschied von KADEK-Mitglied Sahbas

M. Resit Sahbas, der gemeinsam mit einem weiteren KADEK-Mitglied in Dersim bei dem Versuch, den Fluss Munzur zu überqueren, ertrunken ist, ist im Beisein einer großen Menschenmenge in Batman beigesetzt worden.

Die Bevölkerung von Batman empfing den Leichnam bereits am Ortseingang von Batman. Ein Autokonvoi begleitete den Sarg bis zum Friedhof in Ikiztepe. Ca. 3000 Personen nahmen trotz intensiver Polizeikontrollen an der Beerdigung teil. Während der Beisetzung wurden die Parolen "Die Gefallenen sind unsterblich" und "Bijî Serok Apo" gerufen. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

(ÖP, 17.8., ISKU)

Erhöhung der Schulgebühren um 35 % geplant

Eine diesbezügliche Verordnung sei im Kabinett weitgehend bestätigt. *(Radikal, 16.8., ISKU)*

Kurdisch bringt Probleme für Aufsichtsbehörden.

Die Aufsichtsanstalt für Funk und Fernsehen (RTÜK) und das Bildungsministerium haben Probleme, geeignetes Personal mit kurdischer Sprachfähigkeit zu finden, nachdem durch die vor zwei Wochen vollzogene Gesetzesänderung ihnen die Aufsicht über Angebote in diesen Sprachen zugefallen ist.

(Aksam, 15.8., ISKU)

Quellen:

YG = Yedinci Gündem
ÖP = Özgür Politika
DIHA = Dicle Nachrichtenagentur
IKM = Komitee gegen Isolationfolter
br = www.basicrights.de

KARAWANE **Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen**



In der kommenden Woche macht die Karawane in folgeden Orten Station:

26.8. Münster 16.00 Uhr Demonstration, Start vor der "Baracke", Scharnhorster Str. 100, Neben Reden zum Thema staatlicher Rassismus und insbesondere Abschiebungen wird es kulturelle Präsentationen aus verschiedenen Ländern geben.

27.8. Iserlohn 9.30 Uhr Demonstration vom Hauptbahnhof zur Ausländerbehörde

27.8. Arnsberg 13.30 Uhr Protest vor dem Verwaltungsgericht in Arnsberg, das für die Ablehnung von Asylanträgen berühmt-berüchtigt ist.

28.8. Frankfurt Demo am späten Nnachmittag, gefolgt von Grillfest im Gewerkschafts-Haus

29.8. Ingelheim Übergabe eines Protest- und Forderungsschreibens an die Landtagsparteien. "Besuch" des Ausreisezentrums RLP in Ingelheim

30.8. Düsseldorf Morgens Pressekonferenz und Kundgebung vor dem Innenministerium, Haroldstr. 5. 14.00 Uhr Solidaritätskundgebung vor dem Frauenabschiebegefängnis in Neuss, Grünstr 3

01.9. Köln Am Samstag, den 31. August veranstaltet die Kölner Vorbereitungsgruppe mit der Karawane um 12°° Uhr ein Festmahl auf dem Heumarkt (Alter Markt) in Köln. Danach Fahrt zum Containerlager, Kunftstr. in Köln-Kalk. Dort sind Flüchtlinge gezwungen unter absolut inhumanen Bedingungen zu leben.

(br)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 69
30. August 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview mit Gülizar Tural (Mitglied im KADEK-Präsidialrat und PJA-Parteirat) zur Bedeutung der Wahlen am 3. November 2002 in der Türkei für Frauen

Die Chance für Frauen, mit der Geschichte abzurechnen

Durch die Vorwahlzeit sind Frauen noch stärker in Bewegung. Was bedeuten die Wahlen Ihrer Meinung nach für Frauen?

Die 57. Regierung der Türkei ist bankrott gegangen, aus diesem Grund gibt es vorgezogene Neuwahlen. Es handelt sich jedoch nicht nur um die Auflösung einer Regierung, sondern ebenfalls um die Auflösung der Mentalität, die die Politik in der Türkei bestimmt hat, um die Auflösung eines politischen Mechanismus, der Jahrzehnte angedauert hat. Mit der bisherigen Politik ließ sich kein einziges konkretes, aktuelles Problem von Frauen beheben.

So ist in den letzten zwanzig Jahren eine Situation entstanden, in der eine von männlichem Charakter beherrschte Mentalität den Völkern Massaker erbracht hat und die Frau in grenzenloser Form als Gebrauchsgegenstand und Besitz benutzt wurde. Die Prostitution erfuhr in der Türkei den stärksten Aufschwung in den Kriegsjahren. Während des Krieges ist ein sinnentleerter, haltloser Typ von Jugendlichen entstanden. Und schließlich waren türkische und kurdische Frauen permanent Opfer der von Männern festgelegten Politik und wie alle anderen Frauen dem sozialen, sexuellen und traditionellen Leiden unterworfen, das das Frausein mit sich bringt.

In diesem Bild gibt es außerdem das Gesicht der kurdischen Frauen, die mitten im Krieg gelebt haben. Über zwanzig Jahre hinweg wurde alle Schönheit, alle Achtung des Frau- und Mutterdaseins mit Füßen getreten. Und sie hatten noch nicht einmal wie die türkischen Mütter die Möglichkeit, am Grab ihrer Gefallenen zu weinen. Sie mussten mit ansehen, wie die Häuser, die sie mit eigenen Händen errichtet haben, die Felder, die sie bestellt haben, die Dörfer, in denen sie geboren wurden und aufgewachsen sind, niedergebrannt und zerstört wurden. Sie wurden zur Migration und zu einem Leben mit einer Sprache und einer Kultur verbannt, die sie nicht kannten und verstanden. In den Metropolen, in die sie flüchteten, waren sie mit unzähligen Schwierigkeiten konfrontiert. Bei Festnahmen sind sie erniedrigt und vergewaltigt geworden, viele haben irreparable Gesundheitsschäden erlitten. Und parallel zu all diesem waren sie zuhause, innerhalb der Familie dem Druck der Männer und der Traditionen ausgesetzt. Kurz gesagt, waren es unsere Frauen und Mütter, die am meisten unter dem Politikmechanismus der Türkei und der falschen Politik der letzten zwanzig Jahre gelitten haben.

Somit müssen die Frauen den Wahlen am 3. November eine Bedeutung geben, ohne diese Tatsachen zu vergessen. Bei früheren Wahlen haben türkische und kurdische Frauen, ohne sich dessen bewusst zu sein, den Kräften zur Regierungsmacht verholfen, die Urheber ihres Leidens waren.



Gülizar Tural (Mitglied im KADEK-Präsidialrat und PJA-Parteirat)

Sie haben ihre Stimme entweder entsprechend der Meinung ihres Mannes benutzt oder gemäß traditionellen Gedankenguts oder auch nach religiösen Gefühlen. Viele hatten nicht einmal das Bewusstsein, ihre Stimme überhaupt zu nutzen. Somit sind die Kräfte, die jahrelang an der Regierung gewesen sind, nicht von ihrer destruktiven Politik abgewichen.

Aber am 3. November ist die Gelegenheit, an der die Frauen mit den Verantwortlichen ihrer erlebten Probleme und Schwierigkeiten eine historische Abrechnung vollziehen können. Bei diesen Wahlen können sie die Kraft ihrer Herzen und Gefühle darlegen und dafür sorgen, dass aus den Wahlurnen ein würdevoller Frieden, die Geschwisterlichkeit der Völker und eine demokratische Regierung hervorgeht. Sie können zeigen, dass sie Krieg, Gewalt und die Missachtung der Völker ablehnen.

Wie sollten sich die Frauen denn konkret an den Wahlvorbereitungen beteiligen?

Natürlich gibt es große Mängel. Es gibt keine starke Frauenbewegung in der Türkei, der Organisierungsgrad der Frauen lässt zu wünschen übrig. Wenn das nicht so wäre, hätten schon in den letzten drei Jahren, in denen von einem partiellen Frieden gesprochen werden kann, von Frauenorganisierungen historische Schritte gesetzt werden können. Der Frieden hätte stärker untermauert werden können. Natürlich handelt es sich um sehr tiefgreifende Probleme. Jetzt liegt vor uns eine sehr kurze Vorbereitungszeit auf die Wahlen. In dieser Vorwahlzeit sollten alle Frauen in der Türkei die Wahlen zu ihrem Schwerpunkt machen. In dieser historischen Phase, in der die Möglichkeit so hoch ist, wirkliche Veränderungen für die Völker und die Frauen zu erreichen, sollte jede Frau sich fragen, wie sie dazu beitragen kann und in diesem Geist arbeiten. Es müssen Treffen mit den verschiedensten Kreisen, mit den Frauenverbänden aller Parteien, mit einflussreichen Persönlichkeiten stattfinden. Zentrum aller Anstrengungen muss das Ziel sein, eine Demokratiefront zu erschaffen, die eine demokratische Regierungsform in der Türkei errichtet. Die gesamte Türkei muss für dieses Ziel motiviert werden. (...)

Die uns dabei leitende Frage muss lauten: Was für ein Leben wollen wir für alle Völker und Frauen in der Türkei? Und die Antwort muss eindeutig und konkret sein.

Fast zwanzig Jahre lang haben Kriegsregierungen die Türkei geleitet. Es ist an der Zeit, diese endlich von der politischen Bühne abtreten zu lassen. Beispielsweise müssen in diesen Wahlen alle Frauen die Rechnung mit Tansu Ciller begleichen, die uns jahrelang hat bluten lassen. Diese Frau muss aus der Politik entfernt werden. Alle Frauen müssen sich dafür mobilisieren, damit sie nicht ein weiteres Mal ins Parlament kommt und Profit schlägt aus dem Blut unserer Kinder. (...)

(ÖP, 26.8., ISKU)

Meldungen

Razzien in mehreren linken Einrichtungen
Am 26.8. wurden Polizeirazzien in mehreren linken Einrichtungen in Istanbul durchgeführt. Als Grund wurde ein Beschluss des Staatssicherheitsgerichtes genannt, demnach Veranstaltungen am 1. September für Provokationen genutzt werden könnten. In den Einrichtungen hätten sich außerdem gesuchte Personen aufgehalten, desweiteren seien verbotene Schriften gefunden worden. Betroffen von den Razzien waren die Büros der Zeitschriften Devrimci Demokrasi., Mücadele Birligi, Kizilbayrak, Alinterimiz, Direnis und Isci Köylü sowie die Kulturzentren Tohum Kültür Merkezi, Yüz Cicek Acsin Kültür Merkezi und Yapi Sanat Evi. *(ÖP, 27.8., ISKU)*

96. Tod im F-Typ Protest
Im Todesfasten gegen die F-Typ-Gefängnisse hat am 26.8. eine weitere Gefangene ihr Leben verloren. Gülnihal Yilmaz (34 Jahre) starb in ihrer Einzelzelle im E-Typ-Gefängnis Kütahya. Damit hat sich die Anzahl der Toten im Todesfasten auf 96 erhöht. *(ÖP, 27.8., ISKU)*

L-Typ
Das Justizministerium hat inzwischen in Alanya mit dem Bau von sogenannten L-Typ-Gefängnissen für die ca. 50 000 nicht-politischen Gefangenen begonnen. Im L-Typ werden Gefangene in elf bis zwölf Quadratmeter großen Einzelzellen gehalten. Für 40 dieser Zellen gibt es keinen Gemeinschaftsbereich, die restlichen der 479 Gefangenen sollen tagsüber die Möglichkeit haben, in Gemeinschaftsbereichen in Gruppen zu sieben oder drei Personen zusammen zu kommen. Die 40 Einzelzellen ohne Gemeinschaftszugang sind für Disziplinarstrafen vorgesehen und werden für die Vollstreckung von Haftstrafen von sechs Monaten bis zu drei Jahren genutzt werden. *(ÖP, 27.8., ISKU)*

Zunahme von Haftentschädigungsprozessen im ehemaligen Ausnahmezustandsgebiet
Nach Angabe von Anwälten in Diyarbakir ist zu beobachten, dass seit Aufhebung des Ausnahmezustandes in einer Reihe von Provinzen Schadenersatzprozesse eröffnet werden, wenn Personen in Untersuchungshaft genommen wurden, ihnen aber keine Schuld nachgewiesen wurde. Die Anwälte berichteten

Die Rekordliste wird angeführt von Osman Baydemir mit 144 Verfahren

Prozessrekorde in Amed

In Amed [Diyarbakir] erreichen die eingeleiteten Verfahren gegen MitarbeiterInnen politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen Rekordzahlen. Nach so gut wie jeder Veranstaltung oder sonstigen Aktivität steht ein neues Verfahren an. In Amed, wo der Ausnahmezustand ein letztes Mal verlängert worden ist, nimmt die Polizei Presseerklärungen, Redebeiträge, Veranstaltungen und Seminare auf Band auf.
Der Vorsitzende des IHD Diyarbakir Osman Baydemir, der HADEP-Vorsitzende von Diyarbakir Ali Ürküt, der vorübergehende Sprecher der Demokratie-Plattform Ali Öncü sowie der ehemalige Vorsitzende der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen Hayrettin Altun verbringen ihre meiste Zeit damit, Aussagen abzugeben und an Gerichtsverhandlungen teilzunehmen. Normalerweise handelt es sich bei ihren Verfahren um Vergehen nach Paragraf 312/2 des türkischen Strafgesetzbuches ("Aufstachelung des Volkes zu Hass und Feindschaft in bezug auf Klassen-, Rassen-, Religions-, Konfessions- oder regionaler Unterschiedlichkeit"), nach Paragraf 8/1 des Antiterrorgesetzes (Seperatismus), nach Paragraf 159 StGb ("Beleidigung der militärischen oder Sicherheitskräfte des Staates") oder auch um "Verstoss gegen das Versammlungsgesetz".
Die Rekordliste wird angeführt von Osman Baydemir, gegen den im Jahr 2001 und in den ersten acht Monaten dieses Jahres ingesamt 144 Ermittlungsverfahren angestrengt wurden. In 56 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, in 88 weiteren ein Prozess eröffnet. In sieben Prozessen wurde Baydemir freigesprochen, ein Prozess wurde vertagt. Bei den laufenden Prozessen, die vor verschiedenen Gerichten stattfinden, werden Haftstrafen von 16 Jahren, drei Monaten bis zu 96 Jahren, 8 Monaten gefordert.
In den 66 Ermittlungsverfahren, die gegen den HADEP-Vorsitzenden der Provinz Diyarbakir, Ali Ürküt, eingeleitet wurden, wurde in 32 auf Einstellung entschieden; drei Akten wurden mit dem Gesuch auf Genehmigung der Eröffnung eines Prozesses ans Justizministerium weitergeleitet. Von den restlichen 31 Prozessen endeten bisher acht mit Freispruch.
In den letzten zehn Jahren wurde auf jede Presseerklärung der Demokratieplattform Diyarbakir mit einem Gerichtsverfahren reagiert. Gegen den momentanen Sprecher der Plattform Ali Öncü laufen 60 Ermittlungsverfahren. Gegen den ehemaligen Vorsitzenden von Egitim Sen sind insgesamt 36 Verfahren eingeleitet worden.

(ÖP, 25.8., ISKU)

KARAWANE **Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen**



Die Karawane macht in der kommenden Woche an folgenden Orten Station: 2.9. Stuttgart morgendliche Begrüssungsaktion. Demonstration vor dem Landesamt Bublingen. Aktionen vorm Ausländeramt, Marktplatz, Staatsämter Stuttgart, 3.9. Tübingen, 4.9. Augsburg ab 16°° Uhr Demonstration auf dem Königsplatz in Augsburg Königsplatz,. 5.-7.9. München, 8.9. Nürnberg um 17°° Uhr Aktion am Flughafen Nürnberg gegen das Geschäft mit Abschiebungen der Lufthansa am späteren abend Pary mit Reggae Sound System im Kulturzentrum DAISY, Brükkenstr. 23, 9.9. Nürnberg Demonstration um 11°° Uhr von Nürnberg Hauptbahnhof zum Bundesamt *(br)*

Koalitionsdebatten im Wahlkampf

Nach dem Beitritt von Kemal Dervis zur CHP ist Bewegung in die Koalitionsgespräche in der Linken gekommen. Der SHP-Vorsitzende Murat Karayalcin wird in den kommenden Tagen mit dem YTP-Vorsitzenden Ismail Cem zusammentreffen, um über eine Koalition zu sprechen, an der auch HADEP und ODP beteiligt sein sollen. Wie bekannt wurde, wird Karayalcin Cem vorschlagen, unter dem Dach der YTP gemeinsam mit SHP, HADEP und ÖDP einen linken Wahlblock zu bilden. Gegenüber dem Fernsehsender NTV erklärte Karayalcin: "Wir werden die momentane Situation auswerten. Ich hoffe, es wird zu dem Beschluss kommen, eine institutionelle Koalition zu bilden." An dieser Koalition müssten auch HADEP und ODP beteiligt sein. Es sei nicht mehr möglich, eine breite linke Koalition einschliesslich CHP und DSP herzustellen, aber mit den genannten Parteien bestehe noch die Gelegenheit, so Karayalcin.
Auch SHP-Generalsekretär Fikri Saglar kündigte an, künftig mit HADEP und ÖDP gemeinsam vorzugehen. Er beschuldigte Ecevit des Separatismus aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber HADEP und AKP. Vorrang habe für die SHP die Beendigung des inneren Krieges im Land. In der zu bildenden Koalition sei die Lösung dieses Problems somit Vorbedingung. "In dieser Haltung werden wir von HADEP und ODP unterstutzt. Auch YTP ist nicht abgeneigt. Die Koalitionsverhandlungen beginnen Montag."

HADEP: Noch keine Ergebnisse
Wie der stellvertretende HADEP-Vorsitzende Osman Ozcelik mitteilte, laufen zwar Gespräche mit SHP und ÖDP, aber es sei noch zu keinem abschliessenden Ergebnis gekommen. Der Vorschlag Karayilcans, einen linken Block zu bilden, sei positiv, allerdings sei bei der HADEP ein solcher Vorschlag noch nicht eingegangen.

(ÖP, 25.8., ISKU)

Religierte Studierende erwarten neue Zulassung

1445 Studierende, die aufgrund eines eingereichten Gesuches auf die Zulassung von Kurdisch als Wahlfach von ihren Universitäten religiert worden sind, erwarten aufgrund der verabschiedeten Anpassungsgesetze, an die Hochschulen zurückkehren zu können.
Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 22. August stand auch der Hochschulrat (YOK) auf der Tagesordnung. In diesem Rahmen wurde u.a. über die Situation der Studierenden diskutiert, die im Studiensemester 2001-2002 aufgrund des besagten Antrages der Universität verwiesen worden waren.
Im November vergangenen Jahres hatten Studierende der Universität Istanbul eine Kampagne für muttersprachlichen Unterricht begonnen, die sich innerhalb von kurzer Zeit auf Hochschulen im ganzen Land ausgeweitet hatte. Ungefähr 16.000 Studierende hatten in den Rektoraten die Einführung von Kurdischunterricht als Wahlfach eingefordert. Von den eingereichten Gesuchen waren ca. 7000 erst gar nicht angenommen worden.Die Studierende wurden aufgrund ihrer schriftlichen Gesuche mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Nach Angaben, die auf der Internetseite www.anadil.org zu finden sind, wurden 76 Studierende verhaftet. Gegen 2414 Studierende wurden an den Universitäten Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der PKK eingeleitet. 95 Studierende wurden der Universität verwiesen, weitere 1350 für einen Zeitraum zwischen einer Woche und einem Jahr relegiert.

(ÖP, 25.8., ISKU)

von 200 neuen Verfahren. Erste Haftentschädigungsurteile zugunsten der Kläger liegen bereits vor. Die Anwälte rechnen mit einem Anstieg dieser Art Verfahren, da viele Menschen aus Angst vor Repressalien bis zur Aufhebung des Ausnahmezustandes gewartet hätten, ihre Ansprüche anzumelden.

(Bianet, 21.8., ISKU)

Mehr als 200 Kurden illegal nach Süditalien gelangt
Ein Boot mit 202 kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak ist am Samstag in Süditalien eingetroffen. Mehrere Schiffe der Küstenwache geleiteten das 20 Meter lange Holzboot in den Hafen von Santa Maria di Leuca bei Lecce. Laut italienischen Medienberichten kam das Boot aus der türkischen Stadt Izmir. In den vergangenen Tagen waren in Süditalien ungewöhnlich viele Flüchtlinge angekommen, allein am letzten Wochenende landeten 450 Personen in mehreren Booten auf der Insel Lampedusa.

(NZZ, 26.8., ISKU)

Lehrergewerkschaft zeichnet düsteres Bild der Bildungslandschaft vor neuem Schuljahr
Nach einer Zusammenstellung von Egitim Sen entfallen aus dem Bildungshaushalt durchschnittlich 105 Millionen TL auf jede Schule. 560.000 Schüler müssen eine Klassenstufe wiederholen. Ein durchschnittliches Lehrergehalt beträgt 330 Dollar. 3,5 Millionen Kinder arbeiten. 9 Millionen Frauen können weder Lesen noch Schreiben. Auf einen Klassenraum entfallen durchschnittlich 56 Schüler. *(Bianet, 19.8., ISKU)*

Quellen:

NZZ = Neue Zürcher Zeitung
ÖP = Özgür Politika
br = www.basicrights.de

Termine:

Frieden braucht Gerechtigkeit
10. Internationales Kurdistanfestival in Gelsenkirchen
Am 7. September 2002
ab 10 Uhr
in der Arena auf Schalke
mit Koma Asmin, Haluk Levent, Beser Sahin

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 70
6 September 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der Weltfriedenstag in der Türkei und Kurdistan

Friedensnelken im Dicle

Zum Weltfriedenstag am 1. September fanden in mehreren Städten, wie z.B. Ankara, Istanbul, Adana, Mersin, Amed, Batman und Agri, Aktivitäten unter dem Motto "Bis in der ganzen Welt Frieden herrscht, werden wir unsere Bemühungen fortführen " statt.
Die Demokratische Plattform Diyarbakir hat an einer Brücke des Dicle Nelken in den Fluß geworfen und so den Weltfriedenstag gefeiert. Der Sprecher der Plattform Zülküf Karatekin sagte in der Presseerklärung "Bis auf der ganzen Welt Frieden herrscht, werden wir unser Bemühung fortsetzen." Bei der Aktion wurden Parolen wie "Nein zum Krieg, Frieden jetzt sofort" gerufen.
Auch der IHD Diyarbakir hat zum 1. September eine Presseerklärung abgegeben, in der er noch einmal unterstrichen, dass: "der Weg zum Frieden nur über eine Brücke zwischen Diyarbakir und Ankara, Edirne und Hakkari verlaufen wird". Auch in Urfa haben IHD, HADEP, EMEK, und KESK den 1. September gefeiert. Fast 500 Menschen nahmen daran teil. Mit Parolen wurde der KADEK gegrüßt. Der Vorsitzender des IHD Urfa, Gülay Koca lies nach Verlesen der Presseerklärung als Symbol des Friedens Friedenstauben fliegen.

Die Presseerkärung des IHD-Batman im Atatürk Park von Batman wurde vom Gouverneur verhindert. Daraufhin wurde die Erklärung im Gebäude des IHD verlesen. Es wurde die Aufhebung des Isolationssytems in den Gefängnissen, Generalamnestie und die Aufklärung der von unbekannten verübten Morde gefordert.

"Nein zum Krieg !" Kundgebung
An der Kundgebung zum Tag des Weltfriedens nahmen in Ankara verschiedene Parteien, Gewerkschaften und NGOs teil. 2000 Menschen riefen während des Zuges Parolen wie: "Wir werden nicht zu Soldaten der USA", "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker" und "Biji Asiti".
In Istanbul wurde die Kundgebung des Komitees zum 1. September verboten. Der Aufruf des aus verschiedenen politischen Parteien und NGOs bestehenden Komitees wurde vom Gouverneur der Stadt nicht genehmigt. Einige Menschen sammelten sich im Sultanahmet-Park, um zusammen zum Justizministerium zu gelangen und dort gegen den Beschluss Anzeige zu erstatten. Nach der Anzeige löste sich die Gruppe auf. Die Mitglieder des Komitees, Eren Keskin, Zeynep Celik, Ahmet Sami Belek, Tuncay Sagiroglu, Ibrahim Derin, Cafer Selcuk wurden, um ihre Aussage aufzunehmen, mit auf das Revier genommen und dort, wie es sich herausstellte, festgenommen. Vor der Kundgebung wurden bei Personalienkontrollen mehrere Menschen festgenommen.



Antikriegsdemonstration zum 1. September in Ankara Foto: DIHA

Die Mütter blicken mit Hoffnung auf die"Friedenbestrebungen"
Die Initiative der Mütter für den Frieden blicken mit Hoffnung auf die Friedensbestrebungen. Müyesser Günes hat in Namen der Initiative der Mütter für Frieden eine schriftliche Erklärung abgegeben. Sie betonte: "Die Frauen und Mütter sind die Leidtragenden des Krieges. Die neuen erlassenen Gesetze im Rahmen der EU sind eine positive Entwikklung, die wir begrüssen."

Friedensaufruf der Frauen
17 Frauengruppen, die zum Weltfriedenstag am 1.September zusammenkamen, veröffentlichten einen Friedensaufruf. Zum 1. September gaben sie eine Presseerklärung vor dem Marine Museum in Istanbul ab. Im Namen der Frauen wurde die Erklärung von der Vorsitzenden des Mezopotamya Kültür Merkezi (MKM), Serap Sönmez verlesen. Sönmez: "Wir Frauen leiden seit Jahren unter der kriegerischen und militärischen Politik. Krieg bedeutet Tod, Armut, Flucht, Zerstörung der Natur und Verbreitung von Gewalt. Krieg heisst für uns Arbeitslosigkeit, Prostitution, Vergewaltigung und familiäre Gewalt. Zudem verstärkt und fördert Krieg die Männerherrschaft." *(ÖP. 2.9., ISKU)*

Kein Urteil im Kesbir-Auslieferungsverfahren

Am 30. August fand im Amsterdamer Gericht im Auslieferungsverfahren von Frau Nuriye Kesbir an die Türkei die zweite Hauptverhandlung statt. Dem Gesuch der Anwälte auf Freilassung wurde nicht stattgegeben. Der nächste Verhandlungstermin wurde für in ca. zwei Monaten angesetzt.
Nuriye Kesbir werden von der Türkei verschiedene militärische Aktionen zur Last gelegt, an denen sie in führender Position beteiligt gewesen sein soll. Diese Vorwürfe beruhen im wesentlichen auf Aussagen von Semdin Sakik, einem ehemaligen PKK-Kommandanten, der sich in türkischer Haft befindet und sich als Kronzeuge zur Verfügung gestellt hat.
Frau Kesbir gab eine Prozesserklärung ab, in der sie das Verfahren als ein politisches bezeichnete. Weiterhin wies sie darauf hin, dass die Vorwürfe der Türkei für ihre Auslieferung unkonkret und widerlegbar seien. Sie stellte Ihre Arbeit zum Aufbau einer eigenständigen Frauenpartei da. Falls ihre Auslieferung einen Beitrag zu einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage darstellen könnte, sei sie jederzeit bereit, freiwillig auszureisen.
Das Gericht vertagte das Urteil mit der Begründung, dass die Beweise der Türkei nicht ausreichend wären und sie weitere Beweise nachreichen soll.
Der Gerichtssaal reichte mit 70 Zuschauerinnenplätzen bei weitem nicht aus. Hunderte von Kurdinnen und Kurden warteten vor dem Gerichtsgebäude auf den Ausgang des Verfahrens und drückten ihre Solidarität mit Parolen und Liedern aus. Als Prozessbeobachterinnen waren aus Deutschland Vertreterinnen des Internationalen Menschenrechtsvereins Bremen, des FrauenRechtsBüros gegen sexuelle Folter und der ISKU angereist. Des weiteren waren Kriegsversehrte aus Kurdistan sowie Delegationen des Kurdistan Nationalkongresses, der Partei der Freien Frau (PJA) und vieler weiterer kurdischer Institutionen anwesend. Auch holländische Medien zeigten grosses Interesse an dem Prozess.
(IFNK , ISKU)

Meldungen

Urteil im Schließungsverfahren gegen die HADEP noch vor den Wahlen?
Nach Mitteilung des Präsidenten des Verfassungsgerichtes ist das Gutachtenverfahren im bereits seit dreieinhalb Jahren dauernden Schließungsverfahren gegen die HADEP abgeschlossen. Mit Beginn des neuen Justizjahres werde ihm der Bericht der Gutachter zugestellt, damit könne die letzte Prozessphase beginnen. Verfassungsgerichtspräsident Bumin erklärte ausdrücklich, dass sich das Gericht von den anstehenden Parlamentsneuwahlen nicht beeinflussen lasse.
(Aksam, 30.8., ISKU)

Ehemaliger ANAP-Minister der MHP beigetreten.
Nach seinem Rücktritt vom Amt des Arbeits- und Sozialministers trat Okuyan am 26.8. der MHP bei. Die Zahl der Mandate der MHP stieg damit auf 125.
(Milliyet, 30.8., ISKU)

Fünf Flüchtlinge tot in Lkw entdeckt
In einem Lastwagen sind in Italien fünf illegal eingewanderte Personen tot aufgefunden worden. Vier weitere Flüchtlinge seien völlig ausgehungert und dem Erstickungstod nah geborgen worden, berichtete das italienische Fernsehen am Samstag. Bei den Einwanderern handele es sich um Kurden. Die Opfer seien wahrscheinlich erstickt, hieß es. Die Schwerverletzten schwebten zum Teil in Lebensgefahr.
Die Kurden seien in Bulgarien in den Lastwagen gestiegen und hätten mit einer Fähre aus Griechenland nach Italien übergesetzt. Sie seien auf einer Raststätte der Autobahn Bari-Neapel in dem Frachtraum entdekkt worden. Zuvor hätten die Überlebenden verzweifelt vergeblich versucht, mit Schraubenziehern die Türen des Lkw zu öffnen, erklärte einer der Flüchtlinge. *(FR, 2.9., ISKU)*

Weitere Tote im Todesfasten
Am 27.8. starb Fatma Köse (35) in einem Krankenhaus in Ankara nach 400 Tagen Hungerstreik. Mit ihrem Tod hat sich die Zahl der Toten nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD auf 56 erhöht. Das Todesfasten wird seit Mai nur noch von Gefangenen der DHKP-C fortgesetzt. Insgesamt sind seit Beginn der Aktion im Oktober vor zwei Jahren 96 Menschen ums Leben gekommen. Fatma

Erpressung von Dorfbewohnern seitens der Soldaten

Adana: Die Bewohner des Dorfes Arisu (Gülegüle), die 1995 aus ihrem Dorf vertrieben worden sind, können nur zurückkehren und in ihrem Dorf bleiben, wenn sie eine Erklärung unterschreiben, dass die PKK ihr Dorf zerstört hat. Es wurde bekannt, dass die Bewohner von den Soldaten erpresst werden. Der seit 7 Jahren in Osmaniye lebende M. Nuri Aktas erklärte, dass die Bewohner von 150 Häusern des Dorfes nach den Repressionen der Soldaten und Dorfschützer im Jahre 1995 gezwungen wurden, in Metropolen wie Diyarbakir, Izmir, Istanbul und Adana zu fliehen. Nach der Entspannung der politischen Lage versuchten ca. 60 Familien aus Diyarbakir, Izmir und Istanbul, wieder in ihr Dorf zurückzukehren und das Dorf und ihre Häuser neu aufzubauen. Aktas erklärte auch, dass diese Familien gegen enorme Schwierigkeiten zu kämpfen haben, weil das Militär die Familien einzuschüchtern versucht.

Bei einer Razzia im Dorf sagte der Oberleutnant zu den Dorfbewohnern "Wenn ihr eine Erklärung unterschreibt, dass die PKK eure Dörfer zerstört hat, werden wir jeder Familie 10 Schafe und Material für den Aufbau eurer Häuser geben. Ausserdem werden wir die Moschee und die Schule aufbauen. Sonst werdet ihr wieder aus dem Dorf verjagt werden." Aktas meinte, dass sie die Verantwortlichen für die Zerstörung des Dorfes beim Menschenrechtsgerichthof angeklagt haben und ihre Akten immer noch dort sind.

(DIHA 26.8., ISKU)

KARAWANE Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen



Die Karawane macht in der kommenden Woche an folgenden Orten Station: **10.9. Weimar** Schwerpunkt:Buchenwald dann Jena-Forst, abends Diskussion in Jena, **10.9. Buchenwald** 9.30 KZ-Gedenkstätte Buchenwald: Besuch und Führung 12.00 Flüchtlingsheim Weimar: Besuch, **11.9. Gera** 10:00 Kundgebung vor der Ausländerbehörde in Gera, **11.9. Makersdorf** mittags: Flüchtlingsunterkunft Markersdorf: Besuch und Kundgebung nachmittags: Zwickau, **12.9. Weissenfels** Informations-Aktion / Treffen und Diskussionen am runden Tisch /Themen-Filmabend, Aufklärung, Statistiken, Visualisierung, Medizinischen Versorgung, **12.9. Volksstedt** Stadtort Abschiebehaftanstalt - Aktion mit Lautsprecher zu Abschiebungen - Gedenktafel für Selbstmordopfer anbringen, **13.9. Halberstadt** - 12 Uhr Besuch der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge - Kundgebung/Informationsveranstaltung zu Ausreisezentren auf dem Marktplatz, **13.9. Braunschweig** Demonstration durch Innenstadt mit Leuten von der ZAST, **14.9. Magdeburg** Demonstration, Sprühaktion, Filme, Diskussion, **15.9. Halle** Aktionen auf der Strasse *(br)*

Die Linken Parteien ÖDP, EMEP, SHP und HADEP bilden ein Bündnis

Die linken Parteien in der Türkei bereiten ein Wahlbündnis vor, um die 10%-Hürde bei den Wahlen zum türkischen Parlament zu überspringen. Die linke Partei der Werktätigen (EMEP), die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP), die Freiheits- und Solidaritätspartei (ÖDP) und die einzige prokurdische Partei der Türkei, die Partei der Demokratie des Volkes (HADEP) haben sich darauf geeinigt, unter dem Dach einer Partei zu den Wahlen anzutreten.

Beim Empfang des Vorsitzenden des Dachverbandes der alevitischen Organisation, Ali Dogan, sagte der Vorsitzende der ÖDP, Ufuk Uras, dass er in den nächsten Tagen die Partnerschaft der vier Parteien offiziell bekanntgeben werde.

Das Ziel sei es, die Stimme der demokratischen und aufgebrachten Mehrheit zu werden, so Ufuk, um gegen eine Haltung anzutreten, die die Türkei dem IWF in die Hände spielt. Weiter sagte er, dass die vier Parteien in vielen Fragen Übereinstimmung erzielt hätten. Er fügte hinzu, dass es noch einige technische Probleme gäbe, aber in wenigen Tagen das Bündnis bekanntgegeben werden könne.

Uras betonte die Zugkraft, die sich aus den gleichen Anschauungen von ÖDP, HADEP, EMEP und SHP ergibt und sagte, dass grosse Fortschritte erzielt wurden, obwohl nur noch wenig Zeit bis zu den Wahlen sei.
Nachdem der frühere Staatsminister und Architekt des Wirtschaftprogramms, Kemal Dervis, der sozialdemokratischen Republikanischen Vokspartei (CHP) beigetreten war und seine Verbindungen zu Ismail Cems Neuer Türkischer Partei (YTP) gelockert hatte, versuchte die YTP ein Bündnis mit Murat Karayalcins SHP zu erreichen. Karayalcin gab dafür grünes Licht, bestand aber darauf, dass ein Bündnis auch die ÖDP und die HADEP umfassen müsse. Cem wies jedoch die HADEP zurück, da er ein Bündnis mit der HADEP für sehr problematisch halte.

Die Demokratische Linkspartei (DSP) des scheidenden Ministerpräsidenten Bülent Ecevit sucht ebenso wie Mitglieder der YTP nach Bündnissen mit der konservativen Demokratischen Partei der Türkei (DHP).

(TDN, 4.9., ISKU)

Türkei verstärkt Präsenz in Nordirak

Die türkische Armee hat ihre Präsenz in Nordirak nach Angaben der irakischen Kurdenpartei DPK verstärkt.

Das Militär sei derzeit mit zwei Dutzend Panzern sowie Bodentruppen und Hubschraubern in der Region um Bamemi im Norden Iraks präsent, sagte DPK-Chef Massud Barsani dem US-Radiosender NPR laut der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu. Er forderte den unverzüglichen Abzug der Armee.

Der nordirakische Kurdenführer Dschalal Talabani erklärte unterdessen laut Presseberichten, die USA hätten zugesichert, dass die Türkei sich an einem US-Militäreinsatz gegen Irak nicht beteiligen werde. Die Türkei als einziger moslemischer NATO-Staat lehnt die Pläne von US-Präsident George W. Bush zum Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein ab.

(afp, 30.8., ISKU)

Köse wurde seit 20 Tagen zwangsernährt. Sie war wegen Mitgliedschaft in der DHKP-C zu siebzehneinhalb Jahren Haft verurteilt. Nur wenige Tage zuvor war Gülnihal Yilmaz (37) gestorben, die sich 449 Tage am Hungerstreik beteiligt hatte. Gülnihal Yilmaz war seit 1993 zunächst im Ulucanlar-Gefängnis in Ankara wegen der Mitgliedschaft in der DHKP-C inhaftiert. *(jW, 4.9., ISKU)*

Kein "Untertauchen" mehr bei Kirchenasyl

Das Saarland hat mit der evangelischen Kirche eine schriftliche Vereinbarung über Kirchenasyl geschlossen. In den Verhandlungen mit dem saarländischen Innenministerium hätten es Vertreter der pfälzischen und der rheinischen Landeskirche erreicht, dass Menschen, denen Kirchenasyl gewährt wird, nicht mehr als untergetaucht gelten. Das Saarland habe erklärt, dass Behördenvertreter kirchliche Räume, in denen Asylsuchende Schutz finden, nicht betreten. Die Kirchen werden nach Schotts Worten die Behörden bereits im Vorfeld eines Kirchenasyls unterrichten. Außerdem werden sie bei rechtlichen, sozialen und humanitären Problemlagen ausländerrechtliche Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Kirchen hätten deutlich gemacht, dass sie mit dem Kirchenasyl keineswegs geltendes Recht untergraben wollten. Vielmehr ziele das Asyl auf die erneute rechtliche Prüfung eines Falles. Immerhin sei in 75 Prozent aller Fälle von Kirchenasyl den Betroffenen das Aufenthaltsrecht zuerkannt worden. *(SZ, 31.8., ISKU)*

Quellen:

IFNK	**Initiative "Freiheit für Nuriye Kesbir"**
ÖP	**Özgür Politika**
TDN	**Turkish Daily News**
SZ	**Saarbrücker Zeitung**
DIHA	**Dicle Nachrichten-agentur**
br =	**www.basicrights.de**

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 71
13. September 2002





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Wer sich gegenüber den Frauen verschliesst, kann niemals demokratisch werden

Anstatt dass die weiblichen Parlamentsabgeordneten Frauenbewusstsein ins Parlament tragen, werden vielmehr Frauen in Mechanismen aufgenommen, die einen patriarchalen Charakter tragen und eine dementsprechende Politik betreiben.

Für Özgür Politika sprach die Journalistin Meral Akyol mit Frau Fatma Kurtalan, der Vorsitzenden der Frauenkomission der HADEP, die sich im Rahmen eines demokratischen Blockes unter dem Namen DEHAP an den Wahlen beteiligen wird.

In der Türkei ist der Anteil von Frauen, die in der Politik ihren Platz einnehmen, sehr gering. Zudem vertreten diejenigen, die in der Politik bislang existent waren, nicht das Wesen der Frau. Womit steht dies im Zusammenhang?
Fatma Kurtalan: Wir denken, dass dies die eigentliche Quelle der Probleme der Türkei ist. Das heisst, dass die Türkei derzeit so intensive Schmerzen bei der Demokratisierung erlebt, antidemokratische Methoden und einen Geist der harten Unterdrückung trägt, weil sie ihr Parlament und ihre Strukturen den Frauen verschlossen hat. Die Türkei hat sowieso ein hartes System; das politische Spektrum dreht sich um eine schmutzige Politik und Kriegsprofite. Eine solche Logik ist Frauen gegenüber natürlich verschlossen; Tatsachen, die nicht im Einklang mit der geistigen Einstellung und dem Wesen der Frau stehen, beabsichtigen auch nicht, Frauen in diese Kreise aufzunehmen. Auch wenn es so aussieht, als würde es einige wenige Frauenvertreterinnen im türkischen Parlament geben, so kann jedoch nicht davon gesprochen werden, dass diese Frauen dort den Willen von Frauen zum Ausdruck bringen. Anstatt dass die weiblichen Parlamentsabgeordneten Frauenbewusstsein ins Parlament tragen, werden Frauen in Mechanismen aufgenommen, die einen patriarchalen Charakter tragen und eine dementsprechende Politik betreiben. Wie das Beispiel von Tansu Ciller zeigt. Natürlich gibt es auch einige Ausnahmen. Aber wenn wir uns den Kern der Wahlpropaganda und der Frauenpolitik der politischen Parteien ansehen, so finden wir nichts, was Frauen wirklich betreffen würde. Die Gründe hierfür sind, dass Frauen diesbezüglich keine starke Organisierung anstreben, sowie die Hindernisse, die durch die Charakteristika der Männerherrschaft, d.h. durch den harten, unterdrückerischen Geist geschaffen wurden.

Warum hat das herrschende System Ciller als eine Frau so sehr in den Vordergrund gerückt? Kann davon gesprochen werden, dass hier die Identität der Frau missbraucht wurde?
F. K.: Als Ciller ihren Höhepunkt erreichte, befand sich die Türkei in einer anderen Phase: Es war die Zeit der schmutzigen Politik, in der sich die Rechtsverletzungen extrem zuspitzten und sich grosse menschliche Dramen abspielten. Deshalb sollte sowohl für die Weltöffentlichkeit als auch für die Öffentlichkeit im Inneren das "weiche Image" einer Frau gezeigt werden. In der Person Cillers wurde die Identität von Frauen als ein Ausstellungsobjekt benutzt. Leider hat Ciller darauf bis heute nicht verzichtet. Vor kurzem machte sie einen Ausspruch, der in der ganzen Öffentlichkeit bekannt wurde: "Ich bin eine Mutter, ich muss an unsere Kinder denken. Bei einem Krieg gegen den Irak möchte ich Ministerpräsidentin sein." Das Umfeld, das seine Hoffnung auf Kriege und Gefechte setzt, gruppiert sich weiterhin um Ciller.

Sehen Sie einen globalen Zusammenhang zwischen antidemokratischen Massnahmen, den bis zum heutigen Tag andauernden Kriegen und der Tatsache, dass Frauen nicht an der Macht bereiöigt sind?
F. K.: Wenn wir uns die Systeme in der Welt ansehen, so sehen wir, dass Frauen unzureichend in Machtpositionen vertreten sind und die Welt von Männern regiert wird; zugleich sehen wir auf welche Weise sie regieren. Wir haben Zeiten der Ungerechtigkeit und des Krieges erlebt, und es ist immer noch so. Deshalb sehen wir, dass der herrschende patriarchale Charakter die Welt nicht gerecht regiert, im Gegenteil erleben wir ein Klima, in dem sich die Rechtlosigkeit tagtäglich verschärft. Es ist möglich, dies in einen direkten Zusammenhang mit dem Ausschluss von Frauen zu setzen. In der Türkei ist das der Fall. Die Logik und der Geist sind einer Veränderung gegenüber total verschlossen. Sie nehmen keine Frauen auf; die Frau hat hier keinen eigenen Willen. Wir können zu keiner Einrichtung, die sich dem Willen von Frauen verschliesst, sagen, dass sie "demokratisch" sei. In diesem Sinne ist einer der eigentlichen Gründe für die langen, traurigen Jahre, die die Türkei erlebte, die Verschlossenheit gegenüber dem Wesen und dem Geiste der Frau.

Ihre Partei vertritt die Einstellung, den Willen von Frauen in die Politik und an die Macht zu tragen. Wie ist bislang das Interesse von Frauen für die Kandidatur zu den Parlamentswahlen?
F. K.: Es gab sehr viele Anträge. Aber erst als wir die Frauen dazu ermutigt haben, zuvor haben sie sich etwas davor gescheut, auf eigene Initiative hin ihre Anträge einzureichen. Um die 200 Frauen haben sich für die Kandidatur zu den Abgeordnetenwahlen beworben. Wir werden sicherlich eine Frauenquote von 35% verwirklichen.

Haben die anderen politischen Parteien Quoten bezüglich eines Frauenanteils?
F. K.: Bislang haben Parteien, die wir als links-demokratisch bezeichnen können, in einem gewissen Masse Frauenquoten eingeführt. Bei diesen Parteien liegt der höchste Prozentsatz bei 33%. Somit ist unsere Frauenquote von 35% die höchste in der Türkei. Bei den rechten Parteien hingegen gibt es überhaupt keine. In der Partei von Ciller, die von sich behauptet "Ich bin eine Frau", liegt die Frauenquote bei 10%. Bei der MHP, der AKP und der ANAP existiert keine Frauenquote.
Wir sehen uns Frauen als eine Alternative zu der undemokratischen Regierung. Es ist unser Ziel, im höchsten Gremium der Türkei unsere Kraft für die schrittweise Demokratisierung unseres Landes aktiv einzusetzen. Wenn sich das nur grob als die Entsendung einer gewissen Anzahl von Frauen vorgestellt wird, so ist das ein Irrtum. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mit dem Einzug von Frauen ins Parlament eine demokratische Regierung und ein demokratisches Leben zu verwirklichen. Im Rahmen dieser wichtigen Bedeutung werden wir uns neu positionieren. Diese Wahlen tragen für uns Frauen eine lebenswichtige Bedeutung und beinhalten zugleich wichtige Chancen.

(ÖP, 9.9., ISKU)

Meldungen

Aufruf zu Linker Einheit durch Birdal

Der Vorsitzende der Sozialistisch Demokratischen Partei (SDP), Akin Birdal, hat alle linken Kräfte dazu aufgerufen, sich zum 3. November für die vorgezogenen Wahlen unter einem Dach zu vereinen, um die Türkei zu demokratisieren und lebenswert zu machen. Er erklärte bei der Vorstandsversammlung in der 78'er Stiftung in Istanbul. "... Unser Ziel ist, durch die größtmögliche Einheit der linken Kräfte, ein unabhängiges Leben des türkischen und kurdischen Volkes. Das Wahlbündnis unter dem Dach der DEHAP hat das selbe Ziel." und: "Eine breite Einheit der sich bemühenden Kräfte ist notwendig. Wir versuchen eine Politik gegen die Politik des IWF und die Kriegsdrohungen zu gestalten. Für die Gesellschaft müssen alle auf dieser Linie ihren Platz einnehmen. Um die Türkei zu demokratisieren und lebenswert zu machen, ist es notwendig, dass alle linken Kräfte unter einem Dach zur Wahl antreten."

(DIHA, 8.9., ISKU)

Fahrzeuge beschlagnahmt

Die HADEP in Sirnak erläuterte in einer schriftlichen Erklärung, dass der Gendarmeriekommandant alle Fahrzeuge im Dorf Bafê beschlagnahmt hat. Begründet wurde dies damit, dass die HADEP die meisten Stimmen im Dorf bekommen wird. Den Bewohnern wird damit gedroht, dass wenn Stimmen im Dorf für die HADEP abgegeben werden, alle Ein- und Ausreisen aus dem Dorf verboten werden und auch die Tiere das Dorf nicht mehr verlassen dürfen.

(DIHA, 8.9., ISKU)

KESK verurteilt Festnahmen

Der Sprecher der KESK Mersin und Vorsitzende der Egitim-Sen Mersin hat die Festnahmen von KESK Mitgliedern im Anschluß an die erfolglosen Tarifverhandlungen verurteilt.
In einer Presseerklärung im Gewerkschaftsgebäude betonte er, dass sie sich nicht durch die Festnahmen der KESK Mitglieder im Anschluß an einen Streik einschüchtern lassen. Yildiz sagte, "...das die politische Macht ihre erfolglose Politik strikt weiterführen. Sie verhandelt mit uns und tun doch, was sie wollen. Unsere Aktionen werden weitergehen."

(DIHA, 9.9., ISKU)

Embargo auch ohne Ausnahmezustand

Das Lebensmittelembargo wird weiterhin in Hakkari, wo der Ausnahmezustand aufgehoben wurde, verhängt. In 20 Dörfern, die zu Yüksekova gehören, müssen für das Einführen von Lebensmittelvorräten Genehmigungen eingeholt werden.
In Yüksekova wurde um das Gebiet Daglica, zu dem u.a. Kamisli, Daglica (Oramar), Yesiltas (Stazin), Tuglu (Hacyan), Köskönü (Pêspesrê), Gürkavak (Sahkulu) und Bostancik (Gulort) gehören, ein Lebensmittelembargo verhängt. Für die Dorfbewohner ist es immer mehr eine Qual, Lebensmittel zu besorgen. Die militärischen und zivilen Verantwortlichen geben als Vorwand an, dass diese an die KADEK geleitet würden. Diese während des bewaffneten Konfliktes eingeführte Methode, wird trotz der Aufhebung des Ausnahmezustandes weiterbetrieben.

Was, wenn keine Genehmigung...?
Dorfbewohner von Kamisli können nur nach einer beschwerlichen Auseinandersetzung in Yüksekova, wo sie Lebensmittel einkaufen, in ihr Dorf zurückkehren. Denn bevor sie die Lebensmittel ins Dorf mitnehmen können, müssen sie zunächst in Yüksekova beim Landrat einen Antrag stellen. Wenn sie die Genehmigung erhalten, werden sie an die Gendarmeriestation des Landkreises weitergeleitet. Doch auch die hier eingeholte Genehmigung löst ihre Probleme nicht. Sie müssen an der Kontrollstation auf dem Weg zu ihrem Dorf auch eine Genehmigung von der dortigen Gendarmerie Kamisli erhalten. Die Genehmigungen des Landrates und der Gendarmeriestation des Landkreises reichen für das Einführen der Lebensmittel ins Dorf nicht aus. Falls sie an der Kontrollstelle keine Genehmigung erhalten, müssen sie mit leeren Händen ins Dorf zurück.

Bestätigung des Landrats
Die Zuständigen im Landrat erklären dieses Vorgehen mit dem "Schutz des Bürgers". Der Beamte des Sekretariates, Müjgan Özcan, bringt zum Ausdruck, dass das Wohngebiet "Terrorgebiet" ist und hält das Vorgehen für normal. Die Hälfte der Vorräte gingen an die KADEK, unterstrich Özcan und behauptet, "Sie überreden unsere Bürger und später wollen sie dann Waffen und andere Vorräte." *(DIHA, 10.9., ISKU)*

Seit 2 Monaten ohne Besuch
Die im Aydin Gefängnis verurteilten KADEK'ler erklärten, dass sie aus Protest gegen die Schikanen gegen ihre sie besuchenden Familien seit zwei Monaten keine Besuche empfangen haben.
Die Angehörigen der Gefangenen erklärten, dass sie seit zwei Monaten ihre Verwandten nicht sehen konnten. Sie erläuterten, dass es 15 Besuchskabinen gibt, deren Nutzung vorgeschrieben wird. Außer in den vorgeschriebenen Kabinen ist ein Besuch verboten und es darf nur ein Verwandter hinein. Sie können noch nicht mal die Menschen begrüßen, die mit ihren Kindern seit Jahren am gleichen Ort sind und die die gleichen Schmerzen erleiden wie sie. Im Aydin Gefängnis, in dem 97 Inhaftierte der KADEK sind, sind die Bauarbeiten an den Zellen fast abgeschlossen.
(DIHA, 8.9., ISKU)

DSP führt Wahlkampf mit Versprechungen an KurdInnen - erfolglos

Ecevit mit Protesten in Van empfangen

Ministerpräsident Ecevit, der nach Van gereist ist, um die zum Landkreis Özalp gehörenden Dörfer Dönerdere und Dorukay zu besuchen, hat im Rahmen seines Programmes auf dem Maras Caddesi Platz eine Rede gehalten. Ecevit, der ca. 1 Stunde später als erwartet ankam, wurde von der DSP aus den Provinzen Van, Hakkari, Erzurum, Mus und Bitlis empfangen. An der Kundgebung, an der ca. 2000 Menschen teilnahmen, fielen vor allem die Transparente mit den Schriften "Warum zahlen Sie nicht die Agrarsubventionen der Landkreise Gürpinar-Çatak?" und "Die Fakultäten Naturwissenschaften und Literaturwissenschaften hängen am Galgen!".
Ecevit, der auf ein Fahrzeug der DSP gestiegen war und die Bevölkerung begrüßte, kam auf Grund von Buh-Rufen längere Zeit nicht dazu, seine Rede zu beginnen. Als die Proteste andauerten, mischten sich Zivilpolizisten unter die Menge und entfernten dort eine Person vom Platz.
Ecevit, der seine Rede damit begann, daran zu erinnern, dass der Ausnahmezustand, außer in Diyarbakir und Sirnak, überall aufgehoben worden ist, machte darauf aufmerksam, dass die Dorfbewohner aufgrund der beruhigten Verhältnisse wieder in ihre Dörfer zurückkehren können. Ecevit sagte weiter, dass in Van mit dem Bau der neuen Dörfer begonnen worden sei und fügte hinzu "Der Staat hat nicht die Kraft, alles auf einmal zu richten". Nach diesen Worten rief die Bevölkerung "Lüge", wobei die Vertreter der DSP versuchten, dies durch Beifall zu unterdrücken. Aufgrund des Protestes der jungen Menschen sagte Ecevit: "In einer Ecke dieses Platzes gibt es Jugendliche, die negativ gegen mich rufen und das sind unsere Jugendlichen."
Er erinnerte außerdem daran, dass während sie in der Regierung waren, die Verhaftungszeit verkürzt und die Todesstrafe abgeschafft worden ist und das"außerdem das Erlernen der Muttersprache durch Sonderunterricht ermöglicht wurde. Der Sonderunterricht für unsere kurdischen Geschwister wird sichergestellt werden." Auch der nationale Bildungsminister Necdet Tekin stellte in seiner anschliessenden kurzen Rede klar, dass sie den kurdischen Sprachunterricht ermöglicht hätten und sagte des weiteren, "innerhalb kürzester Zeit werdet ihr in eurer Muttersprache geschult werden können."
(DIHA, 8.9., ISKU)

98.Opfer bei Todesfasten
Istanbul - Hamide Öztürk, die sich am Todesfasten aus Protest gegen die F-Typ Gefängnisse beteiligt und zuletzt den Streik im Bayrampasa Staatskrankenhaus, indem sie unter Zwang behandelt werden sollte, weitergeführt hatte, ist verstorben. Somit ist die Zahl der Opfer unter den Todesfastenden auf 98 gestiegen.
(DIHA, 10.9., ISKU)

Filmtip:
Der Staudamm-Skandal
Ein gigantisches Staudamm-Projekt in der Türkei - unterstützt durch eine Hermes-Bürgschaft der Bundesrepublik und andere europäische Geldgeber - vereint Kirchen, Umweltschützer, Archäologen und Kunsthistoriker im Protest. Ein Film von Michael Enger
Sonntag, 15. September 2002, 16:30 Uhr, Wiederholung Freitag, 20. September 2002, 11:30 Uhr und Freitag, 04. Oktober 2002, 13:30 Uhr

Amnestie für folternde Polizisten

Drei Polizisten, denen vorgeworfen wird, dass sie in Adana Cevahir Temel in ihrem Haus gefoltert haben, sind aufgrund des "Gesetzes über bedingte Freilassung" freigesprochen worden. An der 3. Strafgerichtskammer wurde heute unter Anwesenheit des Opfers Cevahir Temel und ihres Verteidigers Mustafa Cinkilic die Verhandlung gegen die drei Polizeibeamten Sami Çelik, Osman Soyuer und Murat Esertürk geführt, die nicht anwesend waren. Vom Gericht wurde erklärt, dass die Anschuldigung der Folter gegen die Beamten, die noch im Dienst sind, unter die Regelung 4616 des"Gesetzes über bedingte Freilassung" fallen würde und das Verfahren als beendet erklärt.
Temels Anwalt, Cinkilic gab später an, dass der Vorfall beim Europäischen Menschenrechtshof anhängig sei und dass "...die vom Gericht gefällte Entscheidung zeigt, dass gefoltert wird. Wir warten auf die Entscheidung des Europäischen Menschenrechtshofs."
Cevahir Temel hatte Anzeige erstattet, nachdem sie 1995 in ihrer Wohnung in der Karasu Mahallesi in Adana von Anti-Terror-Einheiten der Adanaer Polizei gefoltert und glattgeschoren worden war.
(DIHA, 9.9., ISKU)

Quellen:

ÖP		Özgür Politika
DIHA		Dicle Nachrichten-agentur
br	=	www.basicrights.de

KARAWANE Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Die Karawane macht in der kommenden Woche an folgenden Orten Station:
16.9. **Neubrandenburg**, 17.9. **Berlin** 15 Uhr Begrüßung der KARAWANE 19.00 Veranstaltung, Ausstellung, Infostände in der TU Berlin-Charlottenburg,
18.9. **Berlin** 19 Uhr Filme zum antirassistischen Widerstand im KATO
19.9. **Berlin** 19 Uhr Diskussion "Zuwanderungsgesetz"
20.9. **Berlin** 20 Uhr Kundgebung mit Videos am Kottbusser Tor
21.9. **Berlin** Bundesweit organisierte Demonstration Adenauerplatz und Kundgebung Breitscheidplatz *(br)*

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 72
20. September 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

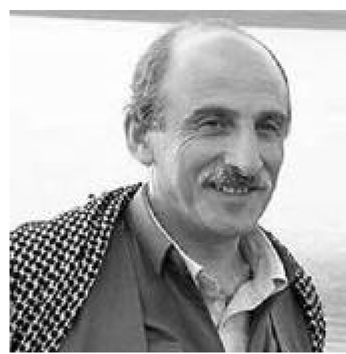
wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK -Präsidialratsmitglied Duran Kalkan zur DEHAP

"Der Block ist eine Bewegung der Geschwisterlichkeit"

KADEK - Präsidialratsmitglied Duran Kalkan erklärte, dass sich der Block der Arbeit, Frieden und Demokratie in der Tradition von Deniz Gezmis und Mahir Cayan und in der Linie der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung vereinigt hat. Kalkan, der vorgestern telefonisch am Programm "Acilim" des Senders Medya TV teilgenommen hatte, bewertete den Demokratie Block und die aktuellen Geschehnisse. Kalkan sagte, dass sie den Block der Demokratie und Arbeit nicht nur als einen Wahlblock betrachten, sondern dass sie ihn auch als den Beginn einer freiheitlichen und demokratischen Bewegung betrachten. Gleichzeitig bringt der Block auch die zerrüttete Linke wieder zusammen, erwähnte Kalkan und fügte hinzu: "Zum bestehenden Zeitpunkt vertreten die Parteien, aus denen der Block besteht, eine wichtige Tradition. Somit sind zum größten Teil die Grundlinien der Linken in der Türkei in diesem Block vereint. Zur Zeit ist dieser als Wahlblock zustande gekommen, aber es sollte betrachtet werden als die Erschaffung des neuen Kerns einer demokratischen, freiheitlichen Bewegung und ein neuer Beginn. Wir verstehen diese nicht als eine vorübergehende Bewegung, sondern als eine bleibende, die sich verstärkt und eine neue Richtung einnimmt."

"Eine Einheit, die den Frieden sicherstellen kann"
Kalkan machte darauf aufmerksam, das die Linke, die die Einheit als Grundlage nimmt, eine neue Strategie einschlägt und rief Linke, Demokraten und Sozialisten dazu auf, den Block zu unterstützen. Kalkan, der die nicht in den Block eingetretenen Parteien dazu aufrief, in naher Zukunft ihren Platz dort einzunehmen, betonte, dass der Block auch außerhalb der politischen Parteien starke Allianzen eingegangen ist.
"Diese Bewegung ist eine Bewegung der Geschwisterlichkeit", sagte er und ergänzte, dass durch die Kräfte der Linken und Sozialisten, die auf der Seite der Arbeit, Frieden und Demokratie stehen, und verschiedenen Gesellschaften dieser stabile Kern zustande gekommen ist. Kalkan bezeichnete den Block als "eine wichtige Bewegung, einen Beginn. Der Block wird den Frieden sicherstellen," und führte des weiteren aus, dass "..nahezu alle Gewerkschaften, Vereine, alle demokratischen Institute und Institutionen diesen Block unterstützten." In diesem


Duran Kalkan

Sinne werden auch das breite Umfeld, Intellektuelle, Autoren, Künstler, alle, die für Entwicklun und Bewusstsein stehen, den Block unterstützen. Denn die Zukunft der Intellektuellen der Türkei liegt in der Gewinnung des Einflusses solch eines Blockes und in der Verfolgung der linken, demokratischen Linie der Türkei."

"Es darf keine Streitereien oder Hervorhebungen wegen der Kandidatenliste geben"
Kalkan machte darauf aufmerksam, dass die Lösung der ökonomischen und politischen Probleme der Türkei von der linken Einheit und deren Arbeit abhängt und betonte auch, dass es keine Streitereien und Hervorhebungen wegen der Kandidatenlisten geben darf. Des weiteren ergänzte er, dass, wenn der Block in allen Ebenen aktiv ist, eine einflussreiche Gruppe in das Parlament einziehen wird.

"Die Türkei muss die linke - demokratische Linie einschlagen"
Kalkan erklärte, dass zur Wahl zwei Kräfte antreten, "die sich aufteilen zum einen in den linken - demokratischen Block und zum anderen in die derzeitige Macht bzw. den Erweiterungen der Oligarchie, die an anderer Stelle bisher eingesetzt wurden" und ergänzte: "Die Liberaldemokratie hat getan, was sie tun konnte. Der islamische Strom konnte keine demokratische Linie finden. Islamisten und Liberale werden von hier ab der Türkei nicht mehr viel bieten können. Das die MHP sich so stark entzürnt hat, rührt da her. Und in der letzten Periode hatten sie noch eine Rolle gespielt, und können daher den Rückschritt nicht verkraften. Aber sie müssen dies akzeptieren, zur Zeit werden sie sogar zum Rücktritt gedrängt. Von nun an muss die Türkei die linksdemokratische Richtung einschlagen."

"Die Durchführung der Wahl ist für die Türkei von Vorteil"
KADEK - Präsidialratsmitglied Duran Kalkan hat auch die Bemühungen um eine Verzögerung der Wahlen oder die Versuche einer Senkung der 10%-Hürde bewertet. Die Türkei durchläuft zur Zeit eine schwierige Wahlzeit, sagte Kalkan und: "Die Türkei ist zur Zeit unentschlossen und ist auch nicht in der Lage, einen Entschluss zu fassen oder eine Richtung zu bestimmen. Wenn sie diese hätte bestimmen können, hätte sie auch nicht das Bedürfnis nach dieser Wahl gehabt. Aber noch nicht einmal darin ist sie entschlossen. Eigentlich hat der Staat den Entschluss gefasst. Diesen Eindruck haben wir. Denn es ist unmöglich, dass die Türkei auf dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Gebiet vorankommt, ohne eine Richtung bestimmen zu können. Sie ist an ihrem Schlusspunkt angekommen." Mehrere Parteien werden bei der Wahl verlieren, es gibt die Gefahr, dass sie wegen der 10%-Hürde nicht dem System beitreten können, was dazu führt, dass die Durchführung der Wahl gefährdet ist. Kalkan weiter: "Das zuletzt erwähnte liegt auch an dem Zustand der Parteien. Ich meine die Unentschlossenheit der SP, ANAP, YTP und DSP. Eigentlich ist auch die Situation der MHP und DYP kritisch. Zwar werden zur Zeit die AKP und CHP vorgeschoben, aber in Wirklichkeit ist auch ihr Spiel unsicher. Bei den Parteien macht sich eine große Unentschlossenheit breit. Und aus diesem Grund bringen sie die Hürde und eine Verschiebung der Wahl an die Tagesordnung. Aber die Wahlen werden nicht verschoben. Wir sind sicher, dass eine Verschiebung der Wahlen eine Verschlechterung der Ergebnisse zu Tage bringen wird. Niemand sollte versuchen, die Realität der feststeckenden Türkei noch weiter zu verschlimmern. Aus diesem Grund sagen wir, dass die Wahl für die Türkei von Vorteil ist."
(ÖP, 17.9., ISKU)

Meldungen

Freilassung für Newroz-Verhaftete
169 Personen, die beim Newroz 2002 in Mersin festgenommen worden sind und seit 6 Monaten inhaftiert waren, sind nach dem Gerichtstermin am 13. September freigelassen worden.
Hamza Yilmaz, einer der Verteidiger der Angeklagten, machte darauf aufmerksam, dass 20 Angeklagte des Verfahrens ohne Haftbefehl festgehalten wurden und das diese nur "durch die Willkür des Staatsanwaltes verhaftet worden sind". Yilmaz teilte mit, dass sie ein Verfahren wegen der ungerechtfertigten Verhaftungszeit eröffnen werden.
(ÖP, 14.9., ISKU)

Wahlhindernisse gegen HADEP
Die Behinderungen der HADEP, die unter der DEHAP an den Wahlen teilnehmen wird, haben sich vermehrt.
Metin Yalcin, Vorsitzender des Jugendverbandes der HADEP in Avcilar (Istanbul), ist mit 10 weiteren Personen wegen Angeblicher Manipulation von Wählerstimmen festgenommen worden. Täglich werden neue Methoden entwickelt, um die HADEP zu behindern. Dieses Mal wurde ihr bei einer Polizeirazzia der Anti-Terror- Einheiten vorgeworfen, Kurden gefälschte Wahlunterlagen ausgestellt zu haben.
(ÖP, 14.9., ISKU)

USA beschenken die Türkei
Die USA haben der Türkei wegen ihrer Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus 200 Millionen Dollar (208 Mio Euro) geschenkt. *(FR, 18.9., ISKU)*

Brotpreise in Istanbul erhöht
Nach langen Diskussionen wurde das 250 g Brot ab Sonntag zum Preis von 250.000 TL verkauft. Dies entspricht einer Preiserhöhung um 25 %. *(IP, 8.9., ISKU)*

Riza Koç ist in Mus verschwunden
Seit vier Tagen gibt es keine Verbindung mehr zu Riza Koç, der in Mus in der Tekel Mahallesi wohnt.
Sein Freund Osman Koç hat ausgesagt, dass kurze Zeit nachdem er sich von Riza Koç getrennt hatte, ihn ein weißer Wagen der Marke Sahin mit hoher Geschwindigkeit überholt hat und hinter Riza Koç hergefahren ist. Obwohl seine Ehefrau und Familie sich nach diesem Vorfall an die Sicherheitspolizei gewandt haben, haben sie bisher noch kei-

Keine Sicherheitsgarantie für kurdische Flüchtlinge im Nordirak

Am 13. September erreichte eine sechsköpfige Frauen-Delegation der International Free Women`s Foundation (IFWF) das Flüchtlingskamp Maxmur (ca. 100 km von Mossul entfernt) im Nordirak. Das Ziel der Delegation war die Durchführung einer Untersuchung zur psycho-sozialen Situation der im Kamp lebenden Frauen und Kinder, um eine langfristige Unterstützung für das von den Flüchtlingsfrauen in Eigeninitiative errichtete Frauenzentrum zu ermöglichen. Mit Alphabetsierungs-kursen und Bildungsangeboten, dem Aufbau einer Krankenstation für Frauen und der Betreuung von kriegstraumatisierten Frauen und Kindern bemüht sich das Frauenzentrum um eine Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinsfrauen und -mädchen. Um diese Initiative zu unterstützen, übergab die Delegation dem Vorstand des Frauenzentrums Sach- und Geldspenden, die im Rahmen einer Hilfskampagne der IFWF gesammelt wurden.
Im Flüchtlingslager leben heute ca. 10.000 kurdische Flüchtlinge. Sie waren seit der Zerstörung ihrer Dörfer im türkisch-irakischen Grenzgebiet durch das türkische Militär vor 10 Jahren aufgrund von erneuten Angriffen wiederholt zur Flucht gezwungen worden. Insbesondere angesichts der aktuellen Kriegsdrohungen der USA gegen den Irak sind die Flüchtlinge in grosser Besorgnis. Obwohl das 1998 bei der Kleinstadt Maxmur errichtete Flüchtlingskamp derzeit unter dem Schutz des UNHCR steht, äusserten die Flüchtlinge ernsthafte Befürchtungen für den Fall eines erneuten Krieges. Es bestünde keine Sicherheitsgarantie, sagten sie. Bei vorangegangen militärischen Operationen der türkischen Armee im nordirakischen Gebiet, wie beispielsweise in den Jahren 1995/96, hatte sich der UNHCR zurückgezogen. Die Flüchtlinge waren jenseits der Aufmerksamkeit internationaler Beobachter schutzlos Übergriffen und Blokarden ausgesetzt; mehr als 40 Kleinkinder starben in einem über 3 Monate andauernden Lebensmittelembargo an Unterernährung.
In den Gesprächen mit den Delegationsteilnehmerinnen betonten die Flüchtlinge ihren Wunsch nach einer Rückkehr in ihre Heimatdörfer, jedoch bestünde unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Türkei noch keine Garantie für eine sichere Rückkehr.
"Als kurdische Mütter, die wir seit Jahren als Flüchtlinge in unserem eigenen Land leben, wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Vergessen Sie uns nicht, zeigen Sie mit Ihrer Unterstützung, dass Sie uns nicht vergessen haben. Lasst uns gemeinsam für Frieden und Freiheit arbeiten. Dies ist kein Aufruf zum Mitleid, sondern ein Aufruf zu humanitärer Unterstützung und Solidarität." *(IFWF, 18.9., ISKU)*

Aufruf zur Wahlbeobachtung

In Erwartung der Demokratisierung des Landes. Im Zeichen der Verbindung mit Europa. In der Hoffnung auf die Erfüllung der "Kopenhagener Kriterien": der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der uneingeschränkten Anerkennung der Rechte der Minderheiten. In der Hoffnung auf dauernden Frieden und Gerechtigkeit für alle.
Um der staatlich geplanten Zwangsauflösung zu entgehen, hat unsere Partei sich entschlossen, mit den demokratischen Parteien Sozialistische Demokratische Partei (SDP, Akin Birdal als Vorsitzender), Partei der Arbeit (EMEP, Levent Tüzel als Vorsitzender) auf der Liste der Demokratische Volkspartei (DEHAP, Mehmet Abbasoglu als Vorsitzender) als Demokratie-, Freiheits- und Arbeitplattform bei den November-Wahlen aufzutreten.
Durch Einschränkung unserer demokratischen Rechte behindert und die faktischen Wahlbehinderungen der Vergangenheit vor Augen, stellen wir uns dennoch überzeugt unter schwierigen Bedingungen zur Wahl. Im klaren Bewusstsein der Tatsache, dass ohne uns und unsere Wählerinnen und Wähler die Demokratie in der Türkei niemals vollendet werden kann. Heute rufen wir die europäischen Institutionen dringend auf, Wahlbeobachter zu den Urnengängen in die Türkei zu entsenden.

Zuständig bei uns sind für die Wahlbeobachterdelegationen:
Faik Yagizay (spricht Kurdisch, Englisch und Türkisch):
0172 27 69 002
Güle Polat (spricht Deutsch und Türkisch): 0172 80 61 256
Diese Wahlen soll allein die Demokratie gewinnen. Mit uns!
Helfen Sie uns und unterstützen Sie unsere Forderung!
HADEP
EUROPAVERTRETUNG

Europaparlament für Rückkehr in Dörfer

Der Europarat hat einen Entschluss getroffen, der all denen wieder Hoffnung gibt, deren Dörfer in den kurdischen Gebieten verbrannt oder zerstört wurden. Aufgrund eines Berichts im Auftrag des Europaparlamentes ist einstimmig angenommen worden, dass die Entwicklungsbank des Europarates eingesetzt werden soll, um den Opfern der Flucht die Rückkehr zu ermöglichen.

Statt der Türkei hat sich das Europaparlament dem Problem der Rückkehr angenommen und am 12. September eine Versammlung dazu abgehalten. Anhand eines Berichts wurden die Einzelheiten untersucht und das Thema der Abwanderungen aufgenommen. Ergebnis der Versammlung ist, dass das Problem der Abwanderungen nicht mehr allein ein Problem der Türkei, sondern auch ein Problem Europas ist. Das führte dazu, dass beschlossen wurde, die Entwicklungsbank mit einzubeziehen. *(ÖP,15.9., ISKU)*

NATO-Delegation in Diyarbakir

Im Vorfeld des erwarteten Angriffes auf den Irak sind NATO-Militärexperten, nach Diyarbakir gekommen, um Militäranlagen und Flugplätze zu prüfen.

Die Delegation hat ihre Untersuchung bei der 2. Fliegerstaffel, auf den Flugplätzen des 7. Armeekorps beim Geschwader geführt. Die 37-köpfige militärische Delegation, unter denen sich Deutsche, Engländer und Amerikaner befinden, ist vergangenen Mittwoch mit einem Militärflugzeug vom Stützpunkt Incirlik in Adana gestartet und auf dem 2. Stützpunkt in Diyarbakir gelandet. Auf dem Stützpunkt fand gemeinsam mit hohen türkischen Militärs eine Versammlung statt, bei der der Delegation Informationen über den Stützpunkt mitgeteilt wurden.
Nach den Informationen begutachtete die Delegation den Stützpunkt mit anschließenden Informationen über die Situation des Flugplatzes und der Kapazitäten. Nachdem die Gruppe am Morgen mit zwei Kleinbussen die Stadt besucht hatte, wurde später im Armeegebäude zu Mittag gegessen.

Wie bekannt wurde, wird die Delegation nach den Untersuchungen in Diyarbakir nach Batman weiterreisen, wo sie den dortigen Flughafen und das Militärgelände begutachten wird. Später, nach den Prüfungen, wird über die Kontakte und Informationen Washington ein Bericht übergeben werden. *(DIHA, 12.9., ISKU)*

nerlei Ergebnis mitgeteilt bekommen. *(ÖP, 18.9., ISKU)*

Bürokratische Hürden zwecks Sprachverhinderung

Der türkische Erziehungsminister hat Regeln für Kurdischunterricht auf privater Basis erlassen. Diese sind offenbar dazu gedacht, Sprachkurse möglichst zu verhindern. Nur Kinder ab 12 Jahren dürfen Kurdisch lernen, und nur an schulfreien Tagen.
Es dürfen nur Lehrer unterrichten, die türkische Staatsbürger sind. Die Schüler müssen Absolventen der Primarschule und zwischen 12 und 18 Jahre alt sein. Sie dürfen Kurdischkurse nur an Wochenenden oder in den Schulferien besuchen. *(NZZ, 20.9., ISKU)*

Termine

Abschlussdemonstration der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen am 21.9. in Berlin.
Beginn ist um 12.30 Uhr am Adenauerplatz. *(br)*

Neuerscheinung

"Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage"
von Abdullah Öcalan
Neben dem Auszug "Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage" aus der Eingabe Abdullah Öcalans an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte-finden Sie im weiteren eine Analyse der gesamten Eingabe sowie das zugehörige komplette Inhaltsverzeichnis.
(142 Seiten) 5 Euro zuzugl. Porto
Kurdistan
Informations-Zentrum e.V.
Kaiser-Friedrich Str. 63
Postfach 12 11 22
10 605 Berlin

Quellen:

FR	Frankfurter Rundschau
ÖP	Özgür Politika
IP	Istanbul Post
IFWF	International Free Women`s Foundation
DIHA	Dicle Nachrichten-agentur
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
br	www.basicrights.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
Fax: 040 - 350 70 949
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 73
27. September 2002

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK bewertet aktuelle Situation für Nordkurdistan, die Türkei und Südkurdistan

KADEK ruft "Meder-Verteidigungsgebiet" aus

Der Präsidialrat des KADEK hat sich in der Zeit vom 8.-15. September versammelt und nach einer Bewertung der aktuellen Situation in der Region wichtige Beschlüsse für Nordkurdistan, die Türkei und Südkurdistan gefällt. Einer der am stärksten diskutierten Punkte unter dem Aspekt der aktuellen politischen Lage betraf Südkurdistan und den Irak. Der KADEK betont, dass die Demokratisierung die Einheit in Südkurdistan sicherstellen werde und die Kraft des Volkes sichtbar werden lasse. "Im Falle eines Angriffs [gegen Irak] werden die Vorbereitungen des kurdischen Volkes und die richtige Politik das Resultat positiv oder negativ beeinflussen. Aus diesem Grund ist es wichtig, eine gemeinsame nationale Politik festzulegen und eine nationale kurdische Einheit zu schaffen, um einem solchen Angriff entgegenzutreten. Es ist aussichtslos, dieser Phase mit Erfolg zu begegnen, wenn eine Partei oder ein Teil (Kurdistans) auf sich fixiert bleibt. Daher hält es unser Kongress für unumgänglich, dass alle Organisationen in Südkurdistan, einschließlich der PÇDK (Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan), sich mit ihrem demokratischen Willen an einer gemeinsamen Politik beteiligen, um ihre demokratischen Kräfte zu bündeln."

Der KADEK bezeichnet es als einen Irrtum, in dieser Phase nur die Vorteile eines einzelnen Teiles (Kurdistans) zu suchen, alle Teile müssten berücksichtigt werden. In der Erklärung des KADEK-Exekutivrates heißt es: "Das Programm sieht vor, dass die Kurden insbesondere durch ihre eigene Demokratisierung die Demokratisierung zu einer regionalen Realität entwickeln. Aus kurdischer Sicht sind die Bedingungen, die entstehenden Chancen zu eigenem Nutzen zu werten, heute mehr denn je gegeben. Denn die Kurden haben es durch ihre demokratischen Revolution, auch wenn einige Teile schwächer entwickelt sind, geschafft, eine Kraft zu werden. Das politische Erbe, auf das sich auch unser Kongress bezieht, der Kampf, den er in der Vergangenheit und Gegenwart führt, bieten große Möglichkeiten für die Kurden in allen Teilen Kurdistans. Im Falle einer gemeinsamen Politik wird jede mögliche Entwicklung in Südkurdistan zugunsten der Kurden ausfallen. Unser Vorstand hat beschlossen, für die Demokratisierung des Iraks und für die Befreiung Kurdistans auch in Zukunft an der Politik festzuhalten, die sich auf die nationale demokratische Linie stützt. Er sieht eine von den Kurden in Einheit und Demokratie geschaffene demokratische kurdische Föderation als einen wichtigen Schritt zum Erreichen dieses Ziels."

Der KADEK macht darauf aufmerksam, dass die Sackgasse, in der sich das irakische Regime heute befinde, entstanden sei, weil es die kurdische Frage nicht demokratisch gelöst habe. Der Irak und auch alle anderen Regimes, welche die kurdische Frage nicht durch Demokratisierung gelöst hätten, würden mit oder ohne Intervention gezwungen sein, die kurdische Frage demokratisch zu lösen.

Der KADEK erklärt weiter: "Unser Vorstand hat auch beschlossen, alle Länder der Region erneut aufzurufen, die kurdische Frage auf demokratischem Wege zu lösen, und erneut unterstrichen, dass er eine Konferenz für den Mittleren Osten und für die Kurden mit Beteiligung der Kurden und Länder der Region unterstützt."

"Der Krieg wird sich ausbreiten"

Der Präsidialrat des KADEK erinnert in seiner Erklärung daran, dass im Falle des Einmarsches der Türkei in den Süden und des Angriffs gegen die Volksverteidigungskräfte (HPG) der Krieg nicht auf Südkurdistan begrenzt bleiben, sondern sich auf die gesamte Türkei ausbreiten werde, und betont, dass eine der wichtigsten getroffenen Entscheidungen bei seiner Versammlung die Schaffung und Ausrufung des "Meder-Verteidigungsgebietes" [Umfasst die Gebiete Kandil, Bradost und Behdinan in Südkurdistan] sei. Das Ziel der Schaffung eines Verteidigungsgebietes sei es, im Falle eines Angriffs dieses Gebiet aus der Schusslinie herauszuhalten. Im Falle eines Angriffs auf dieses Gebiet würden sich die Verteidigungseinheiten diesem entgegenstellen, wird in der Erklärung des KADEK ausgeführt und weiter heißt es: "...dass bei einem eventuellen Angriff in der Region einige Kräfte, allen voran die Türkei, die Liquidation der HPG beabsichtigen könnten. Eine wichtigste Entscheidung ist die Schaffung und die Ausrufung des "Meder-Verteidigungsgebietes". Damit soll das Gebiet bei einem Angriff aus der Schusslinie genommen werden. Diese Verteidigungsgebiete und unsere HPG sind eine Verteidigungskraft der Freiheit und Demokratie im gesamten Kurdistan und in der Region. Ein eventueller Angriff ist ein Angriff gegen die Freiheit und die Demokratie unseres Volkes. Das "Meder-Verteidigungsgebiet" ist inklusive Südkurdistans das Demokratiegebiet unseres Volkes."

"Unterstützung für den linken, demokratischen Block"

Der Präsidialrat des KADEK teilt mit, dass er die Wahlen am 3. November als einen wichtigen Schritt der demokratischen Bewegung betrachte und die Wahlen eine entscheidende Rolle auf dem Weg der demokratischen Revolution spielten.

Der KADEK betont, dass die Parteien, die die Türkei in eine wirtschaftliche und politische Sackgasse geführt hätten, keine Antworten auf die gegenwärtigen Fragen haben könnten. Die Erwartungen des Volkes an die linken und demokratischen Kräfte seien umso größer. Da die angesammelten Fragen in der Türkei nur eine linke Allianz beantworten könne, habe der linke, demokratische Block eine historische Aufgabe übernommen, so der KADEK.

Auf der Versammlung wurde die Situation der Türkei in den letzten drei Jahren als Ausdruck der Politiklosigkeit bewertet und erklärt, dass die Entwicklungsmöglichkeiten der Türkei von den bezüglich der Kurdischen Frage unternommenen Schritten abhingen. In der Erklärung des KADEK heißt es weiter: "Die am 2. August verabschiedeten Anpassungsgesetze geben dem 40-jährigen Kampf der Revolutionäre Recht und bestrafen die oligarchischen Kräfte.

Der Präsidialrat des KADEK erklärt, dass er entschieden sei, sich nicht auf Kriegsrufe und Provokationen einzulassen Er ruft die liberalen, sozialdemokratischen und andere linke Kräfte auf, verantwortungsvoll für die Demokratisierung der Türkei zu handeln. Der KADEK rief auf seiner Versammlung das kurdische Volk und die Intellektuellen auf, ihre Möglichkeiten für den Erhalt der Rechte auf Identität, Sprache und Kultur im Iran und in Syrien zu nutzen. *(ÖP, 20.9., ISKU)*

Meldungen

Rot-gelb-grüne Werbetafel ist "Dorn im Auge"

Der Besitzer eines Bekleidungsgeschäftes in Varto/Mus, befestigte an seinem Geschäft eine Tafel mit dem Namen des Geschäfts mit rot-gelb-grünen geschriebenen Buchstaben. Der Bürgermeister, Mitglied der ANAP-Partei, schickte Beamte des Gewerbeamtes, um diese Tafel abnehmen zu lassen. Als die Beamten keine Berechtigung vorweisen konnten, lehnte Behçet Yilmaz, Geschäftsinhaber und gleichzeitig Vorsitzender des Jugendverbandes der HADEP Varto, dies ab. Daraufhin erschienen am nächsten abend die Beamten mit 30 Polizisten und entfernten die Werbetafel mit einem Bagger. *(ÖP, 19.9., ISKU)*

Gefangene wird nicht behandelt

In einer Erklärung, die für die KADEK-Gefangenen im E-Typ Gefängnis in Mus abgegeben wurde, wird erklärt, dass aufgrund der nicht durchgeführten notwendigen medizinischen Behandlung der Gefangenen sich deren Gesundheitslage verschlimmert. Dargestellt wird in der Erklärung die Lage der seit 9 Jahren inhaftierten Sabiha Sunar, die sich seit 1998 im Krankenhaus von Ankara wegen Verbrennungen 3.Grades in Behandlung befand und bei der neun Hauttransplantationen durchgeführt wurden. Ihre Wunden haben sich wieder geöffnet, da sie ins Gefängnis von Mus zurückverlegt wurde bevor die Behandlung zu Ende geführt war. In der Erklärung heisst es, dass Sunar des weiteren an Rheuma, Lungenentzündung und einer Entzündung der Harnwege leidet und die Forderung nach einer Behandlung in einer Klinik in Istanbul oder Ankara ohne Ergebnis geblieben ist. Die Gefangenen der KADEK erklären das die Situation von Sabiha Sunar ohne eine sofortige Behandlung im Krankenhaus lebensbedrohlich ist. *(ÖP, 21.9., ISKU)*

Gemeindevorsteher werden Wahl zum Protest nutzen

Die Gemeindevorsteher des in Van liegenden Landkreises Bahçesaray mit 1500 Einwohnern haben entschieden, als Konsequenz aus den nicht eingehaltenen Versprechen der Parteien bzgl. eines Straßenausbaus mit dem Urnengang am 3. November zu protestieren. Im Namen der Gemeindevorsteher erklärte der Gemeindevorstand des Dorfes : "Wir haben mit allen Gemeindevorstehern einen gemeinsamen Beschluss gefasst. Wir werden

Der Druck auf die kurdische Sprache hält an

Die türkische Menschenrechtsstiftung (TIHV) hat ihren "Menschenrechtsbericht Juli-August 2002" fertiggestellt. Der Bericht sagt aus, dass trotz des Rechts auf Bildung und Veröffentlichungen in kurdischer Sprache der Druck und die Behinderungen wegen des Gebrauchs der kurdischen Sprache weiter anhielten.

Im Bericht des TIHV werden Rechtsverletzungen Aufgrund der Benutzung der kurdische Sprache aufgezeigt. Hier einige Beispiele, die im Bericht dutzendfach auftauchen:

Nachdem der Inhaber des Büros "English Fast", nach Verkündung der EG-Anpassungsgesetze den ersten offiziellen Antrag für kurdischen Sprachunterricht eingereicht hatte, ist er von Zivilkräften beobachtet worden. Abdullah Yagan wurde vor das Nationale Sicherheitsgericht gebracht, weil er in seinem Kleinbus den Fahrgästen kurdische Musik vorspielte. Wegen "Unterstützung illegaler Organisationen" wurde er zu 3 Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Mehmet Nakas ist in Dogubeyazit wegen des Verkaufs kurdischer Musikkassetten festgenommen worden. Gegen die Mitglieder der Gruppe Asmin, die im Rahmen des 2. Kulturfestivals in Diyarbakir aufgetreten waren, ist ein Verfahren eröffnet worden.

Die HADEP-Mitglieder Abdullah Aktürk und Aydin Kök, die nach der Verabschiedung des Gesetzes über das Recht auf Bildung in kurdischer Sprache an die Bevölkerung in Nusaybin Blumen verteilt hatten, sind festgenommen worden.

Kurdische Namen weiterhin verboten

Gürsel Karabil, der in Izmir seinem Kind einen kurdischen Namen gegeben hatte, ist festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft in Kurtalan hat gegen 19 Familien, die ihren Kindern kurdische Namen gegeben haben, ein Verfahren eröffnet. In Van konnten zwei Familien den Namen Rojhat für ihre Kinder auf dem Standesamt nicht registrieren lassen.

Auch von anderen zivilen Organisationen werden Verbote der kurdischen Sprache erwähnt. Der Vorsitzende des IHD in Diyarbakir erklärt, dass Personen, die sich zur Registrierung ihrer neugeborenen Kinder zum Standesamt begeben, auf Hindernisse stoßen und mit dem Argument: "Kurdische Namensgebung ist verboten!" zurückgewiesen würden. "Keiner der Anträge dieser Bürger wurde angenommen." Er fügt hinzu, dass das Verbot der kurdischen Namen noch nicht einmal in den dunklen Zeiten des 12. Sept. (Anm.: 12.9.1980 Militärputsch in der Türkei) so streng gewesen sei.

Forderung nach Strafe für Gewerkschafter der Egitim-Sen

Für 5 Mitglieder von Egitim-Sen (Gewerkschaft für Bildung), die Einladungen auf kurdisch veröffentlicht hatten, wurde aufgrund des §8 des Anti-Terror-Gesetzes bis zu 3 Jahre Gefängnis verlangt. Als Beweise legte der Staatsanwalt des Sicherheitsgerichts die Einladungen, Bücher und Zeitschriften vor, die bei der Durchsuchung beschlagnahmt worden waren. Während der Staatsanwalt Haftstrafen von 1 bis 3 Jahren für die Angeklagten verlangte, stellte die Rechtsanwältin Ayla Akat einen Antrag auf Verhandlungsverlängerung, um für ihre Mandanten die Verteidigung vorbereiten zu können.

9 StudentInnen, die Anträge auf Kurdischunterricht an das Rektorat der Universität Cukurova gestellt hatten, wurden vom Sicherheitsgerichts von Adana aufgrund des Verfassungsartikels 169 freigesprochen.

Ausserdem wird im Bericht über die Verhaftungen insbesondere in den kurdischen Provinzen und die Brandschatzungen der Häuser in den Dörfern berichtet. Ferner wird aufgeführt, dass eine Bedingung für eine Rückkehr in die Dörfer Protokolle unterschrieben werden müssten mit der Aussagen "die PKK hat unser Dorf angezündet." Über Tote und Verletzten durch Minen in den Gebieten Hakkari, Bitlis und Sirnak wird berichtet.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf politische Parteien, Gewerkschaften, zivile Gesellschaftsorganisationen, Zeitungen und Zeitschriften Druck ausgeübt wird. Auf die Toten in Verbindung mit den Aktionen des Todesfastens wird ebenfalls hingewiesen.

Nach Angaben des Berichts haben ebenfalls die Vergehen der Dorfschützer zugenommen.

(ÖP, 19.9., ISKU)

Dorfbewohner als Schmuggler beschuldigt

Die Bewohner der Dörfer Beyaslan, Kapiköy und Çilik, im Landkreis Saray in der Provinz Van an der Grenze zu Iran, dürfen nur nach der Genehmigung der Gendamerie zur Arbeit auf ihre nahgelegenen Feldern.

Der Landrat des Kreises Saray, im Grenzgebiet zum Iran, hat unter dem Vorwand, Grenzschmuggel zu unterbinden, begonnen die Dorfbevölkerung zu schikanieren. Mit der Beschuldigung, dass Dorfbewohner, deren Felder im Grenzgebiet sind, am Schmuggel beteiligt sind, ist der Landrat aktiv geworden und hat Bewohnern der Dörfer Beyaslan, Kapiköy und Çilik, die für die Felder keine Grundbucheintragungen vorweisen können, den Zutritt zu diesem grenznahen Gelände untersagt.

Die Bewohner der betroffenen Dörfer teilen mit, dass sie durch dieses vor einem Monat begonnene Vorgehen in eine schwierige Lage geraten sind. M. Nesim Akin, Einwohner von Beyaslan, berichtet, dass sich auf dem genehmigungsbedürftigen Gelände sowohl registrierte als auch vor 20 Jahren angemietete Felder der Bewohner befinden und dass vor allem diejenigen, die dieses Gelände gepachtet haben, nicht mehr in die zur verbotenen erklärte Zone können. Die ehemalig 600 Meter lange "verbotene Grenzzone" sei nun auf eine 5 km Zone ausgeweitet worden.

Akin betont, dass nach der neuen Agrarpolitik diese Gelände für Anbau und Tierhaltung freigegeben werden müssen, aber dass es mit dem Vorgehen des Landrates im Widerspruch steht.

Landrat verteidigt Vorgehen

Ismail Ustaoglu, Landrat von Saray, erklärt die Entscheidung für dieses neue Vorgehen damit, dass einige Bauern, die dieses Gelände aufsuchen, sich dort mit anderen Dingen beschäftigen. Ustaoglu, der darauf aufmerksam macht, dass sie die Dorfbewohner, die ihnen die Grundbuchauszüge vorlegen zur Gendarmeriekommandantur des Landkreises schicken, wo ihnen eine "Identitätsbescheinigung" ausgestellt wird, und verteidigt dies mit den Worten: "Dieses Gelände ist Militärgebiet. Der Generalstab hat vorher einige Vorsichtsmaßnahmen festgelegt. Das Gebiet ist ein Problemgebiet, da dort verschiedene Arten von Schmuggel betrieben werden. Die Anschuldigung, wir würden keine Genehmigungen ausstellen ist nicht richtig. Denn nicht wir, sondern die Gendarmeriewache des Landkreises stellt diese aus. Wir begutachten nur die uns vorgelegten Grundbuchauszüge der Dorfbewohner und schicken diese zur Gendarmerie."

(ÖP, 24.9., ISKU)

Kurdistan Informations-Zentrum e.V.

Nachrichtenbulletin

Wahlen am 3. Oktober 2002 in der Türkei

Bis zu den Wahlen am 3. November gibt das Kurdistan Informations-Zentrum e.V. ein wöchentliches Nachrichtenbulletin speziell über die Entwicklungen und Repressionen im Zusammenhang mit den vorgezogenen Wahlen am 3. November 2002 heraus. Die erste Ausgabe ist in der letzten Woche erschienen und kann beim KIZ bestellt werden.

KIZ - Kurdistan Informations-Zentrum e.V.
Kaiser-Friedrich-Str. 63
10627 Berlin
Tel.: 030 - 327 640 23
Fax: 030 - 327 640 25
e-mail: kurdistanIZ@aol.com
oder als pdf - Dattei von der Internetseite: www.nadir.org/kiz

denen unsere Stimmen geben, die unsere Straßen bauen werden. Diejenigen, die uns nur leere Versprechungen geben, werden wir mit leeren Händen zurückschicken." Er ergänzte, dass sie sehr ärgerlich auf die Parteien seien, da diese versprochen hätten, die Straßen auszubauen, aber nichts in dieser Hinsicht unternommen hätten.

(DIHA, 20.9., ISKU)

Beschwerde gegen Gouverneure

In Dersim haben 196 Familien aus 31 Dörfern, denen die Rückkehr in ihre Dörfer vom Gouverneur Mustafa Erkal und von den Landräten der Orte Hozat und Ovacik nicht genehmigt wurde, Beschwerde wegen Unterlassung der Dienstpflicht eingereicht. Sie hätten mit der Ablehnung der Rückkehranträge, das Recht auf Besitz und Eigentum der Familien nicht respektiert.

Die Anwälte des Rechtsanwaltsbüros für Frieden hatten am 17. Mai 2001 im Namen von 164 Familien, die 1994 im Rahmen der "Terrorbekämpfung" aus ihren Dörfern vertrieben worden waren, beim Gouverneur einen Antrag auf Rückkehr in die Dörfer und auf Schadenersatz gestellt. Daraufhin wurde für die Dörfer Büyükköy in Ovacik und für Tasitli, Karaca und Derviscemal in Hozat die Rückkehr genehmigt, für die anderen Dörfer aber nicht.

(ÖP, 20.9., ISKU)

Er ist nicht zurückgekehrt

Seit drei Tagen gibt es von Adnan Aslan, der auf die Gendarmerie von Kocakaya, gerufen worden war, keine Nachricht mehr. Die Mutter von Aslan berichtet, dass ihr Sohn, nachdem am 13.September zwei zivile Personen sie zu Hause aufgesucht und gesagt haben, er würde auf der Wache verlangt, am 17.September dorthin gegangen sei und seitdem nicht zurückgekehrt sei. Auf der Wache habe sie keine Informationen erhalten. Sie hat bei der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Diyarbakir eine Vermisstenanzeige aufgegeben.

(ÖP, 21.9., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 74
4. Oktober 2002

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Bewegung in der Türkei - Brüssel vertagt erneut Entscheidung

Todesurteil gegen Abdullah Öcalan aufgehoben

Das türkische Staatssicherheitsgericht hat einer Agenturmeldung zufolge am Donnerstag formal das Todesurteil gegen den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aufgehoben.
Das Urteil sei in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt worden, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Anatolien. Im Rahmen der Bemühungen um einen Beitritt zur Europäischen Union hatte das Land im August die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. Die Umwandlung des Urteils ist zwar eine Formalität, besitzt in der Türkei jedoch hohe symbolische Bedeutung.
Öcalan war 1999 in Kenia entführt und in der Türkei wegen Hochverrats zum Tode verurteilt worden. Er sitzt seither auf der Gefängnisinsel Imrali in Einzelhaft.
Öcalan hat beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das Urteil geklagt. Dieser hat nach Informationen der prokurdischen Mesopotamischen Nachrichtenagentur (MHA) erneut die Entscheidung im Fall Öcalan vertagt. Demnach soll eine Entscheidung erst im Januar 2003 fallen. Ursprünglich war diese für Ende Oktober 2002 angesetzt.
Aus einer zuverlässigen Quelle beim Gerichtshof wird als Grund der Antrag der Türkei genannt, Verstöße gegen Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht weiter zu behandeln, weil die



Türkei glaube, dass sich mit der Abschaffung der Todesstrafe die Grundlage für die Zulassung der Beschwerde von Abdullah Öcalan geändert hätte.
Indes soll im weiteren Verlauf des Verfahrens die Stellungnahme der Anwälte Abdullah Öcalans eingeholt werden. Schon jetzt zeichnet sich deren ablehnende Haltung ab: Man denke nicht an eine Zustimmung. Die Todesstrafe sei immer noch nicht ohne Einschränkung aufgehoben. Weiterhin ist diese in Kriegszeiten gültig. So ist die politische Situation in der Türkei noch immer nicht geklärt. Der türkisch-kurdische Konflikt ist nach wie vor ungelöst, ein Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzung nicht gänzlich gebannt. Außerdem seien die schweren Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali dazu geeignet, Leib und Leben ihres Mandanten zu bedrohen. Deshalb dürfe dem Antrag der Türkei nicht entsprochen werden.
Unberührt von dem Antrag der Türkei bleiben alle übrigen zugelassen Beschwerdepunkte Abdullah Öcalans. (u.a. Art. 3, Verbot herabwürdigender Behandlung und Folter; Art.5, Recht auf Freiheit und Unversehrtheit der Person; Art.6, Recht auf eine fairen Prozess; Art. 8, Schutz der Privatsphäre; Art.9, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; Art. 10, Freiheit der Meinungsäußerung und Art. 13: Anspruch auf wirksame Rechtsmittel)

(II, Reuters, 1./3.10., ISKU)

PUK und KDP einigen sich auf Verfassungsentwurf für Südkurdistan

Die nordirakischen Kurdenparteien PUK und KDP haben sich auf den Entwurf einer Verfassung für eine »Irakische Föderative Republik« und für ihre autonomen kurdischen Gebiete geeinigt. Grundlage des Verfassungsentwurfs ist ein Papier, das der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), Massoud Barzani, bereits im Frühjahr diesen Jahres vorgelegt hatte. In der vergangenen Woche einigte sich nun ein Verhandlungskomitee von PUK und KDP. Danach soll es in einem künftigen Irak eine kurdische und eine arabische Region geben. Auch die Rechte »anderer ethnischer Gruppen und Minderheiten« im Irak sollen in einer neuen Verfassung berücksichtigt werden. Am Freitag will man in Erbil, der früher gemeinsamen Hauptstadt der autonomen Kurdenprovinzen im Nordirak, zusammenkommen und das kurdische Parlament über den Entwurf entscheiden lassen.
Bereits Anfang September unterzeichneten die beiden nordirakischen Kurdenparteien ein Friedensabkommen, an dem die USA seit 1998 gearbeitet hatten. Nun soll das Parlament neu gewählt werden. Bisher verfügt die KDP über 51 und die PUK über 49 Sitze. Weitere fünf Sitze waren den assyrischen Christen im Nordirak vorbehalten. Dem Abkommen zufolge soll der Vorsitz des Parlaments zwischen KDP und PUK alle drei Monate wechseln.
Der kurdische Verfassungsentwurf soll nach der Verabschiedung durch das kurdische Parlament auch Gruppen der irakischen Opposition im Ausland vorgelegt werden. Diese planen ebenfalls im Oktober ein Treffen, um einen eigenen Verfassungsentwurf für einen »neuen Irak« zu diskutieren.
Die kurdischen Bestrebungen im Nordirak werden aus Ankara mit deutlichen Drohungen beantwortet. Bereits jetzt sind mehrere tausend türkische Soldaten in den nordirakischen Kurdenprovinzen stationiert. In einem Interview mit der Londoner Financial Times betonte der türkische Außenminister Sükrü Sina Gurel zudem, Ankara werde im Falle eines Sturzes der irakischen Regierung in Bagdad durch eine Militärintervention die Entstehung eines kurdischen Staates im Norden des Irak »in keiner Weise dulden«. Das habe er auch dem US-Außenminister Colin Powell sowie dem amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney mitgeteilt. »Natürlich verstehen die Amerikaner unsere Position«, sagte Gurel. Auch der türkische Premierminister Bülent Ecevit warnte vor »ernsten Problemen« im Nachbarland. De facto entstehe bereits ein »kurdischer Staat« im Nordirak, sagte er. *(jW, 2.10., ISKU)*

Meldungen

Deutsche Firmen mit Aufträgen in einer Größenordnung von 250 Millionen Euroa am Bau der Bau-Ceyhan Pipeline beteiligt
In seiner Eröffnungsrede zum Textilmaschinen Symposium teilte der Wirtschaftsreferent der deutschen Botschaft Ankara, Dr. Görgens, mit, daß deutsche Firmen am Bau der neuen Pipeline, deren Grundstein auf türkischer Seite in dieser Woche gelegt wurde, mit einem Auftragsvolumen von 250 Millionen Euro beteiligt seien.
(IP, 25.9., ISKU)

Freisprüche für 32 Antragsteller auf kurdischen Wahlunterricht
32 Häftlinge des Hochsicherheitsgefängnisses Yozgat wurden durch den Spruch des 2. Staatssicherheitsgericht Ankara freigelassen. Die Anklage lautete auf "Unterstützung einer ungesetzlichen Organisation". Bereits in den vergangenen Monaten hatten auch Verwaltungsgerichte erteilte Disziplinarstrafen in diesem Zusammenhang aufgehoben. Im vergangenen Frühjahr hatte eine Antragskampagne zur Zulassung von Kurdisch als Wahlfach an öffentlichen Schulen und Universitäten zu heftigen Reaktionen in den Medien und Kriminalisierung geführt. Auch wenn es nun so aussieht, als würden Strafen aufgehoben und Anklagen abgewiesen, so haben die betroffenen schwere Einbußen erlitten. Manche verbrachten Monate in Untersuchungshaft, andere müssen ein Schuljahr oder Semester wiederholen, weil sie von ihrer Bildungseinrichtung verwiesen wurden.
(Radikal, 26.9., ISKU)

Europa-Rat verabschiedet Verwarnung für die Türkei
Die Parlamentarische Versammlung des Europa Rates hat einen Türkei-Bericht verabschiedet, in dem die Türkei aufgefordert wird, ihren Verpflichtungen aus 90 Schuldsprüchen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGM) nachzukommen. Neben einer positiven Stellungnahme zu den verabschiedeten Reformgesetzen, werden auch einzelne Urteile des EGM genannt, wie beispielsweise da berühmte Loizidou-Urteil. In diesem Fall war die Türkei wegen Verletzung des Eigentumsrecht gegenüber dem griechischen Zyprioten Titina Loizidou verurteilt worden, weil

HPG-Erklärung zu den “Meder Verteidigungsgebieten”

Keine Kampf- sondern eine Friedenszone

Der Kongreß für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK) hat eine Erklärung zu den geografischen Gebieten, die das „Meder Verteidigungsgebiet“ beinhaltet, und der Bedeutung und Wichtigkeit dieser Gebiete und deren Hauptpunkte abgegeben. Das Hauptquartier der HPG teilt in der Erklärung mit, dass die Volksverteidigungskräfte ihre positive Rolle in dieser Zeit der Entwicklung der Voraussetzungen für die Lösung der kurdischen Frage übernehmen wollen. Die HPG nennt in ihrer Erklärung folgende Hauptpunkte:

1-Die Meder Verteidigungsgebiete umfassen die Gebiete Kandil, Bradost und Behdinan, in der sich unsere Einheiten befinden. Sie werden im Falle jedes inneren oder äußeren Eingriffs ihre Rolle als Verteidigungs- und Entwicklungszentrum aller nationalen und demokratischen Rechte unseres Volkes wahrnehmen.

2-Während alle möglichen nationalen, demokratischen Aktivitäten in den Meder Verteidigungsgebieten, solange die HPG Kenntnis davon hat, frei sind, werden jede Angriffe auf unsere Guerilla und unser Volk im Gebiet von der HPG im Rahmen des legalen Selbstverteidigungsrechts als ein Kriegsgrund betrachtet und in dieser Hinsicht beantwortet.

3-Eine Hauptrolle der HPG in diesen Gebieten ist es, eine Antwort auf die Bedürfnisse unseres Volkes, wie die der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, gesundheitlichen Aspekte und die der Bildung, zu geben und jede Entwicklung einer Organisation auf national-demokratischer Ebene zu unterstützen und diese zu garantieren. Des weiteren rufen sie alle internationalen Vereine, Institutionen und Organisationen, die eine demokratische Lösung im Gebiet fordern zur Unterstützung und Solidarität auf.

4-Die Ausrufung der Meder Verteidigungsgebiete ist ein grundlegender Schritt in der Verteidigung unseres Volkes und seiner Befreiungsbewegung gegen feindliche Angriffe.

5-Die Meder Verteidigungsgebiete sind nicht gegen irgendeine Kraft geschaffen worden. Sie stellen für keine Kraft, Partei oder Staat eine Bedrohung oder Gefahr dar. Sie stellen auch für keinen Staat, insbesondere nicht den Irak, eine Bedrohung oder Gefahr für seiner Grenzen oder Souveränität dar. Im Gegenteil dienen sie in einer Zeit, in der es in der Welt- und Regionalpolitik um einen Angriff gegen den Irak geht, der Sicherstellung der nationalen, demokratischen Rechte des kurdischen Volkes, der Lösung der Probleme und einer Veränderung Iraks auf demokratischer Basis.

6-Auf dieser Grundlage ist die HPG zu jedem Dialog, sei es heute oder nach einem Angriff mit der jeweiligen Führung in Bezug auf eine freien Einheit bereit. Es ist eine der Öffentlichkeit bekannte Realität, dass die HPG, die keine Ziele zur Isolierung oder zum Separatismus haben, den Weg zu einer Lösung der Probleme im Gebiet und der kurdischen Frage auf der Basis einer demokratischen, freien Gemeinschaft der Völker und einer gemeinsamen Allianz verfolgen. Die Schritte, die wir nach einer strategischen Veränderung gehen werden, werden Ängste und Missverständnisse in diese Richtung aufheben.

7-Das Verteidigungsgebiet umfasst die Gebiete, in denen das kurdische Volk in der Tat frei ist. Die Nutzung des Selbstverteidigungsrechtes innerhalb dieser Grenzen wird für eine Lösung der kurdischen Frage in allen vier Teilen Kurdistans von Nutzen sein. Es wird die Verleumdungs- und Vernichtungspolitik gegen unser Volk insgesamt aufheben. Es wird dem sozialen, politischen und wirtschaftlichen Existenzrecht unseres Volkes internationale rechtliche Sicherheit schaffen.

8-Das Meder Verteidigungsgebiet ist ein vorübergehender Zustand, der der Lösung der kurdischen Frage auf der Basis einer freien Gemeinschaft dienen soll und wird bei Sicherstellung einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage in seiner Existenz beendet.

(ÖP, 26.10., ISKU)

Dorfschützerterror fordert 3 Leben

Familie Tekin, die vor 8 Jahren von den Dorfschützern gezwungen wurden ihr Dorf Ugrak (Cade) im Landkreis Bismil in Amed zu verlassen, wurde, obwohl sie mit einer Genehmigung durch das Militär in ihr Dorf zurückgekehrt ist, von den dortigen Dorfschützern unter Beschuß genommen. Dabei verloren der 6-jährige Agit Tekin, der 60-jährige Nezir Tekin und die 45-jährige Ikram Tekin ihr Leben. 6 Personen wurden verletzt.
Hüseyin Tangüner, der auch ins Dorf zurückgekehrt war und den Überfall erlebt hat, erzählt seine Erlebnisse: "Am Tag des Vorfalls, als wir mit 35-40 Personen mit einem LKW, einem Kleinbus und einem PKW das Dorf erreichten, schossen die Dorfschützer in die Luft. In dieser Zeit entluden wir gerade unsere Autos. Der Kommandant der Wache kam zu uns. Während wir ihm die Situation schilderten, forderte er uns auf, ein Schreiben der Gendarmeriewache Bismil für unsere Rückkehr bei ihm vorzulegen, da er uns ansonsten die Einreise nicht genehmigen würde. Daraufhin sind meine Verwandten Mehmet Sait und Mehdi Tangüner nach Bismil gefahren, um den Hauptmann aufzusuchen. Später sind sie mit diesem zurückgekehrt. Der Hauptmann sagte uns: "Der Winter steht vor der Tür, ihr dürft keine Häuser bauen." Und wir haben gesagt, dass wir bis zum Bau der Häuser in Zelten wohnen würden. Der Kommandant sagte: "Ihr könnt die Kinder nicht hier lassen, sie müssen zur Schule!" und wir antworteten, dass wir sie zur Schule schicken würden.
Im Anschluß sagten wir dem Hauptmann auch, dass der Chef der Dorfschützer, Emin Güçlü, seit unserem Verlassen des Dorfes vor 8 Jahren unbefugt im Haus unseres Onkels wohnt. Er sagte daraufhin, dass er nach einer Woche zurückkommen und Frieden zwischen uns und den Dorfschützern schließen lassen würde und wir sollten uns jetzt um den Aufbau unserer Unterkunft sorgen. Wir haben ihn darum gebeten, dass er uns ein paar Soldaten zurücklässt, die für unsere Sicherheit sorgen sollten, da die Dorfschützer bewaffnet sind und um uns herum schleichen. Der Kommandant erwiderte: "Die Waffen der Dorfschützer sind Staatseigentum, sie können euch mit den Waffen des Staates nichts antun, sie könne euch nicht beschießen." und ging zurück. Sobald der Kommandant den Hügel überschritten hatte, kamen gegen 19.00 Uhr zwei Personen aus dem Tal und zwei Personen von oben und beschossen 40 Personen. Es gab nichts, wo wir uns verstecken konnten. Wir haben uns nur auf den Boden gelegt und der Beschuß hat 15 Minuten gedauert. Ungefähr 15 Minuten nach Ende des Beschusses kamen Soldaten bis 50 Meter an uns heran, nahmen die Verletzten und wir gingen mit diesen zunächst zur Wache und brachten sie im Anschluß ins Staatskrankenhaus in Bismil."

Dorfschützer festgenommen
Die nach dem Vorfall geflohenen Dorfschützer Emin, Ibrahim, Hasan und Hanifi Güçlü sind festgenommen worden. Sie gehören zu den Gründern der Sektion der MHP im Landkreis Bismil.

Familie zog vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Neben einer Anrufung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hatte sich die Familie Tangüner und Tekin auch an das Strafgericht in Diyarbakir gewandt und wegen der Beschlagnahmung ihrer Felder durch die Dorfschützer und der unrechtmäßigen Nutzung geklagt. Dieses Verfahren ist im Juli mit der Verurteilung der Dorfschützer beendet worden. Die Dorfschützer sind dazu verurteilt worden, die Felder, die sie bearbeitet hatten, nach der Ernte den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben. *(ÖP, 28.9., ISKU)*

es diesem seit 1974 nicht mehr möglich ist, seine Besitzungen im türkischen Nord-Teil der Insel aufzusuchen.

(Radikal, 24.9., ISKU)

Irak erweitert Wahlrecht für Kurden
Rund zwei Wochen vor dem Plebiszit über eine weitere siebenjährige Amtszeit ist das Wahlrecht der irakischen Kurden erweitert worden. Sie dürfen künftig in jedem beliebigen Wahlbezirk abstimmen. Das irakische Wahlrecht sah bisher vor, dass Wahlberechtigte nur an ihrem Wohnort wählen dürfen. Nach der neuen Regelung können auch Kurden im Norden des Landes, der seit dem Golfkrieg 1991 nicht mehr von Bagdad kontrolliert wird, an der Abstimmung teilnehmen.

(NZZ, 3.10., ISKU)

Soldaten wollten Dorf räumen
Das Dorf Koçdagi im Landkreis Baskale in Van sollte mit der Begründung, Ölschmuggel betrieben zu haben, geräumt werden (siehe Nuce 73). Nach Informationen aus der Region haben Soldaten der Gendarmerie der Landkreiswache, die die Räumung durchführen wollten, den Grund vorgeschoben, die Dorfbewohner würden illegalen Ölhandel im iranischen Grenzgebiet betreiben. Die Soldaten haben dem Dorfvorsteher Fetullah Sari mitgeteilt, dass sie das Dorf, welches 500 Einwohner hat, räumen wollen. Sari, der gegen diese Entscheidung Widerspruch eingelegt hat, wurde daraufhin bedroht. Es wurde auch bekannt, dass andere grenznahe Dörfer mit gleicher Begründung unter ständiger Kontrolle des Militärs stehen.

(ÖP, 30.9., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
II	Internationale Initiative “Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan
jW	junge Welt
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
IP	Istanbul Post

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 75
11. Oktober 2002

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK-Erklärung zur Lage in Südkurdistan, den EU-Anpassungsgesetzen und den "Meder Verteidigungsgebieten"

Lösung ist nur im Frieden möglich

Der Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK) erklärte am vergangenen Freitag gegenüber der Mesopotamischen Nachrichtenagentur (MHA), dass er dafür ist, die Situation, die durch einen eventuellen Angriff auf den Irak geschaffen wird "...nicht durch einen Krieg, sondern durch Frieden zu lösen." Ein Krieg bringt "große Zerstörung" heißt es in der Erklärung. "Der einzige Ausweg besteht darin, im Frieden auf politischer Plattform Lösungen zu finden und die demokratische Einheit miteinzubeziehen. Für solch eine Lösung ist es notwendig, dass sowohl die herrschenden Kräfte als auch die kurdische Befreiungsbewegung ihre Politik noch einmal überdenken. Der KADEK wird versuchen, den Krieg zu verhindern und eine Politik zu führen, die eine friedliche Lösung möglich macht."

Der KADEK hat sein Verhalten zur regionalen Entwicklung in 4 Punkten aufgelistet:

1 - Die 1.Versammlung des Parlaments in Südkurdistan nach sechs Jahren ist positiv aber ungenügend. Die Vertreterfähigkeit des Parlamentes, das 1992 mit vorher bekanntem Ergebnis gewählt wurde, ist niedrig. In diesem Parlament sind außer KDP und YNK keine weiteren politischen Kräfte vertreten. Auch haben Völker wie die Assyrer und Turkmenen dort keine eigene Vertretung. Das Parlament setzt sich aus Vertretern der KDP und YNK zusammen und wegen der Widersprüche zwischen diesen zwei Kräften ist die Arbeit des Parlaments festgefahren. Damit sich in einem neuen Parlament ähnliches nicht wiederholt, ist es notwendig, dass andere nationale Gemeinschaften und politische Kräfte dort vertreten sind. Die befriedigende Vertretung im Parlament wird die demokratische Fähigkeit verstärken und Zweifel der herrschenden Kräfte aufheben. Das Parlament ist von großer Bedeutung für eine Führung Iraks und Kurdistans, die durch freie Wahlen gewählt werden, für eine neue Verfassung eines demokratischen Iraks auf der Basis von Bundesländern und für die Aufhebung der Ängste Iraks, der Türkei, Irans und Syriens in Bezug auf eine Teilung. Die kurdische Befreiungsbewegung wird mit ihrer inneren Demokratisierung, der "Demokratischen Einheit", die Lösungsansätze unterbreiten kann, den Angriff der Herrschenden abwehren. Somit wird nicht eine nationale Trennung, sondern die "Demokratische Einheit" eine Lösung für die Freiheit des kurdischen Volkes darstellen.

2 - Die EU-Anpassungsgesetze, die das türkische Parlament am 2. August verabschiedet hat, können für den Beginn einer Lösung der kurdischen Frage wichtig sein. Die Aufhebung der Todesstrafe, die Anerkennung der Bildung in der Muttersprache und des Medienrechts stellt trotz ihrer Unzulänglichkeit eine Perspektive für die Öffnung des Weges für eine Lösung der kurdischen Frage dar. Und eine Vertretung des Willens des kurdischen Volkes im türkischen Parlament wird die Möglichkeit einer friedlichen Lösung verstärken. Sowohl die Praxis der 2.-August-Gesetze durch die Türkei als auch eine Vertretung des Willens des kurdischen Volkes im Parlament werden die "Demokratische Einheit" verstärken.

3 - Ein Eingriff der Türkei in Südkurdistan und ein erneuter Krieg mit der KADEK werden die Probleme nicht lösen, sondern verstärken. Die Wahl eines Krieges wird die schon in der Krise steckende Türkei noch mehr schwächen, die Trennung innerhalb der Kurden verstärken und die Türkei und andere Länder in Gefahr bringen. Um kein solches negatives Ergebnis zu erzielen muss die Türkei Abstand vom Gebrauch des Militärs nehmen und mit allen kurdischen Bewegungen in Dialog treten. Ähnliche Vorgehensweise ist auch für Iran und Syrien gültig.

4 - Die von den HPG ausgerufenen "Meder Verteidigungsgebiete" sind eine Vorsichtsmaßnahme gegen eventuelle Auseinandersetzungen. Das Projekt des Verteidigungsgebietes beinhaltet Auseinandersetzungen mit und die Verteidigung der nationalen Befreiungsbewegung gegen jegliche Kräfte. Sie sieht die Befreiungsbewegung unter der Führung der KADEK als aktive Kraft bei einer demokratischen Lösung. Das Projekt der Meder Verteidigungsgebiete spielt in der Zeit einer demokratischen Lösung der Befreiungsbewegung eine aktive Rolle im Bereich der Politik, Diplomatie und des Militärs.
KADEK wird zu jeder Zeit an der Lösung in der Demokratischen Einheit festhalten. Daher sieht sie eine große Bedeutung in der Praxis der durch das türkische Parlament am 2. August 2002 verabschiedeten EU-Anpassungsgesetze, in einer Vertretung des demokratischen Willens des kurdischen Volkes, im Erreichen einer genügenden Legitimation des Parlamentes in Südkurdistan, in der Aufgabe der Angriffsdrohungen der Türkei gegen Südkurdistan und darin, dass Iran und Syrien in Bezug auf die Kurden einen lösbaren Weg einschlagen. Damit sollte die kurdische Befreiungsbewegung sowohl intern als auch mit den über Kurdistan herrschenden Ländern einen demokratischen Dialog entwickeln und eine friedliche Lösung als wichtigsten Punkt ansehen. Auf dieser Grundlage ruft sie alle an der kurdischen Befreiungsbewegung beteiligten Parteien und die Türkei und andere herrschende Kräfte zum Dialog und zur Lösung der Probleme, die zu Auseinandersetzungen oder Trennung führen, auf.

(ÖP, 6.10., ISKU)

In Van sind 70% arbeitslos

Der Vorsitzende des Vereins der Jungen Selbständigen in Van (VAN-GIAD), Kadri Salaz, berichtet, dass 70% der Menschen in Van arbeitslos sind und dieses erschreckende Ausmaß durch die verstärkten Abwanderung aus den Dörfern verursacht wurde. Salaz teilt mit, dass die öffentlichen Stellen des Staates den größten Arbeitgeber der 400.000-Einwohner Stadt darstellt und die Arbeitnehmerzahl 60 000 nicht übersteigt.
Salaz unterstreicht, dass die restlichen Bewohner arbeitslos sind: "Junge, Alte, Frauen, Mädchen, also die, die produktiv sein müssten, sind arbeitslos. In dieser Situation sind die Familien, die fortziehen mussten, gezwungen als Straßenhändler zu arbeiten." Salaz, der betont, dass zur Minderung der Arbeitslosigkeit, dessen wichtigster Grund in der Abwanderung liegt, darin besteht, die Abwanderung zu stoppen und bemerkt: "Mit der Rückkehr müssen die Dorfbewohner dort in den Dörfern produktiv sein. Und die in der Stadt Verbliebenen müssen im Rahmen von Entwicklungsprojekten beschäftigt werden."

(ÖP, 3.10., ISKU)

Meldungen

Das Singen kurdischer Lieder ist immer noch strafbar
Bei einer Polizeirazzia während einer Hochzeitfeier in Van Catak hat die Polizei Ismail Ayhan, Mitglied der Musikgruppe Gulen Azad festgenommen, weil er ein kurdisches Lied gesungen hatte.
(ÖP, 1.10., ISKU)

Vertretungslehrer werden für das Wahlergebnis verantwortlich gemacht
Bei einer Versammlung mit Vertretungslehrern, die in den Dörfern von Hakkari eingesetzt werden sollen, drohte der Bildungsbeauftragter der Provinz Semdinli, Basri Daggöl den anwesenden Lehrern mit folgender Äußerung: "Ihr seid Lehrer, ihr dürft mit Politik nichts zu tun haben. Sollten in den Dörfern, in denen ihr unterrichtet, Stimmen für die DEHAP abgegeben werden, so seid ihr dafür verantwortlich". Auf die Reaktion der Lehrer gegen diese Drohung fuhr Daggöl weiter dort: "Ich denke an euch. Ich will nicht, dass ihr eure Arbeit verliert." Damit konkretisierte er seine Drohung, dass, wenn es bei den Wahlen Stimmen für die DEHAP gehen sollte, die Lehrer ihre Arbeit verlieren würden. *(ÖP, 4.10., ISKU)*

Neue Vorstöße, die Teilnahme der DEHAP an der Wahl zu behindern
Obwohl die DEHAP durch die Hohe Wahlkommission zur Wahl zugelassen wurde und die Wahlzettel bereits gedruckt werden, gibt es neue Vorstöße, die DEHAP aus den Wahlen herauszudrängen.
Der Oberstaatsanwalt des Revisionsgerichtes, Sabih Kanadoglu, hat die DEHAP in einem Schreiben aufgefordert, binnen 48 Stunden zu Dokumenten der Sicherheitsbehörden (Polizei) Stellung zu beziehen, in denen der DEHAP vorgeworfen wird, sie verfüge über eine zu kleine Zahl an Parteibüros und damit über eine mangelhafte Parteiorganisation.. (Damit eine Partei zu den Wahlen zugelassen wird, muss sie bestimme Anzahl von Büros und örtlichen Organisationen vorweisen, Anm. d. Ü.) Nurettin Sönmez, Generalsekretär der DEHAP, und Murat Bozlak, ehemaliger HADEP-Vorsitzender, bezeichneten dieses Vorgehen als gesetzwidrig.
(Radikal, 3.10., ISKU)

Weiterer Terror durch Dorfschützer
Während die Wunden von Bismil noch frisch sind, hat der Terror

"Die Dorfschützerwaffen werden sich auf den Staat richten"

Die Vorsitzende von GÖÇ-DER (Verein zur Hilfe von Flüchtlingen), Sefika Gürbüz und der TIHV-Vorsitzende Yavuz Önen mahnen davor, dass der steigende Terror, den die Dorfschützer mit Staatswaffen und den Verantwortlichen gegen die Rückkehrwilligen ausüben, sich gegen den Staat wenden wird, wenn nichts dagegen etwas getan wird.

Obwohl seit fast 4 Jahren in der Türkei keine bewaffneten Auseinandersetzungen stattfinden, realisiert sich die Rückkehr in die aus "Sicherheitsgründen" geräumten, verbrannten Dörfer hauptsächlich wegen der Hindernisse und Provokationen der Dorfschützer und Militärkräfte, trotz hoher Antragszahlen nicht.

Zuletzt verloren in der letzten Woche 3 Menschen, darunter ein 6jähriges Kind, ihr Leben und 6 Menschen wurden verletzt, als die Familie Tekin, die in ihr Dorf Ugrak (Cade) in Bismil, Diyarbakir zurückkehren wollte, von bewaffneten Dorfschützern angegriffen wurde. Wir haben mit der Vorsitzenden Sefika Gürbüz von GÖÇ-DER, an die in hoher Zahl Anträge für eine Rückkehr gestellt werden und mit dem Vorsitzenden der Menschenrechtsstiftung Türkei (TIHV), die mehrmals die Öffentlichkeit in Berichten über die Rechtsverletzungen der Dorfschützer aufgeklärt haben, über das Dorfschützersystem geredet.

"Sie können einen Baum pflanzen"

Die Vorsitzende von Göç-Der Sefika Gürbüz berichtet, dass viele Anträge für eine Dorfrückkehr gestellt werden und nach letzten Untersuchungen die nicht vorgenommene Aufhebung des bandenmäßigen Dorfschützersystems das größte Hindernis der Rükkkehr dargestellt.

Gürbüz erinnert daran, dass das Dorfschützersystem sowohl ein Hindernis bei der Rückkehr als auch den wahre Grund der Abwanderung darstellt und betont, dass seit vier Jahren ein erwähnenswerter Friedenzustand herrscht der vom Staat nicht genutzt wird. Gürbüz sagt: "Wenn der Staat diese Situation nutzen würde, könnte sie eventuell das Dorfschützersystem auflösen oder Ihnen eine andere Aufgabe übertragen." Weiterhin sei ohne eine Aufhebung der negativen Ergebnisse des Ausnahmezustandsgebiets, wie dem Lebensmittelembargo, die Verbote der Weidennutzung oder das Dorfschützersystem eine Lösung nicht möglich.

"Die Dorfschützer haben unrechtmäßig die Besitztümer der umgesiedelten Familien beschlagnahmt, wo von sie in einer erheblichen Weise finanziellen Gewinn erzielen und sie wollen dies nicht aufgeben. Daher wollen sie auch die Rückkehrer nicht. Es ist also ein bandenmäßiges Dorfschützersystem vorhanden." Zu möglichen Massnahmen dagegen sagt Gürbüz: "Die Dorfschützer können mit anderen Aufgaben beschäftigt werden, denn sie arbeiten gegen einen bestimmten Lohn. Zur Zeit z.B. könnte dieser wirtschaftliche Betrag der den Dorfschützern bezahlt wird, bei den Arbeiten zur Rückkehr der Dorfbewohner eine wichtige Rolle übernehmen. Wenn ich mich nicht irre, hatte die Landwirtschaftskammer Diyarbakir vor einiger Zeit den sehr guten Vorschlag gebracht, dass sie Bäume in den verbrannten Wäldern anpflanzen könnten." Gürbüz, die darauf aufmerksam macht, dass die Dorfschützer im Fall einer Wegnahme dieser finanziellen Einnahmequellen die Morde anderweitig begehen könnten, mahnt: "Der Staat muß so schnell wie möglich handeln. Die Waffe, die die Dorfschützer vom Staat erhalten haben, könnte sich gegen diesen Staat richten, wenn sie nicht anderweitig beschäftigt werden."

"Politik der Aufeinanderhetzung gegen Kurden"

TIHV-Vorsitzender Yavuz Önen unterstreicht im Interview, das er unserer Zeitung gegeben hat, dass die Ermordung der Rückkehrer durch Dorfschützer eine wissentlich angewendete Politik ist, um die Kurden aufeinander zu hetzen. Önen sagt: "Dies wird in diesem neuen Stadium noch wirksamer eingesetzt werden als wir bisher befürchteten. Denn in dieser Zeit der Rückkehr wird sich einer Vermittlung verschlossen und provoziert. Dies ist die eigentliche Politik, es ist kein Zufall, dass in irgendeinem Dorf Dorfschützer sich an ihre Waffen klammern. Leider gibt es die Möglichkeit, dieses so auszunützen, diese Politik der Aufeinanderhetzung zu führen. Wir werden vorsichtig sein und dieses beobachten." Önen: "Es wurde gefragt, "...werden sich die Rückkehrer mit den Dorfschützern eine Auseinandersetzung bieten." Ich fragte, wieso? "Weil doch das Gewesene, Getane zu Hass- oder Rachegefühlen geführt haben könnte", aber die Rückkehrwilligen haben nur einen einzigen Wunsch und das ist der, dass sie ihre weggenommenen Rechte zurückerhalten, ihr Schaden ersetzt wird und der Weg für die Rückkehr auf ihren eigenen Boden ermöglicht wird..." Önen, der zu Beginn der Dorfrückkehr im letzten Jahr mit Dutzenden, Hunderten Familien in Kontakt getreten ist, sagt im weiteren: "Niemanden interessiert dieser Hass, sie wollen nur ein Ende des Unrechts. Önen betont, dass versucht wird, den gar nicht so neuen Eindruck zu erwecken, der Ausnahmezustand würde in dieser neuen Periode aufgehoben, dies in Wirklichkeit aber die ersten Anzeichen für eine ständige Provokation darstellt und sagt folgendes: "Für sie ist es so, dass diese Millionen von vertriebenen Menschen "...diese separatistische Organisation unterstützen..." und Anhänger sind und folglich will der Staat aus diesem Grund auf keinen Fall, dass sie zurückkehren. Aber dies wird nicht offen gesagt."

Önen unterstreicht, dass sich das Dorfschützersystem zu einer Angriffsorganisation gewandelt hat und aufgehoben werden muss: "Es gibt auch gar kein Klima der bewaffneten Auseinandersetzungen mehr. Dies ist ein politisches Thema der anderweitigen Arbeitsbeschaffung für 70 000 Menschen oder deren Aufhebung."

(ÖP, 3.10., ISKU)

... der Dorfschützer nun auch auf die Provinz Yüksekova bei Hakkari übergegriffen. Bei einem Vorfall im Dorf Bagisli bei Yüksekova hat Zeki Yoldas, ein Cousin des MHP-Provinzvorsitzenden und ehemaligen Dorschützerchefs, Timur Yoldas, den ehemaligen Bürgermeister ehemaligen Bürgermeister des Dorfes, Necip Demir (45), erschossen.

(ÖP, 1.10., ISKU)

US-Militär prüft Flugpisten in der Türkei

Hochrangige US-Militärs werden in den kommenden Tagen Flughäfen in der Türkei inspizieren. Die Türkei habe dem zugestimmt, berichtete der Sender NTV am Dienstag. Geprüft werden solle, ob sich die Pisten militärisch für einen Angriff auf den Irak nutzen lassen.

(taz, 9.10., ISKU)

Auszahlung der letzten IWF-Kreditrate erst nach den Wahlen

Nach Recherchen der Aksam wurde der türkischen Delegation während ihres USA-Besuchs offiziell mitgeteilt, dass die Beratung im IMF-Direktorenkomitee über die Freigabe der letzten für dieses Jahr vorgesehenen Kreditrate in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar erst nach den türkischen Wahlen stattfinden wird. Man geht weiter davon aus, dass diese Kreditrate mit der ersten für das Jahr 2003 vorgesehenen Rate zusammen ausgezahlt wird. Auf diese Weise wolle der IMF, so vermutet die Zeitung, sich eine bessere Verhandlungsposition mit der neuen türkischen Regierung sichern. *(Aksam, 6.10., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

Termine

Internationaler Irak-Kongress
Alternativen zu Embargo und Krieg
1. und 2. November 2002
Rathaus Schöneberg, Berlin
www.irak-kongress-2002.de

51.000 Menschen sind zurückgekehrt

Innenminister Muzaffer Ecemis teilt mit, dass im Rahmen des Rückkehrprojektes in die Dörfer in den letzten zwei Jahren 51 152 Menschen zurückkehrt sind.

Der Diyarbakirer Abgeordnete der Saadet Partei (SP), Sacit Günbey hatte eine Anfrage bezüglich der Rückkehr in die Dörfer gestellt, die Minister Ecemis damit beantwortete, dass das Projekt Rückkehr in die Dörfer das Ziel hat, "...die Bürger, die wegen des Terrors ihre Wohngebiete verließen, erneut in die an Sicherheit gewonnenen Dörfer zurückkehren zu lassen." Ecemis teilt mit, dass in der Zeit vom Juli 2000 bis Juli 2002 insgesamt 51 152 Personen in 9082 Haushalte zurückgekehrt sind. Ecemis gibt folgende Verteilung der Rückkehrer auf die Provinzen bekannt:

"Batman 957, Bingöl 15 030, Bitlis 3 735, Diyarbakir 8 574, Hakkari 6 833, Mardin 2 639, Mus 226, Siirt 1 049, Sirnak 1 247, Tunceli 499, Van 10 036"

Ecemis sagte weiter, dass bis Ende August 2002 im Rahmen des Projekts "Rückkehr ins neue Dorf" an 12 Orten 855 Unterkünfte fertiggestellt wurden und bis Ende des Sommers noch 433 im Bau befindliche Unterkünfte fertiggestellt sein werden. Ecemis fährt fort: "Für dieses Projekt sind 2002 5 Bill. 900 Milliarden TL vom Budget des Ministeriums vorgesehen, wo von 3 Bill. 900 Milli. TL zur freien Verwendung im Verantwortungsbereich der Gouverneure in diesen Projektgebieten an diese übertragen wurde."

(DIHA, 3.10., ISKU)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 76
18. Oktober 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Spitzenkandidatin der DEHAP Batman im Interview

Die Freiheitsfackel gibt die Kraft

Batman, die Stadt der Selbstmorde, sucht erneut seine Befreiung mit den Frauen. Diejenige, die folgendes sagt: "Batman hat eigentlich damit, dass die Selbstmorde der Frauen auf die Tagesordnung kamen, versucht seinen Schrei erhören zu lassen. Aber die jetzige Gesellschaft der Türkei, hat den Schrei der Frau nicht gehört. Dessen sind wir uns bewusst," ist Nurhayat Altun, erste Listenkandidatin der DEHAP Batman. Altun, bereitet sich auf das Abgeordnetensamt vor. Nurhayat Altun, die auf Drängen der Parteifreunde in Batman für diese Stadt kandidiert, erzählt über ihre Ziele für Batman, die zu den Provinzen gehört, die während der bewaffneten Auseinandersetzungen am meisten erlitten hat und über ihre Erlebnisse während der Wahlkampftour.



DEHAP-Kundgebung in Mus am 16. Oktober Foto: DIHA

Die Kandidatinnen ihrer Partei ziehen die Aufmerksamkeit auf sich. Wie bewerten Sie dies?
Wenn wir das Profil unserer Kandidatinnen betrachten, sehen wir, dass sie hauptsächlich aus der HADEP kommen. Es sind Freundinnen, die durch ihre Arbeit in der Partei und als Ergebnis ihrer eigenen Organisierung als Frauen Kandidatinnen geworden sind. Es sind Frauen, die vor allem mit dem Bewusstsein ihrer Identität als Frau und ihrer hieraus folgenden aktiven Arbeit in der Partei tätig sind. Daneben haben wir Freundinnen, die unserer Partei nicht fremd sind, von der Presse, von der Gewerkschaft oder aber Frauen die auf anderen Gebieten arbeiten aber mit der Arbeit unserer Partei in nahem Kontakt stehen und Freundinnen, die wiederum in Frauenorganisationen tätig sind. Es ist hier das Bewusstsein für unser Geschlecht, was die Kandidatur betrifft.
Solch ein Zusammenschluss reflektiert natürlich auch die Sicht der DEHAP auf Frauen. Unser Einzug in das Parlament wird das Parlament verändern. Wir denken, dass durch die Vertretung der Frauen im Parlament das verschimmelte, verschmutzte System und die Politik gereinigt wird. Dessen Führung werden wir Frauen, die Kandidatinnen der DEHAP, übernehmen.
Das Problem der Demokratisierung der Türkei ist bekannt. Die DEHAP und vorherige Parteien hatten zur Vorbereitung dessen ernsthafte Arbeiten. Aber in den letzten 3 Jahren hat unsere Partei für die Demokratisierung der Türkei viele Mühen betrieben. Und wir glauben daran, dass die Frauen die Führung übernehmen werden.

Sie waren auch beim Friedenskonvoi dabei. Wie wurden Sie unterwegs empfangen?
Unser Friedenskonvoi, der am 28. September in Adana begann, führte durch Mersin, Osmaniye, Iskenderun, Antep, Urfa, Diyarbakir, Mardin und Batman, wo wir immer von vielen Menschen empfangen wurden. Ich hatte schon früher an solchen Reisen teilgenommen, kann aber gerade für die jetzige Zeit sagen, dass das Interesse und die Teilnahme der Frauen und jungen Menschen sehr, sehr hoch ist. Ich kann sagen, dass die Begeisterung, die Aufregung, die Moral sehr groß ist und dass wir erlebt haben, wie die Menschen ihre Kandidaten annehmen. Vor allem in bestimmten Gegenden, z.B. Antep, Batman, Siirt war die Teilnahme der Frauen und Jugendlichen sagenhaft.

Verstehen die Menschen Ihre Nachrichten?
Unsere Kandidatinnen im Friedensbereich haben hierzu ein Programm entwickelt. Z.B. lassen wir alle unsere Kandidatinnen eine Rede halten mit dem Spruch "jede Stimme ist eine Rose der Demokratie" und nach der Rede verteilen unsere Kandidatinnen Rosen. Was der Hauptinhalt dieses Spruchs ist, welche Nachricht wir damit sagen wollen verstehen sie sehr gut und sie zeigen es uns in dem Moment durch ihre Reaktionen und Parolen.

DEHAP hat seine Frauenpolitik bekannt gemacht. Es gibt Lösungsvorschläge für viele verschiedene Themen. Wird es außer diesem eine Arbeit für spezielle Probleme in regionalen Gebieten geben? Wie z.B. die Selbstmorde in Batman, Morde aus traditionellen Gründen in Urfa ?
Als die Selbstmordrate der Frauen in Batman auffällig wurde, hatten die Frauenverbände unserer Partei noch vor den Wahlen eine Untersuchung hierzu durchgeführt. Es wurden unter der Leitung des Rathauses Institutionen für Frauen geschaffen. Angepasst an die soziologische Situation Batmans wurden Stadtteilaktivitäten durchgeführt.
Batman hat eigentlich damit, dass die Selbstmorde der Frauen auf die Tagesordnung kam, versucht seinen Schrei erhören zu lassen. Aber die jetzige Gesellschaft der Türkei hat diesen Schrei der Frau nicht gehört. Dessen sind wir uns bewusst.
Batman wurde am meisten von den bewaffneten Auseinandersetzungen mitgenommen und mit dem Ende dessen erlebte es einen Zusammenbruch. Es ist notwendig, auch unsere Mängel in dieser Hinsicht zu erwähnen. Wir hatten große Schwierigkeiten an die Frauen heranzukommen. Meine Kandidatur für Batman kann auch als eigene Selbstkritik aufgenommen werden, die ich an die Frauen richte.
Es wird natürlich Arbeiten zu Frauenhäusern und der Verbreitung unabhängiger Frauenorganisationen geben. Aber ich möchte folgendes betonen; diese Aktivitäten können nur als technische Punkte gewertet werden. Hauptsächlich wird unser Arbeit darin liegen, das Bewusstsein für die Identität der Frau zu verbreiten. Es ist eine Arbeit notwendig, die im allgemeinen alle Frauen betrifft, aber auch Kommunalpolitik ist sehr wichtig. Wir denken an eine Arbeit, die das Bewusstsein der Frau und die Organisierung verbreitet.

Sehen Sie die Aktivitäten und die Macht der Frauen in der Partei als ausreichend an?
Wir sind vielleicht die Partei mit den meisten Kandidatinnen aber wir haben die Kraft der Frauen in der Politik nicht ausreichend entwickelt. Wir können nicht sagen, dass genügend Frauen in den Vorstandsgremien vertreten sind. Aber wir sind uns dessen bewusst, was wir als Ergebnis der langjährigen Bewegung erreicht haben. Angelehnt an diese Bewegung und zusammen mit FreundInnen, die die Freiheitsfackeln in den Händen halten, glauben wir daran, in vielen Dingen erfolgreich sein zu können.

(ÖP, 10.10., ISKU)

Meldungen

Dehap setzt sich durch
Die pro-kurdische Demokratische Volkspartei (Dehap) kann bei den türkischen Wahlen am 3. November antreten. "Wir haben entschieden, dass die Partei teilnehmen darf", sagte Ahmet Hamdi Unlu vom Obersten Wahlrat. Damit lehnte die Aufsichtsbehörde einen Antrag des Generalstaatsanwaltes Sabih Kanadoglu ab, die Dehap auszuschließen.
(FR, 17.10., ISKU)

Flüchtlingslager im Süden
Nach Informationen verschiedener Nachrichtenagenturen, plant die Türkei für den Fall eines Flüchtlingsstroms, während oder nach einem Angriff gegen den Irak, 6 verschiedene Flüchtlingslager für 250 000 Menschen in Südkurdistan.
Demnach wird die Türkei in den während eines Angriffs in Südkurdistan durch die USA "unter Kontrolle gebrachten Gebieten" Flüchtlingslager errichten. Es wurde erklärt, dass dafür der Türkische Halbmond die Vorbereitungen begonnen hat, indem er Zelte und weiters Material in die Region entsendet.
Nach denselben Quellen rechnet die Türkei damit, dass der USA-Irak Krieg bis zu 3 Monate dauern könnte und es bis zu 250 000 Flüchtlingen geben könnte
(ÖP, 10.10., ISKU)

Antikriegsproteste der Frauen
Die Ständige Frauenplattform für Frieden hat mit einer Presseerklärung gegen die USA und Israel protestiert.
Eine Gruppe von Frauen der Ständigen Frauenplattform für Frieden hat während einer Versammlung auf der Yüksel Caddesi die Parole "Nein zum Krieg - sofortiger Frieden" gerufen. In einer schriftlichen Erklärung der Plattform, die während der Versammlung verteilt wurde, wurde darauf aufmerksam gemacht, dass keinerlei Auseinandersetzungen akzeptiert werden, die im Gegensatz zum Menschen- und Lebensrecht steht. Nach der Erklärung hat sich die Versammlung ohne Zwischenfälle aufgelöst. *(ÖP, 7.10., ISKU)*

Weiterhin Zensur und Verbote
Nach einem Bericht der Untersuchungsgruppe der Journalistenvereinigung der Türkei (TGC) vom September finden immer noch Verurteilungen von Journalisten, Angriffe auf Journalisten und Verbote von Zeitungen statt. Im Bericht, der auf die Entwicklungen bei regionalen und lokalen Medien eingeht, sind unter

Polizisten wegen Folter verurteilt

Ein Gericht in der westtürkischen Stadt Manisa hat am Mittwoch zehn Polizisten wegen Folter zu Haftstrafen zwischen fünf und elf Jahren verurteilt. Ob sie die Strafen absitzen müssen, ist offen, denn die Beamten kündigten Berufung an.
Der Fall hatte die türkische Justiz fast sieben Jahre beschäftigt und auch international Aufsehen erregt. Die Polizisten werden beschuldigt, zwischen den 26. Dezember 1995 und 5. Januar 1996 eine Gruppe von 16 Jugendlichen im Polizeigewahrsam gefoltert zu haben. Die seinerzeit zwischen 14 und 18 Jahre alten Jugendlichen waren festgenommen worden, weil sie linksradikale Parolen an eine Hauswand gesprüht haben sollen. Sie berichteten, die Beamten hätten sie geschlagen, nackt ausgezogen, an den Armen aufgehängt, mit Elektroschocks gequält und sexuell missbraucht.
Durch Zufall wurde ein Parlamentsabgeordneter Zeuge der Folterungen. Sabri Ergül, Abgeordneter der sozialdemokratischen CHP, wartete im Polizeipräsidium von Manisa auf einen Gesprächstermin beim Polizeipräsidenten, als er hinter einer Tür Schreie hörte. Er öffnete die Tür und sah, wie Polizisten dabei waren, mehrere teilweise nackte Jugendliche zu foltern. Ergül forderte eine Untersuchung, brachte den Fall vors Parlament, aber nichts geschah. Schließlich hängte er ein Schild mit der Aufschrift "Hier wird gefoltert" an die Tür des Polizeipräsidiums und weckte damit das Interesse der Medien.
Die Jugendlichen wurden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zunächst von einem Staatssicherheitsgericht zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, nach fünf Jahren aber in der Berufungsinstanz freigesprochen. Sie haben den türkischen Staat auf eine Entschädigung von 800 000 Euro verklagt.
Die der Folter beschuldigten Beamten wurden in zwei Verfahren 1998 und 1999 freigesprochen. Das Kassationsgericht hob jedoch beide Urteile auf und verwies den Fall zurück. Das Verfahren galt wegen der Schwere der Vorwürfe, aber auch wegen der vorangegangenen Freisprüche als Musterprozess in Sachen Folter.
Die EU-Kommission hatte im jüngsten Menschenrechtsbericht den Fall als Beispiel für die unzureichende Ahndung von Folter und Misshandlungen in der Türkei erwähnt. *(FR, 17.10., ISKU)*

Yasar Kemal und Orhan Pamuk für eine Lösung im Todesfasten

Wenige Tage vor dem 2. Jahrestag des Beginns der Hungerstreiks gegen Hochsicherheitsgefängnisse und Isolationshaft in der Türkei haben sich zwei prominente türkische Schriftsteller, Yasar Kemal und Orhan Pamuk, für eine Lösung des Problems eingesetzt. Die Autoren besuchten am Dienstag eine am Todesfasten beteiligte Frau in ihrem Haus in Istanbul, wie die Nachrichtenagentur Anadolu meldete. "Man kann ein Problem nicht lösen, indem man es ignoriert", sagte Orhan Pamuk. "Vielleicht werden wir wahrgenommen", meinte der fast 80-jährige Yasar Kemal. Die Auseinandersetzung um die Verlegung der Gefangenen in die F-Typ-Gefängnisse hat bislang nahezu 100 Menschen das Leben gekostet. Verhandlungen mit den Hungerstreikenden hat die türkische Regierung dennoch bisher stets abgelehnt.
(taz, 16.10, ISKU)

IHD: "Die Worte sind wie heisse Luft geblieben"

Der türkische Menschenrechtsverein (IHD) beschreibt in seinem Halbjahresbericht vom Januar bis Juni 2002 die realisierten Reformen der Türkei auf dem Weg in die EU und ihre Verpflichtungen, die sie nicht ausgeführt haben. Nach dem Bericht ist die Verfassung, trotz des Versprechens der Türkei, nicht anhand der europäischen Menschenrechtskonvention überarbeitet worden. Während das verabschiedete Presserecht ungenügend ist, wird die gesetzliche Veränderung der RTÜK (Oberstes Radio- und Fernsehkonsortium, Anm. d. Übers.) als nicht positiv bewertet. Die Verpflichtung der Veränderung des Parteiengesetzes ist trotz des Punktes der Meinung- und Gedankenfreiheit begrenzt auf das Parteienverbot 3257, Regelungen von Kino-Video- und Musikwerken, ist nicht überarbeitet worden. Dass neue türkische Strafgesetz hat sich nur in einigen Paragraphen geändert. Derzeitige Beschränkungen im Gewerkschaftsrecht sind nicht überarbeitet worden. Die ILO-Abkommen sind nicht im Sinne des Europäischen Sozialrechts überarbeitet worden. Die Programme des Polizeirechts, der Gendarmerie, das Beamtenausübungsrecht und das Seesicherheitsrecht sind nicht zur Vorbeugung von Folter umgearbeitet worden. Gesetzliche Veränderungen zur Modernisierung von medizinischen Einrichtungen sind nicht vorgenommen worden. Das Gesetz zur Neustrukturierung der Strafgerichte ist nicht in die Praxis umgesetzt worden, es wurde sich mit der Veränderung einiger Paragraphen begnügt. Die Artikel in der Verfassung zu den Staatssicherheitsgerichten wurden nicht verändert. Die Artikel in der Verfassung, die die Unabhängigkeit der Judikative verletzen, wurden nicht verändert. Es wurde kein Gesetz zur Neustrukturierung der Richter und Verteidiger verabschiedet. Das Gesetz zur Immunität der Beamten und anderer Tätigen des Staates wurde nicht verändert. Das Militärstrafgesetz mit dem § 353 über Militärgerichte und dem § 1602 über Militärobergerichte wurde nicht überarbeitet. Das Gesetz über den Ausnahmezustand wurde nicht überarbeitet, der Ausnahmezustand wurde zwar bis auf zwei Provinzen aufgehoben, aber ohne den gesetzlichen Rükkhalt, wird in den Nachbarprovinzen der Ausnahmezustandsgebiete mit dem Vorbehalt, eine "Nachbarprovinz" zu sein, das gleiche Vorgehen durchgeführt. Trotz einer Änderung der Situation des Nationalen Sicherheitsrates in der Verfassung, ist das Gesetz zu dem Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrates nicht geändert worden. Die Probleme in den Gefängnissen sind nicht gelöst worden. Das System der Isolationshaft wird weiter durchgeführt. In den F-Typ Gefängnissen sind bisher 97 Gefangene während des Todesfastens gestorben. Änderungen des 76. Artikels zum Parteiengesetz und dem Wahlrecht sind nicht durchgeführt worden. Die Protokolle 6 und 13 des Europäischen Menschenrechtsabkommens, das Abkommen und das Zusatzprotokoll über politische Rechte mit den Vereinten Nationen, die Abkommen mit den Vereinten Nationen über Wirtschaftsrechte und Kulturrechte sind nicht ratifiziert worden.
(ÖP, 4.10., ISKU)

Die gefallenen RevolutionärInnen sind unsterblich

Andrea, unsere Genossin und Freundin wurde am 23.10.1998 in im Norden Kurdistans bei einer Operation der türkischen Armee festgenommen und anschließend hingerichtet.
Heval Ronahi! Ew nikarin roja me taribikin - Sie werden unseren Tag nicht verdunkeln können!



anderem das Verbot der Zeitung "Yeniden Özgür Gündem" in den Ausnahmegebieten, der Überfall auf den Hauptredakteur der Zeitung "Sabah" in Antep, Yasar Özen und die zeitweiligen Sendeverbote gegen 15 Radio- und Fernsehsender durch das oberste Radio- und Fernsehkonsortium (RTÜK) aufgenommen worden. *(ÖP, 4.10., ISKU)*

Schattenwirtschaft bei 199 Katrillionen Lira
Einem Aufsatz in der Zeitschrift der Staatlichen Planungsagentur (DPT) zufolge, erreichte die Schattenwirtschaft im vergangenen Jahr ein Volumen von zwei Dritteln des Bruttosozialprodukts (179 Katrillionen TL). Dem Aufsatz zufolge lag das Verhältnis die Größenordnung der Schattenwirtschaft in den Jahren 1968-2001 bei 45 %. Im Krisenjahr 1994 war ihr Anteil jedoch bereits einmal bis auf eine Größenordnung von 69 % angewachsen und erreichte im Jahr 1995 mit 84 % eine Rekordhöhe.
(Aksam, 7.10., ISKU)

Flüchtlinge gekentert
Ein Schiff mit 24 illegalen Zuwanderern an Bord ist am Donnerstag vor der türkischen Ägäisküste nahe der Stadt Didim gesunken. Eine Frau kam dabei um, meldete die Agentur Anadolu gestern. Die Flüchtlinge seien vermutlich unterwegs nach Griechenland gewesen. *(taz, 11.10., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
FR	Frankfurter Rundschau
DIHA	Dicle Haber Ajansi

Termine

10. Hüseyin Celebi Literaturveranstaltung
Am 26.10. veranstaltet der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) zum zehnten Mal in Folge ein Literaturfestival in Gedenken an den 1992 vom türkischen Militär ermordeten Revolutionär Hüseyin Celebi.
Neben Lesungen und Vorträgen aus der kurdischen Literatur wird es auch ein Musikprogramm sowie eine Fotoausstellung zu Hüseyin Celebi geben.
26.10. von **12.00-23.00 Uhr** im **Audimax** der **TU Darmstadt**
(www.yxkweb.com)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 77
25. Oktober 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der Wahlkampf der DEHAP-Frauen

Frühlingstage im Oktober

Es ist unmöglich, nicht von der bunten Welle der Hoffnung und der Energie ergriffen zu werden, die in diesen Tagen von den Wahlveranstaltungen der DEHAP ausgehend bis zu uns nach Europa getragen wird. Insbesondere das aktive Engagement und die Entschlossenheit der Kanditatinnen sind zu einem lebendigen Beispiel für die Unaufhaltbarkeit der demokratischen gesellschaftlichen Erneuerung geworden. Jedoch greift es zu kurz, diesen Erneuerungsprozess allein als die massenhafte Beteiligung von Frauen in allen Bereichen der politischen und organisatorischen Aktivitäten zu beschreiben. Dies wird meiner Meinung nach der revolutionären Qualität, die die Entwicklung der demokratischen Dynamiken beinhaltet, nicht in ihrem vollen Umfang gerecht.
Die Energie, die von Frauen und Mädchen jeden Alters in diesen Tagen auf die Strassen kurdischer und türkischer Städte getragen wird, ist ein Ausdruck ihres politischen Bewusstseins: Sie lassen es nicht mehr zu, dass andere für sie reden, sie reden selbst; sie zeigen ihre eigenen Farben; sie erheben ihre eigenen Forderungen, stellen ihre Standpunkte dar und sie haben sich ihr eigenes Programm gegeben.
Die Führungsrolle der Frau im politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozess ist nicht mehr nur eine abstrakte Parole, keine zukunftsweisende Perspektive, sondern sie nimmt konkrete, reale Formen an: So ist das Frauenmanifest der DEHAP nicht auf einige "frauenspezifische Zusatzforderungen" beschränkt. Es stellt vielmehr einen Aktionsplan mit konkreten Schritten zur Überwindung des Mangels an Demokratie in Staat und Gesellschaft für eine gleichberechtigte, freiheitliche Gesellschaftsentwicklung dar. Hierbei werden von Themen wie Ausbildung, Gesundheit, Umweltverschmutzung, Gewalt, Rechtssprechung bis hin zu Frauenarbeit und Prostitution alle Bereiche behandelt, die das Leben der Gesellschaft und der Individuen unmittelbar betreffen. Auf der Basis eines Frauenstandpunktes ist ein ganzheitlicher Lösungsansatz unter der Berücksichtigung der in diesen Bereichen vorhandenen spezifischen Probleme ausgearbeitet worden.
Wenn wir uns zugleich vor Augen halten, dass allein in den letzten Tagen mehr als 28 Frauen-Wahlbüros eröffent wurden, in denen tagtäglich hunderte von Frauen zusammentreffen, ihre Probleme, Wünsche und Lösungen diskutieren, so sehen wir, dass Worte und Taten einander ergänzen. Frauen nehmen einander ernst, geben einander Kraft, fügen ihre Erfahrungen und ihr Wissen zusammen. Sie bereiten sich auf ihre zukünftigen Aufgaben vor und lassen damit zugleich eine starke Grundlage für eine Verbreitung und Professionalisierung des Aufbaus von Fraueninstitutionen entstehen. Dieser Aufbau hat bereits begonnen, und er wird mit Sicherheit auch nach dem 3. November weitergeführt werden. Denn dies ist die sicherste Garantie dafür, dass sich das Rad der Geschichte nicht wieder zurückdrehen lassen wird.
Die Frühlingsluft, die in diesen regnerischen, grauen Herbsttagen zu uns herüber weht und ihre Wärme verbreitet, hat auch uns erreicht. Als in Europa lebende Frauen begleiten wir diesen Prozess mit Spannung und Aufmerksamkeit, er gibt uns Kraft, neue Anregungen und Ansporn, hinter diesen von unzähligen mutigen Frauen initiierten Entwicklungen nicht zurückzubleiben. In diesem Sinne gilt es die Einladung zum Kampf um eine gerechte Gesellschaftsordung, für Freiheit, Demokratie und Frieden weiterzutragen. Nur so können wir angesichts der aktuellen Kriegsdrohungen und des von den USA geschürten, bedrohlichen Chauvinismus unserer Verantwortung gerecht werden, die wir als Frauen für eine lebenwerte, freie Zukunft tragen. *(ÖP, 18.10., ISKU)*

Türkei stellt sich auf Krieg gegen den Irak ein:

Flughafen Adana wird geschlossen

Die Türkei schliesst für drei Monate den internationalen Flughafen Adana, der in unmittelbarer Nähe des Militärstützpunkts Incirlik liegt. Bei einer Konferenz des Verkehrsministeriums wurde als offizieller Grund für die Schließung "Umbauten" angegeben. Als tatsächlicher Grund wird der bevorstehende Angriff auf den Irak angenommen: Entweder soll, falls der Irak den Stützpunkt Incirlik zur Zielscheibe nimmt, der zivile Luftverkehr geschützt werden, oder der Flughafen soll militärisch genutzt werden.
Als ein Signal des sich nähernden Krieges wird gesehen, dass der für die Region zuständige General der USA, Tommy Franks, der sich derzeit in der Türkei aufhält, mit Regierung und militärischen Zuständigen Gespräche über Kriegsszenarien im Irak führt.
Die Verantwortlichen der staatlichen Flughafenbehörde in Adana teilten mit, dass direkt nach den Wahlen, am 5. November, der Flughafen für 2 bis 3 Monate wegen Umbauten geschlossen werde. Verantwortliche der Reisebüros sagten der MHA, dass der eigentliche Grund für die Schliessung des Flughafens ein in dieser Zeit beginnender Krieg gegen den Irak sei. Es fällt auf, dass die Türkei, die in letzter Zeit ihre Gespräche mit den USA verstärkt hat, den Entschluss einer Schliessung nicht der Öffentlichkeit bekannt gegeben, sondern nur den Reisebüros schriftlich mitgeteilt hat.
Den Reisebüros, die Flüge für Adana buchen, wurde mitgeteilt, dass Flüge für Adana in der Zeit vom 8. November bis zum 27. Dezember nach Antep umgeleitet werden.
Der Plan zur Schliessung durch die Türkei kann nicht mit Umbauten erklärt werden. Bis heute ist es nie vorgekommen, dass ein europäischer Flughafen dieser Größe vollständig geschlossen wurde. Ein Zuständiger für Flüge zwischen Stuttgart und Adana kommentierte in einer Erklärung gegenüber der MHA: "Dass ein Flughafen wegen Umbauten vollständig geschlossen wird, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen."

IISS: Irakkrieg im Dezember
Das Internationale Institut für strategische Studien (IISS) mit Sitz in London hat in seinem jährlichen Bericht über Entwicklungen in Kriegsgebieten auf der Welt darauf aufmerksam gemacht, dass ein eventueller Krieg der USA gegen den Irak im Dezember beginnen könnte. Die Fachleute des Institutes haben im Bericht mitgeteilt, dass im Falle eines neuen und entschiedenen Entschlusses des UN-Sicherheitsrates zu Massenvernichtungswaffen des Iraks auf kurze Zeit ein Krieg verhindert werden könnte. Steve Simon, Stellvertreter des Leiters der IISS teilt mit, dass die Aufstellung eines 250.000 Mann starken Heeres Monate in Anspruch nehmen würde, und die USA anstelle dessen vor haben könnten, mit einem 60.000 Soldaten kleinen Heer erste Angriffe zu beginnen. *(ÖP, 19.10., ISKU)*

Meldungen

Türkei wegen Folter verurteilt
Wegen Folter an einer Aktivistin der PKK ist die Türkei vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden. Ankara muss der 29-jährigen Frau 25.000 Euro Schmerzensgeld zahlen und die Gerichtskosten übernehmen. Die Frau war im März 1995 bei ihrer Vernehmung nach eigenen Angaben von Polizisten an den Armen aufgehängt und mit Elektroschocks sowie Fausthieben traktiert worden. *(SN, 23.10., ISKU)*

Türkische Armee im Nordirak
Nach Informationen von DIHA sind am vergangenen Freitag 12.000 Soldaten der Luftwaffe des Stützpunktes Kayseri, die sich seit längerer Zeit in den Grenzgebieten Uludere, Çukurca, Andaç, Balveren und Gülyazi aufhielten, in den Nordirak einmarschiert. Die Einheiten haben in Vorbereitung einer möglichen Nordirakoperation über Balveren in Sirnak und Uludere den Nordirak betreten.Nach Informationen sollen die Kommandos in den Gebieten Sinaht und Avaguzê Lager aufbauen und ein Gebiet von 10 Kilometern ins Landesinnere kontrollieren.
Nach Berichten sind die Dorfschützer mit dieser Operation nicht einverstanden und werden nicht daran teilnehmen, obwohl seit zwei Wochen Gespräche mit den Sippen Babat, Jirki, Mamxuran, Tayan, Kiçan und Tayan geführt wurden. *(DIHA, 18.10., ISKU)*

KADEK nicht auf die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen
Der Türkei wurde offiziell mitgeteilt, dass die nötigen Voraussetzungen, die KADEK, die in der Türkei als Nachfolgeorganisation der PKK angesehen wird, auf die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen, nicht erfüllt seien. *(Aksam, 16.10., ISKU)*

TRT plant Aufnahme von kurdischen und arabischen Sendungen
Die Ausführungsvorschriften für die Änderungen im RTÜK-Gesetz, die Sendungen in nichttürkischen Sprachen, die im Land gesprochen werden erlauben, sind weitgehend fertiggestellt. RTÜK plant, die Sendeerlaubnis zunächst dem staatlichen TRT zu erteilen. Beim TRT laufen nach Informationen des Kommentators Bila die Vorbereitungen für die Aufnahme von kurdischen und arabischen Sendungen, die mit türkischem Untertitel im

Wenn Dorfschützer "vertrauenswürdig" sind...

Die Schafhändler Abdullah Esen, Abdulhakim Sadak und Abdullah Şogunç wurden 1999 während des Übertritts über den Grenzübergang Esendere in Yüksekova/ Hakkari bei einer Razzia vom Grenzposten der Esendere Gendarmerie festgenommen. Die von der Gendarmerie beschlagnahmte Herde wurde zwecks Durchführung der bürokratischen Angelegenheiten dem Zollamt übergeben. Später wurden die Tiere aufgrund der "Vertrauenswürdigkeit" dem Obersten Dorfschützer Mustafa Zeydan, unabhängiger Abgeordnetenkandidat für Hakkari, und den anderen Dorfschützern des Dorfes Büyükçiftlik, übergeben. Gegen die Händler wurde unter Angabe des "Gesetzes 1918, Handlungen gegen das Schmugglergesetz" ein Verfahren eröffnet.

Der Prozeß wurde vor der 1. Strafgerichtskammer Hakkari am 19.Januar 2001 mit einem Freispruch beendet Der Anwalt der Händler, Mikail Demiroglu beantragte daraufhin vom Zollamt Esendere die Rückgabe der Schafherde. Nach Aussagen des Anwaltes Demiroglu hat darauf das Zollamt den Dorfschützern, denen die Tiere übergeben worden waren, ein Schreiben geschickt mit der Aufforderung zur Rückgabe der Schafe. Diese haben aber die Tiere bisher nicht zurückgegeben.

Dorfschützer drohen mit Tod

Mikail Demiroglu: "Nach dem Urteilsspruch des Gerichts und der Ergebnislosigkeit unserer Briefe an das Zollamt Esendere haben meine Mandanten das Gespräch mit den Dorfschützern gesucht und sind wegen der Rücknahme der Schafe ins Dorf Büyükçiftlik gegangen. Die Dorfschützer haben daraufhin meinen Mandanten erwidert: "Was für Schafe, wisst ihr wo ihr euch hier befindet? Wir wollen euch hier nicht noch einmal sehen, sonst sterbt ihr alle." Auf diesen Vorfall hin habe ich am 24. September 2002 erneut dem Zollamt Esendere wegen der Rückgabe der Tiere geschrieben, auf dessen Antwort wir noch warten."

Demiroglu macht darauf aufmerksam, dass die seit 1999 beschlagnahmte Herde sich vermehrt haben muß: "Es ist erkennbar, dass die Dorfschützer die Tiere nicht mehr haben, außerdem sind nicht nur 700 Schafe zurückzugeben, sondern auch die Zinsen. Wir werden, um die Rückgabe der Tiere zu erreichen, alle Rechtswege ausschöpfen."

(ÖP, 19.10., ISKU)

Tuzla: Aktive Gewekschafter gefoltert

40 Arbeiter, die wegen ihrer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Tuzla Deri-Is (Gewerkschaft der Lederverarbeitung) aus den Firmen Kampana, Güven Karaca und Tabak-San entlassen und nach ihrer Festnahme gefoltert worden sind, haben sich an den IHD gewandt. Der Vorsitzende des Deri-Is der Sektion Tuzla, Hasan Sonkaya hat bei einer Pressekonferenz im Istanbuler Büro des IHD über die Folter der sich im Widerstand befindenden Arbeiter in der Haft berichtet. Sonkaya sagte, bei der Versammlung, bei der die Arbeiter Hemden mit den Schriften "Es lebe die Brüderschaft der Völker", "Einheit, Widerstand, Sieg", "Arbeiter vereinigt euch für ein Ende der Ausbeutung" trugen und an deren Körper die Verletzungen immer noch zu sehen waren, folgendes: "Wir haben ärztliche Atteste über die erlittene Folter. In einer Zeit, in der über einen Beitritt in die EU geredet wird, werden den Arbeitern ihre gewerkschaftlichen Rechte genommen, sie werden entlassen, die Gendarmerie verhindert mit Panzern den Zugang in die Fabriken. Anstelle der entlassenen Arbeiter werden neue eingestellt. Von jetzt an wird es keine willkürliche Folter mehr geben. Aber nicht wegen des Druckes durch die EU, sondern durch unseren Widerstand. Wir weden bis zuletzt Widerstand leisten."

Zeynel Polat, Anwalt des Rechtsanwaltsbüros "Açilim" und Hürriyet Sener, einer der Leiter des IHD erklären, dass immer noch in der Türkei Folter stattfindet und dass sie jeden Rechtsweg gegen die Folter an den Arbeitern nutzen werden. *(ÖP, 18.10., ISKU)*

Keine Hermesbürgschaft - Hasankeyf gerettet

Die von einem Staudammprojekt bedrohte antike Stadt Hasankeyf scheint vorerst gerettet zu sein. Nachdem sich zuvor schon die Geldgeber in mehreren europäischen Ländern von dem Projekt zurückgezogen hatten, erklärte jetzt auch die deutsche Bundesregierung definitiv, keine Hermes-Bürgschaften zum Bau des Ilisu-Staudammes zur Verfügung zu stellen. Für das Megastaudammprojekt dürfte diese Entscheidung das Aus bedeuten.

Dem Petitionsausschuß im Bundestag lag eine formelle Petition mit Tausenden Unterschriften gegen die Vergabe von Hermes-Bürgschaften an die am Südostanatolienprojekt GAP beteiligten deutschen Firmen vor. Der Ausschuß verweist darauf, daß die Petition bei der Bundesregierung, den Fraktionsführungen der Parteien und den zuständigen Ministerien außerordentliche Beachtung gefunden habe. Hasankeyf ist die älteste erhaltene Stadt in Obermesopotamien. Bereits im vierten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung führte hier eine Nebenstrecke der späteren Seidenstraße entlang. *(jW, 18.10., ISKU)*

Verfahren wegen Anprangerung sexueller Folter

Derzeit häufen sich in der Türkei Prozesse gegen Frauen, die öffentlich von sexueller Folter und Vergewaltigungen in den Gefängnissen sprechen. Im September wurde erneut ein Verfahren gegen die Menschenrechtlerin und Anwältin Eren Keskin eröffnet. Sie ist Mitbegründerin des FrauenRechtsHilfe-Büros in Istanbul, das betroffene Frauen betreut. Angeklagt ist sie wegen einer Rede bei einer Veranstaltung zum Thema »Frauenrechte sind Menschenrechte« am 8. März in Köln. Ihr wird vorgeworfen, die Bevölkerung öffentlich zu »Haß und Feindschaft« aufgerufen zu haben.

Der Prozeß wurde auf November vertagt, aber die nationale Anwaltskammer in Ankara hat inzwischen wegen früherer Verurteilungen Eren Keskins ein einjähriges Berufsverbot ausgesprochen. Die schriftliche Zustellung steht zwar noch aus, aber es ist wahrscheinlich, daß Eren Keskin vorerst keine Frauen mehr im Kampf gegen sexuelle Folter unterstützen kann.

Darunter werden auch die 18 Frauen und ein Mann zu leiden haben, deren Prozeß schon letztes Jahr eröffnet wurde und in der vergangenen Woche in die fünfte Runde ging. Den Angeklagten wird vorgeworfen, den türkischen Staat und seine Sicherheitskräfte beleidigt und verleumdet zu haben, indem sie im Jahr 2000 einen Kongreß zum Thema sexuelle Folter in den Gefängnissen organisiert hatten. Die Veranstaltung war genehmigt; dort hatten betroffene Frauen zum ersten Mal in organisierter Form öffentlich über das Thema gesprochen. Auch der fünfte Prozeßtag wurde ohne neue Erkenntnisse vertagt - auf den 25. Februar 2003. Häufig sind Frauen, die sexuelle Folter anprangern, auch öffentlicher Hetze ausgesetzt. So begann gegen die Gruppe der 19 nach der Anklageerhebung eine massive Hetzkampagne in den Medien. Der Journalist Fatih Altayli bedrohte sie in einem Radiosender und in der Zeitung Ikinci mit sexueller Gewalt. Wegen seiner Äußerungen steht er heute selbst vor Gericht. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren und ein Schmerzensgeldverfahren eingeleitet.

(jW, 16.10., ISKU)

Fernsehen ausgestrahlt werden sollen. Probleme werfen jedoch die kurdischen Dialekte auf. Man geht davon aus, dass Kirmançi am weitesten verbreitet und darum am besten geeignet ist. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, geeignetes Personal zu finden, das sowohl die Sprache beherrscht als auch über die sonstigen Anforderungen für Fernsehsprecher(innen) verfügt.

(Milliyet, 17.10., ISKU)

IWF sichert Türkei unter Vorbehalt weitere 1,6 Mrd $ zu

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat der Türkei unter Vorbehalt eine weitere Zahlung von 1,6 Mrd USD zugesichert. Das Land müsse allerdings seine wirtschaftspolitischen Versprechungen einhalten, um die Mittel zu erhalten. Die Auszahlung der 1,6 Mrd $ könnte dann bereits nach den türkischen Parlamentswahlen am 3. November erfolgen, hieß es auf IWF-Seite. Nach Ansicht des IWF hat die Türkei bereits die gesetzten geldpolitischen Ziele erreicht. Allerdings seien bei den Strukturreformen in der Realwirtschaft "weitere Anstrengungen in der kommenden Zeit notwendig".

(VWD, 16.10., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
jW	junge Welt
SN	Schaffhauser Nachrichten
VWD	Vereinigte Wirtschaftsdienste

Neuerscheinung

"Cenî" - Das Bulletin des Vereins Kurdisches Frauenbüro für Frieden erscheint ab sofort vierteljährlich und hat es zur seiner Aufgabe gemacht, über die Entwikklung der kurdischen Frauenbewegung zu informieren sowie die Vielfarbigkeit und den Willen der Frau zum Ausdruck zu bringen. Mit verschiedenen Artikeln soll das organisatorische, politische und praktische Entwicklungsniveau der kurdischen Frauenbewegung behandelt werden, damit auch in Europa eine Auseinandersetzung darüber stattfinden kann.

Kontakt und Abo: Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Grupellostr. 27, 40210 Düsseldorf; Tel/Fax: 0211-1711080/78

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 78
1. November 2002

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Schadenersatzforderungen an Familien von Guerilla-Mitgliedern

"Frieden statt Geldforderung"

Schadenersatzforderungen von getöteten, invaliden oder geschädigten Soldaten und Angehörigen vom Staat werden von Familien der Guerilla gefordert. Die Reaktion der Familien dazu lautet, "Statt Geld zu fordern sollten der Frieden sichergestellt werden."

Gegen die Mutter Saide Sevim, dessen Sohn Nimet Sevim wegen Mitgliedschaft in der PKK zu 36 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und im Gefängnis von Ceyhan sitzt, wird ein Schadensersatzprozess eingeleitet wird. Dieser wird durch den Gouverneur von Diyarbakir für die Familie eines, während einer bewaffneten Auseinandersetzung mit ihrem Sohn verletzten Soldaten, eingeleitet.
Sevim erzählt, dass einleitende Untersuchungen begonnen haben: "Gegen mich soll wohl ein Schadenersatzverfahren begonnen werden. Sie haben nach meiner finanziellen Situation und Eigentümern gefragt." Sevim bemerkt, dass ihr Sohn seit 15 Jahren im Gefängnis ist und unterstreicht, dass ihr Sohn nicht an der besagten Auseinandersetzung beteiligt war: "Wenn der Staat jetzt kommt und gegen meine Familie ein Schadenersatzverfahren durchführt, dann nenne ich dies Unrecht. Unsere wirtschaftliche Lage ist nicht gut, ich ernähre meine Kinder mehr schlecht als recht." Sevim hat sich an den IHD Diyarbakir gewandt.

Ein ähnlicher Vorfall hat sich in Dersim ereignet. In Cevizlidere beim Dorf Ulukale bei Çemizgezek starben bei einem Gefecht zwischen Soldaten und Guerilla am 8.Juni 1999 drei Guerillas und zwei Dorfschützer. Bahattin Göktürk, dessen Bäume wegen des beim Gefecht begonnenen Waldbrandes vernichtet wurden, verklagte den Staat auf Schadenersatz in Höhe von damals 175 Millionen Lire und gewann den Prozess.
Daraufhin setzte sich der Staat in Bewegung und verklagte wiederum die Familien der beim Gefecht getöteten PKK`ler Nazim Turgut und Nuray Yesil auf Bezahlung des Schadens von Göktürk und die Gerichtskosten einschließlich der Zinsen, insgesamt 1 Milliarde 273 Millionen Lire. Die Mutter Kehri Turgut sagt: "Erst töten sie meinen Sohn, dann fordern sie auch noch Geld. Wir haben kein Geld. Statt Geld zu fordern, sollten sie Frieden schaffen. Der Staat sollte für ein Ende der Schmerzen sorgen. Ich habe meinen Sohn verloren, aber es sollte niemandem mehr Schaden zukommen. Obwohl mein Sohn getötet wurde möchte ich einen Frieden und ein Ende des Blutvergießens. Unsere Schmerzen müssen ein Ende haben."

Der Vater von Nazim Turgut, der von dem Tod seines Sohnes erst 14 Tage später erfuhr, erzählt: "Als ich in Çemizgezek angekommen war, war mein Sohn schon auf Militärgebiet begraben worden. Von der dortigen Staatsanwaltschaft wurden mir Fotos vorgelegt, die nach dem Tod meines Sohnes von dem nackten Körper gemacht worden waren. Mein Sohn hatte keinerlei Schussverletzungen am Körper, daher gehe ich von einem Tod durch chemische Waffen aus." Vater Turgut liess die Leiche seines Sohnes vom Militärgebiet exhumieren und begrub ihn in ihrem Dorf Karalar in Sirnak. Er erzählt weiter: "Ich habe den Ort des Gefechtes gesehen, der felsig und gebirgig ist und es kann nicht die Rede von einem Wald sein sondern nur von trockenem Gras. Unsere Schmerzen mal beiseite, kann ich keinerlei vernünftige Gründe finden, um das Verhalten des Staates nachvollziehen zu können."

(ÖP, 27.10., ISKU)

Widerstand gegen Haftbedingungen und F-Typ-Zellen

KADEK-Gefangene im Hungerstreik

KADEK-Gefangene im E-Typ Gefängnis von Bitlis haben einen unbefristeten Hungerstreik begonnen womit sie gegen die "Verzögerung der Überführung ins Gefängnis Mus protestieren". I. Erenç, Sprecher der KADEK-Gefangenen teilt in der Erklärung mit, dass Mehmet Sayinyigit, Abdullah Yilmaz und Mevlüt Elmas eine Verlegung ins Gefängnis Mus gefordert hatten, diese aber trotz des Ablaufs von 2 Monaten willkürlich von der Gefängnisleitung verzögert wird. Die Gefangenen, denen nach der Forderung einige Rechte entzogen worden sind, teilen folgendes mit: "Unsere Briefe werden nicht abgeschickt. Die Zeitung Özgür Gündem wird uns entweder frühestens nach einer Woche übergeben oder je nach Willkür überhaupt nicht. Personen, die uns in unserer Zelle aufsuchen wollen, werden von der Gefängnisleitung bedroht und gehindert. Wenn wir uns wegen dieser Probleme an den 1.Direktor des Gefängnisses, Veysel Yüksel und seine Helfer wenden, werden wir bedroht. Obwohl dem Gefängnisverteidiger all dieses bekannt ist, schweigt er dazu." Die Gefangenen sagen, dass das Gefängnis eher zu einem militärischen Ausbildungslager umfunktioniert wurde und ergänzen: "Aus den Gründen der willkürlichen Verzögerung unserer Verlegung, der Repressionen und unmenschlicher Behandlung deren wir ausgesetzt sind, befinden wir uns vom 29.Oktober an in einem unbefristeten Hungerstreik."

Forderungen nach Beendigung des Sterbens

Eine Gruppe von ehemaligen Gefangenen, die wegen ihrer Teilnahme am Todesfasten erlittenen Behinderungen freigelassen worden waren, haben bei einem Besuch bei Feride Harman, die ihren Hungerstreik in der Freiheit weiterführt, eine Beendigung des Sterbens gefordert. Die Gruppe, die die am Todesfasten teilnehmende Feride Harman in ihrer Wohnung in Aksaray besuchten, forderten bei einer Presseerklärung die Aufhebung der Einzelzellen. Özkan Güzel, ehemaliger Teilnehmende am Todesfasten, der die Erklärung im Namen der Gruppe abgab machte darauf aufmerksam, dass sie wegen ihrer politischen Meinung ins Gefängnis kamen und mit den F-Typ Gefängnissen ein zweites Mal bestraft werden.
Özkan sagte mit dem Hinweis darauf, dass jeder Mensch etwas gegen die Einzelzellen tun muss: "Die Einzelzellen sind nicht nur ein Problem der Gefangenen in den F-Typ Gefängnissen. Isolationshaft ist das Problem jedes Menschen. Kein Mensch sollte zum Widerstand gegen Einzelzelle und Isolationshaft schweigen." Die Gruppe löste sich nach der Erklärung unter Beifall wieder auf.

(ÖP/DIHA 27./29.10., ISKU)

Meldungen

1 Million Menschen für DEHAP auf der Strasse

Am Sonntag vor den vorgezogenen Neuwahlen in der Türkei haben sich landesweit mehr als 1 Millionen Menschen an den abschließenden Wahlkundgebungen der DEHAP beteiligt. Allein in Istanbul kamen bis zu 500.000 Menschen zusammen und machten die dortige Kundgebung zur größten politischen Manifestation seit 25 Jahren. *(ISKU)*

Drei DEHAP`ler in Saray festgenommen

Drei Personen, die den Empfang eines DEHAP Konvois ins Stadtzentrum von Saray in Van vorbereitet haben, sind festgenommen worden. Die Gendarmerieeinheit der Wache Saray, die ins DEHAP-Büro der Sektion Saray kam, nahm den ehemaligen HADEP-Vorsitzenden des Landkreises, Mehmet Keskin, das ehemalige Vorstandsmitglied im Landkreis, Abdulkadir Ates und den Buchhalter der DEHAP im Landkreis, Yusuf Bilici, fest. Über die Begründung der Festnahme der Parteimitglieder, die zur Gendarmeriewache Saray gebracht wurden, wurden keine Informationen bekannt. *(DIHA, 29.10, ISKU)*

Erneuter Molotowangriff

In der Kreisstadt Akcakale bei Urfa wurde ein DEHAP-Wahlbüro in der Nacht von Unbekannten mit einem Molotowcocktail beworfen. Dabei entstand ein Feuer, in dem viele der im Büro befindlichen Gegenstände und Materialien verbrannten.
(ÖP, 28.10., ISKU)

Die Menschen sollen zu offener Wahl gezwungen werden

Der Ortsvorsitzende der DEHAP von Agri, Atilla Özbay, wandte sich mit der Information an die Bezirkswahlkommission, es gebe Erkenntnisse, dass in den Dörfern Asagi Küpkiran, Kalender, Saridogan, Besiktepe, Alarap, Yazici, Oglakli und Murat die Bevölkerung zu offenen Wahlen gezwungen werden solle. Die Bezirkswahlkommission, die das Anliegen behandelte, erklärte, dass sie schon vorher Informationen erhalten habe, dass bestimmte Personen und Gruppen unter Ausübung von Druck offene Wahlen herbeiführen wollten.
(ÖP, 28.10., ISKU)

Weitere Nachrichten zu den Wahlen in der Türkei sind im Nachrichtenbulletin des Kurdistan Informations-Zentrum unter:
www.nadir.org/kiz/
zu finden.

"Jungfräulichkeitstests" an Gefangenen erstmals Thema eines Prozesses

"Du lässt dich kontrollieren oder..."

Die 16jährige D.F wurde am 30.Juni 2001 in Gevas/Van von Soldaten der Gendarmeriewache Yoldöndü mit der Begründung, PKK-Mitglied zu sein, festgenommen und nach Ihrer Verhaftung zur Jungfräulichkeitskontrolle gezwungen. Sie hat beim Strafgericht Van Beschwerde gegen den Leitenden Gendarm wegen "Verletzung der Dienstpflicht" eingereicht. Mit dieser Klage ist die in der Region häufig stattfindende "Jungfräulichkeitskontrolle" erneut an die Tagesordnung gekommen.

Die Staatsanwaltschaft hat die Beschwerde der von der Beschuldigung freigesprochenen D.F. untersucht und gegen einen Soldaten beim Strafgericht Van wegen "Verletzung der Dienstpflicht" nach § 228/1 des türkischen Strafgesetzes ein Verfahren eingeleitet.

Die Anwältin von D.F., Reyhan Yalçindag erklärte, dass die Verfahrenseröffnung nur gegen einen Soldaten nicht akzeptiert werden kann, sondern dass auch gegen die Verantwortlichen bei der Gendarmerie und die bei ihrer Mandantin die Jungfräulichkeitskontrolle durchführenden Ärzte ein Verfahren eingeleitet werden muss. Ein Verfahren gegen die Ärzte sei vom Leitungsinstitut Van nicht erlaubt worden. Sie ergänzte, dass auch die Ärzte wie die Verantwortlichen der Gendarmerie eine Straftat begangen haben, und dass die Ärzte die vom Innenministerium erlassene Verordnung zu Jungfräulichkeitskontrollen verletzt haben.

Die Frauen kennen ihre Rechte nicht

Yalçindag erklärte, dass die im Oktober 1998 vom Justizministerium verkündete Verordnung 27/123 in Bezug auf "Fotoaufnahmen während einer Autopsie, vaginale und anale Untersuchungen" in der Realität nicht umgesetzt wird und unterstreicht, dass eine zwangsweise Durchführung der Jungfräulichkeitskontrolle bei den Frauen eine Rechtsverletzung darstellt. worüber aber die Frauen keine hinreichende Kenntnis besitzen. Yalçindag erwähnt, dass Jungfräulichkeitskontrollen sogar bei verstorbenen Frauen durchgeführt werden. Sie sagt: "Für die Frauen, die festgenommen und ins Untersuchungszimmer geführt werden, stellt dies eine psychologische Folter dar und sie versuchen oftmals, diesen Zustand zu verschweigen. Denn sie glauben, dass sie von der Gesellschaft gedemütigt oder ausgestoßen werden." Yalçindag wies auf das häufige Stattfinden der Jungfräulichkeitskontrollen in der Region hin: "Aufgrund unserer Untersuchungen in den Gefängnissen wissen wir, dass bei nahezu allen Frauen die Jungfräulichkeitskontrolle durchgeführt worden ist. In den letzten Tagen hatten sich zwei Frauen im Gefängnis in Mus an uns gewandt, die dies erleben mussten. Vor allem in Mardin ist dies allgegenwärtig."

Mehr als 90 %

Die Vorsitzende der Frauenkommission der Anwaltskammer Diyarbakir, Rechtsanwältin Meral Danis betont, dass die nach Anträgen weiblicher Gefangenen durchgeführten Untersuchungen gezeigt haben, dass diese in den letzten Jahren vor allem in den kurdischen Gebieten menschenunwürdigen Vorgehensweisen ausgesetzt sind. Die meisten solcher Verletzungen finden während der Festnahme statt. Danis: "Jungfräulichkeitstest sind abhängig vom Einverständnis der Frauen. Ansonsten stellt es eine Rechtsverletzung dar. Leider trifft dies in der Türkei bei mehr als 90 % zu. Dies ist weder moralisch noch gesetzlich zu vertreten." Sie haben auf Wunsch der Frauen in den E-Typ Gefängnissen von Mus, Midyat, Batman und Diyarbakir Untersuchungen zu diesem Thema begonnen. Wenn die betroffenen Frauen den Antrag stellen, legen sie Beschwerden für sie ein, sagte Danis. Sie wies aber darauf hin, dass viele Beschwerdeanträge ergebnislos eingestellt werden. Sie sagt: "Im letzten Jahr haben wir bei einem Antrag wegen der Ausschöpfung des hiesigen Rechtsweges den Fall vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgetragen."

Rechtsanwältin Danis unterstreicht, dass gegen die Frauen mit der Aussage "...entweder lässt du dich kontrollieren oder du hast keinerlei rechtliche Möglichkeiten bei einer Freilassung..." Druck ausgeübt wird und ergänzt weiter, dass noch nicht einmal minimale Standards der Vereinigten Nationen und der Europäischen Union von der Türkei erfüllt werden.

Türkisches Strafgesetz wird verletzt

Rechtsanwältin Ayla Akad sagte, dass mit der Zwangsweisen Durchführung der Jungfräulichkeitskontrollen bei den Frauen die §§ 243 und 245 des türkischen Strafgesetzes verletzt werden. Akad, die auf eine Durchführung der Kontrolle trotz fehlenden Einverständnisses der Opfer sogar bei den Verheirateten hinweist, sagt: "Es gibt keinen rechtlichen Zwang hierzu. Es dient vollkommen der Erniedrigung, Einschüchterung und Demütigung." Akad fordert, dass geschlechtsspezifische Gewalt ins türkische Strafgesetz aufgenommen werden muss und dass dies bei Anschuldigungen gegen Personen miteinbezogen werden muss.

(ÖP, 27.10., ISKU)

KADEK- und PJA-Prozesse in der Türkei

Der Prozess gegen 4 Personen, die 1996 in Lice/Amed festgenommen wurden, fand vor der 2.Kammer des Staatssicherheitsgerichtes in Diyarbakir statt. Während die inhaftierten Vedat Elçin, Recep Çelik, Halis Geçgel und ihre Anwältin Meral Danis am Prozess teilnahmen, war der nicht inhaftierte Seref Aslan nicht anwesend. Danis sagte in ihrer Verteidigungsrede: "Mein Mandant Halis Geçgel gibt die Parteimitgliedschaft zu, aber da er nicht an bewaffneten Aktionen teilgenommen hat, beantragen wir die Verurteilung anhand des §168/2. Gegen Recep Çelik liegen keinerlei Beweise vor. Daher beantrage ich für meinen Mandanten einen Freispruch." Nach einer kurzen Unterbrechung sprach das Gericht gegen die Angeklagten anhand des §125 des türkischen Strafgesetzes wegen Separatismus das Urteil aus. Das Gericht verurteilte Çelik und Geçgel zu lebenslangen Gefängnisstrafen, wobei das Urteil gegen Geçgel auf 16 Jahre und 4 Monate verkürzt wurde. Seref Aslan und Elçin wurden freigesprochen.

Auch in den Prozessen gegen 11 Personen wegen angeblicher "Teilnahme an Sprengstoffanschlägen im Hayal Cafe in Istanbul Beyoglu und im Sehit Mustafa Burcu Park in Istanbul Avcilar, bei dem eine Person getötet und 32 verletzt wurden", wurden die Urteile gesprochen. Das Gericht verurteilte Nuray Bilici, Sabriye Çiftçi, Fatma Kaya und Ercan Kiliç wegen "Unterstützung der KADEK" zu je 17 Jahren und 6 Monaten Gefängnis und Sedat Adalmis wegen dem "Vorhaben eines Sprengstoffanschlags" zu 19 Jahren und 7 Monaten. Erkan und Sinan Karabay, Oktay Kalaç und Seyfettin Çetin wurden wegen "Unterstützung von KADEK-Mitgliedern" zu je 5 Jahren verurteilt.

Der Prozess gegen Zahide Durgun und Sükriye Beyter hat begonnen. Sie waren zu Familienbesuchen von Südkurdistan nach Hakkari gekommen und dort mit der Begründung "Mitglied in der Freien Frauen Partei (PJA) zu sein" verhaftet worden.

Zum Prozess vor der 1.Kammer des Staatssicherheitsgerichtes in Van waren die zur Zeit im E-Typ Gefängnis in Mus einsitzenden Zahide Durgun und Sükriye Beyter, sowie 5 weitere Personen, die beschuldigt werden "die Partei durch Unterschlupf und Verpflegung unterstützt" zu haben und ihr Anwalt Mikail Demiroglu anwesend. Die Angeklagten wiesen die Beschuldigung der Parteimitgliedschaft ab und sagten, dass ihre Aussagen zur politischen und militärischen Ausbildung unter Folter erzwungen worden sind. Die erlittene Folter können sie mit Attesten nachweisen. Der Anwalt der Inhaftierten wies darauf hin, dass die unter Folter erlangten Aussagen nicht in die Akten aufgenommen werden sollten. Der Prozess wurde vertagt. *(ÖP, 25.10., ISKU)*

3 Tote durch Panzerfaustgranate in Hozat

Durch die Explosion einer Panzerfaustgranate, die sie auf der Müllhalde in Hozat/Dersim gefunden hatten, starben drei Kinder. Drei weitere Personen wurden verletzt. Fünf Kinder, die eine auf der Müllhalde gefundene Panzerfaustgranate für Aluminium hielten brachten diese in die Stadt, um sie dem Schrotthändler Hidir Celik zu bringen. Durch die Explosion der Granate vor dem Laden starben Ergün Aslan (14), Gürkan Günel (15), Ugur Günel (14) an Ort und Stelle. Die Schwerverletzten Murat Dogan (14), Hayri Çiçek (12) und Hidir Çelik (27) wurden mit dem Hubschrauber ins Staatskrankenhaus Elazig geflogen. Der Gouverneur Mustafa Erkal flog mit dem Hubschrauber zum Ort des Geschehens und leitete Untersuchungen ein, die andauern.

(ÖP, 29.10., ISKU)

US-Delegation besucht Krankenhäuser in Mardin und Batman

Dr.Necdet Ipekyüz, Vorsitzender der regionalen Ärztekammer in Diyarbakir, teilte mit, dass eine ausländische Delegation im Vorfeld eines eventuellen Angriffs der USA auf Irak Hotels und Krankenhäuser in Mardin und Batman inspiziert... *(DIHA, 25.10., ISKU)*

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Termine

Die kurdische Frage und Europa...

Nach den Wahlen in der Türkei
Vor einem möglichen Krieg im Irak
Podiumsdiskussion mit:
Akin Birdal
Sprecher des demokratischen Wahlbündnisses DEHAP sowie Vorsitzender der Partei der Sozialistischen Demokratie (SDP)
Heidemarie Lüth
stellv. PDS Vorsitzende
Prof. Dr. Normen Paech
Völkerrechtler und Beobachter der Wahlen in der Türkei

am **6.11.2002** um **18.30 Uhr**
im: **Rudolf-Steiner-Haus**
(Mittelweg 11-12, **Hamburg**)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 79
8. November 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK-Erklärung zum Ausgang der Parlamentswahlen in der Türkei

Der demokratische Aufstand wird weitergeführt

Die Notwendigkeit zur Überwindung des vorhandenen Systems besteht weiterhin - so der KADEK-Prasidialrat in seiner Erklärung zu den Parlamenzswahlen in der Türkei. Den Stützpfeilern des bisherigen politischen Regimes, den Parteien DSP, ANAP, MHP und DYP, wurde die Legitimität entzogen - sie ziehen nicht wieder ins Parlament ein. Auch das neue Parlament vertritt nur 47% der Wählerinnen und Wähler - wobei 25% nicht an der Wahl teilgenommen haben, darunter viele KurdInnen, denen die Teilnahme mit repressiven Massnahmen verwehrt wurde.
In der Erklärung wird folgendes mitgeteilt: "Das schon heute in seiner Legitimität angezweifelte Parlament wird Schritte einleiten, die seine Zukunft bestimmen werden und die im Sinne einer Demokratisierung sind. Daher werden alle Kreise der Gesellschaft das Vorgehen des Parlamentes beobachten und dementsprechend dessen Zukunft festlegen. Ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit einer Überwindung dieses Regimes ist, dass die CHP trotz großer Unterstützung durch Staat und Kapitalkräfte keinen wirklichen Siegeszug feiern konnte."

Es wird nicht langlebig sein
Der Präsidialrat der KADEK bewertet den Erfolg der AKP wie folgt: "Der Erfolg der AKP ist als eine Reaktion auf das Regime zu bewerten, die nicht andauern wird. Und wenn man desweiteren die 25 % NichtwählerInnen einbezieht, kann man davon sprechen, dass sich das derzeitige Regime in einer Übergangsphase befindet. Somit ist die Wahl vom 3.November in jeder Hinsicht diskussionsbedürftig. 25% der Wähler haben ihre Stimme nicht genutzt. Von 31 Millionen Wählern werden 16 Millionen im Parlament vertreten. Dies wiederum heisst, dass 47 % der Wählerstimmen im Parlament vertreten sind. Wenn die Nichtwähler ebenfalls einberechnet werden, heisst das, dass 60 % des Volkes nicht im Parlament vertreten sind. Und insbesondere die, die aus den kurdischen Provinzen ins Parlament gewählt worden sind, werden nur von 20% der dortigen Stimmen unterstützt. Also sind 80% des dortigen Volkswillens nicht im Parlament vertreten. In Hinsicht auf all diese Fakten können wir also ernsthaft die Legitimität des Parlamentes in Frage stellen. Es ist nicht zu erwarten, dass ein derart umstrittenes Parlament sehr langlebig sein wird."



Repressalien gegen DEHAP haben das Ergebnis beeinflusst
Der Präsidialrat der KADEK weist auch auf die Anstrengungen hin, eine Vertretung des kurdischen Volkes und der demokratisch-linken Kräfte zu verhindern: "Die Versuche des Verbotes der HADEP und die einige Tage vor der Wahl begonnenen Diskussionen über eine Teilnahme der DEHAP an den Wahlen haben das Ergebnis beeinflusst." Im weiteren Verlauf der Erklärung macht er darauf aufmerksam, dass die Wahlunterlagen tausender WählerInnen für ungültig erklärt wurden und dass in den ländlichen Gebieten die regionalen Verantwortlichen, Dorfschützer und Stammesführer das Volk unter Druck gesetzt haben, damit diese DEHAP keine Stimme geben. KADEK hält es für "auffällig", dass abgegebene Wahlstimmen in solch hoher Zahl für ungültig erklärt wurden und erklärt weiter: "Wir können davon ausgehen, dass die Hälfte der für ungültig erklärten Stimmen der DEHAP zugesprochen werden können. Die Stimmen für DEHAP, die bei ca. 9 % liegen würden, wurden bewusst bei 6% gehalten. Sowohl die Vorgänge um die Stimmen, als auch die hohe Wahlhürde sorgen dafür, dass das kurdische Volk und die demokratisch-linken Kräfte nicht im Parlament vertreten sind. Daher ist das neue Parlament nicht Vertreter des kurdischen Volkes."

Macht wurde geprobt
Der Präsidialrat der KADEK machte auch auf folgende Punkte aufmerksam: "Die Schwäche bei der organisatorischen Arbeit hat die potentielle Kraft, die in Bewegung gesetzt werden könnte, begrenzt. Konkrete Ergebnisse der eigenständigen Volksbewegung wurden aufgrund dieser organisatorischen Schwächen nicht erzielt. Trotz allem hat die Wahlkampagne einen gewissen Erfolg vorweisen können. Vielzählige Aktivitäten, Bewusstseinsbildung beim Volk, Sammlung von Erfahrung und die Grundlagen der Organisierung sind eine Basis für die erfolgreiche Zukunft. Noch wichtiger, es ist die Schaffung des Blockes der Arbeit, des Friedens und der Demokratie erreicht worden. Wir können auch sagen, dass das Vorhandensein einer Kraft zur Macht geprobt wurde. Nachdem organisatorische und andere Mängel behoben worden sind, wird sowohl bei den anstehenden Regionalwahlen, als auch bei den unwiderruflich erneut an der Tagesordnung stehenden Parlamentswahlen ein grosser Erfolg möglich sein.
(ÖP, 5.11, ISKU)

DEHAP wurde in vielen Städten stärkste Kraft

Auch wenn die DEHAP mit 6.2% - das sind immerhin fast 2 Millionen Stimmen - den Einzug ins türkische Parlament verfehlte, zeigt ein Blick auf die Wahlergebnisse in den einzelnen Bezirken und Städten eine deutliche Steigerung gegenüber dem Ergebnis der HADEP bei den Wahlen von 1999.
In 17 Provinzen konnte die DEHAP das Ergebnis von 1999 übertreffen.
Während die Stimmen für die DEHAP in Sirnak um 21%, Dersim 19,2%, Bitlis 15, 8%, Mardin 14,4%, Amed 10,2%, Siirt 10,1%, Bingöl 9,3%. Mus 7,2%, Van 5.1%, Batman 3.7%, Sanliurfa 2.8%, Igdir 2.8%, Erzurum 2.5%, Kars 2% und in Agri um 1.2% zunahmen, erlitt DEHAP nur in der Provinz Hakkari Stimmenverluste.
In nahezu allen kurdischen Städten wurde die DEHAP stärkste Kraft. Das beste Ergebnis mit 56,8% erzielte sie dabei in Amed; aber auch in (der Stadt) Hakkari (52,9%), Sirnak (49,3%), Batman (45,3%), Mus (41,4%), Van (40,8%), Mardin (40,5%), Agri (35%), Bitlis (33,5%), Siirt (32,4%), Dersim (30,2%) und weiteren Städten wurde sie mit großem Abstand zur stärksten Kraft - ohne jedoch dadurch einen einzigen Sitz im Parlament zu erzielen.
(ISKU)

Meldungen

Strafantrag gegen ehrenamtlichen Mitarbeiter einer Suchmaschine
Das Staatssicherheitsgericht Ankara hat Strafantrag wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegen den ehrenamtlichen Editör einer Suchmaschine im Internet gestellt. Dem Studenten der Firat Universität wird vorgeworfen, in der Rubrik "Kurden" auch Links auf Web-Sites aufgenommen zu haben, die als Ausläufer der KADEK charakterisiert werden und deren Positionen vertreten. Im persönlichen Computer des Studenten fanden sich der Anklageschrift zudem e-mails mit Propaganda der KADEK. Gefordert wird ein Strafmaß zwischen viereinhalb und siebeneinhalb Jahren Haft. *(Aksam, 3.11., ISKU)*

Oberste Polizeibehörde veröffentlicht Bericht zum Menschenrechtsschutz bei der Polizei
Nach dem Eindruck der Tageszeitung Aksam trägt der Bericht, der neben einer Bilanz von Menschenrechtsverstößen durch die Polizei vor allem auch eingeleitete Maßnahmen und Reformen enthält, den Charakter einer Selbstkritik, wird doch offiziell eingeräumt, dass es Foltervorfälle gegeben habe. Der Bericht gibt die Zahl der seit 1990 eingeleiteten Untersuchungsverfahren wegen des Vorwurfs von Mißhandlungen gegen Polizeibeamte mit 9104, die der wegen Foltervorwürfen eingeleiten Verfahren mit 975 an. Ein Schwerpunkt der Vorwürfe ließe sich in der Zeit von 1990 bis 1993 feststellen. Als Ursache für Foltervorfälle, die als isolierte Einzelfälle angesehen und persönlich verursacht seien, gibt der Bericht den weder in der Gesellschaft noch bei der Polizei abgeschlossenen Bewußtseinsbildungsprozeß sowie den Wunsch mancher Polizisten an, trotz unzureichender technischer Ausstattung Schuldige festzustellen und festzunehmen.
(IP, 3.11., ISKU)

Landesweite StudentInnenproteste
In der ganzen Türkei fanden am 6 November zum 21. Jahrestag der Gründung des YÖK (Hochschulbehörde) Proteste statt. Tausende StudentInnen gingen mit folgenden Parolen "Schluss mit der Zusammenarbeit mit der Polizei", "Wir fordern demokratische Universitäten", "Wir fordern Bildung in Muttersprache", "Schluss mit Gebühren für Bildung", "Wir wollen keine F-Typ Universitäten"

Türkei - frei gewählt?

Fayik Yagizay ist 37 Jahre alt und Europavertreter der kurdischen Organisation HADEP, der stärksten Kraft im türkischen Wahlbündnis DEHAP, das mit 6,2 Prozent an der 10-Prozent-Hürde scheiterte.

Sie werfen der türkischen Regierung vor, die Wahlen in kurdischen Gebieten behindert zu haben?
Fayik: Die Behinderungen bei dieser Wahl waren geringer als in den Jahren 1995 und 1999. Dennoch gab es weiterhin Probleme. In mehreren Regionen wurden die Wahlhelfer unseres Bündnisses an ihrer Arbeit gehindert. Häufig wurden sie einfach durch Polizisten ersetzt. In einigen Dörfern mussten die Menschen ihre Stimme offen abgeben, in Gegenwart der Militärs und der Dorfschützer. Selbst einige europäische Beobachterteams durften Wahlbüros nicht betreten.
Können Sie Beispiele nennen?
In der Provinz Mardin wollte eine norwegische Delegation zusammen mit Vertretern einer lokalen Menschenrechtsgruppe die Wahl observieren. Sie wurden aber von Dorfschützern und Kandidaten anderer Parteien angegriffen. Dabei wurde der Leiter der Menschenrechtsgruppe im Beisein der Norweger verletzt.
Kam es zu vergleichbaren Angriffen auch gegen Vertreter anderer Parteien oder traf es nur die DEHAP?
Nein, andere Parteien waren von solchen Störungen kaum betroffen, manchmal haben uns, wie gesagt, sogar andere Kandidaten behindert.
Ich meine vor allem linke Parteien ...
Ich glaube, die hatten keine großen Probleme, zumindest habe ich nicht von Behinderung anderer Linker gehört.
Begannen die Schikanen gegen Sie erst während der Wahl oder schon vorher?
Darin liegt das eigentliche Problem - dass wir während der Wahlkampagne massiv eingeschränkt wurden. Der Premierminister griff uns verbal an, es gab Gerichtsprozesse, viele Kandidaten wurden abgelehnt, darunter auch DEHAP-Präsident Mehmet Abbasoglu, und Wahlbüros geschlossen. Zu den Medien hatten wir praktisch keinen Zugang, so dass der Eindruck erweckt wurde, wir wären gar nicht angetreten. Dem konnten wir nur große Demonstrationen entgegensetzen, mit bis zu 500000 Teilnehmern. Davon war in den Medien nichts zu sehen.
Sind auch Stimmzettel für die DEHAP verschwunden?
Es gibt Hinweise, dass Stimmzettel weggeworfen wurden. Das können wir aber zurzeit nicht beweisen. Den »Schwund« schätzen wir auf ein bis zwei Prozentpunkte. Das heißt, wir haben real bis zu acht Prozent erhalten und damit die 10-Prozent-Hürde wohl nicht geschafft. Wir sind aber sicher, dass wir aufgrund der Behinderungen während des Wahlkampfes unser Potenzial von über 10 Prozent gar nicht ausschöpfen konnten.
Wie bewerten Sie den Wahlsieg der islamistischen AKP?
Dieser Wahlsieg gleicht einem beispiellosen politischen Erdrutsch. Der bisherige Premier Ecevit erhielt nur noch 1,2 Prozent der Stimmen. Aber auch die neue Regierung ist auf die EU angewiesen. Deshalb glauben wir, dass sie eine moderate Politik betreiben wird. »Demokratisch« kann man die Regierung in keinem Fall nennen, denn 46 Prozent der Wählerstimmen sind nicht einmal im Parlament vertreten.
Befürchten Sie, dass nun die Repression gegen die Kurden zunehmen könnte?
Das denke ich weniger. Die DEHAP ist in 13 der 81 türkischen Provinzen stärkste Kraft. Das muss die Regierung berücksichtigen. *(ND, 6.11., ISKU)*

Wahl unter Gewehren

Die Enttäuschung stand vielen Bewohnern der Großstadt Diyarbakir im kurdischen Teil der Türkei ins Gesicht geschrieben. Zwar wurde die Demokratische Volkspartei DEHAP, unter deren Dach die prokurdische HADEP und zwei kleine türkische Organisationen als Block für Arbeit Demokratie und Frieden kandidierten, bei den Wahlen am Sonntag die mit Abstand stärkste Partei in den kurdischen Provinzen. Obwohl sie in vielen Orten und Städten über die Hälfte der Stimmen erhielt, war sie mit insgesamt 6,1 Prozent allerdings weit vom Sprung über die 10-Prozent-Hürde und dem Einzug ins Parlament entfernt.
Grund für dieses schlechte Abschneiden sind die fehlende Verankerung der Partei außerhalb der kurdischen Landesteile und vor allem die Behinderungen und staatliche Repression im Vorfeld der Wahl und am Wahltag. Tausende von gemeldeten Wählern in den kurdischen Provinzen hatten bis zum Wahltag trotz Protesten bei den zuständigen Behörden keine Wahlunterlagen erhalten. Allein in der Provinz Diyarbakir sollen mehrere Zehntausend Wähler so von der Wahl ausgeschlossen worden sein. Wie sich europäische Wahlbeobachter aus Menschenrechtsorganisationen und Parteien wie der italienischen Rifondazione Comunista, der deutschen PDS und der norwegischen Arbeiterpartei in Gesprächen vor Ort überzeugen konnten, hatten Soldaten und die Polizei gerade die Bewohner kleinerer kurdischer Ortschaften in den Tagen vor der Wahl besucht und ausdrücklich davor »gewarnt«, für die DEHAP zu stimmen. »Wir räumen sonst euer Dorf«, hatte die Armee nach Aussagen vieler Bewohner von Dörfern angedroht. Die Aghas, feudale Großgrundbesitzer, hatten Bauern die Vertreibung von ihrem Land angedroht, wenn sie nicht für die Partei des örtlichen Clanchefs stimmten. Vor den in Dorfschulen eingerichteten Wahllokalen waren am Wahltag schwer bewaffnete Soldaten aufmarschiert und zum Teil Panzer stationiert, um den Drohungen Nachdruck zu verleihen.
In mehreren Ortschaften zwangen Soldaten oder bewaffnete Dorfschützer innerhalb der Wahllokale die Wähler zur offenen Stimmabgabe. Berichten von unabhängigen Wahlbeobachtern und DEHAP-Vertretern zufolge füllten in einigen Orten die feudalen Clanchefs die Stimmzettel für Hunderte Wähler aus und ließen die erst zwei Stunden geöffneten Wahllokale schon um acht Uhr morgens wieder schließen. Andernorts wurden die Vertreter der DEHAP an dem allen Parteien gesetzlich garantierten Recht, bei der Auszählung der Stimmen als Beobachter anwesend zu sein, gehindert. Erst die Intervention der ausländischen Wahlbeobachter konnte in einzelnen Fällen dieses Recht durchsetzen.
Wenn auch die Repression nicht mit jener bei den Parlamentswahlen von 1999 zu vergleichen ist, kann zumindest in den kurdischen Gebieten der Türkei von einer freien Wahl nicht die Rede sein. Dass dennoch fast zwei Millionen Menschen unter den Augen der Armee der DEHAP ihre Stimme gaben, sollte dann auch Mut machen. *(jW, 6.11., ISKU)*

Türkischen Ex-Abgeordneten drohen Gerichtsverfahren

Viele der 550 Abgeordneten des türkischen Parlaments haben nach der Wahl ihre Immunität verloren. Gegen 129 von ihnen wird nun der Staatsanwalt ermitteln.
Auf 129 abgewählte Parlamentsabgeordnete wartet in der Türkei nach der Wahl die Staatsanwaltschaft. Unter ihnen ist auch die ehemalige Ministerpräsidentin Tansu Ciller.
Möglich werden die Ermittlungen, weil im neuen Parlament nur noch zwei Parteien vertreten sind und alle anderen Politiker nun ihre parlamentarische Immunität verlieren.
Etwa ein Viertel der türkischen Parlamentskandidaten war zudem vorbestraft - gegen die Gewählten unter ihnen darf nun ebenfalls nicht mehr ermittelt werden. Die AKP hat deshalb angekündigt, die Immunitätsvorschriften zu lockern. *(NZ, 5.11, ISKU)*

und "Wir werden nicht die Jugend der YÖK werden" auf die Strasse. In vielen Städten wie Ankara und Istanbul kam es zu Festnahmen und Verletzten. *(DIHA, 6.11., ISKU)*

180 Dorfschützer gaben ihre Waffen ab
In Gecitli in der Provinz Hakkari haben 180 Dorfschützer ihre Waffen aus Protest gegen die Festnahme ihrer Kollegen abgegeben. Die Festnahme war erfolgt, weil diese die DEHAP gewählt hatten. *(DIHA, 7.11., ISKU)*

96 Einwanderer auf griechischer Insel
Griechische Fischer und Beamte der Küstenwache haben 96 illegale Einwanderer auf einer Felseninsel nahe der Ägäisinsel Allonisos entdeckt. Die Menschen überwiegend kurdischer Abstammung wurden in der Hafenstadt Volos in Sicherheit gebracht. *(taz, 7.11., ISKU)*

Umwelt- und Menschenrechtsgruppen gegen Baku-Ceyhan-Pipeline
Mehr als 60 Gruppen kamen anläßlich eines Seminars in London zusammen, das vom britischen Oberhaus organisiert worden war. Die Ablehnung der Pipeline richte sich auf ihre Wirkung bei der globalen Erwärmung und dem Schüren von regionalen Konflikten. Der Bevölkerung in der Region brächte die Pipeline demgegenüber kaum Nutzen. *(Miliyet, 30.10., ISKU)*

Quellen:

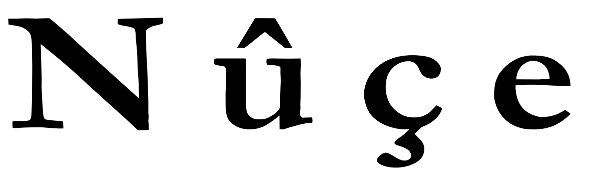
ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
ND	Neues Deutschland
NZ	Netzzeitung
IP	Istanbul Post

Termine

Berlin: Veranstaltung zu den Wahlen in der Türkei
Am 13.11.2002 werden Vertreter der Berliner Wahlbeobachterdelegationen über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichten.
Am **13.11.2002** um **19.00 Uhr** im **Haus der Demokratie und Menschenrechte** (Greifswalderstr. 4)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 80
15. November 2002



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abdullah Öcalan seit über 3 1/2 Jahren in strengste Isolation

Seit 4 Wochen ohne Besuch

Abdullah Öcalan befindet sich seit fast vier Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft. Kontakt zur Außenwelt besteht lediglich über die normalerweise einmal wöchentlich angesetzten einstündigen Besuche seiner Anwälte und Geschwister. Innerhalb der letzten sechs Wochen konnte nur ein einziger Besuch stattfinden; alle weiteren Gespräche wurden mit der Begründung verhindert, die Wetterbedingungen würden eine Überfahrt zur Insel nicht gestatten oder das Schiff habe einen Motorschaden.
Das Istanbuler "Rechtsbüro des Jahrhunderts", in dem die AnwältInnen von Abdullah Öcalan arbeiten, wandte sich mit einem Brief an die Europäische Kommission zur Verhütung und Verfolgung von Folter (CPT) sowie an amnesty international. Darin werden die Isolation und weitere Haftbedingungen beschrieben, die auf vielen Ebenen gegen geltendes Recht verstossen: "Statt die Lebensbedingungen zu verbessern und annehmbar zu gestalten, sind sie in den letzten zwei Monaten verschärft worden. Seit sechs Wochen haben wir unseren Mandanten lediglich eine Stunde besuchen können. In diesem Zeitraum konnten auch seine Familienangehörigen ihn nicht besuchen. In den Berichten des CPT wird festgestellt, dass die Isolation, der Herr Öcalan ausgesetzt ist, sowohl an und für sich negativ zu bewerten sei, als dass sie auch die Grundlage für eventuelle negative Erscheinung bezüglich der Maßnahmen bildet, die seine Lebensbedingungen regulieren. Diese Umstände verletzen sowohl geltendes türkisches Binnenrecht als auch die Artikel 3, 5, 6, 8 und 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Wir sind aufgrund dieser willkürlichen und diskriminierenden Haftbedingungen in tiefer Sorge um das Leben und die Gesundheit von Herrn Öcalan.
Wie das CPT in seinen Berichten feststellt, birgt die Isolationshaft eine ernsthafte Gefahr für die physische und psychische Gesundheit von Herrn Öcalan.
Angesichts der Tatsache, dass die von uns ausdrücklich begrüßten vorangegangenen Besuche seitens des CPT eine positive Auswirkung auf die Regierung hatten, fordern wir nunmehr, dass das CPT Herrn Öcalan im Verlauf seiner Haftzeit regelmäßig besucht und seine Beobachtungen und Empfehlungen hinsichtlich seiner Haftbedingungen in Berichten publiziert."
Verschiedene kurdische Institutionen, unter Ihnen das Kurdische Frauenbüro für Frieden und das Kurdistan Informations-Zentrum wandten sich in Erklärungen an die Öffentlichkeit und äusserten große Sorge um das Leben des KADEK-Generalsekrtärs.
Das Frauenbüro Ceni schreibt dazu in einer Presseerklärung: "Als Kurdisches Frauenbüro für Frieden sind wir in großer Sorge um das Leben von Abdullah Öcalan. Unser Anliegen ist, ein erneutes Aufflammen der Gewalt in Kurdistan und in der Türkei zu verhindern und einen bleibenden und würdevollen Frieden zu schaffen.
Abdullah Öcalan ist für das kurdische Volk ein Symbol der Hoffnung. Er steht für den Kampf um ein Leben in Würde und einen gerechten Frieden. Wie bei seiner Entführung in die Türkei im Februar 1999 deutlich wurde, haben Millionen von Kurdinnen und Kurden dieses Vorgehen als einen direkten Angriff auf sich selbst begriffen.
Kürzlich haben in der Türkei Parlamentswahlen stattgefunden. Die undemokratische Zehnprozenthürde sowie die Repression während der Wahlperiode haben zur Folge, dass fast 60 Prozent der Bevölkerung nicht durch das Parlament vertreten werden. Auch Frauen und der kurdische Bevölkerungsteil werden nicht parlamentarisch repräsentiert. Damit ist vorläufig der Weg versperrt worden, eine Demokratisierung auf parlamentarischem Weg voranzutreiben.
Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, die Entwicklungen in dieser gefährlichen Situation aufmerksam zu verfolgen und jeglichen möglichen Einfluss geltend zu machen, damit die Isolation Abdullah Öcalans umgehend aufgehoben wird."

(ISKU)

Erste Armeekonferenz der Frauenguerilla

Die Frauenguerilla der Volksverteidigungskräfte HPG, die zunehmend Erfahrung im Aufbau eines Heeres gewinnt, teilte im Rahmen ihrer ersten Konferenz mit, dass für sie ein Selbstverteidigungsrecht unter allen Umständen die Basis ist.
Die Konferenz, die im 10. Todesjahr der Guerilla Gülnaz Karatas (Beritan) vom 25.10 bis zum 1.11. in den Bergen Südkurdistans stattfand, wurde unter dem Motto "Miliant sein im Rahmen des Selbstverteidigungsrechtes, Befreiung im Sinne von Zilan und Beritan" abgehalten.
An der Konferenz, nahmen 153 Frauenguerillas und 51 ZuschauerInnen, darunter 17 Männer teil. Der Saal war mit Transparenten geschmückt, wie zum Beispiel: "Auch wenn wir die Kraft für einen Sieg über die gesamte Welt haben, werden wir nicht angreifen; wenn die gesamte Welt sich vereint und uns angreift, werden wir uns verteidigen", oder "die Gefallene Genossin Beritan steht für unsere Ehre der Freiheit". Im Saal hing ein von ihr geschriebenes Gedicht. Auf einem Tisch lag ein Stück des Felsbrockens, von dem sie während einer bewaffneten Auseinandersetzung 1992 mit der KDP in den Tod gesprungen war.
Die Konferenz, die mit einer militärischen Zeremonie begann, wurde nach einer Gedenkminute mit einer Eröffnungsrede von Gülizar Tural, Mitglied des Präsidialrates der KADEK eröffnet. Tural ging auf die Frauenbefreiungsbewegung ein, dass sie ihre Kraft aus der Führung schöpfe. Sie sprach über die Lösungsansätze für die Zukunft und führte aus, dass der Zweck der Konferenz die Schaffung einer Verbindung zwischen der kurdischen Frau und der Frau im Mittleren Osten sei. Sie zitierte den KADEK-Generalsekretär Abdullah Öcalan mit den Worten, dass "ein freies Leben mit einer freien Frau und einem freien Kurdistan" begonnen werde. Gülizar Tural bewertete die Arbeit der Armee und der Frauen damit, dass diese im Sinne von Gülnaz Karatas vertieft werden müsse und sich damit das Schicksal von Krieg oder Frieden entscheide. Dies könne nur durch eine organisierte, militärische Kraft. erreicht werden.
Die erste PJA-Konferenz der HPG wurde wie geplant fortgeführt. Es fanden zahlreiche Diskussionen unter den Delegierten statt.
Thema war auch hier das Selbstverteidigungsrecht. Die Frauenguerillas betonten, dass das Selbstverteidigungsrecht eine Eigenschaft eines demokratisch, zivilisierten Lebens sei und sie dies sowohl im Krieg als auch im Frieden anwenden werden. Thematisiert wurde auch die immer noch ausstehende Lösung der kurdischen Frage, sowie die erfolgreiche Umsetzung des "Meder Verteidigungsgebietes".

(ÖP, 11.11., ISKU)

Meldungen

Protestaktionen für Öcalan
In Siirt, Batman, Mersin, Van und Adana sind nicht genehmigte Proteste für den auf der Insel Imrali inhaftierten Generalsekretär der KADEK, Abdullah Öcalan, dem Besuche von seinen Anwälten nicht ermöglicht werden, durchgeführt worden. In verschiedenen Stadtvierteln von Adana versammelten sich Sonntag Abend mehrere Gruppen, die Feuer anzündeten und verschiedene Parolen riefen.
Auch in Batman, Siirt, Van und Mersin demonstrierten Gruppen mit Fackelzügen und Parolen gegen die Haftbedingungen von Öcalan. *(DIHA, 11.11., ISKU)*

Antrag der DYP auf Annullierung der DEHAP-Stimmen zurückgewiesen
Aufgrund unzureichendem Organisationsgrad zum Stichtag beantragte die DYP, die DEHAP im Nachheinein nicht zur Wahl zuzulassen und die für diese Partei abgegebenen Stimmen für ungültig zu erklären. Die DYP versprach sich von diesem Antrag den Sprung über die 10-prozentige Sperrklausel. Die Nationale Wahlkommission lehnte den Antrag jedoch unverzüglich ab, da bereits eine Prüfung in der selben Angelegenheit aufgrund des Einspruches des Generalstaatsanwalts am Kassationsgericht stattgefunden und die Zulassung der DEHAP nicht wiederrufen worden war. *(Aksam, 7.11., ISKU)*

Tansu Çiller und Mesut Yilmaz zurückgetreten
Am Tag nach der Wahlniederlage erklärten die Vorsitzenden von ANAP und DYP ihren Rücktritt vom Parteivorsitz. In den nächsten Tagen sollten die Parteigremien über den Zeitpunkt eines Parteikongresses zur Klärung der Nachfolgefrage entscheiden. Yilmaz erklärte, er werde sich völlig aus der Politik zurückziehen. Bisher wurde der Streit zwischen den beiden Vorsitzenden der konservativen Parteien als Haupthindernisgrund für deren Vereinigung angesehen. Bereits am Wahlabend hatte auch der Vorsitzende der nationalistischen MHP, Devlet Bahçeli seinen Rücktritt erklärt und einen Parteitag für das kommende Jahr angekündigt. Ministerpräsident Ecevit, der sich in einer Stellungnahme sehr enttäuscht über das schlechte Abscheneiden seiner Partei, der DSP, zeigte, hatte bereits vor den Wahlen erklärt, er werde den Parteivorsitz im kommenden Jahr niederlegen.
(Radikal, 5.11., ISKU)

17 Jahre Haft für die Gedankenfreiheit?

Für 15 Personen, unter ihnen Lale Mansur, Zuhal Olcay und der Musiker Sanar Yurdatapan wurden wegen ihrer Unterschrift für das Buch "Düsünce Özgürlük 2000" (Gedankenfreiheit 2000) Gefängnisstrafen von 8 Jahren bis 17 ½ Jahren gefordert.
Der ohne Haftbefehl festgenommene Sanar Yurdatapan, H.Ali Nesin und ihre Anwälte waren beim Prozess vor der 5.Kammer des Nationalen Sicherheitsgerichts in Istanbul anwesend.
Der Oberstaatsanwalt des Nationalen Sicherheitsgerichtes Istanbul forderte wegen der Unterschrift für das Buch "Düsünce Özgürlük 2000" Gefängnisstrafen von 8 Jahren bis 17 ½ Jahren mit der Beschuldigung "Gefahr für die öffentliche Ordnung und Volksverhetzung, aufgrund der Anlehnung an soziale Klassenunterschiede, Konfessionen oder regionaler Unterschiede", "Widersetzung gegen das Terrorgesetz" und "Unterstützung für KADEK, trotz Wissens über deren Organisation" für Mehmet Sanar Yurdatapan, Cengiz Bektas, Yilmaz Ensaroglu, Siyami Erdem, Vahdettin Karabay, Ibrahim Ömer, Madra Etyen Mahçupyan, Ayse Lale Mansur, M. Atilla Maras, H. Ali Nesin, Zuhal Olcay, Hüsnü Öndül, Yavuz Önen, Erdal Öz und Salim Uslu.
Während H. Ali Nesin erklärte, dass er keine Verteidigung für sich vorbringen wolle, sagte Sanar Yurdatapan: "Ich wiederhole meine früheren Verteidigungen". Die Rechtsanwälte forderten zusätzliche Verfahrenszeit. Das Gericht akzeptierte dies und vertagte die Verhandlung. *(ÖP, 8.11., ISKU)*

Morddrohungen gegen DEHAP-Aktivisten

Während der türkischen Parlamentswahlen am 3. November berichteten ausländische Pressevertreter von Übergriffen der Sicherheitskräfte auf Mitglieder und Anhänger des prokurdischen Parteibündnisses DEHAP. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ist nun besorgt um die Sicherheit von sieben Anhängern und Mitgliedern der Linkspartei in der kurdischen Provinz Mardin im Südosten der Türkei.
Grund sind fortgesetzte Übergriffe von Angehörigen der Gendarmerie und der im Aufrag der Regierung in Ankara tätigen Dorfschutzmilizen. Nachdem bereits während des Urnengangs Wahlbeobachter durch Schläge so schwer verletzt worden waren, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, kam es auch in den Tagen nach der Abstimmung in der Provinz Mardin zu weiteren Mißhandlungen von DEHAP-Aktivisten.
Auch mutmaßliche Anhänger der DEHAP sind in den vergangenen Tagen ins Visier staatlicher Stellen geraten. »Alaatin Ari hat Berichten zufolge von Angehörigen der örtlichen Gendarmerie Morddrohungen erhalten, nachdem er mit einer Delegation von Wahlbeobachtern aus Norwegen gesprochen hatte«, erklärte Amnesty. Gegenüber den Norwegern habe Alaatin Ari erklärt, daß Dorfbewohner von der Gendarmerie unter Druck gesetzt worden seien, nicht die DEHAP, sondern die rechtsextreme MHP zu wählen.
In den kurdischen Gebieten der Türkei sind seit langem Mitglieder und Anhänger prokurdischer Parteien, von denen in der Vergangenheit mehrere wegen »Separatismus« von den Behörden verboten wurden, immer wieder in Gefahr, »von Angehörigen der Sicherheitskräfte schikaniert, inhaftiert und mit dem Tode bedroht zu werden«, bilanziert ai. Der Menschenrechtsorganisation liegen zahllose Berichte vor, denen zufolge Mitglieder der bekanntesten pro-kurdischen Partei HADEP in der Haft mißhandelt und gefoltert worden sind. Als ein Beispiel von vielen erinnert ai an den Fall der beiden führenden HADEP-Mitglieder aus der Stadt Silopi, Serdar Tanis und Ebubekir Deniz. Nachdem sie im Januar vergangenen Jahres eine Gendarmeriewache aufgesucht hatten, »verschwanden« sie. Seitdem fehlt von den beiden Männern jede Spur. *(jW, 13.11, ISKU)*

"Wir werden ein Massaker nicht zulassen"

Mitglieder der Antikriegsplattform Ankara erklärten bei einem Protest gegen den wahrscheinlichen Angriff der USA auf Irak, dass "Bush und seine Bande mit der Aussage "Krieg gegen den Terror" die Ermordung von 22 Millionen Irakern vorbereitet"
Eine Gruppe von Mitgliedern der Antikriegsplattform Ankara hat auf der Sakarya Strasse gegen den Angriff der USA auf Irak protestiert. Sie trugen Plakate mit den Schriften "Nein zum Krieg, wir werden keine amerikanischen Soldaten sein", "Wir sind nicht Legionäre der USA", "Wir haben kein Leben zu verkaufen und kein Blut für euch Imperialisten". Dichter und Fotograf Mehmet Özer sagte im Namen der Gruppe, dass die USA die Tage für einen Angriff auf Irak zählt und Bush die gesamte Welt zum Kompagnon seines Massakers im Irak machen will. Özer wies darauf hin, dass Bush und seine Bande mit dem Vorwand "eines Gegenkrieges gegen den Terror" die Ermordung von 22 Millionen Irakern vorbereitet und sagte: "Die eigentlichen Terroristen sind die USA, die nicht davor zurückschrecken, für Öl ein Massaker durchzuführen." Er unterstrich, dass die Türkei in den Kriegsplänen eine zentrale Rolle spielt und sagte: "Die Türkei soll bei diesem Massaker zu Kompagnon gemacht werden. Wir wollen nicht für Öl sterben." Mit der Erklärung, dass der Krieg Unterdrückung und Massaker bedeutet, rief Özer im Namen der Antikriegsplattform Ankara dazu auf, sich zu vereinen und sich dem Krieg zu widersetzen. Nach der Erklärung wurden noch einige Parolen wie "Wir wollen keine amerikanischen Soldaten sein", "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker" und "Schweige nicht, rufe "Nein" zum Krieg". Die Gruppe löste sich dann ohne Zwischenfälle auf. *(DIHA, 9.11., ISKU)*

4 Kinder bei militärischer Übung verletzt

Nach Informationen, die der Reporter der DIHA in Erfahrung bringen konnte, hat sich der Vorfall in der Nähe des Dorfes Yayginyurt am Fuße des Berges Ararat ereignet. Die Kinder Haci Irvan, Emrah (5), Melek(7), ein weiteres, dessen Name noch unbekannt ist und die stumme Necla Bitirge(10) wurden durch ein brennendes Fass, dass bei einer militärischen Übung als Zielscheibe genutzt wurde, verletzt. Die Kinder, die Verbrennungen an Händen und im Gesicht erlitten, wurden ins Krankenhaus in Dogubeyazit gebracht. Von dort wurden sie zunächst ins Staatskrankenhaus und später in die Spezialklinik Erzurum gebracht, wo sie behandelt werden.

"Soldaten verantwortlich"

Resul Bitirge, dessen zwei Kinder bei dem Vorfall verletzt wurden, sieht die Verantwortung des Vorfalles bei den Soldaten. Er berichtet, dass die Übungen der Soldaten 40-50 Meter vom Dorf durchgeführt wurden. Durch Beschuss auf das Fass fing dieses Feuer und verletzte die sich in der Nähe befindlichen Kinder. Die Soldaten weigerten sich, die Kinder ohne Befehl ins Krankenhaus zu bringen. Die Kinder wurden dann mit eigenen Mitteln ins Krankenhaus gebracht. Der Vater von Necla Bitirge machte darauf aufmerksam, dass ein militärischer Verantwortlicher zugesagt hatte, die Kinder in einem Militärkrankenhaus behandeln zu lassen Dies hat sich in Erzurum aber nicht bewahrheitet. *(DIHA, 9.11., ISKU)*

Großrazzia in München

In einer großangelegten Durchsuchungsaktion hat der Münchner Staatsschutz am Donnerstag ab sechs Uhr früh stundenlang den kurdischen Kulturverein Med-Kulturhaus sowie ca. 20 Privatwohnungen von Vereinsmitgliedern durchsucht. Dabei wurden eine Vielzahl von Computern, Mobiltelefonen, Kontoauszügen und Zeitschriften beschlagnahmt. Etwa 30 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Am frühen Abend befanden sich bis auf eine Person alle wieder auf freiem Fuß.
In den Vereinsräumen tauschte die Polizei anschließend die Türschlösser aus.
Laut Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts München sei der Grund für diese Großrazzia, dass "die Beschuldigten als Mitglieder des Vorstands des Vereines bzw. als finanzielle Unterstützer des Vereines verdächtig" seien, im Jahre 2001 die PKK bzw. "deren Teilorganisation ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) unterstützt und somit gegen das "Betätigungsverbot nach dem Vereinsgesetz verstoßen zu haben" *(ISKU)*

Disziplinarstrafe für 171 StudentInnen im Muttersprachenprozeß aufgehoben

Aufgrund der Anträge von 171 StudentInnen für die Aufnahme von Kurdisch als Wahlfach vor dem Verwaltungsgericht Van hat diese die Disziplinarstrafen des Rektorats der Universität Yüzüncü Yil gegen die StudentInnen aufgehoben. *(DIHA, 8.11., ISKU)*

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichtenagentur
jW junge Welt

Termine

Hamburg: Veranstaltung zu den Wahlen in der Türkei

Am 19.11.2002 werden VertreterInnen der Hamburger Wahlbeobachtungsdelegation über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichten.
Am **19.11.2002** um **19.30 Uhr** im **Café der Kurdistan Solidarität** (B5, Brigittenstr.5, Hamburg-St.Pauli)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 81
22. November 2002

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abdullah Öcalan über die Türkei nach den Wahlen

Demokratische Rechte ausschöpfen

Abdullah Öcalan, dem für eine längere Zeit der Besuch seiner AnwältInnen verwehrt wurde, konnte in der vergangenen Woche erstmal wieder im Rahmen eines Besuchs eine Erklärung zu den letzten Ereignissen in der Türkei abgeben. Zuvor war seiner Familie und seinen AnwältInnen der zugesicherte wöchentliche Besuchstermin über einen Zeitraum von vier Wochen veweigert worden (sieher Nuce Nr. 80). Auch der für den vergangenen Donnerstag geplante Besuch seiner AnwältInnen wurde "aufgrund schlechter Witterungsverhätnisse" abgesagt.
Für die jüngsten Repressalien gegen ihn und für die Verschärfung der Isolationshaft machte er jene Kräfte verantwortlich, die gegen die demokratische Linie sind und einer Veränderung der Türkei im Weg stehen.

Öcalan, der auch die Wahlergebnisse bewertet hat, forderte vom AKP Chef Recep Tayip Erdogan, dass dieser die vom Volk übertragene Chance gut nutzt. Er betonte, dass Erdogan innerhalb einer kurzen Zeit verlieren wird, wenn er demokratische Reformen nicht vorrangig behandelt.
Öcalan unterstrich, dass Erdogan vor allem die 10%-Hürde aufheben muss, die gegen die KurdInnen steht. Er fordert auch die Öffnung demokratischer Wege für die Politik, da die KurdInnen ihre Politik auf demokratischer Ebene fortführen wollen.
Für den Fall einer Nichtrealisierung demokratischer Schritte der Regierung sagt Öcalan: "Falls solche Schritte nicht eingeleitet werden, stelle ich dem KADEK frei, sich für Krieg, Frieden oder einen anderen Weg zu entscheiden. Die demokratischen Rechte sollten bis zum Schluss ausgeschöpft werden. Ich versuche seit vier Jahren von hier aus einen demokratischen Frieden zu entwickeln. Ich habe viele Anstrengungen unternommen, um den versperrten Weg zu öffnen. Man sollte von mir nicht mehr erwarten. Mein Gesundheitszustand und meine physischen Vorrausetzungen erlauben mir nicht mehr."

"Unsere Demokratie wird sich auf der Grundlage der freien Kommunen entwickeln"
Abdullah Öcalan, Generalsekretär des KADEK, wies darauf hin, dass in Zukunft die regionale Verwaltung an Wichtigkeit zunehmen wird und sagte weiter, dass eine Bewegung der freien Kommunen entwickelt werden muss.

Öcalan fordert auch die Einrichtung spezieller Universitäten unter Führung der Intellektuellen, die demokratisch und wissenschaftlich Sprache, Kultur und Kunst fördern. Er wies auch darauf hin, dass alle Bereiche des Lebens demokratisch gestaltet werden müssen und sagte: "Ich habe dies schon früher gesagt. Meine Auffassung eines Staates richtet sich nicht nach der Auffassung des klassischen Sozialismus. Der Zweck des Staates für Unterdrückte und Werktätige war die Nutzung dieser gegen die Bourgeoisie. Meiner Meinung nach ist dies ein Grund für den Zusammenbruch des Realsozialismus. Meiner Meinung nach sollte das Ziel der Unterdrückten und Werktätigen nicht sein, den Staat einzunehmen. Jeder sollte sein Umfeld demokratisch gestalten. Unterdrückte sollten nicht die Sorge tragen, der Staat zu sein. Der Widerstand sollte im Dritten Gebiet und mit Hilfe ziviler Gesellschaftsinstitutionen geleistet werden."
Jeder hat ein Gesellschaftsbild vor Augen, erinnerte Öcalan und fügte hinzu: "Manche sagen kapitalistische Gesellschaft, manche sozialistische Gesellschaft. Ich aber sage demokratisch-ökologische Gesellschaft. Eine demokratische Gesellschaft, um die inneren Beziehungen in der Gesellschaft demokratisch zu ordnen. Mensch und Gesellschaft müssen der Natur entsprechend leben. Auf diesem Wege wird die Gesellschaft dafür arbeiten, den Staat gegen den Staat einzusetzen, um diesen zu demokratisieren."



"Das Volk ist bereit und in Bewegung"
Wahlkundgebung der DEHAP in Istanbul

DEHAP sollte sich neu formieren
Öcalan erklärte, dass es wichtig ist, dass die DEHAP als stärkste Kraft in 13 kurdischen Provinzen aus der Wahl herausging, aber es nicht richtig ist, sie als eine Regionalpartei zu bewerten. Er fordert von DEHAP, die er als demokratische Partei der Kurden betrachtet, dass sie sich erweitern und ihre Rolle weiter einnehmen sollte. Er wies darauf hin, dass die DEHAP sich in kürzester Zeit an den Wünschen des Volkes orientiert neu formieren sollte.

Öcalan betonte, dass DEHAP bei den Wahlen wegen der unzureichenden Vorbereitungszeinicht erfolgreich war und dass die Parteibürokratie ein Hindernis für die Wünsche und Forderungen des Volkes darstellt. Öcalan, der auch unterstrich, dass nicht angemeldete oder nicht an der Wahl teilnehmende Wähler das Wahlergebnis beeinflusst haben, rief das Volk auf, trotz allem die Hoffnung nicht zu verlieren.

"Das Ergebnis der Wahlen liegt offen dar. Das Volk hat gewonnen, die Parteibürokratie und seine Verantwortlichen haben verloren. Die Kundgebungsorte waren überfüllt, aber dies hat sich nicht an den Wahlurnen wiedergespiegelt. Das Volk ist bereit und in Bewegung. Das Volk ist zu allem bereit, aber es fehlt an führenden Kadern. Seit vier Jahren rede ich von hier aus über die demokratische Linie, habe Perspektiven vorgestellt.

Ich sprach zuerst von einer Revolution des Bewusstseins, nun spreche ich von einer materiellen Revolution. Alle Möglichkeiten sind gegeben. Das Volk steht bis zum Tod dahinter. Der Rest hängt davon ab, diese Partei, dieses Mittel zu nutzen. Es sollten keine Rückschritte getan werden. DEHAP kann eine Dachpartei bleiben. Sie kann sich sogar erweitern. Sie sollte auch offen für andere Gruppen sein. Dachpartei zu sein bedeutet, jedem die Arme auszustrecken. Dies kann auch in einer demokratische Koordination bestehen. Es ist auch nicht notwendig, sich von ihren eigenen Parteien zu trennen. Falls sie nicht verboten wird, kann auch HADEP als Partei weiter verbleiben." *(ÖP, 16.11., ISKU)*

Meldungen

Türkei genehmigt Sendungen auf Kurdisch
Die türkische Rundfunkbehörde hat den staatlichen Medien die Ausstrahlung von Programmen in kurdischer Sprache erlaubt. Die wöchentliche Sendezeit wurde jedoch auf maximal vier Stunden im Rundfunk und zwei Stunden im Fernsehen beschränkt. Privaten Sendern ist die Ausstrahlung kurdischer Programme weiter verboten. Vertreter der Kurden in der Türkei erklärten, die neuen Regelungen seien kaum weniger undemokratisch als das bisherige völlige Sendeverbot. *(BZ, 21.11., ISKU)*

99. Toter im Hungerstreik
Nach mehr als 500 Tagen Hungerstreik im Protest gegen die Isolationshaft ist der Gefangene der DHKP/C Imdat Bulut am 19. November im Krankenhaus in Istanbul gestorben.
(DIHA, 19.11., ISKU)

3 Jahre 9 Monate Haft
Die bei einer Demonstration für die Muttersprachenkampagne am 13. Februar in Nusaybin verhafteten sieben Personen sind vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir mit dem Vorwurf der Unterstützung der Kadek zu 3 Jahren 9 Monaten Haft verurteilt worden.
Vor dem Staatssicherheitsgericht in Van läuft das Verfahren gegen 700 Schülern der Yüzüncü Yil Üniversitesi'nde (YYÜ) wegen Ihres Antrages auf muttersprachlichen Unterricht mit dem Vorwurf der Unterstützung der PKK weiter. *(ÖP, 21.11., ISKU)*

Hungerstreik in JVA Dresden
Seit Sonntag befindet sich der Kurde Lütfi Sahan in der JVA Dresden im Hungerstreik. Der Aktivist der in der Türkei verbotenen marxistischen Partei Kawa will damit seine drohende Auslieferung an die Türkei verhindern. Nach seiner Flucht aus der Türkei wurde Sahan aufgrund einer Anhörung des Justizministeriums in Holland als politisch Verfolgter anerkannt. Auch die Menschenrechtsorganisation amnesty international bescheinigt ihm diesen Status. Inzwischen hat das Oberlandesgericht Dresden seine Auslieferung an die türkische Justiz verfügt. Sahans Anwalt hat dagegen Einspruch eingelegt. Als letzte Instanz bleibt nur noch das Bundesverfassungsgericht, um zu entscheiden, ob sich Deutschland einfach über den Flüchtlingsstatus eines anderen EU-Mitgliedslandes hinwegsetzen kann. *(ISKU)*

Wegen Forderung nach medizinischer Behandlung von Gefangenen:

75jähriger zu 40 Monaten Haft verurteilt

Der 75jährige Lehrer und Schriftsteller Hasan Basri Aydin ist ins Gefängnis gekommen, weil er medizinische Behandlung für Gefangene gefordert hatte. Seine Frau Nakiye Aydin bezeichnete die Festnahme Aydins, der eine Lähmung und ein Herzproblem hat, als eine Ungerechtigkeit.
Nakiye Aydin, Ehefrau von Hasan Basri Aydin, hat einen Brief an den Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer geschickt, damit das Verfahren gegen den 75jährigen Lehrer und Schriftsteller neu aufgenommen wird.
Sie unterstreicht, dass ihr Mann nur aufgrund seiner Gedanken verhaftet worden ist. Sie erinnert daran, dass ihr Mann eine Gefäßverengung am Herzen hat und sein rechter Fuß gelähmt ist, und sagt: "Dass mein Mann im Gefängnis ist, ist eine grosse Ungerechtigkeit. Kurz bevor ein Urteilspruch im Verfahren anstand, wechselte der Vorsitz der Kammer und dieser entschied ohne Untersuchung der Aktenlage. Dies ist eine Ungerechtigkeit. Ich verlange ein neues Verfahren. Aus diesem Grund habe ich auch dem Staatspräsidenten geschrieben. Mein Mann ist 75 Jahre alt. Er hat altersbedingte Demenzprobleme, weshalb er auch in Behandlung war. Nicht nur das, auch ist sein rechter Fuß gelähmt und er hat Herzprobleme. Er benötigt eine Betreuung. Im Gefängnis kann er nicht auf sich aufpassen. Er hat niemanden beleidigt. Er kann noch nicht einmal einer Fliege etwas zuleide tun. Anstatt Banden zu fangen, fangen sie Menschen, die ihre Gedanken veröffentlichen. Die ist eine Ungerechtigkeit. Ich verurteile dies. Sollen wir den ehrlos sein, damit wir in dieser Welt überleben? Denn mit unserer Ehre zu leben ist unmöglich. Ich verlange doch nur eine Neuverhandlung. Ich hoffe, dass der Staatspräsident meinen Brief beachtet und die Ungerechtigkeit aufgehoben wird.

Seine Schuld: Forderung einer medizinischen Behandlung für Gefangene

Lehrer und Schriftsteller Hasan Basri Aydin, der von der 6.Strafkammer des Istanbuler Strafgerichtes verurteilt wurde, hatte einiges über die F-Typ Gefängnisse, ungerechte Festnahmen, Widersprüche der Demokratie veröffentlicht. In einem Schreiben an den Oberstaatsanwalt in Istanbul hatte er eine Freilassung und medizinische Behandlung für die Gefangenen Murat Dil und Sevgi Ince gefordert, in der er u.a. geschrieben hatte: "Die Staatskräfte sollten ihren Kopf aus dem Sand nehmen und die Realität erkennen. Wenn dies ein rechtsstaatliches Land ist, dann darf solch ein Vorgehen nicht passieren. Und wenn es kein Rechtsstaat ist, dann wollen wir es wissen, um dementsprechend zu handeln." Als die Staatsanwaltschaft fragte, an wen diese Worte gerichtet worden seien, hatte Aydin geantwortet: "An alle Minister, den Ministerpräsidenten, den Staatspräsidenten." Daraufhin wurde gegen ihn ein Verfahren wegen "Beleidigung des Staatspräsidenten, der Regierung und des Parlamentes" eingeleitet. Er wurde am 22. Januar zu 10 Monaten wegen Beleidigung des Staatspräsidenten, 10 Monate wegen Beleidigung des Parlamentes und je 10 Monaten wegen Beleidigung der Regierungspolitik bzw. Nichtanerkennung, insgesamt zu 40 Monaten Gefängnis verurteilt und nach der Anerkennung des Urteils durch das Kassationsgerichtes am 6. November in des Gefängnis von Bayrampasa gebracht. *(ÖP, 14.11, ISKU)*

10 Freisprüche für die kurdische Sprache

Drei Personen, denen wegen "Hören kurdischer Musikkassetten, die separatistische Propaganda beinhalten" in Sirnak der Prozeß gemacht wurde, wurden freigesprochen.
Haydar Cevik, Abdi Cevik und Abdulkerim Yorgun wurden am 5.September 2002 festgenommen, weil sie in ihrem Laden kurdische Musik gehört hatten. Im Verfahren, in der sie der Unterstützung der KADEK beschuldigt wurden, wurden sie der 1.Kammer des Staatssicherheitsgerichts Diyarbakir freigesprochen. Die drei forderten ihren Freispruch, da sie durch das Hören der Kassetten keine Propaganda gemacht hatten, erklärten sie. Anwalt Tahir Elci sagte, dass kurdische Musikkassetten überall erhältlich seien: "Niemand achtet so auf den Inhalt wie die Gerichte." Elci wies auch darauf hin, dass das Kurdischverbot in den EG-Anpassungsgesetzen zum grossen Teil aufgehoben worden ist und ergänzt: "Meine Mandanten haben die Kassetten nicht aus Propagandagründen gehört." Das Gericht stimmte darin überein und sprach die Freisprüche aus.

Freisprüche für 5 Lehrer

5 Lehrer, Medeni Alpkaya, Hayrettin Altun, Serdar Inal, Vedat Kussever und Veli Sürer, Mitglieder des Egitim-Sen (Gewerkschaft für Bildung), mussten sich vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir wegen dem Druck von Einladungskarten für ein Egitim-Sen Kongress in Türkisch und Kurdisch verantworten. Die Lehrer erkannten die Beschuldigung gegen sie nicht an und forderten ihre Freilassung. Das Gericht sprach die Lehrer wegen unzureichender Beweislage frei. Es waren Gefängnisstrafen in Höhe von 1 bis 3 Jahre gefordert worden.

Freispruch für Anträge

Auch Mahiser Baskur und Herdem Yilmaz, die Anträge für Ausbildung in kurdischer Muttersprache eingereicht hatten freigelassen. Ihnen wurde wegen Unterstützung des KADEK ein Prozess gemacht.
Mahiser Baskur und Herdem Yilmaz, die ohne Haftbefehl festgenommen worden waren, verteidigten sich vor der 4.Kammer des Istanbuler Staatssicherheitsgerichtes. Da sie selber kein Türkisch sprechen, verteidigten sie sich mit Hilfe eines Kurdischübersetzers. Sie gaben an, dass sie Anträge für kurdische Ausbildung für ihre Kinder eingereicht hatten: "Wir verstehen die Fernsehsendungen nicht, wir wollen Fernsehsendungen in unserer Muttersprache sehen, daher haben wir auch Anträge gestellt."
Anwalt Ilhami Sayan forderte für seine Mandanten Freispruch, weil Kurdisch nicht mehr verboten ist und daher nicht mehr als strafbar eingestuft werden darf. Das Gericht entschied sich für Freispruch, weil sie in den Anträgen keine strafbare Handlung sah und auch keine Verbindung zu einer Organisation feststellen konnte. *(ÖP, 14.11, ISKU)*

Türkei lässt sich Irak-Krieg bezahlen

Für eine Operation gegen den Irak sind die USA vor allem auf Überflugrechte in der Türkei und die Nutzung der südostanatolischen Militärflughäfen angewiesen - und die Türkei verhandelt derzeit intensiv über die Bezahlung dieser Unterstützung.
„Wir rechnen im Fall einer Operation gegen den Irak mit großen Einbußen", sagte Generalstabschef Hilmi Özkök nach Gesprächen in den USA. „Ich habe meinen Gesprächspartnern dort gesagt, dass wir für diese wirtschaftlichen Verluste entschädigt werden müssen."
Tatsächlich wird seit Wochen auf diplomatischer Ebene darüber verhandelt, wie sich die USA der Türkei gegenüber erkenntlich zeigen könnten. Im Gespräch ist ein 700 bis 800 Mill. $ schweres Paket, das auch die Lieferung neuer Kampfhubschrauber und Wirtschaftshilfen einschließen könnte. Diskutiert wird im US-Senat auch über einen Kredit der US- Export-Import-Bank, mit dem die Türkei den Kauf von 40.000 Armeelastwagen des Herstellers General Motors finanzieren könnte. Die Bestellung hätte ein Volumen von immerhin 4,25 Mrd. $. Das Weiße Haus macht sich im Kongress außerdem dafür stark, Einfuhrzölle für türkische Produkte zu reduzieren.
Die Vorstellungen der türkischen Unterhändler haben allerdings andere Dimensionen: Die USA sollen der Türkei alte Rüstungskredite in Höhe von fast 5 Mrd. $ erlassen. *(HB, 21.11., ISKU)*

Kurdischer Politiker nach Protesten freigelassen

Der kurdische Politiker Haci Erdogan ist am Mittwoch aus der Polizeihaft in Istanbul entlassen worden. Er war Dienstag am Flughafen verhaftet worden.
Die türkische Polizei habe gegen ihn wegen seiner Tätigkeit im Kurdischen Nationalkongress, seiner früheren Mitgliedschaft in der kurdischen Partei KAWA sowie einer von ihm herausgegebenen kurdischen Kulturzeitschrift ermittelt, so Erdogan.
Seine Freilassung ist Erfolg der sofort nach seiner Verhaftung auf dem Atatürk-Flughafen angelaufenen Proteste. Politikern und Menschenrechtsgruppen hatten bei den türkischen Behörden die sofortige Freilassung des aus privaten Gründen in die Türkei gereisten deutschen Staatsbürgers gefordert. *(DKG, 21.11, ISKU)*

Neue Regierung im Amt

Am Dienstag hat der türkische Ministerpräsident Abdullah Gül offiziell die Amtsgeschäfte übernommen. Die neue Regierung erklärte, in der Türkei für «europäische Standards» in Sachen Demokratie und Menschenrechte zu sorgen und hofft beim EU-Gipfeltreffen im Dezember in Kopenhagen auf einen Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen. Dem drastisch verkleinerten Kabinett gehören 24 Minister an, darunter eine Frau. *(dpa, 19.11., ISKU)*

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
HB	Handelsblatt
BZ	Berliner Zeitung
DKG	Deutsch Kurdische Gesellschaft München

Termine

Berlin:
Tag der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen
Berliner Frauenvereine rufen für den **25. November** alle Frauen auf, sich im Rahmen einer Kundgebung und Demontration mit den Frauen in der Welt zu solidarisieren und ihre Stimmen gegen Menschenrechtsverletzungen, gegen Krieg und Gewalt an Frauen zu erheben.
Beginn: **25.11.**, **16.00 Uhr** am **U-Bahnhof Hermannplatz**

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 82
29. November 2002

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK veröffentlicht Erwartungen an die neue Regierung

Kommuniqué für eine Lösung

Der KADEK-Präsidialrat hat ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem Schritte aufgeführt werden, die die neue Regierung der AK-Partei dringend ausführen sollte. Die ungekürzte Fassung ist auf unserer Webseite zu finden.

In der Türkei sei keine Stabilität zu erreichen, wenn das kurdische Volk übersehen werde, so die Erklärung. Wenn die kurdische Frage nicht gelöst werde, werde sich die Atmosphäre erhitzen. Um die Legitimität nicht zu verlieren, müsse die AKP folgende politische Schritte umgehend umsetzen:

"Die Lebens- und Kommunikationsbedingungen von Abdullah Öcalan, der eine Garantie für Frieden und Demokratie darstellt, müssen sofort verbessert werden. Die harten Isolationsmaßnahmen müssen aufgehoben werden. Er muss entweder in ein sicheres anderes Gefängnis verlegt werden, oder andere politische Gefangene müssen zu ihm verlegt werden. Ohne jegliche Beschränkung muss eine Kommunikation mit seinen Anwälten, seiner Familie, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und der Presse ermöglicht werden. Er muss uneingeschränkten Zugang zu Fernsehen, Radio, Presse und Büchern haben. Seine Gesundheit und Ernährung betreffenden Bedürfnisse müssen ausreichend erfüllt werden. Unterstützung dabei von Seiten seiner Anwälte oder Familie darf nicht behindert werden. Ebenso darf die Veröffentlichung seiner Verteidigungsschriften und Artikel nicht behindert werden, er muss seine Gedanken der Öffentlichkeit bekannt machen dürfen. Kampagnen zur Freilassung von Öcalan von zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Volk dürfen nicht behindert werden. Für eine Demokratisierung müssen die entsprechenden Gesetze erlassen werden, die notwendig sind für die Freiheit Öcalans sowie eine Amnestie aller politischer Gefangenen und ihre Teilnahme am demokratischen politischen Leben. Die F-Typ-Gefängnisse, die zu einer blutenden Wunde und einer Menschheitstragödie geworden sind, müssen sofort geschlossen werden. Es muss ein System entstehen, dass menschlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen entspricht. Es müssen die notwendigen Gesetze erlassen werden, damit die Guerilla und die politischen Flüchtlinge und Vertriebenen in ihr Land zurückkehren und sich am demokratischen politischen Leben beteiligen können. Verantwortliche und Ausführende sogenannter ‚Morde unbekannter Täter' müssen vor Gericht gestellt werden. Zur Flucht gezwungene müssen die für die Rückkehr notwendige wirtschaftliche und soziale Unterstützung sowie Schadensersatz erhalten. Das Dorfschützersystem muss aufgehoben werden und die Dorfschützer wirtschaftliche und soziale Unterstützung für eine Rückkehr ins normale Leben erhalten. Das am 2. August 2002 erlassene Gesetz zu kurdischem Unterricht und kurdischen Veröffentlichungen muss erweitert werden, so dass neben der Amts- und Unterrichtssprache Türkisch muttersprachlicher Unterricht gesetzlich gewährleistet wird. Die freie Entwicklung der kurdischen Kultur darf nicht behindert werden, es muss im Gegenteil eine politische, institutionelle und wirtschaftliche Unterstützung geleistet werden. Alle Verbote kurdischen Fernsehens, Radios, kurdischer Medien und Bücher müssen aufgehoben werden. Außer den Beschränkungen, die auch für türkische Veröffentlichungen gelten, darf es in Verfassung und Gesetzen keine Behinderungen geben. Freies Denken und Organisierung darf nicht behindert werden; es müssen die notwendigen gesetzlichen Regelungen für jede Art freier Meinungsäußerung und Organisierung erlassen werden. Die kurdische Existenz und Identität muss Ausdruck in Verfassung und Gesetzen finden und die vollständige Lösung der kurdischen Frage muss angestrebt werden. Die zentralistische Regierung muss begrenzt werden, stattdessen müssen Befugnisse und Aufgabenfelder regionaler Regierungen erweitert werden."

Die Türkei werde zu Stabilität kommen, wenn die für eine Demokratisierung und die Lösung der kurdischen Frage genannten Punkte umgesetzt werden, so der KADEK-Präsidialrat. Anderenfalls werde es weiterhin Spannungen und Konflikte insbesondere in der kurdischen Frage geben. Der KADEK sei seiner Verantwortung nachgekommen, um den Krieg zu stoppen und Frieden zu erreichen. Die Regierung der AKP habe nach wie vor die große Gelegenheit, die Frage zu lösen. KADEK werde jede positive Initiative unterstützen und vorantreiben und dabei eine Position beibehalten, die sich fördernd auf eine Lösung auswirke. Dieses gelte solange, bis die Politik der neuen Regierung deutlich werde. Dabei betrachte sich der KADEK nicht nur in der kurdischen Frage verantwortlich, sondern in allen in der Türkei bestehenden Problemen. Bei den KADEK-Verteidigungskräften handele es sich nicht um eine Bedrohung der Türkei, sondern im Gegenteil um eine Chance für eine Demokratisierung und die Lösung aller wesentlichen Fragen."

"Die AKP ist mit den Stimmen der Massen, die eine Veränderung und die Überwindung des Alten fordern, siegreich aus den Wahlen hervorgegangen. Dabei hat sie von dem Veränderungs- und Demokratisierungspotential geschöpft, dass linke und demokratische Kreise über Jahrzehnte hinweg erkämpft haben, um das System und die Parteien des Systems zu überwinden. Insbesondere der Kampf der kurdischen demokratischen Bewegung ist entstanden, weil das bestehende System keine Antwort geben konnte auf die Bedürfnisse in der Türkei. Eine Neustrukturierung der Türkei entsprechend der sozialen und kulturellen Realität ist zum Muss geworden. Insofern ist die Überwindung der Parteien, die über die klassische Mentalität verfügen, nicht der Erfolg der AKP, sondern der demokratischen Kräfte, die jahrzehntelang für die Überwindung des alten Systems gekämpft haben. Das Regierungsprogramm der AKP legt keine ausreichenden Angaben vor, um hoffnungsvoll in die Zukunft blicken zu können. Damit sich diese Regierung trotzdem vor den Irrtümern retten kann, die zur Überwindung der alten Regierung geführt haben, für eine Demokratisierung des türkischen und kurdischen Volkes und für soziale Stabilität legen wir mit diesem Kommuniqué unsere Erwartungen vor. Wenn die im bestehenden Eilaktionsprogramm vorhandenen Irrtümer aufgegeben werden, wird sich die Regierung davor schützen können, ebenfalls innerhalb kurzer Zeit überwunden zu werden. Andernfalls wird es unvermeidlich sein, dem gleichen Verlauf der ehemaligen Regierungen zu folgen.

In dieser Zeit, in der eine neue Regierung zusammengestellt, ein Eilaktionsplan und ein dementsprechendes Programm veröffentlicht wird, wollen wir mit diesem Kommuniqué für eine Lösung beitragen, die bestehenden Erwartungen zu erfüllen. Wir erwarten, dass die neue Regierung diese wichtigen Probleme nicht übergeht und das notwendige Verantwortungsgefühl zeigt. Wir rufen Türken und Kurden, die gesamte Bevölkerung der Türkei dazu auf, sich diesem Kommuniqué anzuschließen, seine Umsetzung zu verfolgen und kontinuierlich mit demokratischen Aktionsformen für seine Praktizierung zu sorgen."

(DIHA ,24.11, ISKU)

Meldungen

Weg mit dem "PKK-Verbot"

Am 26. November jährte sich zum 9. Mal das Betätigungsverbot gegen die PKK und verschieden kurdische Organisationen in der BRD. Das vom damaligen Innenminister Kather ausgerufene Verbot ist seitdem immer wieder Vorwand für Repression gegen im Exil lebende und politisch aktive KurdInnen gewesen. Es muss endlich aufgehoben werden! *(ISKU)*

Statt OHAL "kritische Provinz"

Der Ausnahmezustand, der in Kurdistan seit 1987 unter dem Namen OHAL Gültigkeit hat, wird am 30. November vollständig aufgehoben. Jedoch gibt das Innenministerium elf Provinzen mit der Bezeichnung "kritische Provinz" einen neuen Status.

Auf Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates auf seiner Sitzung im letzten Monat wird in vier Tagen auch in Amed und Sirnak als den letzten Provinzen der Ausnahmezustand aufgehoben. Der juristische Status einer "Ausnahmeprovinz" wird damit jedoch nicht beendet sein. Mit der Einführung des Status "erstgradig kritische Provinz" wird wie zuvor im Ausnahmezustandsgebiet öffentlichem Personal, insbesondere den Sicherheitskräften, weiterhin eine Entschädigung zwischen 70 und 293 Millionen Lira gezahlt. *(ÖP, 26.11., ISKU)*

Proteste gegen Isolation von Öcalan

In Siirt u.a. Städten dauern die Proteste gegen die Isolationshaftbedingungen des KADEK-Vorsitzenden weiter an. In mehreren Stadtteilen in Siirt errichteten Hunderte von Jugendliche Feuer und führten Demonstrationen durch. Im Anschluss an die Aktionen besetzte die Polizei die Viertel. Im Kreis Konak in Izmir haben ebenfalls Jugendliche gegen die Isolierung protestiert. Die Jugendlichen riefen dabei Parolen wie "Biji Serok Apo" und "1000 Grüße nach Imrali". Zu weiteren Vorfällen kam es nicht.

KADEK-Gefangene treten in einen zweitägigen Hungerstreik. In einer schriftlichen Erklärung haben die Gefangenen die Aufhebung der Isolationsbedingungen Öcalans gefordert. Zur Warnung werden alle KADEK-Gefangenen am Dienstag und Mittwoch einen Hungerstreik durchführen. Weiter heißt es in der Erklärung: "Wenn die Isolierung des KADEK-Vorsitzenden nicht beendet wird, werden wir unsere Aktionen steigern." *(DIHA, 24.11., ISKU)*

Kampagne gegen Sterilisationsmaßnahmen an kurdischen Frauen

Stellen Sie sich vor, Sie sind eine Frau in einer Ecke in Kurdistan, in die sich selten ein Arzt verirrt. Ohnehin hätten Sie nicht die finanziellen Möglichkeiten, eine medizinische Behandlung zu bezahlen. Und dann kommen sie gleich mit drei Ambulanzen, erzählen Ihnen etwas über notwendige Gesundheitsmaßnahmen in einer Sprache, die Sie nicht beherrschen, bringen sie in ein Krankenhaus in die nächste Stadt, wo Handlungen an Ihnen vollzogen werden, die Sie nicht begreifen und über die Sie aus Scham nicht sprechen können. Und nach Monaten stellen Sie fest, dass Sie keine Kinder mehr bekommen können...

So erging es am 16. Januar 2002 mindestens 17 Frauen aus der Ortschaft Özekli in 60 Kilometer Entfernung von Diyarbakir in Kurdistan-Türkei. Öffentlich gemacht wurde der Fall jetzt auf dem "Symposium zu Gewalt gegen Frauen und Medizin" durch die Vorsitzende der Frauenkommission der Anwaltskammer von Diyarbakir, Meral Danis. Laut Danis haben sich mehrere Betroffene mit der Bitte um Hilfe an verschiedene zivilgesellschaftliche Institutionen gewandt. Daraufhin eingeleitete Untersuchungen haben ergeben, dass ein dem Gouverneur von Diyarbakir unterstelltes Ärzteteam in dem betreffenden Fall von Haus zu Haus gegangen ist und die Frauen ins Krankenhaus gebracht wurden. Die Betroffenen wussten nicht einmal, weshalb sie operiert werden. Wie Danis erklärte, seien ähnliche Fälle auch aus Mardin, Adiyaman, Adana und Van bekannt geworden.

Sterilisierungsmaßnahmen gegen kurdischen Frauen wurden bereits Mitte der neunziger Jahre durchgeführt, als der Türkische Nationale Sicherheitsrat erklärte, dass der Bevölkerungszuwachs des kurdischen Bevölkerungsteils eine Gefahr für die Türkei darstelle. Es wurde daraufhin ein Maßnahmenpaket zur Bevölkerungsregulierung gegen diese Entwicklung beschlossen. Damals wurde mit Hormonspritzen bei den Frauen nicht nur Verhütung durchgesetzt, sondern durch Überdosis der Hormongebungen gleich Unfruchtbarkeit erreicht. Seitdem sind immer wieder ähnliche Fälle bekannt geworden. Die betroffenen Frauen werden entweder ohne ihr Wissen sterilisiert oder mit verschiedenen Methoden unter Druck gesetzt, damit sie den Eingriff an sich vollziehen lassen. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Diyarbakir, wie das Frauenzentrum Selis, der Menschenrechtsverein IHD, Ärzte- und Anwaltskammer führen zur Zeit weitere Nachforschungen zu dieser besonderen Form der Menschenrechtsverletzung an. Um ihre Arbeit zu unterstützen und für eine sofortige Beendigung der Maßnahmen zu sorgen, brauchen wir Ihre Hilfe.

Fordern Sie den neuen Ministerpräsidenten der Türkei Abdullah Gül und Innenminister Abdülkadir Aksu dazu auf, sofort zu intervenieren:

Abdülkadir AKSU
Innenminister, Icisleri Baskanligi,
06644 Ankara, REPUBLIK TÜRKEI
fax: (00 90) 312 418 1795

Abdullah Gül
Ministerpräsident, Basbakanlik,
06573 Ankara, REPUBLIK TÜRKEI
fax: (00 90) 312 417 0476

Kopien an:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden
fax: 0211-171 10 78
ceni_frauen@gmx.de

(Ceni, 23.11., ISKU)

Dorfrückkehr wird weiter behindert

Trotz der Dorfrückkehrprojekte können immer noch über 30.000 Familien nicht in ihre Dörfer zurückkehren. Rückkehrwillige werden dazu gedrängt, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie erklären, dass ihr Dorf nicht niedergebrannt worden ist und sie aus freiem Willen ihre Heimat verlassen haben.

Wie Aydin Avras aus dem Dorf Doruklu im Kreis Gevas in der Provinz Van erklärt, wurde sein Dorf 1997 von Dorfschützern und Militärs niedergebrannt. Die Antwort des Landratamtes auf seinen Antrag auf Dorfrückkehr beschreibt Avras folgendermaßen: "In der Antwort des Landratamtes heißt es, unser Dorf sei von niemandem niedergebrannt worden. Aber tatsächlich befindet es sich noch im gleichen Zustand, wie an dem Tag, als sie es niedergebrannt haben. Niemand lebt dort. Unser Dorf ist voller abgebrannter Häuser, explodierten Geschossen und Munitionsmüll. Ich bin hingefahren und habe einen Haufen Geschosshülsen mitgebracht. Auf allen sind Aufschriften, die sehr deutlich zeigen, wer für die Zerstörung verantwortlich ist." Aufgrund des Drucks von Dorfschützern und Militär sei ein großer Teil der Bewohner bereits 1994 dazu gezwungen gewesen, auszuwandern. "1997 schließlich ist das Dorf vollständig zerstört worden. Vorher haben sie das Dorf ständig überfallen und uns bedroht, dass sie uns nicht am Leben lassen würden, weil wir die PKK unterstützen würden. Bei jedem Überfall haben sie Nahrungsmittel und unseren Besitz gestohlen. Als ich meinen Militärdienst für den Staat abgeleistet habe, haben die Soldaten des Staates mein Dorf niedergebrannt. Wir wollen endlich in unser Dorf zurückkehren."

Laut Angaben eines Berichtes der Parlamentarischen Untersuchungskommission wurden zwischen 1997 und 1998 905 Dörfer und 2943 Siedlungen zerstört. Ein Bericht von GÖC-Der kommt dagegen auf ungefähr 4000 zerstörte und entvölkerte Dörfer. Von 2048 Dörfern konnten die Namen festgestellt werden. Mit Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen begannen die Flüchtlinge, sich an die zuständigen Stellen mit der Forderung nach Dorfrückkehr zu wenden. Nach GÖC-Der Angaben haben in den Jahren 1998 bis 2002 53.750 Familien über GÖC-Der und HADEP Gesuche zur Rückkehr gestellt. Von diesen Familien seien 23.079 in ihre Dörfer zurückgekehrt, weitere 30.669 Familien warten noch auf die Möglichkeit, zurückzukehren. Nach Angaben des ehemaligen Innenministers Muzaffer Ecemis sind im Rahmen des Dorfrückkehrprojektes zwischen Juni 2000 und Juni 2002 insgesamt 9082 Haushalte und 51.152 Personen zurückgekehrt. Die jüngsten vom OHAL-Gouverneur veröffentlichen Zahlen gehen von 54.000 zurückgekehrten Personen aus.

(ÖP, 26.11., ISKU)

Gefechte im Nordirak

Bei Gefechten, die im Rahmen einer Operation der türkischen Streitkräfte gegen die von KADEK ausgerufenen "Medya-Verteidigungsgebiete" im Nordirak ausgebrochen sind, sind sieben Soldaten und vier Angehörige des türkischen Geheimdienstes MIT getötet worden. Wie die Nachrichtenagentur Mezopotamya mitteilte, haben die Gefechte gestern morgen in der Schlucht Habur im Gebiet Haftanin stattgefunden. Von der türkischen Armee seien Kampfhubschrauber eingesetzt worden. Bei der Verlegung türkischer Truppen aus Begova und Gire Biye ins Operationsgebiet sei ein Militärfahrzeug von den Volksverteidigungskräften (HPG) zerstört worden, in dem sich vier Soldaten befunden hätten. Nachdem das Gebiet den ganzen Tag über bombardiert worden sei, hätten sich die türkischen Einheiten abends zurückgezogen. Desweiteren sei ein Militärfahrzeug zerstört worden, in dem sich Angehörige des MIT befunden hätten. Ingesamt seien bei den Gefechten sieben Soldaten und vier MIT-Mitarbeiter getötet worden. In einer schriftlichen Erklärung der Pressestelle der Volksverteidigungskräfte wird betont, gegen Gefechte mit jeglichen militärischen Kräften zu sein. Im Falle eines Angriffes auf die Verteidigungsgebiete werde jedoch jede Kraft eingesetzt, um sich zu verteidigen. Die Gefechte seien nach dem Angriff der türkischen Armee auf die KADEK-Kräfte ausgebrochen; der KADEK habe lediglich von seinem Selbstverteidigungsrecht Gebrauch gemacht.

(DIHA, 22.11., ISKU)

PKK-Gründungstag in Van gefeiert

In Van-Bostaniçi hat eine Gruppe Jugendlicher aus Anlass des PKK-Gründungstages eine Demonstration durchgeführt. Die Jugendlichen riefen dabei "Freiheit für Öcalan" und tanzten Halay. Beim Eintreffen der Polizei löste sich die Gruppe auf. *(DIHA, 24.11., ISKU)*

Egitim-Sen: TRT will Kurdisch assimilieren

Wie der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen in Van, Metin Cakir erklärt hat, diene die Beschränkung von kurdischsprachigen Sendungen auf den Sender TRT und auf zweieinhalb Stunden pro Woche nicht der Entwicklung des Kurdischen, sondern der staatlichen Assimilierung. Gegenüber DIHA erinnerte Cakir daran, dass der Sender TRT kurdischsprachige Sendungen vorbereite. Niemand hätte sich jedoch diesbezüglich zur Unterstützung an eine kurdische Institution gewendet. Das Vorgehen sei geprägt von der nach wie vor herrschenden Verbotsmentalität. Die Beschränkung auf lediglich auf zwei Stunden wöchentlich zeige, dass die Erneuerung nur dazu diene, im Rahmen der Anpassung an die EU etwas vorweisen zu können. Mit dieser Mentalität sei es jedoch nicht möglich, der EU beizutreten. Weiterhin äußerte Cakir, dass Kurdischunterricht an staatlichen Schulen von größerem Nutzen sei als wie bisher vorgesehen an Privatschulen. *(DIHA, 24.11., ISKU)*

Blutige Folter

Allen Erklärung von Ministerpräsident Abdullah Gül und den Mitglieder der 58. Regierung zum Trotz, Folter ab sofort zu unterbinden, reißen die Nachrichten über neue Folterfälle nicht ab. Nadir Ciftci, Resul Ciftci und Kemal Ege, die in Hakkari festgenommen worden waren und im Anschluss wegen Unterstützung des KADEK verhaftet wurden, haben mitgeteilt, auf der Polizeistation von Hakkari gefoltert worden zu sein. Die drei haben Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt. *(ÖP, 28.11., ISKU)*

Quellen:

ÖP Özgür Politika
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 83
06. Dezember 2002

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

U.S. State Department weitet eigene Terrorliste auf KADEK aus

Fortsetzung der Unvernunft

Erfreuliches konnte der U.S.-Gesandte Paul Wolfowitz bei seinem jüngsten Besuch in Ankara den dortigen Verantwortlichen überbringen. Ein milliardenschweres Dollarpaket für die Beteiligung an einem möglichen Irakfeldzug und eine Kopie der Anweisung, den KADEK auf die eigene Terrorliste zu setzen.
Demnach erließ am 26. November 2002 das U.S. State Department die Order, den Freiheits- und Demokratiekongress (KADEK) als direkte Nachfolgeorganisation der PKK, mit dem Verbot der Tätigkeit zu belegen. Auf diese Weise setzt sich die Haltung der USA in der Kurdenfrage in gewohnter Weise fort. Ausschlaggebend dürften hier die Bedenken der Türkei gewesen sein, welche gegenüber einem amerikanischen militärischen Engagement in der Region bestehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die kurdische Seite ihre Interessen ausschließlich mit politischen Mitteln verfolgt und militärische Mittel nur zur eigenen Selbstverteidigung einzusetzen gedenkt. Sicherheit



und Stabilität werden immer wieder betont, die Praxis jedoch produziert wie so oft das Gegenteil. Die jüngste Order des U.S. State Department dürfte für die Türkei eine Ermutigung sein, die eigene Zermürbungspolitik gegenüber den Kurden fortzusetzen. Dies wiederum will die kurdische Seite im türkisch-kurdischen Konflikt nicht mehr allzu lang hinnehmen.
Als internationale Friedensinitiative sind wir über diese Entwicklung besorgt und befürchten mittelfristig eine Zunahme der Spannungen, an deren Ende möglicherweise eine erneute bewaffnete Konfrontation steht. Dies muss verhindert werden. Die kurdische Frage lässt sich nur im Dialog mit allen Beteiligten des Konfliktes lösen. Deshalb appellieren wir an die Verantwortlichen der Europäischen Union, nicht dem Schritt des U.S. State Departments zu folgen.

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan, 05.12.

Mustafa Karasu vom Präsidialrat des KADEK:

Demokratiebewegung organisieren

In einem telefonischen Beitrag zur Sendung 'Acilim' bei Medya TV am 3. Dezember hat sich Mustafa Karasu als Mitglied des Präsidialrates der KADEK zur Notwendigkeit der Organisierung einer umfassenden Demokratiebewegung bestehend aus demokratischen Massenorganisationen, Sozialdemokraten und Sozialisten unter dem Dach der DEHAP geäußert.
Er erklärte: "Das Beispiel DEHAP muss erweitert werden, ihr Selbstverständnis muss geändert werden. Wichtig ist ein Zusammenkommen unter einer übergreifenden Identität. Es gibt viele verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen. Sie müssen eingebunden werden in die Parteiwerdung einer Bewegung, in der jeder Ausdruck findet. In einer solchen Partei können Sozialisten, Sozialdemokraten, sogar liberale Demokraten mit links-demokratischer Identität ihren Platz finden."
Die Tatsache, dass andere Parteien die Errungenschaften des Volkskampfes eingeheimst haben, erfordere eine Selbstkritik der linken und demokratischen Kräfte. Das Demokratieprogramm dürfe nicht auf bestimmte Muster begrenzt werden. Das eigentliche Problem bestehe darin, so Karasu, zu einer richtigen Auffassung von Demokratie zu gelangen. Als Kritik an der Marginalisierung der Linken der Türkei fügte er hinzu: "Wir haben eine Linie für demokratische Freiheit vorgelegt, aber das dafür Notwendige zu tun, ist uns nicht gelungen. Es hat keine rechtzeitige Kritik an der kurdischen Bewegung und keine Vereinigung stattgefunden."

Als Teil der Türkei

Weiter erklärte Karasu: "Notwendigerweise muss die kurdische demokratische Bewegung sich der Türkei zu verstehen geben, mit den anderen demokratischen Kräften zusammen kommen und sich selbst in die Lage einer politischen Bewegung versetzen, die zu einem Teil der Türkei wird. Wir kritisieren die Linke der Türkei zum Thema Marginalisierung, aber wenn wir diese nicht überwinden, wird es uns ebenso ergehen." Deshalb müsse von allen Seiten Selbstkritik geleistet werden. "Demokratie wird von entschlossenen Kreisen verwirklicht, die auf der Basis entschlossener Gemeinschaften entstehen." Karasu verwies darauf, dass der größte Mangel bei den Wahlen die fehlende Weiterentwicklung der Demokratiebewegung gewesen sei. Offensichtlich sei jedoch geworden, dass die Demokratiebewegung ihre Kräfte in Bewegung setzen könne. "Die Herangehensweise nach dem Motto 'wir sind im Recht und morgen schon werden wir siegen...' ist sehr klassisch und einfach nicht richtig. Eine Demokratiebewegung hat gewisse spezifische Eigenschaften und ihre eigene Natur. Solange wir diese nicht zu fassen bekommen, kann von einem Erfolg nicht gesprochen werden. Wenn beim Sammeln der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen nicht kreativ vorgegangen wird, kann es zu keinen Resultaten kommen. Demokraten müssen über die besondere Eigenschaft verfügen, jeden mitreißen zu können."

Das Volk ist aufrichtig

Die Bevölkerung sei aufrichtig, so betonte Karasu: "Wir müssen uns selbst dem Volk zu verstehen geben, unsere Fehler und Schwächen beheben. Es ist eine sehr dynamische Kraft entstanden, diese muss unbedingt ausgewertet und genutzt werden. Aber das geht nicht mit einer Herangehensweise von oben. Im Gegenteil muss eine praktische Politik gemacht werden, die jeden beeindruckt.
Die Kräfte der Bevölkerung sind aufrichtig. Wenn es genug Einsatz gibt, wird tatsächlich Demokratie verwirklicht werden." Wer die Bevölkerung in Bewegung bringe, habe gewonnen, so Karasu weiterhin. Zu diesem Thema seien die notwendigen Arbeiten nicht gelaufen. Die geleistete Arbeit jedoch sei nicht erfolglos gewesen.
"Durch den vierzigjährigen Demokratiekampf der Bevölkerung der Türkei sowie den dreißigjährigen Demokratiekampf des kurdischen Volkes ist eine Veränderung erzwungen worden und die Parteien des System funktionsunfähig geworden", so kommentierte Karasu die politische Lage. "Die Stimmen für die AKP sind nicht ihr eigener Sieg. Sie müssen als Ergebnis des Demokratiekampfes gezählt werden. Wenn die Resultate des Kampfes des Volkes anderen zukommen, dann handelt es sich ebenfalls um eine Situation, die dringende Selbstkritik erfordert."

(ÖP, 3.12., ISKU)

Meldungen

Proteste gegen Polizeiprügel

Ein von der Polizei in Ankara verprügelter türkischer Student ist laut einer polizeiinternen Untersuchung des Falls zu Recht verprügelt worden. Dagegen solle gegen den Chef der Einsatzpolizei, der die Freilassung des Studenten veranlasst hatte, eine gerichtliche Voruntersuchung wegen Amtsmissbrauchs eingeleitet werden, berichteten türkische Medien am Freitag aus dem Untersuchungsbericht. Der Student war am 6. November bei Studentenprotesten in Ankara vor laufenden Fernsehkameras von zwei Polizisten in einen Lagerraum gezerrt und dort verprügelt worden. Der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD) in Ankara, Ender Büyükculha, kritisierte das Ergebnis der polizeiinternen Untersuchung mit den Worten: »Es ist so, als habe sich in der Türkei in Sachen Menschenrechte nichts geändert.« *(ND, 30.11., ISKU)*

Türkei gibt Niederbrennen eines Dorfes zu

Im Verfahren Ramazan Kinay vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof strebt die Türkei eine Einigung mit dem Kläger an. Die Klage fußt darauf, dass das Dorf von Herrn Kinay im Jahre 1996 durch Sicherheitskräfte in Brand gesetzt wurde. Die Türkei soll sich einer Meldung von NTV zufolge bereit erklärt haben, Schadenersatz in Höhe von 59.000 Euro zu leisten. Weiterhin gestand die Türkei offiziell ein, dass der Vorfall von der Justiz nicht ausreichend untersucht worden sei. *(Aksam, 28.11., ISKU)*

10.000e Teilnehmer an Friedenskundgebung.

Am 1.Dezember versammelten sich nach einem Aufruf von 140 linken Parteien und Nichtregierungsorganisationen mehrere 10.000 Menschen in Istanbul und andere nStädten, um gegen einen Krieg gegen den Irak zu demonstrieren. *(ISKU, 2.12.02)*

Berufsverbot für Eren Keskin

Die Istanbuler Menschenrechtsanwältin Eren Keskin ist mit einem einjährigen Berufsverbot belegt worden. Sie beantragte dagegen vor Gericht eine einstweilige Anordnung. Die Entscheidung über den Eilantrag kann bis zu zwei Monate dauern, während der Eren Keskin nicht als Anwältin arbeiten darf.
Bereits im Februar 1997 war Keskin zu 13 Monaten Haft verurteilt worden, weil sie in einem Zeitungsinterview das Wort "Kurdistan" verwendet hatte, was das

Auch ohne OHAL keine Normalität

Vor fünf Tagen herrschte in Amed die Hoffnung, dass nach der Aufhebung des Aufnahmezustandes (OHAL) ein normales Leben beginnen könnte. Aber es finden nach wie vor Rechtsverletzungen statt, die diese Hoffnung empfindlich stören.
Am Montag gegen 1.30 Uhr wurde der zwölfjährige Erdal Güler von vier Zivilpolizisten in der Familienwohnung im Stadtteil Savas festgenommen, weil sie ihn für seinen großen Bruder Ekrem hielten. Wie die Familie mitteilt, wurde der Junge auf der Polizeiwache geschlagen. Die Familie stellte Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. In der Begründung heißt es: "Sie kamen nach Hause und fragten nach meinem Ausweis. Ich sagte, dass ich ihn verloren habe. Und mein Vater ergänzte: "Ekrem ist 17 Jahre alt, derJunge ist erst zwölf." Sie setzten mich in ihr Auto, einer hielt mich am Arm fest und der andere schlug mich ins Gesicht und fragte nach meinem Namen. Als ich ‚Erdal' sagte, schrien sie, ich soll nicht lügen, schlugen auf mich ein und beschimpften mich. Dann sagten sie: ‚Sag die Wahrheit, was hast du alles geklaut, erzähl schon'. Ich sagte wieder, dass ich Erdal heiße. Sie sagten, ‚Wenn heraus kommt, dass du Ekrem bist, schieben wir dir einen Stock in den A..."
(ÖP, 5.12., ISKU)

Bevölkerung der Türkei will Demokratie

Bis zum Kopenhagener Gipfel sind es noch sieben Tage. Im Vorfeld des Gipfels hat die Europakommission die Ergebnisse einer Meinungsumfrage in der Türkei veröffentlicht. An der Umfrage waren 3060 Personen aus 14 verschiedenen Provinzen beteiligt.
Demnach erklärten 73% der Befragten, in der Türkei würden Menschenrechte verletzt, 80% waren der Auffassung, es gebe keine Meinungsfreiheit und 54%, Folter sei weit verbreitet. 75% der Beteiligten an der Umfrage zum Thema "Menschenrechte und Meinungsfreiheit in der Türkei" erklärten, grundlegende Rechte und Freiheiten würden beschnitten.
Ein Fragenblock betraf das Thema Kurdischunterricht und kurdische Veröffentlichungen. Demnach sind 42% für kurdischsprachiges Radio und Fernsehen, 34% fordern Kurdischunterricht.
Auf die Frage, welche gesellschaftliche Gruppe von Repression betroffen sei, antworteten 50.7% "Kurden". Weitere genannte Gruppen waren Kopftuchtragende, Frauen, religiöse Menschen, Homosexuelle, Linke, Aleviten, Zigeuner und nicht-muslimische Minderheiten.
Als Institutionen, die die Menschenrechte verletzen, wurden "Polizei, Gerichte, Beamte, Vollzugsbeamte, Dorfschützer, der Nationale Sicherheitsrat, Jandarma, Armee" genannt. Während die Armee in von türkischen Einrichtungen unternommenen Umfragen stets als die Institution benannt wird, der am meisten Vertrauen geschenkt wird, zeigt diese Umfrage ein ganz anderes Ergebnis. 28% der TeilnehmerInnen gaben an, sie selbst oder ein Familienmitglied sei von Sicherheitskräften misshandelt worden.
64% sind nach den Umfrageergebnissen gegen die Schließung politischer Parteien. 92% glauben, dass Gedankenfreiheit unablässig für einen sozialen Frieden ist. 64.5% sprachen sich für eine EU-Mitgliedschaft aus, 26.2% dagegen, 9.3% haben keine Meinung zu diesem Thema.
Wie die Umfrage zeigt, muss im System der Türkei alles erneuert werden. Bis zum Kopenhagener Gipfel ist es noch eine Woche. Die verschiedenen Identitäten, Glaubensrichtungen, Kulturen und Gedanken stehen unter Repression - aber sie fordern Freiheit.
(ÖP, 5.12., ISKU)

Wahlen in Siirt wurden annulliert

Der Hohe Wahlausschuss (YSK) hat die Abgeordnetenwahlen vom 3. November 2002 in Siirt annulliert.
Die AKP hatte die Wahlen in Siirt mit der Begründung angefochten, im Kreis Pervari seien drei Wahlurnen gar nicht erst aufgestellt worden und eine Wahlurne sei aufgebrochen worden, um den Weg ins Parlament für ihren von einem Politikverbot betroffenen Vorsitzenden R.Tayyip Erdogan frei zu machen.
Nach den Wahlergebnissen vom 3. November wären ohne das Hindernis der landesweit geltenden Zehnprozenthürde die DEHAP-KandidatInnen Aysel Tugluk und Mehmet Selim Özalp ins Parlament eingezogen. Der Stimmenanteil der DEHAP von 32.28 Prozent wurde somit unter AKP und CHP aufgeteilt. Siirt stellt drei Abgeordnete. Anstelle der DEHAP-Abgeordneten wurden Ekrem Bilek (CHP), Mervan Gül (AKP) und der unabhängige Kandidat Fadil Akgündüz ins Parlament gewählt.
Die Neuwahlen in Siirt werden für den 2. oder 9. Februar 2003 erwartet. Es können alle Parteien, die bereits am 3. November zur Wahl standen, wieder kandidieren. Allerdings wird es für alle Parteien außer der CHP und der AKP nicht möglich sein, ins Parlament einzuziehen, weil die Zehnprozenthürde auch bei den Neuwahlen Gültigkeit hat. *(DIHA/MHA, 3/ 4.12, ISKU)*

Gesetzespaket für EU-Beitritt

Die neue türkische Regierung verabschiedete am Dienstag ein 31 Punkte umfassendes Gesetzespaket, mit dessen Beratung im Parlament am Montag begonnen werden soll.
Mit den 31 Änderungen an insgesamt 18 Gesetzen sollen künftig Haftstrafen für Folterer nicht mehr in Bewährungs- oder Geldstrafen umgewandelt werden können. Erst am Vortag hatte ein Folter-Urteil eines Istanbuler Gericht heftige Proteste ausgelöst. Die Richter hatten Polizisten freigesprochen oder ihre Strafen zur Bewährung ausgesetzt, denen vorgeworfen war, 1999 den Gewerkschafter Süleyman Yeter zu Tode geprügelt zu haben. Der für Europafragen zuständige Vizeregierungschef Ertugrul Yalcinbayir versprach nach der Kabinettssitzung "Null-Toleranz" für Folterer im Staatsdienst. Beamte können bei solchen Vorwürfen künftig auch ohne Zustimmung ihrer Vorgesetzten belangt werden. Der Vorbehalt hatte bisher viele Prozesse verhindert. Das Gesetzespaket enthält auch eine Erweiterung der Presse- und der Vereinsfreiheit. Parteienverbote werden erschwert, die Rechte der christlichen und der jüdischen Minderheiten gestärkt. Ihre Gemeinden sollen nun wieder Vermögenswerte erwerben dürfen.
Die Reformen erlauben zudem Eltern, ihren Kindern kurdische Namen zu geben, wofür bisher Dutzende von Familien vor Gericht gestellt wurden.
Die Amnestierung von Disziplinarstrafen an Universitäten und die Eröffnung der Möglichkeit, rechtskräftig abgeschlossene Gerichtsverfahren nach einer Verurteilung der Türkei durch den Europäischen Gerichthof für Menschenrechte, sind im letzten Moment aus dem Änderungskatalog herausgenommen worden. Letztere Bestimmung gehört zu den vordringlichen Forderungen der EU an die Türkei, weil auf diese Weise der Konflikt um die Inhaftierung der ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana gelöst werden sollte.
(SZ, 4.12., ISKU)

Postkarten an Öcalan

Die Aktionen gegen die Isolationsbedingungen, denen der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan unterworfen ist, reißen nicht ab. In Van hat eine Gruppe unter dem Namen "Kurdische Fraueninitiative" eine Postkartenaktion an Abdullah Öcalan gestartet und alle Frauen zur Teilnahme aufgerufen. In Batman fanden in mehreren Stadtteilen Fackelzüge aus Protest gegen die Haftbedingungen des KADEK-Vorsitzenden statt. *(ÖP, 5.12., ISKU)*

Istanbuler Staatssicherheitsgericht als "Separatismus" wertete. Die Haftstrafe wurde 1999 aufgrund einer Teilamnestie zur Bewährung ausgesetzt. Doch das Disziplinarverfahren bei der Anwältekammer lief weiter und endete nun mit dem einjährigen Entzug der Zulassung.
(taz, 30.11., ISKU)

101 Gefallene im Todesfasten
Am 30 November am 551. Tag ihres Todesfasten ist Zeliha Ertürk im Sisli Etfal Krankenhaus gestorben. Am 1.Dezember starb die 33-jährige Feridun Yücel Batu in einem Krankenhaus in Buca (Izmir).Es befinden sich noch 13 Personen im Todesfasten gegen die Isolationshaft. Nach Angaben von IKM befindet sich bereits eine neue Gruppe die ins Todesfasten geht in Vorbereitung. *(ISKU)*

Erste Strafanzeige gegen Minister Cicek
Gemeinsam mit Angehörigen von Gefangenen haben Mitglieder und Vorstand des IHD Istanbul Strafanzeige gegen Justizminister Cemil Cicek gestellt, weil sie ihn als verantwortlich für den Tod von Zeliha Ertürk und Feridun Yücel Batu im Todesfasten betrachten. Die MenschenrechtlerInnen forderten, Minister Cicek gemäß Paragraph 455 des Türkischen Strafgesetzbuches ("Herbeiführung von Tod") zu verurteilen. *(MHA, 4.12., ISKU)*

Neue Regierung liefert sich IWF aus
Wie Mihail Deppler vom IWF, der zur Kontrolle der Verbundenheit der neuen Regierung zum mit der vorherigen Regierung vereinbarten Wirtschaftsprogramm nach Ankara gereist ist, erklärt hat, stimme die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung mit dem IWF-Programm überein. Während des Wahlkampfes hatte die AKP stets betont, wenn sie an die Macht käme, würde mit dem IWF neu verhandelt. Bei dem ersten Zusammentreffen jedoch, hat sie sich dem IWF ausgeliefert.
(ÖP, 5.11., ISKU)

Quellen:

MHA	Mezopotamya Haber Ajansi
ÖP	Özgür Politika
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ND	Neues Deutschland
SZ	Süddeutsche Zeitung

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 84
13. Dezember 2002

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KADEK fordert Ende der Angriffe auf Abdullah Öcalan

Einsatz zeigen!

In einem telefonischen Beitrag zur Sendung "Rews" bei Medya TV hat Murat Karayilan die sofortige Beendigung der unrechtlichen Vorgehensweise gegen den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gefordert. Karayilan verwies auf den Versuch des türkischen Staates, die Lösung der kurdischen Frage hinauszuzögern und damit die Bevölkerung ruhig zu stellen. Gewünscht werde ein kurdisches Volk, das sich ruhig verhalte, so Karayilan, der weiterhin dazu aufforderte, die Stimme zu erheben gegen die Isolationsbedingungen, denen Öcalan unterworfen ist, sowie gegen die Politik, die kurdische Frage buchstäblich verrotten zu lassen.

Neues Konzept

“Wir sind ein organisiertes Volk. Um uns unserer eigenen Realität anzunehmen, müssen wir noch organisierter sein und auf legitimen Wegen gegen diese Form der Verrottungspolitik kämpfen. Wir müssen für uns selbst und für den Vorsitzenden in Aktion treten. Es ist notwendig, dass auch die neue Regierung von der Situation etwas mitkriegt”, so führte Karayilan weiter aus. Für eine Verbesserung der Lebensbedingungen des KADEK-Vorsitzenden müsse im In- und Ausland eine Kampagne gestartet und gekämpft werden. Der türkische Staat habe ein neues Konzept entworfen: "Der Staat will sein neues Konzept über die AKP zur Anwendung bringen. Und die AKP zeigt grünes Licht. Damit kommt Gefahr auf. Für den kurdischen Kampf bedeutet dies, die Entwicklung einer neuen und historischen Phase."
Noch immer richte sich der internationale Komplott gegen das kurdische Volk, so Karayilan: "Sie wollen das eigentliche Problem begraben, der Zeit überlassen und das Volk damit ruhigstellen. Dieses Konzept wird vom Staat geplant angewandt."

‚Situation unseres Vorsitzendes ist dringend'

Die Hinhalte- und Verrottungspolitik werde in erster Linie auf den KADEK-Vorsitzenden Öcalan angewandt. "In den F-Typ-Gefängnissen gilt das gleiche auch für die anderen Gefangenen. Aber die Herangehensweise an unseren Vorsitzenden ist wie ein Barometer für das kurdische Volk. Alles, was ihn betrifft, betrifft auch unser Volk und unseren Kampf. Nirgendwo auf der Welt gibt es ein solches Vorgehen. Es handelt sich vollständig um ein politisches Handeln, das parallel zu dem genannten Konzept entwickelt wird. Der Kampf unseres Volkes soll damit abgewürgt werden. Deshalb muss das Volk aufmerksam sein und Einsatz zeigen für unseren Kampf. Mit dem, was unserem Vorsitzenden angetan wird, wird die Würde und Ehre des kurdischen Volkes mit Füßen getreten. Wir möchten zu diesem Thema eine Warnung aussprechen. Eine solche Herangehensweise lässt der Entwicklung von Frieden keine Chance, sondern führt zu Gewalt und Chaos. Wir sind bereit, eine bestimmte Zeit zu gewähren, aber die Verbesserung der Situation unseres Vorsitzenden ist von absoluter Dringlichkeit."

Warnung an die USA

Einhergehend mit der bevorstehenden Irak-Intervention solle die Türkei gestärkt werden, so Karayilan. Dafür habe es gewisse Vereinbarungen gegeben. Die geheim gehaltene Politik solle jetzt umgesetzt werden. "Wir warnen den Staat und die Regierung. Und wir warnen die USA. Sie wollen Absprachen für die Irak-Intervention treffen. Es sollte inzwischen bekannt sein, dass das kurdische Volk auf diese Spiele nicht reinfällt. In keinem Landesteil, in dem die kurdische Frage ungelöst ist, kann von Stabilität gesprochen werden."
Mit den Wahlen vom 3. November habe eine neue Phase begonnen, so erklärte KADEK-Präsidialratsmitglied Murat Karayilan weiter: "Die Türkei steckt voller Probleme. Nicht nur die Wirtschaft ist ausgebeutet. Es gibt Rentiers, Banden, niedergebrannte Dörfer, extralegale Hinrichtungen, es gibt Tausende von Problemen. Die Regierung bringt keins davon zur Sprache. Die Grundlage dieser Probleme ist die ungelöste kurdische Frage. Solange sie ungelöst bleibt, wird auch kein anderes Problem gelöst werden können."

‚Keine sichtbaren Schritte'

Dass AKP-Chef Tayyip Erdogan gegen einen Krieg sei, könne er lediglich durch die Praxis beweisen, teilte Karayilan mit. Dafür sei es notwendig, von der seit Jahren gegen das kurdische Volk gerichteten Politik Abstand zu nehmen.
Die Regierungsmitglieder seien dabei, sich selbst zur Akzeptanz zu verhelfen. "Basis dafür die Einigung. Sie wollen auch eine Einigung mit den Rentiers finden. Aber mit einer solchen Herangehensweise können nicht gleichzeitig Demokratie und Menschenrechte verteidigt werden. Es bedeutet, dass Abstriche gemacht werden. Sie bringen das Wort Demokratie zur Sprache, aber in der Praxis zeigen sich keine sichtbaren Schritte.

(ÖP, 8.12., ISKU)

Öcalan-Anwalt: Neues Konzept

Auch am vergangenen Mittwoch wurde der Verteidigerbesuch beim KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der auf der Gefängnisinsel Imrali unter verschärften Isolationsbedingungen inhaftiert ist, mit fadenscheinigen Begründungen verhindert. Der KADEK hat eine Kampagne zur Verbesserung der Haftbedingungen seines Vorsitzenden gestartet. Der türkische Generalstab hat dagegen die Anweisung an Premierminister Abdullah Gül weitergeleitet, Öcalans Bedingungen nicht zu verbessern.
Gegenüber MHA erklärte Irfan Dündar als einer der Verteidiger Öcalans, sie seien mit einem neuen Konzept konfrontiert. In den letzten drei Monaten habe der Besuch neun Mal nicht stattfinden können. "Herr Öcalan ist eine Persönlichkeit, die Einfluss ausübt auf die Türkei und den Mittleren Osten. Um diesen Einfluss zunichte zu machen, ist ein neues Konzept entwickelt worden. Wir befinden uns in einer Zeitphase, in der viel über eine bevorstehende Irak-Operation gesprochen wird. An dieser Angelegenheit sind internationale Kräfte beteiligt. Es handelt sich dabei um eine ganze Liste von Kräften, die von den kurdischen Kollaborateuren im Irak bis zur NATO reicht. Dieses Bündnis macht die Vorschläge und die Türkei nimmt sie an und vollstreckt sie."
Die Verteidigung Öcalans hat einmal wöchentlich, mittwochs, das Recht auf einen einstündigen Besuch. Im Jahre 2002 hat der Besuch 31 Mal stattgefunden, 16 Mal wurde er verhindert. Wegen der Verschärfung der Isolation, in der sich Öcalan befindet, hat der KADEK (Kurdistan Kongress für Freiheit und Demokratie) am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte eine Kampagne zur Verteidigung der Rechte des Vorsitzenden Apo gestartet, die bis zum 15. Februar 2003, dem Tag der Entführung Öcalans vor vier Jahren, andauern wird.

(ÖP, 12.12., ISKU)

Meldungen

Nuriye Kesbir wird nicht ausgeliefert

Gestern wurde das Urteil im Auslieferungsverfahren gegen Nuriye Kesbir verkündet. Der Forderung der Türkei nach Auslieferung der kurdisch-ezidischen Politikerin wurde nicht stattgegeben.
In der Urteilsbegründung erklärte der vorsitzende Richter: "Das Gericht hat festgestellt, dass die Beschuldigungen gegen Kesbir durch den türkischen Staat haltlos sind. Die Mitgliedschaft Kesbirs in der PKK stellt in Holland keinen Strafbestand dar, weil die PKK in Holland keine verbotene politische Organisation ist. Die politischen Aktivitäten Kesbirs stellen in Holland ebenfalls keinen Strafbestand dar." Da die Möglichkeit besteht, dass die Staatsanwaltschaft Einspruch gegen das Urteil einlegt, wurde der Haftbefehl noch nicht aufgehoben. Im gesondert laufenden Asylverfahren Nuriye Kesbirs ist die Urteilsverkündung für kommende Woche zu erwarten.

(IFfNK, 11.12., ISKU)

Kurdischer Politiker Ali Z. in Bonn festgenommen

Am 6. Dezember 2002 wurde der kurdische Politiker Ali Z. von Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) in Bonn festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, Mitglied und Funktionär der in Deutschland als "kriminelle" Vereinigung (§ 129 StGB) eingestuften Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, zu sein. In dieser Eigenschaft soll er die Deutschland-Region Nordwest vertreten haben und darüber hinaus für Besetzungsaktionen im Februar 1999 verantwortlich gewesen sein. Weltweit protestierten Kurdinnen und Kurden seinerzeit gegen die völkerrechtswidrige Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus Kenia in die Türkei. Im Anschluss an die Festnahme von Ali Z. fand bei Familienangehörigen eine Wohnungsdurchsuchung statt, in deren Verlauf diverse Gegenstände beschlagnahmt worden sind. Ali Z. befindet sich in der JVA Köln in Untersuchungshaft.

(Azadi, 9.12., ISKU)

Lehrergewerkschaft kritisiert mangelnde Bildungsmöglichkeiten für Behinderte

Einer Stellungnahme des Sekretärs des Büros der Lehrergewerkschaft Egitim Sen in Mersin zufolge, bleiben Millionen körperlich und geistig behinderter Kinder in der Türkei ohne Schulausbildung. Insgesamt gäbe es 347 Schulen für Behinderte, an denen

Wieder Fälle von Verschwundenen

Auch unter der AKP-Regierung stehen Verschwundene nach wie vor auf der Tagesordnung. Darunter sind Riza Koc, der seit 40 Tagen verschwunden ist, und Siddik Kaya, von dem seit 18 Tagen keine Spur mehr zu finden ist. Die stellvertretende IHD-Vorsitzende Eren Keskin hat aus diesem Anlass die türkischen Demokraten dazu aufgefordert, in der Sache aktiv zu werden. "Es sind der IHD, die Kurden und die HADEP, die das Thema Verschwundene auf ihre Agenda setzen. Solange es dabei bleibt, wird auch die Politik des Verschwindenlassens nicht abbrechen."

Familie Kaya voller Sorge

Siddik Kaya aus dem Dorf Karapinar im Kreis Varto der Provinz Mus ist 41 Jahre alt, verheiratet und Vater von fünf Kindern. Seine Familie ist voller Sorge um sein Leben. Der in den Vorfall verwickelte Offizier Celal Sen ist immer noch im Amt. Wie Siddik Kayas Vater Pekdemir Kaya erklärt, hat er keinerlei Vertrauen in den Staat.

Gegenüber MHA erklärte der regionale IHD-Vertreter Hanefi Isik, Siddik Kaya sei mindestens zehn Mal von Offizier Celal Sen festgenommen und gefoltert worden, obwohl offiziell keinerlei Vergehen Kayas verzeichnet ist. "Mit einem ordentlichen Rechtswesen hat dieser Vorfall nichts zu tun. Die Festnahmen sind nicht einmal registriert", so Isik.

Bei Celal Sen handelt es sich um eine Person, die in Varto als JITEM-Unteroffizier bekannt ist. In offiziellen Dokumenten wird er als "Unteroffizier im Geheimdienst" bezeichnet.

Eren Keskin teilt zu dem Fall weiterhin mit: "Gemäß des Berichtes, den unsere Regionalzweigstelle erstellt hat, haben zwischen der verschwundenen Person und dem Offizier ständige Telefongespräche stattgefunden. Es wurde gefordert, diese Telefonmitschnitte zu veröffentlichen. Das ist bis jetzt immer noch nicht geschehen. Dabei handelt es sich um eine Arbeit von einer Stunde. Die verschwundene Person ist fast jeden Tag vom Jandarmakommandanten vorgeladen worden. Und eines Tages kehrt er von solch einer Vorladung nicht zurück. Genau das gleiche wie bei den Verschwundenen von Silopi. Aber das Innenministerium hat nicht mal eine Erklärung dazu abgegeben."

Familie Kaya hat gegen Celal Sen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Sowohl strafrechtliche als auch verwaltungsrechtliche Ermittlungen sind eingeleitet worden, aber es gibt kein Ergebnis.

Seit 40 Tagen verschwunden

In Mus ist vor ca. 40 Tagen Atilla Koc in den Abendstunden verschwunden. Seine Familie äußert sich nicht zu dem Thema und hat auch keine offiziellen Anfragen gestellt. Weitere Informationen zu diesem Fall gibt es nicht.

Hanefi Isik äußerte sich weiterhin folgendermaßen zu dem Thema: "Bevor der Ausnahmezustand eingeführt wurde, fanden ständig derartige provokative Vorfälle statt. Das gleiche passiert jetzt wieder, wo der Ausnahmezustand aufgehoben wird. Die neue Regierung hat große Versprechungen gemacht. Es hieß, es werde keine Folter mehr geben. Ich nehme an, dass die ‚Kräfte der Dunkelheit' erneut in Aktion getreten sind, um diese Versprechungen ins Leere laufen zu lassen. In Hakkari wird sehr viel gefoltert. Insbesondere bei der Jandarma. Der jüngste Vorfall betrifft den Überfall auf das Dorf Andic. In Siirt hat eine extralegale Hinrichtung stattgefunden. Mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes hätte eigentlich eine Normalisierung stattfinden müssen. Ich denke, dass die Atmosphäre in der Region mit dieser Art von Vorfällen angeheizt werden soll."

‚Nicht schweigen'

Eren Keskin, die seit über zehn Jahren für die Einhaltung von Menschenrechten kämpft, kritisierte die türkischen demokratischen Kräfte für ihr Schweigen zum Thema Verschwundene: "Die Politik des Verschwindenlassens hatte eine Zeitlang nachgelassen in der Türkei. Dann gab es die Verschwundenen von Silopi. Jetzt gibt es wieder zwei Verschwundene. Die Verschwundenen von Mus stehen einzig auf der Tagesordnung der Kurden. Keine einzige sozialistische Partei in der Türkei kümmert sich darum. Warum? Solange sie sich nicht mit diesem Thema befassen, ist der Kampf gegen dieses Vorgehen sehr viel schwieriger. Und das bereitet mir große Sorge."

(ÖP, 8.12., ISKU)

Irak-Krieg: Ankara zieht Truppen zusammen

Die Türkei sieht einen Irak-Krieg immer näher rücken. In den vergangenen Tagen verstärkte Ankara nach Presseberichten seine Truppen an der rund 300 Kilometer langen Grenze zu seinem südöstlichen Nachbarstaat. Insbesondere Aufklärungs-, Infanterie- und Pioniereinheiten der Armee seien in Richtung Grenze unterwegs gewesen, berichteten türkische Zeitungen am Montag. Panzer, schweres Räumgerät und Truppentransporter wurden gesichtet. "Der Irak-Krieg steht vor unserer Tür", titelte die regierungsnahe Zeitung "Yeni Safak".

Mit der Truppenkonzentration entlang der Grenze will sich die Türkei gegen mehrere Möglichkeiten absichern. Zum einen soll eine ähnlich große Flüchtlingswelle aus dem Irak in die Türkei wie nach dem Golfkrieg vor zehn Jahren verhindert werden. Der türkische Rote Halbmond hat seine Vorbereitungen zur Aufnahme von bis zu 80 000 irakischen Flüchtlingen abgeschlossen. Auch die Dorfschützer wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Sie sollen nun bei der Überwachung des Grenzgebiets helfen.

Zum anderen befürchten die Türken, dass die Kurden im Nordirak während eines US-Kriegs gegen Saddam Hussein ihre Autonomie innerhalb des Iraks zur staatlichen Unabhängigkeit ausweiten könnten. Um das verhindern zu können, sind bereits heute mehr als 5000 türkische Soldaten im Nordirak stationiert.

Die Türkei ist für die Kriegsvorbereitungen Washingtons von entscheidender Bedeutung. Bis zu 250 000 Soldaten wollen die Amerikaner auf türkischem Boden an der Grenze zum Irak stationieren. Zudem verlangen die USA die Nutzung mehrerer Luftwaffenstützpunkte und Häfen in der Türkei sowie die Öffnung des türkischen Luftraums für amerikanische Militärflugzeuge.

Diese Forderungen sind auch ein wichtiges Thema beim Besuch des türkischen Wahlsiegers Recep Tayyip Erdogan bei US-Präsident George Bush in Washington an diesem Dienstag. Erdogan wird auch mit Außenminister Colin Powell und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sprechen: Die VIP-Behandlung für Erdogan, der wegen einer Vorstrafe selbst kein Regierungsamt ausübt, zeigt, wie wichtig die Türkei den USA derzeit ist - und wie schnell die Entscheidungen in Sachen Irak offenbar getroffen werden sollen.

(TS, 10.12., ISKU)

Türkei zu Schadenersatz verurteilt

Die Verurteilung eines Türken wegen der Veröffentlichung von Äußerungen Abdullah Öcalans ist ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Dies stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Donnerstag in Straßburg fest. Zugleich wies das Gericht die Regierung in Ankara an, dem 64-Jährigen 4000 Euro Schadenersatz zu zahlen und die Gerichtskosten zu tragen. Der Mann war 1995 zu einem Jahr Haft und einer hohen Geldstrafe wegen "Separatismus" verurteilt worden, weil er in einem Buch ein Gespräch mit dem heute inhaftierten Gründer der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK veröffentlicht hatte. Das Buch "Gespräche im kurdischen Garten" wurde konfisziert. Diese Maßnahmen rügte der Gerichtshof als unangemessen. Zwar enthalte das Buch prokurdische Forderungen und Kritik an der türkischen Regierung. Es sei aber nicht als Aufruf zu Gewalt zu werten.

(FR, 6.12., ISKU)

17.763 Personen von 3.194 Lehrkräften unterrichtet werden. Die Zahl der Behinderten in der Türkei wird auf 10 Millionen geschätzt, davon sind rund 3 Millionen Kinder. *(Aksam, 5.12., ISKU)*

Dorfschützer warten auf eine Lösung

Ungefähr 70.000 Dorfschützer wurden als Miliz neben Armeeeinheiten im Kampf gegen die PKK eingesetzt. Sie erhalten heute einen Lohn von 225 Millionen TL und bestehen, nach Angaben eines Milizsprechers, überwiegend aus landlosen Bauern. Offen ist, was nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der weitgehenden Beendigung der Kämpfe aus ihnen werden soll.

(Aksam, 6.12., ISKU)

Türkei bei Lohnnebenkosten an der Spitze der OECD

Mit einem Anteil von 43,2 % an den Lohnkosten liegt die Türkei noch vor Schweden. Verantwortlich für die hohen Kosten sind neben den hohen Lohnsteuersätzen vor allem auch hohe Gebühren für die Sozialversicherung. Werden einerseits die hohen Nebenkosten für das enorme Ausmaß von Schwarzarbeit verantwortlich gemacht, so ist es andererseits vor allem der hohe Anteil unregistrierter Arbeit, der sowohl das Steueraufkommen als auch die Sozialversicherungskosten in die Höhe treibt.

(Aksam, 7.12., ISKU)

Verheugen rechnet nicht mit Türkei-Beitritt vor 2013

EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen rechnet nicht mit einem Beitritt der Türkei zur EU vor 2013. Dies sei das erste mögliche Datum, sagte Verheugen der französischen Tageszeitung "La Croix". Die EU müsse aber schon heute klären, welche Auswirkungen ein Beitritt auf die europäischen Institutionen und auf die Entscheidungsfindung in der Union haben würde.

(BZ, 10.12., ISKU)

Quellen:

ÖP	Özgür Politika
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
IFfNK	Initiative "Freiheit für Nuriye Kesbir"
TS	Tagesspiegel
FR	Frankfurter Rundschau
BZ	Berliner Zeitung

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku

Nr. 85
20. Dezember 2002

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@mail.nadir.org
www.nadir.org/isku

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Mustafa Karasu, Mitglied des KADEK-Präsidialrates:

'Kampagne offen unterstützen'

Mustafa Karasu, Mitglied des KADEK-Präsidialrates, hat die Türkei davor gewarnt, dass die EU die Türkei ohne Lösung der kurdischen Frage niemals akzeptieren wird. Allein aus diesem Grund müsse endlich die Zermürbungspolitik nach dem Motto "weder Krieg noch Frieden" ein Ende finden. In bezug auf die Isolation, der der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan ausgesetzt ist, rief Karasu das kurdische Volk auf, die Kampagne für die Verbesserung seiner Haftbedingungen offen zu unterstützen.

"Die Kampagne muss vom kurdischen Volk und demokratischen Kräften offen unterstützt werden. Es handelt sich um das Hauptproblem der Türkei und dazu muss offen Haltung gezeigt werden." erklärte Mustafa Karasu. Öcalan als kurdische Führungspersönlichkeit stehe der Bevölkerung der Türkei sehr nahe und sei aufrichtig in seinem Beharren auf eine demokratische freie Einheit. "Ein mutiges Verhalten ist gefordert. Das ist ein Teil der Lösung der kurdischen Frage", so Karasu. Die Kampagne sei wichtig, um bestimmte Tabus zu brechen.

‚Unbestimmte Politik'

Seit drei Jahren würde über die kurdische Frage diskutiert und es seien viele Vorurteile überwunden worden, so erklärte Karasu weiter. "Trotzdem wird die ‚Weder Krieg noch Frieden'-Politik fortgesetzt. Diese Zermürbungstaktik wird sowohl auf unseren Vorsitzenden als auch auf die kurdische Frage angewandt." Dies aber bedeute, dass die Bedingungen, die zu einem Krieg führen, weiter aufrecht gehalten werden. "Die Herangehensweise an unseren Vorsitzenden kommt der Herangehensweise an die kurdische Frage und das kurdische Volk gleich. Sie ist somit Grund für Krieg wie auch für Frieden. Wer die kurdische Frage nicht mit unserem Vorsitzenden APO lösen kann, der kann auch keine anderen Probleme lösen."

Warnung an die AKP-Regierung

Die wichtigen politischen Fragen würden nicht von Parteien, sondern von verschiedenen Fokussen festgelegt, so Karasu. Die AKP versuche nicht, das zu verhindern, sondern wende die klassische Politikform an, mit der die hauptsächlichen politischen Themen anderen überlassen werden. "Wir warnen die AKP: wenn sie die Hauptprobleme der Türkei nicht lösen kann, wird auch sie überwunden werden." Es sei nicht mehr möglich, auf die alte Weise Politik zu machen, deshalb müsse von der Herangehensweise der "Sicherheitsbedenken, der Wenn und Abers" abgesehen werden. "Die AKP ist an die Macht gekommen, weil die Gesellschaft eine Veränderung wollte. Die gesellschaftliche Dynamik ist an diesem Punkt angelangt. Wenn die Regierung in der kurdischen Frage und der Demokratisierung keinen Schritt zu setzen vermag und darauf setzt, nicht mit den Gleichgewichten in der Türkei spielen zu wollen und die Ausweglosigkeit nicht zu überwinden, dann ist es von schwerwiegender Bedeutung."

EU-Beitritt hängt von kurdischer Frage ab

"Wenn die Türkei die kurdische Frage nicht löst, wird sie in noch stärkere Abhängigkeit zu den USA und Israel geraten", erklärte Karasu. Auch die EU werde Ankara solange nicht akzeptieren, bis die kurdische Frage gelöst sei. "Natürlich wollen sie keine derartig problembeladene Türkei aufnehmen, und auch deshalb muss sich die Türkei demokratisieren. Wenn heute noch kein Krieg ausgebrochen ist, dann deshalb, weil die Überzeugung vorherrscht, dass die Zermürbungspolitik auf die eine oder andere Weise ins Leere laufen wird. Aber langfristig kann diese Politik nicht geführt werden." *(ÖP, 17.12., ISKU)*

Todesfasten in türkischen Gefängnissen

2. Jahrestag des Massakers

In der Türkei begann am 20. Oktober 2000 in 18 Gefängnissen ein Hungerstreik. Heute ist der zweite Jahrestag des Gefängnismassakers gegen das Todesfasten, das nach wie vor fortgesetzt wird. Bis heute haben im Todesfasten gegen die F-Typ-Gefängnisse 102 Menschen ihr Leben verloren. Obwohl das Sterben weiter geht, zeigt sich die Regierung nicht bereit für eine Lösung.

Um eine Schließung der F-Typ-Gefängnisse durchzusetzen, wurde am 20. Oktober 2000 in 18 Gefängnissen ein Hungerstreik begonnen. Unterstützt wurden die AktivistInnen in den Gefängnissen von Angehörigen in der Türkei, in Kurdistan und Europa. Am 30. Tag der Aktion wurde der Hungerstreik in ein Todesfasten umgewandelt.

Am Morgen des 61. Tages, dem 19.12. um 4.30 Uhr griff der Staat zeitgleich 20 von 48 Gefängnissen an, in denen die Gefangenen im Todesfasten standen. Mit Panzern, Bulldozern, Gasbomben, Helikoptern und Tausenden Soldaten und Bereitschaftspolizisten griffen sie an. Sie setzten automatische Waffen und Gasbomben ein.

Nach der Operation wurden die überlebenden Gefangenen in F-Typ-Gefängnisse überführt. Das Todesfasten wurde gruppenweise fortgesetzt. Bis jetzt haben insgesamt 102 Personen ihr Leben verloren. Bei 350 Personen liegt Gedächtnisverlust als Folge des langen Hungerns vor. Die Zahl der Personen, die bleibende Schäden erlitten haben, ist unbekannt.

Forderungen der todesfastenden Gefangenen:

"Schließung der F-Typ-Gefängnisse. Aufhebung aller Resultate des Artikel 3713 des Anti-Terror-Gesetzes. Annullierung des Gefängnisprotokolls, das von Justiz-, Innen- und Gesundheitsministerium unterzeichnet worden ist und gegen das die Anwälte Widerspruch eingelegt haben. Schließung der Staatssicherheitsgerichte (DGM). Verurteilung der Verantwortlichen für die Ermordung und Verwundung unserer Freunde und Freundinnen in den Gefängnissen Buca, Ümraniye, Diyarbakir, Ulucanlar und Burdur. Freilassung der Gefangenen, die chronische Beschwerden haben, im Todesfasten von 1996 bleibende Schäden davongetragen haben, bei Angriffen verwundet wunden und keine medizinische Behandlung erhalten. Verurteilung von Folterern. Annullierung der antidemokratischen Gesetze, die den Kampf der Völker für Demokratie und Freiheit behindern und Beendigung der Repression."

(ÖP, 19.12., ISKU)

Meldungen

Endlich freigelassen!

Nuriye Kesbir wurde nach einer vierzehnmonatigen Haftzeit in holländischen Gefängnissen endlich freigelassen. Vergangene Woche war das Auslieferungsgesuch der Türkei vom zuständigen holländischen Gericht abgelehnt worden. Das Urteil im gesondert laufenden Asylverfahren ist noch nicht gesprochen, dennoch konnte Nuriye Kesbir am 17.12. von ihren UnterstützerInnen begeistert vor dem Amsterdamer Gerichtsgebäude begrüßt werden. In einer ersten Erklärung dankte die Politikerin dem kurdischen Volk und allen, die sie während ihrer Haftzeit nicht allein gelassen haben.

Öcalan: Wieder kein Besuch!

Auch gestern ist der Besuch der VerteidigerInnen und Familie beim Abdullah Öcalan mit der üblichen fadenscheinigen Begründung verhindert worden, das schlechte Wetter lasse eine Überfahrt zur Gefängnisinsel Imrali nicht zu. Damit ist das dritte Mal in Folge der wöchentliche Besuch ausgefallen. Der letzte Besuch hat am 27. November 2002 stattgefunden. Wie Rechtsanwalt Irfan Dündar vom Asrin Hukuk Bürosu mitteilte, sei in den nächsten Tagen eine Antwort auf das rechtsanwaltliche Gesuch in bezug auf die Verhinderung der Besuche vom Justizministerium, der zuständigen Staatsanwaltschaft in Bursa sowie der Strafvollzugsgeneraldirektion zu erwarten. In den Gesuchen hatten die Anwälte laut Dündar die Durchsetzung des Besuchrechtes sowie die Aufhebung unrechtmäßiger Haftbedingungen gefordert. *(ÖP, 19.12., ISKU)*

Aktionen gegen Isolation

Die "Kampagne zur Verteidigung des Vorsitzenden APO", die für die Beendigung der Isolationspolitik gegen den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gestartet worden ist, läuft mit verschiedenen Aktionsformen.

Im Rahmen der Studierendenaktion in Diyarbakir sind Faxe und E-Mails an Amnesty International, das Folterpräventionskomittee des Europaparlaments sowie an bekannte Persönlichkeiten in der Türkei und im Ausland geschickt worden. Die Aktion wird bis zum 15. Februar fortgesetzt.

In Batman wurden in mehreren Stadtteilen zeitgleich für zehn Minuten alle Lichter gelöscht. Zur selben Zeit startete eine Demonstration.

In Dogubeyazit fanden in mehre-

Pinar Selik: Aufruf zur Frauenkonferenz

"Befreiung organisieren"

Endlich ist das Ende unserer fieberhaften Arbeit in Sicht. Endlich sind fast alle Vorbereitungen für die Konferenz erledigt. Ja, am 21. und 22. Dezember 2002 wird eine türkeiweite Konferenz stattfinden. Was für eine Konferenz? Eine Frauenkonferenz unter dem anspruchsvollen Motto "Befreiung organisieren".
Wir haben bis jetzt verschiedene Treffen erlebt. Haben uns von unseren Problemen erzählt und sie geteilt. Weil wir getrennt voneinander leben, uns sogar manchmal gegensätzlich positionieren, waren diese Treffen gut, um Hoffnung zu schaffen, Energien zu vereinen und die Überzeugung zu stärken, dass wir zusammen arbeiten können. Immer, wenn wir zusammen gekommen sind, konnten wir erkennen, wieviele gemeinsame Probleme wir trotz aller Unterschiedlichkeiten haben, und dass wir im männlichen Herrschaftssystem auf ähnliche Weise unterdrückt werden. Es war wichtig, uns gegenseitig zu verstehen oder es zumindest zu versuchen.
Aber sich nur zu treffen und sich gegenseitig ihr Leid zu klagen, reicht nicht aus. Die Schwierigkeiten, die aus unserer Unterdrükkung resultieren, hören nicht auf, in dem wir sie benennen. Solange wir keine geordneten und auf eine Lösung der Probleme ausgerichteten Sitzungen machen und zu gemeinsamen Beschlüssen kommen, gehen die Treffen nicht darüber hinaus, sich gegenseitig die jeweiligen Sorgen mitzuteilen. Es ist zwar erleichternd und für einen Moment fühlen wir uns gut, aber dann fahren wir damit fort, uns von verschiedenen Händen die Ohrfeigen des patriarchalen Systems verabreichen zu lassen. Aus diesem Grund haben alle bisherigen Treffen eine Unzufriedenheit hinterlassen. Bei jedem Abschied hieß es, "wir haben doch gerade erst damit begonnen, zu reden und uns zu verstehen". Wie könnten jahrtausendealte schmerzhafte Erfahrungen in einen engen Zeitrahmen gepresst werden? Es geht nicht. Wir kommen nur dazu, das loszuwerden, was uns als erstes durch den Kopf geht. Wir haben den hastigen Reden der anderen Frauen zugehört, die versucht haben, ihre Inhalte in ein paar Minuten Zeit unterzubringen. Und schließlich sind wir alle zu dem Schluss gekommen, dass die Treffen keinen Sinn haben, wenn es dabei nicht zu Lösungen kommt. Das war die wichtigste Funktion der Treffen. Wir sind zusammen gekommen und haben aus unseren Problemen etwas gemeinsames gemacht. Dadurch ist das Bedürfnis nach einer Lösung gewachsen. Damit war der Beschluss für die Konferenz auch schon gefallen. Lasst uns zusammenkommen, um über eine Lösung zu diskutieren, das war der Grundgedanke. Weil die Lösung in uns selbst liegt, also in unserer eigenen Organisierung und in unserem Kampf, haben wir die Konferenz auf ein einziges Thema begrenzt: unsere Organisierungs- und Kampfprobleme.
In der Türkei herrschen Aufmerksamkeit und Interesse an der Frauenfront. Aber dieses Interesse verwandelt sich nicht in eine Organisation, geschweige denn eine Bewegung. In diesem Sinne ist die Behauptung, es gebe eine Frauenbefreiungsbewegung in der Türkei, reine Illusion. Es gibt keine Bewegung. Es gibt auch keine Organisation. Damit etwas zu einer Organisation wird, muss Qualität mit Quantität verbunden, verbreitet und institutionalisiert werden. So etwas gibt es nicht. Nur in bestimmten Metropolen gibt es konzentrierte, enggefasste Gruppierungen. Die Kommunikation unter diesen Gruppen ist schlecht. Es gibt auch keine Plattformen, auf denen diskutiert wird, gegenseitige Unterstützung geleistet wird, eine Arbeitsteilung stattfindet. Somit ist der Bedarf an einer gemeinsamen Diskussion offensichtlich.
Wir werden diskutieren, Erfahrungen austauschen, kritisieren, kritisiert werden. Wir werden die Schwierigkeiten aufzeigen, mit denen wir konfrontiert sind in dem Versuch, sich unabhängig zu organisieren oder in patriarchalen gemischten Strukturen zu bestehen. Wir werden uns gegenseitig hinterfragen. Wo machen wir Fehler? Was verhindert unsere Entwicklung? Was hindert uns daran, zu einer Bewegung zu werden? Wie behindern wir uns gegenseitig und selbst? Verstehen wir alle das gleiche unter Frauenbefreiung? Wie definieren wir das Patriarchat? Warum gelingt es kurdischen, armenischen, arabischen und türkischen Frauen nicht, sich gemeinsam zu organisieren? Warum schließen unsere Organisationsformen nicht Menschen mit anderer sexuellen Orientierung, alte Menschen, Kinder, Arme, Behinderte mit ein? Warum imitieren wir die von Männern übernommenen Organisationsmodelle? Welche Gewohnheiten haben Einfluss auf unsere Aktionsformen? Wie ist unsere Haltung zu den Entwicklungen in der Türkei und weltweit? An welchen Punkten kommen wir auf einen Nenner? Wie können wir angesichts unserer verschiedenen Schwerpunkte Solidarität üben miteinander?
All diese Fragen gehen uns nicht aus dem Kopf. Wir haben aber nur zwei Tage zur Verfügung. Um ausreichend diskutieren zu können, wird es fünf verschiedene Arbeitsgruppen geben.
- Wie werden wir unterdrückt, wie definieren wir unsere Unterdrükkung?
- Mit unseren Unterschiedlichkeiten Frauenpolitik machen
- Kampfmethoden und -mittel der Frauenbefreiungsbewegung
- Wege zur Überwindung unserer Probleme für eine wirkungsvolle Organisierung
- Themen der Frauenbewegung, Haltung der Frauenbefreiungsbewegung zum aktuellen Geschehen in der Türkei und weltweit.

Im Anschluss an die Arbeitsgruppen werden die Lösungsvorschläge gemeinsam ausgewertet werden. Wir werden gemeinsam einen Schritt setzen...
Und wir laden alle Frauen, deren Herzen für die Befreiung der Frau schlagen, dazu ein, diesen Schritt mit uns gemeinsam zu setzen...
pselek@hotmail.com

(ÖP, 16.12., ISKU)

ren Stadtteilen Fackelzüge statt. In Adana-Seyhan wurden Feuer angezündet.
Von den Personen, die in Siirt in den vergangenen Tagen wegen Beteiligung an den Solidaritätskundgebungen mit Öcalan festgenommen worden war, sind drei freigelassen worden.
Bei Wohnungsrazzien in Izmir-Konak sind zehn Personen festgenommen worden. Drei sind wieder freigelassen worden. Drei weitere Personen werden im "Kinderbüro" in Gürcesme festgehalten, weil sie unter 18 Jahren sind.
In Adana ist von der HADEP im Rahmen der Menschenrechtswoche eine Faxaktion für die Verbesserung der Haftbedingungen Öcalans und eine Generalamnestie gestartet worden.
In einer Ansprache erklärte der HADEP-Provinzvorsitzende von Adana, die Gefängnisse seien die blutende Wunde der Türkei. "Beispiele für Sonderbehandlungen in der Türkei sind die F-Typ-Gefängnisse, die mittlerweile über 100 Tote gefordert haben, und das Ein-Personen-Gefängnis Imrali, in dem sich Abdullah Öcalan befindet. Die Haftbedingungen der sozialen und politischen Gefangenen müssen sofort verbessert werden. Weiterhin muss eine Amnestie erlassen werden, die auch die politischen Gefangenen mit einschließt."
Die KADEK- und PJA-Gefangenen in Batman haben sich zwei Tage lang geweigert, Besuche zu empfangen, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen...

(ÖP, 15./19.12., ISKU)

Menschenrechtsgerichtshof verurteilt Türkei
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Auflösung der pro-kurdischen Partei DEP in der Türkei als Verstoß gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gerügt. Zugleich wiesen die Straßburger Richter die Regierung in Ankara am Dienstag an, dem ehemaligen DEP-Vorsitzenden Mehmet Hatip Dicle 200.000 Euro an Schadensersatz zu zahlen.

(afp, 10.12., ISKU)

Quellen:

ÖP Özgür Politika

Wieder Kinder gefoltert

Nach den Aussagen von drei Kindern im Alter von zehn bis 17 Jahren sind sie auf der Polizeistation Beyoglu-Istanbul gefoltert worden, um eine Schuld einzugestehen, die sie nicht begangen haben. Festgenommen worden waren sie zu fünft im Krankenhaus, wo sie einen Freund eingeliefert hatten, der von einem betrunkenen Zivilpolizisten nach einem Streit um eine Cigarette, angeschossen worden war.
Eines der Kinder erzählte von der Festnahme: "Sie brachten uns auf die Polizeistation und sperrten uns in eine Zelle. Später brachten sie auch Boras großen Bruder, Tufan Fetih Sezik. Aber den steckten sie in eine andere Zelle. Wir forderten einen Anwalt, aber das verweigerten sie. Sie erlaubten auch nicht, dass wir unsere Familien benachrichtigen. Drei Tage lang gaben sie uns überhaupt nichts und behandelten uns sehr schlecht. Sie schlugen uns. Mich würgten sie, traten und schlugen mich. Vor allem am letzten Tag schlugen sie besonders heftig und zwangen uns, eine Aussage zu unterschreiben, die sie selbst vorbereitet hatten."

Anzeige gegen Polizisten
Im Namen von drei Kindern ist Anzeige wegen Folter in Polizeigewahrsam mit folgender Begründung gestellt worden: "Die Polizisten haben das Polizeigesetz sowie internationale Vereinbarungen zum Schutz der Rechte von Kinder, die von unserem Land unterzeichnet worden sind, verletzt. Die Kinder wurden gefoltert, indem sie brutal geschlagen und getreten, nackt ausgezogen, mit Wasser aus einem Hochdruckschlauch bespritzt, auf den kalten Betonfußboden geworfen wurden und ihre Hoden gequetscht worden sind."
Der angeschossene Bora Sefik starb im Krankenhaus.

(ÖP, 13.12., ISKU)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg
Tel.: 040 - 431 82 115
oder 040 - 421 02 845
e-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
PGA Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.nadir.org/isku